

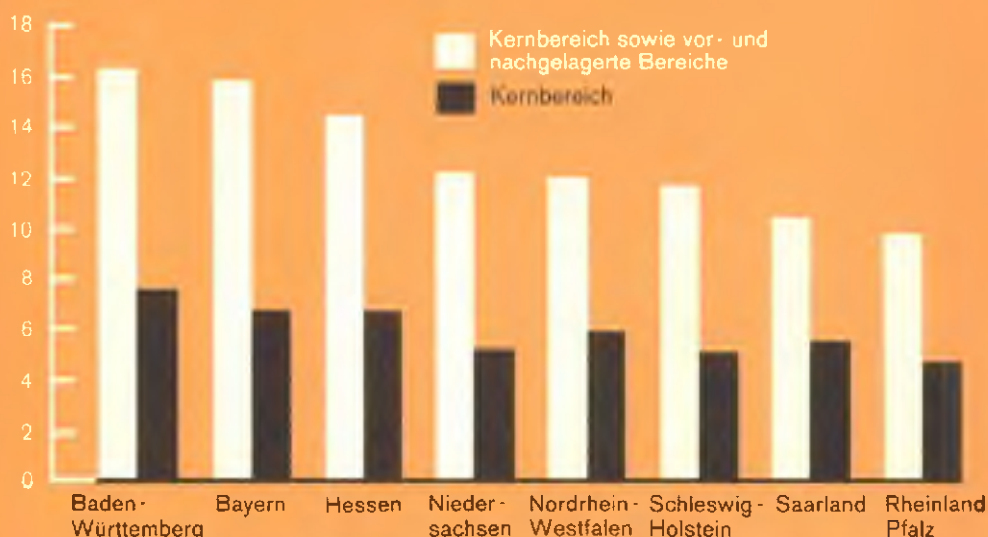
# Statistisch - prognostischer Bericht 1989/90

Daten - Analysen - Perspektiven

Heft 17

## Beschäftigte im Kunst- und Kulturbereich der Flächenstaaten 1987

Beschäftigte  
je 1000 Einwohner



## Studienorte der Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) in Baden-Württemberg im Wintersemester 1989/90

- Fachhochschulen für
- T = Technik
- W = Wirtschaft
- S = Sozialwesen
- G = Gestaltung
- D = Druck
- B = Bibliothekswesen
- R = Rehabilitation
- K = Kunsttherapie



Baden-Württemberg



# **Statistisch-prognostischer Bericht 1989/90**

**Daten - Analysen - Perspektiven**

**Herausgegeben von der Landesregierung  
Baden - Württemberg in Zusammenarbeit mit dem  
Statistischen Landesamt**

ISSN 0724 - 3790

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Postfach 10 60 33 · 7000 Stuttgart 10

Tel.: (0711) 641 - 0 · Telex 722815 stala d · Btx \*64651 # · Telefax 6412440

Preis DM 16,80

zuzügl. Versandkosten

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet

## Vorwort

Mit dem Statistisch-prognostischen Bericht 1989/90 legt die Landesregierung den siebzehnten Band dieser Reihe vor.

Der Bericht 1989/1990 behandelt die Themen "Studierende an Fachhochschulen", "Moderne Dienstleistungen", "Der Kunst- und Kulturbereich in Baden-Württemberg", "Importkonkurrenz auf dem Binnenmarkt" sowie schließlich das Thema "Abfallwirtschaft".

Mit diesen zum Teil sehr detaillierten Einzeluntersuchungen werden Entwicklungen in unserem Lande beleuchtet, die unsere gegenwärtigen und künftigen Lebensverhältnisse in den dargestellten Teilbereichen prägen. Die Bedeutung der Beiträge liegt darin, daß jeweils die aktuelle Situation und absehbare Tendenzen aufgezeigt werden, – Tatbestände also, die für Entscheidungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wichtig sind.

Deshalb erneut meine Aufforderung: Nur Mut zu den Zahlen, Tabellen, Schaubildern und erläuternden Texten! Man muß sich mit den Fakten und Trends vertraut machen, um erkennen zu können, welche Veränderungen auf uns zukommen. Dies gilt für Entwicklungen im Bereich der Dienstleistungen nicht weniger als für Fragen der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, und es gilt ganz besonders für den sensiblen Bereich der Umweltpolitik und der Abfallwirtschaft.

Die Untersuchungen dieses Berichts dienen den Ressorts und der Regierung als Grundlage für eine datenorientierte Fundierung politischer Entscheidungen. Aber sie dienen auch der Information der Bürger unseres Landes, die sich ein eigenes Urteil über Veränderungen und Entwicklungen in wichtigen Lebensbereichen bilden wollen.

Mit bewährter Sorgfalt und mit großem Einsatz hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg die Daten zu den genannten Themenbereichen aufbereitet und analysiert.

Im Namen der Landesregierung danke ich dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Herrn Professor Dr. Max Wingen, sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das Zustandekommen des Statistisch-prognostischen Berichts 1989/90.

Stuttgart, im Juni 1990



Ministerpräsident  
Lothar Späth





## **Inhalt**

	Seite
<b>Vorwort</b>	III
<b>Teil I    Rückblick 1989 – Ausblick 1990</b>	VII
<b>Teil II   Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen</b>	
<b>1.        Bildungswesen</b>	
Studenten an Fachhochschulen	1
<b>2.        Entwicklungsaspekte des Tertiären Sektors</b>	23
2.1       Moderne Dienstleistungen	
–Neue Märkte und Beschäftigungsformen–	
2.2       Der Kunst- und Kulturbereich in Baden-Württemberg	
–Zur wirtschaftlichen Bedeutung–	49
<b>3.        Wirtschaft</b>	
Importkonkurrenz auf dem Binnenmarkt	
–Die Position Baden-Württembergs–	79
<b>4.        Umwelt</b>	
Abfallwirtschaft in Baden-Württemberg	109
<b>Anhang</b>	137
Themenabriß	181

12/10/19

12/10/19

12/10/19 12:10:19

12/10/19 12:10:19

12/10/19

12/10/19

12/10/19 12:10:19

12/10/19

12/10/19

12/10/19

12/10/19

12/10/19 12:10:19

12/10/19

12/10/19

12/10/19 12:10:19

12/10/19 12:10:19

12/10/19

12/10/19

## Rückblick 1989 – Ausblick 1990

### Wirtschaftsentwicklung des Landes im Gesamtüberblick

Die Wirtschaft Baden-Württembergs zeigte sich im Jahr 1989 in bester Verfassung. Die insbesondere im 1. Halbjahr außerordentlich stark expandierende Nachfrage aus dem In- und Ausland führte zu einem deutlichen Produktionsanstieg – allerdings verbunden mit einer zunehmend an die Grenzen stoßenden Auslastung der Kapazitäten – und zu einer verbesserten Situation auf dem Arbeitsmarkt. Der Preisanstieg blieb trotz des konjunkturellen Auftriebs und der Erhöhung einiger Verbrauchsteuern (zu Jahresbeginn) im Rahmen. Auch das konjunkturelle Bild in den ersten Monaten des laufenden Jahres bietet kaum Anlaß zur Sorge. Die Stimmung in der Wirtschaft ist überwiegend von anhaltendem Optimismus geprägt. Entsprechend ist die im März und April zu verzeichnende Auftragsabschwächung im Investitionsgütersektor vor dem Hintergrund auch anderer Indikatoren als Konsolidierung auf außerordentlich hohem Niveau zu interpretieren.

Die Blicke der Öffentlichkeit waren jedoch vor allem in der zweiten Jahreshälfte 1989 verständlicherweise weniger auf die erfreulichen Wirtschaftsdaten, als vielmehr auf die historischen Umwälzungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten gerichtet. Nach der spektakulären Öffnung der Grenze zur Bundesrepublik hat die Bevölkerung der DDR die Ablösung des seitherigen Regimes erzwungen und den Übergang zu einer pluralistischen Demokratie nach

westlichem Vorbild eingeleitet. Seither mußten vor allem die politischen Weichen in der DDR und im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR gestellt werden. Dies ist mit der demokratischen Wahl der Volkskammer und der einvernehmlichen Entscheidung für eine Währungsunion in Verbindung mit einer Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft als Vorstufe einer bald anzustrebenden politischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten geschehen. Der diesbezügliche Staatsvertrag wurde am 18. Mai 1990 von den beiden Regierungen unterzeichnet. Zwischenzeitlich sind in zunehmendem Maße die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, die sich in Verbindung mit der raschen Schaffung eines gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraumes stellen, in den Vordergrund getreten. Im Hinblick darauf ist die robuste konjunkturelle Ausgangslage in der Bundesrepublik von großem Vorteil.

Die Öffnung der Grenzen der mittel- und osteuropäischen Staaten nach Westen hat in Baden-Württemberg zu überaus großen Zuwanderungen geführt, die einen hohen Wanderungsgewinn bei der deutschen Bevölkerung bewirkten. Während sich besonders gegen Ende des Jahres 1989 und zu Beginn von 1990 der Zustrom von Aus- und Übersiedlern nach Baden-Württemberg auf sehr hohem Niveau bewegte, ging im April 1990 aufgrund der politischen Entwicklungen in der DDR die Zahl der Übersiedler stark zurück; die Zahl der Aussiedler blieb aber weiterhin hoch. Diese Bevölkerungsbewegungen haben keinen unwesentlichen Einfluß auf die zentralen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik wie auch in Baden-Württemberg. Auf dem Arbeitsmarkt könnte allerdings trotz der großen Zuwanderungen und trotz der teilweise schwierigen Einglie-

1 Redaktionsschluß: Mai/Juni 1990. Veränderungsdaten jeweils zum entsprechenden Vorjahreszeitraum.

derung der Aus- und Übersiedler die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1989 und auch im seitherigen Jahresverlauf von 1990 aufgrund der anhaltenden Beschäftigungsausweitung nachhaltig gesenkt werden. So sank die Arbeitslosenquote im Mai in Baden-Württemberg auf 3,9 % (Bund: 7,0 %). Ein vergleichbar niedriges Niveau der Arbeitslosigkeit wurde letztmals Ende 1981 erreicht.

Die beschleunigte Nachfrageexpansion in der ersten Jahreshälfte 1989 kam in der Entwicklung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe zum Ausdruck, wobei Binnen- und Auslandsnachfrage im Gleichschritt anzogen. Die preisbereinigten Auftragseingänge übertrafen das Vorjahreshalbjahr um 12,5 %. Das 3. Quartal war dagegen durch eine deutliche Abschwächung der Steigerungsraten gekennzeichnet (insgesamt: + 6,2 %; Inland: + 6,6 %; Ausland: + 5,4 %); während die Inlandsnachfrage im 4. Quartal wieder spürbar zulegte (+ 10,2 %), ergab sich bei den ausländischen Ordereingängen keine Beschleunigung des Expansionstempos (+ 5,4 %, insgesamt: + 8,4 %). In Anbetracht der vergleichsweise geringeren Zuwachsraten beim Auftragseingang im 2. Halbjahr ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Nachfragedynamik im 1. Halbjahr im Vergleich zur zweiten Jahreshälfte etwas überzeichnet wird, da sich im vorangegangenen Jahr - 1988 - vor allem im 2. Halbjahr die Bestelltätigkeit beträchtlich intensiviert (Basiseffekt). Dennoch kann man im Jahresverlauf in erster Linie im Bereich der Auslandsnachfrage eine nachlassende Dynamik oder besser: eine gewisse "Normalisierung" des Wachstumstempos konstatieren. Hierbei dürften sich auch die zunehmenden Kapazitätsengpässe im Investitionsgütersektor und die damit verbundene Verlängerung der Lieferfristen ausgewirkt haben.

Die Entwicklung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs erhielt die stärksten Impulse von der außergewöhnlich hohen Investitionsneigung besonders im Inland, aber auch in den wichtigsten Abnehmerländern, insbesondere im westeuropäischen Ausland. So ergab sich 1989 im Investitionsgütergewerbe, dem in Baden-Würt-

temberg mit Abstand dominierenden Industriesektor, ein Zuwachs der Order-tätigkeit um 12,6 % (Inland: + 15,4 %; Ausland: + 8,6 %). Dennoch verlief auch die Nachfrageentwicklung im Verbrauchsgüter- (insgesamt: + 4,9 %; Inland: + 3,4 %; Ausland: + 10,5 %) sowie im Grundstoff- und Produktionsgüter produzierenden Gewerbe (insgesamt: + 3,6 %; Inland: + 2,9 %; Ausland: + 5,2 %) durchaus positiv, bei allerdings sehr unterschiedlicher Entwicklung in den einzelnen Branchen. Anders als im Investitionsgütergewerbe kamen in diesen Industriebereichen von der Auslandsnachfrage stärkere Antriebskräfte als von der Binnennachfrage.

Die rasant gestiegene Investitionsbereitschaft der bundesdeutschen Unternehmen fand 1989 ihren Niederschlag in den Auftragseingängen im Maschinenbau, wo 1989 das Volumen der Inlandsbestellungen um 21,4 % zunahm (Ausland: + 9,4 %; insgesamt: + 15,5 %). Von dem Boom im Maschinenbau profitierten insbesondere der Stahl- und Leichtmetallbau (+ 13,6 %) und der Bereich Stahlverformung (+ 14,8 %), dem überdies zugute kam, daß der Straßenfahrzeugbau seine Schwäche im Gefolge des Anpassungsdrucks weltweiter Strukturverschiebungen offensichtlich überwunden hat und 1989 - erstmals seit 1985 - wieder eine aufsteigende reale Auftragsentwicklung verzeichnen konnte (+ 8,5 %; Inland: + 12,7 %; Ausland: + 5,2 %). Überdurchschnittliche Bestellzunahmen wurden ferner in der elektrotechnischen Industrie (+ 9,2 %) und im Industriezweig Herstellung von Büromaschinen (+ 10,4 %) ermittelt.

Im Januar des laufenden Jahres zog der inländische Ordereingang im Verarbeitenden Gewerbe nochmals kräftig an, doch ergab sich in den Monaten Februar und März eine deutliche Verlangsamung. Der inländische Ordereingang übertraf somit im 1. Quartal 1990 das Vorjahresergebnis lediglich um 3,9 % und expandierte damit nur noch geringfügig stärker als die Auslandsnachfrage (+ 3,5 %, insgesamt + 3,7 %). Die Abschwächung des Expansionstempos ging ausschließlich auf das verhaltene Wachstum der Auftragseingänge im Investitionsgütergewerbe zurück (insgesamt: + 2,7 %; Inland: + 3,4 %; Aus-

land: + 1,9 %). Hier hatte allerdings im März des vergangenen Jahres die Bestelltätigkeit einen absoluten Spitzenwert erreicht. Eine beachtliche Nachfragebelebung konnte demgegenüber sowohl im Verbrauchsgüter- (+ 5,7 %) als auch im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 6,3 %) verzeichnet werden, wobei sich insofern die Tendenz vom vergangenen Jahr zunächst einmal fortsetzte, als in diesen Bereichen von der Auslandsnachfrage (Verbrauchsgütergewerbe: + 10,2 %; Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe: + 7,6 %) stärkere Impulse ausgingen als von der inländischen Orderstätigkeit (Verbrauchsgütergewerbe: + 4,4 %; Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe: + 5,7 %).

Im April ist in allen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes (- 8,9 %) ein deutliches Nachlassen des Auftragseingangs zu verzeichnen. Hieran war das Inland mit einer Abnahme um 10,6 % stärker beteiligt als das Ausland (- 6,1 %). Während die reale Nachfrage im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich noch stagnierte (+ 0,3 %), ging sie im Verbrauchsgütersektor um 4,5 % und im Investitionsgütergewerbe sogar um 11,9 % zurück. Es liegen jedoch derzeit keine Anhaltspunkte dafür vor, hieran eine konjunkturelle Tendenzwinde anzuknüpfen. Angesichts stark angespannter Produktionskapazitäten hält man sich offenbar bei der Hereinnahme oder Anwerbung zusätzlicher Aufträge zurück, möglicherweise unterstützt durch in diesem Jahr ganz in den April fallende Osterferien. Bevor weitergehende Schlußfolgerungen gezogen werden, sollte zunächst die Entwicklung der nächsten Monate abgewartet werden.

Wie schon 1988, so hinkte auch im vergangenen Jahr die Produktionsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe der Nachfrageexpansion mit beträchtlichem Abstand hinterher. Mit 4,7 % war der Produktionsanstieg nur etwa halb so hoch wie die reale Zunahme der Bestelltätigkeit. Mit einem Plus von 4,5 % fiel der Produktionszuwachs im 2. Halbjahr etwas niedriger aus als in der ersten Jahreshälfte (+ 4,9 %). Dies gilt vor allem für das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, dessen Produktion im 2. Halbjahr - nach einer Zunahme

von 1,2 % im 1. Halbjahr - sogar um 1,1 % unter dem Vorjahresniveau lag und somit im Jahresdurchschnitt stagnierte. Dagegen konnte die Produktion im Verbrauchsgüter produzierenden Bereich im 2. Halbjahr (+ 4,8 %) noch stärker als im 1. Halbjahr (+ 3,8 %) zulegen (Jahresdurchschnitt + 4,3 %). Der größte Beitrag zur insgesamt doch beachtlichen Produktionsausweitung im Verarbeitenden Gewerbe wurde jedoch vom Investitionsgütergewerbe geleistet (+ 6,4 %). Nach einer Zunahme um 6,7 % im 1. Halbjahr belief sich die Steigerungsrate im 2. Halbjahr auf 6,1 %. Bei der Einschätzung der industriellen Produktionsentwicklung im Jahr 1989 ist zu berücksichtigen, daß bereits am Jahresanfang der Auslastungsgrad der technischen Kapazitäten - nicht nur im Investitionsgütergewerbe - außerordentlich hoch war und daß offensichtlich nicht nur die Konjunkturbeobachter, sondern auch die heimischen Unternehmen vom Ausmaß der Nachfragedynamik überrascht wurden. Zudem dürften im Jahresverlauf auch im personellen Bereich zunehmend Engpässe aufgetreten sein, die wohl kurzfristig nicht immer zufriedenstellend behoben werden konnten.

Mittlerweile ist es den Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe offensichtlich in stärkerem Maße gelungen, ihren Personalbestand der Auftragslage anzupassen - im 1. Quartal 1990 waren knapp 40 000 Beschäftigte mehr in den Betrieben (von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten) des Verarbeitenden Gewerbes tätig als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (+ 2,7 %); dies ist auch ein Zeichen dafür, daß sich die äußerst lebhafteste Investitionstätigkeit der Unternehmen nunmehr verstärkt in der Erweiterung des Produktionspotentials niederschlägt. Somit konnte im 1. Quartal 1990 ein kräftiger Produktionsanstieg im Verarbeitenden Gewerbe verzeichnet werden (+ 8,7 %), wobei in nahezu sämtlichen Branchen das entsprechende Vorjahresergebnis übertroffen wurde. Die treibende Kraft war zwar erneut das Investitionsgütergewerbe (+ 9,7 %); mit Steigerungsraten von 8,0 % und 5,6 % wurde jedoch auch die Produktion im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe beträchtlich ausgeweitet.

Im April gab die Produktion gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat etwas nach (- 1,3 %), woran das Investitionsgütergewerbe mit - 2,0 % und der Verbrauchsgütersektor mit - 2,7 % beteiligt waren, während der Anstoß bei den Grundstoff- und Produktionsgütern zunahm (+ 2,7 %). Im Zeitraum Januar bis April lag damit die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe immer noch um 6,1 % über dem schon hohen Vorjahresniveau (Bund: + 4,9 %), bei nach wie vor überdurchschnittlicher Entwicklung im Investitionsgütersektor (+ 6,6 %; Bund: + 6,1 %).

Die Aufwärtsentwicklung im Bauhauptgewerbe, die zu Beginn des Jahres 1988 ihren Anfang nahm, hat sich im vergangenen Jahr noch beschleunigt, wobei - wie schon 1988 - vom Hochbau stärkere Impulse ausgingen als von den Tiefbauparten. Ausschlaggebend war die kräftige Nachfragebelebung sowohl im Wohnungs- als auch im Wirtschaftsbau. Die Entwicklung im Wohnungsbau wurde geprägt von den immer noch wachsenden Wohnungsansprüchen (bei zunächst noch relativ günstigen Hypothekenzinsen) sowie von dem - insbesondere in den Ballungsräumen - vorhandenen Wohnungsbedarf, der durch die unerwartet starke Zuwanderung der Aus- und Übersiedler noch erheblich zunahm. Die daraus resultierende Verbesserung der Rendite- und Wertsteigerungserwartungen führte insbesondere im Bereich der Mehrfamilienhäuser zu einem sprunghaften Anstieg der Zahl der genehmigten Wohnungen (+ 66,8 %). Der Wirtschaftsbau profitierte von der außerordentlich lebhaften Investitionstätigkeit der Unternehmen und hierbei vor allem von der zunehmenden Bedeutung der Erweiterungsinvestitionen. So lagen die nominalen Auftragsgänge im Hochbau um 13,4 % über dem Vorjahresniveau, während im Tiefbau lediglich ein Auftragsplus von 5,3 % verzeichnet wurde. Das Produktionsergebnis im Bauhauptgewerbe 1989 wurde begünstigt von der außerordentlich milden Witterung im 1. Quartal, die einen Anstieg der realen Hochbauproduktion um 17,6 % und der realen Tiefbauleistung um 18,4 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal ermöglichte. Die reale, von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Produktion des

gesamten Jahres übertraf im Hochbau den Vorjahreswert um 6,5 % und im Tiefbau um 2,1 % und konnte damit mit der Nachfrageentwicklung - abermals - nicht Schritt halten.

Im 1. Quartal 1990 hat sich der Aufschwung im Bauhauptgewerbe nochmals verstärkt. Insbesondere beim Frühindikator des genehmigten Hochbauvolumens wurde ein außerordentlich hoher Anstieg verzeichnet (+ 42,0 %). Die Zahl der zum Neubau freigegebenen Wohnungen in Mehrfamilienhäusern war fast doppelt so hoch (+ 92,0 %) wie im entsprechenden Vorjahresquartal (Wohnungen insgesamt: + 56,2 %). Eine deutliche Belebung wurde ferner beim Auftragseingang beobachtet (1. Quartal: + 25,8 %). Auch im April lag die Nachfrage im Bauhauptgewerbe erheblich über dem Vorjahresniveau (+ 10,7 %), so daß sich von Januar bis April eine Zunahme der nominalen Auftragseingänge um 21,3 % ergab (Hochbau: + 24,3 %, Tiefbau: + 16,0 %). Die Produktionsentwicklung verlief im 1. Quartal in den diversen Bausparten recht unterschiedlich. Während im Hochbau ein Zuwachs der realen Bauleistung von 10,7 % ermittelt wurde, betrug das Produktionsplus im Tiefbau lediglich 1,5 %.

Die Entwicklung der Ausfuhr im Jahr 1989 belegt eine ausgesprochen hohe Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Exportwirtschaft. Hierzu beigetragen hat nicht zuletzt auch die reale Abwertung der D-Mark gegenüber den meisten europäischen Währungen und gegenüber dem US-Dollar, wobei die reale Abwertung gegenüber den europäischen Währungen im wesentlichen aus den Differenzen zwischen den nationalen Preissteigerungsraten resultierte. Zusätzlich begünstigt wurde die bundesdeutsche Ausfuhr von der weltweit, insbesondere aber EG-weit kräftigen Nachfrage nach Investitionsgütern, die traditionell einen Großteil der bundesdeutschen Exporte umfassen. Der Export war somit 1989 - neben der Investitionstätigkeit - die wichtigste Stütze des konjunkturellen Hochs. Die Warenausfuhr Baden-Württembergs belief sich auf 112,0 Mrd. DM, was einer Zunahme um 11,3 % entspricht (Bund: + 13,0 %). Die Exporte der beiden wichtigsten Warengruppen - der Maschinenbauer-

zeugnisse und der Kraftfahrzeuge - konnten jeweils um 11,4 % gesteigert werden. Während die Maschinenbauerzeugnisse somit an die positive Vorjahresentwicklung (1988: + 10,2 %) anknüpfen konnten, vollzog sich bei den Kraftfahrzeugen - nach Absatzeinbußen in den Jahren 1987 (- 1,9 %) und 1988 (- 4,5 %) - eine in diesem Umfang doch erstaunliche Trendumkehr. Ausschlaggebend waren hierbei die Absatzerfolge in Westeuropa, aber auch in Japan. Speziell im USA-Geschäft konnte jedoch der Exportrückgang bei den Kraftfahrzeugen nicht gestoppt werden (- 4,5 %).

Ausgehend von der enormen Zuwachsrate von 17,9 % im 1. Quartal von 1989 hat sich das Expansionstempo der Ausfuhrtätigkeit im weiteren Jahresverlauf verlangsamt (1. Halbjahr: + 14,9 %; 2. Halbjahr: + 8,0 %). Neben der kapazitätsbedingten Verlängerung der Lieferfristen - insbesondere bei den Herstellern von Investitionsgütern - hat hierbei wohl auch die leichte konjunkturelle Abkühlung in einigen wichtigen Abnehmerländern eine Rolle gespielt. Zudem tendierte der Außenwert der D-Mark insbesondere im 4. Quartal - nach der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze - wieder deutlich nach oben. Da sich der Anstieg sowohl des privaten Verbrauchs als auch der Unternehmensinvestitionen im 4. Quartal gegenüber dem Vorquartal dagegen erheblich verstärkte, hat gegen Jahresende 1989 die Bedeutung der Binnennachfrage als konjunkturelle Antriebskraft zugenommen. Im 1. Quartal 1990 hat jedoch das Tempo der Ausfuhrtätigkeit wieder deutlich angezogen. So wurden in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres bereits Waren im Wert von 29,5 Mrd. DM ins Ausland geliefert. Dies entspricht einer Zunahme um 10,6 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert (Bund: + 8,1 %). Die für das Bundesgebiet bereits vorliegenden Aprilwerte zeigen einen leichten Exportrückgang (- 1,9 %).

Der private Verbrauch expandierte im vergangenen Jahr trotz steigender Erwerbstätigenzahl und leichter Verminderung der Sparquote seitens der privaten Haushalte insgesamt nur mäßig (bundesweit: real + 1,7 %). Ursächlich

hierfür war der beschleunigte Preisauftrieb, der die Kaufkraft der Löhne und Gehälter, die sich 1989 nur moderat erhöhten - in wichtigen Bereichen galten noch die mehrjährigen Tarifabschlüsse aus den Vorjahren -, schmälerte. Aus der Veränderungsrate des Reallohnindex ist ersichtlich, daß sich die Reallohnposition der Arbeitnehmer in Baden-Württemberg von Oktober 1988 bis Oktober 1989 nur geringfügig verbesserte (+ 0,4 %).

Nachdem 1988 durch die zweite Stufe der Steuerreform der private Verbrauch angeregt worden war (1988: real + 2,7 %), gingen 1989 von der Steuerpolitik keine expansiven Effekte aus. Im Gegenteil: Die Erhöhung einiger Verbrauchsteuern führte in Verbindung mit den kräftig steigenden Einfuhrpreisen und der konjunkturell bedingten Zunahme der Preiserhöhungsspielräume am Jahresanfang zu einem sprunghaften Anstieg der Lebenshaltungspreise (1. Quartal: + 2,7 %). Im Jahresdurchschnitt lag der Preisindex für die Lebenshaltung um 3,1 % über dem Vorjahresniveau. 1988 belief sich die Teuerungsrate lediglich auf 1,4 %. Allerdings hat sich der Preisauftrieb im Jahresverlauf 1989 nicht bedrohlich beschleunigt und im 1. Quartal 1990 (+ 3,1 %) sogar etwas abgeflacht (4. Quartal 1989: + 3,5 %), wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Veränderungsrate des 1. Quartals 1990 im Gegensatz zum 4. Quartal 1989 von dem Basiseffekt der Verbrauchsteuererhöhung zu Beginn 1989 etwas gedämpft wurde und daß die Einfuhrpreise leicht rückläufig waren (- 2,1 %). Im April schwächten sich die Preisanstiegstendenzen auf allen Wirtschaftsstufen weiter ab, so daß die Teuerungsrate auf 2,7 % zurückging. Dieser Wert war auch im Mai zu verzeichnen; der Preisanstieg für die Lebenshaltung lag damit von Januar bis Mai 1990 bei 2,9 %.

2. Der Reallohnindex wird als Quotient aus dem Wochenverdienstindex der Arbeiter und dem Preisindex für die Lebenshaltung (von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen) ermittelt.



Tabelle 1

**Entwicklung der Wirtschaftsbereiche in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1989\*)**

– Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung –

Bezeichnung	In jeweiligen Preisen			In Preisen von 1980				
	Mill. DM	Veränderung 1989/88		Mill. DM	Veränderung 1989/88		Struktur- anteil	Anteil am Bundes- gebiet
		Baden- Württem- berg	Bundes- gebiet		Baden- Württem- berg	Bundes- gebiet		
		%			%			
Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup>	358 105	5,8	6,0	282 818	3,7	3,4	.	16,2
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	349 357	5,8	5,9	277 289	3,8	3,5	100	16,3
davon								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4 880	10,7	11,2	4 900	1,5	1,7	1,8	13,5
Energie- und Wasserver- sorgung, Bergbau	9 181	6,2	3,0	7 160	4,5	1,7	2,6	12,9
Verarbeitendes Gewerbe	139 028	5,9	6,4	108 709	5,2	4,8	39,2	20,4
Baugewerbe	20 528	5,5	8,6	16 853	1,8	5,0	6,1	17,2
Handel	27 708	5,2	5,1	24 077	2,2	2,0	8,7	14,3
Verkehr, Nachrichtenüber- mittlung	16 010	5,5	5,5	14 379	5,4	5,4	5,2	13,0
Kreditinstitute, Versicherungs- unternehmen	15 846	7,0	6,1	12 905	4,6	3,7	4,7	14,1
Wohnungsvermietung	24 363	6,1	5,3	18 353	3,4	2,5	6,6	16,3
Sonstige Dienstleistungen	52 397	6,6	6,8	38 577	3,5	3,8	13,9	14,3
Staat	33 733	3,1	2,8	26 934	0,5	0,3	9,7	14,1
Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbs- zweck	5 683	4,7	4,7	4 441	2,9	3,0	1,6	12,2

\*) Vorläufiges Ergebnis. — 1) Bruttoinlandsprodukt = Bruttowertschöpfung/. unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen + Einfuhrabgaben + nichtabziehbare Umsatzsteuer.

Die konjunkturelle Komponente des Preisauftriebs hat sich somit abgeschwächt. Im weiteren Jahresverlauf sind allerdings höhere Lohn- und Zinskosten in Betracht zu ziehen. Demgegenüber wird die vielfach geäußerte Befürchtung, daß im Zuge der Währungsunion mit der DDR eine starke Nachfrageexpansion einhergeht, von der Deutschen Bundesbank nicht geteilt. Sie weist darauf hin, daß der Umtausch der DDR-Mark in D-Mark zu einer Ausweitung der Geldmenge um etwa 10 %

führt. Weiterhin führt sie aus, daß dieses Geldmengenwachstum ungefähr dem geschätzten Wachstum des Produktionspotentials im Rahmen des nunmehr vergrößerten Wirtschafts- und Währungsraumes entspricht – mit der Folge, daß die Währungsumstellung am 1. Juli 1990 die Stabilität des Geldwertes in der Bundesrepublik wohl nicht gravierend beeinträchtigen wird. Für die weitere Entwicklung wird es entscheidend darauf ankommen, ob es der Bundesbank gelingt, die Kontrolle über die Geld-

mengenentwicklung zu behalten. So wird sich die Geldpolitik in dem Spannungsfeld - einerseits aufkeimenden Inflationserwartungen entschieden zu begegnen und andererseits nicht durch allzu restriktive Maßnahmen die konjunkturelle Dynamik zu gefährden - zu bewähren haben. Nach Ansicht des Frühjahrsgutachtens ist mit einem Anstieg der Lebenshaltungspreise um rund 3 % im Jahresdurchschnitt zu rechnen.

Bei einem nur leicht anziehenden privaten Verbrauch und einem rückläufigen Staatsverbrauch (bundesweit: real - 0,8 %) - als Folge der Reform im Gesundheitswesen - waren die Investitionen 1989 der eigentliche Motor der Inlandsnachfrage. Im Zuge des nachlassenden Wachstums der Auslandsnachfrage war die Investitionstätigkeit gegen Jahresende sogar die entscheidende Stütze der Konjunktur. Die realen Ausüstungsinvestitionen übertrafen das Vorjahresniveau bundesweit um 9,7 % (1. Halbjahr: + 9,4 %; 2. Halbjahr: + 10,0 %); bei den preisbereinigten Bauinvestitionen ergab sich ein Zuwachs von 5,3 % (1. Halbjahr: + 7,7 %; 2. Halbjahr: + 3,1 %).

Die außerordentlich dynamische Entwicklung der Auslandsnachfrage - insbesondere in der ersten Jahreshälfte - und die anhaltend schwungvolle Investitionskonjunktur führten zu einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, das mit 3,7 % im Land und 3,4 % im Bundesgebiet sämtliche Erwartungen überstieg (Prognose im Frühjahrsgutachten 1989: + 3,0 %). Baden-Württemberg lag damit beim Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Leistungen 1989 etwas deutlicher über dem Bundesdurchschnitt als im Jahr 1988 (Land: + 3,8 %; Bund: + 3,7 %). Damals hinkte das heimische Verarbeitende Gewerbe aufgrund überdurchschnittlich hoher Produktionseinbußen im Straßenfahrzeugbau und in der Textilindustrie der Bundesentwicklung hinterher, was jedoch nicht zuletzt durch ein stärkeres Wachstum der Dienstleistungssparten kompensiert wurde.

Die große Bedeutung der Industriekonjunktur für das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Jahr 1989 wird deutlich, wenn man die Entwicklung der einzelnen

Wirtschaftsbereiche betrachtet (Tabelle 1). Die Zunahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs war mit 5,2 % höher als im Bundesdurchschnitt (+ 4,8 %) und wurde lediglich von dem Zuwachs im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+ 5,4 %) übertroffen. Eine weit überdurchschnittliche Steigerungsrate erzielten auch die baden-württembergischen Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen (+ 4,6 %); auch hier war die Entwicklung im Bundesgebiet schwächer (+ 3,7 %). Demgegenüber hat die reale Wertschöpfung im Bereich sonstige Dienstleistungen (Bund: + 3,8 %; Land: + 3,5 %), insbesondere aber im Baugewerbe (Bund: + 5,0 %; Land: + 1,8 %) bundesweit stärker angezogen als auf Landesebene.

#### Ausblick auf 1990

Die Aussichten für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sind günstig. Die EG-weiten Vorbereitungen auf den gemeinsamen Binnenmarkt mit der Konsequenz einer regen Nachfrage nach Investitionsgütern werden auch weiterhin spürbar sein. Hinzu kommen die mittelfristig zweifellos beträchtlichen Absatzchancen, die sich im Zuge der politischen Umwälzungen und wirtschaftlichen Reformen in den europäischen Staatshandelsländern - auch infolge einer großzügigeren Kreditgewährung - eröffnen. In diesem Zusammenhang werden viele Unternehmen nicht zuletzt ihre Investitionspläne neu überdenken. Dies gilt natürlich in besonderem Maße im Hinblick auf den gemeinsamen deutsch-deutschen Wirtschaftsraum. Die Ausfuhr wird auch 1990 aufwärtsgerichtet bleiben; aufgrund der leichten konjunkturellen Abschwächung in nahezu allen westlichen Industrieländern ist jedoch nicht mehr mit einer ähnlich hohen Zuwachsrate wie im vergangenen Jahr zu rechnen. Im Sog der kräftigen Binnenkonjunktur werden die Importe noch stärker zunehmen als im Vorjahr und voraussichtlich auch das Wachstum der Exporte übertreffen. Ein nennenswerter Abbau des bundesdeutschen Handelsbilanzüberschusses ist gleichwohl - trotz des Konjunkturgefalles zu den meisten Handelspartnern - kaum in Sicht.

In Anbetracht der außerordentlich hohen Kapazitätsauslastung bei nach wie vor günstigen Absatz- und Ertragsaussichten wird die Investitionstätigkeit der inländischen Unternehmen weiterhin lebhaft bleiben. Den dämpfenden Einflüssen einer etwas nachlassenden Exportdynamik und eines relativ hohen Zinsniveaus dürfte ein erheblicher Anstieg der Binnennachfrage gegenüberstehen. So wird der private Verbrauch in diesem Jahr gleich von mehreren Faktoren stimuliert werden: Zum einen sorgt die dritte Stufe der Einkommensteuerreform für eine Entlastung um etwa 30 Mrd. DM und zum anderen werden sich die Einkommensverhältnisse der Arbeitnehmer durch die diesjährigen Tarifabschlüsse – auch unter Berücksichtigung der absehbaren Preissteigerungsrate – spürbar verbessern. Darüber hinaus wird die Zahl der Erwerbstätigen weiter zunehmen; stimulierend wirkt schließlich auch die zusätzliche Nachfrage durch die Aus- und Übersiedler. Von dem Anziehen des privaten Verbrauchs werden insbesondere

das Verbrauchsgütergewerbe und weite Teile des Dienstleistungsbereichs profitieren.

Auch die Perspektiven in der Bauwirtschaft sind unvermindert günstig, da die wesentlichen Bestimmungsgründe des Aufschwungs – die rege Investitionstätigkeit mit einer zunehmenden Bedeutung der bauintensiven Erweiterungs-, aber auch der Umweltschutzinvestitionen einerseits und andererseits der weiter steigende Bedarf an Wohnungen – weiterhin wirksam bleiben. Der Verlauf der Auftragseingänge in den Monaten Januar bis April signalisiert auch für die kommenden Monate eine aufwärtsgerichtete Bautätigkeit, und der Frühindikator des genehmigten Hochbauvolumens läßt auf einen weiterhin kräftigen Nachfrageanstieg schließen. Allerdings ist die Baunachfrage nicht ganz frei von Risiken. Dies ergibt sich zum einen aus dem relativ hohen Zinsniveau, das bei anhaltender Konjunktur und im Gefolge der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion kaum wesentlich nachge-

Tabelle 2

**Daten zur internationalen Wirtschaftsentwicklung 1989/90**

Land	Anteil an der Ausfuhr Baden- Württembergs 1989	Veränderung des Außen- werts der DM gegenüber Ende 1988 <sup>1)</sup>	Saldo der Leistungs- bilanz 1989 <sup>2)</sup>	Veränderung gegen Vorjahr			
				Brutto- sozial- produkt real	Ver- braucher- preise	Brutto- sozial- produkt real	Ver- braucher- preise
1989		1990 <sup>3)</sup>					
%		Mrd. \$		%			
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>	—	—	+ 55,5	+ 4,0	+ 2,8	+ 3,75	+ 3,0
Frankreich	13,1	— 1,2	— 3,4	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,0
Italien	9,9	0,0	— 9,5	+ 3,0	+ 6,3	+ 2,5	+ 6,5
Niederlande	5,4	— 0,3	.	+ 4,0	+ 1,1	+ 3,0	+ 2,5
Belgien	4,3	— 0,9	.	+ 4,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,5
Luxemburg			.	.	.	.	.
Großbritannien	7,6	+ 15,8	— 33,2	+ 2,3	+ 7,8	+ 1,0	+ 7,0
Schweiz	8,7	+ 5,2	.	+ 3,1	+ 3,2	+ 2,5	+ 5,0
Österreich	5,8	0,0	.	+ 3,8	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,0
USA	10,8	+ 3,0	— 105,9	+ 3,0	+ 4,8	+ 1,5	+ 4,75
Japan	3,2	+ 27,7	+ 57,0	+ 4,9	+ 2,3	+ 4,5	+ 2,5

1) Stand März 1990 (Monatsdurchschnitt). – 2) Schätzungen der Deutschen Bundesbank. – 3) Gemeinsame Schätzung von DIW Berlin, HWWA Hamburg, Ifo München, RWI Essen und IfW Kiel (Frühjahrgutachten 1990).

ben dürfte, und zum anderen aus dem absehbaren Anziehen der Baupreise, das sowohl nachfrage- wie auch kapazitätsbedingt sein wird.

Erstmals wieder seit einigen Jahren dürfte die Bundesrepublik im Jahr 1990 – gemessen am gesamtwirtschaftlichen Wachstum – die meisten übrigen westlichen Industrieländer (vermutlich mit Ausnahme Spaniens und Japans) über-

flügeln und somit einer stärkeren Abkühlung der internationalen Konjunktur entgegenwirken. Ausschlaggebend hierfür sind im wesentlichen die expansiven Effekte der Steuerpolitik, die Sonderinflüsse, die sich aus der starken Zuwanderung der Aus- und Übersiedler ergeben, und nicht zuletzt die konjunkturellen Auswirkungen der Schaffung eines gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraumes zwischen der Bundesrepublik

Tabelle 3

**Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen für das Bundesgebiet 1989 und 1990**

Merkmal	Einheit	1989		1990		
		Prognosen des Sachverständigenrats <sup>1)</sup>	Ist <sup>2)</sup>	Prognosen		
				Sachverständigenrat <sup>1)</sup>	Jahreswirtschaftsbericht <sup>3)</sup>	Frühjahrsgutachten <sup>4)</sup>
Erwerbstätige	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,5	+ ca. 1,0	+ 1,5
Arbeitslose	Mill.	2,25	2,04	1,95	—	—
Entstehung des Sozialprodukts (real) Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 2,5	+ 3,4	+ 3,0	+ ca. 3,0	+ 3,75
Verwendung des Sozialprodukts (real)						
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	"	+ 2,5	+ 4,0	+ 3,0	+ ca. 3,0	+ 3,75
Privater Verbrauch	"	+ 2,5	+ 1,7	+ 3,5	+ 3,0 bis + 4,0	+ 4,0
Staatsverbrauch	"	+ 0,5	— 0,8	+ 1,5	+ 0,5 bis + 1,0	+ 1,5
Anlageinvestitionen	"	+ 4,5	+ 7,2	+ 5,0	+ 4,5 bis + 5,5	+ 6,0
Ausrüstungen	"	+ 6,5	+ 9,7	+ 7,0	+ 7,0 bis + 8,0	+ 8,0
Bauten	"	+ 2,5	+ 5,3	+ 3,5	+ 2,5 bis + 3,5	+ 5,0
Ausfuhr	"	+ 5,0	+ 10,4	+ 6,0	+ 5,0 bis + 6,0	+ 7,5
Einfuhr	"	+ 4,5	+ 7,3	+ 7,0	+ 6,0 bis + 7,0	+ 8,0
Preisentwicklung						
Privater Verbrauch	"	+ 2,0	+ 3,1	+ 3,0	+ ca. 2,5	+ 3,0
Bruttosozialprodukt	"	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,5	+ ca. 2,5	+ 3,5
Verteilung des Volkseinkommens (nominal)						
Volkseinkommen	"	+ 4,0	+ 6,0	+ 6,5	+ 5,5 bis + 6,0	+ 7,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	"	+ 3,5	+ 4,4	+ 6,5	+ 4,5 bis + 5,5	+ 6,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	"	+ 5,5	+ 9,5	+ 7,0	+ 7,0 bis + 8,0	+ 10,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	"	+ 4,0	+ 4,5	+ 7,5	+ 6,5 bis + 7,0	+ 7,5

1) Zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: 1989: (November 1988); 1990: (November 1989). – 2) Vorläufiges Ergebnis. – 3) Jahreswirtschaftsbericht 1990 der Bundesregierung. – 4) Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1990 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.).

und der DDR, die insbesondere jedoch im kommenden Jahr die wirtschaftliche Entwicklung prägen werden. So erwarten die Forschungsinstitute für 1990 bundesweit einen Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 3,75 % und auch für 1991 eine Zunahme in derselben Größenordnung. Der Wachstumseffekt der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im kommenden Jahr wird hierbei auf zirka 1,5 Prozentpunkte geschätzt. Unter der Voraussetzung, daß die Wirtschaft des Landes auch 1990 etwas stärker zulegen kann als im Bundesdurchschnitt, ist für Baden-Württemberg mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um annähernd 4 % zu rechnen.

Diese Schätzungen werden durch die ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes für 1990 gestützt, wonach im 1. Quartal bundesweit ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 4,6 % zu verzeichnen war. Die stärksten Impulse gingen erneut von der kräftig expandierenden Investitionstätigkeit aus. So belief sich der preisbereinigte Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen auf 15,9 %; die Bauinvestitionen lagen um 7,4 % über dem Vorjahresniveau. Der private Verbrauch blieb zwar mit einer realen Zunahme um 4,0 % deutlich hinter dem Wachstum der Investitionen zurück, gegenüber der Vorjahresentwicklung ist dies jedoch eine nicht unerhebliche Beschleunigung.

Ein derart weitreichender Schritt, wie die - aufgrund der äußeren Umstände - nun doch rasche Verschmelzung zweier Wirtschaftsräume, die jahrzehntelang weitgehend voneinander abgeschottet und durch völlig unterschiedliche Wirtschaftsordnungen gekennzeichnet waren, kann nicht frei von Risiken sein. Neben dem bereits erläuterten Risiko für die Preisstabilität werden in der öffentlichen Diskussion auch zunehmend die finanzwirtschaftlichen Aspekte - unter der Fragestellung: Was kostet die Einheit? - angesprochen. Ungeachtet dessen, daß sich dieses Thema sicherlich nicht dazu eignet, um nach Kriterien wie "Aufwand" und "Ertrag" behandelt zu werden, bleibt dennoch festzustellen, daß die voraussichtlichen Risiken und Belastungen hierzulande in keinem Verhältnis stehen zu dem, was

in der DDR an Risikobereitschaft, Kreativität und Anstrengung angesichts einer grundlegend veränderten Situation aufgebracht werden muß. Der mit der Währungsunion verbundene Nachfrageeffekt sowie der mittelfristig zu erwartende dynamische Wachstumsprozeß in der DDR werden auch die westdeutsche Wirtschaft ankurbeln, was angesichts von Unsicherheiten und Schwierigkeiten in einer Umstellungsphase nicht übersehen werden darf. Der Wohlstand wird auf mittlere Sicht in beiden Teilen Deutschlands höher sein als unter den Bedingungen einer fortbestehenden Teilung. Es geht hier folglich nicht um einen Akt der Umverteilung, sondern um die Initiierung eines Wachstums- und Aufholprozesses, der zunächst eine wesentliche Hilfestellung von der Bundesrepublik erfordert, der aber letztlich beiden Seiten zugute kommt.

### Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Das mit real + 3,7 % kräftige Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg im Jahre 1989 führte zu einem kontinuierlichen Ausbau des Arbeitsplatzangebots. Bei dem auch im laufenden Jahr zu erwartenden Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, einschließlich zusätzlicher Nachfrage aus der DDR, wird die Auslastung des Produktionspotentials weiter steigen, was zumindest kurzfristig - auch bei gleichzeitig steigendem Arbeitskräfteangebot - zu Anspannungen bei der Produktion führen kann.

Die bereits seit 1984 anhaltende Zunahme der Beschäftigtenzahlen setzte sich 1989 verstärkt fort und führte Ende September 1989 zu einem Arbeitskräftevolumen von rund 3,716 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitpunkt bedeutet das eine Zunahme um 64.000 Personen oder 1,8 %. Der Beschäftigungszuwachs wurde dabei sowohl vom Verarbeitenden Gewerbe mit + 30.300 Personen (+ 1,8 %) als auch von den verschiedenen Dienstleistungsbereichen mit + 36.800 Personen (+ 2,7 %) getragen, wobei im Bereich der sonstigen Dienstleistungen die Zuwachsrate mit + 3,5 % besonders hoch war (+ 22.700 Perso-

nen). Nur in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft (- 2,0 %) sowie Baugewerbe (- 1,8 %) war eine Abnahme der Beschäftigung zu verzeichnen. Prinzipiell entsprachen diese Veränderungen der bundesweiten Entwicklung, wenn auch auf dieser Ebene die Beschäftigungszunahme (+ 355 300 Personen) etwas schwächer ausgeprägt war (+ 1,6 %) als im Land. Rund 18 % der neugeschaffenen Arbeitsplätze im Bundesgebiet entfielen also auf Baden-Württemberg, während der Beschäftigtenanteil bei 17 % liegt.

Trotz der großen Zuwanderung von Deutschen und Ausländern nach Baden-Württemberg, die zusammen mit einer steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen das Erwerbspersonenpotential nicht unerheblich erhöhte, konnte so aufgrund der anhaltenden Beschäftigungsausweitung im Jahr 1989 die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr abgebaut werden; sie erreichte den niedrigsten Stand seit 1982. Im Jahresdurchschnitt 1989 wurden noch 182 409 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern registriert, das waren 19 060 Personen oder 9,5 % weniger als ein Jahr zuvor (Bund: - 9,1 %).

Für das Jahr 1990 ist weiterhin mit einer spürbaren Ausweitung der Beschäftigung zu rechnen. Die auch in Zukunft zu erwartende gesamtwirtschaftliche Nachfrageentwicklung veranlaßt die Unternehmen, ihre Personalbestände - soweit geeignete Arbeitskräfte vorhanden sind - weiter aufzustocken. Im Verarbeitenden Gewerbe des Landes wurde bereits im 1. Quartal 1990 die Beschäftigtenzahl um 2,7 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresstand auf 1 501 483 Personen ausgeweitet.

Die sich sowohl aus konjunkturellen Gründen, als auch witterungsbedingt zu Anfang des Jahres 1990 fortsetzende Einstellungsbereitschaft der Arbeitgeber hat weiterhin einen positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt. Im Januar 1990 lag die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg mit 191 826 registrierten Arbeitslosen um 5,0 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Diese Entwicklung setzte sich auch in den folgenden Monaten fort; so ging die Arbeitslosenzahl im März um 7,4 % und im April um 5,7 %

Schaubild 1

### Entwicklung wirtschaftlicher Eckdaten in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet seit 1980

-Veränderung jeweils gegenüber Vorjahr in %-



1) Jeweils September.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

314 90

gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten zurück. Eine stärkere Reduzierung der Arbeitslosigkeit stieß allerdings aufgrund der hohen Aus- und Übersiedlerzahlen an Grenzen. In den Monaten März und April 1990 waren jeweils rund 30 000 Aus- und Übersiedler als Arbeitslose registriert; im Vergleich zum Vorjahr war das eine Steigerung um 17 200 bzw. 15 500 Personen. Der fortschreitende Demokratisierungsprozeß in der DDR wirkte sich aber bereits etwas entspannend auf den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg aus, da der Zustrom der Übersiedler gebremst wurde. Im März 1990 nahm die Zahl der als arbeitslos registrierten Übersiedler gegenüber dem Vormonat um 11,4 % ab; im April lag der entsprechende Wert sogar bei - 18,7 %. Für die Aussiedler ist eine ähnliche Entwicklung auf kurze Sicht allerdings nicht zu erwarten.

Nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg ist für 1990 mit einem weiteren Anstieg des Arbeitskräfteangebots zu rechnen, so daß trotz der voraussichtlichen Nachfrageerhöhung nach Arbeitskräften in Abhängigkeit von der zunehmenden Produktionsleistung der

Tabelle 4

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet am 30.9.1989**

Wirtschaftsabteilungen <sup>1)</sup>	Baden-Württemberg			Bundesgebiet		
	insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr	
	1000		%	1000		%
Wirtschaftsabteilungen zusammen <sup>2)</sup>	3 715,8	+ 64,0	+ 1,8	21 993,3	+ 355,3	+ 1,6
davon						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	32,3	- 0,7	- 2,0	219,7	- 6,8	- 3,0
Energie, Bergbau	36,0	+ 0,1	+ 0,4	453,8	- 9,6	- 2,1
Verarbeitendes Gewerbe	1 741,8	+ 30,3	+ 1,8	8 452,2	+ 138,4	+ 1,7
Baugewerbe	238,1	- 4,3	- 1,8	1 448,9	- 4,9	- 0,3
Handel	439,4	+ 8,7	+ 2,0	3 001,3	+ 50,2	+ 1,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	134,5	+ 2,8	+ 2,1	1 068,5	+ 24,4	+ 2,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	140,1	+ 2,6	+ 1,9	889,3	+ 14,1	+ 1,6
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	678,0	+ 22,7	+ 3,5	4 513,1	+ 147,9	+ 3,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	64,4	+ 0,9	+ 1,4	490,9	+ 7,2	+ 1,5
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	211,4	+ 1,1	+ 0,5	1 451,0	+ 0,5	+ 0,0

1) Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. — 2) Einschließlich "Ohne Angaben".  
 Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg;

Abbau der Arbeitslosigkeit vor allem wegen struktureller Diskrepanzen nur Schritt für Schritt vorankommt. Mit einer erwarteten Zunahme von rund 450 000 Personen wird das Angebot an Arbeitskräften bundesweit auf alle Fälle stärker ansteigen als jemals zuvor in den 70er und 80er Jahren; der Zuwanderungsschub von Deutschen aus der DDR im Herbst 1989 wird dabei erst im Laufe des Jahres 1990 voll zum Tragen kommen. Zwar führen Verschiebungen

in der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung zu einem deutlichen Rückgang des deutschen Erwerbspersonenpotentials, doch wird dieser Effekt durch eine insgesamt höhere Erwerbsbeteiligung, die Altersstruktur der Ausländer in Deutschland sowie besonders in Folge der starken Zuwanderung von Aussiedlern überkompensiert. Auf längere Sicht betrachtet, werden die zusätzlichen Erwerbspersonen den Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik aber

Tabelle 5

## Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg 1989 und 1990

Nachweis	Einheit	1989				1990	
		1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahresdurchschnitt		Januar - Mai	
				Baden- Württem- berg	Bundes- gebiet	Baden- Württem- berg	Bundes- gebiet
Arbeitslose (Voll- und Teilzeit- arbeit)	Anzahl Veränderung zum Vorjahr in %	185 160 - 10,5	179 038 - 8,2	182 409 - 9,5	2 037 781 - 9,1	177 144 - 5,9	2 018 987 - 6,5
Arbeitslosenquote (Voll- und Teilzeit- arbeit)	%	4,2 <sup>1)</sup>	4,6 <sup>1)</sup>	4,5	7,9	3,9 <sup>2)</sup>	7,0 <sup>2)</sup>
Kurzarbeiter	Anzahl Veränderung zum Vorjahr in %	16 970 - 64,4	5 315 - 64,9	11 142 - 64,5	107 873 - 48,1	9 196 - 52,0	80 858 - 52,6
Offene Stellen (Voll- und Teilzeit- arbeit)	Anzahl Veränderung zum Vorjahr in %	53 414 + 40,3	66 571 + 52,3	58 954 + 45,7	251 415 + 33,3	74 443 + 44,2	313 068 + 38,3

1) Stand: jeweils zum Halbjahresende. – 2) Monatsende.

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

nicht nur belasten, sondern auch zu einer weiteren Stimulierung der wirtschaftlichen Aktivitäten beitragen; welche Zeiträume hierbei zugrunde gelegt werden müssen, kann bislang allerdings noch nicht abgeschätzt werden.

In Verbindung mit der abnehmenden Arbeitslosenzahl ging im Jahresdurchschnitt 1989 in Baden-Württemberg auch die Arbeitslosenquote auf 4,5 % zurück (1988: 5,0 %); sie lag damit weiterhin deutlich unter der durchschnittlichen Quote des gesamten Bundesgebiets (7,9 %), die sich allerdings gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt (8,7 %) ebenfalls stark reduzierte. Zu Beginn des Jahres 1990 entwickelte sich die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg bei steigendem Erwerbspersonenpotential weiter kontinuierlich nach unten; im Mai wurde eine Quote von 3,9 % erreicht. Ausgehend von diesem Entwicklungsverlauf wird Baden-Württemberg wie schon in den vergangenen Jahren

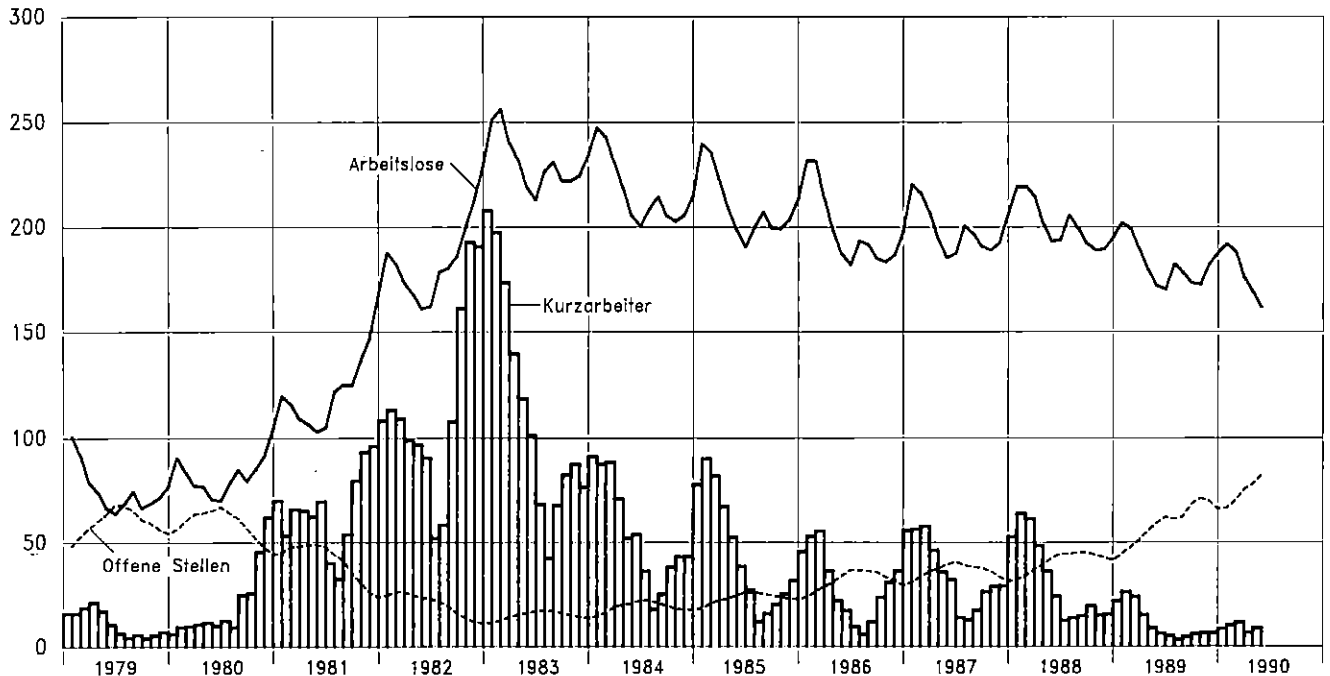
auch 1990 das geringste Arbeitslosigkeitsniveau aller Bundesländer aufweisen.

Das gegenwärtig anwachsende Erwerbspersonenpotential konnte nicht verhindern, daß die Reduzierung der Arbeitslosigkeit von einem deutlichen Anstieg der Zahl der offenen Stellen begleitet war. Die nicht vollständig zu beseitigenden strukturellen Diskrepanzen zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage führten im Jahresdurchschnitt 1989 zu einem Anwachsen der Zahl der offenen Stellen in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahr um 45,7 % (Bundesgebiet: + 33,3 %). 1989 waren somit durchschnittlich 58 954 offene Stellen registriert, d.h. auf eine offene Stelle kamen rund 3,1 registrierte Arbeitslose (Bund 8,1). Dieser Anstieg der Zahl der offenen Stellen setzte sich auch zu Beginn des laufenden Jahres fort. Bis Ende April erhöhte sich die Zahl der



## Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1979

in Tausend



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

311 90

offenen Stellen in Baden-Württemberg auf 77 976; im Vergleich zum Vorjahresmonat ist das eine Steigerung um 39,9 %.

Die zunehmende Entspannung auf dem Arbeitsmarkt macht sich auch im Bereich der Kurzarbeit bemerkbar. Während im Jahresdurchschnitt 1988 noch 31 384 Kurzarbeiter beschäftigt waren, ging diese Zahl im Jahresdurchschnitt 1989 um 64,5 % auf 11 142 zurück; das ist der niedrigste Wert seit 1979. Zu Beginn des Jahres 1990 war die Zahl der Kurzarbeiter speziell im Baugewerbe noch relativ hoch (Februar 1990: 4 629 Kurzarbeiter). Im April dieses Jahres hat sich dort die Situation ebenfalls grundlegend verbessert, so daß insgesamt nur noch 6 542 Beschäftigte kurzarbeiten mußten, das waren 56,9 % weniger als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Nennenswert ist die Kurzarbeit jetzt allein in der Metallverformung (1 270 Kurzarbeiter), im Textil- und Bekleidungsgewerbe (1 170 Kurzarbeiter) sowie in der Elektrotechnik (840 Kurzarbeiter).

Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 1989 führte bei einigen besondere Probleme aufweisenden Gruppen ebenfalls zu einer Verbesserung der Situation, wenn auch die strukturellen Benachteiligungen nicht generell beseitigt werden konnten:

- So lag die Arbeitslosenquote bei den Frauen mit 5,6 % deutlich höher als bei den Männern (3,7 %), wobei sich dieser Abstand - anders als in den drei Jahren zuvor - sogar leicht vergrößert hat. Diese Entwicklung kam dadurch zustande, daß sich die Zahl der männlichen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt um 11 560 Personen (- 11,5 %), die der weiblichen aber nur um 7 501 Personen (- 7,5 %) verringert hat.
- Die Zahl der ausländischen Arbeitslosen nahm gegenüber dem Vorjahr zwar überdurchschnittlich stark auf 31 667 Personen ab (- 16,4 %), die entsprechende Arbeitslosenquote blieb dennoch mit 7,5 % deutlich über dem

Gesamtdurchschnitt. Das bedeutet, rund 17,4 % aller Arbeitslosen waren ausländischer Herkunft.

- Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren setzte sich der seit 1983 anhaltende Trend eines Abbaus der Arbeitslosigkeit verstärkt fort. Gegenüber dem Vorjahr nahm im Jahresdurchschnitt 1989 die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen um 2 880 (- 28,8 %) auf 7 131 Personen ab.
- Die Zahl der älteren Arbeitslosen (59 Jahre und älter) hat sogar entgegen der allgemeinen Entwicklungstendenz auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich zum Vorjahr nochmals zugenommen (+ 4,5 %) und erreichte im Jahresdurchschnitt 1989 ein Niveau von 10 565 Personen.
- Eine wichtige Problemgruppe des Arbeitsmarktes sind weiterhin die Langzeitarbeitslosen (ein Jahr und länger). Ihre Zahl betrug Ende September 1989 42 893, das entspricht einem Anteil an den Arbeitslosen insgesamt von 24,8 %. Davon waren 21 767 Personen ein bis zwei Jahre und 21 126 länger als zwei Jahre ohne Arbeit. Gegenüber Ende September 1988 bedeutete dies zwar eine Abnahme der Zahl der Langzeitarbeitslosen insgesamt um 11,0 %, doch die Zahl derer, die länger als zwei Jahre arbeitslos sind, ging im selben Zeitraum nur um 4,1 % zurück, während die Arbeitslosenzahl insgesamt um 9,9 % abnahm. Für diese Gruppe von Arbeitslosen ist trotz der Zunahme der Zahl der offenen Stellen eine Arbeitsvermittlung besonders schwierig, da sich hier in vielen Fällen Qualifikationsdefizite mit fortgeschrittenem Alter und gesundheitlichen Einschränkungen verbinden. Für viele Arbeitgeber ist darüber hinaus Langzeitarbeitslosigkeit für sich selbst genommen bereits ein Zeichen verminderter Belastbarkeit sowie geringer Motivation und Integrationsfähigkeit der Arbeitsuchenden.
- Deutlich geringer als die Arbeitslosigkeit insgesamt hat sich auch die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten (- 1,3 %) verringert; sie erreichte im Jahresdurchschnitt 1989 ein Niveau von 10 434 Personen.

Die allgemein positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte im Jahr 1990 zwar auch Verbesserungen für die vorgenannten Gruppen bringen, doch die grundlegenden strukturellen Benachteiligungen werden sich dadurch nicht kurzfristig beseitigen lassen.

#### Bewerberengpässe auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Für das gegenwärtig laufende Beratungsjahr 1989/90, das sich bis Ende September 1990 erstreckt, haben die Betriebe und Verwaltungen in Baden-Württemberg bis Ende März den Berufsberatungsstellen der Arbeitsämter knapp 105 100 Ausbildungsstellen gemeldet und um Vermittlung von geeigneten Bewerbern gebeten. Das waren rund 14 500 Ausbildungsstellen mehr (+ 16,0 %) als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Wegen der immer größer werdenden Schwierigkeiten, geeignete Bewerber für die angebotenen Ausbildungsstellen zu finden, melden die Arbeitgeber mittlerweile über 90 % ihrer freien Stellen den Arbeitsämtern. Besonders deutlich stieg die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen bei den Bau- und Baunebenberufen an (+ 24,6 %); auch bei den technischen Berufen (+ 20,3 %) sowie den Berufen der Körperpflege und bei den Gästebetreuern (+ 19,7 %) war der Zuwachs an gemeldeten Stellen überdurchschnittlich groß. Diesen Ausbildungsplätzen standen aufgrund der noch deutlich sinkenden Zahl von Schulabgängern in der gleichen Zeit rund 56 400 Bewerber gegenüber, das waren 4 500 (- 7,3 %) weniger als im Vorjahr. Nur bei den technischen Berufen war ein bedeutender Anstieg der Bewerberzahlen (+ 18,2 %) zu verzeichnen, während bei den Berufen der Körperpflege und bei den Gästebetreuern (- 16,9 %), bei den Verkehrsberufen (- 16,6 %) sowie den Textil-, Bekleidungs- und Lederberufen (- 16,6 %) die Zahl der Stellenbewerber besonders stark zurückging.

Auch wenn den insgesamt rückläufigen Bewerberzahlen eine steigende Zahl von Ausbildungsstellen gegenübersteht, waren Ende März 1990 von den gemeldeten Jugendlichen, die eine Ausbildungsstelle

suchten, 23 032 noch nicht vermittelt; das sind 4 679 weniger (- 16,9 %) als zum entsprechenden Vorjahreszeitpunkt.

Ihnen stand eine Zahl von 59 897 unbesetzten Berufsausbildungsstellen (+ 29,6 %) gegenüber. In vielen Bereichen dürfte es also zu Engpässen bei der Besetzung von Ausbildungsstellen mit geeigneten Bewerbern kommen. Besonders groß war die Zahl der unbesetzten Stellen bei den Metallberufen (11 807), den Bau- und Baunebenberufen (10 866) sowie bei den Waren- und Dienstleistungskaufleuten (10 771). Auf der anderen Seite übertraf bei den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen sowie bei den technischen Berufen die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber (5 236 bzw. 1 331) bei weitem die Zahl der noch unbesetzten Ausbildungsstellen (3 394 bzw. 686). Die hier also zum Teil auf strukturellen Diskrepanzen beruhenden Engpässe für die Arbeitgeber auf dem Ausbildungsstellenmarkt werden auch durch eine intensive Ausschöpfung des Potentials bei den jungen Aus- und Übersiedlern nur sehr schwer abgebaut werden können.

## Hoher Zuwanderungsgewinn bei der deutschen Bevölkerung

Im Laufe des Jahres 1989 ist die Zahl der Lebendgeborenen in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahr geringfügig (+ 0,9 %) auf 111 600 gestiegen. Der bereits seit 1984 zu beobachtende leichte Wiederanstieg der Zahl der Geburten hat sich also auch im vergangenen Jahr noch fortgesetzt. Diese Zunahme wurde allerdings vollständig von der ausländischen Bevölkerung getragen, deren Geburtenzahl im Vergleich zum Vorjahr um + 10,2 % anstieg, während bei der deutschen Bevölkerung sogar ein leichter Rückgang (- 0,4 %) zu verzeichnen war. Diese Entwicklung ist zudem vor dem Hintergrund zu sehen, daß immer noch starke Geburtsjahrgänge in das Alter aufrücken, in dem die Frauen die Mehrzahl ihrer Kinder bekommen, und auch ein verstärkter Zuzug junger Aussiedler zu verzeichnen war. Dagegen hat der Zustrom von Übersiedlern aus der DDR erst in den letzten Monaten des Jahres 1989 voll eingesetzt und die Zahl der Lebendgeborenen bisher kaum beeinflußt.

Tabelle 6

### Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg 1988 und 1989

Merkmal	1988			1989		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
	Anzahl					
Lebendgeborene	110 627	97 027	13 600	111 600	96 612	14 988
Sterbefälle	92 418	90 955	1 463	94 262	92 743	1 519
Geburtenüberschuß bzw. -verlust	+ 18 209	+ 6 072	+ 12 137	+ 17 338	+ 3 869	+ 13 469
Zuzüge	255 071	131 735	123 336	...	...	...
Fortzüge						
Wanderungssaldo	+ 84 012	+ 40 290	+ 43 722	...	...	...
Ein- bzw. Ausbürgerung	—	+ 2 581	— 2 581	...	...	...
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme	+ 102 221	+ 48 943	+ 53 278	...	...	...
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 432 709	8 507 583	925 126	...	...	...

Anmerkung: ... = Zahlen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Die Zahl der Sterbefälle hat sich im Jahr 1989 mit 94 262 stärker erhöht (+ 2,0 %) als die Zahl der Geburten (+ 0,9 %); der Geburtenüberschuß lag mit 17 338 Personen unter dem Vorjahreswert (+ 18 209), aber noch deutlich über dem Wert von 1987 (+ 12 003). Beim deutschen Bevölkerungsteil belief sich der Geburtenüberschuß im abgelaufenen Jahr auf 3 869 Personen er war damit erheblich geringer als im Vorjahr (+ 6 072 Personen). Der Unterschied im Vergleich zum Umfang des Geburtenüberschusses beim ausländischen Bevölkerungsteil (+ 13 469 Personen), der etwas über dem entsprechenden Vorjahreswert (+ 12 137 Personen) lag, wurde somit wieder größer. Da inzwischen immer stärker besetzte Jahrgänge in ein hohes Alter aufrücken, muß in den nächsten Jahren mit weiter wachsenden Zahlen an Gestorbenen gerechnet werden.

Auch wenn bei Redaktionsschluß die Daten zur Wanderungsstatistik erst für die Monate Januar bis September 1989 vorlagen, so kann doch davon ausgegangen werden, daß der Wanderungsgewinn des Jahres 1989 viel höher gewesen ist als im Jahr 1988. Bereits in den ersten drei Quartalen des Jahres 1989 lag der Wanderungsgewinn um rund 55 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Diese Entwicklung ist vor allem auf die hohen Zuwanderungszahlen der deutschen Bevölkerung zurückzuführen. Von Januar bis September 1989 sind 132 500 Deutsche nach Baden-Württemberg zugezogen; dies bedeutet gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum eine Zunahme von fast 38 %. Bei den Ausländern lag diese Zuwachsrate bei rund 12 %. Der Wanderungsgewinn der deutschen Bevölkerung, der 1988 noch geringer war als derjenige der ausländischen Bevölkerung, wuchs im Laufe des Jahres 1989 bis Ende September auf + 62 763 Personen an und lag damit um 78 % über dem Wanderungsgewinn der ausländischen Bevölkerung.

Diese Entwicklungstendenzen bei den Zuwanderungen und bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung dürften bis Ende Dezember 1989 zu einem Bevölkerungsstand zwischen 9,55 Mio. und 9,60 Mio. Einwohnern in Baden-Württemberg führen.

An diesem hohen Wanderungsgewinn der deutschen Bevölkerung in Baden-Württemberg haben die Aus- und Übersiedler einen großen Anteil. Nachdem bereits 1988 35 500 Aus- und Übersiedler nach Baden-Württemberg gekommen waren, stieg diese Zahl im Laufe des Jahres 1989 auf weit über 100 000 Personen an. Auch Anfang des Jahres 1990 war noch kein grundlegender Umschwung in der Entwicklung zu verzeichnen. Im Januar kamen rund 6 700 Aussiedler und 7 000 Übersiedler, im Februar waren es 6 300 Aussiedler und 6 000 Übersiedler. Erst seit der Wahl in der DDR am 18. März 1990 hat der Übersiedlerzugang deutlich abgenommen; im März wurden in Baden-Württemberg noch 2 100 Übersiedler aufgenommen, im April waren es dann nur noch rund 700. Mit hohen Aussiedlerzahlen aus Osteuropa ist allerdings weiter zu rechnen. Nach einer Prognose der Bundesregierung werden bis Ende des Jahres insgesamt rund 600 000 Aus- und Übersiedler in die Bundesrepublik kommen; bei einer Aufnahmequote von 16,9 % müßte Baden-Württemberg also deutlich mehr als 100 000 Aus- und Übersiedler aufnehmen. Dieser Zuwanderungsstrom wirft zwar kurzfristig einige Integrationsprobleme auf, wird aber zumindest mittelfristig durchaus zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungschancen führen können. Was die längerfristigen Auswirkungen der Zuwanderung dieser Personengruppen mit einer vergleichsweise günstigen Altersstruktur betrifft, so gilt es zu sehen, daß im Blick auf die Finanzierung des Systems der Sozialen Sicherung die heutigen zusätzlichen Beitragszahler in einigen Jahrzehnten Rentempfänger sein werden, - dies dann, wenn das Rentenversicherungssystem seine demographisch bedingte Belastungssituation in voller Schärfe zu bewältigen haben wird. Insofern kommt es entscheidend darauf an, wie sich diese Zuwanderer in ihrem eigenen Familiengründungsverhalten entscheiden werden.

#### Mehr Schüler durch hohe Zuwanderung

Nach Jahren des Rückgangs der Schülerzahlen an den öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen zeigt

sich im Schuljahr 1989/90 nicht unerwartet eine Trendumkehr in der Entwicklung. Die Gesamtschülerzahl in diesem Schuljahr liegt mit rund 1 028 400 Schülern um ca. 8 700 Schüler (+ 0,9 %) über dem Stand des Vorjahres. Ausschlaggebend hierfür dürfte in erster Linie der ungewöhnlich starke Zuzug von Aus- und Übersiedlerkindern gewesen sein, der insbesondere an den Grundschulen zu höheren Schülerzahlen geführt hat.

Entsprechend der differenzierten Altersstruktur der Bevölkerung weicht die Entwicklung der Schülerzahlen in den einzelnen Schularten erheblich voneinander ab. Wie bereits in den Vorjahren stieg die Zahl der Grundschüler insgesamt deutlich an. Während im Schuljahr 1988/89 rund 372 000 Schüler die Grundschulklassen besuchten, sind es im Schuljahr 1989/90 fast 389 000, also rund 17 000 Schüler (+ 4,6 %) mehr. Im Vergleich zum Vorjahr macht sich hierbei besonders die Zunahme der Schülerzahlen in der Klassenstufe 4 bemerkbar; mit rund 92 200 Schülern werden in den 4. Grundschulklassen rund 6 100 Schüler mehr unterrichtet (+ 7,1 %) als vor einem Jahr.

Im Gegensatz zur Entwicklung im Grundschulbereich haben die Schülerzahlen an weiterführenden Schulen in diesem Schuljahr nochmals abgenommen, allerdings war dieser Rückgang deutlich schwächer ausgeprägt als in den Jahren zuvor. Im einzelnen wurde für die Hauptschulen im Schuljahr 1989/90 eine Abnahme um rund 1 600 (- 0,9 %) auf 174 900 und für die Realschulen um rund 3 000 (- 1,7 %) auf 170 300 Schüler ermittelt; die Zahl der Gymnasiasten ging gegenüber dem Vorjahr um 3 700 (- 1,6 %) auf 230 100 zurück. Der Anteil der Übergänger aus der 4. Klassenstufe der Grundschule auf die Gymnasien stieg gleichzeitig von 30,1 % im Schuljahr 1988/89 auf 30,8 % im Schuljahr 1989/90 an. Im Zusammenhang damit hat sich speziell die Zahl der Fünftklässler an Gymnasien gegenüber dem Vorjahr auf 27 200 Schüler erhöht (+ 3,0 %). Die Zahl der Abiturienten nahm dagegen im Vorjahresvergleich deutlich auf 25 300 Schüler ab (- 7,3 %).

Ausgehend von den für das Schuljahr 1989/90 festgestellten Schülerzahlen ergeben sich folgende, gegenüber dem Vorjahr nur leicht veränderte durchschnittliche Klassenstärken (Schüler je Klasse): an Grund- und Hauptschulen 20,9 (Vorjahr 20,8), an Realschulen 23,8 (Vorjahr ebenfalls 23,8) sowie an Gymnasien 23,7 (Vorjahr 23,9). An den Sonderschulen blieb die durchschnittliche Klassenstärke mit 8,7 Schüler je Klasse seit dem Schuljahr 1987/88 konstant.

Die Schülerprognosen der jüngsten Vergangenheit gingen davon aus, daß die Gesamtzahl der Schüler im Jahr 1991 ihren Tiefpunkt erreicht. Für das folgende Jahrzehnt bis über das Jahr 2000 hinaus, wurde dann eine Zunahme der Schülerzahlen insbesondere auf der Grundlage steigender Geburtenzahlen vorausberechnet. Diese bestehenden Schülerprognosen müssen nun allerdings aufgrund der Tatsache, daß die Zuwanderungen viel stärker ausfielen als erwartet, beträchtlich nach oben korrigiert werden. Bereits zu Beginn des Schuljahres 1989/90 wurden nämlich viel mehr Kinder von Aus- und Übersiedlern an den baden-württembergischen Schulen angemeldet als erwartet; schon bis zum 15. November 1989 waren es über 13 000 Neuanmeldungen. Bis zum 23. April 1990 ist diese Zahl auf 32 600 gestiegen. Im gesamten Schuljahr 1989/90 ist an den öffentlichen Schulen mit einem Neuzugang von 40 000 Aus- und Übersiedlerkindern zu rechnen. Die hohen Zugänge haben zur Folge, daß die Gesamtzahl der Schüler bereits die Talsohle durchlaufen hat und zum Schuljahr 1990/91 wieder ansteigen wird. Zudem wird die Zunahme der Schülerzahlen weitaus größer sein als bisher vorausberechnet. So geht das Ministerium für Kultus und Sport seit Anfang des Jahres von einer Zunahme der Schülerzahl im Grundschulbereich um rund 25 % bis zum Jahr 2000 aus; dies würde bedeuten, daß die Zahl der Grundschüler in den 90er Jahren nicht wie in den bisherigen Prognosen angenommen auf 412 000, sondern auf 470 000 Schüler ansteigen wird. Auch in den weiterführenden Schulen ist aufgrund der hohen Zuwanderungszahlen von Aus- und Übersiedlern zeitlich versetzt und in Abhängigkeit der jeweiligen

Übergangsquoten von der Grundschule mit einem deutlichen Anstieg der Schülerzahlen zu rechnen. Die innerhalb kürzester Zeit von der Realität überholten Annahmen der zurückliegenden Prognosen machen die Unsicherheiten auch häufiger korrigierter Vorausrechnungen deutlich.

Bei den beruflichen Schulen setzte sich der seit 1985 zu beobachtende Rückgang der Schülerzahlen insgesamt leicht verstärkt fort. Im Schuljahr 1989/90 wurden im Gesamtbereich der beruflichen Schulen 395 700 Schüler unterrichtet, das waren 17 400 (- 4,2 %) weniger als im Vorjahr. Betrachtet man die Entwicklung der Schülerzahlen nach einzelnen Schularten differenziert, zeigen sich allerdings unterschiedliche Tendenzen. Während die Schülerzahlen im großen Bereich der Berufs- und Sonderberufsschulen um - 6,7 % sowie im kooperativen Berufsgrundbildungsjahr um - 5,6 % zurückgingen, blieben sie an den beruflichen Gymnasien nahezu konstant (- 0,1 %) und stiegen bei den Berufsoberschulen (+ 4,0 %) sowie den Fachschulen (+ 5,7 %) wie bereits in den Jahren zuvor weiter an.

An den Hochschulen in Baden-Württemberg hat sich im Wintersemester 1989/90 die Zahl der Studienanfänger gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich erhöht. Mit 29 600 Studienanfängern wurde der Vorjahreswert um 3,2 % übertroffen; es ist aber noch keineswegs abzusehen, ob damit der Scheitelpunkt der Entwicklung erreicht ist. Entgegen früheren Annahmen ist nämlich die Jahrgangsstärke der Studienberechtigten aufgrund einer gewandelten Bildungsbeteiligung kaum gesunken; gleichzeitig hat sich die Studierneigung der Studienberechtigten etwas erhöht. Auch wurde der Studienaufnahmetermin tendenziell weiter hinausgeschoben, so daß sich die Studienanfänger teilweise noch aus den zahlenmäßig stärker besetzten Studienberechtigungsjahrgängen rekrutieren.

Wie bereits in den Jahren zuvor war der Anstieg der Zahl der weiblichen Studienanfänger (+ 3,8 %) deutlich höher als der der männlichen (+ 2,7 %); auch die Zahl der erstimmatrikulierten Ausländer und Ausländerinnen stieg überproportional (+ 8,9 %) an. Diffe-

renziert man die Entwicklung der Studienanfängerzahlen nach Hochschulart, zeigen sich ebenfalls etwas unterschiedliche Tendenzen. Während an den Pädagogischen Hochschulen die Zahl der Ersteinschreibungen gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich um 500 auf 1 780 - das sind fast + 40 % - zugenommen hat, erhöhte sich die Zahl der Studienanfänger an den Universitäten nur um 140 Personen (+ 0,7 %) auf 19 300. Auch im Fachhochschulbereich (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen) konnte erneut eine Zunahme der Studienanfängerzahlen festgestellt werden; hier nahmen im Wintersemester 1989/90 8 000 Studienberechtigte ein Studium auf, das sind 2,6 % mehr als im Vorjahr.

In Verbindung mit den erhöhten Studienanfängerzahlen stieg wiederum die Gesamtzahl der Studierenden in Baden-Württemberg gegenüber dem Wintersemester 1988/89 an (+ 2,2 %) und erreichte zum Jahreswechsel 1989/90 mit 207 600 Studenten eine neue Rekordhöhe. Unter den Studierenden befanden sich 75 700 Frauen, was einem Anteil von 36,4 % entspricht; die ausländischen Studenten erreichten mit 13 500 Studierenden einen Anteil von 6,5 %. Die weitere Entwicklung dieser Zahlen ist kaum prognostizierbar, da die politischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa auch den Hochschulbereich nicht unberührt lassen werden. Nach einer Sonderauszählung des Statistischen Landesamtes befanden sich im Wintersemester 1989/90 unter den Studienanfängern an den baden-württembergischen Universitäten zwar erst knapp 100 Aus- und Übersiedler, doch ist davon auszugehen, daß deren Anzahl künftig merklich steigen wird.

#### Verarbeitendes Gewerbe 1989: Entwicklung in den einzelnen Branchen

Der zuvor gegebene Überblick über die konjunkturelle Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe wird im folgenden nach Quartalen und Branchen weiter differenziert. Die Nachfrageentwicklung war 1989 durch eine stürmische Expansion in den ersten beiden Quartalen gekennzeichnet, der im 3. Quartal eine merkliche Abflachung und im 4. Quartal wiederum

Tabelle 7

## In- und ausländische Nachfrageentwicklung in Baden-Württemberg 1989 und Januar bis April 1990\*)

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Auftragseingang (Volumenindex) 1985 = 100		Umsatz		
	Veränderung		1989 insgesamt	Veränderung	
	1989 gegen 1988	Januar bis April 1990 gegen Januar bis April 1989		1989 gegen 1988	Januar bis April 1990 gegen Januar bis April 1989
	%		Mill. DM	%	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 9,8	+ 0,4	305 055,5	+ 7,7	+ 7,8
Inland	+ 10,7	+ 0,1	204 118,1	+ 6,4	+ 8,6
Ausland	+ 8,4	+ 1,1	100 937,4	+ 10,5	+ 6,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 3,6	+ 4,7	51 444,0	+ 6,5	+ 6,3
Inland	+ 2,9	+ 4,4	38 404,6	+ 5,7	+ 6,7
Ausland	+ 5,2	+ 5,5	13 039,4	+ 8,7	+ 5,4
Chemische Industrie	+ 2,8	+ 6,6	20 909,8	+ 6,3	+ 2,8
Inland	+ 0,1	+ 4,6	13 456,7	+ 5,6	+ 1,2
Ausland	+ 7,3	+ 9,7	7 453,1	+ 7,6	+ 5,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 12,6	- 1,2	186 472,6	+ 9,1	+ 8,7
Inland	+ 15,4	- 1,7	110 473,1	+ 8,2	+ 10,8
Ausland	+ 8,6	- 0,4	75 999,6	+ 10,5	+ 5,8
Maschinenbau	+ 15,5	+ 1,1	51 970,6	+ 10,2	+ 10,7
Inland	+ 21,4	+ 4,2	27 699,1	+ 8,8	+ 13,5
Ausland	+ 9,4	- 2,3	24 271,5	+ 11,9	+ 7,5
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	+ 8,5	- 2,7	49 610,0	+ 5,6	+ 5,8
Inland	+ 12,7	- 4,1	26 302,6	+ 5,3	+ 9,7
Ausland	+ 5,2	- 1,5	23 307,4	+ 5,9	+ 1,6
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	+ 9,2	+ 1,4	48 505,7	+ 8,6	+ 9,0
Inland	+ 9,3	+ 1,5	32 682,3	+ 7,7	+ 9,7
Ausland	+ 8,8	+ 1,3	15 823,4	+ 10,6	+ 7,7
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren <sup>1)</sup>	+ 8,7	+ 3,1	8 911,3	+ 8,0	+ 4,3
Inland	+ 7,3	+ 9,1	5 056,7	+ 4,4	+ 5,5
Ausland	+ 10,3	- 3,8	3 854,6	+ 13,1	+ 2,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 4,9	+ 3,1	47 166,5	+ 5,8	+ 7,5
Inland	+ 3,4	+ 2,3	37 199,3	+ 4,1	+ 6,2
Ausland	+ 10,5	+ 6,0	9 967,2	+ 12,6	+ 12,6
Textilgewerbe	+ 4,0	- 2,6	10 798,5	+ 3,0	+ 5,4
Inland	+ 1,8	- 3,3	7 987,9	+ 1,1	+ 4,3
Ausland	+ 9,6	- 1,1	2 810,6	+ 9,1	+ 8,7
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-	-	19 972,4	+ 3,5	+ 4,1
Inland	-	-	18 041,1	+ 2,5	+ 5,0
Ausland	-	-	1 931,3	+ 14,7	- 4,1
Nachrichtlich Bundesgebiet:					
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 7,7	- 3,6	1 663 407,4	+ 8,7	+ 6,3
Inland	+ 7,5	- 3,1	1 141 631,2	+ 7,9	+ 6,6
Ausland	+ 8,1	- 4,5	521 776,2	+ 10,7	+ 5,5

\*) Ab 1990 werden die Ergebnisse einschließlich der im Rahmen der Arbeitsstättenzählung 1987 aufgefundenen Betriebe dargestellt. - 1) Auftragseingang ohne Herstellung von Uhren.

eine spürbare Beschleunigung folgte. Die Auftragseingänge erhöhten sich preisbereinigt im Jahresdurchschnitt um 9,8 % (1988: + 6,2 %), wobei - im Gegensatz zu 1988 (Inlandsaufträge: + 5,1 %; Auslandsaufträge: + 8,0 %) - die Inlandsnachfrage (+ 10,7 %) stärker gestiegen ist als die ausländische Order-tätigkeit (+ 8,4 %). Während im ersten Halbjahr die in- (+ 13,1 %) und ausländischen Bestellungen (+ 11,5 %) noch weitgehend im Gleichschritt anzogen, gingen im zweiten Halbjahr von der in-ländischen Bestelltätigkeit (+ 8,4 %) deutlich stärkere Impulse aus (Ausland: + 5,4 %) (Tabelle 7).

Die realen Auftragseingänge übertrafen im 1. Quartal das Vorjahresniveau um 11,1 %. Während die Bestelleingänge im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe um 14,8 % zulegen, konnten die Hersteller von Verbrauchsgütern lediglich einen Auftragszuwachs von 2,7 % verzeichnen. Die Nachfragebelebung im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 5,0 %) wurde nicht zuletzt von dem enormen Auftragseingang im Bereich Steine und Erden begünstigt (+ 34,5 %), der wiederum aus der witterungsbedingt außergewöhnlich hohen Bautätigkeit resultierte.

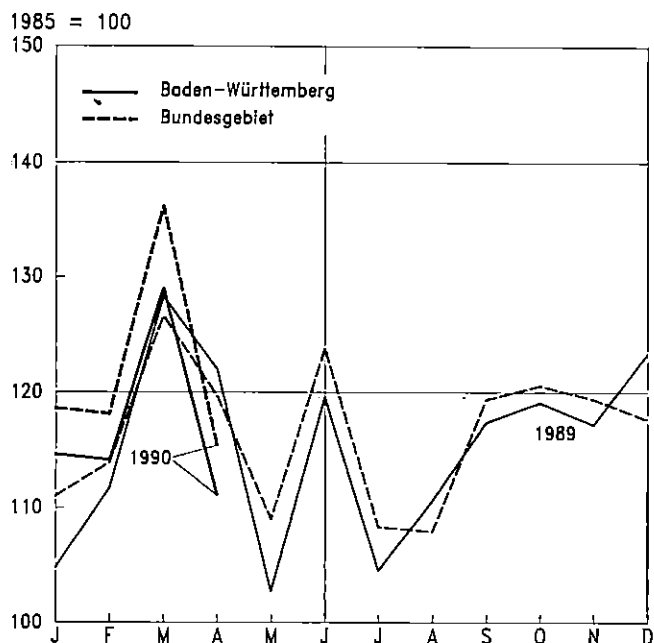
Die rasante Nachfrageentwicklung verstärkte sich sogar im 2. Quartal mit einer Zunahme der Auftragseingänge um 14,0 %, und dies insbesondere im Investitionsgütergewerbe (+ 17,6 %). Aber auch im Verbrauchsgüterbereich (+ 7,8 %) ergab sich eine beschleunigte Auftragsentwicklung. Hier kamen die größeren Impulse - wie auch in den anderen drei Quartalen - eindeutig von der Auslandsnachfrage (+ 14,5 %). Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe war ein Auftragsanstieg um 5,9 % zu verzeichnen.

Die erhebliche Abschwächung der Nachfrageexpansion im 3. Quartal (+ 6,2 %) betraf sowohl den Investitionsgüterbereich (+ 7,8 %) wie auch das Verbrauchsgüter- (+ 4,2 %) und das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 1,2 %). Auffallend war insbesondere die relativ schwache Zunahme der Auslandsbestellungen bei den Investitionsgütern um 5,1 % (nach 12,9 % im 2. Quartal). Hierbei dürften sich auch

Schaubild 3

### Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1989 und 1990\*)

-Volumenindex-



\*) Ab 1990 werden die Ergebnisse einschließlich der im Rahmen der Arbeits-stättenzählung 1987 aufgefundenen Betriebe dargestellt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

312 90

die zunehmend an die Grenzen stoßende Kapazitätsauslastung und die damit verbundene Verlängerung der Lieferfristen ausgewirkt haben. So sind etwa im Maschinenbau die Auslandsorder nur noch um 7,0 % gestiegen, nachdem im 2. Quartal noch ein Plus von 17,4 % verbucht werden konnte.

Die wiederum anziehende Entwicklung der realen Auftragseingänge im 4. Quartal (+ 8,4 %) ist auf den beschleunigten Anstieg der Inlandsnachfrage (+ 10,2 %) zurückzuführen (Ausland: + 5,4 %). Ausschlaggebend war hierbei der Bestellverlauf im Investitionsgütergewerbe (+ 10,5 %), wo die Steigerungsrate der Inlandsnachfrage (+ 14,8 %) an die "stürmischen" Anfangsquartale anknüpfen konnte, während das Tempo der ausländischen Bestelltätigkeit (+ 4,7 %) im Vergleich zum 3. Quartal nochmals leicht nachließ. Im Verbrauchsgüter- (+ 5,2 %) sowie im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 2,4 %) ging die Belebung dagegen in erster Linie von der Auslandsnachfrage aus (+ 11,8 % bzw. + 4,4 %).



Die kräftigste Auftragszunahme im baden-württembergischen Investitionsgütergewerbe wurde 1989 im Maschinenbau verzeichnet (+ 15,5 %). Es folgten der Bereich Stahlverformung (+ 14,8 %), der von der boomenden Nachfrage im Maschinenbau und der 1989 wieder anziehenden Konjunktur im Fahrzeugbau (+ 8,5 %; 1988: - 1,7 %) profitierte, und der Stahl- und Leichtmetallbau (+ 13,6 %), zu dessen Hauptabnehmern - neben dem Maschinenbau - auch die Bauwirtschaft zählt. Beim Fahrzeugbau hat der Anstieg der Inlandsnachfrage (+ 12,7 %) das Ergebnis entscheidend

beeinflusst (Ausland: + 5,2 %). Beachtliche Nachfragesteigerungen wurden ferner in der elektrotechnischen Industrie (+ 9,2 %) und in den Branchen Herstellung von Büromaschinen (10,4 %) sowie Feinmechanik und Optik (+ 8,7 %) ermittelt. Demgegenüber lagen die Auftragseingänge im Industriezweig EBM-Waren nur um 5,9 % über dem Vorjahresniveau.

Die aufwärtsgerichtete Baukonjunktur führte 1989 zu einem deutlichen Auftragsplus im Bereich Steine und Erden (+ 9,7 %) und in der Holzbearbeitung

Tabelle 8

**Strukturdaten des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1989 und Januar bis April 1990\*)**

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Beschäftigte			Arbeiterstunden			Produktion			Exportquote <sup>1)</sup>	
	1989 ins- gesamt MD <sup>2)</sup>	Veränderung		1989 ins- gesamt	Veränderung		1989 Index MD <sup>2)</sup>	Veränderung		1989	1988
		1989 gegen 1988	Jan.- April 1990 gegen Jan.- April 1989		1989 gegen 1988	Jan.- April 1990 gegen Jan.- April 1989		1989 gegen 1988	Jan.- April 1990 gegen Jan.- April 1989		
	1000	%		Mill.	%		1985 = 100	%			
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 457,1	+ 1,6	+ 2,7	1 521,1	+ 0,9	+ 1,9	111,8	+ 4,7	+ 6,1	33,1	32,3
Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	164,9	+ 0,9	+ 2,7	172,6	- 0,0	+ 0,8	112,9	0,0	+ 6,7	25,3	24,8
Chemische Industrie	69,4	+ 0,8	+ 1,9	55,8	- 1,1	- 1,2	108,5	- 0,5	+ 7,9	35,6	35,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	962,7	+ 2,4	+ 3,0	975,8	+ 2,1	+ 2,7	113,4	+ 6,4	+ 6,6	40,8	40,2
Maschinenbau	268,4	+ 3,1	+ 6,0	274,3	+ 3,2	+ 5,0	118,6	+ 6,8	+ 8,9	46,7	46,0
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	229,4	+ 0,6	+ 1,2	259,6	+ 0,7	+ 1,0	103,1	+ 3,4	+ 6,1	47,0	46,8
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	257,2	+ 2,4	+ 1,5	233,9	+ 2,6	+ 2,5	119,1	+ 7,2	+ 5,6	32,6	32,0
Feinmechanik, Optik, Her- stellung von Uhren	50,6	+ 2,5	+ 0,4	49,6	+ 0,8	+ 1,6	111,7	+ 2,3	+ 3,5	43,3	41,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	273,8	- 0,4	+ 1,6	310,6	- 2,0	+ 0,2	108,0	+ 4,3	+ 3,5	21,1	19,8
Textilgewerbe	65,0	- 5,6	- 2,8	75,5	- 7,2	- 3,7	92,3	- 0,3	+ 1,8	26,0	24,6
Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	55,7	+ 0,8	+ 43,0	62,1	- 0,7	+ 2,4	98,6	- 0,2	+ 3,2	9,7	8,7
Nachrichtlich Bundesgebiet:											
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	6 951,0	+ 1,6	+ 3,0	7 570,3	+ 0,7	+ 1,8	112,4	+ 4,9	+ 4,9	31,4	30,8

\*) Ab 1990 werden die Ergebnisse einschließlich der im Rahmen der Arbeitsstättenzählung 1987 aufgefundenen Betriebe dargestellt. - 1) Hauptbeteiligt. - 2) Monatsdurchschnitt.

(+ 7,9 %). Der größte Zweig innerhalb des Grundstoff- und Produktionsgütersektors - die Chemische Industrie - konnte hingegen lediglich eine verhaltene und ausschließlich von der ausländischen Bestelltätigkeit getragene Auftragsbelegung verbuchen (+ 2,8 %; Ausland: + 7,3 %; Inland: + 0,1 %). Unterschiedlich verlief auch die Nachfrageentwicklung im Verbrauchsgüterbereich. Während etwa die Holzverarbeitung (+ 5,2 %) und das Textilgewerbe (+ 4,0 %) steigende Auftragseingänge verzeichneten, stagnierte das Bestellvolumen im Bekleidungsgewerbe in etwa auf dem Vorjahresniveau (+ 0,3 %; Inland: - 3,0 %; Ausland: + 10,3 %).

Im Sog der kräftigen Nachfrageexpansion wurde die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1989 zwar um 4,7 % erhöht (Tabelle 8), konnte damit jedoch - wie schon im Vorjahr - mit dem Tempo der Auftragsentwicklung nicht einmal annähernd Schritt halten. Die deutlichste Produktionszunahme wurde - analog zur Nachfrageentwicklung - im Investitionsgütergewerbe erzielt (+ 6,4 %). Beträchtliche Steigerungen ergaben sich in der Elektrotechnik (+ 7,2 %), im Maschinenbau (+ 6,8 %) und bei der Herstellung von Büromaschinen (+ 10,1 %); der Straßenfahrzeugbau konnte immerhin um 3,4 % zulegen, nachdem die Produktion im vorangegangenen Jahr rückläufig war (1988: - 3,9 %). Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe steigerte die Produktion um 4,3 %, während die Erzeugung von Grundstoff- und Produktionsgütern - trotz Nachfragebelegung - auf dem Vorjahresniveau verharrte. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mußte die Produktion sogar leicht einschränken (- 0,2 %).

In den Betrieben (von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten) des Verarbeitenden Gewerbes waren 1989 im Monatsdurchschnitt 1,457 Mill. Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Damit ist die Zahl der Beschäftigten nicht unerheblich gestiegen (+ 1,6 %). Ausschlaggebend war hierbei die beträchtliche Zunahme der Beschäftigtenzahl im Investitionsgütergewerbe (+ 2,4 %; darunter: Maschinenbau: + 3,1 %, Elektrotechnik: + 2,4 %, Straßenfahrzeugbau:

+ 0,6 %), in dem 1989 durchschnittlich 0,963 Mill. Personen und damit rund zwei Drittel der Arbeiter und Angestellten des gesamten Verarbeitenden Gewerbes beschäftigt waren. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe erhöhte die Zahl der Beschäftigten um 0,9 %, wohingegen das Personal in der Verbrauchsgüterindustrie um 0,4 % abnahm. Bundesweit waren 1989 ebenfalls 1,6 % mehr Personen im Verarbeitenden Gewerbe tätig als im Vorjahr.

Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs erhöhte sich 1989 um 0,9 %. Ausschlaggebend war auch hierbei die merkliche Zunahme des Arbeitsvolumens im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe (+ 2,1 %). Der insgesamt relativ geringe Anstieg des Arbeitsvolumens weist im Zusammenhang mit der erheblich stärkeren Zunahme der Produktion auf einen deutlichen Produktivitätsanstieg hin.

Im Gefolge der gestiegenen Produktion, aber auch der anziehenden Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (+ 3,1 %), sind die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes 1989 um 7,7 % auf nunmehr 305,1 Mrd. DM gewachsen. Mit 10,5 % erhöhten sich die Auslandsumsätze hierbei erheblich stärker als die Inlandserlöse (+ 6,4 %). Somit ergab sich bei der Exportquote der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg ein Anstieg um 0,8 Prozentpunkte auf 33,1 %; ein Drittel des Umsatzes wurde somit im Ausland getätigt. Bundesweit nahmen die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes um 8,7 % zu (Inland: + 7,9 %; Ausland: + 10,7 %); das Verhältnis zwischen Auslandsumsatz und Gesamtumsatz ist hier um 0,6 Prozentpunkte auf 31,4 % gestiegen.

Im 1. Quartal 1990 blieb die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs weiter aufwärtsgerichtet. Insbesondere bei der Produktion konnte in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres ein kräftiger Anstieg verzeichnet werden (+ 8,7 %). Offensichtlich hat sich hierbei bereits die im vergangenen Jahr spürbar gestiegene Bereitschaft der Unternehmen, in die Erweiterung der Produktionskapazitäten zu investieren, ausgewirkt. Die Zahl

der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe hat gegenüber dem Vorjahresquartal um 2,7 % zugenommen; die Zahl der Arbeiterstunden erhöhte sich – wohl auch bedingt durch vermehrte Überstunden – um 3,6 %. Bei den Umsätzen wurde ein Zuwachs von 9,8 % ermittelt (Inland: + 10,8 %, Ausland: + 8,0 %).

Das Wachstum der preisbereinigten Auftragseingänge hat sich dagegen im Vergleich zum 4. Quartal 1989 deutlich verlangsamt (+ 3,7 %), wobei die Inlandsbestellungen (+ 3,9 %) noch etwas stärker expandierten als die Auslandsnachfrage (+ 3,5 %). Ausschlaggebend war hierbei der lediglich verhaltene Zuwachs im Investitionsgütergewerbe (insgesamt: + 2,7 %; Inland: + 3,4 %; Ausland: + 1,9 %). In Anbetracht des Umstandes, daß hier im März des vergangenen Jahres die absolute Jahresspitze beim Auftragseingang erzielt wurde, kann das nachlassende Expansionstempo im Investitionsgüterbereich jedoch nicht als konjunkturelle Abkühlung, sondern vielmehr als Konsolidierung auf einem außerordentlich hohen Niveau interpretiert werden. Im Verbrauchsgüter- (+ 5,7 %) und insbesondere im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 6,3 %) hat sich demgegenüber der Anstieg der Ordertätigkeit nicht unerheblich beschleunigt, wobei in beiden Bereichen die stärkeren Impulse von der Auslandsnachfrage ausgingen (Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe: Ausland: + 10,2 %, Inland: + 4,4 %; Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe: Ausland: + 7,6 %, Inland: + 5,7 %).

Im Gefolge der schwungvollen Baukonjunktur haben die Bestellungen im Bereich Steine und Erden (+ 7,8 %) abermals kräftig angezogen; jedoch auch die Chemische Industrie konnte gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine weit überdurchschnittliche Zunahme verzeichnen (+ 8,1 %). Innerhalb des Investitionsgütergewerbes ergaben sich beträchtliche Steigerungsraten beim Auftragszugang in der Feinmechanik und Optik (+ 6,5 %), bei den EBM-Waren (+ 8,6 %) und vor allem bei der Herstellung von Büromaschinen (+ 24,1 %). Auf bereits hohem Niveau abermals zulegen konnten auch der Maschinenbau (+ 4,2 %) und die elektrotechnische Industrie

(+ 2,2 %). Einbußen wurden dagegen im Fahrzeugbau (- 3,8 %) und insbesondere im Stahl- und Leichtmetallbau (- 20,2 %) beobachtet.

Nachdem die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes im vergangenen Jahr erheblich hinter der Auftragsentwicklung zurückblieb, ermöglichte der kräftige Produktionsanstieg im 1. Quartal 1990 insbesondere im Investitionsgütergewerbe (+ 9,7 %) eine gewisse Entspannung im Hinblick auf die außerordentlich hohen Auftragsbestände. Die Produktionsausweitung umfaßte nahezu sämtliche Sparten des Investitionsgüterbereichs und vor allem auch die in Baden-Württemberg besonders bedeutsamen Branchen – den Maschinenbau (+ 11,5 %), den Straßenfahrzeugbau (+ 9,8 %) und die Elektrotechnik (+ 8,4 %). Im Zuge der beschleunigten Nachfrageexpansion tendierte auch die Produktion im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 8,0 %) sowie im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe (+ 5,6 %) deutlich nach oben. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe hat die Produktion ebenfalls ausgeweitet (+ 5,6 %).

#### Schwungvolle Aufwärtsentwicklung im Bauhauptgewerbe

Der konjunkturelle Aufschwung in der Bauwirtschaft hat im vergangenen Jahr noch an Dynamik gewonnen. So übertrafen die nominalen Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe das Vorjahresniveau um 10,2 % (Tabelle 9). Nach beträchtlichen Zuwachsraten im 1. (+ 9,5 %) und 2. Quartal (+ 9,3 %) und einer schwächeren Zunahme im 3. Quartal (+ 3,2 %) hat sich die Ordertätigkeit im 4. Quartal wiederum kräftig beschleunigt (+ 21,5 %). Die stärksten Impulse kamen wie bereits im Vorjahr von der Hochbaunachfrage (+ 13,4 %), wenngleich auch im Tiefbau (+ 5,3 %) eine spürbare Belebung der Auftragsentwicklung zu verzeichnen war. Unter Berücksichtigung der merklich anziehenden Preise für Bauleistungen ergab sich eine reale Zunahme der erteilten Aufträge um 9,6 % im Hochbau und um 2,8 % im Tiefbau.

Die forcierte Auftragsdynamik im Hochbau wurde getragen von der kräf-

tigen Nachfrageexpansion im Wohnungsbau (+ 17,9 %), aber auch im Bereich der gewerblichen und industriellen Bauten (+ 16,1 %). Die öffentlichen Hochbauaufträge (ohne Deutsche Bundesbahn und Bundespost) lagen dagegen 1989 um 3,2 % unter dem Vorjahresniveau.

Die Entwicklung der Auftragseingänge im Tiefbau hängt maßgeblich von den beiden Sparten Straßenbau und sonstiger öffentlicher Tiefbau ab; 1989 stiegen die Auftragseingänge im Straßenbau um 10,0 % und im sonstigen öffentlichen Tiefbau um 3,3 % an. Auch die für Wirtschaftstiefbauten hereingenommenen Aufträge übertrafen den Vorjahreswert um 7,3 %; allerdings ist diese Sparte ebenso wie die Tiefbauten für Bundesbahn und Bundespost, bei denen sogar ein Rückgang (- 9,5 %) zu verzeichnen war, für den gesamten Tiefbaubereich von nachgeordneter Bedeutung.

Die Bautätigkeit war im 1. Quartal 1989 aufgrund der außerordentlich milden Witterungsverhältnisse nochmals erheblich geringeren Beeinträchtigungen unterworfen als im witterungsbedingt ebenfalls schon günstigen Vorjahresquartal. Dies führte in Verbindung mit der positiven Auftragslage zu einem Anstieg der realen und von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Bauproduktion um 17,6 % im Hochbau und 18,4 % im Tiefbau. Im 2. Quartal machten sich dagegen vor allem die dämpfenden Einflüsse der relativ zahlreichen "Brückentage" bemerkbar (einzelne Arbeitstage zwischen arbeitsfreien Tagen, die im Kalenderbereinigungsverfahren nicht eliminiert werden können), so daß sowohl im Hochbau (- 1,7 %) als auch im Tiefbau (- 6,2 %) die entsprechenden Vorjahreswerte unterschritten wurden. Die reale Bauleistung im Hochbau war jedoch bereits im 3. Quartal (+ 1,6 %), insbesondere aber im 4. Quartal (+ 12,5 %) wieder deutlich aufwärtsgerichtet; auch bei der Produktion im Tiefbau wurden im 3. (+ 2,8 %) und 4. Quartal (+ 1,3 %) wieder Zuwachsraten ermittelt. Somit ergab sich von Januar bis Dezember 1989 eine Steigerung der realen Bauproduktion im Hochbau um 6,5 % und im Tiefbau um 2,1 %.

Die Entwicklung der realen Auftragsbestände resultiert aus dem Zusammenwirken von realer Bauproduktion einerseits und dem Verlauf der preisbereinigten Auftragseingänge andererseits. In der Hochbausparte führte die dynamische Ordertätigkeit - trotz anziehender Produktion - zu einem Anwachsen der realen Auftragsreserven. Zum Jahresende verblieben den Betrieben um 8,4 % höhere Auftragsbestände für Hochbauten als zum Vorjahresstichtag. Demgegenüber lag das reale Auftragspolster im Tiefbau um 3,5 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau.

Hinsichtlich der Beschäftigtenentwicklung im Bauhauptgewerbe bestätigte sich die eher skeptische Einschätzung des Statistischen Landesamtes, wonach 1989 noch nicht mit einer ansteigenden Beschäftigtenzahl zu rechnen war. So hat die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten 1989 sogar um weitere 1,9 % abgenommen, wobei dies nicht zuletzt auf den von vielen Firmen beklagten Fachkräfte- und Nachwuchsmangel zurückzuführen ist. Anhaltspunkte hierfür liefern auch die Zahlen der amtlichen Arbeitsmarktstatistik für Bauberufe, die Ende September 1989 bei 5 366 offenen Stellen (+ 78,4 % gegenüber September 1988) nur noch 4 982 Arbeitslose (- 21,0 %) anzeigten.

Anhand der erteilten Neubaugenehmigungen lassen sich die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten im Hochbau tendenziell abschätzen. Der Frühindikator der Baugenehmigungen signalisiert ein zunächst noch wachsendes Tempo bei der Entwicklung der Hochbaunachfrage. So hat das genehmigte Hochbauvolumen 1989 - gemessen an der Kubikmeterzahl des umbauten Raumes - den Vorjahreswert um 20,5 % überschritten (1. Halbjahr: + 17,8 %; 2. Halbjahr: + 23,0 %). Das genehmigte Volumen im Wohnungsbau wies insbesondere gegen Jahresende eine erhebliche Beschleunigung auf

- 3 Vgl. Munz, K./Richter, H.J.: Die Lage der Bauwirtschaft 1988/89, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10/1989, S. 486.

Tabelle 9

**Nominale Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Baden-Württemberg 1989 und 1990  
(1985 = 100)**

– Veränderung gegen Vorjahr in % –

Zeitraum	Bau- haupt- gewerbe ins- gesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zu- sammen	darunter			zu- sammen	darunter		
			Woh- nungs- bau	gewerb- licher und industri- eller Bau	öffent- licher Bau <sup>1)</sup>		Straßen- bau	gewerb- licher und industri- eller Bau	sonstiger öffent- licher Bau <sup>1)</sup>
1989 1. Vierteljahr	+ 9,5	+ 13,2	+ 17,0	+ 10,4	+ 17,2	+ 3,2	+ 4,1	+ 8,0	+ 8,5
2. Vierteljahr	+ 9,3	+ 11,8	+ 11,4	+ 21,8	– 12,9	+ 5,5	+ 5,7	+ 10,5	+ 3,6
1. Halbjahr	+ 9,4	+ 12,5	+ 13,9	+ 16,4	– 1,5	+ 4,6	+ 5,0	+ 9,4	+ 5,5
3. Vierteljahr	+ 3,2	+ 4,8	+ 12,1	+ 4,4	– 9,9	+ 0,6	+ 15,0	+ 2,6	– 10,8
4. Vierteljahr	+ 21,5	+ 26,1	+ 33,1	+ 31,5	+ 1,0	+ 13,8	+ 17,5	+ 8,4	+ 20,2
2. Halbjahr	+ 11,1	+ 14,3	+ 21,9	+ 15,8	– 5,0	+ 6,1	+ 16,0	+ 5,3	+ 1,2
Jahr	+ 10,2	+ 13,4	+ 17,9	+ 16,1	– 3,2	+ 5,3	+ 10,0	+ 7,3	+ 3,3
1990 1. Vierteljahr	+ 25,8	+ 31,3	+ 36,7	+ 34,2	+ 4,4	+ 16,0	+ 14,4	+ 27,8	+ 10,3
Januar - April	+ 21,3	+ 24,3	+ 32,4	+ 23,2	+ 3,6	+ 16,0	+ 16,3	+ 14,1	+ 11,5
Nachrichtlich Bundesgebiet:									
1989 Jahr	+ 14,0	+ 15,0	+ 16,0	+ 17,7	+ 6,2	+ 12,4	+ 11,5	+ 19,1	+ 11,4
1990 1. Vierteljahr	+ 25,6	+ 29,7	+ 32,4	+ 31,7	+ 19,1	+ 19,1	+ 30,0	+ 1,9	+ 26,1
Januar - April	+ 20,4	+ 22,9	+ 29,2	+ 23,8	+ 12,3	+ 16,5	+ 20,3	+ 3,5	+ 23,4

1) Ohne Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck.

(4. Quartal: + 32,5 %; im Jahresdurchschnitt: + 23,1 %). Die Zahl der zum Bau freigegebenen Neubauwohnungen in Wohngebäuden erhöhte sich sogar um 32,3 %. Ausschlaggebend hierfür war die rasante Aufwärtsentwicklung bei den Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (+ 66,9 %); auch die genehmigten Wohnungen in Zweifamilienhäusern haben beträchtlich zugenommen (+ 19,6 %). Im Vergleich dazu fiel die Steigerungsrate bei der Zahl der genehmigten Einfamilienhäusern deutlich niedriger aus (+ 3,3 %). Beim Genehmigungsvolumen im Nichtwohnbau ergab sich 1989 ebenfalls ein kräftiger Zuwachs (+ 18,3 %). Entscheidend war hierbei der Anstieg des Genehmigungsvolumens für die Wirtschaftsunternehmen (+ 24,4 %), die im Nichtwohnbau mit einem Anteil von rund 84 % die dominierende Bauherrngruppe

waren. Das Genehmigungsvolumen für die öffentlichen Bauherren (einschließlich der Organisationen ohne Erwerbszweck) blieb dagegen um 11,4 % hinter dem entsprechenden Vorjahresergebnis zurück.

Im 1. Quartal 1990 hat sich die ansteigende Tendenz bei den Baugenehmigungen nochmals enorm beschleunigt. So übertraf das zum Neubau freigegebene Hochbauvolumen den Wert des Vorjahresquartals um 42,0 % (Wohnungsbau: + 42,5 %; Nichtwohnbau: + 41,6 %). Die Zahl der zum Neubau freigegebenen Wohnungen erhöhte sich um 56,2 %, wobei der Zuwachs wiederum bei den Wohnungen in Mehrfamilienhäusern am deutlichsten ausfiel (+ 92,0 %). Nochmals verstärkt hat sich ferner die Zunahme bei den Wohnungen in Zweifamilienhäu-

sern (+ 59,3 %) und bei den Einfamilienhäusern (+ 8,2 %). Der Anstieg beim genehmigten Bauvolumen im Nichtwohnbau wurde getragen von der Genehmigungsentwicklung sowohl im Wirtschaftsbau (+ 42,6 %) als auch im öffentlichen Hochbau (+ 111,0 %).

Die Entwicklung der nominalen Auftragseingänge im 1. Quartal 1990 läßt erkennen, daß die Hochbaugenehmigungen durchaus zügig in Auftragseingänge bei den Betrieben des Bauhauptgewerbes umgesetzt werden. So sind die nominalen Auftragseingänge im Hochbau mit 31,3 % geradezu stürmisch gestiegen. Als konjunkturelle Schrittmacher erwiesen sich - nahezu im selben Ausmaß - wiederum der Wohnungsbau (+ 36,7 %) und der Wirtschaftshochbau (+ 34,2 %). Da darüber hinaus auch im Tiefbau eine beträchtliche Nachfragebelebung verzeichnet wurde (+ 16,0 %), ergab sich im gesamten Bauhauptgewerbe gegenüber dem Vorjahresquartal ein Auftragsplus von 25,8 %.

Die reale Bauleistung im Hochbau lag im 1. Quartal um 10,7 % über dem ebenfalls schon recht hohen Vorjahresniveau. Im Tiefbau konnte die Produktion dagegen lediglich um 1,5 % gesteigert werden. Der außerordentlich lebhafte Verlauf der Baunachfrage führte ferner zu einer deutlichen Erhöhung der realen Auftragsbestände. So übertrafen Ende März die realen Auftragsreserven im Hochbau den entsprechenden Stichtagswert des Vorjahres um 19,7 %. Im Tiefbau ergab sich eine Zunahme um 4,2 %.

Die schwungvolle Baukonjunktur wird im laufenden Jahr das gesamtwirtschaftliche Wachstum nachhaltig beeinflussen. Im Wohnungsbau ist in Anbetracht der anhaltend hohen Nachfrage - insbesondere der gespannten Versorgungslage in den Ballungsgebieten - und der anhaltenden Zuwanderung von Aus- und Übersiedlern ein Nachlassen der Expansion noch nicht absehbar. Hierzu werden nicht zuletzt die öffentlichen Förderungsprogramme, die auf mehrere Jahre angelegt sind, beitragen. Allein das Landeswohnungsbauprogramm 1990 beläuft sich auf ein Gesamtvolumen von mehr als 704 Mill. DM. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, vor allem die hohe Auslastung der Kapazitäten bei nach wie vor

positiven Absatz- und Ertragsaussichten, lassen darüber hinaus eine anhaltende Dynamik im Wirtschaftsbau erwarten.

In dieser Situation hängt vieles davon ab, inwieweit es der Bauwirtschaft gelingen wird, insbesondere die personellen Kapazitäten der gegenwärtigen und der zu erwartenden Auftragslage anzupassen. Da dies aus heutiger Sicht als fraglich anzusehen ist, muß schon von daher mit einem beschleunigten Preisauftrieb gerechnet werden. Die Preise für Bauleistungen an neuen Wohngebäuden lagen bereits im Februar 1990 um 5,3 % über dem Vorjahresstand. In Anbetracht der neuen Tarifabschlüsse (gültig ab 1. April 1990) im Bauhauptgewerbe werden sich die Auftriebstendenzen eher noch verstärken. Je nach Ausmaß der Preissteigerungen für Bauleistungen und Grundstücke und je nach Entwicklung der Zinsen könnten sich 1990 im Jahresverlauf somit auch retardierende Effekte bemerkbar machen und die Nachfrageexpansion bremsen.

#### Entscheidende Impulse kamen von der Auslandsnachfrage

Der Export war neben der Investitionstätigkeit die wichtigste Antriebskraft des konjunkturellen Hochs im Jahr 1989. Das Expansionstempo der baden-württembergischen Ausfuhr hat sich mit einer Zunahme um 11,3 % gegenüber 1988 (+ 4,8 %) nochmals deutlich beschleunigt (Tabelle 10). Der Wert der Warenlieferungen des Landes belief sich 1989 auf 112,0 Mrd. DM, nachdem 1988 (100,6 Mrd. DM) erstmals die 100-Milliarden-Schwelle knapp überschritten wurde. Nach den außerordentlich hohen Zuwachsraten in den ersten beiden Quartalen (+ 17,9 %; + 12,3 %) hat sich der Ausfuhranstieg im 3. und 4. Quartal (+ 8,7 %; + 7,4 %) wieder etwas "normalisiert". Während im 1. Halbjahr die Exportsteigerung im Bundesgebiet (+ 19,3 %) noch merklich höher war als in Baden-Württemberg (+ 14,9 %), haben die baden-württembergischen Exporteure im 2. Halbjahr beträchtlich aufgeholt (+ 8,0 %) und aufgrund des bundesweit relativ geringen Ausfuhranstiegs im 4. Quartal den Bundeszuwachs sogar leicht übertroffen (+ 7,2 %). Im Jahresdurchschnitt lag das Export-

wachstum bundesweit bei 13,0 %. Der Anteil Baden-Württembergs an der Ausfuhr des Bundes betrug 1989 17,5 % (1988: 17,7 %).

Die preisbereinigte Zunahme des Ausfuhrvolumens lag bundesweit (knapp 9 %) deutlich über und landesweit mit + 7 % genau auf dem Niveau der Zuwachsrate des Welthandelsvolumens. Hinter der Zunahme des internationalen Warenaustausches verbirgt sich allgemein die zügige Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung und speziell die günstige konjunkturelle Entwicklung vor allem in Westeuropa und in Japan. Auch die Einfuhren der Erdölexportländer haben deutlich zugenommen, während die Einfuhr der USA im Zuge der konjunkturellen Abkühlung nur noch unterdurchschnittlich zulegte. Der bundesdeutsche Export wurde 1989 von der Warenstruktur der Auslandsnachfrage, die im Zeichen des Investitionsbooms in Westeuropa stand, außerordentlich begünstigt. Hinzu kam die gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit bundesdeutscher Waren aufgrund der realen Abwertung der D-Mark gegenüber den meisten europäischen Währungen, - die aus den Unterschieden in den nationalen Preissteigerungsraten bei gleichzeitig nicht wesentlich veränderten nominalen Wechselkursen resultierte -, und gegenüber dem US-Dollar.

Der Absatz baden-württembergischer Erzeugnisse in Europa (+ 11,8 %) und insbesondere im EG-Raum (+ 12,0 %) nahm überdurchschnittlich stark zu. 72 % der Warenausfuhr entfielen auf den europäischen Kontinent; allein die EG-Staaten, die offensichtlich die auf den gemeinsamen Binnenmarkt ausgerichtete Modernisierung ihrer Produktionskapazitäten unvermindert vorantreiben, haben 46,8 % der baden-württembergischen Exporte abgenommen. Frankreich (+ 10,5 %) war 1989 in der EG, aber auch weltweit wiederum das wichtigste Abnehmerland der heimischen Exporte (Anteil an der Gesamtausfuhr: 13,1 %). Es folgten im EG-Raum die Partnerländer Italien (Anteil: 9,9 %; Zuwachs: 14,4 %) und Großbritannien (7,6 %; + 12,5 %). Die höchsten Zuwachsraten wurden jedoch bei den Warenlieferungen nach Griechenland (+ 28,8 %) und - wie

bereits in den Jahren zuvor - nach Spanien (+ 27,7 %) und Portugal (+ 15,8 %) erzielt. Relativ geringe Steigerungen ergaben sich dagegen bei der Ausfuhr in die Niederlande (+ 3,0 %), in die Republik Irland (+ 3,5 %) und nach Dänemark (+ 3,9 %).

Die Ausfuhren in die Länder der EFTA sind 1989 um 7,5 % gestiegen; der Anteil dieser Ländergruppe an der baden-württembergischen Gesamtausfuhr belief sich auf ein knappes Fünftel (19,7 %). Die bedeutendsten Abnehmer waren wiederum die Schweiz (Anteil: 8,7 %; Zuwachs: 8,6 %) und Österreich (5,8 %; + 5,0 %), gefolgt von Schweden (3,2 %; + 8,3 %). Die politischen Umwälzungen in den RGW-Staaten und die daran anschließenden Wirtschaftsreformen haben bereits 1989 zu einer teilweise beträchtlichen Intensivierung der baden-württembergischen Ausfuhr in diese Staaten geführt. So haben etwa Ungarn (+ 39,5 %), Polen (+ 28,9 %), aber auch die Tschechoslowakei (+ 22,0 %), wo der Machtwechsel erst gegen Ende des Jahres erfolgte, ihre Importe aus Baden-Württemberg enorm ausgeweitet. Mit Abstand das wichtigste Zielland der heimischen Warenlieferungen innerhalb dieser Ländergruppe ist die Sowjetunion (Anteil an der Gesamtausfuhr: 1,8 %), die ihre Warenbezüge aus Baden-Württemberg um 37,1 % erhöhte. Auf die Gruppe der europäischen Staatshandelsländer (ohne die DDR) entfiel jedoch auch 1989 mit 3,4 % nur ein bescheidener Anteil der baden-württembergischen Exporte. Zum Vergleich: Allein im Handel mit Spanien wurde ein fast ebenso hoher Ausfuhrwert erreicht (Anteil: 3,2 %).

Die Bedeutung des amerikanischen Kontinents im Rahmen der baden-württembergischen Ausfuhr hat sich 1989 merklich vermindert (Anteil: 13,4 %; 1988: 14,3 %). Insbesondere die Warenlieferungen in die mittel- und südamerikanischen Entwicklungsländer, die größtenteils weiterhin eine extrem hohe Auslandsverschuldung zu tragen haben, konnten nur mäßig gesteigert werden (+ 2,6 %). Ein beachtlicher Zuwachs wurde dagegen bei den Lieferungen nach Kanada verzeichnet (+ 6,3 %). Nach den vorwiegend wechselkursindu-

Tabelle 10

**Ausfuhr Baden-Württembergs 1989\*) nach Handelspartnern**

Handelspartner	Mill. DM	%	Veränderung gegen Vorjahr in %
Europa	80 681,3	72,0	+ 11,8
davon			
EG-Länder	52 389,9	46,8	+ 12,0
Frankreich	14 712,6	13,1	+ 10,5
Belgien-Luxemburg	4 787,8	4,3	+ 11,8
Niederlande	6 075,4	5,4	+ 3,0
Italien	11 087,9	9,9	+ 14,4
Großbritannien	8 476,2	7,6	+ 12,5
Republik Irland	331,4	0,3	+ 3,5
Dänemark	1 441,8	1,3	+ 3,9
Griechenland	1 011,0	0,9	+ 28,8
Portugal	889,1	0,8	+ 15,8
Spanien	3 576,7	3,2	+ 27,7
EFTA Länder <sup>1)</sup>	22 033,4	19,7	+ 7,5
Staatshandelsländer <sup>2)</sup>	3 825,4	3,4	+ 30,2
Übriges Europa	2 432,6	2,2	+ 25,7
Afrika	3 218,7	2,9	+ 12,8
Amerika	14 991,0	13,4	+ 4,1
darunter			
Vereinigte Staaten	12 145,8	10,8	+ 4,2
Asien	11 860,3	10,6	+ 16,6
Australien und Ozeanien	1 266,8	1,1	+ 21,8
Ausfuhr insgesamt	112 020,9	100	+ 11,3
davon			
Industrialisierte Länder	96 407,1	86,1	+ 10,7
Entwicklungsländer	11 057,0	9,9	+ 11,5
darunter OPEC-Länder <sup>3)</sup>	2 962,6	2,6	+ 10,5
Staatshandelsländer insgesamt <sup>4)</sup>	4 554,0	4,1	+ 26,7
Nachrichtlich Bundesgebiet:			
Ausfuhr insgesamt	641 341,7	100	+ 13,0

\*) Vorläufige Werte. — 1) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich. — 2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. — 3) Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Algerien, Ecuador, Indonesien, Gabun, Libyen, Nigeria, Venezuela. — 4) Europäischer und asiatischer Ostblock.

zierten Rückschlägen im USA-Geschäft in den beiden vorangegangenen Jahren (1987: -10,0 %; 1988: - 22,2 %) wurden 1989 wertmäßig wieder mehr Waren in den USA abgesetzt als im Vorjahr

(+ 4,2 %). Die Kraftfahrzeuge sind traditionell die mit Abstand dominierende Warengruppe beim baden-württembergischen Absatz in den USA (Anteil 1989: 46,9 %). Gerade in dieser Warengruppe



konnte jedoch auch 1989 der Absatzrückgang nicht gestoppt werden (- 4,5 %). Die USA waren mit einem Anteil von 10,8 % wiederum das zweitwichtigste Abnehmerland der baden-württembergischen Exporte.

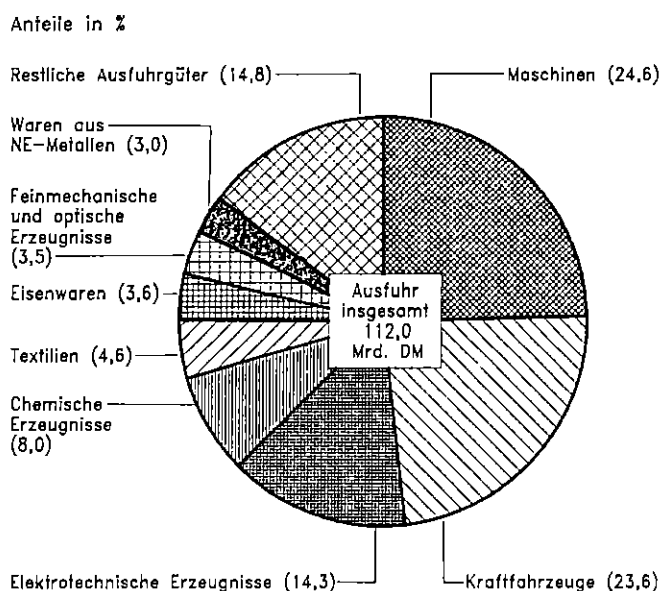
Abermals kräftig expandierten die Exporte in die asiatischen Länder (+ 16,6 %), auf die bereits mehr als ein Zehntel der baden-württembergischen Ausfuhr entfiel (10,6 %). Die Exporte in die OPEC-Staaten haben um 10,5 % zugenommen (Anteil: 2,6 %). Neben enormen Absatzsteigerungen - z.B. in Algerien (+ 40,7 %) und im Irak (+ 61,5 %) - waren in wenigen Ländern jedoch auch merkliche Einbußen zu verzeichnen (z.B. Iran: - 22,0 %; Katar: - 25,4 %). Die baden-württembergische Ausfuhr nach Japan ist auch 1989 weit überdurchschnittlich stark gestiegen (+ 27,1 %; Anteil: 3,2 %). Insbesondere die Ausfuhr von Kraftfahrzeugen, die mit 44,9 % am gesamten Japan-Export beteiligt war, wurde nochmals beträchtlich ausgeweitet (+ 38,0 %). Außerordentlich positiv entwickelten sich ferner die baden-württembergischen Lieferungen in die dynamischen Schwellenländer Südasiens (z.B. Malaysia: + 35,9 %; Südkorea: + 26,5 %; Taiwan: + 30,2 %).

Der Absatz auf dem afrikanischen Kontinent konnte mit einem Zuwachs von 12,8 % ebenfalls überdurchschnittlich gesteigert werden (Anteil: 2,9 %). Die Warenlieferungen nach Südafrika und Namibia haben um 9,2 % zugenommen (Anteil: 1,3 %); die afrikanischen Entwicklungsländer haben ihre Einfuhren aus Baden-Württemberg sogar um 15,9 % erhöht (Anteil: 1,6 %). Beim Export in die Region Australien/Ozeanien ergab sich des weiteren ein enormer Zuwachs (+ 21,8 %; Anteil: 1,1 %).

Die Maschinenbauerzeugnisse (Anteil: 24,6 %) und die Kraftfahrzeuge (23,6 %) waren auch 1989 mit Abstand die wichtigsten Warengruppen der baden-württembergischen Ausfuhr (Schaubild 4). Bei den Maschinenbauerzeugnissen hat sich das Wachstumstempo der Ausfuhrtätigkeit gegenüber 1988 (+ 10,2 %) nochmals beschleunigt (1989: 11,4 %); die Kraftfahrzeuge konnten 1989 - nach Absatzeinbußen in den Jahren 1987 (- 1,9 %) und 1988 (- 4,5 %) - mit einem Zuwachs von 11,4 % wieder Anschluß an die positive Gesamtentwicklung der baden-württembergischen Ausfuhr finden. Ausschlaggebend waren hier die Absatzerfolge in Westeuropa, aber auch in Japan. Bedeutsame Warengruppen sind ferner die elektrotechnischen (Anteil: 14,3 %) und die chemischen Erzeugnisse (8,0 %). In diesen Warengruppen wurden 1989 jedoch nur unterdurchschnittliche Exportsteigerungen erzielt (elektrotechnische Waren: + 8,9 %; chemische Waren: + 6,9 %). Überdurchschnittlich expandierte die Ausfuhr von Textilien (+ 12,8 %; Anteil: 4,6 %) sowie von Eisenwaren (+ 14,8 %; 3,6 %) und Waren aus NE-Metallen (+ 11,4 %; 3,0 %). Der Auslandsabsatz von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen hat demgegenüber etwas schwächer zugenommen (+ 8,7 %; Anteil: 3,5 %).

Der Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wird nicht im Rahmen der Außenhandelsstatistik erfaßt, sondern vom Statistischen Bundesamt in einer gesonderten Statistik erhoben. Die Warenlieferungen von Baden-Württemberg in die DDR lagen 1989 um 15,4 % über dem Vorjahreswert und

Schaubild 4  
Struktur der Ausfuhr Baden-Württembergs 1989\*)



\*) Vorläufige Werte.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

169 89

beliefen sich auf einen Gesamtwert von 808,1 Mill. DM. Somit stammte ein Zehntel der bundesdeutschen Lieferungen in die DDR aus Baden-Württemberg. Dieses bisherige Rekordergebnis im Warenverkehr zwischen Baden-Württemberg und der DDR entsprach - zum Vergleich - noch nicht einmal dem Wert der heimischen Ausfuhr nach Portugal (889,1 Mill. DM) oder nach Taiwan (827,1 Mill. DM). Innerhalb der Gruppe der RGW-Staaten war die DDR jedoch - nach der Sowjetunion (2 059,8 Mill. DM) und vor Ungarn (660,0 Mill. DM) - das zweitwichtigste Abnehmerland baden-württembergischer Erzeugnisse. Mit einem Anteil von gut 62 % lag der Schwerpunkt der Lieferungen in die DDR eindeutig bei den Investitionsgütern; allein die Maschinenbauerzeugnisse kamen auf einen Anteil von rund 50 %. Weitere 22 % der Warenlieferungen entfielen auf die Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes (darunter: Lederwaren/Schuhe: 10 %; Textilien/Bekleidung: 9 %). Der Anteil der Grundstoff- und Produktionsgüter belief sich auf knapp 10 % (darunter: chemische Erzeugnisse: 6 %).

Das Expansionstempo des Welthandels wird 1990 mit einem voraussichtlichen Zuwachs von 5 bis 6 % etwas an Schwung verlieren. In Anbetracht der - zur Eindämmung des Preisauftriebs - restriktiven Ausrichtung der Geldpolitik in den meisten Industrieländern (mit Ausnahme der USA, wo die Geldpolitik bereits Mitte 1989 wieder gelockert wurde) sowie einer notgedrungen im Zeichen der Haushaltskonsolidierung stehenden Finanzpolitik in einigen Ländern werden sich die konjunkturellen Auftriebskräfte im allgemeinen leicht abschwächen. Die expansiven Kräfte werden jedoch insbesondere in Westeuropa und in Japan noch deutlich überwiegen; lediglich in den USA sowie in Großbritannien und einigen skandinavischen Ländern wird die Inlandsnachfrage nur noch gemächlich zunehmen.

Die Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Exportwirtschaft ist derzeit ausgesprochen hoch zu veranschlagen. Daran würden selbst eine leichte Auf-

wertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar, die aufgrund des Konjunkturgefälles und der daraus resultierenden Folgen für die Zinsentwicklung durchaus im Bereich des Möglichen liegt, und eine - demgegenüber eher unwahrscheinliche - Neufestsetzung der Wechselkurse im EWS kaum etwas ändern, da die im Ausland höheren Preissteigerungen auch weiterhin die bundesdeutschen Exporteure begünstigen werden. Die strukturelle Begünstigung der bundesdeutschen und insbesondere auch der baden-württembergischen Exporte dürfte jedoch aufgrund der nachlassenden Investitionsdynamik in den wichtigsten Abnehmerländern 1990 in geringerem Umfang zu Buche schlagen als 1989, wenngleich allein schon der bestehende Überhang an Exportaufträgen im Investitionsgüterbereich zunächst noch für eine kontinuierliche Entwicklung sorgen wird. So lagen die baden-württembergischen Ausfuhren im 1. Quartal 1990 auch um 10,6 % über dem ebenfalls schon sehr hohen Vorjahresniveau. Bundesweit liegen bislang die Ausfuhrergebnisse für die Monate Januar bis April 1990 vor: Hier ergab sich eine Zunahme gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,6 % (Einfuhr: + 8,0 %).

Die Ausgangsbedingungen sprechen somit auch im laufenden Jahr für eine deutliche Zunahme der bundesdeutschen und der baden-württembergischen Ausfuhren. Der Anteil des Außenbeitrags am gesamtwirtschaftlichen Wachstum wird jedoch geringer ausfallen als 1989; aufgrund des sich abzeichnenden Konjunkturgefälles zwischen der Bundesrepublik und einigen wichtigen Handelspartnern werden die Importe voraussichtlich etwas stärker expandieren als die Exporte. Trotz der kräftigen Steigerung der Importnachfrage wird sich insbesondere der bundesdeutsche Handelsbilanzüberschuß gegenüber den EG-Ländern, der 1989 mit rund 70 % zum gesamten Außenhandelsüberschuß beitrug, eher noch weiter erhöhen. Der Niveauunterschied zwischen der bundesdeutschen Ausfuhr in die EG-Länder und der entsprechenden Einfuhr ist inzwischen so beträchtlich (1989: rund 94 Mrd. DM), daß nach Ausführungen des HWWA die Zuwachsrate der Importe um ein gutes Drittel höher sein müßte.

als der Exportanstieg, um eine weitere Zunahme des Überschusses zu verhindern.

### Kräftige Ausweitung der Investitionen

Die gesamtwirtschaftlichen Anlageinvestitionen, die sich aus den Ausrüstungs- und den Bauinvestitionen zusammensetzen, sind 1989 real um 7,2 % gestiegen (bundesweit). Die Investitionstätigkeit hat somit gegenüber 1988 (+ 5,9 %) nochmals an Dynamik gewonnen. Wachstumsraten in einer entsprechenden Größenordnung wurden bundesweit zuletzt 1979 und - wiederum davor - zu Beginn der 70er Jahre ermittelt. Während die realen Bauinvestitionen das Vorjahresniveau um 5,3 % übertrafen (1988: + 4,7 %), ergab sich bei den realen Ausrüstungsinvestitionen sogar ein Plus von 9,7 % (1988: + 7,5 %). Die kräftige Ausweitung der Investitionen war 1989 die wesentliche Antriebskraft im Bereich der Inlandsnachfrage; sie führte ferner zu einem beschleunigten Wachstum des Produktionspotentials, was in Anbetracht der bereits auftretenden Angebotsengpässe einer weiteren Anspannung und damit einhergehenden Inflationsgefahren entgegenwirkt. Die Investitionstätigkeit ist folglich gleichermaßen eine antreibende wie auch stabilisierende Kraft im gegenwärtigen Aufschwung.

Im Zuge des rasch voranschreitenden technischen Wandels und weltweit intensiver Innovationsanstrengungen standen die heimischen Unternehmen auch 1989 unter einem erheblichen Modernisierungsdruck, dem sie mit verstärkten Investitionen in neueste Technik begegneten. Daneben rückte jedoch das Erweiterungsmotiv stärker in den Vordergrund. Die bereits am Jahresanfang ungewöhnlich hohe Auslastung der Produktionskapazitäten hat im Jahresverlauf weiter zugenommen. Das Tempo der Produktionsausweitung konnte in weiten Teilen des Verarbeitenden Gewerbes mit dem Anstieg der Nachfrage nicht mehr Schritt halten, so daß die Auftragsbestände gestiegen sind und die Lieferfristen sich verlängerten; die Absatzerwartungen blieben - nicht zuletzt aufgrund der außerordentlich lebhaften Auslandsnachfrage - das gan-

ze Jahr hindurch von Optimismus geprägt. Zwar führte der beträchtliche Zinsanstieg im Jahresverlauf zu einer Verschlechterung der Bedingungen bei Fremdfinanzierung; der daraus resultierende dämpfende Effekt wurde jedoch durch die verbesserte Ertragslage der Unternehmen mehr als kompensiert. So sind die Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank 1989 gegenüber dem Vorjahr um 7,8 % gestiegen (1988: + 10,1 %) und erreichten damit einen Anteil von 26,5 % am Volkseinkommen (1988: 26,1 %). Neben den Absatzsteigerungen hat sich hierbei die - im Durchschnitt der Wirtschaft - günstigere Gewinnsituation, d.h. die verbesserte Preis-Stückkosten-Relation, ausgewirkt. Da sich die Lohnstückkosten nur mäßig erhöhten (+ 1,7 % im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs) und zudem die Produktionskapazitäten in höherem Maße genutzt werden konnten, was die Fixkostenbelastung günstig beeinflusste, blieb der Kostendruck - trotz steigender Einfuhrpreise - insgesamt gering.

Das Ifo-Institut ermittelte bundesweit im Dezember 1989 eine Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe von 90,0 % (saisonbereinigt) und damit den höchsten Auslastungsgrad der 80er Jahre. Im März 1990 lag die Beanspruchung der Produktionsanlagen mit durchschnittlich 89,4 % nur geringfügig unter dem Rekordniveau vom vorangegangenen Dezember. Nach Umfragen der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg wird die Geschäftslage gegenwärtig von 68 % der baden-württembergischen Industrieunternehmen als gut eingestuft; lediglich 1 % der Unternehmen klagt über eine schlechte Lage. Wenngleich die Lagebeurteilung in der Investitionsgüterindustrie noch günstiger ausfällt als im Verbrauchs- oder im Produktionsgütersektor, so zeigt die gegenwärtige Industriekonjunktur dennoch eine relativ große Ausgeglichenheit. Die im allgemeinen positive Beurteilung der Geschäftsaussichten und die mehrheitlich aufwärtsgerichteten Produktionspläne - so ergab die entsprechende IHK-Umfrage zum Jahreswechsel, daß rund die Hälfte der Industriebetriebe für 1990 eine Steigerung der Produktion plant; nur 5 % rechnen mit

einer Reduzierung – äußern sich auch in einer weiteren Zunahme der Investitionsbereitschaft: Nahezu jeder zweite Betrieb beabsichtigt gegenüber 1989 eine Erhöhung des Investitionsvolumens. Eine sich eher noch verstärkende Investitionstätigkeit zeichnet sich ferner in der Bauwirtschaft und bei den Betrieben des Groß- und Einzelhandels ab.

Die Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung der kräftigen Investitionsdynamik im Jahr 1990 sind günstig. Dem nachlassenden Tempo der Exportzunahme wird eine wesentlich stärkere Inlandsnachfrage gegenüberstehen. Zwar werden die Zinsen 1990 aller Voraussicht nach über dem Vorjahresniveau liegen; die außerordentlich hohe und womöglich noch steigende Auslastung des Produktionspotentials sowie die weiterhin positiven Absatz- und Gewinnerwartungen werden jedoch demgegenüber stärker zu Buche schlagen. Das Erweiterungsmotiv wird noch an Bedeutung gewinnen; stimulierend wirken auch weiterhin die Vorbereitungen auf den EG-Binnenmarkt. Das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen könnte jedoch aufgrund der verlängerten Lieferfristen der inländischen Hersteller durchaus etwas gebremst werden, wenngleich davon auszugehen ist, daß dieser Effekt durch die verstärkte Inanspruchnahme des Angebots ausländischer Investitionsgüterunternehmen (mit größeren Kapazitätsreserven) gemildert werden kann. Im Frühjahrsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute wird eine reale Zunahme der Anlageinvestitionen um 6 % prognostiziert (Ausrüstungsinvestitionen: + 8 %; Bauinvestitionen: + 5 %).

### Preisanstieg und Realeinkommen

Die Verbraucherpreise sind 1989 spürbar gestiegen. So betrug die Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt 3,1 % (1988: + 1,4 %). Die Erhöhung einiger Verbrauchsteuern sowie einer Reihe administrierter Preise führte bereits zu Jahresbeginn zu einem sprunghaften Anstieg der Verbraucherpreise. Treibende Impulse für die Preisentwicklung gingen 1989 insbesondere von der

außerordentlich hohen Kapazitätsauslastung in vielen Bereichen der Wirtschaft, von dem teilweise wechselkursbedingten Anstieg der Einfuhrpreise und von der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt aus. Dennoch hielt sich die Preisbeschleunigung im Jahresverlauf durchaus in Grenzen. Nachdem der Preisindex für die Lebenshaltung im 1. Quartal landesweit um 2,7 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau lag, betrug die Preissteigerungsrate im 2. und 3. Quartal jeweils 3,1 %; im 4. Quartal überstiegen die Lebenshaltungspreise den Vorjahreswert um 3,5 %.

Trotzdem wurde das Ziel der Preisstabilität in der Bundesrepublik auch 1989 in höherem Maße erfüllt als in den meisten anderen Industrieländern. Hierzu hat nicht nur die restriktive Politik der Bundesbank beigetragen, sondern ebenso der Umstand, daß 1989 die Tarifabschlüsse maßvoll blieben und zudem in wichtigen Bereichen der Wirtschaft noch die längerfristigen Tarifabschlüsse aus den Vorjahren gültig waren. Im 1. Quartal 1990 hat sich der Anstieg der Lebenshaltungspreise in Baden-Württemberg mit 3,1 % gegenüber dem 4. Quartal 1989 sogar leicht abgeschwächt. Dies ist jedoch in erster Linie auf den statistischen Basiseffekt der Verbrauchsteuererhöhungen im entsprechenden Vorjahresquartal und auf die nachlassende Tendenz bei den Einfuhrpreisen (- 2,1 %) zurückzuführen.

Der Index der Bruttomonatsverdienste aller Angestellten in der Industrie, im Handel, bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhöhte sich in Baden-Württemberg von Oktober 1988 bis Oktober 1989 – ebenso wie im Vorjahreszeitraum – um 3,2 %. Das durchschnittliche Bruttogehalt der männlichen Angestellten belief sich im Oktober 1989 auf 5 070 DM (+ 3,5 %), während ihre Kolleginnen im Durchschnitt lediglich 3 193 DM (+ 3,9 %) verdienten.

Die Bruttostundenverdienste der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben von Oktober '88 bis Oktober '89 durchschnittlich um 4,3 % zugenommen (Vorjahreszeitraum: + 4,0 %). Für den gleichen Zeitraum zeigt der Index der Bruttowochenver-

dienste lediglich einen Anstieg von 3,8 %, da die Zahl der bezahlten Wochenstunden um 0,5 % - von durchschnittlich 40,0 auf 39,8 Stunden - zurückging. In der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 39,8 Stunden sind auch jene 1,8 Stunden enthalten, die über die regelmäßige, betriebsübliche Arbeitszeit hinaus geleistet wurden. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum betrug die Zahl der durchschnittlichen Überstunden 1,6 Stunden pro Woche. Die Industriearbeiter in Baden-Württemberg erzielten im Oktober 1989 im Durchschnitt einen Bruttowochenverdienst von 837 DM (+ 4,0 %); die Arbeiterinnen bekamen im Schnitt 593 DM (+ 3,3 %) ausgezahlt.

Um feststellen zu können, ob die nominalen Lohn- und Gehaltserhöhungen angesichts der Preisentwicklung ausreichten, den bisherigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten oder zu verbessern, wird die Veränderung des Reallohnindex berechnet. Der Reallohnindex weist von Oktober '88 bis Oktober '89 einen Zuwachs von 0,4 % und somit nur eine minimale Verbesserung der Reallohnposition aus. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen wurden von den Preissteigerungen nahezu aufgezehrt. Zuletzt wurde im Zeitraum von Oktober '84 bis Oktober '85 eine gleichermaßen geringe Reallohnsteigerung ermittelt. In den dazwischenliegenden Perioden wurden dagegen Zunahmen von 4,5 %, 3,1 % und zuletzt von 1,5 % errechnet.

Die nahezu stagnierenden Realeinkommen der Arbeitnehmer ließen trotz ansteigender Tendenz bei der Zahl der Erwerbstätigen (im Land: + 1,2 %; bundesweit: + 1,3 %) 1989 nur ein mäßiges reales Wachstum des privaten Verbrauchs zu (bundesweit: + 1,7 %). Im Gegensatz zum Vorjahr gingen 1989 von der Steuerpolitik keine stimulierenden Impulse aus. Das weitaus größte Aggregat der Gesamtnachfrage gehörte im vergangenen Jahr somit nicht zu den konjunkturellen Antriebskräften. Die Einzelhandelsbetriebe in Baden-Württemberg konnten 1989 einen Umsatzzu-

wachs von 5,2 % verbuchen. Unter Berücksichtigung der gestiegenen Einzelhandelspreise ergab sich eine reale Zunahme um 2,4 %. Ein lebhafter Geschäftsverlauf wurde insbesondere in der Kraftfahrzeugbranche (nominal: + 7,4 %) und beim Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (+ 7,1 %) beobachtet.

Bundesweit sind 1989 die Preise auf allen Handelsstufen deutlich gestiegen (Tabelle 11). Mit einer Steigerungsrate von 2,2 % zeigten sich die Preise im Einzelhandel noch am stabilsten; der Preisanstieg hat sich jedoch im Jahresverlauf etwas beschleunigt (1. Quartal: + 1,6 %; 4. Quartal: + 2,6 %). Die Einfuhren verteuerten sich 1989 um 4,5 %; gegenüber den beträchtlichen Teuerungsraten im 1. Quartal (+ 6,0 %) und im 2. Quartal (+ 6,6 %) verlief die Preisentwicklung jedoch im 2. Halbjahr wesentlich ruhiger (3. Quartal: + 3,2 %; 4. Quartal: 2,2 %). Hierzu trug bei, daß sich die Hausse auf den internationalen Rohstoff- und Erölmärkten im Jahresverlauf abschwächte und die Rohstoffpreise in der zweiten Jahreshälfte sogar leicht nach unten tendierten. Insgesamt betrachtet lagen die Rohstoffpreise (in US-Dollar) 1989 jedoch um rund 10 % über dem Vorjahresniveau. Dämpfend auf die Entwicklung der Einfuhrpreise wirkte im 4. Quartal auch die Aufwertung der D-Mark (insbesondere gegenüber dem US-Dollar), die vorwiegend als eine Reaktion auf die rasanten politischen Veränderungen in der DDR interpretiert wurde.

Der Anstieg der Einfuhrpreise beeinflusste nicht zuletzt auch die Entwicklung der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte. Der betreffende Preisindex lag bereits im 1. Quartal um 3,1 % über dem entsprechenden Vorjahreswert; eine weitere Beschleunigung des Preisauftriebs ist jedoch im Jahresverlauf nicht eingetreten. Die Preiserhöhungen bei Einfuhrwaren und gewerblichen Produkten sowie die anziehenden landwirtschaftlichen Erzeugerpreise fanden ihren Niederschlag im Verlauf der Großhandelspreise, die jahresdurchschnittlich um 5,1 % gestiegen sind. Nach Steigerungsraten von 5,3 % und 5,9 % in den beiden ersten Quartalen hat sich das Tempo des Preisan-

4 Vgl. Fußnote 2

stiegs jedoch in der zweiten Jahreshälfte etwas verlangsamt (3. Quartal: + 5,0 %; 4. Quartal: + 4,3 %).

Aufgrund des bereits erwähnten Rückgangs der Einfuhrpreise und des statistischen Basiseffekts der vorjährigen Verbrauchsteuererhöhungen hat sich die Preisentwicklung im 1. Quartal 1990 doch merklich beruhigt. Möglicherweise hat hierzu auch eine zunächst noch abwartende Haltung hinsichtlich der bevorstehenden Tarifabschlüsse beigetragen. So wurden bei den Erzeugerpreisen gewerblicher Produkte (+ 1,7 %), bei den Großhandelspreisen (+ 0,9 %) und bei den Einzelhandelspreisen (+ 2,2 %) im 1. Quartal nur relativ geringe Teuerungsraten ermittelt. Lediglich beim Preisindex für Bauleistungen (+ 5,3 %) weist die Tendenz deutlich nach oben.

Der private Verbrauch wird 1990 in stärkerem Maße zum wirtschaftlichen Wachstum beitragen als 1989 (Prognose im Frühjahrsgutachten: real + 4 %). Dies ergibt sich zum einen aus der Steuerreform 1990, die den privaten Haushalten eine Nettoentlastung von zirka 30 Mrd. DM beschert; zum anderen ist zu erwarten, daß sich die Reallohnsituation der Arbeitnehmer aufgrund der diesjährigen Tarifabschlüsse, bei denen aus aktueller Sicht die Lohn- und Gehaltserhöhungen im Vordergrund standen, während für die Arbeitszeitverkürzung eine mittelfristige Stufenregelung vereinbart wurde, spürbar verbessert. Des weiteren wird die Zahl der Erwerbstätigen erheblich zunehmen. Hinzu kommen die Nachfrageimpulse aus der - insbesondere durch Aus- und Übersiedler - gestiegenen und weiterhin steigenden Bevölkerungszahl. Erfah-

Tabelle 11

**Ausgewählte Preisindizes im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg 1989 und 1990**  
– Veränderung gegen Vorjahr in % –

Zeitraum	Außenhandel		Landwirtschaft <sup>1)</sup>		Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung
	Einfuhrpreise	Ausfuhrpreise	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inland) <sup>1)</sup>	Großhandelsverkaufspreise <sup>1)</sup>	Einzelhandelspreise <sup>2)</sup>	Preisindex für	
								Bauleistungen an neuen Wohngebäuden <sup>2)</sup>	die Lebenshaltung <sup>3)</sup>
Bundesgebiet <sup>4)</sup>								Baden-Württemberg	
1989									
1. Quartal	+ 6,0	+ 3,9	+ 5,4	+ 5,3	+ 3,1	+ 5,3	+ 1,6	+ 3,4	+ 2,7
2. Quartal	+ 6,6	+ 3,5	+ 9,6	+ 6,4	+ 3,3	+ 5,9	+ 2,1	+ 3,7	+ 3,1
3. Quartal	+ 3,2	+ 2,4	+ 13,2	+ 6,0	+ 3,0	+ 5,0	+ 2,4	+ 3,8	+ 3,1
4. Quartal	+ 2,2	+ 1,5	+ 6,6	+ 4,1	+ 3,1	+ 4,3	+ 2,6	+ 4,0	+ 3,5
Jahr	+ 4,5	+ 2,8	+ 8,7	+ 5,5	+ 3,1	+ 5,1	+ 2,2	+ 3,8	+ 3,1
1990									
Januar	- 1,7	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,4	+ 2,3	.	+ 3,2
Februar	- 2,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 0,6	+ 2,3	+ 5,3	+ 3,1
März	- 2,8	- 0,1	- 1,0	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,6	+ 2,2	.	+ 3,1
1. Quartal	- 2,1	+ 0,1	- 0,4	+ 1,0	+ 1,7	+ 0,9	+ 2,2	+ 5,3	+ 3,1
April	- 4,3	- 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,9	.	+ 2,7

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-) steuer. – 2) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-) steuer. – 3) Aller privaten Haushalte. – Mai: + 2,7. – 4) Quelle: Statistisches Bundesamt.

rungsgemäß wird jedoch der Anstieg des verfügbaren Realeinkommens der privaten Haushalte nur zum Teil nachfragewirksam, da ein Teil der zusätzlichen Mittel den Ersparnissen zufließt. Die Sparneigung wird derzeit von dem relativ hohen Zinsniveau zusätzlich begünstigt.

## Öffentliche Finanzen

Nachdem in den letzten drei Jahren der Haushalt des Landes mit Fehlbeträgen abgeschlossen wurde, konnte 1989 bei einem Ausgabenvolumen von 44,822 Mrd. DM ein Einnahmenüberschuß von 384,2 Mill. DM verzeichnet werden. Diese Entwicklung kam dadurch zustande, daß sich die Gesamteinnahmen gegenüber 1988 um 5,0 % erhöht haben, während die Gesamtausgaben im gleichen Zeitraum nur um 4,1 % angestiegen sind.

Die Ist-Steuereinnahmen als wichtigste Einnahmequelle des Landes lagen 1989 mit 30,731 Mrd. DM um 7,7 % höher als im Vorjahr. Sie überschritten damit den Haushaltsansatz (2. Nachtrag) 1989 (30,23 Mrd. DM) um 500,5 Mill. DM (+ 1,7 %). Dieses Ergebnis wurde durch deutliche Einnahmesteigerungen bei nahezu allen Steuerarten getragen, insbesondere erhöhten sich die Einnahmen bei der Lohnsteuer (+ 8,3 %), bei der veranlagten Einkommensteuer (+ 18,1 %), bei den Steuern vom Umsatz (+ 9,2 %) und bei den reinen Landessteuern (+ 8,1 %); vergleichsweise geringe Zuwachsraten wiesen demgegenüber die Körperschaftssteuer (+ 2,2 %) und die Gewerbesteuerumlage (+ 5,2 %) auf.

Die Einnahmenposition Schuldenaufnahme am Kreditmarkt konnte angesichts der Entwicklung der Steuereinnahmen reduziert werden. So betrug die Bruttokreditaufnahme 1989 noch 5,751 Mrd. DM, das sind 810 Mill. DM weniger als 1988. Abzüglich der Tilgungsausgaben für Kreditmarktschulden in Höhe von 4,238 Mrd. DM ergibt sich für den Landeshaushalt eine Nettokreditaufnahme für 1989 von 1,513 Mrd. DM (1988: 2,602 Mrd. DM), während dem entsprechenden Haushaltsplan eine Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt von 2,196 Mrd. DM zugrunde lag. Die sonstigen Haushaltseinnahmen stiegen 1989 im Vergleich zu

1988 um 9,8 % und erreichten eine Höhe von 8,725 Mrd. DM; gegenüber dem Haushaltsoll (2. Nachtrag) waren das Mehreinnahmen von 251,6 Mill. DM.

Die den Gesamteinnahmen von 45,206 Mrd. DM gegenüberstehenden Gesamtausgaben von 44,822 Mrd. DM teilen sich zu 36 % auf Personalausgaben und zu 64 % auf Sachausgaben auf. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Personalausgaben mit + 2,6 % deutlich geringer an als die Sachausgaben, die im gleichen Zeitraum um 5,0 % zunahmen. Allein die Steuereinnahmen deckten im Haushaltsjahr 1989 68,6 % der Gesamtausgaben gegenüber 66,3 % im Vorjahr.

Angesichts der geplanten Hilfsmaßnahmen für die DDR sowie wegen der Beseitigung und Schadensregulierung von Unwetterschäden in den ersten Monaten dieses Jahres wird sich 1990 das gesamte Ausgabenvolumen gegenüber dem Haushaltsplan nochmals erhöhen. Dementsprechend ist bereits im Vierten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 1989/90 eine Feststellung des Haushalts 1990 auf nunmehr 45,954 Mrd. DM erfolgt; es wird dabei davon ausgegangen, daß diese Mehrausgaben in vollem Umfang durch konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen gedeckt werden können. Aufgrund der günstigen Steuerentwicklung dürften weiter zwangsläufig anfallende Mehrausgaben ohne Erhöhung der vorgesehenen Nettokreditaufnahme in Höhe von 2,5 Mrd. DM ausgeglichen werden können. Vorausichtlich werden die Einnahmen des Landes 1990 zu 67 % aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, zu 4 % aus Verwaltungseinnahmen und zu 28 % aus übrigen Einnahmen gedeckt. Rund 13 % der Gesamtausgaben werden wohl für Investitionen aufgewendet werden; gleichzeitig wird der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben wie im Vorjahr etwa 36 % betragen.

Die insgesamt gute Konjunkturlage führte auch bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu einem kräftigen Anwachsen der Einnahmen, während sich der Ausgabenanstieg durchaus im vorgegebenen Rahmen hielt. So erhöhten sich die Nettoeinnahmen aus Steuern im Jahr 1989 gegenüber dem Vorjahr um 886,9 Mill. DM (+ 7,9 %) auf 12,158

Mrd. DM; bei den bereinigten Einnahmen war im gleichen Zeitraum ein Anstieg um 2,087 Mrd. DM (+ 7,3 %) auf 30,875 Mrd. DM zu verzeichnen. Die bereinigten Ausgaben lagen demgegenüber mit 30,046 Mrd. DM nur um 1,016 Mrd. DM (+ 3,5 %) über dem entsprechenden Vorjahreswert. Rund 19,4 % dieser Ausgaben, d.h. 5,836 Mrd. DM wurden für Baumaßnahmen eingesetzt; im Vergleich zum Vorjahr (19,9 %) ging dieser Anteil somit leicht zurück. Das stärkere Wachstum der Einnahmen führte 1989 zu einem positiven Finanzierungssaldo der Kommunen von 834 Mill.DM. Das ist der höchste Finanzie-

rungsüberschuß der Gemeinden Baden-Württembergs seit Gründung des Landes.

Trotz der weiterhin kräftig wirkenden konjunkturellen Impulse bergen die folgenden Jahre für die öffentlichen Haushalte größere Unsicherheiten, da die Ausgabenentwicklung nur schwer vor auszuplanen ist. Hier fallen vor allem die notwendigen Hilfen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen in der DDR sowie die Maßnahmen zur Eingliederung der Aus- und Übersiedler ins Gewicht.





## Teil II

# Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

## 1. Bildungswesen

### Studenten an Fachhochschulen

#### Vorläufer und Ausbildungskonzept der Fachhochschulen

Die bundesweite Etablierung der Fachhochschulen vollzog sich im Anschluß an das "Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Fachhochschulwesens" vom 31. Oktober 1968. Damit wurden zugleich die früheren Ingenieurschulen und die anderen Höheren Fachschulen umgewandelt und weiterentwickelt.

Nach einer mehrjährigen Übergangsphase waren im Wintersemester 1975/76 an den Fachhochschulen Baden-Württembergs bereits 18 937 Studenten<sup>1</sup> immatrikuliert. Gemäß Tabelle 1 belief sich die entsprechende Anzahl im Wintersemester 1980/81 auf 25 702 und im Wintersemester 1989/90 auf 42 238. Damit studieren heute etwa 20 % aller an den baden-württembergischen Hochschulen eingeschriebenen Studenten an Fachhochschulen.

Die landesspezifischen Bestimmungen für das Fachhochschulstudium werden derzeit durch die "Neufassung des Gesetzes über die Fachhochschulen im Lande Baden-Württemberg (Fachhochschulgesetz)" vom 30. Oktober 1987 geregelt. Nach § 3 (1) bereiten die Fachhochschulen "durch anwendungsbezogene Lehre auf berufliche Tätigkeiten vor,

die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und wissenschaftlicher Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern". Ein Studiengang erstreckt sich laut § 31 (3) "in der Regel auf vier Jahre. Er umfaßt in der Regel drei Studienjahre an der Fachhochschule und eine berufspraktische Tätigkeit von zwei Semestern (Praxissemester)". Nach erfolgreichem

Tabelle 1

#### **Studenten in Baden-Württemberg im Wintersemester 1989/90, 1980/81 und 1975/76 nach Hochschularten**

Hochschulart	Studenten im Wintersemester		
	1989/90	1980/81	1975/76
Universitäten <sup>1)</sup>	145 615	102 124	86 583
Pädagogische Hochschulen	9 145	13 127	22 262
Kunsthochschulen	3 992	3 332	2 960
Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	42 238	25 702	18 937
Verwaltungsfachhochschulen	6 659	3 483	1 561
Insgesamt	207 649	147 768	132 303

1) Im Sinne einer sprachlichen Vereinfachung wird im folgenden auch dann, wenn es sich um Frauen und Männer handelt, von Studenten, Studienanfängern etc. gesprochen.

1) Einschließlich Hochschule für Jüdische Studien mit 65 (1989/90) bzw. 23 (1980/81) Studenten.

Abschluß des Studiums verleiht die Fachhochschule gemäß § 40 "den Diplomgrad mit dem Zusatz Fachhochschule (FH) und mit Angabe der Fachrichtung".

In diesen gesetzlichen Regelungen kommt bereits die besonders enge Praxisorientierung des Fachhochschulstudiums zum Ausdruck. So sind die integrierten Praxissemester in Baden-Württemberg ein rechtlich verankerter Teil des Studiums. Charakteristika der Fachhochschulen sind ferner die straffe Gliederung des Studiums, die im Vergleich zu den Universitäten kürzere Studiendauer sowie die Einstellungs-voraussetzungen für Professoren. Von diesen wird neben der wissenschaftlichen Qualifikation eine mindestens fünfjährige berufspraktische Tätigkeit in der Industrie oder in der Verwaltung verlangt.

Das Ausbildungskonzept der Fachhochschulen in Baden-Württemberg wird nach den Ergebnissen einer Unternehmensbefragung von 1988 den Bedürfnissen der Industrie nach möglichst praxisnaher Ausbildung gerecht. Es wird von den Unternehmen "grundsätzlich positiv beurteilt"<sup>2</sup>. Hier bestätigt sich das Votum des Wissenschaftsrates, wonach die Fachhochschulen "heute bildungspolitisch und beschäftigungspolitisch wichtige Aufgaben wahr(nehmen); sie haben sich zu einem anerkannten und unentbehrlichen Bestandteil eines differenzierten Hochschulsystems in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt"<sup>3</sup>.

## Zugangsvoraussetzungen

Die wichtigsten Bestimmungen für den Zugang zu einem Fachhochschulstudium in Baden-Württemberg sind in § 53 Fachhochschulgesetz niedergelegt. Zugangsvoraussetzung ist entweder der Erwerb der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife oder aber der Erwerb der Fachhochschulreife.

Die Studienanfänger an den Fachhochschulen, die nicht das Abitur, sondern die Fachhochschulreife erworben haben, rekrutieren sich zumeist aus Absolventen von Berufskollegs und von Fachschulen. Berufskollegs sind berufliche Bildungseinrichtungen, die den Real-schul- oder einen gleichwertigen Schulabschluß voraussetzen. Sie vermitteln nach zwei oder drei Jahren eine berufliche Qualifikation und können durch Zusatzunterricht und Zusatzprüfung oder in einem besonderen einjährigen Bildungsgang zur Fachhochschulreife führen. Fachschulen zielen - nach abgeschlossener Berufsausbildung und praktischer Bewährung oder nach einer geeigneten beruflichen Tätigkeit von mindestens fünf Jahren - auf eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf ab. Auch hier kann durch Zusatzunterricht und Zusatzprüfung die Fachhochschulreife erworben werden.

Bei einigen Studiengängen ist der Nachweis eines mehrmonatigen beruflichen Vorpraktikums erforderlich. Allerdings werden in der Regel sowohl auf das Vorpraktikum als auch auf die Praxissemester einschlägige berufliche Erfahrungen teilweise oder ganz angerechnet.

---

2) Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg (Hrsg.): Regionaler Bildungsauftrag der Fachhochschulen, in: Bildung in neuer Sicht, Schriftenreihe des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg zur Bildungsforschung, Bildungsplanung, Bildungspolitik, Nr. 51, N.F., Stuttgart, 1988, S. 38.

3) Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren, Köln, 1988, S. 23.

## Abgrenzung zu Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien

Im Bereich der Fachhochschulen nehmen die sog. Verwaltungsfachhochschulen eine Sonderstellung ein. An diesen verwaltungsinternen Einrichtungen für den öffentlichen Dienst erhalten Bundes- und Landesbeamte des gehobenen Dienstes eine Ausbildung mit dem Anspruch auf Hochschulniveau. Das Studium ist unmittelbarer Bestandteil des Vorbereitungsdienstes und somit allein den bereits im öffentlichen Dienst stehenden Personen zugänglich.

Ob die Verwaltungsfachhochschulen bei einer Untersuchung über den Hochschulbereich miteinzubeziehen sind oder nicht, hängt von der jeweils verfolgten Fragestellung ab. Sollen beispielsweise die Studien- und Berufsmöglichkeiten für Abiturienten beleuchtet werden, kann auf den öffentlichen Dienst und damit auf die Verwaltungsfachhochschulen schwerlich verzichtet werden. Wird hingegen der Blick etwa auf die Entwicklung der Studienfachwahl oder der Hochschulwahl gelenkt, würde eine Berücksichtigung der Verwaltungsfachhochschulen möglicherweise Fehlinterpretationen nach sich ziehen, da für die Beamten im Vorbereitungsdienst entsprechende Wahlmöglichkeiten nicht gegeben sind.

Die Berufsakademien, die in Baden-Württemberg einen wachsenden Zulauf erfahren haben und an denen im Studienjahr 1989 erstmals mehr als 10 000 Studenten eingeschrieben waren, gehören ebenso wie die Fachhochschulen dem tertiären Bildungsbereich an, ohne aber im institutionellen Sinne Hochschulen zu sein. Mit Verfügung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst vom 10. April 1989 wurde allerdings die "Gleichstellung von Diplomabschlüssen an Berufsakademien in Baden-Württemberg mit Diplomabschlüssen an Fachhochschulen" beschlossen.

Die Berufsakademien stellen ein Kooperationsmodell zwischen Staat und Wirtschaft dar, das Abiturienten in einer dreijährigen Ausbildungszeit eine wissenschaftsbezogene und zugleich praxisorientierte berufliche Bildung auf den Gebieten Wirtschaft, Technik oder Sozialwesen vermittelt. Zum Studium kann zugelassen werden, wer neben der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife den Abschluß eines Ausbildungsvertrages mit einer geeigneten Ausbildungsstätte vorweisen kann. In dieser auf zwei gleichberechtigte Bildungsträger verteilten Ausbildung wird ein wichtiger Unterschied zum Fachhochschulstudium sichtbar.

Von einer Berücksichtigung sowohl der Verwaltungsfachhochschulen als auch der Berufsakademien wird daher im folgenden abgesehen. Hier steht eine landesspezifische Analyse der strukturellen

Entwicklung der Studentenzahlen in den letzten zehn Jahren sowie eine perspektivische Betrachtung sich möglicherweise abzeichnender Trends im Mittelpunkt. Eine solche Betrachtung legt eine Eingrenzung auf die staatlichen und staatlich anerkannten privaten Fachhochschulen in Baden-Württemberg nahe.

### Regionale Verteilung und regionale Bedeutung

Im Wintersemester 1989/90 konnte in Baden-Württemberg an 22 staatlichen und an 9 staatlich anerkannten privaten Fachhochschulen ein Studium aufgenommen werden. Wie Tabelle 2 zu entnehmen ist, sind die Studentenzahlen insbesondere an den technisch und wirtschaftswissenschaftlich ausgerichteten staatlichen Fachhochschulen in den letzten zehn Jahren stark angestiegen. Gleichwohl waren im Wintersemester 1989/90 erst an den drei staatlichen Fachhochschulen in Esslingen (Technik), Heilbronn und in Karlsruhe mehr als 3000 Studenten immatrikuliert. Diese wurden auch im Wintersemester 1980/81 bereits am stärksten besucht. Die privaten Fachhochschulen stellen sich demgegenüber meist als kleinere Hochschulen dar, an denen mit Ausnahme der beiden kirchlichen Fachhochschulen für Sozialwesen in Freiburg weniger als 500 Studenten eingeschrieben waren.

Häufig bestehen zwischen den einzelnen Fachhochschulen bzw. den in ihnen auf gegangenen Ingenieurschulen und den in den jeweiligen Regionen traditionell dominierenden Branchen langjährig gewachsene Bindungen. Die regionalen Verflechtungen haben zur Entwicklung von speziellen Studiengängen (z.B. Schmuckgestaltung, Bekleidungstechnik, Augenoptik) geführt, die eng an bestimmte Industriezweige gekoppelt sind. Solche Fächerangebote sind ein weiterer Beleg für die das Fachhochschulstudium prägende besondere Orientierung der Lehrinhalte an praxisorientierten Fragestellungen.

In der in Schaubild 1 skizzierten regionalen Verteilung der Fachhochschulen in Baden-Württemberg kommt zugleich die von der Landesregierung verfolgte "dezentrale Standortkonzeption" zum Ausdruck. Diese ist insbesondere durch

Tabelle 2

**Studenten an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) in Baden-Württemberg seit dem Wintersemester 1980/81 nach Studienorten**

Studienort	Studenten im Wintersemester									
	1989/90	1988/89	1987/88	1986/87	1985/86	1984/85	1983/84	1982/83	1981/82	1980/81
<b>Staatliche Fachhochschulen</b>										
Zusammen	39 067	37 586	36 407	35 116	33 962	33 036	31 097	28 733	25 819	23 055
Aalen (T)	2 331	2 249	2 193	2 150	2 030	1 866	1 704	1 513	1 291	1 180
Albstadt-Sigmaringen (TW)	1 010	796	707	640	619	523	470	459	432	362
Biberach (T)	884	845	812	790	842	800	720	647	533	452
Esslingen (S)	612	622	651	643	675	678	678	704	722	706
Esslingen (T)	3 208	3 114	2 858	2 778	2 672	2 580	2 601	2 394	2 126	1 945
Furtwangen (T)	1 651	1 607	1 496	1 542	1 498	1 469	1 382	1 204	1 107	992
Heilbronn (TW)	3 375	3 194	2 989	2 815	2 732	2 606	2 496	2 349	2 112	1 870
Karlsruhe (T)	4 041	3 987	3 890	3 760	3 759	3 798	3 651	3 328	3 105	2 861
Konstanz (T)	2 317	2 204	2 200	2 186	2 087	2 036	1 897	1 763	1 584	1 467
Mannheim (S)	363	370	413	439	489	522	519	529	519	458
Mannheim (T)	2 303	2 289	2 170	2 163	2 024	2 013	1 892	1 674	1 504	1 376
Nürtingen (TW)	1 974	1 860	1 757	1 691	1 620	1 573	1 529	1 488	1 335	1 202
Offenburg (TW)	1 503	1 424	1 373	1 306	1 194	1 116	1 039	919	728	605
Pforzheim (G)	429	418	407	372	347	334	313	328	320	303
Pforzheim (W)	2 795	2 934	2 836	2 687	2 636	2 692	2 408	2 174	1 819	1 580
Ravensburg-Weingarten (TS)	1 326	1 232	1 234	1 181	1 137	1 084	985	863	771	559
Reutlingen (TW)	2 888	2 550	2 487	2 155	1 923	1 816	1 567	1 484	1 326	1 127
Schwäbisch Gmünd (G)	301	295	288	276	260	253	221	215	193	193
Stuttgart (B)	614	604	573	579	583	521	441	443	416	393
Stuttgart (D)	1 103	1 056	1 137	1 118	1 074	1 084	1 055	963	922	808
Stuttgart (T)	1 935	1 891	1 972	1 984	1 976	2 001	1 944	1 777	1 562	1 373
Ulm (T)	2 104	2 045	1 964	1 861	1 785	1 671	1 585	1 515	1 392	1 243
<b>Private Fachhochschulen</b>										
Zusammen	3 171	3 119	2 822	2 723	2 745	2 775	2 862	2 834	2 752	2 647
Freiburg-kath. (S)	832	838	850	847	882	897	912	905	895	835
Freiburg-evang. (S)	649	657	644	651	644	658	678	679	630	600
Heidelberg (R)	392	417	339	244	260	276	337	398	480	456
Isny (T)	406	354	308	297	280	284	272	179	118	140
Konstanz (G)	70	72	57	42	21	—	—	—	—	—
Mannheim (G)	181	174	187	189	191	196	195	192	183	179
Nürtingen (K)	132	103	22	—	—	—	—	—	—	—
Reutlingen (S)	362	391	400	438	452	464	468	481	446	437
Stuttgart (G)	147	113	15	15	15	—	—	—	—	—
<b>Insgesamt</b>	<b>42 238</b>	<b>40 705</b>	<b>39 229</b>	<b>37 839</b>	<b>36 707</b>	<b>35 811</b>	<b>33 959</b>	<b>31 567</b>	<b>28 571</b>	<b>25 702</b>

T = Technik, W = Wirtschaft, S = Sozialwesen, G = Gestaltung, D = Druck, B = Bibliothekswesen, R = Rehabilitation, K = Kunsttherapie.

die Errichtung der sog. Außenstellen von Fachhochschulen, die organisatorisch an eine "Mutterfachhochschule" angegliedert sind, realisiert worden.

Hierbei wird als Vorteil erachtet, "daß die Anmietung von Altgebäuden und deren Umbau sowie die finanzielle Beteiligung der Kommunen es ermöglicht, die

zusätzlichen Kapazitäten rascher in Betrieb zu nehmen, als wenn bestehende Fachhochschulen durch Neubauten erweitert würden" 4.

4) Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Ausbau der Fachhochschulen in Baden-Württemberg, Berlin, 1989, S. 16.

Die Landesregierung geht bei ihrem Konzept für eine Regionalisierung des Studienangebots an den Fachhochschulen davon aus, "daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um eine zunehmende Abwanderung junger Menschen aus dem ländlichen Raum zu verhindern. Nur so kann der rasche Strukturwandel bewältigt werden"<sup>5</sup>. Gerade den in diesen Regionen dominierenden kleinen und mittleren Unternehmen werde es über die räumliche Nähe zu einer Fachhochschule erleichtert, im Wettbewerb mit Unternehmen aus Industriezentren qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen.

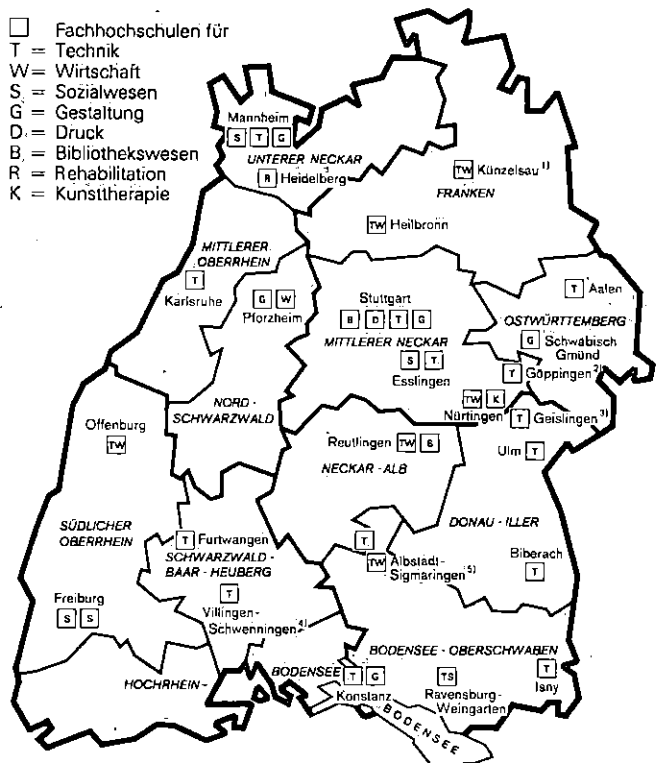
Allerdings wird die regionale Bedeutung der Fachhochschulen nicht nur in deren Eigenschaft als Ausbildungsträger sichtbar. Bereits die Studenten werden häufig in gemeinsam mit der Industrie durchgeführte anwendungsorientierte Forschungsprojekte eingebunden, und in den Diplomarbeiten werden vornehmlich Aufgaben aus der betrieblichen Praxis behandelt. Darüber hinaus geben die Beratungsdienste und Transferzentren der Steinbeis-Stiftung, die in der Regel von Fachhochschullehrern geleitet werden, der Wirtschaft konkrete Hilfestellung und führen Entwicklungsaufträge der Unternehmen durch. Damit erwachsen die Fachhochschulen in steigendem Maße zu technologischen Zentren für die Wirtschaft außerhalb der Ballungsräume. Diese Einschätzung wird auch von den betreffenden Unternehmen geteilt. Sie bescheinigen, "daß sich aus der regionalen Verteilung der baden-württembergischen Fachhochschulen für die Industrie gewichtige Vorteile ergeben, zunächst einmal bei der Absolventengewinnung, dann aber auch bei der Weiterbildung von Mitarbeitern, bei den sonstigen Kontakten und beim Know-how-Transfer"<sup>6</sup>.

5) Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg: Außenstellen von Fachhochschulen, Stellungnahme, in: Landtagsdrucksache 9/4824 vom 03.09.87, S. 2.

6) Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg (Hrsg.): Regionaler Bildungsauftrag der Fachhochschulen, a.a.O., S. 63.

Schaubild 1

**Studienorte der Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) in Baden-Württemberg im Wintersemester 1989/90**



- 1) Außenstelle der Fachhochschule Heilbronn
- 2) Außenstelle der Fachhochschule Esslingen
- 3) Außenstelle der Fachhochschulen Nürtingen und Ulm
- 4) Außenstelle der Fachhochschule Furtwangen
- 5) Nach der Erweiterung um den Standort Albstadt trägt die ehemalige "Fachhochschule für Technik Sigmaringen" ab Wintersemester 1989/90 den Namen "Fachhochschule Albstadt-Sigmaringen".

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

29950

### Mehr als die Hälfte der Fachhochschulstudenten studiert Ingenieurwissenschaften

Vom Wintersemester 1980/81 bis zum Wintersemester 1989/90 ist die Anzahl der Studenten an den baden-württembergischen Fachhochschulen von 25 702 auf 42 238 gestiegen. Die dahinterstehende Entwicklung der fachlichen Schwerpunkte beleuchtet Tabelle 3. Hier wird sichtbar, daß im Wintersemester 1989/90 mit 11 924 Studenten im Studienbereich Maschinenbau, Verfahrenstechnik eines der klassischen Fächer der ehemaligen Ingenieurschulen mit Abstand am stärksten belegt war. An zweiter Stelle rangierte mit 6 841 Studenten der an den Fachhochschulen ausschließlich das Studium der Be-

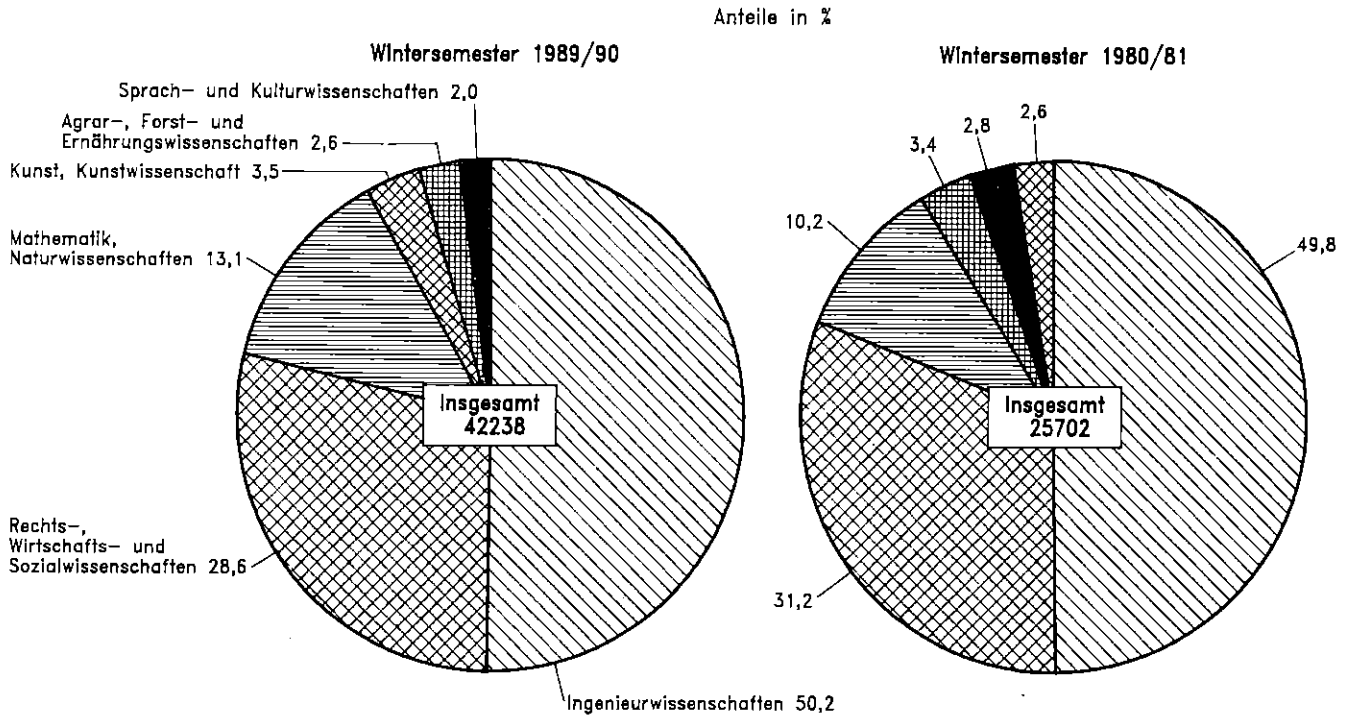
Tabelle 3

**Studenten an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) in Baden-Württemberg  
seit dem Wintersemester 1980/81 nach Fächergruppen und Studienbereichen**

Fächergruppe Studienbereich	Studenten im Wintersemester									
	1989/90	1988/89	1987/88	1986/87	1985/86	1984/85	1983/84	1982/83	1981/82	1980/81
Sprach- und Kulturwissenschaften	861	860	827	834	839	794	716	714	805	724
Evangelische Theologie	135	132	131	135	136	150	149	138	129	121
Katholische Theologie	112	124	123	120	120	123	126	133	123	120
Bibliothekswesen, Dokumenta- tion, Publizistik	614	604	573	579	583	521	441	443	553	483
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	12 101	11 865	11 442	10 917	10 716	10 704	10 314	9 843	8 948	8 020
Sozialwesen	3 084	3 089	3 073	3 085	3 224	3 297	3 340	3 372	3 320	3 131
Wirtschaftswissenschaften	6 841	6 388	6 333	5 905	5 656	5 564	5 130	4 782	4 123	3 507
Wirtschaftsingenieurwesen	2 176	2 388	2 036	1 927	1 836	1 843	1 844	1 689	1 505	1 382
Mathematik, Naturwissenschaften	5 531	5 118	4 710	4 490	4 245	4 059	3 701	3 322	2 969	2 626
Mathematik	285	254	241	211	188	194	181	156	137	130
Informatik	4 082	3 853	3 505	3 320	3 112	2 873	2 617	2 341	2 074	1 751
Chemie	1 164	1 011	964	959	945	992	903	825	758	745
Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissenschaften	1 097	1 073	1 065	1 072	1 111	1 087	1 044	1 057	984	866
Agrarwissenschaften	401	405	399	421	431	445	411	418	386	375
Gartenbau, Landespflege	376	356	351	335	354	360	376	391	365	310
Ernährungs- und Haus- haltungswissenschaften	320	312	315	316	326	282	257	248	233	181
Ingenieurwissenschaften	21 191	20 392	19 926	19 344	18 690	18 173	17 314	15 855	14 169	12 791
Maschinenbau, Verfahrens- technik	11 924	11 584	11 141	10 615	10 086	9 678	9 381	8 388	7 399	6 610
Elektrotechnik	5 009	4 683	4 479	4 369	4 139	3 975	3 679	3 375	3 075	2 797
Architektur, Innenarchitektur	1 795	1 780	1 778	1 815	1 839	1 865	1 875	1 735	1 535	1 305
Bauingenieurwesen	1 869	1 834	1 908	1 886	1 917	1 930	1 838	1 657	1 530	1 432
Vermessungswesen	594	511	620	659	709	725	541	700	630	647
Kunst, Kunstwissenschaft	1 457	1 397	1 259	1 182	1 106	994	870	776	696	675
Insgesamt	42 238	40 705	39 229	37 839	36 707	35 811	33 959	31 567	28 571	25 702

Schaubild 2

Prozentuale Verteilung der Studenten an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) in Baden-Württemberg in den Wintersemestern 1989/90 und 1980/81 nach Fächergruppen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

290 90

triebswirtschaftslehre umfassende Bereich Wirtschaftswissenschaften. Dahinter verbergen sich insbesondere die in den letzten Jahren an Bedeutung gewinnenden sog. speziellen Betriebswirtschaftslehren (z.B. Touristik, europäische Betriebswirtschaftslehre). Die Fächer Elektrotechnik mit 5 009 und Informatik, die nach statistischer Konvention auch die Wirtschaftsinformatik und die Technische Informatik einschließt, mit 4 082 Immatrikulierten wurden gefolgt vom Studienbereich Sozialwesen, der von 3 084 Studenten besucht wurde. Diese Rangfolge hat sich in den letzten Jahren lediglich insoweit verändert, als die Studentenzahlen im Bereich Sozialwesen von jenen der Informatik überflügelt worden sind. Während die Informatik im betrachteten Zeitraum die höchste Zuwachsrate von allen Studienbereichen aufwies, ist im

Sozialwesen vom Wintersemester 1980/81 bis zum Wintersemester 1989/90 eine weitgehend stagnierende Entwicklung zu konstatieren. Die geringsten Belegungszahlen verzeichneten mit weniger als 500 Studenten nach wie vor die beiden theologischen Fächer, die Mathematik sowie die einzelnen Bereiche der Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften.

Bei einer Analyse der im Zeitverlauf eintretenden Veränderungen der Studentenzahlen ist allerdings stets zu bedenken, daß in Folge eines anhaltenden Bewerberüberhangs fast alle Studiengänge an den Fachhochschulen Baden-Württembergs Zulassungsbeschränkungen unterliegen. Insofern ist die Entwicklung der Studentenzahlen zum großen Teil durch administrative Maßnahmen vorgeprägt.



Deshalb ist es nicht zuletzt auch ein Resultat politischer Entscheidungen, wenn bei einer Betrachtung der zu Fächergruppen aggregierten Studienbereiche den Ingenieurwissenschaften sowohl für das Wintersemester 1989/90 als auch für das Wintersemester 1980/81 mit 21 191 bzw. 12 791 Immatrikulierten die dominierende Stellung beizumessen ist. Wie Schaubild 2 verdeutlicht, wurden die Ingenieurwissenschaften in beiden betrachteten Zeiträumen von etwa 50 % aller Studenten an Fachhochschulen in Baden-Württemberg besucht.

Nun ist die Gesamtzahl der Studenten an einer Hochschule oder in einem Studiengang zwar ein gebräuchlicher, aber keineswegs ein aussagekräftiger Indikator zur Beschreibung aktueller struktureller Entwicklungen an den Fachhochschulen. Ursächlich dafür sind vor allem die voneinander abweichenden hochschul- und fachspezifischen Studienzeiten. Obwohl an den Fachhochschulen durchschnittlich 4 Semester weniger studiert wird als an den Universitäten, können auch von den Fachhochschulstudenten die Regelstudienzeiten nicht immer genau eingehalten werden. Darauf wurde erst kürzlich vom Wissenschaftsrat in einer Untersuchung über die Verweildauer an Fachhochschulen besonders aufmerksam gemacht. Als Gründe für längere Studienzeiten wurden hier u.a. personelle und räumliche Kapazitätsengpässe angeführt, die ein ausreichendes Angebot an Praktika und Laborarbeiten häufig nicht zuließen<sup>7</sup>. Deshalb kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich abzeichnende Strömungen möglicherweise überdeckt werden, wenn die Blickrichtung allein auf die Anzahl der bereits Immatrikulierten gelenkt wird.

Von daher erscheint es zweckmäßig, den Schwerpunkt der Untersuchung auf die Anzahl der Studienanfänger zu setzen. Hierbei interessieren vor allem die Studenten im jeweils ersten Hochschulsemester, also jene, die erstmals

an einer Hochschule immatrikuliert sind. Bei einigen Fragestellungen bietet es sich allerdings an, die Anzahl der Studenten im ersten Fachsemester, die auch die früher in einem anderen Studiengang oder an einer anderen Hochschule Immatrikulierten einschließt, zugrunde zu legen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn der Blick auf die fächerspezifischen Aufnahmekapazitäten gelenkt wird.

Weiterhin ist zu bedenken, daß im Gegensatz zu den Universitäten, an denen das Studium überwiegend im Wintersemester begonnen wird, insbesondere die Studienanfänger an den baden-württembergischen Fachhochschulen ihr Studium wesentlich häufiger im Sommersemester aufnehmen, z.B. weil zunächst eine Berufsausbildung durchlaufen wurde. Um diese Größe nicht zu vernachlässigen, ist es notwendig, bei der Betrachtung der Studienanfängerzahlen eine Zusammenfügung eines Wintersemesters und des sich anschließenden Sommersemesters zu einem Studienjahr vorzunehmen.

#### Erhebliche fächer- und geschlechtsspezifische Schwankungen bei den Studienanfängerzahlen

Noch nie gab es in Baden-Württemberg so viele Neueinschreibungen an den Fachhochschulen wie im Studienjahr 1989. Mit 9 498 Studienanfängern waren fast 60 % mehr als 1980 zu verzeichnen. Die Tabellen 4 und 5 belegen allerdings, daß die fächerspezifische Entwicklung in der letzten Dekade keineswegs gleichmäßig nach oben gerichtet war. Vielmehr weisen die meisten Studienbereiche eine eher wellenförmige Bewegung auf, die sich in der Regel auf einem höheren Niveau stabilisiert. Geringere Studienanfängerzahlen als 1980 waren 1989 lediglich in den ohnehin relativ gering besuchten Studienbereichen Evangelische Theologie, Agrarwissenschaften, Gartenbau, Landschaftspflege sowie Vermessungswesen, aber auch im Bereich Sozialwesen zu konstatieren. Der relativ stärkste Zuwachs lag im Bereich Mathematik und im Wirtschaftsingenieurwesen, der absolut stärkste Anstieg in den Bereichen Maschinenbau, Verfahrenstechnik sowie Elektrotechnik vor. Auch in

---

7) Siehe Wissenschaftsrat: Fachstudierendauer an Fachhochschulen 1986, Köln, 1989, S. 5.

diesen Zeitreihen spiegeln sich die realisierten Ausbauvorhaben bzw. die Errichtung neuer Studiengänge an den Fachhochschulen wider.

Daß bei einer Darstellung der Studienanfängerzahlen darüber hinaus geschlechtsspezifische Besonderheiten zu beachten sind, macht Tabelle 6 deutlich. So ist die Anzahl der männlichen Studienanfänger von 1980 bis 1989 von 4 491 auf 7 100 und damit um 58 % gestiegen, während bei den Frauen eine Zunahme von 1 575 auf 2 398 und damit um 52 % zu erkennen ist.

Zwar ist der Frauenanteil bei den Studienanfängern insgesamt im betrachteten Zeitraum weitgehend konstant bei einem Viertel verblieben, die Quote schwankt jedoch erheblich zwischen den einzelnen Studienbereichen. Die relativ meisten weiblichen Studienanfänger sind mit über 70 % nach wie vor in den "typischen Frauendisziplinen" der Sprach- und Kulturwissenschaften, dem Sozialwesen sowie den Ernährungs- und Haushaltswissenschaften vertreten. Die geringste "Frauenquote" lag 1989 mit weniger als 10 % in den Studienbereichen Elektrotechnik und Bauingenieurwesen vor. Bei dem innerhalb der Ingenieurwissenschaften dominierenden Studienbereich Maschinenbau, Verfahrenstechnik ist dagegen der Anteil, der 1980 noch bei 7 % lag, auf immerhin 13 % angewachsen. Auffällig ist ferner, daß in den letzten Jahren die weiblichen Studienanfänger in sämtlichen Bereichen der Ingenieurwissenschaften etwas zugelegt haben.

Die Reihenfolge in der Besetzung der Studienbereiche hat sich bei den Männern seit 1980 nicht geändert. Die meisten Neueinschreibungen wurden stets im Bereich Maschinenbau, Verfahrenstechnik, gefolgt von Elektrotechnik und Wirtschaftswissenschaften registriert. Demgegenüber hat sich die Rangliste bei den weiblichen Studienanfängern im Zeitverlauf gewandelt. Die meisten Frauen haben sich 1989 im Bereich Wirtschaftswissenschaften eingeschrieben. An zweiter Stelle rangiert der Bereich Sozialwesen und dann bereits der Bereich Maschinenbau, Verfahrenstechnik. 1980 wurden dagegen im Bereich Sozialwesen die meisten weiblichen Studienan-

fänger gezählt, gefolgt von den Wirtschaftswissenschaften und dem Bereich Architektur, Innenarchitektur. Dies deutet auf eine gewachsene Attraktivität der technisch ausgerichteten Studiengänge an den Fachhochschulen für Frauen hin.

Der sich im Zeitverlauf bundesweit abzeichnende Trend zunehmender Studienanfängerzahlen geht nach Untersuchungen der HIS GmbH auf mehrere Ursachen zurück<sup>8</sup>. Entgegen früheren Erwartungen ist die Jahrgangsstärke der Studienberechtigten in den letzten Jahren bislang nur relativ wenig gesunken. Gleichzeitig hat sich die Studierneigung der Studienberechtigten erhöht. Von dieser Entwicklung wurden offensichtlich auch Studienberechtigte älterer Jahrgänge erfaßt, die ursprünglich keine Studierabsichten hatten. Weiterhin hat sich der Studienaufnahmetermin verzögert. Der Beginn des Studiums erfolgt in wachsenden Maße nicht mehr unmittelbar nach dem Schulabschluß, sondern durchschnittlich 2 - 3 Jahre später. Diese Studienanfänger rekrutieren sich teilweise noch aus den zahlenmäßig besonders stark besetzten Studienberechtigungsjahrgängen und drängen daher gleichsam kumuliert an die Hochschulen. Gründe für derartige "Verschleifungen" sind vor allem Wehr- und Zivildienst, Berufsausbildungen und Praktika sowie Auslandsaufenthalte.

Solche Erklärungsmuster sind keineswegs allein fachhochschulrelevant, sondern gelten für den gesamten Hochschulbereich. Die Entwicklung der Studienanfängerzahlen an den Fachhochschulen wird aber auch durch Faktoren geprägt, die nicht auf andere Hochschularten übertragbar sind. So wird immer wieder vermerkt, die Expansion an den Fachhochschulen sei zum großen Teil auf den seit Jahren anhaltenden starken Zulauf an Abiturienten zurückzuführen. Es bietet sich deshalb

---

8) Siehe dazu Lewin, K., Schacher, M.: Studienanfänger im Wintersemester 1988/89, in: HIS GmbH, Hochschulplanung 75, Hannover, 1989, S. 11ff.

Tabelle 4

**Studienanfänger im ersten Hochschulsesemester an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) in Baden-Württemberg seit dem Studienjahr 1980 nach Fächergruppen und Studienbereichen**

Fächergruppe Studienbereich	Studienanfänger im Studienjahr (Wintersemester + nachfolgendes Sommersemester)									
	1989	1988	1987	1986	1985	1984	1983	1982	1981	1980
<b>Sprach- und Kulturwissenschaften</b>	231	220	162	198	224	168	174	188	195	166
Evangelische Theologie	20	28	25	26	28	31	29	28	27	30
Katholische Theologie	28	28	28	27	27	29	32	31	29	28
Bibliothekswesen, Dokumentation, Publizistik	183	164	109	145	169	108	113	129	139	108
<b>Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften</b>	2 482	2 485	2 248	2 195	2 176	2 258	2 242	2 386	2 081	1 769
Sozialwesen	603	611	573	555	596	642	686	705	668	672
Wirtschaftswissenschaften	1 487	1 499	1 320	1 260	1 257	1 258	1 224	1 302	1 037	908
Wirtschaftsingenieurwesen	392	375	355	380	323	358	332	379	376	189
<b>Mathematik, Naturwissenschaften</b>	1 245	1 119	1 062	1 014	1 054	1 019	958	958	724	704
Mathematik	80	81	74	41	40	57	52	47	27	32
Informatik	893	793	745	733	749	682	655	668	461	503
Chemie	272	245	243	240	265	280	251	243	236	169
<b>Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften</b>	254	225	228	297	256	278	280	311	261	266
Agrarwissenschaften	89	83	73	106	92	106	112	107	97	107
Gartenbau, Landespflege	82	81	79	78	71	82	82	101	95	101
Ernährungs- und Haushaltswissenschaften	83	61	76	113	93	90	86	103	69	58
<b>Ingenieurwissenschaften</b>	5 004	4 686	4 427	4 377	4 242	4 560	4 566	4 252	3 563	2 974
Maschinenbau, Verfahrenstechnik	2 825	2 713	2 552	2 506	2 295	2 499	2 528	2 339	1 833	1 559
Elektrotechnik	1 283	1 103	1 086	1 036	985	1 021	1 030	879	794	641
Architektur, Innenarchitektur	350	334	359	326	351	385	396	423	409	339
Bauingenieurwesen	409	423	317	371	445	473	435	416	360	294
Vermessungswesen	137	113	113	138	166	182	177	195	167	141
<b>Kunst, Kunstwissenschaft</b>	282	285	292	274	257	252	170	173	144	187
<b>Insgesamt</b>	9 498	9 020	8 419	8 355	8 209	8 535	8 390	8 268	6 968	6 066

Tabelle 5

**Studienanfänger im ersten Hochschulsemester an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) in Baden-Württemberg seit dem Studienjahr 1980 nach Fächergruppen und Studienbereichen**  
**– 1980 = 100 –**

Fächergruppe Studienbereich	Studienanfänger im Studienjahr (Wintersemester + nachfolgendes Sommersemester)									
	1989	1988	1987	1986	1985	1984	1983	1982	1981	1980
Sprach- und Kulturwissenschaften	139	133	98	119	135	101	105	113	117	100
Evangelische Theologie	67	93	83	87	93	103	97	93	90	100
Katholische Theologie	100	100	100	96	96	104	114	111	104	100
Bibliothekswesen, Dokumentation, Publizistik	169	152	101	134	156	100	105	119	129	100
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	140	140	127	124	123	128	127	135	118	100
Sozialwesen	90	91	85	83	89	96	102	105	99	100
Wirtschaftswissenschaften	164	165	145	139	138	139	135	143	114	100
Wirtschaftsingenieurwesen	207	198	188	201	171	189	176	201	199	100
Mathematik, Naturwissenschaften	177	159	151	144	150	145	136	136	103	100
Mathematik	250	253	231	128	125	178	163	147	84	100
Informatik	178	158	148	146	149	136	130	133	92	100
Chemie	161	145	144	142	157	166	149	144	140	100
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	95	85	86	112	96	105	105	117	98	100
Agrarwissenschaften	83	78	68	99	86	99	105	100	91	100
Gartenbau, Landespflege	81	80	78	77	70	81	81	100	94	100
Ernährungs- und Haushaltswissenschaften	143	105	131	195	160	155	148	178	119	100
Ingenieurwissenschaften	168	158	149	147	143	153	154	143	120	100
Maschinenbau, Verfahrenstechnik	181	174	164	161	147	160	162	150	118	100
Elektrotechnik	200	172	169	162	154	159	161	137	124	100
Architektur, Innenarchitektur	103	99	106	96	104	114	117	125	121	100
Bauingenieurwesen	139	144	108	126	151	161	148	141	122	100
Vermessungswesen	97	80	80	98	118	129	126	138	118	100
Kunst, Kunstwissenschaft	151	152	156	147	137	135	91	93	77	100
Insgesamt	157	149	139	138	135	141	138	136	115	100

Tabelle 6

**Studienanfänger im ersten Hochschulseмester an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfach Studienbereichen und Geschlecht**

Fächergruppe Studienbereich	Studienanfänger im Studienjahr (Wintersemester + nachfolgendes Sommersemester)											
	1989			1988			1987			1986		
	männlich		weiblich	männlich		weiblich	männlich		weiblich	männlich		weiblich
	Anzahl		% <sup>1)</sup>	Anzahl		% <sup>1)</sup>	Anzahl		% <sup>1)</sup>	Anzahl		% <sup>1)</sup>
Sprach- und Kulturwissenschaften	25	206	89	23	197	90	33	129	80	32	166	84
Evangelische Theologie	5	15	75	7	21	75	7	18	72	7	19	73
Katholische Theologie	5	23	82	6	22	79	12	16	57	7	20	74
Bibliothekswesen, Dokumentation, Publizistik	15	168	92	10	154	94	14	95	87	18	127	88
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	1 442	1 040	42	1 429	1 056	42	1 277	971	43	1 237	958	44
Sozialwesen	173	430	71	179	432	71	171	402	70	168	387	70
Wirtschaftswissenschaften	954	533	36	926	573	38	807	513	39	754	506	40
Wirtschaftsingenieurwesen	315	77	20	324	51	14	299	56	16	315	65	17
Mathematik, Naturwissenschaften	984	261	21	854	265	24	807	255	24	785	229	23
Mathematik	51	29	36	49	32	40	48	26	35	27	14	34
Informatik	776	117	13	672	121	15	616	129	17	617	116	16
Chemie	157	115	42	133	112	46	143	100	41	141	99	41
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	134	120	47	122	103	46	113	115	50	145	152	51
Agrarwissenschaften	66	23	26	66	17	20	62	11	15	85	21	20
Gartenbau, Landespflege	45	37	45	47	34	42	38	41	52	38	40	51
Ernährungs- und Haushaltswissenschaften	23	60	72	9	52	85	13	63	83	22	91	81
Ingenieurwissenschaften	4 373	631	13	4 150	536	11	3 943	484	11	3 924	453	10
Maschinenbau, Verfahrenstechnik	2 446	379	13	2 387	326	12	2 288	264	10	2 267	239	10
Elektrotechnik	1 248	35	3	1 084	19	2	1 060	26	2	1 008	28	3
Architektur, Innenarchitektur	205	145	41	215	119	36	226	133	37	201	125	38
Bauingenieurwesen	372	37	9	388	35	8	290	27	9	345	26	7
Vermessungswesen	102	35	26	76	37	33	79	34	30	103	35	25
Kunst, Kunstwissenschaft	142	140	50	133	152	53	147	145	50	138	136	50
Insgesamt	7 100	2 398	25	6 711	2 309	26	6 320	2 099	25	6 261	2 094	25

1) Anteil der weiblichen Studienanfänger an der Gesamtzahl der Studienanfänger.

# hochschulen) in Baden-Württemberg seit dem Studienjahr 1980 nach Fächergruppen,

Studienanfänger im Studienjahr (Wintersemester + nachfolgendes Sommersemester)																	
1985			1984			1983			1982			1981			1980		
männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich	
Anzahl	% <sup>1)</sup>		Anzahl	% <sup>1)</sup>		Anzahl	% <sup>1)</sup>		Anzahl	% <sup>1)</sup>		Anzahl	% <sup>1)</sup>		Anzahl	% <sup>1)</sup>	
31	193	86	31	137	82	38	136	78	45	143	76	49	146	75	42	124	75
7	21	75	8	23	74	9	20	69	6	22	79	3	24	89	8	22	73
9	18	67	8	21	72	11	21	66	7	24	77	7	22	76	9	19	38
15	154	91	15	93	86	18	95	84	32	97	75	39	100	72	25	83	77
1 222	954	44	1 287	971	43	1 214	1 028	46	1 328	1 058	44	1 155	926	44	1 005	764	43
184	412	69	219	423	66	228	458	67	248	457	65	212	456	68	247	425	63
762	495	39	767	491	39	710	514	42	794	508	39	662	375	36	593	315	35
276	47	15	301	57	16	276	56	17	286	93	25	281	95	25	165	24	13
807	247	23	780	239	23	728	230	24	695	263	27	536	188	26	528	176	25
25	15	38	39	18	32	35	17	33	27	20	43	17	10	37	20	12	38
629	120	16	574	108	16	543	112	17	536	132	20	377	84	18	395	108	21
153	112	42	167	113	40	150	101	40	132	111	46	142	94	40	113	56	33
128	128	50	139	139	50	153	127	45	144	167	54	138	123	47	154	112	42
73	19	21	78	28	26	91	21	19	75	32	30	70	27	28	84	23	21
39	32	45	46	36	44	42	40	49	55	46	46	59	36	38	62	39	39
16	77	83	15	75	83	20	66	77	14	89	86	9	60	87	8	50	86
3 844	398	9	4 089	471	10	4 030	536	12	3 751	501	12	3 196	367	10	2 675	299	10
2 097	198	9	2 286	213	9	2 278	250	10	2 126	213	9	1 702	131	7	1 443	116	7
972	13	1	1 006	15	1	1 014	16	2	856	23	3	779	15	2	626	15	2
230	121	34	230	155	40	224	172	43	263	160	38	254	155	38	212	127	37
414	31	7	427	46	10	391	44	10	377	39	9	335	25	7	281	13	4
131	35	21	140	42	23	123	54	31	129	66	34	126	41	25	113	28	20
128	129	50	125	127	50	75	95	56	77	96	55	57	87	60	87	100	53
6 160	2 049	25	6 451	2 084	24	6 238	2 152	26	6 040	2 228	27	5 131	1 837	26	4 491	1 575	26

Tabelle 7

**Studienanfänger im ersten Hochschulsemester an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) in Baden-Württemberg seit dem Studienjahr 1982 nach Art der Hochschulzugangsberechtigung und Geschlecht**

Hochschulzugangsberechtigung Geschlecht	Studienanfänger im Studienjahr (Wintersemester + nachfolgendes Sommersemester)															
	1989		1988		1987		1986		1985		1984		1983		1982	
	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>
Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife																
Zusammen	6 315	66	6 432	71	6 013	71	5 930	71	5 786	70	5 683	67	5 600	67	5 252	64
männlich	4 464	63	4 532	67	4 286	68	4 191	67	4 119	67	4 094	63	3 931	63	3 633	60
weiblich	1 851	77	1 900	82	1 727	82	1 739	83	1 667	81	1 589	76	1 669	78	1 619	73
Fachhochschulreife																
Zusammen	3 119	33	2 507	28	2 303	27	2 264	27	2 303	28	2 599	30	2 550	30	2 820	34
männlich	2 590	36	2 124	32	1 952	31	1 942	31	1 952	32	2 180	34	2 120	34	2 272	38
weiblich	529	22	383	17	351	17	322	15	351	17	419	20	430	20	548	25
Sonstige Hochschulreife																
Zusammen	64	1	81	1	103	2	161	2	120	2	253	3	240	3	196	2
männlich	46	1	55	1	82	1	128	2	89	1	177	3	187	3	135	2
weiblich	18	1	26	1	21	1	33	2	31	2	76	4	53	2	61	2
Insgesamt																
Insgesamt	9 498	100	9 020	100	8 419	100	8 355	100	8 209	100	8 535	100	8 390	100	8 268	100
männlich	7 100	100	6 711	100	6 320	100	6 261	100	6 160	100	6 451	100	6 238	100	6 040	100
weiblich	2 398	100	2 309	100	2 099	100	2 094	100	2 049	100	2 084	100	2 152	100	2 228	100

1) Anteil an der jeweiligen Insgesamt-Zeile.

an, in einem weiteren Analyseschritt die Vorbildungsstruktur der Studienanfänger an Fachhochschulen zu beleuchten.

Zwei Drittel der Studienanfänger an Fachhochschulen haben Abitur

Die Analyse der Vorbildungsstruktur der Studienanfänger an den baden-württembergischen Fachhochschulen seit dem Studienjahr 1982<sup>9</sup> in Tabelle 7 läßt einen leicht bogenförmigen Verlauf des Abiturientenanteils bzw. einen leicht u-förmigen Verlauf des Anteils der Neuimmatrikulierten mit Fachhochschulreife

erkennen. Von 9 488 Studienanfängern im Studienjahr 1989 besaßen 6 315 und damit 66 % die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil um 5 Prozentpunkte gesunken, nachdem er von 1982 bis 1986 von 64 % auf 71 % angewachsen war.

Die keineswegs permanent steigende, sondern vielmehr leicht bogenförmige Entwicklung des Abiturientenanteils von 1982 bis 1989 tritt bei einer geschlechtsspezifischen Aufgliederung noch deutlicher hervor. So zeigt Schaubild 3, daß der höchste Anteil bei den Männern im Studienjahr 1987 und bei den Frauen im Studienjahr 1986 zu verzeichnen war. Diese Aufgliederung macht zudem auf eine weitere Ungleichheit aufmerksam. Offensichtlich liegt bei den weiblichen Studienanfängern der Abiturientenanteil mit bis zu 83 % er-

9) Für die Studienjahre 1980 und 1981 liegen die entsprechenden Zahlenwerte in der erforderlichen Aufgliederung nicht vor.

heblich über der entsprechenden Quote bei den Männern, die dort höchstens 68 % erreicht.

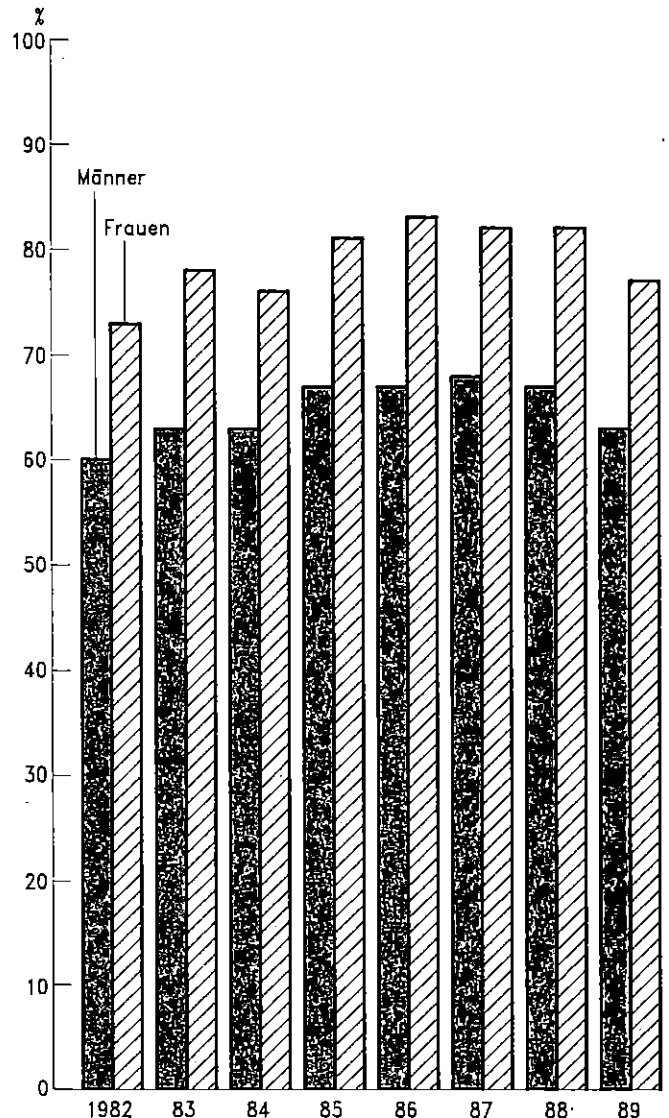
Solche Zeitreihen lassen indessen nur beschränkte Rückschlüsse auf möglicherweise gewandelte Präferenzen der Abiturienten bei ihrer Studienwahl zu. Der Anteil der Abiturienten an den jeweiligen Geburtsjahrgängen ist im letzten Jahrzehnt nämlich deutlich angestiegen. So hatten 1988 fast 25 % der 18- bis unter 21jährigen in Baden-Württemberg die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife erworben, 1980 dagegen erst etwa 18 %, womit der demographisch bedingte Rückgang bei den Schülerzahlen zum Teil mehr als überkompensiert wurde. Gleichzeitig hat sich aber auch das Potential von Abiturienten, die ein Fachhochschulstudium präferieren, erhöht. Dies läßt sich mit einem Ansteigen des Anteils von Abiturienten erklären, die nach dem Abschluß der Schule eine Berufsausbildung durchlaufen haben. Gerade diese Abiturienten werden häufig ein Fachhochschulstudium wählen.

Obwohl sich somit das Fachhochschulstudium zu einer unverkennbaren Konkurrenz zum Universitätsstudium entwickelt hat, ist der Abiturientenanteil der Studienanfänger an den Fachhochschulen in den letzten beiden Jahren wieder etwas gesunken. Dies deutet nach Auffassung der HIS-GmbH möglicherweise auf eine "teilweise Umorientierung" der Abiturienten von der Fachhochschule zur Universität hin. Dabei sei allerdings zu bedenken, daß der Zugang zum Fachhochschulstudium auch für Abiturienten keineswegs frei wählbar ist. Vielmehr sei festzustellen, "daß an einzelnen Fachhochschulen zensurenbedingte Zulassungshürden durchaus höher sein können als in vergleichbaren Fächern an Universitäten"<sup>10</sup>.

Damit wird erneut der Blick auf die zentrale Bedeutung der Zulassungsbeschränkungen an den baden-württembergischen Fachhochschulen gelenkt,

Schaubild 3

Anteil der Studienanfänger im ersten Hochschulsemester mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife an allen Studienanfängern im ersten Hochschulsemester an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) in Baden-Württemberg seit dem Studienjahr 1982 nach Geschlecht



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

292 90

wenn die strukturelle Entwicklung der Studienanfängerzahlen beurteilt werden soll. Eine solche Analyse kann sich schwerlich auf einzelne Hochschulen beschränken, sondern sie hat auf der Ebene der jeweiligen Fächergruppen oder Studienbereiche anzusetzen.

10) Lewin, K., Schacher, M.: a.a.O., S. 71.



## Nahezu vollständiger Numerus clausus

An den Fachhochschulen Baden-Württembergs war insbesondere in der ersten Hälfte der 80er Jahre eine sukzessive Einführung von Zulassungssbeschränkungen zu beobachten. Inzwischen besteht ein fast vollständiger Numerus clausus. Um diese Entwicklung der Zulassungssituation näher beschreiben zu können, bietet es sich an, eine Bewerber/Studienanfänger-Relation zu konstruieren, die darüber informiert, wie viele Bewerber um einen Studienplatz konkurrieren.

Die derart ermittelten Kennziffern in Tabelle 8<sup>11</sup> lassen auf eine sich weiter verschärfende Zulassungssituation schließen. Da sich die in einem Semester abgewiesenen Studienplatzbewerber möglicherweise in dem darauf folgenden Semester erneut bewerben werden, wurde in dieser Tabelle nicht auf ein Studienjahr, sondern auf das jeweilige Wintersemester abgestellt. Zudem wurde bei dieser Betrachtung mit Blick auf die Kapazitätsauslastung nicht mehr auf die Studenten im ersten Hochschulsemerster Bezug genommen. Vielmehr wurden hier die Studenten im ersten Fachsemester erfaßt, um auch Studienwechsler und Studenten, die bereits ein Studium absolviert haben, berücksichtigen zu können. Hier wird sichtbar, daß im Landesdurchschnitt im Wintersemester 1989/90 auf einen Studienplatz 7,3 Bewerber im Vergleich zu 5,3 Bewerbern im Wintersemester 1986/87 kamen. Diese Kennziffern unterstreichen nochmals, warum die Zunahme bei den Studienanfängerzahlen fast ausschließlich auf den Ausbau bestehender Studiengänge oder auf die Errichtung neuer Studiengänge zurückzuführen ist.

Da das Fächerangebot an den Fachhochschulen Baden-Württembergs durch eine Reihe von Spezialstudiengängen geprägt

wird, hätte eine detaillierte Analyse der Bewerber/Studienanfänger-Relationen eine Aufgliederung bis auf die Ebene der einzelnen Studienfächer und der einzelnen Fachhochschulen zur Voraussetzung. Aber auch bei der zu Fächergruppen und Studienbereichen aggregierten Betrachtung in Tabelle 8 werden erhebliche fachspezifische Unterschiede sichtbar. So ergaben sich im Wintersemester 1989/90 die höchsten Bewerber/Studienanfänger-Relationen in den Studienbereichen Gartenbau, Landschaftspflege mit einer Ziffer von 14,4, im Wirtschaftsingenieurwesen mit 10,8 und im Bereich Wirtschaftswissenschaften mit 10,4. Die geringsten Bewerberüberhänge lagen in den Studienbereichen Agrarwissenschaften mit 1,2, Vermessungswesen mit 1,4 und im Bereich Bibliothekswesen, Dokumentation, Publizistik mit 2,4 Bewerbern je Studienplatz vor. Diese Relationen haben sich in den letzten Jahren kaum verändert. Lediglich im Wirtschaftsingenieurwesen ist eine deutliche Steigerung von 5,8 auf 10,8 und im Bereich Agrarwissenschaften eine signifikante Abnahme von 5,1 auf 1,2 Bewerber je Studienplatz eingetreten.

Die Obergrenzen der Studienanfängerzahlen in den einzelnen Studiengängen an den baden-württembergischen Fachhochschulen werden über die Festsetzung von Zulassungszahlen durch Verordnung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst geregelt. Auf der Basis dieser Zulassungszahlen werden von den jeweiligen Hochschulen örtliche Auswahlverfahren nach allerdings einheitlichen Vergabekriterien durchgeführt. Maßgebend für die Zulassung der Bewerber sind die Wartezeit zwischen dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und dem angestrebten Studienbeginn sowie die Durchschnittsnote, wobei vielfach Notenanforderungen von 2,0 und besser verlangt werden.

Von einem zentralen landesweiten Vergabeverfahren wurde bislang abgesehen, weil davon ausgegangen wird, "daß sich die Studiengänge auch bei gleicher Bezeichnung an den einzelnen Fachhochschulen oft erheblich voneinander unterscheiden und daß die Bewerber häufiger als bei den Universitäten örtlich an eine bestimmte Fach-

---

11) Der verfügbare Datenbestand erlaubt hier keinen Rückblick bis zum Wintersemester 1980/81.

Tabelle 8

**Bewerber/Studienanfänger-Relation an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) in Baden-Württemberg seit dem Wintersemester 1986/87 nach Fächergruppen und Studienbereichen**

Fächergruppe Studienbereich	Bewerber im Wintersemester				Studienanfänger im ersten Fachsemester				Bewerber/ Studienanfänger-Relation			
	1989/90	1988/89	1987/88	1986/87	1989/90	1988/89	1987/88	1986/87	1989/90	1988/89	1987/88	1986/87
Sprach- und Kulturwissenschaften	723	742	827	871	275	294	239	220	2,6	2,5	3,5	4,0
Evangelische Theologie	100	101	132	141	26	25	—	26	3,8	4,0	—	5,4
Katholische Theologie	73	89	108	115	24	30	31	30	3,0	3,0	3,5	3,8
Bibliothekswesen, Dokumenta- tion, Publizistik	550	552	587	615	225	239	28	164	2,4	2,3	2,8	3,8
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	19 055	16 009	14 871	12 313	2 069	2 190	1 907	1 872	9,2	7,3	7,8	6,6
Sozialwesen	4 481	4 055	3 557	3 528	681	708	561	620	6,6	5,7	6,3	5,7
Wirtschaftswissenschaften	10 524	8 807	8 919	7 010	1 013	1 015	996	944	10,4	8,7	9,0	7,4
Wirtschaftsingenieurwesen	4 050	3 147	2 395	1 775	375	467	350	308	10,8	6,7	6,8	5,8
Mathematik, Naturwissenschaften	6 370	4 789	4 342	3 521	880	863	792	745	7,2	5,5	5,5	4,7
Mathematik	220	169	122	118	71	64	69	58	3,1	2,6	1,8	2,0
Informatik	4 667	3 450	3 001	2 304	561	573	524	492	8,3	6,0	5,7	4,7
Chemie	1 483	1 170	1 219	1 099	248	226	199	195	6,0	5,2	6,1	5,6
Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissenschaften	1 106	1 023	1 092	1 057	243	189	167	149	4,6	5,4	6,5	7,1
Agrarwissenschaften	139	132	183	257	119	76	63	50	1,2	1,7	2,9	5,1
Gartenbau, Landespflege	735	711	693	595	51	48	50	45	14,4	14,8	13,9	13,2
Ernährungs- und Haus- haltungswissenschaften	232	180	216	205	73	65	54	54	3,2	2,8	4,0	3,8
Ingenieurwissenschaften	21 539	17 678	15 525	12 688	3 140	3 028	2 947	2 721	6,9	5,8	5,3	4,7
Maschinenbau, Verfahrens- technik	13 860	11 291	10 088	7 871	1 748	1 699	1 668	1 508	7,9	6,6	6,0	5,2
Elektrotechnik	5 262	4 635	3 930	3 311	771	743	689	663	6,8	6,2	5,7	5,0
Architektur, Innenarchitektur	1 345	901	718	708	198	200	194	194	6,8	4,5	3,7	3,6
Bauingenieurwesen	913	735	686	684	313	293	321	265	2,9	2,5	2,1	2,6
Vermessungswesen	159	116	103	114	110	93	75	91	1,4	1,2	1,4	1,3
Kunst, Kunstwissenschaft	1 143	986	1 022	900	225	186	199	195	5,1	5,3	5,1	4,6
Insgesamt	49 936	41 227	37 679	31 350	6 832	6 750	6 251	5 902	7,3	6,1	6,0	5,3

hochschule gebunden sind"<sup>12</sup>. Dies hat jedoch eine nicht genau zu erfassende Anzahl von Doppelbewerbern zur Folge.

Je mehr Doppelbewerbungen vorliegen, desto höher ist die Bewerber/Studienanfänger-Relation. Eine Gegenüberstellung mit vergleichbaren Universitätsstudiengängen, die dem Vergabeverfahren der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen unterliegen, spricht indessen dafür, daß die sog. "Annahmekoten", also die durchschnittlichen Zulassungen je tatsächlicher Einschreibung, an den Fachhochschulen nicht wesentlich ungünstiger sind. Nach Einschätzung des Wissenschaftsrates läßt sich somit für die Fachhochschulen in Baden-Württemberg "nicht auf eine übergroße Zahl von Doppelbewerbungen schließen"<sup>13</sup>. Deshalb dürften die in Tabelle 8 beschriebenen mitunter sehr hohen Bewerberüberhänge zum großen Teil als tatsächliches Nachfragepotential zu interpretieren sein.

#### Nicht alle Fachhochschulstudenten beenden das Studium

Um sich abzeichnende Trends im Fachhochschulbereich beleuchten zu können, wird es erforderlich, in die Betrachtung der strukturellen Entwicklung neben der Anzahl der Studenten und der Studienanfänger bzw. der Studienplatzbewerber auch die der Absolventen miteinzubeziehen. Dies ergibt sich zum einen aus der unmittelbaren Relevanz solcher Zahlen für arbeitsmarktpolitische Aspekte und zum anderen daraus, daß auch an den Fachhochschulen nicht alle Studenten ihr Studium erfolgreich beenden. So ist ermittelt worden, daß die durchschnittlichen Erfolgsquoten bei den Examen an den Universitäten und

an den Fachhochschulen etwa gleich bei 92 % bzw. bei 93 % liegen<sup>14</sup>.

Trotz vorhandener "Sickerverluste" weicht die Reihenfolge in der Besetzung der Studienbereiche zwischen Studienanfängern und Absolventen nicht voneinander ab. Wie Tabelle 9 zu entnehmen ist, haben im Studienjahr 1989 die meisten Fachhochschulstudenten ihr Studium in den Bereichen Maschinenbau und Verfahrenstechnik, Elektrotechnik sowie Wirtschaftswissenschaften erfolgreich abgeschlossen. Die wenigsten Absolventen wurden dagegen in den beiden theologischen Disziplinen und im Bereich Mathematik gezählt. Damit kommt die Entwicklung der Absolvtenzenzahlen dem Bedarfsspektrum am Arbeitsmarkt in weiten Teilen entgegen.

#### Meist sehr gute Berufsaussichten für Fachhochschulabsolventen

Der konjunkturelle Aufwärtstrend und die strukturellen Änderungsprozesse haben in den letzten Jahren zu einer steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften mit Fachhochschulausbildung geführt. Insbesondere die Absolventen der technischen und betriebswirtschaftlichen Studiengänge, die seit jeher überwiegend in die private Wirtschaft gehen, fanden eine meist günstige Stellensituation vor. Darin kommt der sich in fast allen Sektoren beschleunigende technische Fortschritt zum Ausdruck, der in zunehmendem Maße einen Einsatz hochqualifizierter Arbeitskräfte nach sich zieht.

Dies erklärt, warum nach den Ergebnissen der Studie "Regionaler Bildungsauftrag der Fachhochschulen"<sup>15</sup> die be-

---

12) Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg: Studienplatzangebot an den Fachhochschulen, Stellungnahme, in: Landtagsdrucksache 8/4254 vom 13.09.83, S. 2.

13) Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Ausbau der Fachhochschulen in Baden-Württemberg, a.a.O., S. 8.

---

14) Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 2010, Dokumentation Nr. 106, Bonn, 1989, S. 59.

15) Siehe Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg (Hrsg.): Regionaler Bildungsauftrag der Fachhochschulen, a.a.O., S. 45.

Tabelle 9

**Absolventen an Fachhochschulen (ohne Kurzstudiengänge und ohne Verwaltungsfachhochschulen) in Baden-Württemberg seit dem Studienjahr 1980 nach Fächergruppen und Studienbereichen**

Fächergruppe Studienbereich	Absolventen im Studienjahr (Wintersemester + nachfolgendes Sommersemester)									
	1989	1988	1987	1986	1985	1984	1983	1982	1981	1980
<b>Sprach- und Kulturwissenschaften</b>	243	266	134	183	185	177	188	143	151	151
Evangelische Theologie	18	27	25	33	23	31	24	19	16	20
Katholische Theologie	24	29	25	20	28	27	30	20	30	29
Bibliothekswesen, Dokumenta- tion, Publizistik	201	210	84	130	134	119	134	104	105	102
<b>Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften</b>	2 173	2 165	2 052	1 969	1 851	1 643	1 616	1 425	1 242	1 110
Sozialwesen	670	677	629	735	635	684	737	708	598	513
Wirtschaftswissenschaften	1 164	1 155	1 128	927	929	737	679	533	451	447
Wirtschaftsingenieurwesen	339	333	295	307	287	222	200	184	193	150
<b>Mathematik, Naturwissenschaften</b>	707	647	633	593	567	478	405	381	402	404
Mathematik	39	33	34	20	26	32	18	23	20	25
Informatik	517	469	450	416	395	340	264	247	246	270
Chemie	151	145	149	157	146	106	123	111	136	109
<b>Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissenschaften</b>	225	204	213	218	224	207	200	137	163	124
Agrarwissenschaften	107	98	98	95	119	91	93	65	88	56
Gartenbau, Landespflege	64	65	74	83	76	89	75	54	50	44
Ernährungs- und Haus- haltungswissenschaften	54	41	41	40	29	27	32	18	25	24
<b>Ingenieurwissenschaften</b>	3 657	3 556	3 513	3 213	2 986	2 627	2 237	2 289	2 318	2 408
Maschinenbau, Verfahrens- technik	2 068	2 002	1 939	1 806	1 575	1 388	1 241	1 228	1 237	1 269
Elektrotechnik	822	748	804	694	672	548	500	535	528	548
Architektur, Innenarchitektur	351	320	375	367	339	330	205	191	176	215
Bauingenieurwesen	339	380	309	250	298	273	209	231	238	243
Vermessungswesen	77	106	86	96	102	88	82	104	139	133
<b>Kunst, Kunstwissenschaft</b>	297	277	205	207	156	139	141	134	132	120
<b>Insgesamt</b>	<b>7 302</b>	<b>7 115</b>	<b>6 750</b>	<b>6 383</b>	<b>5 969</b>	<b>5 271</b>	<b>4 787</b>	<b>4 509</b>	<b>4 408</b>	<b>4 317</b>

fragten baden-württembergischen Unternehmen einen wachsenden Bedarf an Fachhochschulabsolventen erwarten. Bei den Informatikern prognostizierten 79 % der Firmen einen stark oder schwach steigenden Bedarf, bei den Ingenieuren 71 %, bei den Wirtschaftsingenieuren 53 % und bei den Betriebswirten 45 %.

Derart positive Beschäftigungsperspektiven werden durch die "Arbeitsmarktbeobachtungen der Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte" der Bundesanstalt für Arbeit<sup>16</sup> untermauert. Danach besitzen die Ingenieure - mit Ausnahme der Vermessungsingenieure - das größte Marktpotential. Gerade in den ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen werden offensichtlich die Absolventen von Fachhochschulen jenen von Universitäten häufig vorgezogen. Zu den gefragtesten Personen gehören gegenwärtig Maschinenbau- und Elektroingenieure. Aber auch Betriebswirten, Mathematikern, Informatikern und Chemikern stehen vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten offen. Nach wie vor schwierig gestaltet sich demgegenüber der Arbeitsmarkt für geisteswissenschaftliche, sozialwissenschaftliche und sozialpflegerische Berufe, für Absolventen der Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften sowie für Berufe im gestalterischen Bereich, die in der Vergangenheit vor allem von staatlicher Seite nachgefragt wurden. Das künftige Stellenangebot für Studienabgänger aus diesen Bereichen ist daher größtenteils von politischen Entscheidungen abhängig. Ohnehin werden aber solche Studiengänge nur relativ gering belegt, so daß derzeit etwa 80 % der Absolventen von baden-württembergischen Fachhochschulen mit meist sehr guten Berufsaussichten rechnen können.

### Künftige Entwicklung

Als Folge der demographischen Entwicklung ist in den nächsten Jahren zwar ein allmählicher Rückgang bei den Studienberechtigtenzahlen zu erwarten.

Dieser Trend wird aber möglicherweise erneut durch das veränderte Bildungsverhalten kompensiert oder gar überkompensiert. Darüber hinaus wird auch die Öffnung der Grenzen in Mittel- und Osteuropa die künftige Entwicklung der Studienanfängerzahlen nicht unberührt lassen.

Deshalb werden sich an den baden-württembergischen Fachhochschulen selbst rückläufige Jahrgangsstärken der Schulabgänger mit Studienberechtigung vermutlich noch keineswegs in einer wesentlichen Entspannung bei der Knappheit der Studienplätze niederschlagen. Die hohe Attraktivität, die die Studienplätze bundesweit genießen, sowie die offensichtlich gewachsene Berufsorientierung der Abiturienten sprechen dafür, daß der nahezu flächendeckende Numerus clausus an den Fachhochschulen noch lange Jahre bestehen bleiben wird. Hier führt somit ein Rückgang in der Anzahl der Studienberechtigten zunächst höchstens zu einer Minderung in der Anzahl der abgewiesenen Bewerber, nicht aber der Studienanfänger. Deshalb erübrigt es sich, in einer perspektivischen Betrachtung statistische Prognosemodelle zu konstruieren. Wegen der teilweise extrem hohen Bewerberüberhänge werden Veränderungen der Studentenzahlen an den Fachhochschulen auf absehbare Zeit fast ausschließlich durch politische Entscheidungen über den weiteren Ausbau des Studienangebots bestimmt sein.

In der Vergangenheit wurde bereits mehrfach von sachkundigen Stellen auf den unverkennbaren Bedarf an der Erweiterung bestehender sowie an der Errichtung neuer Studiengänge hingewiesen. Unmittelbare Aktualität kommt den Empfehlungen zur fachlichen und strukturellen Weiterentwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren zu, die die von der Landesregierung eingesetzte Kommission "Fachhochschule 2000" erarbeitet hat. Kernstück des im Februar 1990 vorgelegten umfangreichen Abschlußberichts<sup>17</sup> ist eine Auflistung von

---

16) Siehe Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 5, 1989, S. 711ff.

---

17) Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg (Hrsg.): Kommission Fachhochschule 2000, Abschlußbericht, Stuttgart 1990.

Vorschlägen zur Erweiterung des Studienangebots auf der Ebene der einzelnen Fachhochschulen. Hierbei wird die jetzt realisierte regionale Verteilung der Standorte für ausreichend erachtet, weshalb sich der Ausbau auf die bestehenden Einrichtungen beschränken sollte.

Dieses Plädoyer deckt sich mit dem Votum des Wissenschaftsrates, der "die Absicht des Landes, die Kapazitäten der Fachhochschulen in ausgewählten Studiengängen zu erweitern, sowohl aus Gründen des Arbeitsmarktes als auch aus Gründen der Bewerbernachfrage für vernünftig (hält)"<sup>18</sup>. Eine solche Einschätzung wird durch eine statistisch-prognostische Betrachtung über die Entwicklung der Studentenzahlen an den Fachhochschulen Baden-Württembergs unterstützt.

### Zusammenfassung

- Mit einem neuen Höchststand von 42 238 Immatrikulierten studieren gegenwärtig etwa 20 % aller an den baden-württembergischen Hochschulen eingeschriebenen Studenten an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen).
- Das Ausbildungskonzept der Fachhochschulen wird den Bedürfnissen der Industrie nach möglichst praxisnaher Ausbildung gerecht und von den Unternehmen positiv beurteilt.

---

18) Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Ausbau der Fachhochschulen in Baden-Württemberg, a.a.O., S. 38.

- In den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen ist etwa die Hälfte aller Fachhochschulstudenten eingeschrieben.
- In den technischen Studiengängen ist der Anteil der weiblichen Studienanfänger zwar nach wie vor gering, er ist aber im Zeitverlauf durchgängig gestiegen.
- Der Anteil der Abiturienten unter den Studienanfängern ist in den letzten Jahren etwas gesunken; er liegt bei den Männern aber immer noch über 60 % und erreicht bei den Frauen fast 80 %.
- An den Fachhochschulen Baden-Württembergs besteht ein nahezu flächendeckender Numerus clausus. Die Relationen zwischen der Anzahl der Studienplatzbewerber und der Anzahl der zugelassenen Studienanfänger schwankt gegenwärtig zwischen 1,2 und 14,4.
- Die Examenserfolgsquoten liegen an den Fachhochschulen genauso wie an den Universitäten bei über 90 %.
- Vor allem die Absolventen der technischen und betriebswirtschaftlichen Studiengänge finden meist sehr gute Beschäftigungsmöglichkeiten vor.
- Es ist nicht zu erwarten, daß der Zustrom zu den baden-württembergischen Fachhochschulen auf absehbare Zeit wesentlich abnimmt. Die künftige Entwicklung der Anzahl der Studenten an den Fachhochschulen wird daher in erster Linie von politischen Entscheidungen über Ausbaumaßnahmen abhängig sein.

1. The first part of the paper discusses the importance of the study of the history of the United States. It is argued that the study of history is essential for a full understanding of the present and for the development of a sense of national identity.

2. The second part of the paper discusses the role of the federal government in the development of the United States. It is argued that the federal government has played a central role in the development of the country, and that its actions have shaped the nation's history.

3. The third part of the paper discusses the role of the states in the development of the United States. It is argued that the states have played a central role in the development of the country, and that their actions have shaped the nation's history.

4. The fourth part of the paper discusses the role of the people in the development of the United States. It is argued that the people have played a central role in the development of the country, and that their actions have shaped the nation's history.

5. The fifth part of the paper discusses the role of the future in the development of the United States. It is argued that the future is a time of great opportunity, and that the actions of the present will shape the nation's future.

## 2. Entwicklungsaspekte des Tertiären Sektors

### 2.1 Moderne Dienstleistungen

#### – Neue Märkte und Beschäftigungsformen–

#### WARUM WÄCHST DER TERTIÄRE SEKTOR? \*

Die zunehmende volkswirtschaftliche Bedeutung des Dienstleistungssektors gehört zu den zentralen strukturpolitischen Themen unserer Zeit. Insbesondere seit Anfang der 70er Jahre haben sich sowohl die Wirtschaftsstruktur als auch Art und Umfang der Beschäftigung in Baden-Württemberg – wie auch im Bundesgebiet – tiefgreifend zugunsten der Dienstleistungen verändert. Allerdings verbirgt sich hinter diesem allgemeinen Trend zur Dienstleistungsgesellschaft ein differenzierter ökonomischer Wandlungsprozeß, der sich in erheblichen Wachstumsunterschieden zwischen einzelnen Dienstleistungsbereichen niederschlägt.

Aus theoretischer Sicht wurde traditionell die private Nachfrage nach Dienstleistungen als entscheidende Determinante für das Wachstum des tertiären Sektors angesehen<sup>1</sup>. Dabei wurde allerdings übersehen, daß die Inanspruchnahme zahlreicher verbraucherbezogener Dienstleistungen (z.B. Wäscherei, Personenbeförderung ect.) erheblich teurer als der Kauf komplementärer Produkte (z.B. Waschmaschine, Pkw ect.) sein kann. Somit ergaben sich vielmehr

Substitutionsprozesse zugunsten des Produzierenden Sektors, die einer Ausdehnung des Dienstleistungsbereichs entgegenwirkten. Darüber hinaus begünstigte die im Zuge der Arbeitszeitverkürzung gestiegene Freizeit eine starke Expansion der privaten Selbstversorgungswirtschaft ("Do-it-your-

- 1 Theoretische Erklärungsansätze für den "Trend zur Dienstleistungsgesellschaft" basieren auf der von Fisher (1939), Clark (1940) und Fourastié (1949) entwickelten Drei-Sektoren-Hyphothese. Im langfristigen Wachstumsprozeß drängt zunächst der sekundäre Sektor den Anteil des primären Sektors zurück, und anschließend schrumpft der Anteil des sekundären Sektors zugunsten einer Expansion des tertiären Sektors. Gemäß der Drei-Sektoren-Hyphothese wird die relative Bedeutung der einzelnen Sektoren dabei in erster Linie von der Höhe des Pro-Kopf-Einkommens determiniert. Mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen verlagert sich die Nachfrage der privaten Haushalte nach Gütern aus den primären und sekundären Produktionsbereichen hin zu Leistungen des tertiären Sektors. Der nachfragebedingte Wandel wird von einer Strukturverschiebung in der Beschäftigung begleitet. Die aufgrund mittlerer und hoher Produktivitätsfortschritte im primären und sekundären Sektor freigesetzten Arbeitskräfte können – so die Hypothese – im produktivitätsschwachen tertiären Sektor aufgenommen werden.

---

\* In der vorliegenden Arbeit wurden die traditionellen Unternehmensdienstleistungen wie z.B. Distributions- und Finanzierungsdienste nicht in die Untersuchung einbezogen.



self") sowie verstärkte Aktivitäten im Bereich der illegalen "Schattenwirtschaft" <sup>2</sup>.

Die entscheidenden Wachstumsimpulse erhielten die für den Markt bestimmten Dienstleistungen eher aufgrund der steigenden Nachfrage aus dem Unternehmenssektor (intermediäre Nachfrage) <sup>3</sup>. Diese unternehmensorientierten Dienstleistungen stehen deshalb im Mittelpunkt dieser Untersuchung. Die ständig fortschreitende Arbeitsteilung in entwickelten Industrienationen führt zu einer Spezialisierung der Unternehmen, die sich zum Teil auch in Form von Auslagerungen einzelner Leistungen aus den Produktionsbetrieben ("spin-off" oder "outsourcing") niederschlägt. Für ein Unternehmen ist der Bezug einer bestimmten Dienstleistung häufig kostengünstiger als die unternehmensinterne Bereitstellung einer vergleichbaren Leistung. Gleichmaßen resultiert in Verbindung mit den vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von modernen Informationstechnologien ein steigendes Angebot innovativer unternehmensbezogener Dienstleistungen (z.B. Datenbankdienste, audio-visuelle Dienste ect.), das die Wachstumsdynamik der Dienst-

leistungsanbieter zusätzlich erhöht. Allerdings wird die strukturelle Entwicklung nicht nur vom Wandel zwischen den einzelnen Branchen (intersektoraler Wandel) bestimmt, sondern auch von Umstrukturierungsprozessen innerhalb der Unternehmen selbst - insbesondere des Produzierenden Gewerbes - (intra-sektoraler Wandel), die zu einem steigenden Einsatz unternehmensinterner Dienstleistungen ("Tertiarisierung") führen.

## PROBLEME DER DATENGEWINNUNG BEI DIENSTLEISTUNGEN

Der zunehmende volkswirtschaftliche Stellenwert des tertiären Sektors konfrontiert auch die amtliche Statistik mit neuen Aufgaben. Um aussagekräftige Daten über das Ausmaß und die Entwicklung von Dienstleistungen bereitstellen zu können, ist eine geeignete Abgrenzung und Erfassung des tertiären Sektors notwendig.

Im Rahmen der amtlichen Statistik wird eine Einteilung der Sektoren einer Volkswirtschaft entsprechend der institutionell ausgerichteten Wirtschaftszweigsystematik vorgenommen:

- primärer Sektor: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- sekundärer Sektor: Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe
- tertiärer Sektor: Dienstleistungen.

Dabei stellen die Dienstleistungen einen sehr heterogen zusammengesetzten Bereich dar. Neben dem Handel, dem Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, den Kreditinstituten und Versicherungen sowie den Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen umfaßt der tertiäre Sektor auch die Organisationen ohne Erwerbszweck, die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Während einzelne traditionelle Dienstleistungen (z.B. Handel, Gastgewerbe ect.) in ausreichendem Maße statistisch erfaßt werden, bestehen vor allem im Bereich der modernen Dienstleistungsbranchen (z.B. Datenverarbeitung, Leasing ect.) erhebliche Informationsdefizite.

---

2 Ebenso kann die steigende Sachgüternachfrage aber auch einen entsprechenden Bedarf an komplementären Dienstleistungen (Reparatur, Wartung und andere Serviceleistungen) induzieren. Darüber hinaus wirkt sich der Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen positiv auf die Nachfrage nach Dienstleistungen aus, da mit höherem Familieneinkommen und verminderter Freizeit im allgemeinen eine erhöhte Wertschätzung von Dienstleistungen einhergeht. Damit ist die Wirkung der Haushaltsnachfrage auf das Wachstum des Dienstleistungssektors nicht eindeutig bestimmbar.

3 Vgl. beispielsweise Ochel, Wolfgang und Schreyer, Paul: Beschäftigungsentwicklung im Bereich der privaten Dienstleistungen, Berlin/München 1988, S. 120ff.

Erkenntnisse über strukturelle Veränderungen und über die zunehmende Bedeutung des tertiären Sektors können angesichts des Fehlens einer übergreifenden Dienstleistungsstatistik zur Zeit nur aus den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen<sup>4</sup> sowie der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählungen<sup>5</sup> abgeleitet werden. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden auf der Grundlage aller relevanten wirtschafts- und finanzstatistischen Daten aufgestellt. Entscheidende Größe zur Beschreibung des wirtschaftlichen Geschehens ist hier die Bruttowertschöpfung. Die Ergebnisse werden für wirtschaftliche Einheiten (Unternehmen) nachgewiesen, die nach den Schwerpunkten ihrer Tätigkeit zu institutionell abgegrenzten Wirtschaftsbereichen zusammengefaßt wurden.

Für eine detaillierte Untersuchung einzelner Wirtschaftszweige können die wirtschaftssystematisch tief gegliederten

Daten aus der Arbeitsstättenzählung herangezogen werden. Die Arbeitsstättenzählung erstreckt sich über alle Wirtschaftsbereiche – mit Ausnahme der eigentlichen Land- und Forstwirtschaft –, d.h. auch über diejenigen, die in den übrigen Wirtschaftsstatistiken überhaupt nicht oder nur lückenhaft erfaßt werden. Erhebungseinheit der Arbeitsstättenzählung ist die örtliche Einheit, die als Arbeitsstätte bezeichnet wird. Das Prinzip der örtlichen Einheit wird bei der Erhebung streng gewahrt, so daß örtlich getrennte Betriebe oder Betriebsteile wie zum Beispiel eine Lagerhalle oder eine Verkaufsfiliale als eigene Arbeitsstätte gelten und nach der eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit – unabhängig von der Klassifizierung des Unternehmens – einem Wirtschaftszweig zugeordnet werden. Nach funktionalen Kriterien wird so die tatsächliche Tätigkeit einer örtlichen Einheit nachgewiesen.

Große Bedeutung bei der Klärung wirtschaftspolitischer Fragestellungen kommt der Analyse der Beschäftigtenstruktur zu. In der Arbeitsstättenzählung werden die Beschäftigten am Arbeitsort erfaßt. Unter Beschäftigten sind daher eigentlich Beschäftigungsfälle zu verstehen, da jede Tätigkeit und damit jeder besetzte Arbeitsplatz erhoben wird. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um eine haupt- oder nebenberufliche Tätigkeit handelt, so daß Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen auch mehrfach gezählt werden. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird hingegen eine laufende Schätzung der Zahl der Erwerbstätigen vorgenommen, die als Bezugsgröße für makroökonomische Daten dient. Jede tätige Person wird dabei nur einmal gezählt.

Angesichts der unterschiedlichen Erkenntnisziele der genannten Datenquellen und der hieraus resultierenden Unterschiede in der Abgrenzung der Erhebungseinheiten und der wirtschaftssystematischen Zuordnung ergeben sich notwendigerweise Abweichungen bei den statistischen Ergebnissen, die bei einem Vergleich beachtet werden müssen. Beide Datenquellen führen allerdings zu einer Unterschätzung des Umfangs des Dienstleistungsbereichs, da sie über den intensiven Prozeß der Tertiarisie-

---

4 Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind ein in sich geschlossenes System der Güter-, Einkommens- und Finanzierungsströme, das über die Zusammenhänge im wirtschaftlichen Geschehen informiert. Neben Jahresergebnissen liegen zum Teil auch halb- und vierteljährliche Daten vor.

5 Die nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung ist eine der ältesten Zählungen auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistik. Die letzte Arbeitsstättenzählung wurde am 25. Mai 1987 durchgeführt. Der Zweck der Arbeitsstättenzählung als Totalerhebung liegt in der Bereitstellung von Daten über die Struktur der Wirtschaft in tiefer regionaler und branchenmäßiger Gliederung. Eine Ausnahme stellt die Land- und Forstwirtschaft dar, deren Arbeitsstätten nur dann erhoben werden, wenn sie der Besteuerung als Gewerbebetrieb unterliegen. Als Arbeitsstätte gilt jede örtliche Einheit, in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig erwerbstätig sind.

rung innerhalb des sekundären Sektors keine Aussage machen können. Eine adäquate funktionale Beschreibung des tertiären Sektors würde aber eine Erfassung der Dienstleistungsproduktion auch innerhalb einer örtlichen Einheit des Produzierenden Gewerbes erfordern. Anhaltspunkte hierfür können aus den Ergebnissen des Mikrozensus<sup>6</sup> von 1987 gewonnen werden, der eine Gliederung der Erwerbstätigen nach der überwiegend ausgeübten Tätigkeit ermöglicht. Dadurch wird dem Interesse am Ausmaß des intrasektoralen Wandels Rechnung getragen, da der Anteil der Erwerbstätigen mit Dienstleistungsfunktionen an der Gesamtzahl der tätigen Personen im Produzierenden Gewerbe aufgezeigt werden kann.

#### TEILINFORMATIONEN DURCH TESTERHEBUNGEN

Zur Gewinnung weiterer Dienstleistungsdaten sind bislang nur erste Versuche unternommen worden. Ein Weg zur Erfassung des tertiären Sektors wurde mit einer Testerhebung im Jahre 1988 gemäß § 6 Abs. 2 Bundesstatistikgesetz von 1987 beschritten. Im Rahmen dieser Erhebung wurden Informationen über die Bedeutung von Dienstleistungen - für eigene Zwecke und für Dritte - in Unternehmen des Produzierenden Gewerbes gewonnen. Dabei zeigte sich, daß Industrieunternehmen im Zuge funktionaler Änderungen immer häufiger auch als Anbieter von Dienstleistungen auftreten und auf diese Weise den strukturellen Wandel beschleunigen. In Baden-Württemberg sowie im Bundesdurchschnitt erbrachte nahezu die Hälfte der rückmeldenden Unternehmen Dienstleistungen für Dritte. Beim Dienstleistungsangebot dominierten insbesondere die Bereiche Kundens Schulung sowie technische Beratung und Planung. Weitere Schwerpunkte lagen bei den Diensten Wartung, Datenverarbeitung und Vermietung beweglicher Sachen.

---

6 Der Mikrozensus, eine Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, wird mit einem Auswahlatz von 1 % der Bevölkerung üblicherweise jährlich durchgeführt

Der nächste Schritt wurde ebenfalls im Jahre 1988 mit der Durchführung einer Testbefragung nach § 7 Abs. 2 Bundesstatistikgesetz von 1987 vollzogen. Das Ziel dieser Stichprobe bestand in erster Linie darin, Erkenntnisse für die Konzeption einer späteren Dienstleistungsstatistik zu erhalten. Im Mittelpunkt der Befragung standen die Anbieter von modernen unternehmensorientierten Dienstleistungen (Datenverarbeitung, Steuerberatung, Wirtschafts- und Unternehmensberatung, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung, Werbung, Vermietung beweglicher Sachen einschließlich Leasing), da hier von seiten der amtlichen Statistik die größten Lücken im laufenden Informationsangebot bestehen. Die Forderung nach statistisch gesicherten Daten über diese Branchen gewinnt an Bedeutung, da gerade deren Leistungen erheblich die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bzw. den Grad der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen scheinen.

#### STRUKTURWANDEL IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Für die hier vorliegende Situationsanalyse wurden in erster Linie die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 herangezogen. Ein Vergleich der Arbeitsstättenzählungen der Jahre 1970 und 1987 erlaubt darüber hinaus Rückschlüsse auf diejenigen Dienstleistungsarten, die das Wachstum des tertiären Sektors in diesem Zeitraum entscheidend prägten. Wenngleich sich die bei der Zählung erfaßten Tatbestände "Arbeitsstätten" und "Beschäftigte" als wichtige Indikatoren für den Strukturwandel der Volkswirtschaft erweisen, lassen die Stichtagsresultate allerdings keine Aussagen über den Entwicklungsverlauf zwischen den Erhebungszeitpunkten zu.

Nach den vorliegenden Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 waren am Zählungstichtag in Baden-Württemberg rund 425 000 Arbeitsstätten (ohne die eigentliche Land- und Forstwirtschaft) mit knapp 4,5 Millionen Beschäftigten zu verzeichnen. Im Vergleich zur Zählung 1970 erhöhte sich damit die Zahl der Arbeitsstätten um 73 000 (+ 20,6 %) und die Zahl der Be-

schäftigten um 605 000 (+ 15,5 %). Stellt man den Landeswerten die Veränderungsraten im Bundesgebiet insgesamt von + 13,0 % an Arbeitsstätten bzw. von + 10,5 % an Beschäftigten gegenüber, ist für Baden-Württemberg in beiden Fällen ein deutlich überdurchschnittlicher Anstieg zu konstatieren.

Mit dieser Entwicklung ging die bereits angesprochene Strukturverschiebung einher. So resultiert die Zunahme an Arbeitsstätten in Baden-Württemberg im wesentlichen als Saldo aus der Erhöhung der Anzahl an Arbeitsstätten um 82 000 (+ 34,6 %) im Dienstleistungsbereich und dem zahlenmäßigen Rückgang von 10 000 (- 9,1 %) Arbeitsstätten im Produzierenden Gewerbe. Auch der Beschäftigungszuwachs ergibt sich aus der Saldierung des außerordentlich hohen Anstiegs von 851 000 (+ 54,0 %) Beschäftigten im tertiären Sektor und der Verminderung der Beschäftigtenzahl um 256 000 (- 11,1 %) im sekundären Sektor. Dieses Entwicklungsmuster läßt sich auch auf Bundesebene verfolgen. So nahm im Bundesgebiet im gleichen Zeitraum die Zahl der Arbeitsstätten um + 21,2 % und die Zahl der Beschäftigten um + 41,8 % im Dienstleistungsbereich zu, während sich die Zahl der Arbeits-

stätten bzw. Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe bundesweit um - 10,4 % bzw. - 17,7 % verringerte.

Die Veränderungsraten vermitteln den Eindruck, daß sich der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft in Baden-Württemberg - gemessen am Bundesdurchschnitt - überdurchschnittlich schnell vollzieht. Bei dieser Interpretation ist allerdings zu berücksichtigen, daß in Baden-Württemberg im Vergleich zum Bundesgebiet ein geringerer Anteilswert des tertiären Sektors am gesamten Wirtschaftsvolumen festzustellen ist. Diese Tatsache kann anhand verschiedener Indikatoren aufgezeigt werden. Die Gegenüberstellung der Anteile einzelner Wirtschaftsbereiche an der unbereinigten Bruttowertschöpfung in Tabelle 1 ergibt, daß im Jahre 1987 in Baden-Württemberg 50,7 % der Wertschöpfung im Dienstleistungssektor erbracht wurden. Im Gegensatz dazu trug im Bundesgebiet insgesamt der tertiäre Bereich einen Anteil von 58,1 % zur gesamtwirtschaftlichen Leistung bei. Weiterhin konnten bei der Arbeitsstättenzählung 1987 (1970) in Baden-Württemberg 74,6 % (66,9 %) aller Arbeitsstätten und 54,0 % (40,5 %) aller Beschäf-

Tabelle 1

**Beschäftigte, Erwerbstätige und Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1987 nach Wirtschaftsbereichen**

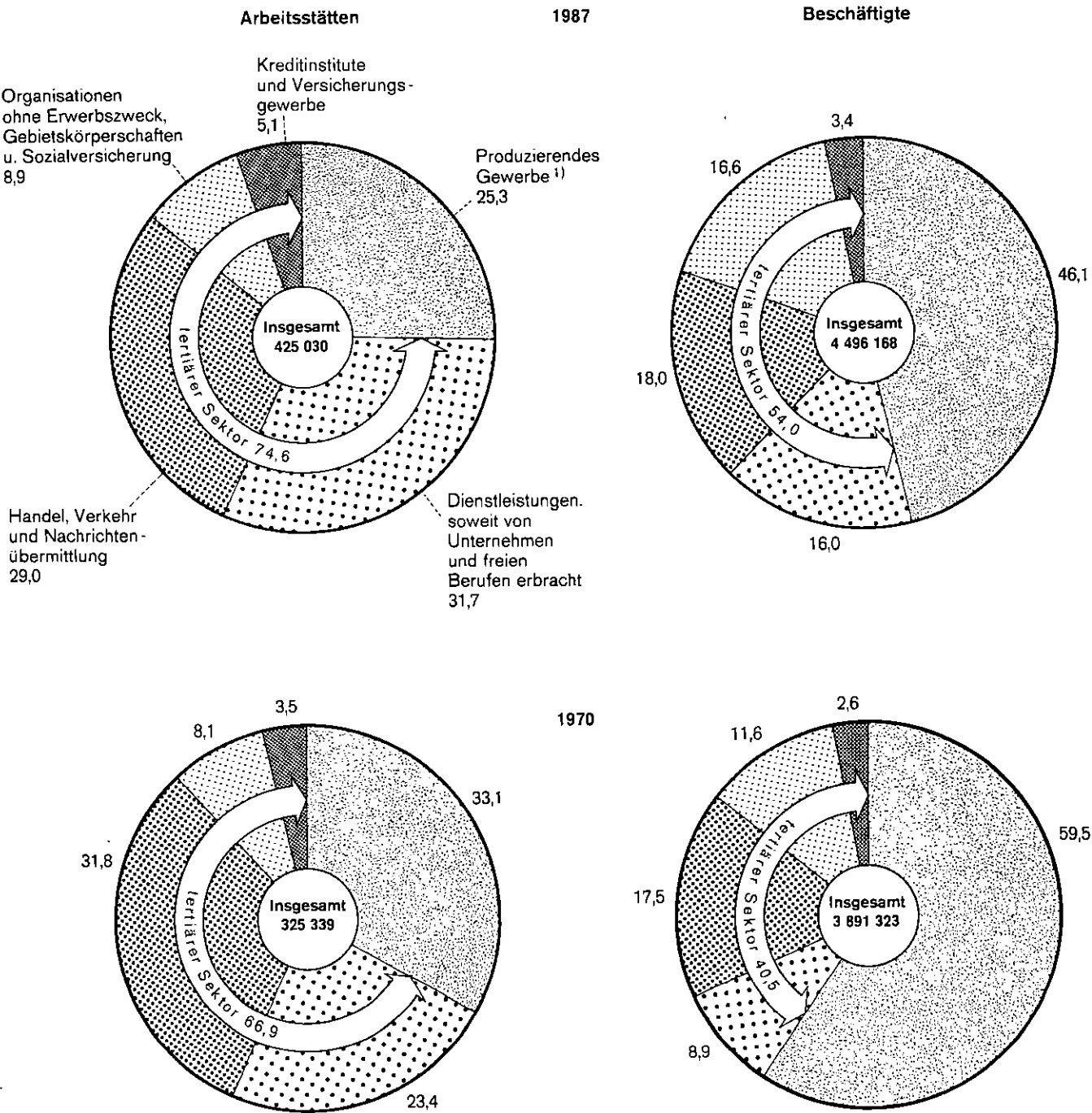
Wirtschaftsgliederung	Baden-Württemberg			Bundesgebiet		
	Arbeitsstättenzählung <sup>1)</sup>	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen <sup>2)</sup>		Arbeitsstättenzählung <sup>1)</sup>	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen <sup>2)</sup>	
	Beschäftigte	Erwerbstätige	Bruttowertschöpfung <sup>3)</sup>	Beschäftigte	Erwerbstätige	Bruttowertschöpfung <sup>3)</sup>
	Anteile in %					
Dienstleistungen	54,0	47,0	50,7	60,1	54,5	58,1
Produzierendes Gewerbe	45,5	48,1	47,6	39,3	40,5	39,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,6	4,9	1,7	0,5	5,1	2,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

1) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. - 2) Berechnungsstand Oktober 1988. - 3) Unbereinigte Bruttowertschöpfung, in Preisen von 1980.

Schaubild 1

Arbeitsstätten und Beschäftigte in Baden-Württemberg 1970 und 1987\* nach Wirtschaftsbereichen

Anteile in %



\*1) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987.  
1) Einschließlich der bei der Arbeitsstättenzählung erfaßten Bereiche der Land- und Forstwirtschaft.  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

tigten nach Schaubild 1 dem Dienstleistungsbereich zugeordnet werden, während bundesweit bereits 77,4 % (72,2 %) der Arbeitsstätten bzw. 60,1 % (46,9 %) der Beschäftigten dem tertiären Sektor angehörten.

In Tabelle 1 fällt auf, daß die Anteilswerte des Dienstleistungssektors an den tätigen Personen im Jahre 1987 nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowohl in Baden-Württemberg mit 47,0 % als auch im gesamten Bun-

desgebiet mit 54,5 % wesentlich geringer waren als nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung. Da es sich hierbei im wesentlichen um einen Niveauunterschied handelt - der Abstand zwischen Land und Bund ist nahezu gleich -, kann eine Begründung in der bereits aufgezeigten, abweichenden wirtschaftssystematischen Zuordnung der Erhebungseinheiten bei beiden Berichtssystemen liegen<sup>7</sup>.

7 Weiterhin könnte die Differenz auf die unterschiedlichen Erhebungseinheiten - nämlich Unternehmen und Arbeitsstätten -, aber auch auf die Erfassung von beschäftigten Personen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und von Beschäftigungsfällen in der Arbeitsstättenzählung zurückgeführt werden.

Der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft kann angesichts dieser Daten sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene bestätigt werden, wobei Baden-Württemberg den konstatierten relativen Rückstand im Bereich der Dienstleistungen in den vergangenen 17 Jahren vermindert hat. Ein Vergleich der einzelnen Bundesländer in Tabelle 2 bestärkt diese Aussage. Baden-Württemberg weist hier nach der Arbeitsstättenzählung 1987 den kleinsten Anteil des Dienstleistungssektors (54,0 %) an den Beschäftigten insgesamt auf. Demgegenüber besaßen neben den Stadtstaaten wie Hamburg (78,4 %) und Berlin (71,1 %) die Flächenländer Schleswig-Holstein (66,8 %), Hessen (63,3 %) und Niedersachsen (62,7 %) die höchsten Anteilswerte. Betrachtet man ausschließlich die Flächenstaaten zusammen

Tabelle 2

**Beschäftigte in den Bundesländern und im Bundesgebiet 1987\*) nach Dienstleistungsbereichen**

Wirtschaftsgliederung	Nr. der Systematik <sup>1)</sup>	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Niedersachsen	Schleswig-Holstein	Saarland	Berlin (West)	Hamburg	Bremen	Flächenstaaten zusammen	Stadtstaaten zusammen	Bundesgebiet
Anteile in %															
Handel	4	13,3	14,0	15,5	15,8	13,8	16,3	16,8	14,6	12,9	18,0	16,9	14,9	15,7	14,9
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	5	4,7	5,2	7,3	5,4	5,3	5,6	5,9	5,6	5,9	10,3	11,7	5,5	8,6	5,7
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	6	3,4	3,6	4,5	3,4	3,2	3,4	3,2	3,1	2,7	5,8	3,7	3,5	4,2	3,6
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	7	16,0	17,3	18,7	17,7	16,9	16,7	18,6	16,5	22,1	27,2	15,8	17,2	23,2	17,7
darunter: moderne unternehmensorientierte Dienstleistungen	78, 791	4,8	5,1	6,4	5,2	3,9	3,7	3,9	4,3	6,3	11,2	4,5	4,9	8,0	5,2
Organisationen ohne Erwerbszweck	8	3,6	3,7	4,0	5,1	5,3	4,9	4,2	4,4	5,1	3,0	3,5	4,4	4,0	4,3
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	9	13,0	12,7	13,3	12,5	15,3	15,8	18,1	13,7	22,4	14,1	15,5	13,5	17,9	13,9
Dienstleistungen	4-9	54,0	56,5	63,3	59,9	59,8	62,7	66,8	57,9	71,1	78,4	67,1	59,0	73,6	60,1
Insgesamt	0-9	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

Tabelle 3

**Arbeitsstätten und Beschäftigte in unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen und ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Baden-Württemberg 1987\*)**

Wirtschafts- gliederung	Nr. der Syste- matik <sup>1)</sup>	Arbeitsstätten			Beschäftigte		
		insgesamt	Anteil am		insgesamt	Anteil am	
			Land	Bundesgebiet		Land	Bundesgebiet
		Anzahl	%		Anzahl	%	
Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung	781	11 470	2,7	14,2	54 715	1,2	13,6
Technische Beratung und Planung	784	13 800	3,2	20,1	59 484	1,3	19,1
Werbung	787	4 974	1,2	17,0	22 878	0,5	21,7
Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	789	9 810	2,3	17,1	71 513	1,6	13,4
Vermietung beweglicher Sachen	791	2 151	0,5	18,9	6 795	0,2	15,8
zusammen	781-791	42 205	9,9	17,0	215 385	4,8	15,5
Produzierendes Gewerbe	1-3	102 665	24,2	18,6	2 044 339	45,5	19,3
Dienstleistungen darunter: Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	4-9 7	317 184	74,6	15,9	2 424 882	53,9	14,9
Insgesamt	0-9	425 030	100	16,5	4 496 168	100	16,7

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

(59,0 %), so hatten das Saarland (57,9 %), Bayern (56,5 %) und Baden-Württemberg unterdurchschnittliche Werte. Bei der Differenzierung nach einzelnen Dienstleistungsbereichen zeigt sich, daß in Baden-Württemberg der Beschäftigtenanteil vor allem beim Handel (13,3 %) und bei den von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienstleistungen (16,0 %) deutlich geringer als der jeweilige durchschnittliche Wert der Flächenländer zusammen (14,9 % bzw. 17,2 %) war. Hingegen konnte das Land bei den Kreditinstituten und Versicherungen mit 3,4 % sowie im Teilbereich der modernen unternehmensorientierten Dienstleistungen (z.B. wirtschaftliche Beratung, Datenverarbeitung etc.) mit 4,8 % nahezu den entsprechenden Durchschnittswert (3,5 % bzw. 4,9 %) erreichen.

**FORTGESCHRITTENE TERTIARISIERUNG DES SEKUNDÄREN SEKTORS**

Die angeführten Zahlen illustrieren, daß in Baden-Württemberg als traditioneller Industrieregion - mit Schwerpunkt in der Herstellung hochentwickelter Investitionsgüter - das Produzierende Gewerbe weiterhin einen hohen Stellenwert besitzt. Dies geht insbesondere aus einem Vergleich der sektoralen Anteile Baden-Württembergs an den entsprechenden Bundesergebnissen hervor. Nach Tabelle 3 befanden sich am Zählungstichtag knapp 17 % aller in der Bundesrepublik Deutschland erfaßten Arbeitsstätten in Baden-Württemberg. Gleichzeitig wurde nahezu der gleiche Anteil an den bundesweit tätigen Personen erreicht. Überdurchschnittliche Werte verzeichneten die dem Produzie-

renden Gewerbe zugerechneten baden-württembergischen Arbeitsstätten (18,6 %) und die dort Beschäftigten (19,3 %). Dabei nahm das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg mit einem Anteil von 19,4 % bzw. 20,4 % an der bundesweiten Gesamtzahl eine Spitzenposition ein. Demgegenüber fielen die Anteilswerte des baden-württembergischen Dienstleistungsbereichs mit 15,9 % an allen Dienstleistungsarbeitsstätten sowie mit 14,9 % an der Gesamtzahl der dort Beschäftigten vergleichsweise gering aus.

Angesichts der spezifischen baden-württembergischen Wirtschaftsstruktur ist die Frage nach dem Ausmaß der Tertiarisierung des sekundären Sektors von großer Bedeutung für die angemessene Beschreibung des Dienstleistungsbereichs. Betrachtet man die Verteilung der Erwerbstätigen nach der überwiegend ausgeübten Tätigkeit, ergibt sich, daß landes- wie bundesweit im Jahre 1987 der gleiche Grad der Tertiarisierung im Produzierenden Gewerbe - gemessen am Anteil der Erwerbstätigen mit Dienstleistungsfunktionen von rund zwei Dritteln<sup>8</sup> - erreicht war. Von drei im sekundären Sektor beschäftigten Personen übten damit bereits zwei Personen Dienstleistungstätigkeiten wie Planen, Forschen, Ausbilden, Informieren, Einrichten und Steuern von Maschinen und technischen Anlagen etc. aus, während nur noch eine Person mit unmittelbaren Fertigungstätigkeiten beschäftigt war.

Dieser Untersuchungsaspekt zeigt, daß die vorherrschende Beschreibung des Strukturwandels in einer Volkswirtschaft allein mittels des Anteils des Dienstleistungssektors am Wirtschaftsvolumen ohne Berücksichtigung der sektorübergreifenden Dienstleistungserstellung nicht mehr haltbar ist. Vor diesem Hintergrund wird der in Baden-Württemberg geringere Anteilswert bei den Dienstleistungen aufgrund des starken Gewichts und der fortgeschrittenen Tertiarisierung der industriellen Produktion in seiner Bedeutung erheblich relativiert.

8 Bei der Ermittlung dieses Anteils wurde von einer weiten Abgrenzung der Dienstleistungstätigkeiten ausgegangen.

## DIENTSTLEISTUNGEN VON UNTERNEHMEN UND FREIEN BERUFEN: EIN ÜBERBLICK

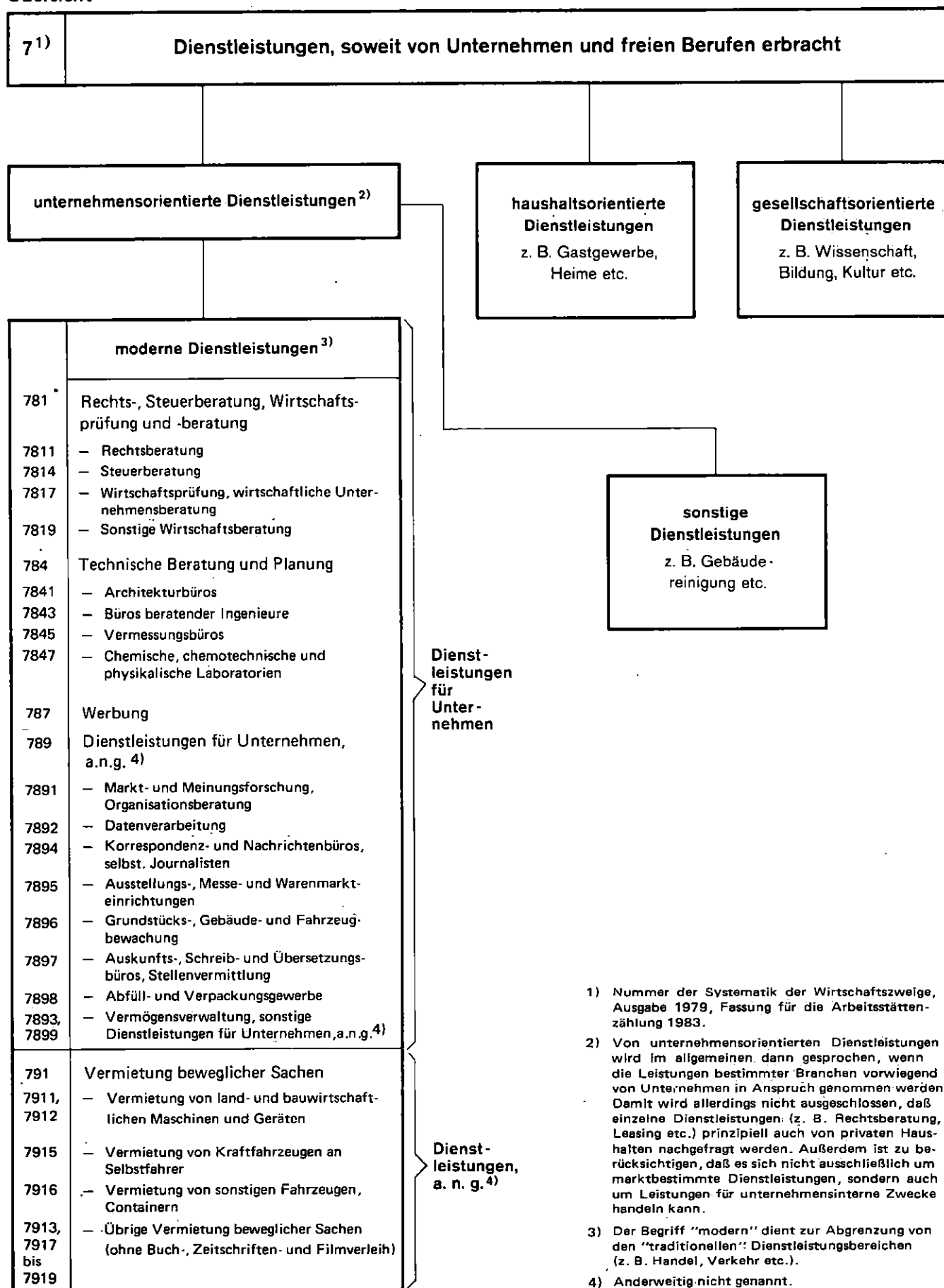
Die Strukturverschiebung zugunsten des tertiären Sektors in Baden-Württemberg beruhte nach den Arbeitsstättenzählungen vor allem auf dem starken Anstieg an Arbeitsstätten (+ 52 000 oder 63,2 %) und an Beschäftigten (+ 372 000 oder 107,8 %) im Bereich der von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienste<sup>9</sup>. Damit entfielen hierauf 71,7 % der Arbeitsstätten und 61,6 % der Beschäftigungsfälle, um die sich im betrachteten Zeitraum die Gesamtzahl erhöht hat. Im Jahre 1987 waren somit rund 135 000 Arbeitsstätten mit 718 000 Beschäftigten innerhalb dieses Dienstleistungsbereichs zu verzeichnen. Angesichts der außerordentlich starken Entwicklung liegt es nahe, diese Dienstleistungen differenzierter zu untersuchen. In der nachfolgenden Übersicht werden die zugehörigen Dienstleistungsbranchen zunächst nach der Wirtschaftszweigsystematik der amtlichen Statistik klassifiziert.

Bei der Analyse der Entwicklung der von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienstleistungen zeigt sich, daß die stärksten Wachstumsimpulse von den modernen, überwiegend unternehmensorientierten Dienstleistungen ausgingen. Nach dem Auszug aus der Wirtschaftszweigsystematik sind dies die Dienstleistungen für Unternehmen (z.B. Steuer-, Rechts-, Wirtschaftsberatung, Ingenieur- und Architekturbüros, Datenverarbeitung etc.). Hinzu kommt die im Rahmen der "Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt" erfaßte Branche "Vermietung beweglicher Sachen".

9 Zwar erreichten die Kreditinstitute und die Versicherungen bei der Arbeitsstättenzahl (+ 74,7 %) sowie die Organisationen ohne Erwerbszweck bei der Beschäftigung (+ 122,4 %) eine im Vergleich dazu höhere Steigerungsrate, die absoluten Zunahmen waren jeweils wesentlich geringer. Somit kommt diesen Bereichen hinsichtlich der Verlagerung zugunsten des tertiären Sektors im Betrachtungszeitraum nur eine untergeordnete Bedeutung zu.



## Übersicht



Dieser Wirtschaftszweig wird in der Untersuchung deshalb berücksichtigt, da sich gerade der Bereich des Leasing aufgrund der gestiegenen Nachfrage von Unternehmerseite - vor allem Verarbeitendes Gewerbe, Handel und sonstige Dienstleistungen - außerordentlich stark entwickelt hat. Die Zunahme an Arbeitsstätten bzw. Beschäftigten betrug bei diesen unternehmensorientierten Gruppen insgesamt rund 25 300 (+ 149,1 %) bzw. 141 000 (+ 190,1 %). Stellt man diesen Werten die entsprechenden Veränderungsraten auf Bundesebene an Arbeitsstätten (+ 131,4 %) und Beschäftigten (+ 164,1 %) gegenüber, vollzog sich auch hier eine überdurchschnittliche Expansion dieses Dienstleistungssegmentes in Baden-Württemberg.

#### ZUR ANALYSE MODERNER UNTERNEHMENSORIENTIERTER DIENSTLEISTUNGEN ANHAND AUSGEWÄHLTER INDIKATOREN

In Baden-Württemberg zählten 1987 rund 42 000 Arbeitsstätten mit 215 000 Beschäftigten zum Bereich der modernen unternehmensorientierten Dienstleistungen. Das entsprach einem Anteil von 9,9 % aller Arbeitsstätten und 4,8 % aller beschäftigten Personen im Lande. Im Bundesdurchschnitt waren die Anteilswerte mit 9,6 % bzw. 5,2 % nahezu gleich hoch. Insgesamt entfielen auf die modernen unternehmensorientierten Dienste knapp ein Drittel aller Arbeitsstätten und aller Beschäftigten im Bereich der von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienstleistungen. Diese Zahlen belegen den Stellenwert dieser Dienstleistungsbranchen, die nachfolgend eingehend untersucht werden.

#### Dominierende Dienstleistungsbranchen

Bei der weiteren Auswertung der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 im Hinblick auf die wichtigsten Branchen moderner unternehmensorientierter Dienstleistungen ist entscheidend, welcher Indikator - nämlich Arbeitsstätten oder Beschäftigtenzahl - herangezogen wird.

Stellt man auf das Kriterium "Arbeitsstätte" ab, dominierte nach Tabelle 4 in Baden-Württemberg am Zählungstichtag mit knapp 14 000 Arbeitsstätten die technische Beratung und Planung. Jede dritte Arbeitsstätte der Unternehmensdienstleister konnte dieser Branche zugeordnet werden. An zweiter Stelle rangierte die Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung und -prüfung (11 500 Arbeitsstätten), auf die rund jede vierte Arbeitsstätte entfiel. Demgegenüber kehrte sich im Bundesgebiet diese Reihenfolge um. Beurteilt man die Dominanz hingegen anhand der Beschäftigtenzahl, nahm sowohl im Land (71 500 Beschäftigte) als auch im Bund der stark heterogene Bereich der anderweitig nicht genannten Dienstleistungen für Unternehmen z.B. Datenverarbeitung, Schreib- und Auskunftsbüros, Vermögensverwaltung usw. die Spitzenposition ein. In Baden-Württemberg folgte die technische Beratung und Planung (59 500 Beschäftigte), während im Bundesgebiet die Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung und -prüfung den zweiten Platz belegte. Als zentrales Ergebnis kann festgehalten werden, daß die technische Beratung und Planung in Baden-Württemberg auffallend stark vertreten war. Dies dürfte insbesondere mit dem hohen Stellenwert des Produzierenden Gewerbes zusammenhängen. Darüber hinaus scheint sich die These vom "schwäbischen Tüftler" zu bestätigen.

Diese Resultate entsprechen weitgehend den Erkenntnissen der bereits erwähnten Testerhebung im Bereich moderner unternehmensorientierter Dienstleistungen, die ein Jahr nach der Arbeitsstättenzählung durchgeführt wurde. Danach dominierte in Baden-Württemberg mit nahezu der Hälfte der Unternehmen bzw. der tätigen Personen des Befragtenkreises ebenfalls eindeutig die Sparte technische Beratung und Planung. Knapp ein Drittel der Erhebungseinheiten gehörte der Steuerberatung an. Im Bundesgebiet ergab sich mit jeweils rund 36 % wieder eine eher gleich starke Besetzung dieser Branchen. Da die Testerhebung lediglich einzelne unternehmensbezogene Wirtschaftszweige umfaßte, müssen die Anteilswerte zwangsläufig höher ausfallen als die im Rahmen der Arbeitsstättenzählung ermittelten Werte.

Tabelle 4

**Arbeitsstätten und Beschäftigte in unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen und ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Baden-Württemberg 1970 und 1987\*)**

Wirtschafts- gliederung	Nr. der Systematik <sup>1)</sup>	Arbeitsstätten						Beschäftigte					
		1987 insgesamt	Veränderung 1987 gegen 1970		Anteile		1987 insgesamt	Veränderung 1987 gegen 1970		Anteile			
					1987	1970				1987	1970		
					Anzahl					%		Anzahl	
Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung	781	11 470	+ 6 228	+ 118,8	27,2	31,0	54 715	+ 31 858	+ 139,4	25,4	30,8		
Technische Beratung und Planung	784	13 800	+ 6 169	+ 80,8	32,7	45,1	59 484	+ 25 046	+ 72,7	27,6	46,4		
Werbung	787	4 974	+ 2 974	+ 148,7	11,8	11,8	22 878	+ 16 381	+ 252,1	10,6	8,7		
Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	789	9 810	+ 8 470	+ 632,1	23,2	7,9	71 513	+ 62 914	731,6	33,2	11,6		
Vermietung beweglicher Sachen	791	2 151	+ 1 424	+ 195,9	5,1	4,3	6 795	+ 4 939	+ 266,1	3,2	2,6		
zusammen	781-791	42 205	+ 25 265	+ 149,1	100	100	215 385	+ 141 138	+ 190,1	100	100		
Produzierendes Gewerbe	1-3	102 665	- 10 222	- 9,1	24,2	32,0	2 044 339	- 255 663	- 11,1	45,5	59,1		
Dienstleistungen darunter:	4-9	317 184	+ 81 510	+ 34,6	74,6	66,9	2 424 882	+ 850 501	+ 54,0	53,9	40,5		
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	7	134 655	+ 52 121	+ 63,2	31,7	23,4	718 040	+ 372 435	+ 107,8	16,0	8,9		
Insgesamt	0-9	425 030	+ 72 691	+ 20,6	100	100	4 496 168	+ 604 845	+ 15,5	100	100		

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987. – 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

### Veränderungsraten einzelner Dienstleistungsbranchen

Neben der rein auf den Erhebungstichtag bezogenen Betrachtung ist eine Analyse der Entwicklung der Dienstleistungen aus komparativ-statischer Perspektive anhand der relevanten Daten der Arbeitsstättenzählungen der Jahre 1970 und 1987 aufschlußreich. Innerhalb der unternehmensbezogenen Dienste ergab sich in Baden-Württemberg sowohl relativ als auch absolut die größte Steigerung bei den anderweitig nicht genannten Dienstleistungen für Unternehmen z.B. Datenverarbeitung, Schreibbüros etc. Insgesamt hat sich hier die Zahl der Arbeitsstätten um das 6-fache (+ 8 500) und die Zahl der Beschäftigten um das 7-fache (+ 63 000) erhöht. Diese Zunahme belegt eindrucksvoll die Bedeutung dieser Unternehmensdienste. Von jeweils 100 in un-

ternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen Beschäftigten war 1987 bereits jeder Dritte diesem Bereich zuzuordnen, während im Jahre 1970 lediglich jeder Zehnte hier tätig war.

Bei den anderen unternehmensbezogenen Diensten ergab sich je nach Betrachtung der relativen oder der absoluten Zunahmen ein unterschiedliches Bild. Wie Tabelle 4 zeigt, hat sich die Zahl der Arbeitsstätten bei der Vermietung beweglicher Sachen um das 2-fache und die Zahl der Beschäftigten um das 2,5-fache erhöht. Allerdings sind diese enormen Steigerungsraten aus methodischer Sicht weniger überraschend, wenn die niedrige Ausgangsbasis von 1970 berücksichtigt wird. Dies trifft weitgehend auch auf den Bereich der Werbung zu. Demgegenüber war eine unterdurchschnittliche Zunahme der Zahl der Arbeitsstätten bei der

Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung und -prüfung (+ 118,8 %) sowie der technischen Beratung und Planung (+ 80,8 %) zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß diese Dienstleistungsbranchen bereits 1970 verhältnismäßig stark vertreten waren. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Beschäftigten bei diesen rechtlich, steuerlich und wirtschaftlich beratenden Berufen mehr als verdoppelt (+ 139,4 %). Die geringste relative Zunahme der Beschäftigtenzahl wies der technische Beratungsbereich (+ 72,7 %) auf.

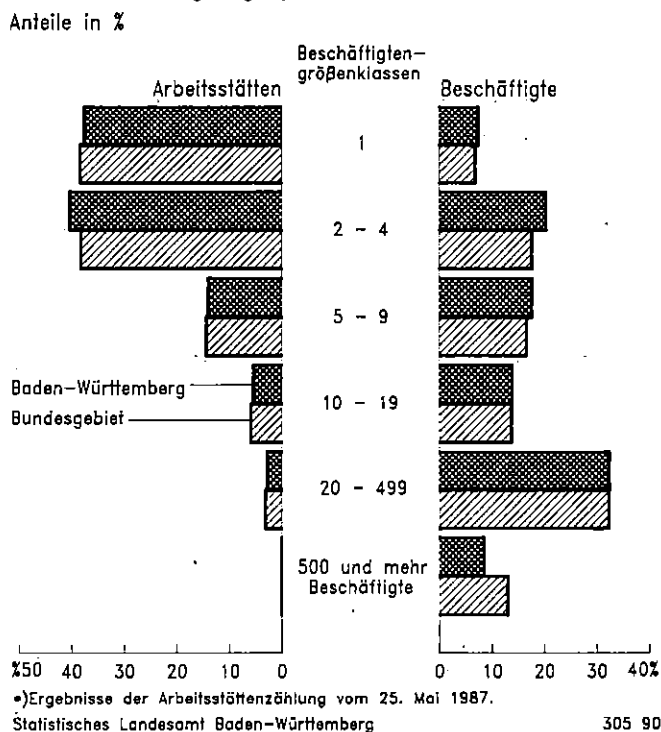
Die geringen relativen Steigerungsraten belegen, daß die wirtschaftlichen und technischen Beratungsdienste seit 1970 für das Wachstum der unternehmensorientierten Dienstleistungen vergleichsweise an Bedeutung verloren haben. Dennoch waren 1987 über die Hälfte der unternehmensorientierten Dienstleistungsarbeitsstätten bzw. der dort tätigen Personen in diesen Bereichen zu finden. Das Wachstum wurde hingegen vorwiegend von den Branchen getragen, die modernste Leistungen wie z.B. Datenverarbeitung anboten. Diese Aussage gilt weitgehend auch für das gesamte Bundesgebiet.

#### Kleine Arbeitsstätten bestimmen Struktur

Die oben abgeleiteten Ergebnisse implizieren, daß eine Betrachtung der Arbeitsstätten nach Beschäftigtengrößenklassen aufschlußreich für die Beschreibung der unternehmensorientierten Dienstleistungen sein kann. Wie Tabelle 5 zeigt, beschäftigte in Baden-Württemberg ein hoher Anteil der Anbieter von Unternehmensdienstleistungen (40,3 %) zwei bis vier Personen. Ein geringfügig niedrigerer Wert entfiel auf die Arbeitsstätten mit nur einem Beschäftigten (37,5 %). Insgesamt erreichten die Arbeitsstätten mit weniger als 20 Beschäftigten einen Prozentsatz von 97,1 %. D.h. die unternehmensorientierten Dienstleistungen werden nahezu ausnahmslos in kleinen Arbeitsstätten erbracht. Lediglich knapp 3 % der Arbeitsstätten gehörten dem sogenannten Mittelstand an und beschäftigten zwischen 20 und 499 Personen. Der Anteil der Arbeitsstätten mit einer noch höheren Beschäftigtenzahl betrug nicht ein-

Schaubild 2

**Arbeitsstätten und Beschäftigte in modernen unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1987 \*)**  
nach Beschäftigtengrößenklassen



mal 1 %. Vergleicht man diese Daten mit den Ergebnissen der Teststichprobe 1988, ergeben sich gewisse Unterschiede. So beschäftigten 92,6 % der befragten Unternehmen weniger als 20 tätige Personen. Knapp 1 % erreichten die Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten. Diese Resultate dürften vor allem darauf beruhen, daß der Berichtskreis der Testbefragung wirtschaftssystematisch enger gefaßt war und darüber hinaus lediglich Unternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten befragt wurden.

Die unterschiedliche Bedeutung der Arbeitsstätten entsprechend ihrer Größe wird allerdings erst bei der Betrachtung der Beschäftigungsverteilung nach Größenklassen deutlich. Wie Schaubild 2 zeigt, waren zwar landes- wie bundesweit über die Hälfte der tätigen Personen bei Unternehmensdienstleistern in kleinen Arbeitsstätten zu finden. Die größeren Arbeitsstätten (ab 20 Beschäftigte) beschäftigten in Baden-Württemberg aber immerhin 40,9 % und im Bundesgebiet insgesamt sogar 45,3 % der tätigen Personen.

Tabelle 5

**Arbeitsstätten in unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen in Baden-Württemberg 1987\*) nach Beschäftigtengrößenklassen**

Wirtschafts- gliederung	Nr. der Systematik <sup>1)</sup>	Arbeitsstätten							
		insgesamt	Be- schäf- tigte je Arbeits- stätte	davon mit ... bis ... Beschäftigten					
				1	2 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 und mehr
		Anzahl		%					
Rechts-, Steuerberatung, Wirt- schaftsprüfung und -beratung	781	11 470	5	24,8	40,6	23,0	9,6	1,9	0,2
– Rechtsberatung	781 1	3 730	5	16,7	45,8	26,9	9,0	1,5	0,1
– Steuerberatung	781 4	4 294	6	15,7	36,1	31,6	14,3	2,2	0,1
– Wirtschaftsprüfung, wirtschaft- liche Unternehmens- und son- stige Wirtschaftsberatung	781 7, 781 9	3 446	4	45,0	40,5	7,8	4,4	1,9	0,4
Technische Beratung und Planung	784	13 800	4	33,2	46,0	14,4	4,6	1,4	0,4
– Architekturbüros	784 1	5 505	3	29,1	51,1	16,0	3,1	0,7	0,1
– Büros beratender Ingenieure	784 3	7 875	5	36,9	42,6	12,9	5,2	1,7	0,7
– Vermessungsbüros, chemische, chemotechnische und physi- kalische Laboratorien	784 5, 784 7	420	6	18,1	42,6	21,2	12,1	6,0	–
Werbung	787	4 974	5	50,7	36,2	8,3	2,7	1,3	0,7
Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	789	9 810	7	50,6	32,7	7,0	3,8	3,3	2,6
– Datenverarbeitung	789 2	3 779	5	45,9	36,9	9,2	4,1	3,0	1,1
– Auskunfts-, Schreib- und Überset- zungsbüros, Stellenvermittlung	789 7	2 233	5	68,5	20,8	2,6	2,7	3,0	2,3
– Vermögensverwaltung, sonstige Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	789 3, 789 9	2 498	13	43,5	36,4	7,8	3,9	3,7	4,7
– Markt- und Meinungsforschung, Organisationsberatung, Korre- spondenzbüros u.ä., selbst. Journa- listen, Ausstellungs-, Messe-u.ä. Einrichtungen, Grundst., Gebäude- und Fahrzeugbewachung, Abfüll- und Verpackungsgewerbe	789 1, 789 4 bis 789 6, 789 8	1 300	9	47,4	33,8	6,9	4,5	3,9	3,6
Vermietung beweglicher Sachen	791	2 151	3	42,0	45,9	8,4	2,2	1,1	0,4
– Vermietung von land- und bauwirt- schaftlichen Maschinen und Geräten, sonstigen Fahrzeugen, Containern	791 1, 791 2, 791 6	422	3	44,1	43,4	7,6	3,3	1,4	0,2
– Vermietung von Kfz. an Selbstfahrer	791 5	771	3	39,8	48,8	9,2	1,8	0,3	0,1
– Übrige Vermietung beweglicher Sachen	791 3, 791 7-9	958	4	42,9	44,7	8,0	2,1	1,6	0,7
zusammen	781-791	42 205	5	37,5	40,3	14,0	5,4	2,0	0,9
Dienstleistungen, soweit von Unter- nehmen und freien Berufen erbracht	7	134 655	5	28,6	44,8	19,0	5,1	1,7	0,9
<b>Insgesamt</b>	<b>0-9</b>	<b>425 030</b>	<b>11</b>	<b>24,4</b>	<b>40,5</b>	<b>19,6</b>	<b>8,1</b>	<b>4,5</b>	<b>2,9</b>

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. – 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

Differenziert man nach einzelnen unternehmensbezogenen Dienstleistungsbranchen, zeigt sich, daß bei den Kleinstarbeitsstätten (bis 5 Beschäftigte) in erster Linie die technischen Beratungsbranchen (Ingenieure und Architekten) sowie die Datenverarbeitung stark vertreten waren. Mit zunehmender Beschäftigtenzahl gewann die Steuerberatung an Bedeutung. Mittlere bis große Arbeitsstätten besaßen am ehesten beratende Ingenieure sowie Inhaber von Werbeagenturen.

#### Welche Bedeutung hat das Eröffnungsjahr?

Ein interessantes Kriterium zur Beurteilung der Entwicklung einzelner Dienstleistungszweige resultiert aus einer Betrachtung des Eröffnungsjahres der jeweiligen Arbeitsstätten. Dabei wird das Jahr als Eröffnungsjahr bezeichnet, in dem die wirtschaftliche Tätigkeit am derzeitigen Standort aufgenommen wurde. Es muß nicht notwendigerweise mit dem eigentlichen Gründungsjahr der Arbeitsstätte zusammenfallen.

Von den im Jahre 1987 insgesamt in Baden-Württemberg existierenden Arbeitsstätten wurden rund ein Drittel vor 1970 und nahezu die Hälfte im Zeitraum zwischen 1970 und 1984 eröffnet. Bei knapp einem Fünftel aller Arbeitsstätten fand die Eröffnung zwischen 1985 und Mai 1987 statt. Vor 1970 konnten die Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen einen Anteil von ungefähr einem Fünftel und von 1970 bis 1984 sogar von einem Drittel an den eröffneten Arbeitsstätten verbuchen. In den darauffolgenden Jahren bis 1987 wurde der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft immer deutlicher, da jährlich zwei Fünftel aller Arbeitsstätten von Dienstleistungsunternehmen und Freien Berufen eröffnet wurden. Im Gegensatz dazu fiel der entsprechende Anteil - ein Zehntel - im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes vergleichsweise bescheiden aus.

Ein Blick auf die unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen zeigt, daß zwischen 1970 und 1984 ungefähr 50 bis 60 % der zugehörigen Arbeitsstätten er-

öffnet wurden. Während in diesem Zeitraum die absolut meisten Arbeitsstättenöffnungen bei der technischen Beratung und Planung stattfanden, war in den Jahren 1985 und 1986 die Sparte der Dienstleistungen für Unternehmen, anderweitig nicht genannt dominant. Dies verdeutlicht, daß bei den herkömmlichen unternehmensorientierten Dienstleistungsanbietern (z.B. Ingenieure, Architekten sowie Rechts- und Steuerberater) in den letzten Jahren weit weniger "Newcomer" als bei den modernsten Dienstleistungsbranchen (z.B. Datenverarbeitungs- und Softwarebüros) zu verzeichnen waren.

Vergleicht man die Anzahl der Eröffnungen der Jahre 1985 und 1986, so wurden in allen unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen 1986 im Vergleich zum Vorjahr mehr Arbeitsstätten eröffnet. Betrachtet man darüber hinaus die Eröffnungszahlen des Jahres 1987 bis zum Erhebungsstichtag, dem 25. Mai, ist wiederum für das ganze Jahr 1987 eine gegenüber dem Vorjahr gestiegene Anzahl von Eröffnungen in den jeweiligen Dienstleistungsbranchen zu erwarten. Die Auswertung der Test-erhebung 1988 ergab ebenfalls, daß über die Hälfte der Befragten ihr Unternehmen in den siebziger oder in den ersten achtziger Jahren gründeten. Bis 1987 dominierten auch hier die technischen Beratungs- und Planungsbranchen. Im Jahre 1987 verlagerte sich dann das Schwergewicht der Gründungen zugunsten der Werbung und der Datenverarbeitung.

Eine Untersuchung der Beschäftigtenentwicklung in einzelnen Dienstleistungszweigen erlaubt es, weitere Schlußfolgerungen über neu eröffnete Arbeitsstätten zu ziehen. Unter strukturellen Gesichtspunkten ist nach Tabelle 6 davon auszugehen, daß der größere Teil der tätigen Personen in "älteren" Arbeitsstätten zu finden ist, während neueröffnete Arbeitsstätten eher eine geringere Beschäftigtenzahl aufweisen. Erst im Zuge der weiteren Expansion ist es den "neu" auf dem Markt befindlichen Arbeitsstätten möglich, weitere Personen zu beschäftigen. So sind beispielsweise 24,9 % der Arbeitsstätten und bereits 37,4 % der Beschäftigten des technischen Beratungs- und

Tabelle 6

**Arbeitsstätten und Beschäftigte in Baden-Württemberg nach Eröffnungsjahren in unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen**

Wirtschafts- gliederung	Nr. der Systematik <sup>1)</sup>	Eröffnungsjahre bis zum 25. Mai 1987 <sup>2)</sup>									
		Arbeits- stätten	Be- schäf- tigte	Arbeits- stätten	Be- schäf- tigte	Arbeits- stätten	Be- schäf- tigte	Arbeits- stätten	Be- schäf- tigte	Arbeits- stätten	Be- schäf- tigte
		vor 1970		1970 bis 1984		1985		1986		1987	
		% <sup>3)</sup>									
Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung	781	19,1	28,7	57,8	56,8	9,2	6,6	9,7	6,0	4,2	2,0
Technische Beratung und Planung	784	24,9	37,4	52,7	49,3	8,2	5,2	9,8	6,2	4,3	2,0
Werbung	787	11,6	33,2	52,7	46,0	12,5	9,2	15,7	9,0	7,4	2,6
Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	789	10,0	27,9	49,8	49,9	14,5	10,8	17,8	8,1	7,9	3,2
Vermietung beweglicher Sachen	791	13,5	29,9	51,9	49,4	12,3	7,5	14,6	8,9	7,8	4,2

1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung. – 2) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. – 3) In % der am 25. Mai 1987 bestehenden Arbeitsstätten bzw. Beschäftigten.

Planungsbereichs Arbeitsstätten mit einem Eröffnungsjahr vor 1970 zuzuordnen. Ab 1970 übersteigt dann der Anteil der Arbeitsstätten den entsprechenden Prozentsatz der Beschäftigten.

#### BESCHÄFTIGUNGSSTRUKTUR: EINE DIFFERENZIERTE BETRACHTUNG

Erste Anhaltspunkte über die Konsequenzen der Expansion moderner unternehmensorientierter Dienstleistungen für die Beschäftigungsstruktur ergeben sich aus einer differenzierteren Auswertung der Daten der Arbeitsstättenzählung von 1987, wobei sich das Interesse ausschließlich auf den Indikator "Beschäftigtenzahl" konzentriert. Auf der Grundlage der in der Übersicht vorgenommenen Klassifikation ist eine eingehendere Betrachtung spezieller Dienstleistungszweige im Hinblick auf beschäftigungsspezifische Sachverhalte (z.B. Frauenbeschäftigung bzw. Teilzeitbeschäftigung) möglich.

#### Die branchenspezifische Beschäftigung

In Baden-Württemberg arbeiteten nach Tabelle 7 am Zählungstichtag knapp ein Fünftel der bei unternehmensorientierten Dienstleistungsanbietern tätigen Personen in Büros beratender Ingenieure. Mit 15,1 % der Tätigen schloß sich die Vermögensverwaltung usw. an<sup>10</sup>. Mit deutlichem Abstand – gemessen an der absoluten Zahl der Beschäftigten – folgte die Steuerberatung (11,4 %), die wiederum vor der Werbung (10,6 %),

10 Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß es sich auch um getrennt liegende Hauptverwaltungen von Unternehmen handeln kann. Bei der Zählung 1987 wurde im Unterschied zu 1970 nicht nur jede Hilfs- sondern auch jede Verwaltungstätigkeit als wirtschaftlicher Schwerpunkt einer Arbeitsstätte akzeptiert und wirtschaftssystematisch entsprechend zugeordnet.

Tabelle 7

**Beschäftigte in unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen in Baden-Württemberg 1987\*) nach der Stellung im Betrieb**

Wirtschafts- gliederung	Nr. der Systematik <sup>1)</sup>	Beschäftigte			Von den Beschäftigten sind						
		insgesamt	und zwar		Tätige Inhaber		Arbeitnehmer		Von den Arbeit- nehmern sind		
			Frauen	Teil- zeitbe- schäf- tigte	zusammen	dar- unter Frauen	zusammen	dar- unter Frauen	Ange- stellte	Ar- beiter	Auszu- bil- dende
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%						
Rechts-, Steuerberatung, Wirt- schaftsprüfung und -beratung	781	54 715	59,3	26,5	12 441	15,0	41 288	72,3	79,6	7,0	13,3
– Rechtsberatung	781 1	17 752	60,2	24,4	5 259	9,6	12 192	81,6	72,7	7,7	19,6
– Steuerberatung	781 4	24 514	66,4	29,7	4 318	19,3	19 888	76,4	79,8	6,7	13,5
– Wirtschaftsprüfung, wirtschaft- liche Unternehmens- und son- stige Wirtschaftsberatung	781 7, 781 9	12 449	44,2	23,0	2 864	18,6	9 208	51,1	88,4	6,8	4,8
Technische Beratung und Planung	784	59 484	32,8	17,8	13 696	7,2	43 195	38,0	84,3	9,9	5,8
– Architekturbüros	784 1	17 956	38,5	21,8	6 013	4,7	10 863	52,4	81,9	7,0	11,1
– Büros beratender Ingenieure	784 3	38 981	30,1	15,9	7 315	9,3	30 239	32,9	85,6	10,7	3,7
– Vermessungsbüros, chemische, chemotechnische und physi- kalische Laboratorien	784 5, 784 7	2 547	33,4	19,7	368	8,7	2 093	36,4	78,1	14,9	7,0
Werbung	787	22 878	48,5	45,6	4 491	30,1	17 762	52,5	41,0	54,9	4,1
Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	789	71 513	38,0	15,7	7 363	37,0	63 120	37,7	68,8	28,0	3,2
– Datenverarbeitung	789 2	17 564	33,5	16,9	3 033	24,8	14 092	34,7	88,2	7,8	4,0
– Auskunfts-, Schreib- und Überset- zungsbüros, Stellenvermittlung	789 7	10 227	41,5	11,4	2 039	68,8	7 985	34,5	33,5	65,2	1,3
– Vermögensverwaltung, sonstige Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	789 3, 789 9	32 549	42,8	12,8	1 217	23,8	31 112	43,4	82,0	14,3	3,7
– Markt- und Meinungsforschung, Organisationsberatung, Korre- spondenzbüros u.ä., selbst. Journa- listen, Ausstellungs-, Messe-u.ä. Einrichtungen, Grundst-, Gebäude- und Fahrzeugbewachung, Abfüll- und Verpackungsgewerbe	789 1, 789 4 bis 789 6, 789 8	11 173	27,6	26,2	1 074	26,2	9 931	27,0	28,3	69,6	2,2
Vermietung beweglicher Sachen	791	6 795	38,7	18,7	1 888	30,4	4 438	40,7	51,4	46,6	2,0
– Vermietung von land- und bauwirt- schaftlichen Maschinen und Geräten, sonstigen Fahrzeugen, Containern	791 1, 791 2, 791 6	1 241	26,7	17,7	376	28,2	746	22,0	35,0	64,2	0,8
– Vermietung von Kfz. an Selbstfahrer	791 5	1 993	40,7	20,4	620	41,0	1 221	39,6	72,6	24,7	2,7
– Übrige Vermietung beweglicher Sachen	791 3, 791 7-9	3 561	41,7	18,1	892	24,0	2 471	46,8	45,9	52,1	2,0
zusammen	781-791	215 385	43,1	22,3	39 879	18,8	169 803	47,8	72,0	21,6	6,4
Dienstleistungen, soweit von Unter- nehmen und freien Berufen erbracht	7	718 040	56,6	30,8	130 463	32,1	555 144	61,8	50,0	41,3	8,7
Insgesamt	0-9	4 496 168	40,3	16,4	328 317	26,2	4 088 199	40,9	47,5	45,7	6,8

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. – 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.



den Rechtsberatern, den Architekturbüros sowie der Datenverarbeitung (jeweils rund 8 %) lag. Lediglich rund 5 % der bei diesen spezialisierten Dienstleistungsbranchen beschäftigten Personen waren jeweils im gesamten Wirtschaftsprüfungs- und -beratungsbereich bzw. bei Auskunfts- und Schreibbüros u.ä. einschließlich Stellenvermittlung zu finden. Innerhalb des dynamischen Vermietungsgewerbes waren über die Hälfte der Beschäftigten bei der sogenannten "Übrigen Vermietung beweglicher Sachen" (beispielsweise Büromaschinen oder Datenverarbeitungsanlagen) und nahezu ein Drittel bei der Vermietung von Kraftfahrzeugen tätig. Allerdings kam diesem Dienstleistungszweig insgesamt bezüglich der absoluten Beschäftigtenzahlen (3,2 %) nur geringe Bedeutung zu.

Demgegenüber zeichnete sich im gesamten Bundesgebiet eine andere Reihenfolge ab. Den dominierenden Bereich mit den absolut meisten Beschäftigten stellte eindeutig die Vermögensverwaltung usw. (19,3 %) dar. Daran schloß sich der Bereich der beratenden Ingenieure (15,3 %) an, dem die steuerlichen (11,9 %) und die rechtlichen (10,1 %) Beratungsbranchen folgten. Die Werbung erreichte einen Anteil von knapp 8 %. Rund 7 % der Tätigen übten bei der Datenverarbeitung ihre Tätigkeit aus. Während damit im Bundesdurchschnitt unter Beschäftigungsaspekten der Datenverarbeitung größere Bedeutung als den Architekturbüros (6,1 %) zukam, fällt das Ergebnis für Baden-Württemberg anders aus. Beide Bereiche besaßen im Land das gleiche und darüber hinaus ein höheres Gewicht als im Bund. Festzuhalten bleibt darüber hinaus die auffallend starke Dominanz der beratenden Ingenieure in Baden-Württemberg.

#### Typische Frauenberufe auch bei unternehmensbezogenen Dienstleistungen

In Baden-Württemberg waren rund 93 000 Frauen und damit 5,1 % aller landesweit tätigen Frauen im Bereich der unternehmensorientierten Dienstleistungen beschäftigt. Im Vergleich zum allgemeinen Beschäftigungszuwachs der

Frauen (+ 28,0 %) fiel die Steigerungsrate bei den spezialisierten unternehmensbezogenen Diensten (+ 215,5 %) deutlich höher aus. Die Frauen erreichten dadurch einen Anteil von 43,1 % an allen Beschäftigten dieser Wirtschaftszweige. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen war damit in diesen Branchen zwar - wie aus Tabelle 8 hervorgeht - höher als in der Gesamtwirtschaft Baden-Württembergs (40,3 %), allerdings wesentlich niedriger als im Gesamtbereich der von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienste (56,6 %). Diese Ergebnisse deuten auf die Konzentration der erwerbstätigen Frauen insbesondere in haushaltsbezogenen Dienstleistungsbranchen (z.B. Gesundheitswesen, Reinigung, Friseurgewerbe etc.) hin.

Dementsprechend wiesen auch im Bereich der unternehmensorientierten Dienstleistungen vorwiegend die Branchen hohe Frauenquoten auf, die in hohem Maße durch Tätigkeiten gekennzeichnet sind, die im allgemeinen als "typische" Frauenberufe (z.B. Bürotätigkeiten etc.) angesehen werden. Überdurchschnittlich viele Frauen - im Vergleich zur gesamten baden-württembergischen Wirtschaft - waren in der Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung und -prüfung sowie in der Werbung beschäftigt. Demgegenüber lag der Frauenanteil in den übrigen unternehmensorientierten Wirtschaftszweigen unter dem Durchschnitt. Insbesondere in der Sparte "beratende Ingenieure" sowie in der Datenverarbeitung war nur jede dritte tätige Person eine Frau. Ähnlich waren auch die Ergebnisse der Testerhebung 1988.

Im Bundesgebiet war der Anteil der Frauen an allen Beschäftigten mit 40,0 % niedriger als in Baden-Württemberg. Auch nahezu alle unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen wiesen sowohl geringere Frauenquoten als auch geringere Zunahmen der Frauenbeschäftigung auf. Der bedeutendste Unterschied ergab sich bei der Werbung. Während hier landesweit die Zahl der beschäftigten Frauen 1987 gegenüber 1970 um 328,6 % gestiegen ist, betrug die Wachstumsrate im Bund lediglich 136,6 %.

Tabelle 8

**Frauen- und Teilzeitbeschäftigung in unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen in Baden-Württemberg 1970 und 1987\*)**

Wirtschaftsgliederung	Nr. der Systematik <sup>1)</sup>	Beschäftigte									
		1987			1970			Veränderung 1987 gegen 1970			
		insgesamt	und zwar		insgesamt	und zwar		Frauen		Teilzeitbeschäftigte	
			Frauen	Teilzeitbeschäftigte		Frauen	Teilzeitbeschäftigte				
		1000	%		1000	%		1000	%	1000	%
Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung	781	54,7	59,3	26,5	22,9	54,6	17,6	+ 20,0	+ 160,1	+ 10,5	+ 259,8
Technische Beratung und Planung	784	59,5	32,8	17,8	34,4	29,5	10,8	+ 9,4	+ 92,1	+ 6,9	+ 184,0
Werbung	787	22,9	48,5	45,6	6,5	39,9	14,1	+ 8,5	+ 328,6	+ 9,5	+ 1 033,9
Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	788	71,5	38,0	15,7	8,6	42,5	17,6	+ 23,5	+ 642,6	+ 9,7	+ 639,6
Vermietung beweglicher Sachen	791	6,8	38,7	18,7	1,9	29,8	12,0	+ 2,1	+ 375,0	+ 1,0	+ 469,1
<b>zusammen</b>	<b>781-791</b>	<b>215,4</b>	<b>43,1</b>	<b>22,3</b>	<b>74,3</b>	<b>39,6</b>	<b>14,0</b>	<b>+ 63,4</b>	<b>+ 215,5</b>	<b>+ 37,6</b>	<b>+ 360,8</b>
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	7	718,0	56,6	30,8	345,6	57,9	17,1	+ 206,4	+ 103,1	+ 161,7	+ 273,2
<b>Insgesamt</b>	<b>0-9</b>	<b>4 496,2</b>	<b>40,3</b>	<b>16,4</b>	<b>3 891,3</b>	<b>36,4</b>	<b>9,1</b>	<b>+ 395,8</b>	<b>+ 28,0</b>	<b>+ 382,9</b>	<b>+ 108,4</b>

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987. – 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

### Flexibilität ermöglicht verstärkte Teilzeitarbeit

In Baden-Württemberg waren knapp 48 000 Personen bei unternehmensorientierten Dienstleistungsbetrieben als Teilzeitkräfte beschäftigt. Dies entsprach einem Anteil von 6,5 % an allen Teilzeitbeschäftigten im Lande. Im Gegensatz zur allgemeinen Beschäftigungsentwicklung in den unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen (+ 190,1 %) war bei der Teilzeitbeschäftigung ein weitaus stärkerer Anstieg (+ 360,8 %) zu verzeichnen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten stieg damit 1987 in den betrachteten Branchen auf 22,3 %. Damit waren in Baden-Württemberg bei den unternehmensorientierten Dienstleistungsanbietern verhältnismäßig weniger Teilzeitarbeitsverhältnisse als im gesamten Dienstleistungsbereich (23,5 %), aber mehr als in der Wirtschaft insgesamt (16,4 %) zu verzeichnen. Ein ähnliches Ergebnis wurde auch bei der Teststichprobe 1988 ermittelt.

Dies spricht dafür, daß die Dienstleistungsunternehmen – insbesondere Anbieter haushaltsorientierter Dienste – in der Gestaltung der Arbeitszeit weit flexibler als beispielsweise Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (8,4 %) sind.

Von besonderem Interesse ist die Bedeutung der Teilzeitarbeit im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. So entfielen von den gesamten landesweit neu geschaffenen Arbeitsplätzen etwa zwei Drittel auf Teilzeitarbeitsplätze, während bei den spezialisierten unternehmensbezogenen Dienstleistungsbranchen der Anteil der Teilzeitplätze lediglich rund 27 % erreichte. Hier wurden vergleichsweise viele neue Vollzeit-arbeitsplätze geschaffen. Auf Bundesebene kann dieser Unterschied besonders eindrucksvoll aufgezeigt werden. So beruhte hier die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Beschäftigtenzahlen nahezu ausschließlich auf der Zunahme der Teilzeitarbeitsplätze

(96,9 %). Im unternehmensorientierten Dienstleistungsbereich entfiel hierauf dagegen lediglich ein Viertel. Somit lag die Teilzeitquote im Bund in den einzelnen unternehmensorientierten Branchen noch unter den jeweiligen Landeswerten.

Eine Differenzierung der Teilzeitbeschäftigten nach dem Geschlecht zeigt, daß Frauen mit ungefähr 70 % auf Landes- wie auf Bundesebene weitaus die meisten Teilzeitkräfte bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen stellten. Allerdings scheinen sich im Bereich der Unternehmensdienstleister noch am ehesten Männer (rund 30 %) für die Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung zu entscheiden. Diese Schlußfolgerung beruht darauf, daß für die gesamte Wirtschaft landes- und bundesweit eine noch höhere Frauenquote von knapp vier Fünfteln (Männerquote rund 20 %) an den Teilzeitbeschäftigten ermittelt wurde. Dies könnte bedeuten, daß bei Anbietern von Unternehmensdienstleistungen männliche Arbeitskräfte eventuell projektgebunden über einen gewissen Zeitraum beschäftigt sind (z.B. bei Unternehmensberatern) oder aber die Tätigkeit unter Umständen nur eine Nebenbeschäftigung (z.B. in der Werbebranche) darstellt.

#### DIFFERENZIERUNG DER BESCHÄFTIGTEN NACH DER STELLUNG IM BETRIEB

Bei einer Betrachtung der Beschäftigungsstruktur im Bereich moderner unternehmensorientierter Dienstleistungen verdient der Aspekt der Stellung der Beschäftigten innerhalb des Betriebs besondere Aufmerksamkeit. Im Hinblick auf die genannten Dienstleistungsbranchen sind vor allem die Personengruppen der tätigen Inhaber sowie der Arbeitnehmer von Interesse.

#### Tätige Inhaber vorwiegend in technischen Beratungsbranchen

In Baden-Württemberg sowie im gesamten Bundesgebiet befanden sich - ausgehend von der Gesamtzahl - die meisten tätigen Inhaber (rund 40 %) im Bereich der von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienstleistungen. Dagegen waren lediglich 18,0 % (Bund: 15,1 %) der Selbständigen im Verarbei-

tenden Gewerbe zu finden. Betrachtet man ausschließlich die Unternehmensdienstleister, so ergab sich hier ein Anteilswert von 12,1 % an den im Land erfaßten tätigen Inhabern (Bund: 11,3 %).

Von den insgesamt 40 000 tätigen Inhabern in unternehmensbezogenen Dienstleistungsarbeitsstätten in Baden-Württemberg waren nach Tabelle 7 nahezu zwei Fünftel in Büros beratender Ingenieure zu finden. Danach folgten die Selbständigen in Architekturbüros (15,1 %). Nur wenig niedriger war die Anzahl der als Rechtsberater (13,2 %) tätigen Inhaber. Demgegenüber lag im Bundesdurchschnitt die rechtliche Beratung (16,6 %) an erster Stelle. Daran schlossen sich die beratenden Ingenieure (15,5 %) an. Nahezu gleichrangig erwiesen sich die Architekturbüros sowie die Steuerberatung (rund 13 %). Festzuhalten bleibt, daß in Baden-Württemberg der Schwerpunkt der Tätigkeit der Selbständigen damit eindeutig bei den technischen Beratungsberufen (Ingenieure sowie Architekten) lag, die den Bereich der gesamten wirtschaftlichen Beratungsbranchen (in erster Linie Rechts-, Steuerberatung) dominierten. Im Gegensatz dazu war im Bundesgebiet kein vergleichbares zentrales Tätigkeitsfeld bei den Selbständigen feststellbar.

Alle unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen wiesen in Baden-Württemberg entsprechend der gesamten Beschäftigungsentwicklung eine außerordentliche Expansion der Anzahl der tätigen Inhaber auf. Vergleicht man die Steigerungswerte im Bundesdurchschnitt, die in allen Bereichen unter den entsprechenden Landeswerten lagen, fällt vor allem der deutliche Unterschied bei der Sparte "Vermietung beweglicher Sachen" auf. Während in Baden-Württemberg eine starke Erhöhung der Anzahl der tätigen Inhaber um das Eineinhalbfache zu verzeichnen war, fiel die Zunahme im Bund mit rund 50 % dagegen bescheiden aus.

Eine Differenzierung der tätigen Inhaber Baden-Württembergs nach dem Geschlecht führt zu dem Ergebnis, daß dem Bereich der Schreib-, Auskunftsbüros u.ä. einschließlich Stellenver-

mittlung eine Sonderstellung zukommt. Hier betrug der Frauenanteil knapp 70 %. Ansonsten war der Anteil der Inhaberinnen meistens deutlich geringer als der landesweit für die gesamte Wirtschaft ermittelte Wert von 26,2 %.

#### Höhere Qualifikation der Arbeitnehmer

Vier Fünftel aller in unternehmensorientierten Branchen tätigen Personen in Baden-Württemberg waren Arbeitnehmer. Damit lag die Arbeitnehmerquote deutlich unter dem für die gesamte baden-württembergische Wirtschaft errechneten Wert von 90,7 %. Diese Daten weisen wiederum auf die im Durchschnitt kleineren Arbeitsstätten bei Dienstleistungsanbietern für den Unternehmensbereich hin. Die Verteilung der Arbeitnehmer stimmt in den ausgewählten Branchen weitgehend mit der bereits aufgezeigten Beschäftigungsverteilung überein. Für die weitere Analyse der Beschäftigungsstruktur in unternehmensbezogenen Dienstleistungsbranchen erweist sich daher die Untergliederung der abhängig Beschäftigten in Tabelle 4 als vorteilhaft. Diese Beschäftigtengruppe kann nach Angestellten (und Beamten), nach Arbeitern (Facharbeiter bzw. Gesellen und sonstige Arbeiter) sowie nach Auszubildenden klassifiziert werden.

In der gesamten Wirtschaft Baden-Württembergs waren am Zählungstichtag nahezu die Hälfte aller Arbeitnehmer der Kategorie der Angestellten zuzurechnen. Der Anteil der Arbeiter betrug über zwei Fünftel. Im Gegensatz dazu wird deutlich, daß bei den unternehmensorientierten Dienstleistungen die dort beschäftigten Arbeitnehmer hinsichtlich ihrer betrieblichen Stellung höher qualifiziert waren. Beispielsweise besaßen bei den Branchen der gesamten wirtschaftlichen und technischen Beratung rund neun Zehntel der Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) den Status eines Angestellten. Der Anteil der Arbeiter an den abhängig Beschäftigten dieser Bereiche war mit unter einem Zehntel eher unbedeutend. Eine Ausnahme stellte allerdings die Werbebranche dar. Über die Hälfte der Arbeitnehmer waren hier Arbeiter. Dieser Tatbestand dürfte darauf zurückzuführen sein, daß zum Wirtschaftszweig "Werbung" auch

Dienstleistungen (z.B. Plakatierung, Prospektverteilung, Litfaßsäulenreklame etc.) gerechnet werden, die ein geringeres Qualifikationsniveau erfordern. Weitgehend kann dieser Trend auch auf Bundesebene verfolgt werden.

Die Gruppe der Auszubildenden erlangte in Baden-Württemberg im gesamten Bereich der unternehmensorientierten Dienstleistungen einen Anteil von 6,4 %. Da dieser Prozentsatz nahezu dem Wert in der gesamten baden-württembergischen Wirtschaft (6,8 %) entspricht, scheint die Aussage gerechtfertigt, daß sich die Anzahl der Auszubildenden weniger nach der Branche als nach der Arbeitnehmerzahl richtet. Dennoch sind branchenspezifische Unterschiede zu berücksichtigen. So erreichten die Auszubildenden in Baden-Württemberg bei der Rechts- und bei der Steuerberatung, bei den Architekturbüros sowie bei den Vermessungsbüros immerhin einen überdurchschnittlichen Anteil von bis zu zwei Zehntel an allen Arbeitnehmern. In den übrigen Sparten der unternehmensbezogenen Dienstleistungen lag ihr Anteil unter dem Durchschnitt. Während der Anteil der in der Ausbildung stehenden tätigen Personen an den Arbeitnehmern auf Bundesebene nur geringfügig höher war (7,1 %), lassen sich bei der Steigerung entsprechend der allgemeinen Beschäftigungsentwicklung deutlich niedrigere Raten als auf Landesebene erkennen.

#### Branchenspezifische Relation von Arbeitnehmern zu tätigen Inhabern

Aus statistischer Sicht besonders bemerkenswert ist das branchenspezifisch divergierende Verhältnis der Anzahl der abhängig Beschäftigten zur Anzahl der Selbständigen. In Baden-Württemberg entfiel bei der technischen Beratung und Planung sowie bei der Steuer-, Rechts-, Wirtschaftsberatung und -prüfung im Durchschnitt auf drei Beschäftigte (ohne unbezahlt mithelfende Familienangehörige) ein Inhaber. Hingegen spielten die Selbständigen bei den Dienstleistungen für Unternehmen, andererseits nicht genannt (z.B. Messe- und Ausstellungseinrichtungen, Datenverarbeitung etc.) mit einem Verhältnis von 1 : 9 eine geringere Rolle. Als Gegensatz läßt sich beispielsweise das

Verarbeitende Gewerbe mit einem enorm hohen Anteil der abhängig Beschäftigten von 96,5 % anführen. Hier wird besonders deutlich, daß der unternehmensorientierte Dienstleistungsbereich die Domäne der Selbständigen ist.

#### VERSORGUNGSASPEKTE: DER DIENSTLEISTUNGSBESATZ

Da die Arbeitsstättenzählung als Teil der Volkszählung durchgeführt wurde, bietet es sich an, die am Stichtag ermittelten aktuellen Beschäftigungsfälle bei unternehmensorientierten Dienstleistungen nicht nur in Relation zur Arbeitsstättenzahl der gesamten gewerblichen und freiberuflichen Wirtschaft<sup>11</sup> sondern auch zum Bevölkerungsstand von 1987 zu setzen. Auf diese Weise sind zum einen Rückschlüsse auf die Versorgung der baden-württembergischen Wirtschaft mit Unternehmensdiensten möglich. Zum anderen wird auch das Angebot an Arbeitsplätzen im dynamischen Bereich der Unternehmensdienstleistungen für die baden-württembergische Bevölkerung - insbesondere im Vergleich zum Bundesdurchschnitt - sichtbar.

#### Versorgung der Wirtschaft mit unternehmensbezogenen Dienstleistungen

Betrachtet man die Versorgung der gewerblichen und freiberuflichen Wirtschaft mit Unternehmensdienstleistungen, gemessen an der Anzahl der in diesen Branchen beschäftigten Personen je 1 000 Arbeitsstätten, so lassen sich daraus in erster Linie Anhaltspunkte über die Bereitstellung der Dienstleistungsfunktionen im jeweiligen regionalen Absatzgebiet ableiten.

---

11 Die Organisationen ohne Erwerbszweck sowie die Gebietskörperschaften und Sozialversicherung wurden nicht als Nachfrager von unternehmensbezogenen Dienstleistungen betrachtet. Ausgeklammert wurde weiterhin der jeweils untersuchte unternehmensorientierte Dienstleistungszweig.

Im Bundesgebiet insgesamt ergab sich mit rund 590 Beschäftigten je 1 000 Arbeitsstätten ein höherer Versorgungsgrad mit Unternehmensdienstleistungen als in Baden-Württemberg mit knapp 560 Beschäftigungsfällen. Eine Differenzierung nach einzelnen Branchen zeigt, daß im Land eine bessere Versorgung mit Diensten der technischen Beratung und Planung (159 Beschäftigte je 1 000 Arbeitsstätten) sowie der Werbung (60 Beschäftigte je 1 000 Arbeitsstätten) als im Bundesdurchschnitt (134 bzw. 47 Beschäftigte je 1 000 Arbeitsstätten) gegeben war. Beispielsweise sind landesweit je 1 000 Arbeitsstätten 103 Personen mit Diensten der Sparte "Beratende Ingenieure" und 47 Personen mit denen der "Architekten" beschäftigt. Bundesweit boten 91 bzw. 36 Personen entsprechende Dienste an. Demgegenüber fanden die Arbeitsstätten im gesamten Bundesgebiet eher Dienstleistungsanbieter der Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung und -prüfung sowie der Dienstleistungen für Unternehmen, anderweitig nicht genannt vor.

#### Arbeitsplätze in unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen

Der Aspekt des Arbeitsplatzangebotes bei Unternehmensdienstleistern bezogen auf die gesamte Bevölkerung gewinnt vor allem unter gleichzeitiger Betrachtung der Situation im Verarbeitenden Gewerbe an Bedeutung. In Baden-Württemberg sowie im Bundesgebiet insgesamt war das Angebot an Arbeitsplätzen im Bereich der von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienste nahezu gleich groß (Land/Bund: 77/78 Beschäftigungsfälle je 1 000 Einwohner). Demgegenüber war im Verarbeitenden Gewerbe in Baden-Württemberg mit 183 Beschäftigten je 1 000 Einwohner die Besatzziffer eindeutig höher als im Bundesdurchschnitt (137 Beschäftigungsfälle). Dennoch war in Baden-Württemberg in einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes das Arbeitsplatzangebot mit beispielsweise 22 Beschäftigungsfällen in der Herstellung von Kraftwagen oder 27 bei der Elektrotechnik vergleichbar mit dem Angebot im gesamten Sektor der Unternehmensdienstleistungen.

Mit 23 Beschäftigten je 1 000 Einwohner in unternehmensbezogenen Dienstleistungsbranchen war die Besatzziffer im Lande genau so hoch wie im gesamten Bundesgebiet. D.h. es war landes- wie bundesweit das gleiche Angebot an Arbeitsplätzen bei den Unternehmensdiensten vorhanden. Geringe branchenspezifische Unterschiede bestanden beispielsweise bei der Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung und -prüfung. Hier war im Bundesgebiet mit 7 Personen je 1 000 Einwohner ein Beschäftigungsfall mehr als im Land zu verzeichnen. Demgegenüber ergab sich bei der technischen Beratung und Planung in Baden-Württemberg mit 6 Personen je 1 000 Einwohner ein Beschäftigungsfall mehr.

## AUSBLICK

Seit dem Beginn der siebziger Jahre ist die gesamtwirtschaftliche Leistung in Baden-Württemberg überdurchschnittlich stark gestiegen. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im Zeitraum von 1970 bis 1987 in Preisen von 1980 landesweit um 50 % zu, während der Vergleichswert für das Bundesgebiet lediglich 44 % betrug. Bei anhaltend starkem Wachstum ist in Baden-Württemberg auch weiterhin mit einem steigenden Anteil des tertiären Sektors an der Wirtschaft zu rechnen. Insbesondere die unternehmensorientierten Dienstleistungen werden dabei eine wachstumstragende Rolle übernehmen. Damit dürfte auch der Abstand im Vergleich zum Bundesdurchschnitt weiter vermindert werden. So betrug 1987 der Unterschied in der Versorgung der gewerblichen und freiberuflichen Wirtschaft mit Unternehmensdiensten zwischen Land und Bund 5,6 %, während 1970 landesweit der Versorgungsgrad noch um 7,3 % geringer war.

Innerhalb der unternehmensorientierten Dienstleistungen ist allerdings mit erheblichen Wachstumsunterschieden zu rechnen. Steigende Bedeutung werden die Dienstleistungen erlangen, die in hochentwickelten Industrieländern zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit z.B. Datenverarbeitung, Software etc. bestimmen. Dennoch wird weiterhin auch

der Bedarf an herkömmlichen unternehmensorientierten Diensten vorhanden sein. So wird die Komplexität der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung - insbesondere vor dem Hintergrund des europäischen Binnenmarktes und der Perspektiven in Mittel- und Osteuropa - sowie das umfassende Rechts- und Steuersystem zu einer Nachfrage nach den gesamten wirtschaftlichen Beratungsdiensten führen. Darüber hinaus müssen sich die Unternehmen mit Hilfe von Forschungs- und technischen Planungsleistungen dem hohen Innovationstempo anpassen. Dabei muß unterschieden werden, ob ein Unternehmen die Leistung selbst erbringt oder fremd bezieht. Zum Teil besitzen produzierende Unternehmen selbst qualifizierte Dienstleistungsabteilungen (z.B. technischer Planungsbereich), die allerdings meist mit Routinearbeiten ausgelastet sind. Daher müssen für spezielle Projekte selbständige Büros (z.B. Engineeringbranche) eingeschaltet werden, die Experten mit der Problemlösung betrauen können. Häufig sind diese selbständigen Betriebe auf Auslagerungen aus Unternehmen zurückzuführen. Ein Blick auf die Testerhebung im Jahre 1988 ergibt, daß vor allem im Bereich der Datenverarbeitung, Werbung und Vermietung beweglicher Sachen Unternehmensgründungen durch Auslagerungen bedingt waren. Da eine Auslagerung betrieblicher Funktionen zudem eine Entlastung für ein Unternehmen (z.B. kein eigenes Risiko etc.) darstellt, dürfte eine neue Gründungswelle spezialisierter unternehmensorientierter Dienstleistungsunternehmen bevorstehen. Im Hinblick auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes 1992 ist im Zuge der Entwicklung neuer Technologien darüber hinaus mit einem weiteren Ausbau grenzüberschreitender unternehmensorientierter Dienstleistungen im Informations- und Kommunikationsbereich zu rechnen.

Daneben ist offenkundig, daß die Qualität von Erzeugnissen in zunehmendem Maße von begleitenden Dienstleistungen (z.B. Schulung, Wartung, Marketing etc.) abhängen wird. Hier ergab die Testerhebung 1988 bei Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, daß immerhin ein Viertel der Befragten ihr Dienstleistungsangebot ausweiteten. Bei zwei

Dritteln stagnierte das Angebot in der letzten Zeit, während lediglich bei 4 % eine Verminderung stattfand. Auch hier besteht die Möglichkeit verstärkt spezialisierte selbständige Unternehmen mit der Dienstleistungserbringung zu beauftragen.

Ob mit der Strukturveränderung der Wirtschaft weiterhin ein Anstieg der Beschäftigtenzahlen einhergeht, bleibt abzuwarten. So wird insbesondere bei den Unternehmensdienstleistungen der verstärkte Einsatz der Mikroelektronik einerseits zu einem Rationalisierungspotential führen. Andererseits könnte die dadurch bedingte Produktivitätssteigerung wiederum zu einem Anstieg der Beschäftigtenzahlen führen. Allerdings ist nicht nur die Produktivität der Unternehmensdienstleistungen selbst von Bedeutung, sondern vielmehr muß berücksichtigt werden, daß die spezialisierten Dienste - vor allem durch Auslagerungen - zu einer Produktivitätsverbesserung anderer Branchen führen können.

## ZUSAMMENFASSUNG

- Der Dienstleistungssektor rückt immer stärker in den Mittelpunkt des volkswirtschaftlichen Interesses. Dabei gewinnen vor allem die unternehmensorientierten Dienstleistungen zunehmend an Bedeutung, da neben der verstärkten Auslagerung von einzelnen Dienstleistungsfunktionen insbesondere aus Unternehmen des Produzierenden Gewerbes auch eine steigende Inanspruchnahme spezieller Dienste seitens dieser Unternehmen stattfindet. Gleichzeitig führen Umstrukturierungsprozesse innerhalb der Unternehmen zu einem steigenden Einsatz unternehmensinterner Dienstleistungen (Tertiarisierung).
- Nach den vorliegenden Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 waren am Zählungstichtag in Baden-Württemberg rund 425 000 Arbeitsstätten (ohne eigentliche

Land- und Forstwirtschaft) mit knapp 4,5 Millionen Beschäftigten zu verzeichnen. Gegenüber 1970 war damit in Baden-Württemberg im Vergleich zum Bund eine deutlich überdurchschnittliche Zunahme der Zahl der Arbeitsstätten (+ 20,6 %) und der Beschäftigten (+ 15,5 %) zu konstatieren (Bundesgebiet: + 13,0 % bzw. + 10,5 %). Die positive Entwicklung beruhte dabei auf den enormen wirtschaftlichen Aktivitäten im gesamten Dienstleistungsbereich (+ 34,6 % bzw. + 54,0 %).

- Verschiedene Indikatoren verdeutlichen, daß in Baden-Württemberg trotz der stärkeren strukturellen Veränderung als im Bundesgebiet insgesamt der geringere Anteil im Bereich der Dienstleistungen nur teilweise abgebaut wurde. So lag im Land (Bund) der Anteil des Dienstleistungssektors sowohl an der unbeeinigten Bruttowertschöpfung mit 50,7 % (Bund: 58,1 %) als auch an den tätigen Personen mit 54,0 % (Bund: 60,1 %) - nach der Arbeitsstättenzählung - deutlich unter den jeweiligen Bundeswerten. Auch im Ländervergleich wies Baden-Württemberg den kleinsten Dienstleistungsanteil an den Beschäftigten insgesamt auf.
- Ursächlich hierfür ist allerdings auch, daß die Beschäftigtenzahl im Produzierenden Gewerbe des Landes zwischen 1970 und 1987 mit einer Abnahmerate von - 11,1 % deutlich weniger stark schrumpfte als im Bund (- 17,7 %). Diese Indikatoren illustrieren somit, daß das Produzierende Gewerbe in Baden-Württemberg weiterhin einen hohen Stellenwert besitzt. Dies geht insbesondere auch aus den sektoralen Anteilen des Landes an den Bundesergebnissen hervor. Innerhalb des sekundären Sektors war landes- wie bundesweit der gleiche Grad der Tertiarisierung - gemessen am Anteil der Erwerbstätigen mit Dienstleistungsfunktionen von rund zwei Dritteln - erreicht. Der für Baden-Württemberg konstatierte geringere Anteil bei den Dienstleistungen wird daher erheblich relativiert.

- Die Strukturverschiebung zugunsten des Dienstleistungssektors in Baden-Württemberg war vor allem auf den hohen Anstieg an Arbeitsstätten (+ 63,2 %) und an Beschäftigten (+ 107,8 %) im Bereich der von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienste zurückzuführen. Die stärksten Wachstumsimpulse gingen dabei von den modernen, überwiegend unternehmensorientierten Dienstleistungen aus, die mit einer Zunahme an Arbeitsstätten von + 149,1 % und an Beschäftigten von + 190,1 % im Lande ebenfalls überdurchschnittlich expandierten.
- Betrachtet man die Versorgung der gewerblichen und freiberuflichen Wirtschaft mit Unternehmensdienstleistungen, ergab sich in Baden-Württemberg ein höherer Versorgungsgrad mit Diensten der technischen Beratung und Planung (159 Beschäftigte je 1000 Arbeitsstätten) sowie der Werbung (60 Beschäftigte je 1000 Arbeitsstätten) als im Bundesdurchschnitt (134 bzw. 47 Beschäftigte je 1 000 Arbeitsstätten). Setzt man darüber hinaus die Beschäftigungsfälle in Relation zum Bevölkerungsstand von 1987, resultiert mit 23 Beschäftigten je 1 000 Einwohner in unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen landes- wie bundesweit das gleiche Angebot an Arbeitsplätzen.
- In Baden-Württemberg war im Jahre 1987 die technische Beratung und Planung auffallend stark vertreten. Betrachtet man allerdings die zugehörigen Veränderungsdaten seit 1970, war lediglich eine unterdurchschnittliche Steigerung zu verzeichnen. Überdurchschnittliche Wachstumsraten ergaben sich dagegen bei den modernsten Dienstleistungen wie beispielsweise Datenverarbeitung, Leasing etc. Diese Resultate lassen die Schlußfolgerung zu, daß den erstgenannten unternehmensorientierten Diensten bereits 1970 eine hohe Bedeutung zukam, während sich die modernsten Leistungen erst in den letzten vier bis fünf Jahren verstärkt entwickelt haben.
- Eine Betrachtung des Eröffnungsjahres führt zu dem Ergebnis, daß in den Jahren von 1970 bis 1984 ungefähr 50 % der unternehmensorientierten Dienstleistungsarbeitsstätten eröffnet wurden. Bei der Analyse der unternehmensbezogenen Dienstleistungen nach Beschäftigtengrößenklassen fällt auf, daß die Arbeitsstätten mit weniger als 20 Beschäftigten einen Anteil von 97,1 % erreichten. Hier waren 59,1 % aller in unternehmensorientierten Branchen tätigen Personen beschäftigt.
- Innerhalb der unternehmensorientierten Dienstleistungen in Baden-Württemberg arbeiteten knapp ein Fünftel der Beschäftigten in Büros beratender Ingenieure. Mit deutlichem Abstand - gemessen an der absoluten Zahl - folgten die Vermögensverwaltung (15,1 %), die Steuerberatung (11,4 %), die Werbung (10,6 %), die Rechtsberatung, die Architekturbüros sowie die Datenverarbeitung (jeweils rund 8 %).
- Die Frauen erreichten in Baden-Württemberg einen Anteil von 43,1 % an allen Beschäftigten der modernen unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen. Hohe Frauenquoten wiesen die Dienstleistungszweige (z.B. Rechts-, Steuerberatung, Werbung etc.) auf, die in hohem Maße durch Tätigkeiten gekennzeichnet sind, die im allgemeinen als "typische" Frauenberufe (z.B. Bürotätigkeiten etc.) angesehen werden. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten war bei den unternehmensorientierten Dienstleistungsanbietern (22,3 %) höher als in der gesamten Wirtschaft (16,4 %) Baden-Württembergs. Auch waren bei den Unternehmensdienstleistern erstaunlich viele Männer als Teilzeitarbeitskräfte beschäftigt.
- In Baden-Württemberg lag innerhalb der unternehmensbezogenen Dienstleistungen der Schwerpunkt der Tätigkeit der Selbständigen eindeutig bei den technischen Beratungs- und Planungsberufen. Überdurchschnittlich viele Inhaberinnen waren bei den Schreib-, Auskunftsbüros u.ä.



einschließlich Stellenvermittlung zu finden. Vier Fünftel aller in unternehmensorientierten Branchen tätigen Personen waren Arbeitnehmer, wobei eine hohe Qualifikation hinsichtlich der betrieblichen Stellung zu verzeichnen war. In einzelnen Branchen erreichten bis zu neun Zehntel der Arbeitnehmer den Status eines Angestellten.

- In Baden-Württemberg entfiel bei den gesamten technischen und wirtschaftlichen Beratungsbranchen im Durchschnitt auf drei Beschäftigte (ohne unbezahlt mithelfende Familienangehörige) ein Inhaber. Im Gegensatz zum Anteil der abhängig Beschäftigten von 96,5 % im Verarbeitenden Gewerbe, wird hier besonders deutlich, daß der unternehmensorientierte Dienstleistungsbereich die Domäne der Selbständigen ist.

- Die unternehmensorientierten Dienstleistungen dürften auch zukünftig eine wachstumstragende Rolle übernehmen. Steigende Bedeutung werden insbesondere modernste Dienstleistungen (z.B. Datenverarbeitung, Software, Werbung etc.) erlangen, die in hochentwickelten Industrieländern zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit bestimmen. Im Hinblick auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes 1992 ist im Zuge der Entwicklung neuer Technologien vor allem mit einem stärkeren Ausbau grenzüberschreitender unternehmensorientierter Dienstleistungen im Informations- und Kommunikationsbereich zu rechnen. Dies dürfte auch in Baden-Württemberg zu einem weiteren Wachstum des bereits stark ausgeprägten Teilmarktes modernster unternehmensorientierter Dienstleistungen führen.

## 2.2 Der Kunst- und Kulturbereich in Baden-Württemberg

### – Zur wirtschaftlichen Bedeutung –

#### Einleitung

Baden-Württemberg ist nicht nur ein Land, das zahlreiche Erfinder und große Unternehmerpersönlichkeiten hervorgebracht hat und dessen Bevölkerung vor allem Fleiß, Sparsamkeit und eine ausgeprägte Neigung zum Häusle-bauen nachgesagt wird, sondern es ist auch das Land von Schiller und Hölderlin, von Ludwig Uhland und Hermann Hesse sowie – in neuerer Zeit – des Stuttgarter Balletts. Es entspricht auch der Tradition des Landes – man denke nur an Theodor Heuss und Carlo Schmid –, daß sich die führenden Politiker in besonderem Maße um die kulturellen Belange kümmern.

Die Kulturpolitik in der Bundesrepublik ist weitgehend Sache der Länder und Kommunen<sup>1</sup>. Die Landesregierung betrachtet die Förderung von Kunst und Kultur als eine unverzichtbare Pflichtaufgabe des Staates und – auch unter dem Aspekt der Zukunftsvorsorge – als eine wichtige "Investition in den Menschen". Im Vordergrund stehen der Ausbau der kulturellen Infrastruktur, die – in die Fläche wie in die Spitze hineinwirkend – an die Seite der wissenschaftlich-technischen Infrastruktur treten soll, und mithin auch die Sicherung und Weiterentwicklung einer umfassenden "kulturellen Grundversorgung". Die Ende 1989 von der Landesregierung als Expertenbericht vorgelegte Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg liefert eine Bestandsaufnahme und beschreibt gleichzeitig die Perspektiven alter und neuer Wege der

Kunstförderung in Baden-Württemberg, wobei in den einzelnen Kulturbereichen konkrete Projekte vorgeschlagen werden.

Kulturpolitik ist keine billige Angelegenheit, wenn sie den Erfordernissen einer modernen und zukunftsorientierten Gesellschaft gerecht werden will. Der Kultursektor in der Bundesrepublik ist jedoch insgesamt kein Kostgänger der öffentlichen Hand. Die Rückflüsse an Steuern und Sozialabgaben dieser Wirtschaftszweige übertreffen deutlich die vom Staat geleisteten Kulturausgaben. Dies geht aus einer Untersuchung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung hervor<sup>2</sup>. Im übrigen ist der Kultursektor ein wichtiger, wenn nicht gar ein zentraler Bestandteil der vielbeschworenen Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft, der in manchen Bereichen – man denke etwa an die Veränderungen in der Medienlandschaft – eine beträchtliche wirtschaftliche Dynamik aufweist.

Künstlerisch-kulturelle Leistungen sind in einem Kulturstaat Werte an sich, deren generelle Bedeutung für den einzelnen wie für die Gesellschaft sich nicht anhand ökonomischer Kriterien beurteilen läßt. Zweifellos ist der Kultursektor jedoch auch ein unmittelbarer wirtschaftlicher Faktor, über dessen Größenordnung in Baden-Württemberg bislang nur unzureichende Informationen vorliegen. Insbesondere die in Verbindung mit der Volkszählung 1987 durchgeführte Arbeitsstättenzählung ermöglicht nun eine teilweise Behebung dieser Informationsdefizite.

---

1 Damit sollte insbesondere auch die Möglichkeit ausgeschlossen werden, daß eine mächtige Zentralgewalt den kulturellen Bereich "gleichschalten" und für ihre Zwecke der Machterhaltung einsetzen kann.

---

2 Hummel, M./Berger, M.: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur, Gutachten im Auftrag des Bundesministers des Innern, Berlin-München 1988, S. 123.

## Wirtschaftliche Aspekte von Kunst und Kultur

Kunst- und Kulturgüter stiften den einzelnen Nachfragern Nutzen; ihre "Produktion" setzt den Einsatz grundsätzlich knapper - geistiger und materieller - Ressourcen voraus. Etwa Mitte der sechziger Jahre formierte sich die Kunstökonomik als eigenständige wirtschaftswissenschaftliche Fachrichtung<sup>3</sup>; ihre Vertreter befassen sich seither insbesondere mit den Determinanten von Angebot und Nachfrage in den einzelnen Sparten von Kunst und Kultur. Ein weiterer Schwerpunkt dieser Fachrichtung liegt in der Erforschung der Wirkungszusammenhänge zwischen partieller Leistungsfähigkeit der Märkte/Marktvorsagen einerseits und staatlichen Förderungspraktiken und gesetzlichen Rahmenbedingungen (z.B. Urheberrecht) andererseits.

Gerade in hochentwickelten Volkswirtschaften rückt ein "Produktionsfaktor" zunehmend in den Vordergrund: Kreativität und Phantasie. Zweifellos stehen Quantität und Qualität dieser wertvollen Ressource in positiver Beziehung zum kulturellen Umfeld und zur Intensität des künstlerisch-kulturellen Lebens in einem Land, in einer Region. Die kulturelle Attraktivität ist kein geringer Faktor im harten - und durch die Vollendung des EG-Binnenmarktes bis 1993 zusätzlich verschärften - Standortwettbewerb der Städte, Regionen und Länder. Künstlerisches Schaffen kann auch als Informationsquelle angesehen werden, aus der Innovationen hervorgehen und wirtschaftliche Wachstumseffekte - insbesondere in qualitativer Hinsicht - resultieren. Dieser Aspekt bezieht sich vor allem auf die Bereiche Architektur und Design. Ästhetik läßt sich eben besser verkaufen als schlechter Geschmack. Im Zuge der wachsenden Bedeutung des Produkt-Outfits für die Absatzchancen insbesondere der Ver-

brauchs-, aber auch der Investitionsgüter ist sogar das neue Berufsbild des "künstlerischen Kaufmanns" (Designmanager) entstanden<sup>4</sup>.

Der vorliegende Beitrag betrachtet den kulturellen Sektor als Quelle von Beschäftigung und Einkommen in Baden-Württemberg. Zur Abschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung im unmittelbaren Sinne, d.h. ohne Berücksichtigung positiver externer Effekte (z.B. Standortattraktivität; Ausstrahlung auf Produktdesign), werden die Beschäftigtenzahlen, die Lohn- und Gehaltssummen (Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987) und die Umsätze von Unternehmen und freiberuflich Tätigen (Umsatzsteuerstatistik) im Kulturbereich herangezogen. Des weiteren werden die Kulturausgaben des Landes sowie der Kommunen und Zweckverbände in der Untergliederung nach den einzelnen Kulturzweigen dargestellt.

## Abgrenzung des Kunst- und Kulturbereichs

Der Begriff "Kultur" wird heutzutage vielfach zitiert und verwendet (z.B. Eßkultur; Wohnkultur; Streitkultur; Unternehmenskultur - neuerdings auch: Bürokultur). Dieser nahezu schon inflationäre Gebrauch des Kulturbegriffs - nicht zuletzt in der Werbung - kann sich durchaus auf die modernen Kulturtheorien stützen, nach denen die Kultur eigentlich sämtliche Lebensbereiche umfaßt (von Wirtschaft und Technik über Politik, Religion, Wissenschaft und Künste bis hin zur Gesundheitspflege und den gesellschaftlichen Umgangsformen). Es ist naheliegend, daß eine derart ganzheitliche Betrachtungsweise einer Untersuchung, die sich mit dem wirtschaftlichen Gewicht des Kunst- und Kulturbereichs befaßt, nicht zugrunde gelegt werden kann: Müßte doch das Ergebnis feststellen, daß sämtliche Arbeitsplätze und sämtliche Umsätze und Einkommen letztlich auf kulturellen Aktivitäten und Bedürfnissen beruhen.

3 Vgl. Pommerehne, W. W./ Frey, B.S.: Kunst: Was sagt der Ökonom dazu?; in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 121. Jg., Heft 2/1985, S. 139 ff.

4 Vgl. Hoffmann, J.: Design: Attraktive Produktgestaltung als Chefsache, in: Wirtschaftswoche, Nr. 44 vom 27.10.1989, S. 85/86.

Die Abgrenzung des Kunst- und Kulturbereichs für den vorliegenden Beitrag mußte sich zwangsläufig an der statistischen Datenverfügbarkeit orientieren. Für den kulturellen Kernbereich wurde eine relativ weit gefaßte Abgrenzung gewählt, in deren Zentrum zwar die Schaffung und Darstellung/Verbreitung (z.B. Museen, Theater, Bücher) von Kunst- und Kulturgütern stehen, die jedoch darüber hinaus auch weitere Teile des Unterhaltungs- und Freizeitbereichs, Teilbereiche der künstlerischen Ausbildung und insbesondere die wichtigsten der alten und neuen Medien umfaßt. Mit der Einbeziehung wirtschaftlicher Aktivitäten auf dem Felde des Sports in den kulturellen Kernbereich wurde dem Umstand Rechnung getragen, daß sowohl die aktive Sportausübung wie auch der passive "Sportkonsum" wichtige gesellschaftliche Funktionen erfüllen. Der Sport teilt mit den übrigen Gebieten des kulturellen Kernbereichs nicht nur den Unterhaltungs- und Freizeitwert. Auch der Sport vermittelt Werte und prägt Bewußtseinsstrukturen (z.B. fairer Wettbewerb; Teamgeist); er verbindet Menschen unterschiedlicher Nationen, Hautfarben und sozialer Schichten, und er stiftet – was im Hinblick auf seine ungeheure Breitenwirkung von besonderer Bedeutung ist – lokale, regionale und nationale Identität<sup>5</sup>.

Neben dem soeben kurz skizzierten kulturellen Kernbereich wurden auch solche Wirtschaftszweige als "vor- und nachgelagerte Bereiche" in die Untersuchung einbezogen, die besonders eng mit der Schaffung und Verbreitung von Kunst- und Kulturgütern verbunden sind und deren Existenz unmittelbar mit dem Vorhandensein kultureller Betätigungen zusammenhängt. Einerseits schaffen sie die Voraussetzungen künstlerisch-kultureller Tätigkeiten (z.B. Herstellung von Musikinstrumenten; Druckereien; Buchbindereien), an-

dererseits machen sie die betreffenden Güter einem breiten Publikum zugänglich (z.B. Handelsbetriebe; Schallplattenindustrie; Bibliotheken). Die verfügbare Datenbasis zog der Einbeziehung verbundener Wirtschaftszweige (etwa im Umfang der wirtschaftlichen Verflechtung) gewisse Grenzen. Die vor- und nachgelagerten Bereiche enthalten folglich nur eine Auswahl derartiger Branchen. Die hinsichtlich der Verflechtungsintensität und wirtschaftlichen Bedeutung wichtigsten Wirtschaftszweige konnten jedoch berücksichtigt werden. Eine ausführliche Erläuterung der statistischen Abgrenzung und der herangezogenen statistischen Merkmale befindet sich im Anhang des Berichts (siehe: Methodische Erläuterungen).

#### Der Kunst- und Kulturbereich in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Der kulturelle Kernbereich in Baden-Württemberg bietet rund 69 500 Personen (Tabelle 1) eine haupt- oder nebenberufliche Betätigung (einschließlich Teilzeitbeschäftigte; ohne ehrenamtliche Tätigkeit). Unter Berücksichtigung der vor- und nachgelagerten Bereiche umfaßt der Kunst- und Kulturbereich insgesamt (in den Tabellen und Schaubildern wird hierfür zum Teil die Abkürzung "KuK-Bereich" verwendet) rund 150 700 Beschäftigte in Baden-Württemberg. Somit beläuft sich der Anteil Baden-Württembergs an den Arbeitsplätzen im kulturellen Kernbereich des Bundesgebiets auf 17,1 %; bei den Beschäftigten in den vor- und nachgelagerten Bereichen beträgt der baden-württembergische Anteilswert sogar 18,0 % (Bevölkerungsanteil: 15,3 %). Sowohl in Baden-Württemberg als auch im Bundesgebiet arbeiten etwa 1,5 % aller Beschäftigten im kulturellen Kernbereich; der Kunst- und Kulturbereich insgesamt erzielt in Baden-Württemberg einen Anteil von 3,4 % an der gesamten Beschäftigung gegenüber 3,2 % im Bundesgebiet (Tabelle 4). Die vor- und nachgelagerten Bereiche des kulturellen Sektors haben folglich in Baden-Württemberg ein etwas höheres Gewicht als im Bundesdurchschnitt. Der kulturelle Kernbereich erreicht in Baden-Württemberg hinsichtlich der Beschäftigung ungefähr die Bedeutung der Chemischen Industrie

5 Die Einbeziehung des Sports entspricht im übrigen der UNESCO-Empfehlung (Belgrad 1980) zur Standardisierung öffentlicher Kulturausgaben.

Tabelle 1

**Beschäftigte, Löhne und Gehälter im KuK-Bereich Baden-Württembergs und des Bundesgebietes 1987\*)**

Wirtschaftszweig	Baden-Württemberg		Bundesgebiet	Anteil Baden- Württembergs am Bundesgebiet.
	Be- schäftigte	Löhne und Gehälter	Beschäftigte	
	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	%
Kernbereich zusammen	69 515	1 774,7	406 544	17,1
Theater und Orchester <sup>1)</sup>	6 185	242,9	38 089	16,2
Selbständige Künstler und Schriftsteller	3 596	16,5	20 990	17,1
Filmwirtschaft	2 750	40,2	24 400	11,3
– Filmtheater	1 908	21,0	11 912	16,0
– Filmherstellung	707	17,4	9 809	7,2
– Filmverleih und -vertrieb	135	1,8	2 679	5,0
Museen, Kunstaussstellungen, zoolog. u.ä. Gärten	3 710	104,8	27 636	13,4
Hörfunk und Fernsehen	3 795	214,5	30 530	12,4
Verlags- und Pressewesen	29 970	830,1	149 455	20,1
– Buchverlage	6 381	257,5	27 142	23,5
– Zeitschriftenverlage	5 299	215,2	29 610	17,9
– Zeitungsverlage	15 885	305,3	76 070	20,9
– übr. Verlagsgewerbe	1 479	41,6	8 603	17,2
– Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, selbständige Journalisten	926	10,5	8 030	11,5
Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten <sup>2)</sup>	9 271	152,1	52 036	17,8
Sport <sup>3)</sup>	10 238	173,6	63 408	16,1
Vor- und nachgelagerte Bereiche zusammen	81 147	2 370,7	449 611	18,0
Kunst- und Kulturbereich insgesamt	150 662	4 145,4	856 155	17,6

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25.5.1987. Löhne und Gehälter: Baden-Württemberg 1986. – 1) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette. – 2) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung. – 3) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer.

(72 200 Beschäftigte); im Wirtschaftszweig Herstellung von Büromaschinen und ADV-Geräten (24 000) sind dagegen weit weniger Personen als im kulturellen Kernbereich beschäftigt, während beispielsweise das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe etwa doppelt soviel Arbeitsplätze aufweist (137 100).

Charakteristisch für die Beschäftigung im kulturellen Kernbereich ist zum einen der hohe Anteil der Selbständigen bzw. tätigen Inhaber (12,0 % gegenüber 7,3 % bei der Gesamtheit der Beschäftigten in Baden-Württemberg) und zum anderen der weit überdurchschnittliche Anteil der Teilzeitbeschäftigten (38,1 % gegen-

Tabelle 2

Beschäftigte im KuK-Bereich Baden-Württembergs 1987 nach der Stellung im Betrieb\*)

Wirtschaftszweig	Be- schäf- tigte im KuK- Bereich ins- gesamt	Davon nach Stellung im Betrieb		Anteil der tätigen Inhaber an den	Anteil der Teilzeit- beschäf- tigten an den
		tätige In- haber	Arbeit- neh- mer <sup>1)</sup>		
		Anzahl		KuK-Beschäftigten insgesamt	
Kernbereich zusammen	69 515	8 350	61 165	12,0	38,1
Theater und Orchester <sup>2)</sup>	6 185	967	5 218	15,6	13,8
Selbständige Künstler und Schriftsteller	3 596	2 570	1 026	71,5	12,5
Filmwirtschaft	2 750	388	2 362	14,1	45,1
Filmtheater	1 908	176	1 732	9,2	58,8
Filmerstellung	707	174	533	24,6	11,6
Filmverleih und -vertrieb	135	38	97	28,1	25,9
Museen, Kunstausstel- lungen, zoolog. u.ä. Gärten	3 710	79	3 631	2,1	33,4
Hörfunk und Fernsehen	3 795	—	3 795	—	4,2
Verlags- und Pressewesen	29 970	1 364	28 606	4,6	42,5
Buchverlage	6 381	380	6 001	6,0	18,7
Zeitschriftenverlage	5 299	168	5 131	3,2	23,7
Zeitungsverlage	15 885	65	15 820	0,4	61,6
übr. Verlagsgewerbe	1 479	232	1 247	15,7	20,8
Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, selb- ständige Journalisten	926	519	407	56,0	20,5
Unterricht für unterhal- tende und künstlerische Tätigkeiten <sup>3)</sup>	9 271	1 581	7 690	17,1	56,5
Sport <sup>4)</sup>	10 238	1 401	8 837	13,7	44,4
Vor- und nachgelagerte Bereiche zusammen	81 147	9 041	72 106	11,1	19,2
Kunst- und Kulturbereich insgesamt	150 662	17 391	133 271	11,5	27,9

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25.5.1987. — 1) Einschließlich unbezahlt mithelfende Familienangehörige. — 2) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette. 3) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung. — 4) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer.

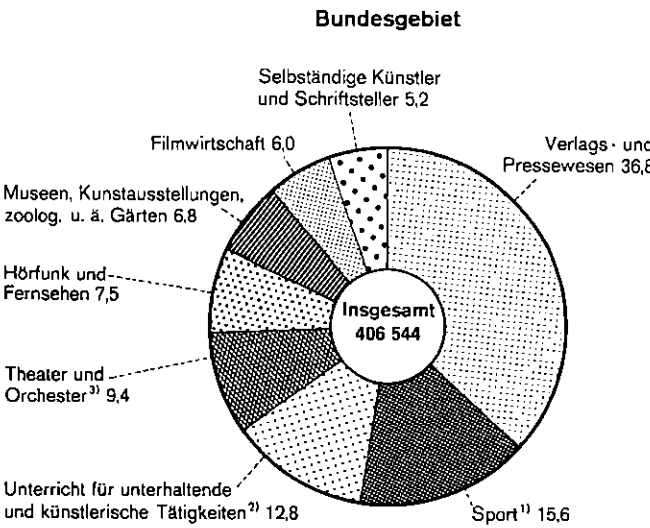
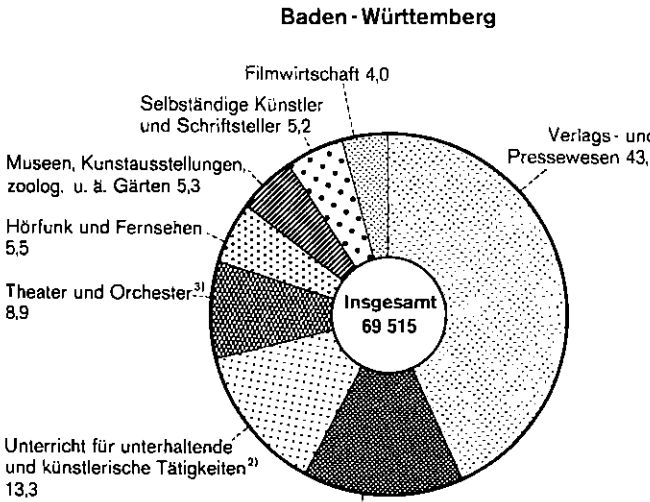
über 16,4 % bei sämtlichen Beschäftigten) (Tabelle 2). Diese Umstände dürften im wesentlichen dafür verantwortlich sein, daß dem kulturellen Kernbereich bei den Löhnen und Gehältern (1 774,7 Mill. DM im Jahr 1986) eine geringere Bedeutung zukommt (Anteil an der gesamten Lohn- und Gehaltssumme in Baden-Württemberg: 1,2 %) als bei der Zahl der Beschäftigten. Die Chemische Industrie (3 275,9 Mill. DM) übertrifft bei dieser wirtschaftlichen Kenngröße den kulturellen Kernbereich bei weitem; der Vorsprung des Kernbereichs vor dem Industriezweig Büroma-

schinen/ADV-Geräte (1 461,0 Mill. DM) ist hier wesentlich geringer als beim Merkmal Beschäftigte. In diesen Industriebranchen dürften zudem die durchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten erheblich höher sein als in den meisten Branchen des kulturellen Kernbereichs.

Schaubild 1

Beschäftigtenstruktur im kulturellen Kernbereich Baden-Württembergs und des Bundesgebiets 1987  
Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung

Anteile in %



1) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer. — 2) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung. 3) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette.

Auf den Kunst- und Kulturbereich insgesamt entfiel 1986 ein Anteil von 2,8 % (4 145,4 Mill. DM) an der gesamten Lohn- und Gehaltssumme in Baden-Württemberg.

Aus der Gegenüberstellung der Beschäftigtenstruktur des kulturellen Kernbereichs in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (Schaubild 1) ist ersichtlich, daß in Baden-Württemberg ein größerer Anteil der Arbeitsplätze des Kernbereichs im Verlags- und Pressewesen (43,1 %) angesiedelt ist als im Bundesgebiet (36,8 %). Die Sparten Filmwirtschaft (4,0 %; Bund: 6,0 %) sowie Hörfunk und Fernsehen (5,5 %; Bund: 7,5 %) haben dagegen bundesweit ein höheres Gewicht innerhalb des kulturellen Kernbereichs als in Baden-Württemberg. Bei den Anteilswerten der übrigen Zweige des Kernbereichs ergeben sich keine wesentlichen Unterschiede zwischen Land und Bund.

Die baden-württembergischen Anteile an den Beschäftigten in den Branchen des kulturellen Kernbereichs des Bundesgebiets liegen zwischen 11,3 % im Bereich Filmwirtschaft und 20,1 % im Verlags- und Pressewesen, das im Hinblick auf Beschäftigung und Einkommen die übrigen Sparten des Kernbereichs bei weitem überragt. Hervorzuheben sind einerseits die bemerkenswert hohen Anteile Baden-Württembergs bei den Buch- (23,5 %) und Zeitungsverlagen (20,9 %) und andererseits die geringen Beschäftigtenanteile in den Sparten Filmherstellung (7,2 %) sowie Filmverleih und -vertrieb (5,0 %). Ein relativ niedriger Anteil des Landes am Bundesgebiet ist ferner im Bereich Hörfunk und Fernsehen (12,4 %) zu konstatieren (Tabelle 1).

Der hohe Anteil Baden-Württembergs an den Beschäftigten in den vor- und nachgelagerten Bereichen des Bundesgebiets (18,0 %) resultiert aus den zum Teil enormen Anteilswerten bei den hier untersuchten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes (Anhangtabelle 1). So beläuft sich der Anteil Baden-Württembergs an den Beschäftigten der bundesdeutschen Musikinstrumentenhersteller auf 31,0 %; überdurchschnittliche Anteile am Bundesgebiet sind ferner bei Buchbindereien (25,5 %) und Drucke-

reien (19,2 %) sowie beim Wirtschaftszweig Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten (21,0 %) festzustellen. Unterdurchschnittliche Anteile - mit Ausnahme der Sparte Einzelhandel mit Musikinstrumenten und Musikalien (19,1 %) - ergeben sich dagegen bei den hier herangezogenen Branchen des Groß- und Einzelhandels sowie bei den allgemeinbildenden und unterhaltenden Büchereien (einschließlich Videotheken) (14,0 %).

#### Der kulturelle Kernbereich Baden-Württembergs im Überblick

Die Theater und Orchester (einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette) in Baden-Württemberg beschäftigen zirka 6 200 Personen; dies entspricht einem Anteil von 8,9 % an den Beschäftigten im kulturellen Kernbereich. In Baden-Württemberg existieren zwei Staatstheater (Stuttgart und Karlsruhe), acht Kommunaltheater<sup>6</sup> und drei Landesbühnen (Esslingen, Bruchsal und Tübingen) mit insgesamt 53 Spielstätten. Die Landesbühnen versorgen in erster Linie die theaterlosen Städte und Gemeinden der Region mit Theateraufführungen nach dem Prinzip der Wanderbühnen. Neben den öffentlichen Theatern, die in der Spielzeit 1987/88 rund 6 700 Veranstaltungen mit 2,7 Mill. Besuchern absolvierten, gibt es in Baden-Württemberg 20 Privattheater, die in der Spielzeit 1987/88 rund 3 300 Vorstellungen vor 450 000 Besuchern gaben<sup>7</sup>. Des weiteren bestehen in Baden-Württemberg 230 Amateurbühnen, die im Landesverband der Amateurtheater zusammengeschlossen sind, sowie eine Vielzahl von statistisch nicht erfaßten kleineren Spielgruppen. In den Amateurbühnen des Landes sind etwa 9 000 aktive Mitglieder tätig, die jährlich mehr als 30 000 Aufführungen veran-

---

6 In den Städten Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Ulm, Pforzheim, Heilbronn, Konstanz und Baden-Baden.

7 Vgl. Theaterstatistik 1987/88, 23. Heft, Hrsg.: Deutscher Bühnenverein - Bundesverband Deutscher Theater, S. 104 ff.

stalten (1987: über 600 000 Besucher). Sowohl die Zahl der Mitwirkenden als auch die der Zuschauer hat sich gegenüber 1980 mehr als verdoppelt<sup>8</sup>.

In der Sparte der selbständigen Künstler und Schriftsteller wurden bei der Arbeitsstättenzählung 3 600 Beschäftigte im Lande erfaßt, von denen 71,5 % als "tätige Inhaber" ausgewiesen wurden. 92 % der Beschäftigten dieses Bereichs entfielen auf die Rubrik der selbständigen Künstler (bildende Künstler, Komponisten und Musikbearbeiter, Bühnen-, Film- und Rundfunkkünstler), 6 % wurden als selbständige Schriftsteller registriert und weitere 2 % wurden den selbständigen Artisten zugerechnet. Die Entscheidung für eine selbständige künstlerische Erwerbstätigkeit ist mit einem beträchtlichen Risiko verbunden. Wenngleich es auf diesem Gebiet einige ausgesprochene Spitzenverdiener gibt, so liegt doch das Durchschnittseinkommen erheblich unter dem Durchschnitt aller Einkommensteuerverpflichtigen und ist weit entfernt vom Durchschnittseinkommen aller Freiberufler<sup>9</sup>.

Die Filmwirtschaft zählt mit ihren 2 750 Beschäftigten nicht gerade zu den kulturellen Domänen in Baden-Württemberg, insbesondere was die Bereiche Filmherstellung (710 Beschäftigte) sowie Filmverleih und -vertrieb (140) anbelangt. Die Filmtheater beschäftigten 1987 rund 1 900 Personen (davon 58,8 % Teilzeitbeschäftigte). Die 524 ortsfesten Filmtheater im Lande zählten 1988 17,3 Mill. Besucher; dies entspricht 1,8 jährlichen Filmbesuchen je Einwohner<sup>10</sup>. Das breitgefächerte Spielfilmangebot der öffentlich-rechtlichen und neuerdings auch der privaten Fernsehanbieter bereitet den Filmtheatern große

wirtschaftliche Probleme. Hinzu kommt die wachsende Nutzung von Videofilmen. Seit 1985 ist jedoch wieder ein leichter Anstieg bei der Zahl der Filmbesucher zu beobachten, nachdem von 1980 bis 1985 die Zahl der Kinobesuche bundesweit um 27,5 % zurückging. Die bundesdeutschen Filmproduktionen haben erhebliche Schwierigkeiten in dem Bestreben, sich gegen die starke ausländische Konkurrenz (insbesondere aus den USA) zu behaupten und den Zugang zu einem breiten inländischen und ausländischen Publikum zu finden. Die staatliche Filmförderung trägt jedoch wesentlich dazu bei, daß ein eigenständiges und zudem qualitativ hochstehendes nationales Filmschaffen erhalten bleibt. So wurden 1988 von den 57 erstaufgeführten bundesdeutschen Spielfilmen (darunter 8 Coproduktionen mit dem Ausland) 42 Filme mit einem Prädikat der Filmbewertungsstelle Wiesbaden (FBW) ausgezeichnet. Ein bisher noch nicht erreichter Höchstwert.

Rund 3 700 Beschäftigte in Baden-Württemberg arbeiten in Museen und Kunstgalerien sowie in zoologischen u.ä. Gärten; das sind 5,3 % der Beschäftigten im kulturellen Kernbereich. "Baden-Württemberg ist mit nahezu 900 Museen das museumsreichste Land der Bundesrepublik Deutschland"<sup>11</sup>. Das Museumswesen untergliedert sich in staatliche und nichtstaatliche Museen, die sich in der Trägerschaft von kommunalen Körperschaften, Vereinen, Kirchen und Firmen, aber auch von Privatpersonen befinden. Unter den staatlichen Museen ist vor allem die Staatsgalerie in Stuttgart hervorzuheben, die bereits im ersten Jahr nach der Eröffnung des Erweiterungsbaus (1984) 1,6 Mill. Besucher und damit die meisten Besucher unter allen bundesdeutschen Kunstmuseen zählte. Die Kunstmuseen haben durch ihre Ankaufspolitik - bei den staatlichen Museen spielen hierbei die Mittel aus Toto-, Lotto- und Spielbankerträgen eine große Rolle - eine erhebliche Bedeutung für die bildenden Künstler der Gegenwart. Die Errichtung

---

8 Vgl. Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 1990, Kapitel 1, S. 31.

9 Vgl. Hummel, M./Berger, M., a.a.O., S. 67.

10 Vgl. Filmstatistisches Taschenbuch 1989, Hrsg.: Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V., S. 18 ff.

---

11 Vgl. Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 1990, Kapitel 6, S. 171.



von Museen wird häufig mit Belangen des Denkmalschutzes verknüpft (z.B. Burg- und Schloßmuseen); Museumsneubauten sind ferner ein wichtiges Tätigkeits- und "Erprobungsfeld" der modernen Architektur.

Hörfunk und Fernsehen sind - gemessen an der Zeitzuwendung der Konsumenten - die bedeutendsten Massenmedien in der heutigen Zeit, wobei der Hörfunk (häufig auch als "Hintergrundmedium" genutzt) noch vor dem Fernsehen rangiert. Bis zu Beginn der 80er Jahre war das Hörfunk- und Fernsehangebot den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (ARD und ZDF) vorbehalten. Die Alliierten Militärregierungen waren an der Entstehung der Landesrundfunkanstalten nach dem Krieg maßgeblich beteiligt. Diesem Umstand ist es zu verdanken, daß gleich zwei Sendeanstalten ihren Sitz in Baden-Württemberg haben; nämlich der Südwestfunk in Baden-Baden (französische Zone) und der Süddeutsche Rundfunk in Stuttgart (amerikanische Zone). Seit Anfang 1984 bieten jedoch in der Bundesrepublik auch private Veranstalter Fernseh- und Hörfunkprogramme an. Die neuen Übertragungsmöglichkeiten (Satellitentechnik; Breitbandverkabelung) haben letztlich den Boden für eine Überwindung des öffentlich-rechtlichen Monopols bereitet<sup>12</sup>. Somit sind die technischen und rechtlichen Voraussetzungen sowohl für eine stärkere Differenzierung (auch im Sinne von Regionalisierung/Lokalisierung) als auch für eine Internationalisierung (Satellitenprogramme) des Programmangebots geschaffen. Die Frage, ob auch die wirtschaftlichen Bedingungen für die Vielzahl neuer regionaler und überregionaler Programme hinreichend erfüllt sind, wird nicht zuletzt von den Mediennutzern selbst entschieden. Bei der Arbeitsstättenzählung wurden im Bereich Hörfunk und Fernsehen rund 3 800 Beschäftigte in Baden-Württemberg erfaßt. Der Anteil der privaten Rundfunkanbieter dürfte zu diesem Zeitpunkt (Mai 1987) noch relativ gering gewesen sein.

<sup>12</sup> Vgl. Bericht der Bundesregierung über die Lage der Medien in der Bundesrepublik Deutschland - Medienbericht 1985 -, Bundestagsdrucksache 10/5663, S. 79.

In der Bundesrepublik wurden 1988 mehr als 68 000 Buchtitel aufgelegt (50 000 Erstauflagen und 18 000 Neuauflagen); dieses Rekordergebnis entspricht dem zweiten Platz in der Welt Rangliste (nach der Sowjetunion und vor den USA)<sup>13</sup>. Mit einer Zeitungsdichte von 456 Tageszeitungsexemplaren je 1 000 Einwohner liegt die Bundesrepublik auch hier - vor Großbritannien und nach Japan - auf dem zweiten Rang im internationalen Vergleich<sup>14</sup>. Das Verlags- und Pressewesen in Baden-Württemberg, auf das 43,1 % der Beschäftigten im kulturellen Kernbereich entfallen, bietet mehr Arbeitsplätze (rund 30 000) als beispielsweise der Industriezweig Büromaschinen/ADV-Geräte (24 000) und ist zweifellos ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor im Lande. Allein die Zeitungsverlage beschäftigen 15 900 Personen (davon jedoch 61,6 % Teilzeitbeschäftigte). Die klassischen Printmedien stehen in einem harten Wettbewerb mit den elektronischen Medien. Neben Hörfunk und Fernsehen sind mit Videotext und Bildschirmtext neue Konkurrenten hinzugekommen. Der Wettbewerb der alten und neuen Medien um das prinzipiell beschränkte - allerdings noch wachsende (mehr Freizeit) - Zeitbudget der potentiellen Mediennutzer ist jedoch kein ausschließlicher Verdrängungswettbewerb. Die Nutzung eines Mediums (z.B. aktuelle Fernsehberichterstattung) kann zweifellos auch stimulierend auf die Inanspruchnahme weiterer Medienangebote wirken (z.B. vertiefende Zeitungs- oder Zeitschriftenlektüre). Die Auflagenentwicklung von Zeitungen und Zeitschriften wie auch die Produktionstendenz auf dem Buchmarkt signalisieren jedenfalls, daß sich die "alten" Printmedien neben ihren neueren Konkurrenten durchaus behaupten können. Die Wachstumsspielräume dürften jedoch im allgemeinen - mit Ausnahme einiger Marktsegmente (etwa "Special-Interest-Zeitschriften") - sehr begrenzt sein.

<sup>13</sup> Vgl. Jahrbuch '89, Hrsg.: Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V., S. 15.

<sup>14</sup> Vgl. Medienlandschaft Bundesrepublik Deutschland, Hrsg.: Informationsstelle Wirtschaft Baden-Württemberg (ISW), Stuttgart 1989, S. 5.

Im Bereich Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten (ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung) waren 1987 zirka 9 300 Personen im Lande tätig. Dies sind immerhin 13,3 % der Beschäftigten im kulturellen Kernbereich Baden-Württembergs. In diesem Sektor wurden 17,1 % der Beschäftigten als "tätige Inhaber" und 56,5 % als Teilzeitbeschäftigte registriert. 1988 gab es in Baden-Württemberg 149 Volkshochschulen mit 931 Außenstellen, die 77 500 Kursveranstaltungen mit rund 1 Mill. Teilnehmern sowie 18 500 Einzelveranstaltungen mit 770 000 Besuchern durchführten. Des weiteren wurden im Bereich der kirchlichen Weiterbildung (evangelische und katholische Erwachsenenbildung) insgesamt 25 000 Kurse mit rund 500 000 Teilnehmern sowie knapp 55 000 Einzelveranstaltungen mit 1,8 Mill. Teilnehmern absolviert. Die Beschäftigten der kirchlichen Erwachsenenbildung konnten jedoch im vorliegenden Beitrag nicht berücksichtigt werden, da ein gesonderter Ausweis im Rahmen der Arbeitsstättenzählung nicht erfolgte.

Der Sektor Sport umfaßt in der hier vorgenommenen Abgrenzung 10 200 Beschäftigte in Baden-Württemberg. Der Anteil der "tätigen Inhaber" beläuft sich auf 13,7 %; 44,4 % der Beschäftigten gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach. Die gewählte Abgrenzung des sportlichen Bereichs enthält die Beschäftigten von Sportschulen (ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung) und von Sporteinrichtungen sowie die selbständigen Sportler und Sportlehrer. Von den Beschäftigten der zahlreichen Sportvereine und ihrer Verbände konnten somit nur diejenigen berücksichtigt werden, die im Bereich der Sportschulen und Sporteinrichtungen tätig sind. Das weitgehend von ehrenamtlicher Tätigkeit geprägte Vereinswesen umfaßt in Baden-Württemberg 9 646 Sportvereine mit mehr als 2,9 Mill. aktiven und passiven Mitgliedern<sup>15</sup>.

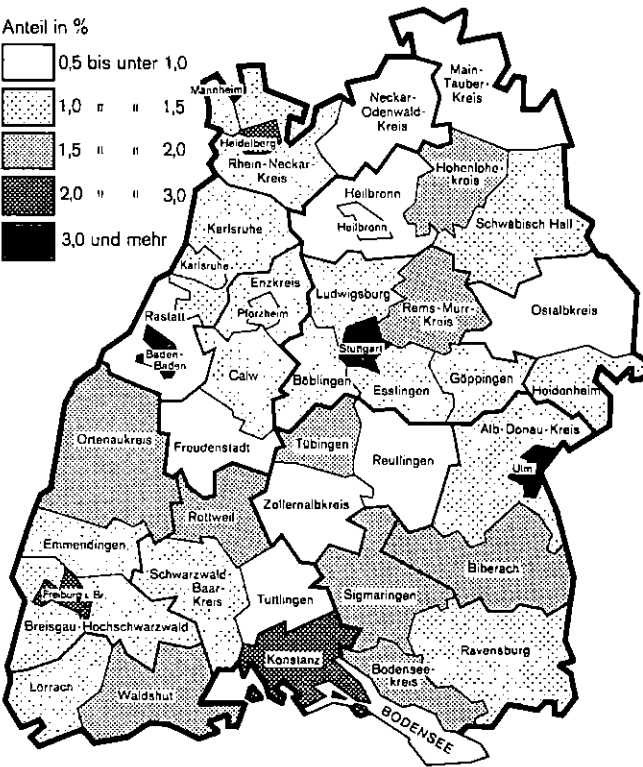
15 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1989, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, S. 379.

Knapp 30 % der Vereinsmitglieder sind unter 19 Jahre alt. Die Vitalität des Vereinssports im Lande ist schon daran ersichtlich, daß sowohl die Anzahl der Vereine (1980 bis 1988: + 21,3 %) als auch die Zahl der Mitglieder (+ 30,5 %) in den 80er Jahren enorm gestiegen sind.

### Der Kunst- und Kulturbereich in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs

Nahezu jeder fünfte Arbeitsplatz (19,1 %) des kulturellen Kernbereichs in Baden-Württemberg befindet sich in der Landeshauptstadt Stuttgart. Mit einem Anteil des kulturellen Kernbereichs (an den Beschäftigten insgesamt) von 3,0 % liegt jedoch Stuttgart erst an dritter Stelle unter den Stadt- und Landkreisen im Lande (Anhangtabelle 2). Die beiden vorderen Plätze werden von den Stadtkreisen Baden-Baden (8,1 %) und Ulm

Schaubild 2  
Anteil der Beschäftigten im kulturellen Kernbereich an den Beschäftigten insgesamt in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1987  
Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung



(3,2 %) belegt; auf den Rängen vier und fünf folgen die Stadtkreise Freiburg (2,7 %) und Heidelberg (2,3 %). Die nach den diversen Sparten untergliederte Darstellung - des kulturellen Kernbereichs ausgewählter Stadtkreise (mit einem Anteil des Kernbereichs von über 2 %) zeigt beträchtliche Unterschiede in der Beschäftigtenstruktur (Tabelle 3). Knapp drei Viertel aller Beschäftigten im kulturellen Kernbereich der Stadt Ulm entfallen auf die Zeitungsverlage (74,0 %), während in Baden-Baden (Sitz des Südwestfunks) der

Bereich Hörfunk und Fernsehen (62,8 %) eindeutig dominiert. Die Buchverlage erreichen beachtliche Anteile an den Beschäftigten des Kernbereichs in Heidelberg (27,7 %), Freiburg (21,7 %) und Stuttgart (20,7 %). In Heidelberg sind ferner die Zeitschriftenverlage (20,5 %) von einiger Bedeutung; bei Freiburg sind dagegen noch die Zeitungsverlage (26,3 %) hervorzuheben. Unter den Landkreisen in Baden-Württemberg weisen der Kreis Konstanz (2,0 %), der Rems-Murr-Kreis (1,8 %) und der Kreis Rottweil (1,8 %)

Tabelle 3

**Beschäftigte im kulturellen Kernbereich ausgewählter Stadtkreise Baden-Württembergs 1987\*)**

Wirtschaftszweig	Stuttgart		Freiburg		Ulm		Baden-Baden		Heidelberg	
	Beschäftigte									
	ins- gesamt	Anteil	ins- gesamt	Anteil	ins- gesamt	Anteil	ins- gesamt	Anteil	ins- gesamt	Anteil
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Kernbereich zusammen	13 310	100	3 023	100	2 685	100	2 382	100	2 006	100
Theater und Orchester <sup>1)</sup>	1 594	12,0	417	13,8	270	10,1	157	6,6	210	10,5
Selbständige Künstler und Schriftsteller	577	4,3	109	3,6	72	2,7	60	2,5	70	3,5
Filmwirtschaft	391	2,9	68	2,2	29	1,1	13	0,5	70	3,5
Filmtheater	214	1,6	46	1,5	29	1,1	7	0,3	44	2,2
Filmherstellung	161	1,2	22	0,7	—	—	4	0,2	26	1,3
Filmverleih und -vertrieb	16	0,1	—	—	—	—	2	0,1	—	—
Museen, Kunstausstellungen, zoolog. u.ä. Gärten	1 234	9,3	130	4,3	40	1,5	96	4,0	113	5,6
Hörfunk und Fernsehen	1 954	14,7	61	2,0	13	0,5	1 495	62,8	68	3,4
Verlags- und Pressewesen	6 155	46,2	1 633	54,0	2 046	76,2	414	17,4	1 132	56,4
Buchverlage	2 752	20,7	655	21,7	34	1,3	26	1,1	555	27,7
Zeitschriftenverlage	1 302	9,8	86	2,8	23	0,9	294	12,3	411	20,5
Zeitungsverlage	1 638	12,3	795	26,3	1 987	74,0	68	2,9	123	6,1
übr. Verlagsgewerbe	179	1,3	78	2,6	—	—	7	0,3	26	1,3
Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, selb- ständige Journalisten	284	2,1	19	0,6	2	0,1	19	0,8	17	0,8
Unterricht für unterhal- tende und künstlerische Tätigkeiten <sup>2)</sup>	854	6,4	390	12,9	120	4,5	69	2,9	238	11,9
Sport <sup>3)</sup>	551	4,1	215	7,1	95	3,5	78	3,3	105	5,2

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25.5.1987. – 1) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette. – 2) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung. – 3) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer.

die höchsten Anteile des kulturellen Kernbereichs an den Beschäftigten insgesamt auf.

Bezieht man die Arbeitsplätze im gesamten Kunst- und Kulturbereich (einschließlich der vor- und nachgelagerten Bereiche) auf die Beschäftigten sämtlicher Wirtschaftszweige, so ändert sich die Reihenfolge der führenden Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg. Die Spitzenpositionen werden zwar weiterhin von Baden-Baden (9,6 %) und Ulm (6,4 %) eingenommen, nunmehr aber gefolgt vom Stadtkreis Heilbronn (6,3 %) (Anhangtabelle 2). Die Landeshauptstadt liegt erst an vierter Stelle (4,8 %) vor dem Landkreis Esslingen und dem Stadtkreis Freiburg (jeweils 4,5 %). Von den gut 4 000 Arbeitsplätzen in den vor- und nachgelagerten Kulturbereichen in Heilbronn - der Kernbereich umfaßt dagegen nur knapp 600 Beschäftigte - sind 61 % im Industriezweig Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten angesiedelt. Der Schwerpunkt der rund 7 200 Beschäftigten, die in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftszweigen

im Kreis Esslingen tätig sind, liegt ebenfalls eindeutig im Verarbeitenden Gewerbe (78 %). Nur 19 % der Beschäftigten arbeiten in den ausgewählten Sparten des Groß- und Einzelhandels; die restlichen 3 % entfallen auf die allgemeinbildenden und unterhaltenden Büchereien (einschließlich Videotheken)<sup>16</sup>.

### Bundesländervergleich

Gemessen am Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitsplätze im jeweiligen Bundesland hat der kulturelle Kernbereich in den Stadtstaaten Hamburg (3,0 %), West-Berlin (2,4 %) und Bremen (1,8 %) die größte wirtschaftliche Bedeutung.

16 Landesweit entfallen 54 % der 81 100 Arbeitsplätze in den vor- und nachgelagerten Bereichen auf das Verarbeitende Gewerbe, 41 % auf den Groß- und Einzelhandel und 5 % auf die allgemeinbildenden und unterhaltenden Büchereien (einschließlich Videotheken).

Tabelle 4

### Beschäftigte im KuK-Bereich in den Bundesländern und im Bundesgebiet 1987\*)

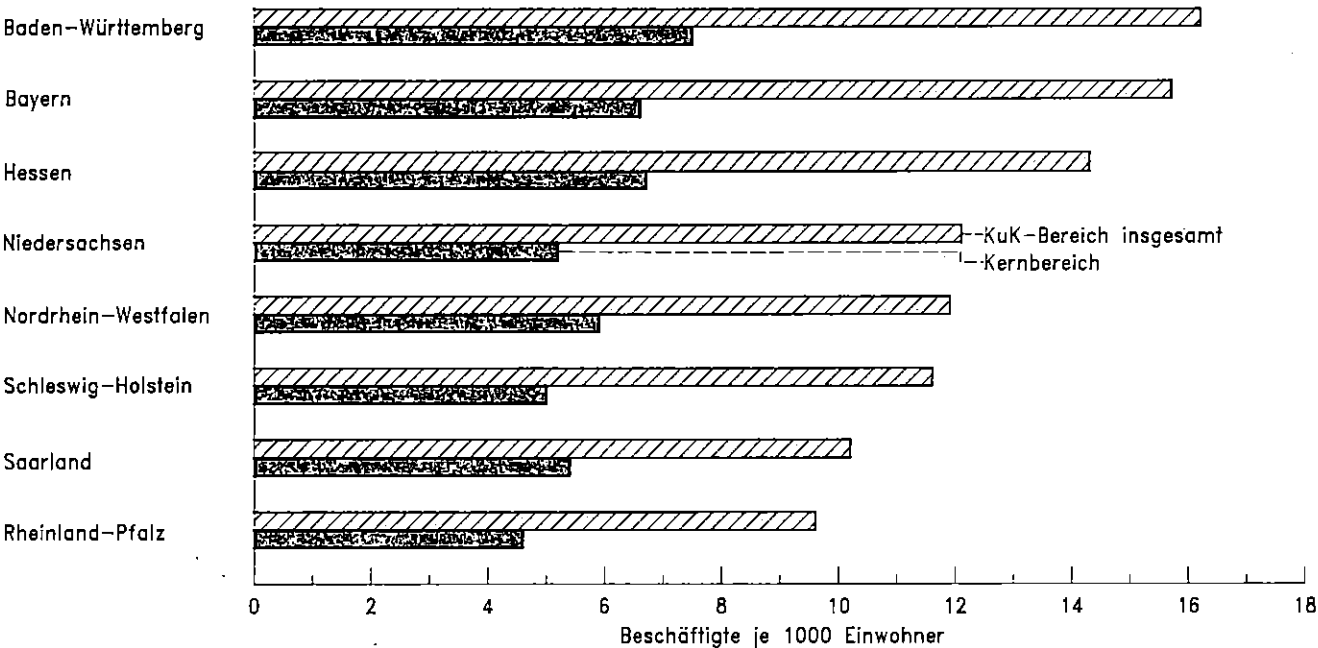
Land	Beschäftigte			Anteil des Kernbereichs am KuK-Bereich insgesamt	Anteil des Kernbereichs	Anteil des KuK-Bereichs
	im Kernbereich	in vor- und nachgelagerten Bereichen	im KuK-Bereich insgesamt		an den Beschäftigten insgesamt	
	Anzahl			%		
Baden-Württemberg	69 515	81 147	150 662	46,1	1,5	3,4
Bayern	72 101	99 039	171 140	42,1	1,4	3,4
Berlin	22 840	19 735	42 575	53,6	2,4	4,4
Bremen	6 116	5 184	11 300	54,1	1,8	3,2
Hamburg	27 687	13 727	41 414	66,9	3,0	4,4
Hessen	36 887	41 965	78 852	46,8	1,4	3,1
Niedersachsen	37 529	48 832	86 361	43,5	1,4	3,1
Nordrhein-Westfalen	98 476	100 310	198 786	49,5	1,4	2,8
Rheinland-Pfalz	16 765	17 984	34 749	48,2	1,2	2,4
Saarland	5 753	5 016	10 769	53,4	1,3	2,4
Schleswig-Holstein	12 875	16 672	29 547	43,6	1,4	3,1
Bundesgebiet	406 544	449 611	856 155	47,5	1,5	3,2

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25.5.1987

Die Flächenstaaten werden angeführt von Baden-Württemberg, wo 1,5 % aller Beschäftigten im kulturellen Kernbereich tätig sind. Am Ende der Skala rangieren das Saarland (1,3 %) und Rheinland-Pfalz (1,2 %); aus Tabelle 4 ist ersichtlich, daß im Hinblick auf die beschäftigungspolitische Bedeutung des kulturellen Kernbereichs nur minimale Unterschiede zwischen den Flächenstaaten gegeben sind. Dies ändert sich jedoch, wenn man den Beschäftigtenanteil des gesamten Kunst- und Kulturbereichs heranzieht. Die Differenz zwischen den Spitzenreitern unter den Flächenstaaten - Baden-Württemberg und Bayern mit einem Anteil von jeweils 3,4 % - und den Schlußlichtern Saarland und Rheinland-Pfalz (jeweils 2,4 %) beträgt hier immerhin einen Prozentpunkt. Die beiden vorderen Plätze belegen jedoch die Stadtstaaten West-Berlin und Hamburg (jeweils 4,4 %).

Die Beschäftigtenstruktur im kulturellen Kernbereich der Bundesländer weist beträchtliche Unterschiede auf (Anhangtabellen 3 und 4). In neun Bundesländern entfällt der größte Anteil der Arbeitsplätze im Kernbereich auf das Verlags- und Pressewesen. Die Anteile des Verlags- und Pressewesens schwanken in diesen Bundesländern zwischen 26,0 % (Berlin) und 57,3 % (Bremen). Lediglich in Rheinland-Pfalz (23,3 %) und im Saarland (18,6 %) wird das Verlags- und Pressewesen zum einen von Hörfunk und Fernsehen (Rheinland-Pfalz: 23,4 %) und zum anderen von der Sparte Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten (Saarland: 18,9 %) übertroffen. Die Beschäftigtenanteile der Filmwirtschaft reichen von 4,0 % in Baden-Württemberg bis 10,0 % in Bayern. Rund 3 300 Personen in West-Berlin arbeiten in Museen, Kunstausstellungen sowie zoologischen u.ä.

Schaubild 3  
**Beschäftigte im KuK-Bereich der Flächenstaaten 1987**  
 Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung



Gärten (zum Vergleich: in Baden-Württemberg sind es 3 700 Beschäftigte); dies entspricht einem Anteil von 14,3 % an den Arbeitsplätzen im kulturellen Kernbereich. Mit 5 300 Beschäftigten erzielt in West-Berlin auch der Sektor Theater und Orchester sowie selbständige Künstler und Schriftsteller einen bemerkenswert hohen Anteil am Kernbereich (23,3 %). Auch in Bayern sind diese Kultursparten mit 14 300 Arbeitsplätzen außerordentlich stark vertreten (19,9 %). Die Anteile des Sports liegen zwischen 8,3 % in Hamburg und 20,8 % in Schleswig-Holstein.

Hinsichtlich des ökonomischen Gewichts des kulturellen Sektors - gemessen an der Beschäftigung - liegt Baden-Württemberg zusammen mit Bayern an der Spitze der Flächenstaaten in der Bundesrepublik. Die "führende" Position Baden-Württembergs bestätigt sich auch dann, wenn die Zahl der Kulturbeschäftigten nicht auf die Gesamtheit aller Arbeitsplätze, sondern auf die Einwohnerzahl bezogen wird (Schaubild 3). In Baden-Württemberg entfallen immerhin rund 8 Beschäftigte im kulturellen Kernbereich und 16 Arbeitsplätze im gesamten Kunst- und Kulturbereich auf 1 000 Einwohner. In Rheinland-Pfalz kommen hingegen lediglich 5 bzw. 10 Beschäftigte auf diese Einwohnerzahl.

Unter dem Gesichtspunkt der "Versorgung" ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese Betrachtungsweise weder den Amateur- bzw. nicht-erwerbswirtschaftlichen Bereich der kulturellen Aktivitäten noch qualitative Aspekte der Versorgung mit Kulturgütern einschließt. Zudem werden die baden-württembergischen Kulturerzeugnisse und -dienstleistungen selbstverständlich auch von Einwohnern anderer Bundesländer genutzt (und umgekehrt). Die vergleichsweise hohe Anzahl an Kulturbeschäftigten in Baden-Württemberg - sowohl im Verhältnis zur Gesamtheit der Arbeitsplätze als auch zur Einwohnerzahl - läßt jedoch die Schlußfolgerung zu, daß das relative Angebot an professionellen Kunst- und Kulturgütern im Lande eher über dem Bundesdurchschnitt liegt als darunter.

Stuttgart im Vergleich mit anderen Großstädten

Gemessen am Anteil der Beschäftigten im kulturellen Kernbereich an den Beschäftigten insgesamt liegt Stuttgart zusammen mit Hamburg (jeweils 3,0 %) an zweiter Stelle im Rahmen der hier untersuchten bundesdeutschen Großstädte (Tabelle 5). Auch wenn das Verhältnis zwischen den Beschäftigten im gesamten Kulturbereich und der Ge-

Tabelle 5

**Beschäftigte im KuK-Bereich ausgewählter Stadtkreise des Bundesgebiets 1987\*)**

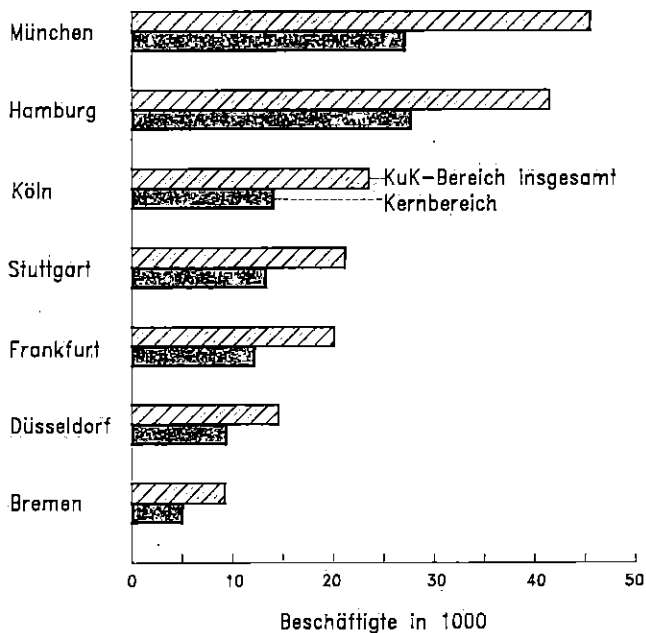
Stadtkreis	Beschäftigte			Anteil des Kernbereichs am KuK-Bereich insgesamt	Anteil des Kernbereichs	Anteil des KuK-Bereichs
	im Kernbereich	in vor- und nachgelagerten Bereichen	im KuK-Bereich insgesamt		an den Beschäftigten insgesamt	
	Anzahl			%		
Stuttgart	13 310	7 834	21 144	62,9	3,0	4,6
München	27 092	18 402	45 494	59,6	3,2	5,4
Frankfurt	12 156	7 877	20 033	60,7	2,2	3,6
Köln	14 061	9 442	23 503	59,8	2,8	4,8
Düsseldorf	9 377	5 198	14 575	64,3	2,3	3,5
Bremen	5 062	4 167	9 229	54,8	1,7	3,2
Hamburg	27 687	13 727	41 414	66,9	3,0	4,4

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25.5.1987

Schaubild 4

### Beschäftigte im KuK-Bereich ausgewählter Stadtkreise 1987

Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

285/90

samtheit aller Arbeitsplätze betrachtet wird, belegt Stuttgart – nun zusammen mit Köln – den zweiten Platz (jeweils 4,8 %). Spitzenreiter mit Anteilen von 3,2 % bzw. 5,4 % ist die bayerische Landeshauptstadt München. In Hamburg (1,6 Mill. Einwohner) und München (1,2 Mill.) sind ungefähr gleich viele Personen im kulturellen Kernbereich tätig (Schaubild 4). Im Vergleich dazu wurden in Köln (940 000 Einwohner) und Stuttgart (560 000) rund halb so viele Arbeitsplätze im kulturellen Kernbereich gezählt; die hessische Metropole Frankfurt (630 000 Einwohner) liegt bei der Anzahl der Beschäftigten im Kernbereich zwar hinter Stuttgart, jedoch mit Abstand vor Düsseldorf (570 000) und Bremen (540 000).

Aus der Darstellung der Beschäftigtenstruktur im Kunst- und Kulturbereich der betreffenden Großstädte in den Anhangtabellen 5 und 6 geht hervor, daß dem Bereich Theater und Orchester sowie selbständige Künstler und Schriftsteller in München – im Vergleich zu den anderen Großstädten – die größte

Bedeutung zukommt (Anteil an den Beschäftigten im Kernbereich: 20,0 %). Auch in Stuttgart sind diese Kultursparten relativ stark vertreten (16,3 %); hervorzuheben ist hier ferner der relativ hohe Beschäftigtenanteil der Museen und Kunstausstellungen sowie zoologischen u.ä. Gärten (9,3 %). Die Filmwirtschaft erzielt die höchsten Anteile in München (10,2 %) und Hamburg (8,7 %); dies ist auf die Bedeutung der Filmherstellung in diesen Städten zurückzuführen (7,3 % bzw. 5,5 %). Unter den kulturellen Aktivitäten in Köln spielt der Bereich Hörfunk und Fernsehen eine dominierende Rolle (Anteil: 39,5 %). Köln ist schließlich der Sitz der größten Landesrundfunkanstalt der ARD – nämlich des Westdeutschen Rundfunks. Hinzu kommen die Deutsche Welle und der Deutschlandfunk. Daneben dürfte jedoch auch auf die privaten Rundfunkanbieter (darunter RTL plus) bereits ein beachtlicher Anteil der knapp 5 600 Beschäftigten entfallen. Im Verlags- und Pressewesen arbeitet in allen hier untersuchten Großstädten mehr als ein Drittel der Beschäftigten im kulturellen Kernbereich. In Bremen, Stuttgart und Hamburg liegt der Anteil des Verlags- und Pressewesens sogar über 45 %. Während jedoch in Stuttgart die Buchverlage den größten Anteil aufweisen (20,7 %), sind es in Bremen die Zeitungs- (45,2 %) und in Hamburg die Zeitschriftenverlage (20,7 %). Der Sektor Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten ist in Düsseldorf ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor (3000 Beschäftigte); dieser Bereich erreicht in Düsseldorf einen Anteil von 32,3 % an den Arbeitsplätzen im kulturellen Kernbereich, während die Anteilswerte in den anderen Großstädten zwischen 5,4 % (Köln) und 7,4 % (München) liegen.

Aus Anhangtabelle 7 ist ersichtlich, welche Beschäftigtenanteile in den einzelnen Kultursparten der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen auf die hier untersuchten Großstädte entfallen. In Bayern und Hessen konzentriert sich ein Großteil der kulturellen Aktivitäten auf die Metropolen München und Frankfurt, deren Anteile an den Arbeitsplätzen im kulturellen Kernbereich des jeweiligen Bundeslandes sich auf 37,6 %

bzw. 33,0 % belaufen. In Nordrhein-Westfalen streut sich der Kunst- und Kulturbereich dagegen in weit stärkerem Maße vor allem auf die relativ große Anzahl von Städten und Großstädten. Die Anteile Kölns und Düsseldorf am kulturellen Kernbereich Nordrhein-Westfalens betragen dementsprechend lediglich 14,3 % bzw. 9,5 %. Der Kulturbereich in Baden-Württemberg ist im Hinblick auf die Landesmetropole weniger stark konzentriert als in Bayern und Hessen; demgegenüber dürfte die Streuung der kulturellen Tätigkeiten (auf mehrere Zentren) jedoch geringer ausgeprägt sein als in Nordrhein-Westfalen. Der Anteil der Landeshauptstadt Stuttgart an den Beschäftigten im kulturellen Kernbereich Baden-Württembergs beläuft sich auf 19,1 %. Insbesondere in den Bereichen Hörfunk und Fernsehen (Anteil Stuttgarts am Land: 51,5 %) sowie Museen, Kunstaustellungen, zoologische u.ä. Gärten (33,3 %) sind beträchtliche Schwerpunkte in der Landeshauptstadt angesiedelt. Auch die Anteile Stuttgarts im Sektor Theater und Orchester sowie selbständige Künstler und Schriftsteller (22,2 %) und im Verlags- und Pressewesen (20,5 %) lassen eine deutliche Zentrumsfunktion der Landeshauptstadt erkennen. Die kulturellen Aktivitäten in den übrigen Sparten - Filmwirtschaft, Sport und Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten - sowie die vor- und nachgelagerten Bereiche verteilen sich dagegen gleichmäßiger auf die Städte und Gemeinden des Landes.

#### Die Entwicklung der Umsätze im Kunst- und Kulturbereich

Die Darstellung der steuerbaren Umsätze und der Anzahl der Steuerpflichtigen im kulturellen Kernbereich beschränkt sich auf jene Wirtschaftszweige, die statistisch innerhalb der Wirtschaftsabteilung 7 (Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht) erfaßt werden. Nicht enthalten sind jene Kultureinrichtungen, die nicht als "wirtschaftliche Unternehmen" betrieben und demzufolge bei den Gebietskörperschaften oder bei den Organisationen ohne Erwerbszweck ausgewiesen werden (siehe: Methodische Erläuterungen im Anhang).

Daß der kulturelle Kernbereich in Baden-Württemberg in wirtschaftlicher Hinsicht eine beträchtliche Dynamik aufweist, ist an der Umsatzentwicklung, aber insbesondere auch an der Entwicklung der Anzahl der Steuerpflichtigen deutlich zu erkennen. So haben die Umsätze im kulturellen Kernbereich (ohne Hörfunk und Fernsehen) von 1980 bis 1988 um 61 % zugenommen; die Anzahl der Steuerpflichtigen ist im betrachteten Zeitraum um 92 % gestiegen.

Das Verlags- und Pressewesen war 1988 mit einem Umsatz in Höhe von 7,4 Mrd. DM mit Abstand der umsatzstärkste Sektor innerhalb des kulturellen Kernbereichs im Lande (Tabelle 6); rund 83 % des Gesamtumsatzes im kulturellen Kernbereich (8,9 Mrd. DM) wurden im Verlags- und Pressewesen erzielt. Die Umsatzentwicklung im Verlags- und Pressewesen von 1980 bis 1988 ist jedoch mit einem Zuwachs von 55,8 % hinter dem durchschnittlichen Wachstum im kulturellen Kernbereich zurückgeblieben. Während insbesondere das übrige Verlagsgewerbe (Noten, Tonträger, Bilder, Postkarten usw.) mit + 307,6 % und die Zeitschriftenverlage mit + 178,9 % enorme Umsatzsteigerungen verbuchen konnten, ist der Umsatz der Buchverlage im betrachteten Zeitraum um 5,0 gesunken, obwohl die Anzahl der Steuerpflichtigen im Bereich der Buchverlage immerhin um 27,7 % zugenommen hat. Die Buchverlage rangieren mit einem Umsatz von 2,6 Mrd. DM noch vor den Zeitschriftenverlagen (2,3 Mrd. DM), die von 1980 bis 1988 - gemessen am Umsatz - die Zeitungsverlage (1988: 1,4 Mrd. DM) weit überflügeln. Der Umsatzrückgang der Buchverlage signalisiert, daß dieser besonders traditionsreiche Zweig des Verlagsgewerbes in Baden-Württemberg offensichtlich an Bedeutung verloren hat. Die Korrespondenz- und Nachrichtenbüros (einschließlich selbständige Journalisten) haben ihren Umsatz im betrachteten Zeitraum mehr als verdoppelt (+ 102,6 %); auch die Anzahl der Steuerpflichtigen hat sich beträchtlich erhöht (+ 126,7 %).

Die Filmtheater sind mit einem Umsatz von 142,7 Mill. DM der größte Wirtschaftszweig innerhalb der Filmwirtschaft (Gesamtumsatz 1988: 225,7 Mill. DM). Der enorme Wettbewerbsdruck,



Tabelle 6

**Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz im kulturellen Kernbereich\*) Baden-Württembergs 1980 und 1988**

Wirtschaftszweig	Steuerpflichtige		Ver- änderung 1988 gegen 1980	Steuerbarer Umsatz		Ver- änderung 1988 gegen 1980
	1980	1988		1980	1988	
	Anzahl		%	Mill. DM		%
Theater und Orchester <sup>1)</sup>	170	357	+ 110,0	25,5	111,2	+ 336,1
Selbständige Künstler und Schriftsteller	984	1 805	+ 83,4	143,3	280,6	+ 95,8
Filmwirtschaft	285	375	+ 31,6	175,3	225,7	+ 28,8
Filmtheater	216	181	- 16,2	145,7	142,7	- 2,1
Filmherstellung	43	131	+ 204,7	22,2	69,8	+ 214,4
Filmverleih und -vertrieb	26	63	+ 142,3	7,4	13,2	+ 78,4
Museen, Kunstaussstellungen, zoolog. u.ä. Gärten	38	99	+ 160,5	22,0	67,2	+ 205,5
Hörfunk und Fernsehen	.	22	-	.	355,6	-
Verlags- und Pressewesen	972	1 546	+ 59,1	4 728,0	7 365,2	+ 55,8
Buchverlage	318	406	+ 27,7	2 734,3	2 598,0	- 5,0
Zeitschriftenverlage	198	259	+ 30,8	823,1	2 295,9	+ 178,9
Zeitungsverlage	45	58	+ 28,9	876,0	1 357,3	+ 54,9
übr. Verlagsgewerbe	190	322	+ 69,5	252,3	1 028,3	+ 307,6
Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, selb- ständige Journalisten	221	501	+ 126,7	42,3	85,7	+ 102,6
Unterricht für unterhal- tende und künstlerische Tätigkeiten <sup>2)</sup>	366	973	+ 165,8	62,8	150,1	+ 139,0
Sport <sup>3)</sup>	675	1 539	+ 128,0	145,4	347,4	+ 138,9
Kernbereich insgesamt <sup>4)</sup>	3 490	6 716	+ 92,4	5 302,3	8 903,0	+ 67,9

\*) Ohne Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbszweck; 1988 vorläufige Ergebnisse. – 1) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette. – 2) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung. – 3) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer. – 4) 1980 ohne Hörfunk und Fernsehen.

dem die Filmtheater durch die Konkurrenzmedien Fernsehen und Video ausgesetzt sind, führte in Baden-Württemberg von 1980 bis 1988 zu einem leichten Umsatzrückgang um 2,1 %; die Anzahl der Steuerpflichtigen hat mit - 16,2 % sogar erheblich abgenommen. Viele Kinobesitzer haben auf diese kritische Situation mit verstärkten Investitionen in Technik und Ausstattung reagiert. Erfolgversprechend erscheinen auch kombinierte Unterhaltungsangebote (z.B. Kino und Musiklokal), die die Möglichkeit bieten, den Filmbesuch und den anschließenden Kneipenbummel un-

ter einem Dach zu verknüpfen. Die Zahl der Besucher ist jedenfalls seit 1985 wieder leicht ansteigend, und auch das Kinosterben scheint sich nicht weiter fortzusetzen<sup>17</sup>. Ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau konnte bei den baden-württembergischen Filmherstellern

17 Vgl. Schmid, H.: Massenmedien in den 90er Jahren, in: Wirtschaftsspiegel, Hrsg.: Deutscher Sparkassenverlag, 29. Jg., 11/1989, S. 6.

eine ausgesprochen positive Entwicklung verzeichnet werden; sowohl die Anzahl der Steuerpflichtigen (+ 204,7 %) als auch die Umsätze (+ 214,4 %) haben sich von 1980 bis 1988 mehr als verdreifacht.

Der höchste Umsatzzuwachs innerhalb des kulturellen Kernbereichs wurde von den Theatern und Orchestern erzielt (+ 336,1 %); die Anzahl der Steuerpflichtigen hat sich hier im entsprechenden Zeitraum mehr als verdoppelt (+ 110,0 %). Es folgten die Museen, Kunstaussstellungen und die zoologischen u.ä. Gärten, deren Umsätze um 205,5 % gestiegen sind (Steuerpflichtige: + 160,5 %). Der steuerbare Umsatz der selbständigen Künstler und Schriftsteller lag 1988 bei 280,6 Mill. DM (+ 95,8 %); der durchschnittliche Umsatz je Steuerpflichtigen belief sich somit immerhin auf rund 155 500 DM. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß aufgrund der Erfassungsgrenze in der Umsatzsteuerstatistik (nur Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Umsatz von 20 000 DM und mehr) im Bereich der selbständigen Künstler eine beträchtliche Untererfassung vorliegt; die durchschnittlichen Einnahmen dürften unter Berücksichtigung der selbständigen Künstler mit geringen Einkünften (soweit es ihre künstlerische Tätigkeit betrifft) weit unterhalb dieses Betrages liegen. Eine bemerkenswerte wirtschaftliche Dynamik ist ferner in den Bereichen Sport und Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten, wo die Umsätze jeweils etwa um das 2,4-fache zugenommen haben, zu konstatieren. Bei der Anzahl der Steuerpflichtigen ergab sich hier ein Zuwachs von 128,0 % bzw. 165,8 %. Auch in diesen Bereichen dürfte jedoch eine nicht unerhebliche Untererfassung vorliegen. Die 22 Steuerpflichtigen in Baden-Württemberg im Sektor Hörfunk und Fernsehen verbuchten 1988 steuerbare Umsätze in Höhe von 355,6 Mill. DM. Die Zahlen für 1980 (vor der Aufhebung des öffentlich-rechtlichen Monopols) können aufgrund der statistischen Geheimhaltungspflicht nicht veröffentlicht werden.

Auch in den Industriezweigen und Handelssparten des Landes, die mit dem kulturellen Kernbereich besonders eng

verflochten sind (vor- und nachgelagerte Bereiche), wurden von 1980 bis 1988 größtenteils beachtliche nominale Umsatzsteigerungen erzielt (Tabelle 7). Das Verhältnis zwischen dem künstlerisch-kulturellen Schaffen im engeren Sinne und den damit verbundenen gewerblichen Branchen von Handwerk, Industrie und Handel war immer schon von gegenseitigen Impulsen geprägt. Einerseits stimulieren künstlerische und sportliche Spitzenleistungen die kulturellen und sportlichen Betätigungen der breiten Bevölkerung und lösen damit eine Nachfrage nach entsprechenden Waren und Dienstleistungen aus. Man denke nur an den Tennisboom in jüngster Zeit. Andererseits haben technische Innovationen - von der Erfindung des Buchdrucks bis zur Einführung des Satellitenfernsehens - dem künstlerischen Schaffen neue Möglichkeiten erschlossen und insbesondere die Rezeptionsgewohnheiten des Publikums bahnbrechend verändert. So haben etwa erst die Erfindungen von Schallplatte und Hörfunk und die schnell einsetzende industrielle Verwertung die professionelle Musik einem Massenpublikum zugänglich gemacht. Die modernen Musikrichtungen von Jazz bis Rock haben zwar ihre weltweite Popularität zweifellos den technisch-industriellen Voraussetzungen zu verdanken; auf der anderen Seite waren es nicht zuletzt diese "künstlerischen Innovationen", die den Boden für ein kontinuierliches Wachstum der Musikindustrie bereiteten.

Die höchsten Wachstumsraten innerhalb der vor- und nachgelagerten Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes wurden im betrachteten Zeitraum von den Herstellern von Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten (+ 194,9 %) und von der Tonträgerindustrie (+ 154,5 %) verzeichnet. Während jedoch die Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten (Jahresumsatz 1988: 4,2 Mrd. DM) zu den wichtigen Industriezweigen in Baden-Württemberg zählt, fristet die Schallplattenindustrie ein eher unscheinbares Dasein im Lande (36,4 Mill. DM). Sie wird zum Beispiel von den Musikinstrumentenherstellern (294,7 Mill. DM) und von den Herstellern von Turn- und Sportgeräten (173,0 Mill. DM) bei weitem übertroffen. Der bundesdeutsche

Tabelle 7

**Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz in den vor- und nachgelagerten Bereichen Baden-Württembergs 1980 und 1988\*)**

Wirtschaftszweig	Steuerpflichtige		Ver- änderung 1988 gegen 1980	Steuerbarer Umsatz		Ver- änderung 1988 gegen 1980
	1980	1988		1980	1988	
	Anzahl		%	Mill. DM		%
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>						
Herstellung von						
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten	72	106	+ 47,2	1 416,5	4 176,6	+ 194,9
– Schallplatten und bespielten Tonbändern	23	70	+ 204,3	14,3	36,4	+ 154,5
– Musikinstrumenten	125	176	+ 40,8	251,6	294,7	+ 17,1
– Turn- und Sportgeräten	46	53	+ 15,2	146,4	173,0	+ 18,2
Buchbindereien	231	221	– 4,3	154,4	269,4	+ 74,5
Druckereien <sup>1)</sup>	1 820	2 009	+ 10,4	2 214,2	2 818,8	+ 27,3
Kopieranstalten für Kinofilme	12	25	+ 108,3	16,3	20,7	+ 27,0
<b>Großhandel mit</b>						
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten	123	136	+ 10,6	1 402,2	1 487,7	+ 6,1
– Musikinstrumenten	17	23	+ 35,3	43,6	53,0	+ 21,6
– Sport- und Campingartikeln <sup>2)</sup>	47	75	+ 59,6	234,0	438,9	+ 87,6
– Büchern, Zeitungen, Musikalien	62	86	+ 38,7	711,6	1 378,4	+ 93,7
<b>Einzelhandel mit</b>						
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten	1 347	1 549	+ 15,0	1 105,7	1 658,3	+ 50,0
– Musikinstrumenten, Musikalien	228	314	+ 37,7	191,8	240,2	+ 25,2
– Sport- und Campingartikeln <sup>2)</sup>	684	1 053	+ 53,9	450,1	866,6	+ 92,5
– Antiquitäten und Kunstgegenständen	627	895	+ 42,7	192,4	248,3	+ 29,1
– kunstgew. Erzeugnissen	282	384	+ 36,2	66,4	99,8	+ 50,3
– Büchern und Zeitungen	925	1 291	+ 39,6	1 003,1	1 627,1	+ 62,2
<b>Allgemeinbildende und unterhaltende Büchereien</b>	32	393	+ 1 128,1	9,4	82,0	+ 772,3

\*) Ohne Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbszweck; 1988 vorläufige Ergebnisse. – 1) Der steuerbare Umsatz der Druckereien wurde zu 48% dem KuK-Bereich zugerechnet. Dies entspricht näherungsweise der anteiligen Lieferverflechtung zwischen Druckereien und dem Bereich Wissenschaft, Kultur und Verlage (Input-Output-Tabelle Baden-Württemberg 1984). –

2) Ohne Campingmöbel.

Musikmarkt zählt zusammen mit den USA und Japan zu den drei umsatzstärksten Tonträgermärkten der westlichen Welt und wird von sehr wenigen – zumeist internationalen – Schallplattenkonzernen beherrscht. Allein auf die vier größten Tonträgerfirmen im bundesdeutschen Musikmarkt entfällt derzeit ein Umsatzanteil von über 70 %<sup>18</sup>.

18 Vgl. Weishaupt, G.: Musikmarkt: Verkaufsoffensive am Ladentisch, in: Handelsblatt, Nr. 22 vom 31.01.1990, S. 10.

Bei den vor- und nachgelagerten Groß- und Einzelhandelssparten ist insbesondere das beträchtliche Umsatzwachstum im Bereich Sport- und Campingartikel (Großhandel: + 87,6 %; Einzelhandel: 92,5 %) – hier macht sich auch das zunehmende Gesundheitsbewußtsein bemerkbar –, aber auch im Bereich Bücher, Zeitschriften und Zeitungen (+ 93,7 % bzw. + 62,2 %) hervorzuheben. Auch daraus ist ersichtlich, daß die Lesekultur trotz der mächtigen Konkurrenz der elektronischen Medien keineswegs verkümmert. Bemerkenswert ist

ferner, daß die Anzahl der Steuerpflichtigen in allen hier untersuchten Zweigen des Groß- und Einzelhandels von 1980 bis 1988 in der Größenordnung von 10 % bis 60 % zugenommen hat. Nahezu explosionsartig haben sich jedoch die Anzahl der Steuerpflichtigen (+ 1128,1 %) und der steuerbare Umsatz (+ 772,3 %) bei den allgemeinbildenden und unterhaltenden Büchereien, soweit als "wirtschaftliche Unternehmen" betrieben, entwickelt. Mit der Markteinführung von - auch für durchschnittliche Haushalte erschwinglichen - Videorekordern in der Bundesrepublik gegen Ende der 70er Jahre hat sich auch ein neuer Dienstleistungszweig - nämlich die Vermietung von bespielten Videokassetten - relativ schnell etabliert. Der überwiegende Anteil der Wachstumsraten der allgemeinbildenden und unterhaltenden Büchereien ist auf die in diesem Zeitraum erfolgte Verbreitung der Videotheken zurückzuführen.

Die baden-württembergischen Unternehmen des kulturellen Kernbereichs erzielten 1988 einen Anteil von 18,9 % am Gesamtumsatz auf Bundesebene (Tabelle 8); der Anteilswert lag somit geringfügig über dem ebenfalls schon relativ hohen Niveau von 1980 (18,8 %). Ausschlaggebend hierfür ist der außerordentlich hohe - und von 1980 bis 1988 sogar noch gestiegene - baden-württembergische Anteil am bundesweiten Umsatz im Verlags- und Pressewesen (1980: 21,2 %; 1988: 22,3 %), das hinsichtlich der Umsatzstärke die übrigen Kultursparten - selbst dann, wenn man alle übrigen Bereiche zusammenfaßt - bei weitem übertrifft. Die überragende Dominanz des Verlags- und Pressewesens resultiert daraus, daß sich die Darstellung der Umsätze und der Anzahl der Steuerpflichtigen weitgehend auf den privatwirtschaftlichen und somit eher marktbestimmten Bereich von Kunst und Kultur beschränkt. Sowohl die baden-württembergischen Zeitungsverlage (1980: 12,6 %; 1988: 22,8 %) wie auch die Zeitschriftenverlage (1980: 11,4 %; 1988: 17,2 %) und das übrige Verlagsgewerbe (1980: 13,7 %; 1988: 24,1 %) konnten ihre Anteile am entsprechenden Umsatz im Bundesgebiet beträchtlich steigern. Ein erheblicher Anteilsverlust wurde hingegen im Buchverlagsgewerbe ermittelt, wenngleich 1988 immerhin noch nahezu ein Drittel

Tabelle 8

**Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz im kulturellen Kernbereich\*) 1980 und 1988**  
 - Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet in % -

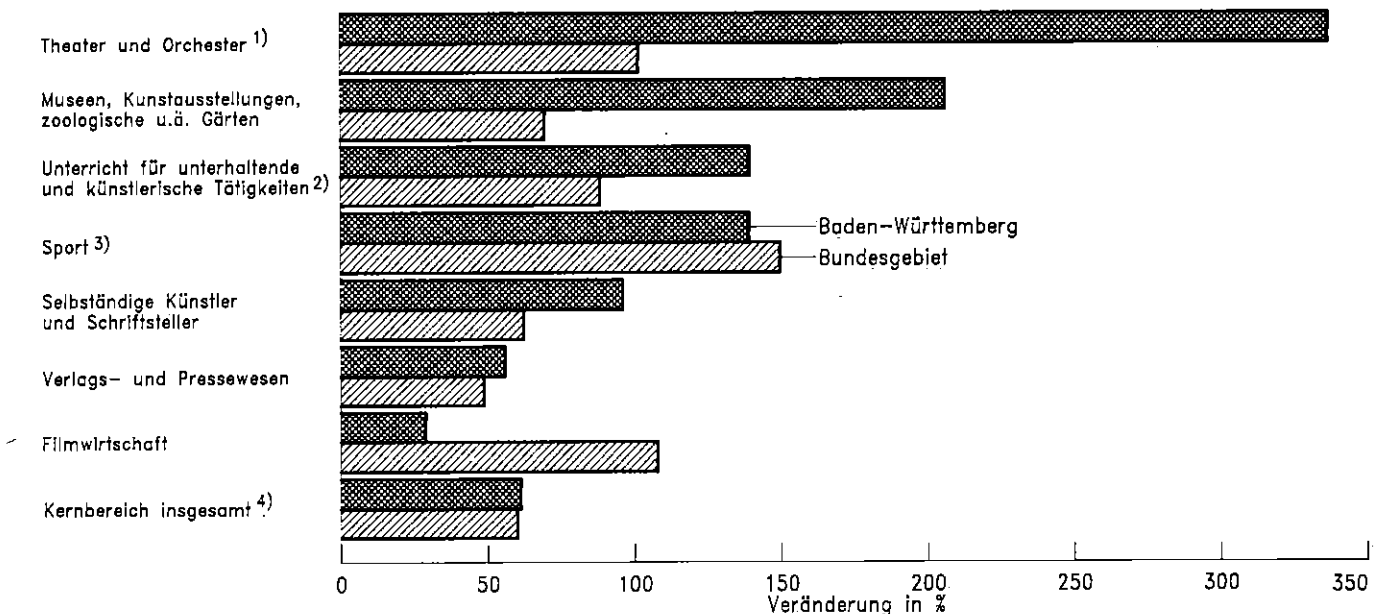
Wirtschaftszweig	Steuerpflichtige		Steuerbarer Umsatz	
	1980	1988	1980	1988
Theater und Orchester <sup>1)</sup>	17,3	21,4	6,2	13,5
Selbständige Künstler und Schriftsteller	13,2	15,4	13,2	16,0
Filmwirtschaft	9,8	9,1	6,3	3,9
Filmtheater	14,2	15,7	14,0	14,9
Filmherstellung	4,4	6,6	2,0	1,9
Filmverleih und -vertrieb	6,4	6,4 <sup>2)</sup>	1,2	1,2 <sup>2)</sup>
Museen, Kunstaustellungen, zoolog. u.ä. Gärten	13,5	26,3	10,3	18,6
Hörfunk und Fernsehen	.	14,6	.	15,1
Verlags- und Pressewesen	14,1	13,9	21,2	22,3
Buchverlage	19,3	22,1	47,3	31,1
Zeitschriftenverlage	16,8	14,4	11,4	17,2
Zeitungsverlage	12,7	14,5	12,6	22,8
übr. Verlagsgewerbe	13,0	11,4	13,7	24,1
Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, selbständige Journalisten	9,9	11,7	8,4	7,6
Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten <sup>3)</sup>	16,0	19,5	13,6	17,3
Sport <sup>4)</sup>	20,1	18,4	14,6	14,0
Kernbereich insgesamt <sup>4)</sup>	14,5	15,8	18,8	18,9

\*) Ohne Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbszweck. - 1) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette. - 2) Geschätzt. - 3) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung. - 4) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer. - 5) 1980 ohne Hörfunk und Fernsehen.

(31,1 %) des bundesdeutschen Gesamtumsatzes in Baden-Württemberg versteuert wurde (1980: 47,3 %).

In den meisten Sparten des kulturellen Kernbereichs wurde im betrachteten Zeitraum landesweit eine höhere Umsatzsteigerung verzeichnet als auf Bundesebene (Schaubild 5). Hervorzuheben ist insbesondere die stürmische Umsatzentwicklung bei den Theatern und Orchestern sowie im Bereich der Museen (hier: vor allem private Galerien) und zoologischen u.ä. Gärten in Baden-Württemberg. Auch die Sparte Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten und die selbständigen

# Veränderung der steuerbaren Umsätze im kulturellen Kernbereich Baden-Württembergs und des Bundesgebiets 1988 gegenüber 1980 nach Wirtschaftszweigen



1) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette. – 2) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung. – 3) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer. – 4) Ohne Hörfunk und Fernsehen; da die Daten für 1980 der Geheimhaltung unterliegen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

306 90

Künstler und Schriftsteller konnten auf Landesebene ein deutlich höheres Umsatzplus verbuchen als im Bundesgebiet. Dagegen expandierten die Umsätze im Bereich Sport bundesweit etwas kräftiger als im Land. Lediglich bei der Filmwirtschaft, die in Baden-Württemberg – jedenfalls was die Zweige Filmherstellung und Filmverleih/-vertrieb anbelangt – ohnehin nur sehr schwach vertreten ist, blieb die Umsatzentwicklung im Land weit hinter dem Umsatzzuwachs im Bundesgebiet zurück. Der Umsatzanteil des Landes ist dementsprechend von 6,3 % auf 3,9 % zurückgegangen.

Die bundesdeutsche Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten weist in ihrer räumlichen Verteilung einen beachtlichen Schwerpunkt in Baden-Württemberg auf. So belief sich der Umsatzanteil der baden-württembergischen Hersteller in diesem Industriezweig 1988 auf 30,8 % (Anhangtabelle 9); 1980 betrug der Anteil am Umsatz auf Bundesebene sogar ein gutes Drittel (33,1 %). Eine baden-

württembergische Spezialität ist ferner die Herstellung von Musikinstrumenten; hier erhöhte sich der Anteil am Bundesgebiet im betrachteten Zeitraum von 27,3 % auf 29,8 %. Ein bemerkenswerter Anteilszuwachs (von 21,5 % auf 30,4 %) aus der Sicht Baden-Württembergs wurde darüber hinaus bei den Buchbindereien festgestellt. Demgegenüber entfielen 1988 nur noch 13,8 % des Umsatzes der bundesdeutschen Hersteller von Turn- und Sportgeräten auf die heimischen Unternehmen, die 1980 noch einen Anteil von 17,6 % erreichten. Auch der ohnehin bescheidene Anteil der baden-württembergischen Schallplattenindustrie (1980: 4,5 %) hat sich auf nur noch 2,6 % verringert. Hierbei – und prinzipiell auch bei den anderen Wirtschaftszweigen, insbesondere auch bei den Herstellern von Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten – ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Umsätze von Zweigbetrieben, Filialen und Tochterunternehmen, die finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in ein Unternehmen eingegliedert sind, grundsätzlich dort erfaßt werden, wo die Ge-

samtunternehmen bzw. die Muttergesellschaften betrieben werden. Daraus können sich in der einen oder anderen Branche beim Umsatzausweis auf Länderebene durchaus merkliche Verzerrungen ergeben.

Die vorangegangene Darstellung der Umsätze im Kunst- und Kulturbereich bezog sich auf die nominale Umsatzentwicklung. Eine generelle Preisbereinigung konnte allein schon deshalb nicht vorgenommen werden, weil von der amtlichen Statistik nur für einen Teil der hier relevanten Branchen Preisänderungen ausgewiesen werden. Eine Deflationierung der Umsätze erscheint jedoch speziell im Bereich kultureller Dienstleistungen auch grundsätzlich problematisch, da es hier - im Gegensatz zu den meisten Verbrauchsgütern der Lebenshaltung - praktisch unmöglich ist, den Faktor Qualitätsverbesserung bei der Berechnung der Preisindizes zu berücksichtigen. Da jedoch die Preisentwicklung - abgesehen vom Gesichtspunkt der Deflationierung - auch für sich betrachtet interessante Aspekte der wirtschaftlichen Verhältnisse in den jeweiligen Branchen beleuchtet, sollen im folgenden die verfügbaren und im Rahmen des vorliegenden Themas relevanten Änderungsraten angegeben werden. In der langfristigen Preisentwicklung kommen sowohl der Verlauf der Kosten (Faktorpreise; Produktivitätssteigerungen) als auch strukturelle Nachfrageverschiebungen zum Ausdruck. Zudem schlagen sich Änderungen der Wettbewerbsintensität - z.B. durch das Auftreten neuer Anbieter oder durch Konzentrationsbildung - in den Preisen nieder.

Für den Besuch von Theatern, Kinos u.ä. mußten die Haushalte 1988 knapp 30 % mehr aufwenden als 1980. Auch die Rundfunk- und Fernsehgebühren haben sich im betrachteten Zeitraum etwa in derselben Größenordnung - nämlich um rund 28 % verteuert. Die Preise für Printmedien sind im Vergleich dazu noch erheblich stärker gestiegen. Die Teuerungsrate für Bücher und Broschüren lag bei zirka 37 %; die Preise für Zeitschriften haben um 40 % zugenommen, und bei den Tages- und Wochenzeitungen betrug der Anstieg sogar nahezu 50 %.

Insbesondere in den vor- und nachgelagerten Bereichen haben sich die Lebenshaltungspreise sehr unterschiedlich entwickelt. Während 1988 die Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräte durchschnittlich um rund 9 % billiger waren als 1980, beliefen sich im betrachteten Zeitraum die Preiserhöhungen für Musikinstrumente auf zirka 33 % und für Sport- und Campingartikel auf gut 14 %.

Zusätzliche Informationen über den Kunst- und Kultursektor aus dem Bereich der Umsatzsteuerstatistik befinden sich im Anhang des Berichts. Zum einen handelt es sich um die nach Wirtschaftszweigen untergliederte Darstellung der Umsatzentwicklung (einschließlich der Anzahl der Steuerpflichtigen) im Kunst- und Kulturbereich auf Bundesebene von 1980 bis 1988 (Anhangtabelle 8). Des weiteren wird dargestellt, wie sich der Umsatz und die Anzahl der Steuerpflichtigen im kulturellen Kernbereich Baden-Württembergs auf die diversen Umsatzgrößenklassen verteilen (Anhangtabellen 10 und 11).

#### Zur Situation der öffentlichen Bibliotheken

Die Bibliotheken erfüllen eine wichtige Funktion bei der Vermittlung und Verbreitung von Büchern und anderen Medien. Im vorliegenden Beitrag wurden sie den vor- und nachgelagerten Kulturbereichen zugeordnet. Die öffentlichen Bibliotheken werden nicht als "wirtschaftliche Unternehmen" betrieben; die Entleihungen erfolgen in der Regel kostenlos. Infolgedessen konnte das öffentliche Bibliothekswesen im vorangegangenen Abschnitt zur Entwicklung der Umsätze im Kunst- und Kulturbereich nicht dargestellt werden. Die wichtigsten Kenngrößen und Entwicklungen auf diesem Sektor sollen deshalb in diesem Abschnitt aufgezeigt und kurz erläutert werden.

Die öffentlichen Bibliotheken befinden sich in kommunaler oder in kirchlicher Trägerschaft. Die wissenschaftlichen Bibliotheken, darunter die beiden Landesbibliotheken in Stuttgart und Karlsruhe, werden hingegen in einer eigenen Rubrik erfaßt und sollen hier nicht näher betrachtet werden. Derzeit gibt es

in Baden-Württemberg 844 kommunale Bibliotheken mit einem Bestand von rund 11 Mill. Medieneinheiten und zirka 26,5 Mill. Entleihungen pro Jahr<sup>19</sup>. Die Gesamtaufwendungen (laufende und einmalige Kosten etwa für Bauten und Einrichtungen) der kommunalen Bibliotheken beliefen sich 1986 auf 106,4 Mill. DM und wurden nahezu ausschließlich von den Gemeinden getragen. Daneben werden in Baden-Württemberg 745 Büchereien mit einem Bestand von 1,9 Mill. Medieneinheiten und rund 1,7 Mill. Entleihungen pro Jahr von kirchlichen Trägern betrieben. Die kirchlichen Bibliotheken haben insbesondere in vielen Gemeinden, die über keine kommunale Bücherei verfügen, die Funktion, eine Mindestversorgung mit Büchern sicherzustellen.

Die öffentlichen Bibliotheken haben sich aus einfachen Buchausleihstellen zu Kultur- und Kommunikationszentren entwickelt, die die jugendlichen und erwachsenen Besucher zu vielerlei Aktivitäten und damit zum längeren Verbleiben einladen und zahlreiche Veranstaltungen - wie etwa Dichterlesungen, Konzerte und Ausstellungen - durchführen. Die Ausstattung vieler öffentlicher Büchereien umfaßt neben Büchern, Zeitungen und Zeitschriften schon seit längerer Zeit auch Spiele, Kassettenrekorder und Plattenspieler - neuerdings auch Videogeräte und CD-Player. Somit weist die Entwicklung von der "klassischen" Bücherei zur modernen Mediothek, mit einem vielfältigen Medienangebot und diversen Nutzungsmöglichkeiten, die auf die einzelnen Zielgruppen zugeschnitten sind (Lese- und Arbeitsplätze; Hörplätze, umgeben mit der entsprechenden Musikkultur; Spiel- und Malzonen für Kinder; Veranstaltungs- und Diskussionsräume usw.). Den Musikliebhabern im Lande stehen 7 Musikbibliotheken mit umfangreichen Notensammlungen, Tonträgerbeständen und Musikkultur zur Verfügung. Die 7 Artotheken/Graphotheken in Baden-Württemberg wollen insbeson-

dere das Interesse der Bevölkerung für die zeitgenössische Kunst wecken. Den Freunden der bildenden Künste wird hier die Gelegenheit geboten, Kunstwerke (Originale und Drucke), zumeist von zeitgenössischen Künstlern in der jeweiligen Region, für einige Wochen in die eigenen vier Wände zu entführen.

Die Versorgung der Bevölkerung Baden-Württembergs mit Bibliotheken ist jedoch noch keineswegs zufriedenstellend. Fast jeder fünfte Einwohner des Landes wohnt in einer Gemeinde ohne öffentliche Bibliothek; immer noch gibt es 15 Städte und Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern ohne ein kommunales Bücher- und Medienangebot. Neben einem starken Stadt-Land-Gefälle ist ein deutliches Nord-Süd-Gefälle in der Literaturversorgung je Einwohner zu verzeichnen (zugunsten des Nordens)<sup>20</sup>. In der Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg wird deshalb dafür plädiert, mit gezielten Hilfen des Landes die vorhandenen Defizite abzubauen und eine flächendeckende Mindestversorgung mit Büchern und anderen Medien anzustreben<sup>21</sup>.

#### Öffentliche Kulturausgaben in Baden-Württemberg

Im folgenden werden die Kulturausgaben von Land, Gemeinden und Zweckverbänden betrachtet. Um diese Angaben vergleichbar darstellen zu können und insbesondere um Doppelzählungen zu vermeiden, werden die Nettoausgaben verwendet, die jeweils die aus eigenen Einnahmequellen finanzierten Ausgaben der betreffenden Gebietskörperschaften umfassen ("Belastungsprinzip"). Die Angaben über die Kulturausgaben der Gemeinden und Zweckverbände im Jahr 1988 mußten geschätzt werden, da in diesem Bereich bislang nur die Daten für 1987 vorliegen.

---

<sup>19</sup> Vgl. Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 1990, Kapitel 3, S. 114.

---

<sup>20</sup> Vgl. Öffentliche Bibliotheken in Baden-Württemberg 1987, Hrsg.: Staatliche Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen, S. 106/107.

<sup>21</sup> Vgl. Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 1990, Kapitel 3, S. 125.

Tabelle 9

**Öffentliche Kulturausgaben\*) in Baden-Württemberg 1978, 1983 und 1988**

Aufgabenbereich	Systematik-Nr.		1978	1983	1988 <sup>1)</sup>	Veränderung		
	Land	Ge- meinden/ Zweckver- bände				1983 gegen 1978	1988 gegen 1983	1988 gegen 1978
			1000 DM			%		
Musik	182							
Theater	181	33	282 789	464 670	785 518	+ 64,3	+ 69,0	+ 177,8
Kunsthochschulen	136	—	30 245	53 690	65 139	+ 77,5	+ 21,3	+ 115,4
Bibliotheken	157,162	352,311	90 534	123 732	179 650	+ 36,7	+ 45,2	+ 98,4
Museen	163,183	310,32	96 455	186 460	309 928	+ 93,3	+ 66,2	+ 221,3
Denkmalpflege, Denkmalschutz	184	—	52 939	69 868	122 225	+ 32,0	+ 74,9	+ 130,9
Jugendbildung	151	—	13 227	25 354	44 507	+ 91,7	+ 75,5	+ 236,5
Weiterbildung, VHS	152,153	350,355	37 823	67 640	121 617	+ 78,8	+ 79,8	+ 221,5
Sonstige Kunst- und Kulturpflege, Verwaltung	113,189	30,34,36	83 900	134 349	231 931	+ 60,1	+ 72,6	+ 176,4
Sportförderung	324	55	95 879	142 393	185 480	+ 48,5	+ 30,3	+ 93,5
Sportstätten	323	56	486 368	617 014	672 648	+ 26,9	+ 9,0	+ 38,3
Badeanstalten	322	57	247 231	326 956	365 319	+ 32,2	+ 11,7	+ 47,8
Park- und Gartenanlagen, Sonstiges	321,329	58,59	227 524	300 049	430 769	+ 31,9	+ 43,6	+ 89,3
Naturschutz, Landschaftspflege	185	—	4 798	7 113	31 620	+ 48,2	+ 344,5	+ 559,0
Kultur insgesamt			1 749 712	2 519 288	3 546 351	+ 44,0	+ 40,8	+ 102,7

\*) Nettoausgaben von Land, Gemeinden und Zweckverbänden. – 1) Gemeinden und Zweckverbände geschätzt.

Die gesamten Kulturausgaben des Landes und der Kommunen (Gemeinden und Zweckverbände) beliefen sich 1988 auf 3,546 Mrd. DM (Tabelle 9). Die größten Ausgabenpositionen betrafen die Theater- und Musikpflege (786 Mill. DM) und den Bau und Unterhalt von Sportstätten (673 Mill. DM) sowie von Park- und Gartenanlagen (431 Mill. DM). Für Badeanstalten haben die öffentlichen Haushalte 365 Mill. DM bereitgestellt; für Museen und Kunstsammlungen wurden 310 Mill. DM aufgewendet. Weitere 232 Mill. DM wurden für die sonstige Kunst- und Kulturpflege (einschließlich Verwaltung) ausgegeben. Rund 185 Mill. DM flossen in die allgemeine Sportförderung; Ausgaben in ähnlichem Umfang sind für öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken angefallen (180 Mill. DM). Das Ausgabenvolumen für Denkmalpflege und Denkmalschutz betrug 122 Mill. DM. In der gleichen Größenordnung lagen die Ausgaben für Volks-

hochschulen und sonstige Weiterbildung (122 Mill. DM); die außerschulische Jugendbildung wurde mit weiteren 45 Mill. DM gefördert. Schließlich entfielen noch 65 Mill. DM auf die Kunstakademien und Musikhochschulen und 32 Mill. DM auf den Naturschutz und die Landschaftspflege.

Die Kulturausgaben der öffentlichen Haushalte in Baden-Württemberg haben sich von 1978 bis 1988 mehr als verdoppelt (+ 102,7 %). Ausgehend von einem relativ bescheidenen Niveau (1978: knapp 5 Mill. DM) sind vor allem die Ausgaben für Naturschutz und Landschaftspflege regelrecht in die Höhe geschossen (+ 559,0 %). Allein von 1983 bis 1988 sind sie nahezu um das 4,5-fache gestiegen. Mehr als verdreifacht haben sich im betrachteten Zeitraum die Ausgaben für die Jugendbildung (+ 236,5 %), für die Volkshochschulen und die sonstige Weiterbildung



Tabelle 10

**Struktur der öffentlichen Kulturausgaben\*) in Baden-Württemberg 1978, 1983 und 1988**

Aufgabenbereich	Systematik-Nr.		1978	1983	1988 <sup>1)</sup>		
	Land	Ge- meinden/ Zweckver- bände			insgesamt	Land	Gemeinden, Zweck- verbände
Musik	182	33	16,2	18,4	22,2	27,6	20,0
Theater	181						
Kunsthochschulen	136	—	1,7	2,1	1,8	6,6	—
Bibliotheken	157,162	352,311	5,2	4,9	5,1	5,9	4,8
Museen	163,183	310,32	5,5	7,4	8,7	13,3	7,0
Denkmalpflege, Denkmalschutz	184	—	3,0	2,8	3,4	12,5	—
Jugendbildung	151	—	0,8	1,0	1,3	4,5	—
Weiterbildung, VHS	152,153	350,355	2,2	2,7	3,4	2,6	3,7
Sonstige Kunst- und Kulturpflege, Verwaltung	113,189	30,34,36	4,8	5,3	6,5	5,1	7,1
Sportförderung	324	55	5,5	5,7	5,2	6,3	4,8
Sportstätten	323	56	27,8	24,5	19,0	11,5	21,8
Badeanstalten	322	57	14,1	13,0	10,3	—	14,2
Park- und Gartenanlagen, Sonstiges	321,329	58,59	13,0	11,9	12,1	0,8	16,5
Naturschutz, Landschaftspflege	185	—	0,3	0,3	0,9	3,2	—
Kultur insgesamt			100	100	100	100	100

\*) Nettoausgaben von Land, Gemeinden und Zweckverbänden. — 1) Gemeinden und Zweckverbände geschätzt.

(+ 221,5 %) sowie für Museen und Kunstsammlungen (+ 221,3 %). Auch die öffentlichen Ausgaben für Musik- und Theaterpflege (+ 177,8 %) und die sonstige Kunst- und Kulturpflege (+ 176,4 %) wurden beträchtlich ausgeweitet. Die Ausgaben für den Bau und den Unterhalt von Sportstätten und Badeanstalten haben dagegen "lediglich" um 38,3 % bzw. 47,8 % zugenommen; die Infrastruktur in diesem Bereich wurde schon in den 70er Jahren erheblich ausgebaut, so daß in diesem Sektor bereits ein hoher Versorgungsgrad erreicht wurde. Die recht unterschiedliche Entwicklung der öffentlichen Ausgaben in den einzelnen Kultursparten von 1978 bis 1988 spiegelt sich in den Änderungen in der Struktur der öffentlichen Kulturausgaben wider (Tabelle 10). Während vor allem die Sparten Musik, Theater und Museen sowie der Jugend- und Weiterbildungsbereich an Bedeutung

gewonnen haben, sind insbesondere die Ausgabenanteile, die auf die Sportstätten und Badeanstalten entfielen, deutlich geschmolzen (Sportstätten: von 27,8 % auf 19,0 %; Badeanstalten: von 14,1 % auf 10,3 %).

Bei den Kulturausgaben des Landes 1988 in Höhe von 980,0 Mill. DM stand die Theater- und Musikpflege an erster Stelle (Anteil: 27,7 %; siehe Schaubild 6). Wichtige Etatposten im kulturellen Bereich sind ferner die Museen (13,3 %), der Denkmalschutz (12,5 %), — der ohne Beteiligung der Kommunen finanziert wird —, und die Sportstätten (11,5 %). Die Finanzierung der Denkmalpflege wird nicht zuletzt aus den Toto-Lotto-Mitteln gespeist (1989: 59,2 Mill. DM allein für Denkmalpflege). Von jeder Mark des Toto-Lotto-Reinertrags kamen 1989 22 Pfennige der Denkmalpflege zugute. Weitere 52 Pfennige wur-

den für die Förderung des Sports und 26 Pfennige für die Kunstförderung verwendet<sup>22</sup>. Die Musik- und Theaterpflege (Anteil: 20,0 %) sowie die Sportstätten (21,8 %) sind gemessen am Ausgabenvolumen die wichtigsten Bereiche der kommunalen Förderung von Kunst und Kultur. Relativ hohe Anteile an den kommunalen Kulturausgaben beanspruchen auch die Badeanstalten (14,2 %) und die Park- und Gartenanlagen (16,5 %), deren Finanzierung nahezu ausschließlich von den Kommunen getragen wird (Tabelle 10).

Von 1978 bis 1988 wurden die öffentlichen Kulturausgaben weitaus stärker ausgedehnt als die Gesamtvolumina der Etats von Land und Kommunen. Die Kulturausgaben des Landes haben im betrachteten Zeitraum um 105,9 % zugenommen, während das gesamte Haushaltsvolumen "lediglich" um 61,7 % gestiegen ist. Dementsprechend erhöhte sich der Anteil des Kulturbereichs am Gesamthaushalt von 1,8 % auf 2,3 %. Die bereinigten Gesamtausgaben der Gemeinden und Zweckverbände sind um 81,3 % gewachsen; speziell die Kulturausgaben haben sich jedoch mehr als verdoppelt (+ 101,5 %). Folglich haben auch die Kommunen 1988 einen höheren Anteil ihrer Gesamtausgaben für kulturelle Zwecke eingesetzt (7,1 %) als im Vergleichsjahr 1978 (6,3 %).

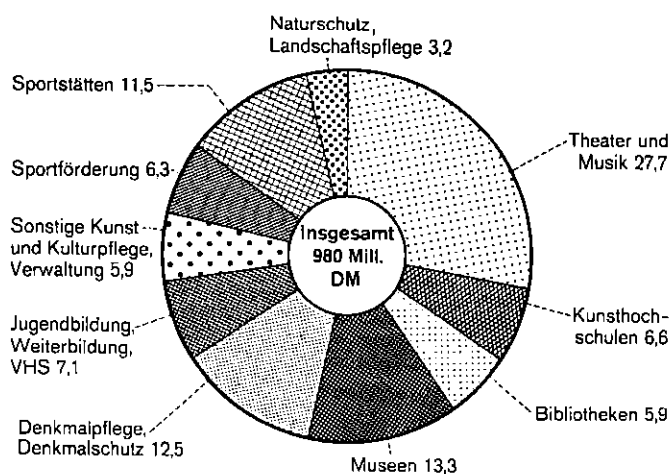
#### Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Im öffentlichen Dienst des Landes und der Kommunen waren 1988 16 807 Vollzeitbeschäftigte mit kulturellen Tätigkeiten, in der Kulturverwaltung sowie mit dem Unterhalt und dem Betreiben von kulturellen Einrichtungen beschäftigt. Davon entfielen 13 859 Beschäftigte auf die Kommunen; das Land zählte 2 948 Bedienstete im kulturellen Bereich. Hinzu kamen 3 916 Teilzeitbeschäftigte mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden (Land: 662; Kommunen: 3 254). Insbesondere in den Kommunen hat sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Kultursektor von 1980 bis 1988

Schaubild 6

#### **Kulturausgaben \*) im Haushalt des Landes Baden-Württemberg 1988**

Anteile in %



\*) Nelloausgaben.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

297 90

kräftig erhöht (+ 33,0 %); die Zahl der Landesbediensteten in diesem Bereich stieg im entsprechenden Zeitraum um 8,3 %. Somit ergab sich bei den Vollzeitbeschäftigten im gesamten öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg, die mit kulturellen Aufgaben betraut waren, eine Zunahme um 27,9 %.

Im Sport- und Erholungsbereich arbeiteten 1988 9 392 Beschäftigte (Vollzeitkräfte und Teilzeitbeschäftigte mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden) des Landes und der Kommunen. Allein in Park- und Gartenanlagen waren 4 427 Personen tätig; weitere 3 171 Beschäftigte entfielen auf die Badeanstalten und 1 713 Bedienstete betätigten sich im Bereich Sportstätten und Sportförderung.

Theater, Chöre, Orchester und die sonstige Musikpflege zählten 5 673 Beschäftigte, während in Museen und ähnlichen Einrichtungen 1 885 Personen arbeiteten. 2 579 Stellen waren im Bibliothekswesen (einschließlich wissenschaftliche Bibliotheken) und 452 Stellen waren im Bereich außerschulische Jugendbildung und Weiterbildung (einschließlich VHS) angesiedelt. Die Kunst- und Musikhochschulen des Landes beschäftigten 382 Personen; in der übrigen Kunst- und

<sup>22</sup> Vgl. Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 74 vom 16.09.1989, S. 1.

Kulturpflege (einschließlich Denkmalschutz, Denkmalpflege, Naturschutz und Landschaftspflege) waren 360 Beschäftigte tätig.

Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten hat im betrachteten Zeitraum insbesondere in der übrigen Kunst- und Kulturpflege – allerdings von einem niedrigen Niveau ausgehend – weit überdurchschnittlich zugenommen (+ 220, 2 %). Auch in den Museen (+ 62,4 %), in Sportstätten und in der Sportförderung (+ 49,3 %), in Theatern und Orchestern (einschließlich sonstige Musikpflege) (+ 39,0 %) sowie im Bibliothekswesen (+ 38,0 %) wurde die Zahl der Vollzeitstellen stark ausgeweitet. Eine überdurchschnittliche Zunahme ist ferner im Bereich der außerschulischen Jugendbildung und Weiterbildung festzustellen (+ 28,1 %). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten in Park- und Gartenanlagen sowie in Badeanstalten ist dagegen nur um 9,7 % bzw. 12,8 % gestiegen. Im Zeitraum von 1980 bis 1988 wurde lediglich in den Kunst- und Musikhochschulen die Zahl der Vollzeitstellen von 421 auf 342 verringert (- 18,8 %).

### Perspektiven

Die kulturellen Dienstleistungen zählen zweifellos zu den expandierenden Bereichen moderner Volkswirtschaften. In der Zukunft sind Wachstumsimpulse vor allem im Bereich der Medien – mit Schwerpunkt auf dem Gebiet der elektronischen Medien –, aber auch von den freizeit- und unterhaltungsbezogenen Dienstleistungen etwa im Bereich des Sports (Tennishallen, Squash-Center, Fitneß-Studios usw.) und im Sektor der außerschulischen Bildung zu erwarten. Das unmittelbare ökonomische Gewicht der kulturellen Dienstleistungen wird freilich auch künftig relativ bescheiden bleiben. Insbesondere vom gesamtwirtschaftlich bedeutsameren Bereich der wirtschaftsorientierten Dienstleistungen (Banken, Versicherungen, Unternehmensdienstleistungen) werden voraussichtlich noch stärkere Wachstumsimpulse ausgehen.

Die ökonomische Bedeutung von Kunst und Kultur reicht jedoch weit über die unmittelbaren Wachstums- und Beschäf-

tigungseffekte hinaus. So bildet das professionelle künstlerische Schaffen nicht selten die Basis und den Anstoß für technisch-industrielle Innovationen; diese Beziehung tritt in den Bereichen Architektur und Design am deutlichsten zutage. Schließlich rückt die ästhetische Dimension bei den Produktentwicklungen und Marktstrategien der Unternehmen mehr und mehr in den Vordergrund. Darüber hinaus fördern die kulturellen Betätigungen auf jeder Professionalitätsstufe Phantasie und Kreativität sowie Kritik- und Lernfähigkeit und vermitteln somit Qualifikationen, denen im Rahmen einer zunehmend von Dienstleistungen geprägten Arbeitswelt eine zentrale Bedeutung zukommt. Die kulturelle Infrastruktur, die neben den sozialen Einrichtungen, dem Wohnungsangebot und dem übrigen Freizeitangebot zu den "weichen Standortfaktoren" gerechnet wird, findet im Rahmen der öffentlichen Diskussion zum Thema regionale Standortattraktivität eine zunehmende Beachtung. Vor allem junge Unternehmen und Unternehmen, die in hohem Maße auf besonders qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen sind (z.B. forschungsintensive Unternehmen), empfinden regionale Defizite in Bereich der "weichen Standortfaktoren" besonders deutlich<sup>23</sup>.

In Anbetracht der soeben kurz skizzierten mittelbaren ökonomischen Aspekte von Kunst und Kultur kann dem Kulturbereich (im engeren Sinne) – neben Forschung und Hochtechnologie und insbesondere auch dem Bildungssektor – durchaus eine "Schlüsselfunktion" innerhalb hochentwickelter Volkswirtschaften zugesprochen werden. Dennoch soll an dieser Stelle keineswegs eine auf ökonomische Aspekte verkürzte und in dieser Hinsicht instrumentelle Betrachtung von Kunst und Kultur propagiert werden. Vielmehr kann die ökonomische Sichtweise – bezogen auf die Frage der gesellschaftlichen Bedeutung von Kunst und Kultur – die übrigen geistes- und sozialwissenschaftlichen Ansätze ledig-

---

23 Vgl. Hummel, M.: Kultur als Standortfaktor, in: Ifo-Schnelldienst, Nr. 10/11 vom 12.04.1990, S. 10

lich ergänzen und Zusammenhänge hervorheben, die aus anderer Perspektive naturgemäß weniger im Vordergrund stehen.

War die Auseinandersetzung mit künstlerischen Formen und Inhalten in früheren Zeiten eher ein dem Alltag entgegengesetztes und elitär geprägtes Interessengebiet, so ist sie heute doch in weit stärkerem Maße ein integraler Bestandteil der Erfahrungswelt des einzelnen und damit auch des gesellschaftlichen Zusammenlebens geworden, der in sämtliche Lebensbereiche hineinwirkt. In dieser Entwicklung spiegelt sich der grundlegende gesellschaftliche und technische Wandel, der sich mit dem Fortschreiten von der Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft vollzogen hat. Der intensive Umgang mit Kunst und Kultur geradezu als soziale Notwendigkeit - dies ergibt sich nicht zuletzt aus den drängenden Problemen der Gegenwart, deren Bewältigung ein hohes Maß an Selbstverantwortlichkeit und schöpferischen Fähigkeiten erfordert.

Die Landesregierung sieht somit in der Förderung von Kunst und Kultur auch einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsvorsorge und eine "Investition in den Menschen". Mit dem Ausbau der kulturellen Infrastruktur - neben der wissenschaftlich-technischen - sollen nicht nur die Rahmenbedingungen für künstlerische Spitzenleistungen verbessert, sondern insbesondere auch die laienkünstlerischen Aktivitäten und die Basisarbeit der vielfältigen Vereine gefördert werden. Ziel ist auch die Sicherung und Weiterentwicklung einer umfassenden "kulturellen Grundversorgung".

Im November 1989 wurde die Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Erörterung dieses Expertenberichts und die Erarbeitung von Vorschlägen seitens der beteiligten Ministerien zur inhaltlichen, finanziellen und zeitlichen Verwirklichung der Kunstkonzeption (bzw. von Teilen der Konzeption) sollen bis Mitte 1990 abgeschlossen sein. Unumstritten ist, daß sich die baden-württembergische Kulturförderung auch künftig an den Grundprinzipien der Li-

beralität, der Pluralität, der Subsidiarität und der Dezentralität orientieren wird.

Zu den wichtigsten Projekten, die schon im Entstehen oder in der Planung sind, gehören das Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim, das Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Verbindung mit einer Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe sowie die Theaterakademie und die Akademie Schloß Solitude in Stuttgart. Hervorzuheben ist ferner das geplante "Haus der Gegenwartskunst" in Stuttgart, das der Staatsgalerie angegliedert werden soll (allerdings bei weitgehender Autonomie) und dessen Kernstück aus längerfristigen Leihgaben privater Sammler aus Baden-Württemberg bestehen wird.

In den vorangegangenen Abschnitten wurde bereits darauf hingewiesen, daß die baden-württembergische Filmwirtschaft - darunter insbesondere die Filmherstellung sowie der Filmverleih/-vertrieb - jedenfalls in quantitativer Hinsicht bundesweit nur eine untergeordnete Rolle spielen und daß das Buchverlagsgewerbe ausgerechnet in Baden-Württemberg, mit seiner großen schriftstellerischen und verlegerischen Tradition, offensichtlich an Bedeutung verloren hat, wenngleich der Anteil der baden-württembergischen Buchverlage an der Beschäftigtenzahl sowie am Umsatz auf Bundesebene immer noch weit überdurchschnittlich ist.

Zur zukünftigen Sicherung der gegenwärtig noch führenden Stellung Baden-Württembergs als Literatur- und Verlagsland empfiehlt die Kunstkonzeption, ein "Haus des Buches" in Stuttgart zu errichten und mit einer Aktion "1000 Bücher" die Risikobereitschaft der Verleger bezüglich der Herausgabe anspruchsvoller Literatur zu fördern. Erwähnt werden des weiteren die Pläne der Stadt Stuttgart, von 1991 an in dreijährigem Rhythmus eine "Literatur-Triennale" zu veranstalten sowie die Initiative zur Einrichtung eines europäischen Literaturzentrums in Freiburg. Im Bereich der Filmförderung werden von der Kunstkonzeption insbesondere die Pläne der Landesregierung zur Errichtung einer Filmakademie und - auf Ini-

tiative des Süddeutschen Rundfunks - eines europäischen Medienzentrums für Reportage, Feature und Dokumentarfilm ("Haus des Dokumentarfilms") in Stuttgart unterstützt.

Im Bereich der finanziellen Kulturförderung engagieren sich jedoch - neben dem Staat - auch zahlreiche Unternehmen als Mäzene und Sponsoren. Der Unterschied zwischen Mäzenatentum und Sponsoring wird in der Kunstkonzeption auf einen kurzen und einprägsamen Nenner gebracht: "Der Mäzen tut Gutes - und schweigt. Der Sponsor tut ebenfalls Gutes - und möchte, daß darüber geredet wird" <sup>24</sup>. Wenngleich das finanzielle Engagement der Wirtschaft im Kulturbereich erfreulicherweise einen beachtlichen Umfang erreicht hat und wohl in den nächsten Jahren noch beträchtlich zunehmen wird, ist nicht zu erwarten, daß die Kulturausgaben der Unternehmen die staatliche Kulturförderung ersetzen können. Dies kann jedoch auch nicht Sinn und Zweck des Kultursponsorings sein, das ja von dem legitimen Eigeninteresse der sich engagierenden Unternehmen motiviert wird. Obwohl sich das Augenmerk der Sponsoren - neben den attraktiven Großereignissen und Leistungen der Elitekunst - auch zunehmend auf kleinere Veranstaltungen und Projekte auf regionaler Ebene richtet, so bleibt doch die "kulturelle Grundversorgung" eine primäre Aufgabe der öffentlichen Hand.

In Anbetracht der erforderlichen und auch bereits begonnenen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die zwangsläufig auch an den Kulturetats nicht spurlos vorübergeht und einer Ausweitung der Kulturausgaben relativ enge Grenzen setzt, wird jedoch die Kulturförderung seitens der Wirtschaft zweifellos eine zunehmende Bedeutung erlangen und mehr noch als bisher die staatlichen Anstrengungen auf diesem Gebiet ergänzen. Diese Ergänzungsfunktion bezieht sich nicht nur auf eine generelle Aufstockung der finanziellen Mittel, sondern auch auf neuartige Initiativen und auf das Beschreiten neuer Wege in der Kulturförderung.

<sup>24</sup> Vgl. Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 1990, Kapitel 11, S. 302.

## Zusammenfassung

- Künstlerisch-kulturelle Leistungen sind in einem Kulturstaat Werte an sich, deren generelle Bedeutung für den einzelnen wie für die Gesellschaft sich nicht anhand ökonomischer Kriterien beurteilen läßt. Zweifellos ist der Kultursektor jedoch auch eine Quelle von Einkommen und Beschäftigung und somit ein unmittelbarer wirtschaftlicher Faktor, über dessen Größenordnung in Baden-Württemberg bislang nur unzureichende Informationen vorliegen. Insbesondere die Arbeitsstättenzählung von 1987 ermöglicht nun eine teilweise Behebung dieser Informationsdefizite.
- Zur Abschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung von Kunst und Kultur erscheint es sinnvoll, neben den Kultursparten im eigentlichen Sinne (kultureller Kernbereich), auch solche Branchen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Groß- und Einzelhandels jedenfalls am Rande mit einzubeziehen, deren Existenz unmittelbar mit dem Vorhandensein künstlerisch-kultureller Betätigungen zusammenhängt (vor- und nachgelagerte Bereiche).
- Im kulturellen Kernbereich Baden-Württembergs arbeiten knapp 70 000 Personen; dies sind 1,5 % aller Beschäftigten im Lande. Hinzu kommen etwa 81 000 Arbeitsplätze in den hier herangezogenen vor- und nachgelagerten Bereichen, so daß sich der Beschäftigtenanteil des gesamten Kunst- und Kultursektors auf 3,4 % beläuft.
- Der Kunst- und Kulturbereich ist in Baden-Württemberg relativ stark vertreten. Dies ist daran ersichtlich, daß der Anteil des Landes an den entsprechenden Beschäftigtenzahlen des Bundesgebiets im kulturellen Kernbereich 17,1 % und in den vor- und nachgelagerten Bereichen sogar 18,0 % beträgt (Bevölkerungsanteil: 15,3 %).
- Kennzeichnend für die Beschäftigung im kulturellen Kernbereich ist zum einen der hohe Anteil der Selbstän-

digen bzw. tätigen Inhaber (12,0 % gegenüber 7,3 % in der gesamten Wirtschaft) und zum anderen der weit überdurchschnittliche Anteil der Teilzeitbeschäftigten (38,1 % gegenüber 16,4 %). Im wesentlichen daraus resultiert der etwas geringere Anteil des kulturellen Kernbereichs (1,2 %) an der gesamten Lohn- und Gehaltssumme in Baden-Württemberg.

- Der dominierende Wirtschaftszweig im kulturellen Kernbereich ist - mit rund 30 000 Beschäftigten - das Verlags- und Pressewesen. Auf Baden-Württemberg entfällt ein Fünftel (20,1 %) der Arbeitsplätze im bundesdeutschen Verlags- und Pressewesen. Besonders hoch ist der Anteil des Landes bei den Buchverlagen (23,5 %).
- Nahezu jeder fünfte Arbeitsplatz (19,1 %) des kulturellen Kernbereichs in Baden-Württemberg ist in der Landeshauptstadt Stuttgart angesiedelt. Mit einem Anteil des kulturellen Kernbereichs an den Beschäftigten insgesamt von 3,0 % wird Stuttgart jedoch von den Stadtkreisen Baden-Baden (8,1 %) und Ulm (3,2 %) noch übertroffen.
- Sowohl was den Beschäftigtenanteil des kulturellen Kernbereichs als auch die Relation "Kulturbeschäftigte je 1 000 Einwohner" anbelangt, so liegt Baden-Württemberg vor den übrigen Flächenstaaten der Bundesrepublik. Lediglich in den Stadtstaaten schlägt der kulturelle Kernbereich stärker zu Buche.
- Mit 13 300 Arbeitsplätzen im kulturellen Kernbereich rangiert Stuttgart noch vor Frankfurt (12 200) und Düsseldorf (9 400) und nur knapp hinter der Stadt Köln (14 100). Spitzenreiter unter den bundesdeutschen Großstädten sind jedoch Hamburg (27 700), München (27 100) und West-Berlin (22 800).
- Die Betrachtung der Umsatzentwicklung beschränkt sich weitgehend auf den privatwirtschaftlichen und somit eher marktbestimmten Kunst- und Kulturbereich. Die Zunahme der Umsätze im kulturellen Kernbereich von

1980 bis 1988 um 61 % (hier: ohne Hörfunk und Fernsehen) und der Anzahl der Steuerpflichtigen um 92 % belegt eine beträchtliche wirtschaftliche Dynamik in diesem Sektor.

- Das mit Abstand höchste Umsatzplus wurde im Bereich der Theater und Orchester erzielt. Lediglich bei den Buchverlagen und bei den Filmtheatern wurden im betrachteten Zeitraum geringe Umsatzeinbußen verzeichnet.
- Sowohl 1980 wie auch 1988 lag der Anteil des Landes am Gesamtumsatz im kulturellen Kernbereich auf Bundesebene bei knapp 19 %. Immer noch außerordentlich hoch ist der Anteil Baden-Württembergs am bundesweiten Umsatz der Buchverlage, obwohl der Anteilswert von 1980 bis 1988 deutlich zurückging. Kaum ins Gewicht fällt hingegen der Umsatzanteil des Landes an der bundesdeutschen Filmherstellung.
- Die Kulturausgaben von Land und Kommunen beliefen sich 1988 auf über 3,5 Mrd. DM (Nettoaussgaben); hiervon entfielen rund 28 % auf den Landeshaushalt. Die wichtigsten Ausgabenposten waren die Theater- und Musikpflege (Anteil: 22,2 %) und der Bau und Unterhalt von Sportstätten (19,0 %). Der öffentliche Dienst von Land und Kommunen beschäftigte 1988 im Kulturbereich 16 800 Vollzeitbeschäftigte (Land 2 950; Kommunen: 13 850); hinzu kamen 3 900 Teilzeitbeschäftigte mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden (Land: 660; Kommunen: 3 240).
- Von 1978 bis 1988 sind die Kulturausgaben des Landes (+ 106 %) wie auch der Kommunen (+ 102 %) stärker gestiegen als die Gesamtvolumina der jeweiligen Etats (Land: + 62 %; Kommunen: + 81 %). Entsprechend erhöhte sich der Anteil der Kulturausgaben am Gesamthaushalt von 1,8 % auf 2,3 % beim Land und von 6,3 % auf 7,1 % bei den Kommunen.
- Die Landesregierung betrachtet die Förderung von Kunst und Kultur als eine unverzichtbare Pflichtaufgabe des Staates und - auch unter dem

Aspekt der Zukunftsvorsorge - als eine wichtige "Investition in den Menschen". Im Vordergrund stehen der Ausbau einer breit gefächerten, in die Fläche wie in die Spitze hineinwirkenden kulturellen Infrastruktur und mithin die Sicherung und Weiterentwicklung einer umfassenden "kulturellen Grundversorgung".

- Die derzeitige Diskussion dreht sich nicht zuletzt um die "Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg", die im November 1989 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Dieser Expertenbericht enthält einerseits eine Bestandsaufnahme der Kulturför-

derung im Land und untersucht andererseits im Perspektiventeil, auf welchen Gebieten Defizite vorhanden sind und wie diese beseitigt werden können.

- Die beteiligten Ministerien wurden vom Ministerrat beauftragt, bis zur parlamentarischen Sommerpause 1990 Vorschläge zur inhaltlichen, finanziellen und zeitlichen Umsetzung der Kunstkonzeption vorzulegen. Unumstritten ist, daß sich die öffentliche Kulturförderung in Baden-Württemberg auch künftig an den Grundprinzipien der Liberalität, der Pluralität, der Subsidiarität und der Dezentralität orientieren wird.

### 3. Wirtschaft

#### Importkonkurrenz auf dem Binnenmarkt

##### - Die Position Baden-Württembergs -

###### Vorbemerkung

Derzeit ist die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland durch hohe Außenhandelsüberschüsse gekennzeichnet. Trotzdem bleibt die Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft nicht zuletzt durch eine starke Verbilligung der Importe im Zuge des Verfalls des Dollarkurses in den vergangenen Jahren einerseits und dem Vordringen technologisch führender Nationen (wie zum Beispiel Japan) mit einer steigenden Zahl von Niederlassungen in Europa und auch in der Bundesrepublik andererseits von bleibendem Interesse. Insbesondere führten die bereits im Laufe des Jahres 1986 festgestellten und seither bleibenden niedrigen Dollarnotierungen zu einer starken Verbilligung ausländischer Waren, so daß ab 1986 industrielle Importprodukte verstärkt auf den bundesdeutschen Markt drängten und hier eine verschärfte Wettbewerbslage auf dem Inlandsmarkt schufen. Gleichzeitig hatte diese Dollarentwicklung eine Verteuerung der Exportprodukte zur Folge, was besonders den Absatz solcher Produkte gefährdet, die einem starken Preiswettbewerb auf dem Weltmarkt standhalten müssen. So beliefen sich die Wechselkurse des Dollars gegenüber der DM im Durchschnitt des Jahres 1986 auf DM 2,17 nach einer Notierung von DM 2,94 im Jahr 1985. In den Jahren 1987 und 1988 war dann ein Durchschnittskurs von DM 1,80 bzw. 1,76 zu verzeichnen, der 1989 geringfügig auf DM 1,88 stieg. Während die Exporte des Verarbeitenden Gewerbes im Zeitraum 1986 bis 1988 nominal um 9 % im Bundesgebiet und um 6 % in Baden-Württemberg stiegen, nahmen die Importe um 11 % zu. Hierbei ist aber zu beachten, daß bei dieser nominalen Betrachtung der ausgewiesene Anstieg der Importe auch auf die niedrigen Import-

preise zurückzuführen ist. Ausgedrückt in Preisen von 1985 nahmen die Importe etwas stärker, und zwar um 12 % zu, während die Exporte preisbereinigt etwas schwächer, und zwar um rund 7 % im Bundesdurchschnitt und um 5 % im Land (Schaubild 1) stiegen. 1989 nahmen dann die nominalen Importe gegenüber 1988 auch durch die wieder etwas höhere Dollarnotierung um 16,5 % zu (real: 12,2 %), während die Exporte im Bundesdurchschnitt um 12,9 % zunahmen und im Land um 11,1 % (real: 9,8 % bzw. 8,2 %).

Die immer noch beachtliche Steigerung der Exporte des Bundesgebiets und auch Baden-Württembergs zeigt, daß die im Verarbeitenden Gewerbe angebotene Produktpalette durch ihre hohe Qualität und kundengerechte Spezialisierung dem verschärften Preiswettbewerb in den vergangenen Jahren standhalten konnte. Jedoch muß sich diese günstige Entwicklung nicht zwangsläufig in der Zukunft fortsetzen, vielmehr wird es stärker Anstrengungen bedürfen, diese gute Ausgangssituation auf den Märkten zu festigen und in den kommenden Jahren auszubauen.

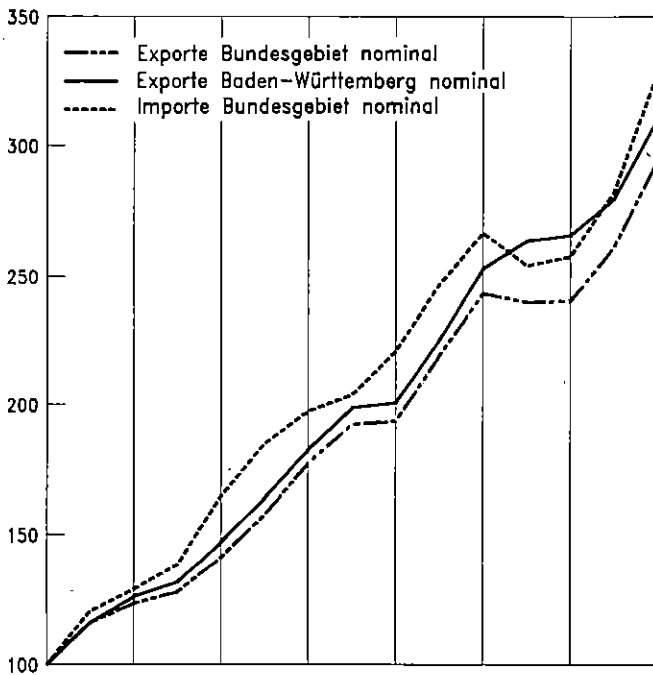
Damit sind Komponenten wie der technologische Standard, bedarfsgerechte Produktion, Preis und Service sowohl für den Auslandsabsatz als auch auf dem deutschen Binnenmarkt von stärker werdender Bedeutung. Dagegen haben durch die zunehmende Anwesenheit ausländischer Firmen im Inland sowie aufgrund verkehrsmäßig und nachrichtentechnisch immer besser und schneller verbundener Märkte Komponenten wie Kundennähe, institutionelle Vertrautheit von Käufer und Verkäufer, die ursprünglich das ausländische und oft preisgünstigere Angebot kompensieren konnten, immer geringere Wirkung.



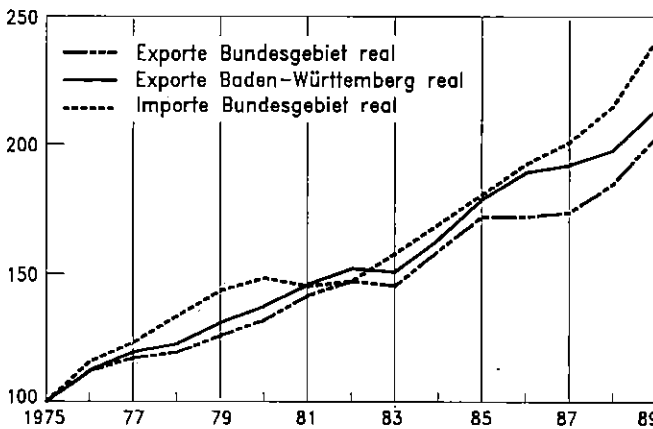
Schaubild 1

# Entwicklung der Exporte und Importe im Verarbeitenden Gewerbe im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg 1975 bis 1989

1975 = 100



1975 = 100



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

293 90

Die steigenden Importe - im Zeitraum 1980 bis 1989 betrug der Anstieg nominal rund 77 % - sind aber nicht zuletzt auch Ausdruck der sich generell intensivierenden internationalen Austauschbeziehungen, die sich im kontinuierlich zunehmenden Welthandel niederschlugen. So nahmen in den vergangenen Jahren auch die Exporte des Verarbeitenden Gewerbes bemerkenswert zu - im Zeitraum 1980 bis 1989 nominal um 87 % im Bundesdurchschnitt und um rund 89 %

im Land. Einer Betrachtung der Importentwicklung muß deshalb die Analyse der Exportentwicklung gegenübergestellt werden, um auf diese Weise ein ökonomisch sinnvolles Bild über die Lage der Gesamtwirtschaft und ihrer Branchen zu erzielen.

Vor diesem Hintergrund soll im folgenden gezeigt werden, wie sich im Zeitraum 1970 bis 1988 bzw. 1989 (für zusammengefaßte Bereiche) die Konkurrenzsituation auf dem Binnenmarkt der Bundesrepublik Deutschland entwickelt hat, wobei sich die Analyse auf das Verarbeitende Gewerbe bzw. seine Produktgruppen bezieht, die im wesentlichen die Sypro-Zweisteller der Statistik im Verarbeitenden Gewerbe umfassen <sup>1</sup>. Ergänzend werden auch die Herkunftsländer der Importe betrachtet <sup>2</sup>.

1 Vgl. dazu W. Münzenmaier: Zur Stellung Baden-Württembergs auf nationalen und internationalen Märkten, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7, 1982 und I. Fügel-Waverijn: Zur Wettbewerbssituation Baden-Württembergs, in: Statistisch-prognostischer Bericht 1986/87, Daten-Analysen-Perspektiven, (Herausgegeben von der Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt). Vgl. auch U. Scheiper: Zur Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf europäischen und nicht-europäischen Märkten, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10, 1985 sowie ders.: Konkurrenzsituation Baden-Württemberg auf wichtigen Produktmärkten im nichteuropäischen Ausland, in: ebenda, Heft 11, 1985.

2 In den ausgewiesenen Zahlen werden die Warenbezüge aus der DDR bzw. die Lieferungen in die DDR nicht berücksichtigt, da diese Werte in einer getrennten Statistik ausgewiesen werden. 1989 beliefen sich die gesamten Warenlieferungen der Bundesrepublik in die DDR auf rund 8,1 Mrd. DM, umgekehrt wurden Waren im Wert von 7,2 Mrd. DM aus der DDR bezogen. Die Lieferungen aus Baden-Württemberg beliefen sich 1989 auf rund 0,8 Mrd. DM.

Tabelle 1

**Struktur der Inlandsversorgung des Bundesgebiets mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes nach Herkunftsgebieten**  
– in jeweiligen Preisen –

Jahr	Inlandsver- sorgung des Bundes- gebiets	Davon durch Produkte aus dem ...							
		Bundesgebiet		davon				Ausland	
				Baden-Württemberg		andere Bundesländer			
		Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt									
1970	498 794,0	417 636,5	83,7	71 052,0	14,2	346 584,5	69,5	81 157,5	16,3
1980	1 015 684,4	770 709,3	75,9	137 273,6	13,5	633 435,7	62,4	244 975,2	24,1
1985	1 223 858,4	872 343,6	71,3	156 828,3	12,8	715 515,3	58,5	351 514,8	28,7
1987	1 212 077,5	872 246,5	72,0	164 570,7	13,6	707 675,8	58,4	339 831,0	28,0
1988	1 287 494,9	914 651,9	71,0	170 337,7	13,2	744 314,2	57,8	372 843,0	29,0
1989 <sup>1)</sup>	1 414 031,8	979 809,3	69,3	180 793,2	12,8	799 016,1	56,5	434 222,5	30,7
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes									
1970	156 649,7	123 825,9	79,0	14 493,4	9,3	109 332,5	69,8	32 823,8	21,0
1980	327 285,2	233 699,3	71,4	26 756,8	8,2	206 942,5	63,2	93 586,0	28,6
1985	386 090,3	252 626,3	65,4	31 453,0	8,1	221 173,3	57,3	133 464,0	34,6
1987	323 699,0	217 346,9	67,1	29 449,0	9,1	187 897,9	58,0	106 352,1	32,9
1988	347 251,6	228 447,2	65,8	30 934,4	8,9	197 512,8	56,9	118 804,4	34,2
1989 <sup>1)</sup>	387 643,2	248 729,4	64,2	32 581,8	8,4	216 147,6	55,8	138 913,8	35,8
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes									
1970	169 630,2	145 073,8	85,5	31 983,0	18,9	113 090,8	66,7	24 556,4	14,5
1980	354 873,4	276 589,2	77,9	67 009,6	18,9	209 579,6	59,1	78 284,3	22,1
1985	459 356,5	333 675,8	72,6	79 525,2	17,3	254 150,6	55,3	125 680,6	27,4
1987	498 712,6	362 670,6	72,7	88 181,5	17,7	274 489,1	55,0	136 042,0	27,3
1988	534 647,1	383 063,6	71,6	91 497,3	17,1	291 566,3	54,5	151 583,5	28,4
1989 <sup>1)</sup>	594 434,4	412 474,6	69,4	98 464,0	16,6	314 010,6	52,8	181 959,8	30,6
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes									
1970	97 929,8	83 186,3	84,9	17 379,4	17,7	65 806,9	67,2	14 743,5	15,1
1980	194 136,7	141 644,6	73,0	29 365,7	15,1	112 278,9	57,8	52 492,0	27,0
1985	211 416,2	147 588,6	69,8	30 725,1	14,5	116 863,5	55,3	63 827,5	30,2
1987	227 223,1	155 609,4	68,5	31 764,0	14,0	123 845,4	54,5	71 613,7	31,5
1988	238 443,3	163 596,7	68,6	32 853,4	13,8	130 743,3	54,8	74 846,6	31,4
1989 <sup>1)</sup>	255 801,5	172 679,1	67,5	34 356,9	13,4	138 322,2	54,1	83 122,4	32,5
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes									
1970	74 584,2	65 550,4	87,9	7 196,2	9,6	58 354,2	78,2	9 033,8	12,1
1980	139 389,1	118 776,2	85,2	14 141,5	10,1	104 634,7	75,1	20 612,9	14,8
1985	166 995,6	138 452,9	82,9	15 125,0	9,1	123 327,9	73,9	28 542,7	17,1
1987	162 442,8	136 619,6	84,1	15 176,3	9,3	121 443,3	74,8	25 823,2	15,9
1988	167 152,9	139 544,4	83,5	15 052,5	9,0	124 491,9	74,5	27 608,5	16,5
1989 <sup>1)</sup>	176 152,6	145 926,2	82,8	15 390,6	8,7	130 535,6	74,1	30 226,4	17,2

1) Vorläufige Ergebnisse.

Durch den hohen Industrialisierungsgrad und die hohe Außenhandelsabhängigkeit sind diese Sachverhalte besonders auch für Baden-Württemberg von Bedeutung. Die entsprechenden Ergeb-

nisse werden daher auch herausgeschält für Baden-Württemberg dargestellt, die anderen Bundesländer werden zusammengefaßt im Vergleich behandelt. Die Analyse soll um die Darstellung der

Exporttätigkeit und abschließend um die Stellung der Bundesrepublik und insbesondere Baden-Württembergs im Vergleich zu weiteren ausgewählten Handelspartnern auf dem Weltmarkt vervollständigt werden.

Im einzelnen wird im folgenden zuerst die Frage untersucht, wie sich die Produktpalette des Bundesgebiets in dieser Konkurrenzbeziehung zu den Importen auf dem bundesdeutschen Markt behaupten konnte. Wie bereits erwähnt, wird hier auch ergänzend die Herkunft der Importe nach ausgewählten Ländern dargestellt. Daran anschließend soll die baden-württembergische Produktpalette in Konkurrenz einmal zu den Importen und zum anderen zu den Produkten aus den anderen Bundesländern betrachtet werden. Abschließend wird dann die Exporttätigkeit im Vergleich zur Importentwicklung untersucht und schließlich, wie bereits erwähnt, die Stellung des Bundesgebiets, Baden-Württembergs und der wichtigsten Industrieländer (ergänzt um zusammengefaßte Länder) auf dem Weltmarkt für eine Reihe ausgewählter Produktgruppen analysiert werden.

In der gesamten Analyse werden aus Gründen der Verfügbarkeit des Datenumaterials Produktgruppen bzw. Produktionsbereiche in einer relativ hohen Aggregationsstufe betrachtet<sup>3</sup>. Es ist daher durchaus möglich, daß einzelne Produkte bezüglich ihrer besonderen Marktsituation von der Gesamttendenz eine abweichende Entwicklung haben.

---

3 Hierzu werden für die Importe und Exporte die Warengruppen der Außenhandelsstatistik nach den Gütergruppen bzw. -zweigen des Güterverzeichnis für die Produktionsstatistiken zugeordnet. - Die Importe werden nur für das Bundesgebiet nachgewiesen, da die Importstatistik nur das erste bekannte Zielland einer eingeführten Ware feststellt, das mit dem Bundesland, in dem die Ware verbraucht wird, in der Regel nicht identisch ist. Es kann deshalb auch für Bundesländer keine "Außenhandelsbilanz" aufgestellt werden.

Da die Erzeugerpreisentwicklung der inländischen Waren von den Importpreisteigerungen zumindest in einem Teil der Branchen beachtlich abweicht, wurden zusätzlich die wichtigsten Ergebnisse auch in realen Werten, d.h. in Preisen von 1985, dargestellt.

### Grundtendenzen im Bundesgebiet

Da sich die spezifischen Landesentwicklungen nur vor dem Hintergrund der Entwicklung auf dem Inlandsmarkt des gesamten Bundesgebiets zeigen lassen, werden hier zuerst die Bundestendenzen dargestellt.

Die Inlandsversorgung, die sich aus den für den Inlandsabsatz bestimmten Umsätzen des Verarbeitenden Gewerbes zuzüglich der Importe zusammensetzt<sup>4</sup>, hat sich im Gesamtzeitraum 1970 bis 1989 von rund 499 Mrd. DM auf 1 414 Mrd. DM erhöht (Tabelle 1). Das bedeutet einen Anstieg um 183 % (in jeweiligen Preisen). Mit dieser Gesamtentwicklung waren aber im Zeitablauf

---

4 Im Zusammenhang mit den Inlandsumsätzen der Bundesländer muß allerdings auf folgendes hingewiesen werden: Zugrundegelegt wurden die Umsätze von sogenannten fachlichen Betriebsteilen, und zwar von Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten (1970) bzw. von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten (ab 1976). Das Fehlen von Umsatzangaben von Kleinbetrieben bzw. des Handwerks (1970) macht sich allenfalls bei einzelnen Produktbereichen wie Herstellung von Backwaren und von Fleischereierzeugnissen bemerkbar. Umsätze wurden als Surrogat für abgesetzte Produkte gewählt, da ein entsprechender Nachweis der Produktionsleistungen im In- und Auslandabsatz nicht möglich ist. Die hieraus erwachsende Problematik - auch im Vergleich zu der rein produktbezogenen Erfassung der Importe - dürfte nicht allzu hoch einzuschätzen sein. Umstellungen in der Systematik im Produzierenden Gewerbe betreffen Kfz-Zubehör (1970: Teil der EBM-Waren; ab 1976: Teil des Fahrzeugbaus) und die Fertigteilbau-

unterschiedliche Wachstumsphasen verbunden. So nahm im Laufe der 70er Jahre die Gesamtversorgung mit Gütern des Verarbeitenden Gewerbes durchschnittlich jährlich um 7,4 % zu. Im Laufe der achtziger Jahre flachte diese Steigerung jedoch deutlich ab. Entsprechend stieg die Inlandsversorgung zwischen 1980 und 1985 durchschnittlich jährlich um 3,8 % und zwischen 1985 und 1988 schließlich nur noch um 1,7 %. Während die niedrige Rate Anfang der achtziger Jahre auf die lang anhaltende Rezession zurückzuführen sein dürfte, machten sich in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die bereits erwähnten niedrigen Wechselkurse und die damit verbundene allgemeine Verbilligung der Importe bemerkbar, wobei außerdem wegen der internationalen Rohstoffpreisentwicklung auch die Erzeugerpreise kaum stiegen. 1989 nahm der Inlandsverbrauch dann wieder um 9,8 % gegenüber dem Vorjahr zu, was neben der günstigen konjunkturellen Entwicklung auch auf ein gestiegenes Preisniveau und wieder etwas höhere Dollarnotierungen (1,88 DM) zurückzuführen sein dürfte.

---

ten (1970: Teil von Steinen und Erden; ab 1976: Teil des Bauhauptgewerbes). In den Umsätzen sind die Produktionssteuern wie Mineralölsteuer und Kaffeesteuer mitenthalten, nicht jedoch die Umsatzsteuer; die Importe umfassen nicht die deutschen Einfuhrabgaben. Die Bezugnahme auf Umsätze führt bei einigen Branchen zu Problemen, da die Umsätze von sogenannten Mehrländerunternehmen nicht immer die Produktionsleistung von Bundesländern adäquat wiedergeben können. Beispielsweise erbringen baden-württembergische Betriebsstätten von Unternehmen der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten oder der Mineralölverarbeitung Produktionsleistungen, die im betreffenden Konzern weiterverarbeitet werden bzw. von Betriebsstätten mit Sitz in anderen Bundesländern verkauft werden und so nicht als Umsätze Baden-Württembergs bzw. als Produktionsleistungen des Landes erscheinen. Auf diese Fälle wird bei der nachfolgenden Kommentierung gesondert hingewiesen.

Die Versorgung aus bundesdeutschen Produkten (Inlandsumsätze) nahm in den siebziger Jahren weit weniger, nämlich lediglich um 84,5 % bzw. einer jährlichen Rate von 6,3 % zu. Demgegenüber verdreifachten sich die Importe, was einer durchschnittlichen jährlichen Rate von 11,7 % entspricht. Auch hier gab es aus den erwähnten Gründen im Laufe der achtziger Jahre eine deutliche Abflachung. Zwischen 1980 und 1985 nahm der durchschnittliche jährliche Absatz aus bundesdeutschen Produkten um 2,5 % zu, zwischen 1985 und 1988 dann um 1,6 %, während die Zuwachsrate der Importe zwischen 1980 und 1985 dreimal so hoch war (7,5 %). Im Zeitraum 1985 bis 1988 hat sich dann aber, wie bereits erwähnt, bei den Importen, bedingt durch die Wechselkursentwicklung, eine niedrigere aber immer noch überdurchschnittliche Zuwachsrate ergeben (jährlich durchschnittlich + 2 %). Die durchaus beachtliche steigende Binnennachfrage nach Gütern des Verarbeitenden Gewerbes wurde damit während des gesamten Zeitraums weit überproportional durch importierte Produkte abgedeckt, wodurch das Bundesgebiet Wachstumsimpulse ins Ausland transferierte. So hat die Bedeutung ausländischer Lieferungen im Zeitraum 1970 bis 1989 stark zugenommen. Während 1970 die Importe nur gut 16 % zur Inlandsversorgung des Verarbeitenden Gewerbes beitrugen, war dieser Anteil bis 1980 auf rund 24 % angewachsen und betrug 1988 sogar 29 %. 1989 nahmen - nach vorläufigen Ergebnissen - die Importe gegenüber dem Vorjahr sogar noch verstärkt um 16,5 % zu, so daß der Beitrag zur Inlandsversorgung auf 30,7 %, und damit auf fast ein Drittel anstieg.

Die erhebliche Steigerung der Importe von Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes ist aber nicht automatisch mit dem Verlust internationaler Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gleichzusetzen. Da gleichzeitig die Exporte im Zeitraum 1970 bis 1980 um 179 % anstiegen (jährlich durchschnittlich 10,9 %) und im Zeitraum 1980 bis 1988 um 66 % (jährlich durchschnittlich 6,5 %) zugenommen haben, ist diese Entwicklung auch Ausdruck einer Intensivierung der internationalen Austauschbeziehungen. 1989 nahmen die

Exporte gegenüber dem Vorjahr ebenfalls verstärkt um 12,9 % zu. Die Exportquote - also der Anteil der Exporte am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes - erhöhte sich entsprechend von 16,3 % im Jahr 1970 auf zunächst 24,1 % im Jahr 1980 und 29,0 % im Jahr 1988. 1989 betrug sie dann 32,6 %, oder fast ein Drittel. Die Exporte stiegen damit im Zeitraum 1970 bis 1980 um 213 Mrd. DM und zwischen 1980 und 1988 um 218 Mrd. DM auf 549,8 Mrd. DM im Jahr 1988. 1989 wurden schließlich Waren des Verarbeitenden Gewerbes im Wert von 620,7 Mrd. DM exportiert. Seit 1970 wurden damit Güter des Verarbeitenden Gewerbes in Höhe von 6 735 Mrd. DM exportiert und Waren im Wert von 4 588 Mrd. DM importiert. Damit ergab sich für den Gesamtzeitraum ein kumulierter Außenhandelsüberschuß von rund 2 146 Mrd. DM (1970/80: 700 Mrd. DM; 1980/89: 1 446 Mrd. DM) (Tabelle 5).

Diese Tendenz betraf allerdings die einzelnen Branchen der Bundesrepublik Deutschland in sehr unterschiedlichem Ausmaß. So zeigt die Differenzierung nach den vier großen Wirtschaftsbereichen bereits von dem Gesamtergebnis abweichende Werte.

Beim Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe haben die Importe schon 1970 einen hohen Anteil an der Inlandsversorgung gehabt. Er lag bereits 1970 bei über einem Fünftel (21 %) und nahm bis 1989 auf über ein Drittel (35,8 %) zu. Entsprechend ging der Anteil der Produkte aus dem Inland von 79 % auf 64,2 % zurück. Die Grundstoff- und Produktionsgüter wiesen eine Zunahme der Importe im Zeitraum 1970 bis 1980 um 185,1 % oder jährlich um durchschnittlich 11,1 % aus. Die Importentwicklung 1980 bis 1988 verlief dann deutlich moderater (26,9 %, jährlich: 3 %). Hier lag infolge der Wechselkursentwicklung und der damit verbundenen Verbilligung der Importwaren das nominale Einfuhrvolumen 1988 sogar niedriger als 1985. So wurden 1985 Güter des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes in Höhe von 133,5 Mrd. DM importiert und 1988 Waren im Wert von 118,8 Mrd. DM. Deutlich höher lagen demgegenüber die Importe mit 138,9 Mrd. DM im Jahr 1989, das waren 16,9 % mehr als 1988.

Dieser Entwicklung konnte das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit beachtlichen Exportsteigerungen gegenhalten, so wurde 1989 über das Viereinhalbfache (+ 365 %) von 1970 exportiert, während die Importe um 323 % anstiegen, so daß in den Jahren 1970 bis 1989 ein Außenhandelsüberschuß von 182 Mrd. DM erzielt werden konnte.

Einem besonders starken und vor allem zunehmenden Konkurrenzdruck waren die Produkte im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe ausgesetzt. Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe erhöhten sich die Einfuhren zwischen 1970 und 1980 um 219 % oder durchschnittlich jährlich um 12,3 % auf 78 Mrd. DM und der Importanteil an der Gesamtversorgung um 7,6 Prozentpunkte auf 22,1 %. Der Importdruck hat sich dann in den 80er Jahren nochmals verschärft. Die Importe dieses Bereichs stiegen zwischen 1980 und 1988 um 93,6 %, also jährlich um 8,6 % und damit erheblich stärker als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (5,4 %). Eine überdurchschnittliche Zunahme wurde auch 1989 mit einem Anstieg von 20 % verzeichnet (Verarbeitendes Gewerbe: 16,5 %).

Die gesamte Inlandsversorgung mit Produkten aus dem Investitionsgütergewerbe stieg zwischen 1970 und 1980 um jährlich 7,7 % und zwischen 1980 und 1988 um 5,2 %. Der Inlandsumsatz nahm im gleichen Zeitraum deutlich unterdurchschnittlich um 6,7 % bzw. 4,2 % zu. Etwas höher waren die Zunahmen 1989 (11,2 % bzw. 7,7 %). Entsprechend stieg der Anteil ausländischer Investitionsgüterprodukte an der Inlandsversorgung dieses Bereichs stark an, und zwar von 14,5 % im Jahr 1970 auf 22,1 % im Jahr 1980 und schließlich auf 30,6 % im Jahr 1989. Auf den erheblichen Importdruck hat die bundesdeutsche Investitionsgüterindustrie aber mit starken Exportausweitungen reagiert. So erhöhten sich im Investitionsgütergewerbe zwischen 1970 und 1980 die Importe um 53,7 Mrd. DM und zwischen 1980 und 1989 um 103,7 Mrd. DM auf 182 Mrd. DM. Dagegen betrugen die Exportsteigerungen zwischen 1970 und 1980 112 Mrd. und zwischen 1980 und 1989 um 178 Mrd. DM auf 358,2 Mrd. DM. Damit ergab sich im Gesamtzeitraum

ein Außenhandelsüberschuß von 2 177 Mrd. DM (1970/80: 739; 1980/89: 1 438).

Einem besonders starken internationalen Konkurrenzdruck auf dem Binnenmarkt war das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe ausgesetzt. So war hier die Zunahme der Importe überdurchschnittlich hoch. Im einzelnen stiegen bei den Verbrauchsgütern die Importe um 256 % auf 52,5 Mrd. DM von 1970 bis 1980 und im Zeitraum 1980 bis 1988 um 42,6 % auf 74,8 Mrd. DM. Das bedeutet eine jährliche Steigerung von 13,6 % bzw. 4,5 %. 1989 nahmen hier die Importe dann nochmals um 11,1 % auf 83,1 Mrd. DM zu. Besonders in den siebziger Jahren gerieten die Verbrauchsgüter unter Druck, da sie dem Preiswettbewerb besonders stark ausgesetzt waren. Dieser Konkurrenzdruck flachte in den 80er Jahren jedoch etwas ab. Der Anteil ausländischer Produkte an der Inlandsversorgung in diesem Bereich stieg in den 70er Jahren von 15,1 % auf 27 %, während sie in den 80er Jahren mäßig und zwar von 27 % auf 32,5 % zunahmen. Diese moderatere Entwicklung ist aber nahezu ausschließlich auf die Wechselkursentwicklung und der damit verbundenen starken Verbilligung der Einfuhrwaren zurückzuführen.

Während das Investitionsgüter produzierende Gewerbe die überdurchschnittlich hohen Importzuwächse durch starke Exportsteigerungen mehr als ausgleichen konnte, war dies bei den Verbrauchsgütern nicht der Fall. Ausgehend von einem geringen Importüberschuß von nur 750 Millionen DM im Jahr 1970 steigerte sich dieses Defizit auf 11,9 Mrd. DM im Jahr 1980. Jedoch war diese Entwicklung in den 80er Jahren etwas weniger stark ausgeprägt. So lagen die Importe 1989 um 58,4 % (jährliche Zunahme: 5,2 %) bzw. um 30,6 Mrd. DM höher als 1980, während die Exporte um 92,6 % (jährlich 7,6 %) bzw. um 37,6 Mrd. anstiegen. Trotzdem belief sich im Gesamtzeitraum der Importüberschuß in diesem Bereich auf 107 Mrd. DM.

Im Nahrungs- und Genußmittelbereich ist das Angebot ausländischer Produkte geringer, da dieser Bereich binnenmarktorientiert ist. Hier verliefen auch die Importsteigerungen unterdurch-

schnittlich. Aber auch hier nahmen die Importe mit einer Jahresrate von 8,6 % in den 70er Jahren zu und durchschnittlich jährlich um 3,7 % im Zeitraum 1980 bis 1988 auf 27,6 Mrd. DM. 1989 wurde dann eine Zunahme um 9,5 % auf 30,2 Mrd. DM festgestellt. Gleichzeitig stieg die Inlandsversorgung mit Produkten aus dem Nahrungsmittel- und Genußmittelbereich um durchschnittlich 6,5 % bzw. um 2,3 % im Zeitraum 1980 bis 1988 auf 167,2 Mrd. DM. 1989 betrug die Inlandsversorgung dann 176 Mrd. DM, das waren 5,4 % mehr als im Vorjahr. Entsprechend stieg der Anteil der importierten Waren am binnenländischen Gesamtangebot von Nahrungs- und Genußmitteln von 12,1 % im Jahr 1970 auf 16,5 % im Jahr 1988 bzw. 17,2 % im Jahr 1989.

Demgegenüber nahmen die Exporte in diesem Bereich um 421 % (jahresdurchschnittlich: 18 %) in den 70er Jahren auf 16 Mrd. DM zu und um 57,6 % (jahresdurchschnittlich: 5,9 %) im Zeitraum 1980 bis 1988 auf 25,2 Mrd. DM zu. 1989 war dann eine Zunahme um 7,5 % auf 27,1 Mrd. DM zu verzeichnen. Der Importüberschuß betrug hier für den Gesamtzeitraum entsprechend 104,4 Mrd. DM.

Bezüglich der Landesentwicklung zeigt die Tabelle 1 außerdem, daß Baden-Württemberg 1989 12,8 % zur Inlandsversorgung mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes beitrug und die anderen Bundesländer entsprechend 56,5 %. Das waren deutlich geringere Anteilswerte als 1970 (14,2 % bzw. 69,5 %) und 1980 (13,5 % bzw. 62,4 %). Damit hatten sowohl Baden-Württemberg als auch die anderen Bundesländer infolge der zunehmenden Importe deutliche Verluste an Marktanteilen zu verzeichnen. Wie die Entwicklung der Inlandsumsätze jedoch zeigt, waren diese Verluste bei den anderen Bundesländern im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes etwas stärker als im Land. So stiegen die Inlandsumsätze im Land in den 70er Jahren um 93 % und zwischen 1980 und 1989 um 31,7 %, während der Anstieg der anderen Bundesländer 82,8 %, bzw. 26,1 % betrug, bei einem Anstieg der Gesamtinlandsversorgung um 103,6 % bzw. 39,2 %.

Aber auch diese Entwicklung ist in den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes äußerst differenziert, was bei der später ausführlich dargestellten Landesbetrachtung zum Ausdruck kommt.

#### Die Betrachtung zu konstanten Preisen

Die Betrachtung der vier großen Wirtschaftsbereiche zeigt in den 80er Jahren und insbesondere nach 1985 eine deutliche Verlangsamung des Wachstums und damit eine Stagnation oder gar Abnahme der Importanteile. Dies ist, wie bereits erwähnt, auf die rückläufigen Dollarnotierungen und die daraus folgende Verbilligung der Importe zurückzuführen. Wegen des Verfalls des Dollarkurses sinken die Einfuhrpreise, so daß für die Importe in jeweiligen Preisen vor allem von 1986 bis 1988 nur geringe Steigerungsraten ausgewiesen wurden, obwohl sie mengenmäßig stark stiegen. Um die Wettbewerbssituation auf dem bundesdeutschen Markt auch seit 1985 der Tendenz nach zutreffend auszuweisen, wurde deshalb in einer zusätzlichen Modellrechnung eine Preisbereinigung derart vorgenommen, daß alle Größen in Preisen von 1985 ausgedrückt werden. Die Preisbereinigung erfolgte schätzungsweise über bundesweite Deflatoren<sup>5</sup>. Die Gegenüberstellung der Importanteile für das Verarbeitende Gewerbe und Investitionsgütergewerbe (Schaubild 2) zeigt, daß die Importquoten in der Betrachtung zu jeweiligen Preisen nach 1985 stagnierten oder gar rückläufig waren, in konstanten Preisen (Preisen von 1985) aber weiterhin deutlich anstiegen. Mengenmäßig haben damit die Importe weiterhin deutlich zugenommen, obwohl dies in nominaler Betrachtung verwischt wird. Die fiktiven Ergebnisse der realen Berechnung werden daher für alle Bereiche in Tabelle 2 bzw. der Anhangtabelle 1 zusätzlich dargestellt. Zusammenfassend sei hier festgehalten, daß die Importquoten auf der Basis realer Werte nach 1985 in sämtlichen Bereichen um einige Prozentpunkte höher liegen, mengenmäßig nahm damit die Zahl der importierten Produkte auch nach 1986 deutlich zu.

<sup>5</sup> Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz für die Inlandsumsätze und Index der Einfuhrpreise für die Importe.

So stieg die reale Inlandsversorgung mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes im Zeitraum 1980 bis 1988 um 11,9 % (jährlich: 1,3 %), während gleichzeitig die Lieferungen aus dem Ausland um 44,9 % (jährlich: 4,7 %) zunahmen (Tabelle 2). Dadurch erhöhte sich die Importquote von 24,1 % im Jahr 1980 auf 31,1 % im Jahr 1988. Im Jahr 1989 lag die Inlandsversorgung in Preisen von 1985 um 6,2 % höher als im Vorjahr bei einem gleichzeitigen Anstieg der Importe um 12,2 %, so daß auch die Importquote auf 32,9 % stieg, gegenüber 30,7 % in der nominalen Betrachtung. Diese erhebliche Steigerung der Importe von Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes in die Bundesrepublik ist aber – wie die nominale Betrachtung bereits darstellte – nicht automatisch mit einem Verlust internationaler Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gleichzusetzen. Da gleichzeitig die realen Exporte der Bundesrepublik im Zeitraum 1980 bis 1988 um 39,7 % (jährlich: 4,3 %) und 1989 (im Vergleich zum Vorjahr) um 9,8 % zugenommen haben, ist diese Entwicklung auch Ausdruck einer Intensivierung der internationalen Austauschbeziehungen.

Wie die nominale Betrachtung schon andeutet, betraf diese Tendenz aber die einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Während die Importe im Investitionsgüterbereich vor allem in den 80er Jahren überdurchschnittlich stiegen, ließ im Verbrauchsgütergewerbe sowie im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe der Konkurrenzdruck in den 80er Jahren etwas nach. Der reale Inlandsverbrauch nahm bei den Grundstoffen und Produktionsgütern im Zeitraum 1980 bis 1988 um 3,9 % (jährlich: 0,4 %) zu, während die Importe um 35 % (jahresdurchschnittlich: 3,8 %) und die Exporte um 36 % (jahresdurchschnittlich: 3,9 %) stiegen. 1989 nahmen die Importe aber auch hier verstärkt um 9,3 % zu, bei einem gleichzeitigen Anstieg der Exporte um 7,2 %.

Bei den Investitionsgütern nahm demgegenüber die reale Inlandsversorgung von 1980 bis 1988 mit 23,3 % (jährlich: 2,7 %) deutlich stärker zu, wobei hier die Zunahme der Importe um 66,2 %

Schaubild 2

Entwicklung der Importanteile an der Inlandsversorgung im Verarbeitenden Gewerbe  
1970 bis 1989 real und nominal

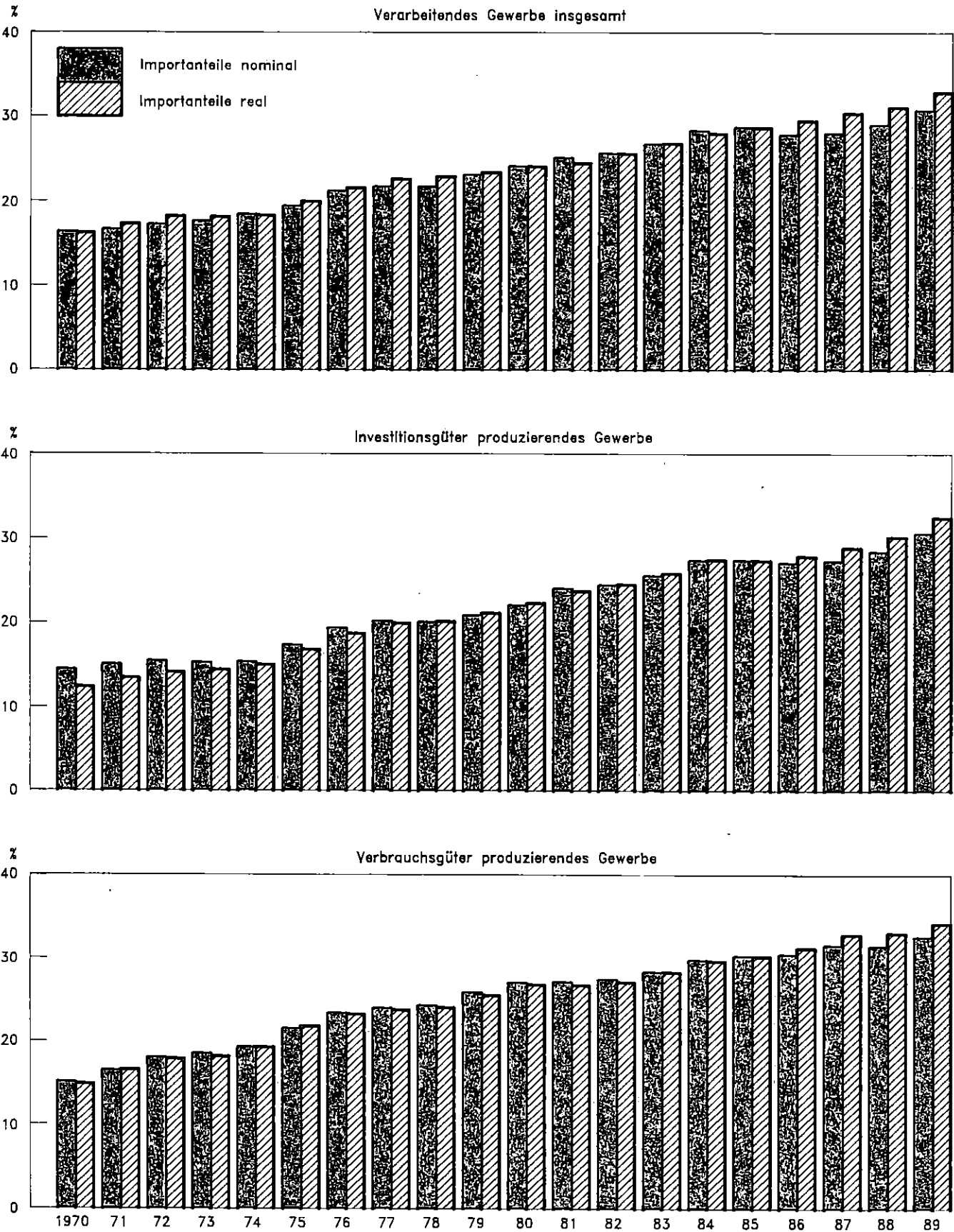




Tabelle 2

**Struktur der Inlandsversorgung des Bundesgebiets mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes nach Herkunftsgebieten**  
– In Preisen von 1985 –

Jahr	Inlandsver- sorgung des Bundes- gebiets	Davon durch Produkte aus dem ...							
		Bundesgebiet		davon				Ausland	
				Baden-Württemberg		andere Bundesländer			
		Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt									
1970	946 186,5	792 479,1	83,8	134 823,5	14,2	657 655,6	69,5	153 707,4	16,2
1980	1 200 967,9	912 082,0	75,9	162 454,0	13,5	749 628,0	62,4	288 885,8	24,1
1985	1 223 858,4	872 343,6	71,3	156 828,3	12,8	715 515,3	58,5	351 514,8	28,7
1987	1 288 432,8	897 372,9	69,6	169 311,4	13,1	728 061,5	56,5	391 059,8	30,4
1988	1 344 215,6	925 761,0	68,9	172 406,6	12,8	753 354,5	56,0	418 454,5	31,1
1989 <sup>1)</sup>	1 428 147,2	958 717,5	67,1	176 901,4	12,4	781 816,1	54,7	469 429,7	32,9
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes									
1970	332 570,2	257 970,6	77,6	30 194,6	9,1	227 776,0	68,5	74 599,5	22,4
1980	395 027,6	283 615,7	71,8	32 471,8	8,2	251 143,8	63,6	111 411,9	28,2
1985	386 090,3	252 626,3	65,4	31 453,0	8,1	221 173,3	57,3	133 464,0	34,6
1987	393 276,1	251 850,4	64,0	34 124,0	8,7	217 726,4	55,4	141 425,7	36,0
1988	410 279,7	259 894,4	63,3	35 192,7	8,6	224 701,7	54,8	150 385,3	36,7
1989 <sup>1)</sup>	430 700,6	266 305,6	61,8	34 884,2	8,1	231 421,4	53,7	164 395,0	38,2
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes									
1970	308 909,9	270 660,1	87,6	59 669,8	19,3	210 990,3	68,3	38 249,8	12,4
1980	421 756,7	327 324,5	77,6	79 301,3	18,8	248 023,2	58,8	94 432,2	22,4
1985	459 356,4	333 675,8	72,6	79 525,2	17,3	254 150,6	55,3	125 680,6	27,4
1987	491 104,1	349 393,6	71,1	84 953,3	17,3	264 440,4	53,8	141 710,4	28,9
1988	520 012,2	363 093,5	69,8	86 727,3	16,7	276 366,2	53,1	156 918,7	30,2
1989 <sup>1)</sup>	566 985,9	382 629,5	67,5	91 339,5	16,1	291 290,0	51,4	184 356,4	32,5
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes									
1970	184 115,0	156 659,7	85,1	32 729,6	17,8	123 930,1	67,3	27 455,3	14,9
1980	227 004,2	166 249,5	73,2	34 466,8	15,2	131 131,7	58,1	60 754,6	26,8
1985	211 416,1	147 588,6	69,8	30 725,1	14,5	116 863,5	55,3	63 827,5	30,2
1987	227 305,6	152 707,9	67,2	31 171,7	13,7	121 536,2	53,5	74 597,6	32,8
1988	235 088,6	157 607,6	67,0	31 650,7	13,5	125 956,9	53,6	77 481,0	33,0
1989 <sup>1)</sup>	246 357,2	162 140,0	65,8	32 260,0	13,1	129 880,0	52,7	84 217,2	34,2
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes									
1970	122 440,4	108 169,0	88,3	11 874,9	9,7	96 294,1	78,6	14 271,4	11,7
1980	158 677,6	135 280,4	85,3	16 106,5	10,2	119 173,9	75,1	23 397,2	14,7
1985	166 995,6	138 452,9	82,9	15 125,0	9,1	123 327,9	73,9	28 542,7	17,1
1987	171 338,5	141 136,0	82,4	15 678,0	9,2	125 458,0	73,2	30 202,6	17,6
1988	173 171,0	142 392,2	82,2	15 359,7	8,9	127 032,6	73,4	30 778,7	17,8
1989 <sup>1)</sup>	178 199,6	145 344,8	81,6	15 329,3	8,6	130 015,5	73,0	32 854,8	18,4

1) Vorläufige Ergebnisse.

(jährlich: 6,6 %) ursächlich war. Gleichzeitig stiegen die realen Investitionsgüterexporte um 40 % (jährlich: 4,3 %). 1989 lag hier der reale Inlandsverbrauch dann nochmals um 9,0 % höher, wobei die realen Importe um 17,5 % stiegen und die Exporte um 11,3 % höher lagen als 1988. Bei den Verbrauchsgütern nahm die reale Inlandsversorgung im Zeitraum 1980 bis 1988 lediglich um 3,6 % (jährlich: 0,4 %) zu, während die Lieferungen aus dem Ausland mit 27,5 % (jährlich: 3,1 %) und die Exporte mit 41,1 % (jährlich: 4,4 %) wesentlich stärker zunahmen. Zudem stand in diesem Bereich 1989 einem Anstieg des Inlandsverbrauch von 4,8 % eine Steigerung der Importe um 8,7 % und der Exporte um 10,6 % gegenüber.

#### Entwicklung auf dem Inlandsmarkt der Bundesrepublik Deutschland nach Branchen

Die Darstellung für die großen Wirtschaftsbereiche gibt einen ersten Überblick über die relevanten Strukturen und Entwicklungstendenzen. Dies wird nachfolgend um die Betrachtung nach Gütergruppen ergänzt, wobei die branchenmäßige Differenzierung einige bemerkenswerte Entwicklungen aufzeigt. Angesichts der Vielzahl und Differenziertheit der Produkte handelt es sich aber auch hierbei noch um relativ heterogene Aggregate. Einzelne Produkte und einzelne Unternehmen können deshalb durchaus von der Gesamttendenz ihrer Gruppe abweichende Entwicklungen aufweisen. Die Datenbasis sind auch hier die Importe in die Bundesrepublik und die Inlandsumsätze des Verarbeitenden Gewerbes.

Mit einem Anteil von 42 % (1988) an dem gesamten Inlandsverbrauch mit Gütern des Verarbeitenden Gewerbes ist das Investitionsgütergewerbe der größte Bereich. Vom gesamten Investitionsgütergewerbe entfällt wiederum gut ein Fünftel der Inlandsversorgung auf den Maschinenbau (21 %), knapp ein Viertel auf den Straßenfahrzeugbau (24 %) und ein gutes Viertel auf den Bereich Elektrotechnische Erzeugnisse (27 %). Weitere 4 % entfallen auf die Feinmechanik, Optik und 8 % auf die EBM-Waren.

Im Maschinenbau lag die Zunahme der nominalen Importe sowohl im Zeitraum 1970 bis 1980 (jahresdurchschnittlich: 9,6 %) als auch im Zeitraum 1980 bis 1988 (jahresdurchschnittlich: 5,6 %) unter dem Durchschnitt des Investitionsgütergewerbes (jährlich 12,3 % bzw. 8,6 %), aber deutlich über den Steigerungsraten der gesamten Inlandsversorgung im Maschinenbau (6,4 % bzw. 4,5 %) (Tabelle 3, Anhangtabelle 1). Entsprechend stieg der Anteil der ausländischen Maschinenbauerzeugnisse von 15,4 % im Jahr 1970 über 20,6 % im Jahr 1980 auf 22,5 % im Jahr 1988. Insbesondere erhöhten die japanischen Hersteller ihren Anteil an den Maschinenbauimporten von 2,6 % im Jahr 1970 auf 8,6 % im Jahr 1988. Aber auch die Maschinenbauimporte aus den EFTA-Ländern nahmen deutlich von 20,5 % im Jahr 1970 auf 28 % im Jahr 1988 zu. Die Hälfte der Hauptkonkurrenten (49,4 %) kommt aber nach wie vor aus den anderen EG-Ländern. Dagegen ging der Anteil von USA/Kanada von 15,8 % auf 9,1 % zurück (Anhangtabelle 2).

Der Zunahme der Importe steht allerdings auch im Maschinenbau eine außerordentliche Forcierung der Exporte gegenüber. So stieg zwischen 1970 und 1980 die Exportquote des Maschinenbaus um 8,2 Prozentpunkte und zwischen 1980 und 1988 um nochmals 1,9 % auf 45,6 %. Das bedeutet, daß der Maschinenbau im Bundesdurchschnitt annähernd die Hälfte seines Umsatzes im Auslandsabsatz erreicht.

Im Straßenfahrzeugbau haben sich die Importe gegenüber 1970 mehr als verdiebenfacht. So nahmen hier die nominalen Importe in den 70er Jahren durchschnittlich jährlich um 12,7 % zu und zwischen 1980 und 1988 um 10,4 %. Die Inlandsversorgung in jeweiligen Preisen nahm demgegenüber um 10,3 % in den siebziger Jahren und 6 % jährlich in 80er Jahren zu. Als Konsequenz stieg der Anteil der ausländischen Fahrzeuge an der Inlandsversorgung von 15,9 % im Jahr 1970 über 19,7 % im Jahr 1980 auf 27,3 % im Jahr 1988. Das bedeutet, daß inzwischen über ein Viertel der Straßenfahrzeuge, die in der Bundesrepublik gekauft werden, aus dem Ausland stammen. Dabei kamen 1970 noch über neun Zehntel (92 %) aller

Tabelle 3

**Entwicklung der bundesdeutschen Inlandsversorgung mit Erzeugnissen des Verarbeitenden Bundesgebiets zwischen 1980 und 1988 sowie 1970 und 1980**

Produktionsgruppe	1980/88										
	Durchschnittliche Veränderung der Inlandsversorgung					Veränderung der Anteile in der Versorgung durch				Veränderung der Exportquoten	
	ins-gesamt	davon durch Produkte aus									
		dem Bundesgebiet	Baden-Württemberg	den anderen Bundesländern	dem Ausland	das Bundesgebiet	Baden-Württemberg	die anderen Bundesländer	das Ausland	Bundesgebiet	Baden-Württemberg
	%					%Punkte					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	3,0	2,2	2,8	2,0	5,4	- 4,8	- 0,3	- 4,6	4,9	6,4	6,4
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	0,8	- 0,3	1,8	- 0,6	3,0	- 5,6	0,7	- 6,3	5,6	8,5	8,3
Spalt- und Brutstoffe	6,4	4,8	-	4,8	6,7	- 2,0	-	2,1	2,1	- 0,2	0,0
Steine und Erden, Asbestwaren	0,2	0	0,9	- 0,2	1,8	- 1,6	0,8	- 2,4	1,6	3,4	2,5
Eisen und Stahl	1,0	- 0,3	-	-	3,8	- 6,9	-	-	6,9	3,5	-
Eisen-, Stahl- und Temperguß	- 0,2	- 0,4	- 0,6	- 0,4	2,8	- 1,7	- 0,4	- 1,3	1,7	6,6	6,9
Zieherei- und Kaltwalzwerkerzeugnisse	1,7	1,2	- 1,3	1,5	4,5	- 3,7	- 2,2	- 1,5	3,7	0,2	0,9
NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug	0,6	- 0,4	- 2,0	- 0,2	1,5	- 3,9	- 1,4	- 2,4	3,9	6,4	9,7
NE-Metallguß	4,1	4,0	4,9	3,6	5,1	- 0,3	2,0	- 2,2	0,2	4,2	6,3
Mineralölzeugnisse	- 7,1	- 7,1	-	-	6,9	- 0,4	-	-	0,4	- 1,4	-
Chemische Erzeugnisse	4,1	2,8	3,9	2,7	6,9	- 6,8	- 0,2	- 6,6	6,8	6,5	8,5
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	- 1,3	- 1,1	- 1,2	- 1,1	- 1,6	0,8	0,1	0,7	- 0,8	7,0	11,2
Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe	5,1	3,2	2,1	3,5	6,9	- 7,2	- 2,8	- 4,4	7,2	14,9	15,3
Gummiwaren	4,1	3,1	2,9	3,1	6,3	- 5,4	- 0,8	- 4,6	5,4	4,6	5,4
<b>Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes</b>	5,3	4,2	4,0	4,2	8,6	- 6,3	- 1,8	- 4,6	6,3	4,7	4,8
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	3,0	2,9	4,5	2,7	4,1	- 0,6	1,4	- 1,9	0,6	- 4,4	2,6
Maschinenbauerzeugnisse	4,5	4,1	4,2	4,1	5,6	- 1,9	- 0,4	- 1,5	1,9	1,9	3,7
Straßenfahrzeuge	6,0	4,6	4,0	4,9	10,4	- 7,6	- 3,0	- 4,6	7,6	7,7	6,7
Wasser-, Luft- und Raumfahrzeuge	3,1	- 2,6	-	-	7,7	- 19,6	-	-	19,6	25,2	-
Elektrotechnische Erzeugnisse	5,9	4,8	4,1	5,0	9,2	- 6,3	- 2,6	- 3,7	6,3	2,3	3,8
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	4,4	3,0	2,2	3,4	6,7	- 6,8	- 3,7	- 3,2	6,7	3,0	4,5
Erzeugnisse der Stahlverformung	3,3	2,8	3,9	2,5	6,7	- 3,0	1,0	- 4,0	3,0	3,8	2,2
Eisen-, Blech- und Metallwaren	3,6	3,2	3,3	3,1	5,6	- 2,8	- 0,5	- 2,3	2,7	4,9	4,4
Büromaschinen, ADV	12,4	10,1	6,7	10,7	14,2	- 7,2	- 2,7	- 4,5	7,2	- 0,6	5,8
<b>Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes</b>	2,6	1,8	1,4	1,9	4,5	- 4,4	- 1,3	- 3,0	4,4	5,7	5,3
Feinkeramik	0,8	0,6	-	-	1,0	- 0,8	-	-	0,8	2,1	-
Glas und Glaswaren	2,4	1,1	- 0,1	1,3	6,6	- 7,6	- 1,8	- 5,8	7,6	10,0	10,0
Holzwaren	0,7	0,1	- 0,9	0,3	4,4	- 4,2	- 2,2	- 2,1	4,3	4,9	5,7
Musikinstrumente, Spielwaren usw.	- 0,1	1,9	2,3	1,8	- 1,7	7,2	3,1	4,1	- 7,2	5,1	3,6
Papier- und Pappwaren	4,0	3,4	3,9	3,3	8,8	- 3,7	- 0,1	- 3,7	3,7	7,2	8,9
Druckereierzeugnisse, Lichtpauzen	3,9	3,7	3,8	3,7	6,7	- 1,3	- 0,2	- 1,2	1,3	1,2	- 0,4
Kunststoffzeugnisse	5,4	4,8	5,2	4,8	8,2	- 3,6	- 0,3	- 3,2	3,5	6,7	3,9
Leder	4,3	3,0	5,2	1,4	5,3	- 4,5	1,2	- 5,8	4,5	1,6	- 1,2
Lederwaren	0,4	- 2,1	- 2,7	- 2,0	3,3	- 10,7	- 1,6	- 9,1	10,7	7,0	8,2
Schuhe	1,7	- 1,4	- 3,0	- 1,1	4,4	- 11,3	- 2,9	- 8,4	11,3	4,9	9,9
Textilien	1,7	- 0,1	- 1,6	0,5	4,0	- 8,0	- 4,3	- 3,6	8,0	7,3	8,2
Bekleidung	2,6	0,2	1,3	0,0	5,4	- 11,0	- 0,9	- 10,2	11,0	6,6	5,1
<b>Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes</b>	2,3	2,0	0,8	2,2	3,7	- 1,7	- 1,1	- 0,6	1,7	2,1	2,9

# Gewerbes nach Herkunftsgebieten und der Exportquoten Baden-Württembergs und des

1970/80											Produktionsgruppe
Durchschnittliche Veränderung der Inlandsversorgung					Veränderung der Anteile in der Versorgung durch				Veränderung der Exportquoten		
insgesamt	davon durch Produkte aus				das Bundesgebiet	Baden-Württemberg	die anderen Bundesländer	das Ausland	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	
	dem Bundesgebiet	Baden-Württemberg	den anderen Bundesländern	dem Ausland							
%					%·Punkte						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
7,4	6,3	6,8	6,2	11,7	- 7,8	- 0,7	- 7,1	7,8	6,3	6,3	Verarbeitendes Gewerbe
7,6	6,6	6,3	6,6	11,1	- 7,6	- 1,1	- 6,6	7,6	5,9	5,5	Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	Spalt- und Brutstoffe
6,2	5,8	5,8	5,8	9,3	- 3,2	- 0,5	- 2,7	3,2	4,5	3,1	Steine und Erden, Asbestwaren
3,7	2,7	5,9	2,7	6,4	- 6,7	0,2	- 6,8	6,6	11,2	5,7	Eisen und Stahl
2,8	2,4	2,2	2,5	9,2	- 2,8	- 0,6	- 2,2	2,8	6,8	5,5	Eisen-, Stahl- und Temperguß
2,6	1,8	4,3	1,5	9,6	- 7,3	1,6	- 8,9	7,3	9,0	10,0	Zieherei- und Kaltwalzwerkerzeugnisse
7,0	7,0	7,7	6,9	6,9	0,2	0,5	- 0,3	- 0,2	8,8	3,6	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug
5,3	5,0	5,8	4,7	20,3	- 2,4	1,3	- 3,7	2,4	4,2	5,1	NE-Metallguß
13,9	12,3	8,2	17,8	21,8	- 11,8	- 4,5	- 7,3	11,8	0,7	- 2,0	Mineralölerzeugnisse
8,1	6,8	6,9	6,8	12,7	- 9,7	- 1,1	- 8,6	9,7	7,5	7,1	Chemische Erzeugnisse
7,7	6,9	6,6	7,0	9,8	- 5,6	- 1,5	- 4,1	5,5	3,1	3,7	Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz
7,0	5,6	5,6	5,6	8,9	- 7,5	- 2,0	- 5,6	7,5	12,7	12,8	Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe
4,8	3,0	1,6	3,2	11,3	- 13,1	- 3,2	- 9,9	13,1	9,7	10,5	Gummiwaren
7,7	6,7	7,7	6,4	12,3	- 7,6	0,0	- 7,6	7,6	6,6	6,0	Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes
6,2	6,0	6,2	5,9	10,9	- 2,3	- 0,1	- 2,2	2,3	11,8	7,6	Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge
6,4	5,7	7,0	5,3	9,6	- 5,2	1,1	- 6,3	5,2	8,2	5,8	Maschinenbauerzeugnisse
10,3	9,8	10,7	9,5	12,7	- 3,8	0,9	- 4,6	3,8	1,5	4,0	Straßenfahrzeuge
10,2	8,2	13,5	8,0	13,2	- 10,9	0,7	- 11,6	10,8	8,5	34,2	Wasser-, Luft- und Raumfahrzeuge
7,5	6,3	7,0	6,0	13,7	- 9,8	- 1,0	- 8,8	9,7	8,0	6,9	Elektrotechnische Erzeugnisse
10,8	9,0	6,6	10,5	15,5	- 11,9	- 10,8	- 1,0	11,9	- 3,1	1,4	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren
5,5	4,9	7,0	4,4	14,4	- 5,4	2,5	- 7,9	5,4	4,0	5,1	Erzeugnisse der Stahlverformung
5,2	4,2	5,5	3,9	12,7	- 8,1	0,5	- 8,6	8,2	4,9	5,3	Eisen-, Blech- und Metallwaren
8,8	6,5	9,0	6,0	11,3	- 11,1	0,1	- 11,2	11,1	1,2	- 1,4	Büromaschinen, ADV
7,1	5,5	5,4	5,5	13,6	- 12,0	- 2,6	- 9,4	11,9	4,4	4,0	Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes
7,2	4,1	5,2	4,0	16,3	- 20,9	- 1,0	- 19,9	20,8	2,3	1,9	Feinkeramik
7,0	6,2	7,2	6,1	10,7	- 5,8	0,2	- 6,0	5,8	4,5	6,5	Glas und Glaswaren
9,4	8,6	8,0	8,7	18,8	- 7,1	- 2,4	- 4,7	7,0	2,8	3,3	Holzwaren
14,5	9,9	8,0	11,1	21,0	- 21,6	- 12,3	- 9,3	57,8	- 1,1	0,1	Musikinstrumente, Spielwaren usw.
6,9	6,5	6,6	6,5	13,1	- 3,6	- 0,6	- 3,0	3,7	3,9	2,5	Papier- und Pappwaren
7,3	7,1	7,8	6,9	12,5	- 2,0	0,8	- 2,8	2,0	2,8	2,9	Druckereierzeugnisse, Lichtpausen
9,9	9,2	8,4	9,4	15,0	- 5,5	- 2,2	- 3,3	5,5	3,7	0,7	Kunststofferzeugnisse
4,9	1,8	- 0,4	3,4	9,0	- 16,9	- 12,4	- 4,4	16,9	- 1,0	- 4,0	Leder
6,0	2,1	- 0,2	2,5	17,7	- 26,8	- 6,1	- 20,8	26,8	3,4	2,4	Lederwaren
6,5	2,0	1,8	2,0	15,9	- 27,9	- 5,4	- 22,5	27,9	5,5	5,6	Schuhe
4,2	1,5	2,6	1,0	10,0	- 17,4	- 3,0	- 14,4	17,3	7,1	7,5	Textilien
6,2	3,1	3,2	3,1	15,8	- 21,3	- 2,9	- 18,3	21,3	8,0	7,1	Bekleidung
6,5	6,1	7,0	6,0	8,6	- 2,7	0,5	- 3,1	2,7	4,7	4,9	Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes

Straßenfahrzeugimporte aus dem Raum der EG-Länder, 1988 waren dies nur noch gut drei Fünftel (61,4 %). In dieser Zeit erreichte Japan ausgehend von 0,3 % einen Importanteil von über einem Fünftel (21,8 %). Deutlich sind hier aber auch die Importe aus den EFTA-Ländern angestiegen (1970: 2,7 %; 1988: 10,9 %), während der Anteil der nordamerikanischen Länder um 0,7 Prozentpunkte auf 2,2 % sank. Beim Straßenfahrzeugbau ist aber auch eine starke Exportzunahme zu verzeichnen. Die Exportquote des Straßenfahrzeugbaus stieg im Bundesdurchschnitt von 39,5 % im Jahr 1970 auf 48,7 % im Jahr 1988, die Hälfte der in der Bundesrepublik produzierten Fahrzeuge wird also exportiert.

Im Bereich elektrotechnische Erzeugnisse ist die Konkurrenzsituation wieder anders. Absolut gesehen ist dies die Produktgruppe, die mit 145 Mrd. DM (1988) den größten Absatz auf dem Binnenmarkt erreicht. Während sich hier aber die gesamte Inlandsversorgung im Zeitraum 1970 bis 1988 gut verdreifachte (+ 227 %), versiebenfachten sich die Importe (+ 630 %). So nahmen hier in den 70er Jahren die Importe jährlich um 13,7 % zu, während gleichzeitig die Inlandsversorgung um jährlich 7,5 % stieg. Im Zeitraum zwischen 1980 und 1988 flachten diese Jahresraten auf 9,2 % bei den Importen und 5,9 % bei der Inlandsversorgung ab. Entsprechend nahm der Anteil der Importe an der Inlandsversorgung zwischen 1970 und 1988 um 16 Prozentpunkte auf 29,1 % zu. Die ausländische Konkurrenz – vor allem Japan – drängte hier somit besonders stark auf den Inlandsmarkt. Der Anteil Japans an den Importen insgesamt nahm von 6,5 % auf 20 % zu. Aber auch die Südostasiatischen Länder steigerten ihren Absatz deutlich (Anteil an den Importen 1970: 1 %; 1988: 8,9 %). Entsprechend sah sich gerade die elektrotechnische Industrie einer gewandelten Konkurrenz gegenüber: Kamen 1970 noch drei Fünftel dieser Produkte aus den EG-Ländern, war dies 1988 nur noch zu zwei Fünfteln der Fall. Auch die USA und Kanada verloren Marktanteile (1970: 19,2 %; 1988: 10,9 %). Etwas zulegen konnten dagegen auch hier die EFTA-Länder (1970: 11,3 %; 1988: 15 %).

Diesem Importanstieg stand aber auch bei den elektrotechnischen Erzeugnissen eine deutliche Exportzunahme gegenüber. Die Exportquote stieg in der Elektrotechnik von 21,8 % im Jahr 1970 auf 32,2 % im Jahr 1988, so daß inzwischen fast ein Drittel aller elektrotechnischen Erzeugnisse des Bundesgebiets exportiert werden.

In der vom Volumen her etwas kleineren Branche Feinmechanik, Optik und Uhren ist der Importanteil an der gesamten Inlandsversorgung mit Produkten dieser Branche besonders hoch. Er betrug im Jahr 1988 41,6 %. Noch 1970 hatte dieser Anteil bei 23 % gelegen. Hier waren vor allem in den 70er Jahren enorme Importzunahmen zu verzeichnen (jährlich durchschnittlich 15,5 %), die nach 1980 etwas abflachten (jährlich: 6,7 %). Gleichzeitig nahm die Inlandsversorgung um 10,8 % bzw. 4,4 % jährlich zu. Der Importanteil von 41,6 % liegt weit über dem Durchschnitt des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes (28,4 %) und des Verarbeitenden Gewerbes (29 %). Dabei war hier der Anteil Japans an den Importen mit 29,3 % nahezu gleich hoch wie der der Anbieter aus den EG-Ländern mit 30,5 %. Aber auch die Südostasiatischen Länder sind vor allem in den 70er Jahren nachhaltig in den bundesdeutschen Markt eingedrungen (1970: 0,6 %; 1980: 7,5 %). Jedoch hat sich diese Tendenz nach 1980 nicht weiter fortgesetzt, so daß 1988 ihr Anteil an den bundesdeutschen Importen 6,9 % betrug. Der Anteil der nordamerikanischen Länder belief sich nach einer Ausdehnung im Jahr 1985 auf 17,2 %, im Jahr 1988 wieder auf 12,7 %. Andererseits gelang es aber auch dieser Branche auf ausländischen Märkten weitgehend ihren Marktanteil zu halten. So belief sich die Exportquote im Jahr 1988 auf 36,7 % (1970: 36,8 %), 1985 betrug sie allerdings 39,4 %.

Im Bereich Eisen-, Blech- und Metallwaren nahmen die Importe im Zeitraum 1980 bis 1988 jährlich durchschnittlich um 5,6 % zu (70er Jahre: 12,7 %). Entsprechend erhöhte sich der Anteil an der Inlandsversorgung von 8,1 % im Jahr 1970 auf zunächst 16,3 % im Jahr 1980 und schließlich auf 19 % im Jahr 1988. Gleichzeitig erhöhte sich die Exportquote von 17 % (1970) auf 26,8 %

(1988). Diese Branche ist somit im Vergleich zu anderen stark binnenmarktorientiert. Der größte Teil der importierten EBM-Waren kommt nach wie vor aus den EG-Ländern (52,9 %), deren Anteil aber rückläufig war (1970: 66,6 %). Demgegenüber weiteten hier die EFTA-Länder ihren Marktanteil aus (1970: 16,5 %; 1988 25,5 %).

Im Bereich Büromaschinen, ADV kamen schon 1970 mehr als zwei Fünftel aller Produkte aus dem Ausland, bis 1988 war dieser Anteil dann auf rund drei Fünftel (61,4 %) gestiegen. Hauptlieferanten sind hier mit zwei Fünfteln die EG-Länder (40,3 %), mit gut einem Viertel (26,3 %) die USA und Kanada. Es folgt Japan mit einem Anteil von 16,1 % (1970: 6 %). Auf die südostasiatischen Länder entfiel 1988 ein Anteil von 11,4 %, nachdem von diesen Ländern 1970 praktisch noch keine Büromaschinen eingeführt wurden. Demgegenüber wurden von den bundesdeutschen Büromaschinen/ADV-Anlagen 1988 über 45,3 % exportiert, womit sich die Exportquote gegenüber 1970 (44,7 %) kaum verändert hat.

Einem vergleichsweise schwächeren internationalen Konkurrenzdruck sind die Bereiche Erzeugnisse der Stahlverformung sowie Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge ausgesetzt. Bei den Stahlbauerzeugnissen und Schienenfahrzeugen nahm der Anteil der importierten Waren an der Inlandsversorgung dieses Bereichs im Zeitraum 1970 bis 1988 um 2,9 Prozentpunkte auf 7,1 % zu. Im Bereich Erzeugnisse der Stahlverformung nahm die Importquote von 4,4 % im Jahr 1970 auf 12,8 % im Jahr 1988 zu, während gleichzeitig die Exportquote 1988 19,3 % betrug.

Bei den Branchen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes hat sich in den siebziger Jahren das Angebot mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 7,1 % auf dem Inlandsmarkt etwa im Gleichklang mit dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (jährlich 7,4 %) erhöht. Insgesamt trug dieser Bereich 1988 zu 18,5 % zur Inlandsversorgung bei. Die Importe nahmen allerdings weit überdurchschnittlich zu (jährlich 13,6 %; Verarbeitendes Gewerbe 11,7 %). Ent-

sprechend stiegen die Importquoten der einzelnen Produktgruppen überwiegend stark an.

Dagegen war in den 80er Jahren der Markt für diesen Produktbereich weit weniger expansiv. Das Verbrauchsgüterangebot stieg im Zeitraum 1980 bis 1988 durchschnittlich jährlich um 2,6 % auf rund 238,4 Mrd. DM (Verarbeitendes Gewerbe jährlich im Durchschnitt 3,0 %). Auf einzelnen Märkten war sogar ein Rückgang zu verzeichnen. Das ausländische Angebot nahm ebenfalls moderat zu (4,5 % jährlich, Verarbeitendes Gewerbe 5,4 %), wobei dies vor allem für diejenigen Güter bemerkenswert ist, die noch in den siebziger Jahren von Importen überschwemmt wurden.

In den einzelnen Bereichen sind die Konkurrenzbeziehungen für die aufgeführten Sparten sowohl auf den inländischen wie auf den ausländischen Märkten äußerst differenziert. In dem vom Volumen her größten Bereich Textilien, auf den 1988 20 % der Inlandsversorgung des Verbrauchsgütergewerbes entfällt, wird mit einer Importquote von 49,5 % inzwischen fast die Hälfte aller auf dem bundesdeutschen Markt angebotenen Textilien importiert. 1970 traf dies noch für knapp ein Viertel (24,2 %) zu, wobei dann der Ansturm der ausländischen Konkurrenz auf diesem Markt die Importquote im Jahr 1980 auf 41,5 % ansteigen ließ. In den 80er Jahren flachte der Anstieg ab, die Importe nahmen durchschnittlich jährlich um 4 % zu gegenüber 10 % in den 70er Jahren. Dabei kamen 1988 gut die Hälfte der Textilien aus den EG-Ländern (54,4 %), 1970 waren es noch 73,3 %. Demgegenüber haben die EFTA-Länder ihren Anteil auf 9,5 % (1970: 5,3 %) steigern können; dies gilt auch für die südostasiatischen Länder (7,3 %) und Staatshandelsländer (4,2 %). Diese Branche konnte trotz des internationalen Konkurrenzdrucks ihre Exportquote von 21 % im Jahr 1980 auf 28,3 % im Jahr 1988 steigern.

Im Bekleidungssektor stieg die Importquote besonders stark von 15,2 % im Jahr 1970 auf 47,5 % im Jahr 1988, wobei auch hier die höchsten Zuwachsraten bei den Marktanteilen der ausländi-

schen Bekleidungsindustrien in den 70er Jahren erzielt wurden (Importanstieg durchschnittlich jährlich 15,8 %). In den 80er Jahren konnte demgegenüber eine moderate Steigerungsrate der Importe von 5,4 % verzeichnet werden. Dabei kamen die Importe 1988 zu 31 % aus den EG-Ländern, zu 19,4 % aus den südostasiatischen Ländern und zu 13,2 % aus den Staatshandelsländern. Gleichzeitig nahm die Exportquote zwischen 1980 und 1988 um 6,6 Prozentpunkte auf 19,6 % zu, so daß ebenfalls fast ein Fünftel der in der Bundesrepublik hergestellten Bekleidung exportiert wird.

Auch auf den Märkten der Kunststoffverarbeitung konnten ausländische Anbieter Marktanteile gewinnen, wenngleich sie hier nach wie vor mäßig vertreten sind. So nahm die Importquote von 9,6 % im Jahr 1970 auf zunächst 15,1 % im Jahr 1980 und schließlich auf 18,6 % im Jahr 1988 zu. Hierin spiegelt sich jedoch eine zunehmende Einbindung in die internationale Arbeitsteilung wider, da auch die Exportquote von 17,8 % im Jahr 1980 auf 24,5 % im Jahr 1988 stieg. Nahezu zwei Drittel der importierten Kunststoffwaren kamen 1988 aus den EG-Ländern (64,8 %; 1980: 72,4 %), weitere 16,6 % (1980: 11,9 %) aus den EFTA-Ländern.

Der in Baden-Württemberg relativ große Bereich Druckereierzeugnisse gehört nach wie vor zu den binnenmarktorientierten Branchen, wobei hier auch die Sprache ein handelshemmendes Moment sein dürfte. Hier betrug die Importquote im Jahr 1988 lediglich 6,6 % gegenüber 3,3 % im Jahr 1970. Die Exportquote lag im Jahr 1988 bei 7,3 %. Vergleichsweise stark binnenmarktorientiert ist auch der Bereich Papier- und Pappwaren. Hier wurden 1988 12,2 % der gesamten Inlandsversorgung importiert, wobei sich dieser Anteil im Zeitablauf kontinuierlich erhöhte (1970: 4,8 %). Über die Hälfte der importierten Papier- und Pappwaren stammen dabei aus den EG-Ländern (1988: 55,5 %), weitere 29,7 % aus den EFTA-Ländern. Die Exportquote lag 1988 bei 17,8 % gegenüber 10,7 % im Jahr 1980.

Ein weiteres Achtel (12,7 %) der Inlandsversorgung des Verbrauchsgüter-

gewerbes fällt auf den Bereich Holzwaren. Im Bereich Holzwaren wurden 1988 Waren im Wert von 5,1 Mrd. DM importiert, das waren 16,8 % der gesamten Inlandsversorgung, gegenüber 12,5 % im Jahr 1980 und 5,5 % im Jahr 1970. Über die Hälfte dieser Holzwaren stammen dabei aus den EG-Ländern (1988: 56,2 %; 1980: 60,2 %), weitere 17,8 % aus den EFTA-Ländern (1980: 16,7 %) und 15,6 % aus den Staatshandelsländern. Die Exportquote nahm hier seit 1980 um 4,8 Prozentpunkte auf 14,4 % im Jahr 1988 zu.

In der heterogenen Produktgruppe Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte usw. war die Entwicklung untypisch. Einer sehr starken Nachfrageexpansion in den siebziger Jahren, die mit weit überdurchschnittlichen Importzunahmen einherging (jährlich 20 %), folgte zwischen 1980 und 1988 eine Stagnation der Inlandsversorgung, wobei die Importe um ein Achtel (- 12,8 %) zurückgingen, so daß die Importquote von 57,8 % im Jahr 1980 auf 50,6 % im Jahr 1988 sank. Bemerkenswert hierbei ist aber, daß nach 1985 wieder ein geringfügiger Anstieg zu verzeichnen war. 16,4 % der Produkte kamen aus den südostasiatischen Ländern (1980: 8,8 %), aber auch aus den EG-Ländern wurde 1988 deutlich mehr importiert (34,8 %) als noch 1980 (27,8 %). Ebenso steigerten auch die EFTA-Länder ihre Lieferungen auf 11,3 % gegenüber 8,3 % im Jahr 1980. Rückläufig waren demgegenüber die Lieferungen aus den USA und Kanada (1980: 29,3 %; 1988: 7,9 %). 1988 wurde ein knappes Drittel (32 %) der Produktion dieser Branche exportiert gegenüber 26,8 % im Jahr 1980.

Vom Volumen her kleinere Produktgruppen wie Feinkeramik, Glas und Glaswaren, Leder, Schuhe und Lederwaren haben eine vergleichsweise geringe Bedeutung auf dem bundesdeutschen Binnenmarkt. Jedoch hat auch bei diesen Waren das ausländische Güterangebot ein jeweils großes und noch zunehmendes Gewicht. So liegen die Importquoten für das Jahr 1988 in den Bereichen Feinkeramik (38,1 %; 1970: 16,5 %), Glas und Glaswaren (27,8 %; 1970: 14,4 %), Leder (57,6 %; 1970: 36,2 %), Lederwaren (52 %; 1970: 14,5 %) und Schuhe (60,3 %; 1970:

21,1 %) deutlich höher als im Jahr 1970. An der Spitze liegt hier der Bereich Schuhe, in dem annähernd drei Fünftel aller Angebote aus dem Ausland stammen. Hier spielen aber hohe Eigenimporte eine Rolle, d.h. deutsche Unternehmen lassen im Ausland produzieren.

Im Gegenzug wurden aber auch in diesen Bereichen die Exporte stark ausgedehnt. So stieg innerhalb von 8 Jahren die Exportquote bei Lederwaren um 7 Prozentpunkte auf 21,2 %. Bei dem Bereich Schuhe betrug sie 1988 18,6 % (1980: 13,6 %), bei Leder 24,2 % (1980: 22,6 %) und im Bereich Feinkeramik 35,3 % (1980: 33,2 %).

Weiterhin trägt der Bereich Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe 27 % zur gesamten Inlandsversorgung des Verarbeitenden Gewerbes bei. Vom Volumen her haben die Chemischen Erzeugnisse unter den Produkten des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes mit einem Absatz auf dem Binnenmarkt von 128,6 Mrd. DM die größte Bedeutung. Hier wurden 1988 über ein Drittel der auf dem Binnenmarkt angebotenen Waren importiert (35,5 %; 1970: 19 %). Rund zwei Drittel dieser Produkte stammen aus den EG-Ländern (65,4 %). Weitere 13,4 % stammen aus den EFTA-Ländern und 8,5 % aus den USA und Kanada. Aus Japan kamen 4,7 % dieser Waren und aus den Staatshandelsländern 2,9 %. Einen Ausgleich für diese Entwicklung suchte auch die Chemische Industrie im gesteigerten Export. So nahm die Exportquote von 1970 nach 1980 von 30,9 % auf 38,4 % zu. 1988 lag die Exportquote des Bundesgebiets dann sogar bei 44,9 %.

Auf die Bereiche Eisen und Stahl sowie Mineralölerzeugnisse entfallen jeweils 12,2 % der Inlandsversorgung des Bereichs Grundstoff- und Produktionsgüter. Im ersten der genannten Bereiche nahm die Importquote von 21,9 % im Jahr 1970 auf 35,4 % im Jahr 1988 zu, wobei gleichzeitig die Exportquote gegenüber 1980 um 3,5 Prozentpunkte auf 39,2 % im Jahr 1988 anstieg.

Bei den Mineralölerzeugnissen wurde 1988 ein Viertel aller Güter auf dem Inlandsmarkt importiert (1970: 12,8 %;

1980: 24,6 %). Gleichzeitig wurden 1988 aber nur 2,9 % der in der Bundesrepublik hergestellten Mineralölerzeugnisse exportiert.

Von jeher hohe Importe wurden in dem Bereich NE-Metalle und NE-Metallerzeugnisse verzeichnet. Hier wurden gut die Hälfte der auf dem Inlandsmarkt angebotenen Waren importiert (1988: 53,9 %; 1970: 50,2 %). Die Exportquote betrug hier 1988 33,7 % und lag um 6,4 Prozentpunkte über dem Wert von 1980.

Aber auch für die für den deutschen Binnenmarkt vergleichsweise kleineren Bereiche Zieherei- und Kaltwalzwerke (1988: 18,9 %; 1970: 7,9 %), Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz (1988: 32 %; 1970: 27,3 %), Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe (1988: 56,1 %; 1970: 41,4 %) und Gummiwaren (1988: 34,1 %; 1970: 15,6 %) wurden beachtliche Steigerungen der Importquoten festgestellt. Im Gegenzug dazu stiegen aber in fast allen Sparten die Exportquoten. So nahmen sie im Bereich Schnittholz, Sperrholz um 7 Prozentpunkte auf 16,2 % zu, im Bereich Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe um 14,9 Prozentpunkte auf 41,9 % und im Bereich Gummiwaren um 4,6 Prozentpunkte auf 28,5 %. Davon abweichend entwickelte sich der Bereich Zieherei und Kaltwalzwerke, in dem ein nur geringer Anstieg (0,2 Prozentpunkte) auf 25,9 % verzeichnet wurde.

In diese Sparte fallen aber auch Bereiche, die in einem geringeren Umfang in die internationale Arbeitsteilung einbezogen sind. Dies gilt zum Beispiel für den Bereich Steine und Erden, für den die Importquote 1988 14,1 % betrug (1970: 9,3 %). Aber auch die Bereiche Eisen, Stahl- und Temperguß (7,9 %; 1970: 3,4 %), NE-Metallguß (3,5 %; 1970: 0,9 %) sind stark binnenmarktorientiert. Bei den Gießereien und noch mehr im Bereich Steine und Erden dürften Transportkosten ein entscheidendes Hindernis für eine starke Einbindung in die internationale Arbeitsteilung sein. Ebenfalls stärker binnenmarktorientiert ist der Bereich Nahrungs- und Genußmittel. Hier betrug die Importquote 1988 16,5 % gegenüber 12,1 % im Jahr 1970.



## Landesentwicklung

Vor dem Hintergrund der bundesdeutschen Entwicklung sind mehr oder weniger auch die Aktivitäten des baden-württembergischen Gewerbes zu sehen. Um die Veränderung der Situation Baden-Württembergs im Rahmen sowohl des Inlandmarktes wie des Auslandsmarktes aufzeigen zu können, wurden in Schaubild 3 (sowie Tabelle 3) für die einzelnen Branchen die Veränderungen der Inlandsversorgung der entsprechenden Veränderung der Inlandsumsätze Baden-Württembergs und der anderen Bundesländer gegenübergestellt. Darüber hinaus wurden in Schaubild 4 die Veränderungen der Auslandsumsätze Baden-Württembergs und der anderen Bundesländer im Zeitraum 1980/88 zusammengefaßt. Während also auf den Umstand einer Zunahme der Importe in allen Teilmärkten bereits eingegangen wurde, sollen nun die Konkurrenzsituation Baden-Württembergs bei einzelnen Produkten analysiert und bemerkenswerte Abweichungen Baden-Württembergs von der Bundesentwicklung herausgearbeitet werden.

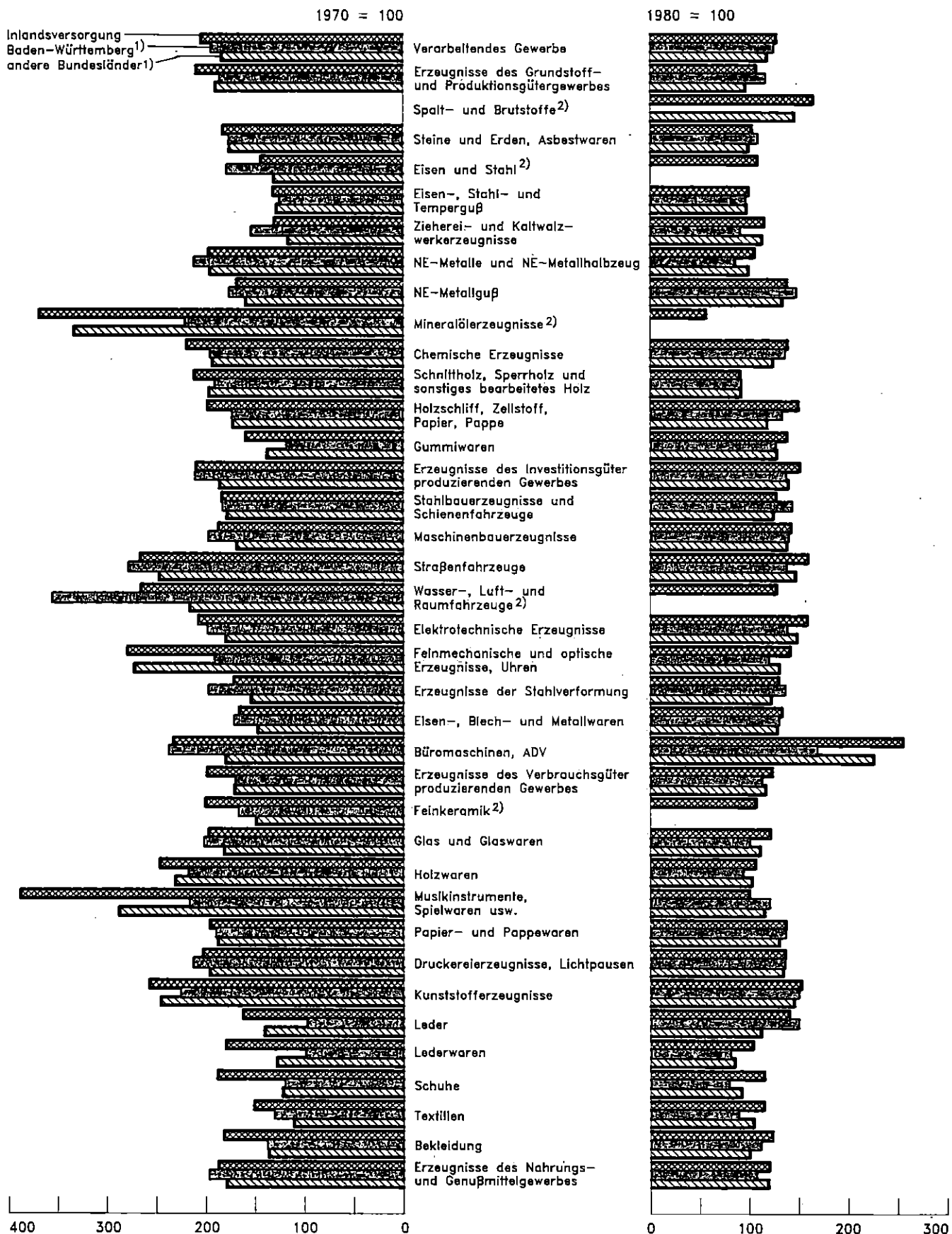
Insgesamt gesehen ist in den 70er Jahren bei einer Verdoppelung der Inlandsversorgung mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes (+ 103,6 %) und einer Verdreifachung der Importe (+ 201,9 %) der Beitrag Baden-Württembergs zur bundesdeutschen Inlandsversorgung (Inlandsumsätze Baden-Württembergs) um 93,2 % gestiegen, wohingegen der Beitrag der anderen Bundesländer um 82,8 % stieg. Ebenfalls besser behauptet hat sich Baden-Württemberg im Zeitraum 1980 bis 1988. Während die Inlandsumsätze Baden-Württembergs um 24,1 % anstiegen, ist bei den anderen Bundesländern eine Zunahme um 17,5 % zu verzeichnen. Innerhalb des enger werdenden Raumes für den Inlandsabsatz bundesdeutscher Produkte hat sich Baden-Württemberg also überdurchschnittlich gut behauptet. Dies zeigt sich auch daran, daß der Anteil Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung im Gesamtzeitraum 1970 bis 1988 nur um einen Prozentpunkt auf 13,2 % abgenommen hat, während der Rückgang bei den anderen Bundesländern 11,7 Prozentpunkte betrug. Im Teilabschnitt 1980/88 steht im Durchschnitt

des Verarbeitenden Gewerbes eine Abnahme um 0,3 Prozentpunkte in Baden-Württemberg einem Rückgang um 4,6 Prozentpunkte bei den anderen Bundesländern gegenüber. Jedoch ist hier die Entwicklung nach Branchen äußerst differenziert (Schaubild 3 sowie Tabelle 3).

Der wichtigste Bereich Baden-Württembergs stellt das Investitionsgüter produzierende Gewerbe dar, auf den im Bundesdurchschnitt 41,5 % der Inlandsversorgung im Verarbeitenden Gewerbe entfällt (Anhangtabelle 1). Gemessen an den Umsätzen im Verarbeitenden Gewerbe entfallen sogar 47,6 % (1988) auf diesen Bereich und in Baden-Württemberg 60,7 %, wodurch die besondere Bedeutung des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes im Land zum Ausdruck kommt (Anhangtabelle 3). Zur Inlandsversorgung mit Investitionsgütern trug Baden-Württemberg 1988 17,1 % bei. 1980 und 1970 lag dieser Anteil noch bei 18,9 % (Tabelle 3, Anhangtabelle 1). Der Beitrag der anderen Bundesländer zur Versorgung des Bundesgebiets mit Investitionsgütern ging von 59,1 % im Jahr 1980 auf 54,5 % im Jahr 1988 zurück. Allerdings stiegen zwischen 1980 und 1988 die Inlandsumsätze im Land um 37 % und in den anderen Bundesländern um 39 %, was jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten von 4 % bzw. 4,2 % entspricht (Schaubild 3). Damit gingen die Marktanteilsverluste im Investitionsgüterbereich in den 80er Jahren etwas stärker zu Lasten des Landes. In den 70er Jahren hatte Baden-Württemberg dagegen seinen Marktanteil halten können, während die anderen Bundesländer deutliche Verluste hatten. Auch lassen sich für den Investitionsgüterbereich in den 80er Jahren etwas stärkere Exportanstrengungen der anderen Bundesländer herausarbeiten. So nahmen die Auslandsumsätze im Land im Zeitraum 1980 bis 1988 um 67 % zu und in den anderen Bundesländern um 70 % (Schaubild 4). Gleichzeitig stieg die Exportquote des Landes von 29,8 % im Jahr 1970 über 35,9 % im Jahr 1980 auf schließlich 40,6 % im Jahr 1988 (Tabelle 4). Im Bundesdurchschnitt betrug sie im Jahr 1970 28,8 % und im Jahr 1988 40,1 %. Im Gesamtzeitraum 1980 bis 1988 entfielen 23 % der Investitionsgüterexporte des

Schaubild 3

Entwicklung der Inlandsversorgung sowie der Inlandsumsätze für Baden-Württemberg und die anderen Bundesländer im Zeitraum 1970 bis 1980 sowie 1980 bis 1988

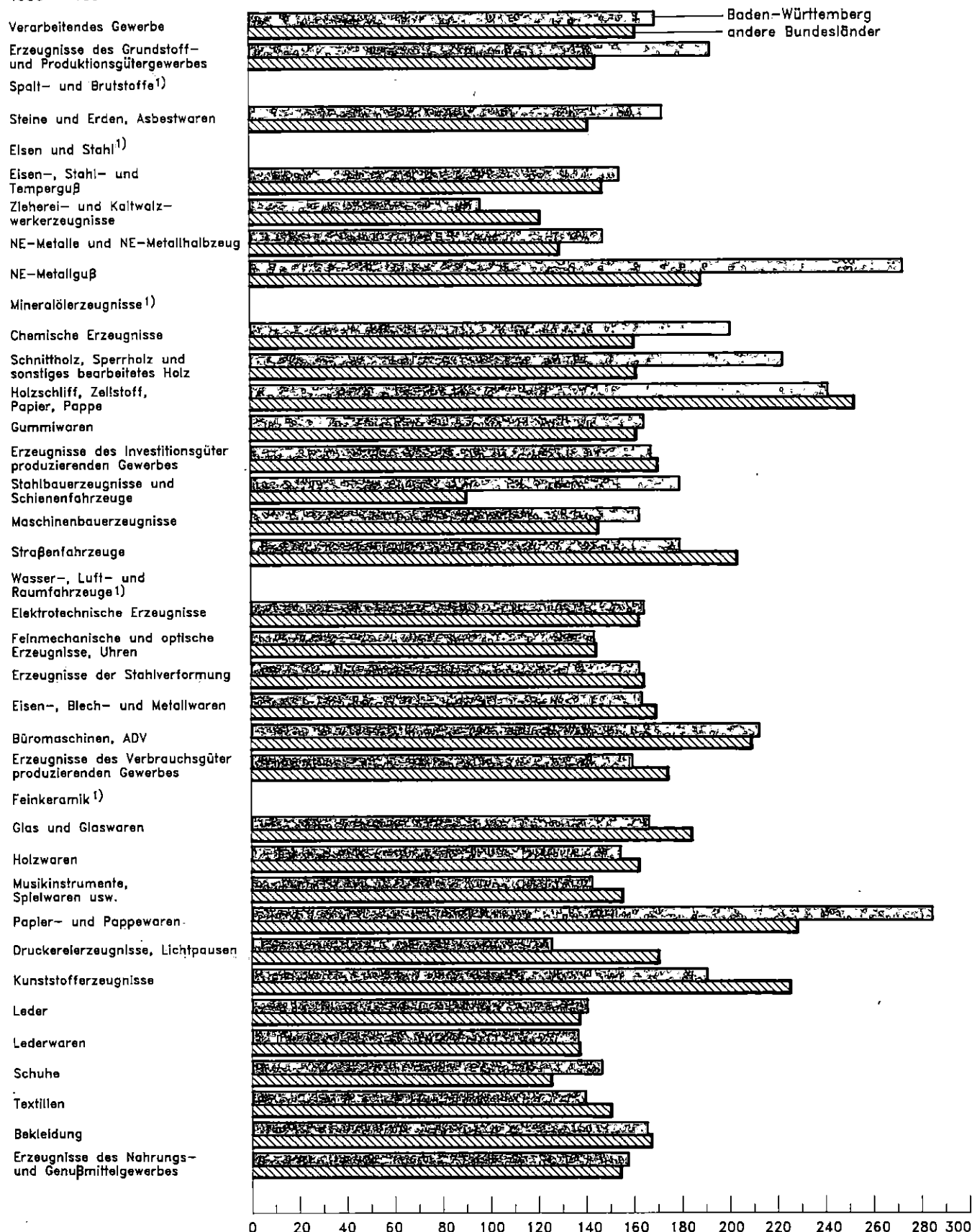


1) Inlandsumsätze. - 2) Daten lagen auf Länderebene nur zum Teil vor.

Schaubild 4

# Entwicklung der Auslandsumsätze für Baden-Württemberg und die anderen Bundesländer im Zeitraum 1980 bis 1988

1980 = 100



1) Die Angaben auf Länderebene lagen in der erforderlichen Abgrenzung nicht vor.

Bundesgebiets auf Baden-Württemberg (Anhangtabelle 4). So wurden in diesem Zeitraum Investitionsgüter aus Baden-Württemberg im Wert von 522 Mrd. DM exportiert und im Bundesdurchschnitt von 2276 Mrd. DM, bei einem Importvolumen von 1014,5 Mrd. DM. Der größte Teil dieser Exporte ging 1988 in die EG-Länder (Bund: 52,2 %; Land: 43,5 %), die übrigen europäischen Länder (Bund: 17,7 %; Land: 19,8 %), die USA und Kanada (Bund: 11,3 %; Land: 15,5 %) sowie die Entwicklungsländer (Bund: 10,2 %; Land: 11,3 %) (Anhangtabelle 5).

Bestimmend für diese Gesamtentwicklung waren die Bereiche Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und elektrotechnische Erzeugnisse. Über ein Fünftel (21,1 %) der Inlandsversorgung des Investitionsgütergewerbes entfällt auf den Maschinenbau. Die besondere Bedeutung dieser Branche für Baden-Württemberg kommt bei einem Umsatzanteilsvergleich zum Ausdruck. So entfallen im Bundesdurchschnitt 12 % der Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe auf diesen Bereich, in Baden-Württemberg aber 17,7 % (1988). Der Umsatzanteil am Investitionsgütergewerbe beträgt im Land sogar 29,2 %, im Bundesdurchschnitt 25,2 %. Zur Inlandsversorgung mit Maschinenbauerzeugnissen trug Baden-Württemberg 21,1 % bei, gegenüber 20,4 % im Jahr 1970 und 21,5 % 1980. Die anderen Bundesländer verloren dagegen vor allem auch in den 70er Jahren Marktanteile auf dem bundesdeutschen Binnenmarkt. Während sie 1970 noch 64,2 % zur Inlandsversorgung mit Maschinenbauerzeugnissen beitrugen konnten, war dies 1980 zu 57,9 % und 1988 nur noch zu 56,4 % der Fall. Entsprechend stiegen auch die Inlandsumsätze im Zeitraum 1980 bis 1988 im Land etwas stärker (+ 39 %) als die der anderen Bundesländer (+ 38 %). Die hohen Importsteigerungen in diesem Bereich gingen damit stärker zu Lasten der anderen Bundesländer. Gleichzeitig stiegen im Land auch in den 80er Jahren die Auslandsumsätze stärker (62 % gegenüber 45 %), so daß die Exportquote des Landes von 37,4 % im Jahr 1970 auf 43,2 % im Jahr 1980 und 46,9 % im Jahr 1988 stieg (Bundesgebiet: 35,4 %, 1980: 43,8 % bzw. 1988: 45,6 %). Auf Baden-Württemberg entfielen damit im Gesamt-

zeitraum 1980 bis 1988 25,6 % der Maschinenbauexporte des Bundesgebiets. Das waren zugleich 23,1 % der Exporte des gesamten Verarbeitenden Gewerbes Baden-Württembergs.

Der Straßenfahrzeugbau trägt knapp ein Viertel (24,2 %) zur Inlandsversorgung mit Investitionsgütern bei. Von den Umsätzen im Verarbeitenden Gewerbe entfallen hier im Bundesdurchschnitt 13,6 % auf diesen Bereich und im Land 17,4 %. Auch dieser Bereich hat damit eine deutlich stärkere Bedeutung im Land. Der Anteil Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung mit Straßenfahrzeugen ging allerdings von 21 % im Jahr 1980 auf 18 % im Jahr 1988 zurück; von 1970 bis 1980 war hier noch eine Zunahme um 0,9 Prozentpunkte auf 21 % zu verzeichnen gewesen. Demgegenüber sank hier der Anteil der anderen Bundesländer an der Inlandsversorgung nahezu kontinuierlich von 63,9 % im Jahr 1970 auf 59,3 % im Jahr 1980 und schließlich auf 54,7 % im Jahr 1988. Die Inlandsumsätze stiegen im Zeitraum 1980 bis 1988 im Land jedoch nur um 37 % gegenüber 47 % bei den anderen Bundesländern, so daß in diesem Zeitraum die Einbußen auf dem deutschen Binnenmarkt durch die gesteigerten Importe stärker zu Lasten Baden-Württembergs gingen. Den anderen Bundesländern gelang auch eine stärkere Exportsteigerung. So nahmen die Auslandsumsätze im Land um 79 % (1980/88) und in den anderen Bundesländern um 103 % zu. Die Exportquote für Baden-Württemberg stieg von 40,6 % im Jahr 1980 auf 47,2 % im Jahr 1988, wobei jedoch im Bundesdurchschnitt höhere Quoten zu verzeichnen waren (1988: 48,7 %). Im Straßenfahrzeugbau bestritt Baden-Württemberg im Zeitraum 1980/88 rund 25,4 % der Exporte des Bundesgebiets.

Die vom Volumen her größte Branche im Investitionsgüterbereich ist der Bereich elektrotechnische Erzeugnisse (27,2 % der Inlandsversorgung mit Investitionsgütern), wobei auch diesem Bereich in Baden-Württemberg eine größere Bedeutung zukommt als im Bundesdurchschnitt. Zur Inlandsversorgung mit elektrotechnischen Erzeugnissen trug Baden-Württemberg 1988 17,3 % bei, 1970 waren es noch 20,9 % und 1980

Tabelle 4

**Importquoten im Bundesgebiet sowie Exportquoten im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg 1970, 1980 und 1988 nach Wirtschaftsbereichen**

Produktionsgruppe	Importquoten			Exportquoten					
	Bundesgebiet						Baden-Württemberg		
	1970	1980	1988	1970	1980	1988	1970	1980	1988
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>16,3</b>	<b>24,1</b>	<b>29,0</b>	<b>19,3</b>	<b>25,5</b>	<b>31,9</b>	<b>20,2</b>	<b>26,5</b>	<b>32,9</b>
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	21,0	28,6	34,2	19,1	25,0	33,5	11,4	16,9	25,3
Spalt- und Brutstoffe	—	82,3	84,4	—	17,4	17,3	—	—	—
Steine und Erden, Asbestwaren	9,3	12,5	14,1	4,1	8,6	12,0	1,3	4,4	6,8
Eisen und Stahl	21,9	28,5	35,4	24,5	35,7	39,2	7,8	13,5	—
Eisen-, Stahl- und Temperguß	3,4	6,2	7,9	9,4	16,2	22,7	8,6	14,1	21,0
Zieherei- und Kaltwalzwerkerzeugnisse	7,9	15,2	18,9	16,7	25,7	25,9	6,2	16,2	17,2
NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug	50,2	50,0	53,9	18,5	27,3	33,7	14,9	18,5	28,1
NE-Metallguß	0,9	3,3	3,5	4,2	8,4	12,5	3,6	8,7	15,1
Mineralölärzeugnisse	12,8	24,6	25,0	3,6	4,3	2,9	4,0	2,0	—
Chemische Erzeugnisse	19,0	28,7	35,5	30,9	38,4	44,9	20,8	27,9	36,4
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	27,3	32,8	32,0	6,1	9,2	16,2	6,1	9,8	21,0
Holzschliff, Zellstoff, Papier, Peppe	41,4	48,9	56,1	14,3	27,0	41,9	11,4	24,2	39,5
Gummiwaren	15,6	28,7	34,1	14,2	23,9	28,5	15,8	26,3	31,6
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	14,5	22,1	28,4	28,8	35,4	40,1	29,8	35,9	40,6
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	4,2	6,5	7,1	9,5	21,3	16,9	4,1	11,7	14,3
Maschinenbauerzeugnisse	15,4	20,6	22,5	35,4	43,6	45,6	37,4	43,2	46,9
Straßenfahrzeuge	15,9	19,7	27,3	39,5	41,0	48,7	36,6	40,6	47,2
Wasser-, Luft- und Raumfahrzeuge	35,4	46,2	65,8	26,7	35,2	60,4	11,2	45,4	—
Elektrotechnische Erzeugnisse	13,1	22,8	29,1	21,8	29,8	32,2	21,4	28,4	32,1
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	23,0	34,9	41,6	36,8	33,7	36,7	36,8	38,2	42,6
Erzeugnisse der Stahlverformung	4,4	9,8	12,8	11,4	15,4	19,3	8,1	13,2	15,4
Eisen-, Blech- und Metallwaren	8,1	16,3	19,0	17,0	21,8	26,8	18,1	23,4	27,8
Büromaschinen, ADV	43,1	54,2	61,4	44,7	45,9	45,3	53,2	51,8	57,6
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	15,1	27,0	31,4	10,8	15,1	20,9	11,9	15,9	21,2
Feinkeramik	16,5	37,3	38,1	30,9	33,2	35,3	26,6	28,5	—
Glas und Glaswaren	14,4	20,2	27,8	15,9	20,4	30,4	15,6	22,1	32,0
Holzwaren	5,5	12,5	16,8	6,7	9,5	14,4	6,9	10,2	15,9
Musikinstrumente, Spielwaren usw.	36,2	57,8	50,6	27,9	26,8	32,0	28,8	28,9	32,6
Papier- und Pappwaren	4,8	8,5	12,2	6,8	10,7	17,8	7,5	10,0	18,9
Druckereierzeugnisse, Lichtpausen	3,3	5,3	6,6	3,4	6,2	7,3	3,3	6,2	5,8
Kunststofferzeugnisse	9,6	15,1	18,6	14,1	17,8	24,5	17,7	18,4	22,3
Leder	36,2	53,1	57,6	23,6	22,6	24,2	29,2	25,2	24,0
Lederwaren	14,5	41,3	52,0	10,8	14,2	21,2	13,1	15,5	23,7
Schuhe	21,1	49,0	60,3	8,1	13,6	18,6	9,9	15,5	25,4
Textilien	24,2	41,5	49,5	13,9	21,0	28,3	12,4	19,9	28,1
Bekleidung	15,2	36,5	47,5	5,0	13,0	19,6	5,7	12,8	17,9
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	12,1	14,8	16,5	2,8	7,5	9,6	1,9	6,8	9,8

19,9 %. Diesem Rückgang stand für die anderen Bundesländer eine Abnahme von 66,1 % im Jahr 1970 auf 57,3 % im Jahr 1980 und schließlich auf 53,6 % im

Jahr 1988 gegenüber. Entsprechend stiegen die Inlandsumsätze im Land um 38 % und bei den anderen Bundesländern um 48 %. Die starken Importzunah-

men gingen somit auch hier etwas stärker zu Lasten Baden-Württembergs. Demgegenüber stiegen die Auslandsumsätze Baden-Württembergs etwas stärker (1980/88: 64 %) als bei den anderen Bundesländern (62 %). Die Exportquote Baden-Württembergs erhöhte sich entsprechend von 21,7 % im Jahr 1970 auf 32,1 % im Jahr 1988. Im Bundesdurchschnitt lagen diese Quoten jedoch von jeher etwas höher (1970: 21,8 %; 1988: 32,2 %). Von den Exporten des Bundesgebiets für den Gesamtzeitraum 1980/88 entfielen in diesem Bereich 23,2 % auf Baden-Württemberg.

In dem vom Volumen her wesentlich kleineren Bereich Feinmechanik, Optik und Uhren ging der Anteil Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung von 33,9 % im Jahr 1970 über 23,1 % im Jahr 1980 auf 19,4 % im Jahr 1988, also um insgesamt 14,5 Prozentpunkte zurück. Ursächlich dürfte hier die rückläufige Entwicklung bei den Uhren sein. Weit geringer war hier der Verlust von Marktanteilen bei den anderen Bundesländern nämlich 4,2 Prozentpunkte, so daß der Anteil an der Inlandsversorgung lediglich von 43,1 % auf 38,9 % sank. Entsprechend stiegen auch die Inlandsumsätze im Zeitraum 1980 bis 1988 im Land mit 19 % deutlich schwächer als bei den anderen Bundesländern (30 %). Demgegenüber waren die Exportanstrengungen in den anderen Bundesländern nur geringfügig stärker. Hier stiegen die Auslandsumsätze in den anderen Bundesländern um 44 % und in Baden-Württemberg um 43 % (1980/88). Da aber auch die Gesamtumsätze im Land (+ 148,7 %) infolge des niedrigen Anstiegs der Inlandsumsätze schwächer stiegen, stieg die Exportquote für Baden-Württemberg von 36,8 % (1970) auf 42,6 % (1988), während sie gleichzeitig im Bundesdurchschnitt von 36,8 % auf 36,7 % zurückging. Für den Gesamtzeitraum 1980/88 bestritt Baden-Württemberg im Bereich Feinmechanik und Optik 25,5 % der Exporte des Bundesgebiets.

Im Bereich Eisen-, Blech- und Metallwaren trug Baden-Württemberg nach wie vor 17 % zur Inlandsversorgung bei, nachdem 1987 dieser Beitrag vorübergehend sogar auf 17,7 % gesteigert wer-

den konnte. Demgegenüber mußten die anderen Bundesländer deutliche Verluste ihrer Marktanteile hinnehmen. Trugen sie 1980 noch 66,2 % zur Inlandsversorgung bei, waren dies 1988 noch 63,9 %. Entsprechend stiegen im Land die Inlandsumsätze etwas stärker (29 % gegenüber 28 %). Demgegenüber wurden in den 80er Jahren die Exporte in den anderen Bundesländern etwas stärker gesteigert. So nahmen im Land die Auslandsumsätze um 63 % zu gegenüber 69 % bei den anderen Bundesländern. Die Exportquote stieg für Baden-Württemberg von 18,1 % (1970) auf 23,4 % im Jahr 1980 und 27,8 % im Jahr 1988 und im Bundesdurchschnitt von 17 % über 21,8 % auf 26,8 % im Jahr 1988. Von den exportierten EBM-Waren des Bundesgebiets fielen 1988 18,2 % auf Baden-Württemberg.

In den kleineren Bereichen Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge und Erzeugnisse der Stahlverformung konnte der Anteil Baden-Württembergs zur Inlandsversorgung des jeweiligen Bereichs gegenüber 1970 und gegenüber 1980 sogar deutlich gesteigert werden, während die Anteile der anderen Bundesländer entsprechend der angestiegenen Importquoten zurückgingen. Auch die Exportquoten nahmen zu, wobei allerdings die Exportquote des Bundesgebiets etwas höher liegt als für Baden-Württemberg.

Weiterhin entfallen von der gesamten Inlandsversorgung mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes 18,5 % auf das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe. Zur Inlandsversorgung mit Verbrauchsgütern hat Baden-Württemberg 1970 noch 17,7 % beigetragen, 1980 waren es 15,1 % und 1988 schließlich nur noch 13,8 %. Aber auch der Anteil der anderen Bundesländer ging im gleichen Zeitraum von 67,2 % über 57,8 % im Jahr 1980 auf 54,8 % zurück. Wie Schaubild 3 zeigt, stiegen aber die Inlandsumsätze in den 80er Jahren in den anderen Bundesländern etwas stärker (+ 15 %) als im Land (+ 12 %), so daß der Verlust an Marktanteilen im Land geringfügig höher lag. Auch waren im Verbrauchsgütergewerbe die Exportsteigerungen im Bundesdurchschnitt deutlich stärker. So nahmen die Auslandsumsätze der anderen Bundesländer

um 74 % (1980/88) zu und in Baden-Württemberg um 59 %. Jedoch lagen hier die Exportquoten für das Land mit 21,2 % im Jahr 1988 (1970: 11,9 %) etwas höher als im Bundesdurchschnitt mit 20,9 % (1970: 10,8 %). Von den gesamten Verbrauchsgüterexporten der Jahre 1980 bis 1988 des Bundesgebiets entfielen 17,9 % auf Baden-Württemberg. Insgesamt wurden damit im Zeitraum 1980/88 Verbrauchsgüter im Wert von 88,2 Mrd. DM aus Baden-Württemberg exportiert. Hauptabnehmerländer waren 1988 die EG-Länder (Bund 56,9 %; Land: 50,1 %), die übrigen europäischen Länder (Bund: 27,7 %; Land: 33,7 %) sowie USA/Kanada (Bund: 4,8 %; Land: 5,4 %) und die Entwicklungsländer (Bund: 5,2 %; Land: 5,1 %).

Die bedeutendste Branche im Verbrauchsgütergewerbe ist der Bereich Textilien, auf den 1988 ein Fünftel der Inlandsversorgung mit Verbrauchsgütern entfiel. Der Anteil Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung mit Textilien ging im Zeitraum 1970 bis 1988 von 21,6 % über 18,6 % im Jahr 1980 auf 14,3 % zurück, womit er aber immer noch relativ hoch ist. Die anderen Bundesländer erlitten im gleichen Zeitraum einen Anteilsverlust um 18 Prozentpunkte auf 36,2 %. 1980 lag hier der Anteil bei 39,8 %. In den 80er Jahren stand im Bereich Textilien einer Zunahme der Inlandsumsätze für die anderen Bundesländer um 4 % eine Abnahme um 12 % gegenüber. Die Auslandsumsätze sind in den 80er Jahren in den anderen Bundesländern ebenfalls stärker gestiegen (50 %) als im Land (39 %). So lagen hier auch die Exportquoten im Bundesdurchschnitt etwas höher (Bund 1988: 28,3 %; Land: 28,1 %).

Weitere 17 % der Inlandsversorgung des Verbrauchsgütergewerbes entfallen auf die Kunststofferzeugnisse. Hier ging der Anteil Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung von 17,8 % im Jahr 1970 über 15,6 % im Jahr 1980 auf schließlich 15,3 % im Jahr 1988 zurück. Die Versorgung mit Kunststofferzeugnissen aus den anderen Bundesländern sank von 72,6 % im Jahr 1970 auf 66,1 % im Jahr 1988 (1980: 69,3 %). Wie hier der Vergleich der Zunahme der Inlandsumsätze zeigt (Land: + 49 %; andere

Bundesländer: 45 %), waren die Anteilsverluste der anderen Bundesländer etwas höher. Die Exporte wurden im Bundesdurchschnitt stärker gesteigert als im Land. So stiegen die Auslandsumsätze für Baden-Württemberg um 90 %, während die anderen Bundesländer um 125 % mehr Waren exportierten. Demzufolge lag in diesem Bereich die Exportquote im Bundesdurchschnitt (1988: 24,5 %) etwas höher (Land: 22,3 %).

Im Bereich Bekleidung ging der Anteil Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung dieses Bereichs um 3,8 Prozentpunkte auf 8,1 % (1988) zurück, während gleichzeitig der Anteil der anderen Bundesländer um 28,5 Prozentpunkte auf 44,4 % sank. Während hier die Inlandsumsätze im Zeitraum 1980 bis 1988 im Land um 11 % stiegen, stagnierte der Inlandsumsatz für die anderen Bundesländer. Die Auslandsumsätze nahmen im Zeitraum 1980/88 um 65,5 % im Land und 67 % in den anderen Bundesländern zu. Entsprechend betrug die Exportquote 1988 im Land 17,9 % und im Bundesdurchschnitt 19,6 %.

Im Bereich Druckereierzeugnisse lag der Anteil Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung 1988 mit 17,9 % über dem Wert von 1970, während der Anteil der anderen Bundesländer um über 4 Prozentpunkte niedriger lag (1988: 75,1 %). Auch im Zeitraum 1980/88 nahmen hier die Inlandsumsätze im Land um 35 % zu gegenüber 34 % bei den anderen Bundesländern. Die Auslandsumsätze stiegen im Zeitraum 1980/88 aber bei den anderen Bundesländern deutlich stärker (70 %) als im Land (25,1 %). Trotzdem entfielen im Gesamtzeitraum 1980/88 20,3 % der Exporte von Druckereierzeugnissen auf Baden-Württemberg.

Auch in den Bereichen Holzwaren, Glas und Glaswaren, Lederwaren und Schuhe waren, wie Schaubild 3 zeigt, die Anteilsverluste Baden-Württembergs etwas höher als die der anderen Bundesländer; umgekehrt war es dagegen in den Bereichen Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte; Papier und Pappwaren und Leder.

Auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe entfallen 27 % der In-

landsversorgung des Verarbeitenden Gewerbes. Dieser Bereich hat für Baden-Württemberg eine geringere Bedeutung, was durch den Vergleich der Umsatzanteile am Verarbeitenden Gewerbe zum Ausdruck kommt (Bundesgebiet: 25,5 %; Land: 16,3 %). Der Anteil Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung mit Produkten dieses Bereichs ging von 9,3 % im Jahr 1970 auf 8,9 % im Jahr 1988 zurück, während gleichzeitig der Anteil der anderen Bundesländer um 12,9 Prozentpunkte auf 56,9 % sank. Die anderen Bundesländer konnten sich damit gegenüber dem gestiegenen Importdruck weniger gut behaupten, was auch die Veränderung der Inlandsumsätze in Schaubild 3 zeigt. Gleichzeitig stiegen auch die Auslandsumsätze in Baden-Württemberg wesentlich stärker (1980/88: 92 %) als in den anderen Bundesländern (+ 44 %). Jedoch liegen hier die Exportquoten im Bundesdurchschnitt mit 33,5 % (1988) deutlich über der Landesquote (25,3 %). Im Gesamtzeitraum 1980/88 entfielen 8,6 % der Exporte des Bundesgebiets in diesem Bereich auf Baden-Württemberg. Die Hauptabnehmerländer waren 1988 die EG-Länder (54,3 %; Land: 53,9 %), die übrigen Europäischen Länder (17,7 %; Land: 26,1 %) sowie die Entwicklungsländer (10,6 %; Land: 7,3 %).

Die wichtigste Branche im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ist der Bereich Chemische Erzeugnisse. Auf diese Branche entfallen - gemessen an der Inlandsversorgung - 37 % des Grundstoff- und Produktionsgüter produzierenden Gewerbes. Hier ging der Anteil Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung von 9,6 % im Jahr 1970 auf 8,3 % im Jahr 1988 zurück. Die Anteilsverluste der anderen Bundesländer beliefen sich im Zeitraum (1970/88) auf 15,2 Prozentpunkte, so daß dieser Anteil von 71,5 % auf 56,3 % zurückging. Der Verlust an Marktanteilen ging damit nahezu ausnahmslos zu Lasten der anderen Bundesländer, wie auch die Veränderung der Inlandsumsätze in Schaubild 3 bestätigt. Auch die Auslandsumsätze stiegen hier mit 100 % (gegenüber 1980) im Land deutlich stärker als in den anderen Bundesländern (+ 60 %). Die Exportquote lag hier im Bundesdurchschnitt (1988: 44,9 %) höher als in Baden-Württemberg (36,4 %).

Besser als die anderen Bundesländer schnitt Baden-Württemberg in den Bereichen Steine und Erden und NE-Metallguß ab, während es in den restlichen Bereichen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes einen etwas stärkeren Verlust an Marktanteilen durch steigende Importe hinnehmen mußte.

Auf den mehr binnenmarktorientierten Bereich Nahrungs- und Genußmittel entfallen 13 % der Inlandsversorgung des Verarbeitenden Gewerbes. Hier nahm der Anteil Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung von 9,6 % im Jahr 1970 auf 9 % im Jahr 1988 ab, wobei 1980 jedoch ein Anteil von 10,1 % verzeichnet werden konnte. Gleichzeitig ging der Anteil der anderen Bundesländer von 78,2 % auf 74,5 % zurück. Während im Zeitraum 1980 bis 1988 die Inlandsumsätze im Land um 6 % stiegen, nahmen sie bei den anderen Bundesländern um 19 % zu, so daß hier der Verlust an Marktanteilen sogar verstärkt zu Lasten Baden-Württembergs ging.

In diesem Bereich war die internationale Arbeitsteilung Anfang der siebziger Jahre noch gering. 1988 waren aber die Auslandsumsätze Baden-Württembergs über 11 mal höher als 1970, gegenüber einer Steigerung um rund das Achtfache im Bundesdurchschnitt. Gegenüber 1980 nahmen die Auslandsumsätze im Land um 57 % zu und in den anderen Bundesländern um 54 %. Entsprechend stieg hier die Exportquote auf 9,8 % (1988) im Land und auf 9,6 % im Bundesdurchschnitt an (1970: 1,9 % bzw. 2,8 %). Die Exporte haben damit im Nahrungs- und Genußmittelbereich eine zunehmende Bedeutung. Die Hauptabnehmerländer waren auch hier die EG-Länder (72,1 %; Land: 78,8 %), die übrigen Europäischen Länder (9,6 %; Land: 11,2 %) und die Entwicklungsländer (8,4 %; Land: 4,6 %). Von den gesamten Nahrungs- und Genußmittelexporten des Bundesgebietes waren 8,6 % aus Baden-Württemberg.

Trotz steigender Importe, stark steigende Außenhandelsüberschüsse

Entsprechend der Entwicklung der Importe und Exporte des Bundesgebiets ergeben sich auch Veränderungen der



Tabelle 5

**Importe und Exporte 1980 und 1988 sowie Außenhandelsüberschüsse 1980, 1988 und 1980 bis 1988 für das Bundesgebiet**

Produktionsgruppe	Importe				Exporte				Außenhandelsüberschüsse			
	1980	1988	Ver- änderung 1988 gegen 1980		1980	1988	Ver- änderung 1988 gegen 1980		1980	1988	1980-88	Ver- änderung 1988 gegen 1980
	Mill. DM		%	Mill. DM	Mill. DM		%	Mill. DM	Mill. DM			
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>244 975</b>	<b>372 843</b>	<b>52,2</b>	<b>127 868</b>	<b>331 879</b>	<b>549 749</b>	<b>65,6</b>	<b>217 870</b>	<b>86 904</b>	<b>176 906</b>	<b>1 259 913</b>	<b>90 002</b>
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	93 586	118 804	26,9	25 218	95 227	140 232	47,3	45 005	1 641	21 428	93 377	19 787
Spalt und Brutstoffe	1 281	2 152	68,0	871	593	615	3,7	22	- 688	- 1 537	- 8 881	- 849
Steine, Erden, Asbestwaren	3 706	4 264	15,1	558	3 534	4 932	39,6	1 398	- 172	666	3 573	840
Eisen und Stahl	11 152	14 983	34,4	3 831	18 693	22 091	18,2	3 398	7 541	7 108	73 623	- 433
Eisen, Stahl- und Temperguß	421	525	24,7	104	898	1 153	28,4	255	477	628	5 422	151
Zieherei- und Kaltwalzwerke	1 314	1 872	42,5	558	2 665	2 980	11,8	315	1 351	1 108	11 946	- 243
NE-Metalle und NE-Metallhalbzug	16 175	18 220	12,6	2 045	9 928	12 221	23,1	2 293	- 6 247	- 5 999	- 42 727	248
NE-Metallguß	93	139	49,5	46	118	226	91,5	108	25	87	556	62
Mineralölzeugnisse	18 711	10 552	- 43,6	- 8 159	5 048	2 912	- 42,3	- 2 136	- 13 663	- 7 640	- 142 378	6 023
Chemische Erzeugnisse	26 659	45 587	71,0	18 928	46 222	78 397	69,6	32 175	19 563	32 810	243 389	13 247
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	4 006	3 520	- 12,1	- 486	1 104	1 894	71,6	790	- 2 902	- 1 626	- 18 385	1 276
Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe	7 024	12 021	71,1	4 997	3 074	7 210	134,5	4 136	- 3 950	- 4 811	- 30 997	- 861
Gummiwaren	3 045	4 971	63,3	1 926	3 350	5 562	68,0	2 212	305	591	5 222	286
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	78 284	151 584	93,6	73 300	180 070	315 143	75,0	135 073	101 786	163 559	1 261 652	61 773
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	1 187	1 632	37,5	445	3 758	4 551	21,1	793	2 571	2 919	28 587	348
Maschinenbauerzeugnisse	16 424	25 457	55,0	9 033	57 599	86 806	50,7	29 207	41 175	61 349	468 278	20 174
Straßenfahrzeuge	16 005	35 276	120,4	19 271	52 837	103 280	95,5	50 443	36 832	68 004	513 271	31 172
Wasser, Luft- und Raumfahrzeuge	6 579	11 905	81,0	5 326	6 569	12 470	89,8	5 901	- 10	565	- 100 298	575
Elektrotechnische Erzeugnisse	20 939	42 327	102,1	21 388	34 359	63 783	85,6	29 424	13 420	21 456	160 140	8 036
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	4 696	7 910	68,4	3 214	6 638	10 802	62,7	4 164	1 942	2 892	25 909	950
Erzeugnisse der Stahlverformung	1 308	2 202	68,3	894	2 871	4 832	68,3	1 961	1 563	2 630	17 262	1 067
Eisen-, Blech- und Metallwaren	5 219	8 085	54,9	2 866	9 896	16 011	61,8	6 115	4 677	7 926	60 577	3 249
Büromaschinen, ADV	5 785	16 697	188,6	10 912	5 438	12 541	130,6	7 103	- 347	- 4 156	- 12 990	- 3 809
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	52 492	74 847	42,6	22 355	40 580	69 200	70,5	28 620	- 11 912	- 5 647	- 54 702	6 265
Feinkeramik	1 564	1 697	8,5	133	1 555	1 886	21,3	331	- 9	189	1 617	198
Glas und Glaswaren	1 705	2 832	66,1	1 127	2 097	4 016	91,5	1 919	392	1 184	7 090	792
Holzwaren	3 578	5 061	41,4	1 483	3 461	5 419	56,6	1 958	- 117	358	3 640	475
Musikinstrumente, Spielwaren usw.	5 876	5 126	- 12,8	- 750	4 303	4 543	5,6	240	- 1 573	- 583	- 388	990
Papier- und Pappwaren	1 219	2 398	96,7	1 179	1 898	4 535	138,9	2 637	679	2 137	13 983	1 458
Druckereierzeugnisse, Lichtpausen	1 036	1 745	68,4	709	2 664	4 726	77,4	2 062	1 628	2 981	21 201	1 353
Kunststoffzeugnisse	3 998	7 531	88,4	3 533	6 206	13 531	118,0	7 325	2 208	6 000	35 756	3 792
Leder	962	1 459	51,7	497	450	970	115,6	520	- 512	- 489	- 5 088	23
Lederwaren	1 133	1 471	29,8	338	376	588	56,4	212	- 757	- 883	- 6 381	- 126
Schuhe	3 569	5 033	41,0	1 464	761	1 260	65,6	499	- 2 808	- 3 773	- 28 840	- 965
Textilien	17 311	23 623	36,5	6 312	12 158	19 830	63,1	7 672	- 5 153	- 3 793	- 35 660	1 360
Bekleidung	10 540	16 870	60,1	6 330	4 650	7 896	69,8	3 246	- 5 890	- 8 974	- 61 652	- 3 084
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	20 613	27 609	33,9	6 996	16 002	25 214	57,6	9 212	- 4 611	- 2 395	- 40 373	2 216

Export- bzw. Importüberschüsse (Tabelle 5). So konnte das Verarbeitende Gewerbe insgesamt seine Einengung der Marktposition auf dem bundesdeutschen Markt aufgrund hoher Importzunahmen

durch eigene Exportanstrengungen kompensieren. Die Zunahme der Exporte des Bundesgebiets betrug 1988 gegenüber 1980 rund 218 Mrd. DM. Die Importe wurden gleichzeitig um 128 Mrd.

DM gesteigert, so daß für 1988 ein Exportüberschuß von 177 Mrd. DM erzielt wurde. Nach Branchen war diese Entwicklung, wie die obige Darstellung zeigt, differenziert. Trotzdem werden in der überwiegenden Zahl der Branchen Außenhandelsüberschüsse erzielt. Ausnahmen stellten im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe die Bereiche Spalt- und Brutstoffe; Mineralölerzeugnisse; Holzschliff, Papier, Pappe und im Investitionsgütergewerbe die Büromaschinen und ADV dar. Zahlreicher sind Importüberschüsse demgegenüber im Verbrauchsgütergewerbe vertreten, so daß hier auch die Branche insgesamt einen Importüberschuß ausweist (1988: 5,6 Mrd. DM).

Die Tabelle 5 zeigt außerdem, daß sich in einigen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes die Importüberschüsse gegenüber 1980 vergrößert haben. Dazu zählen die Bereiche Spalt- und Brutstoffe; Holzschliff, Papier, Pappe; Büromaschinen, ADV; Lederwaren; Schuhe und Bekleidung. Demgegenüber waren in den wichtigen Bereichen die Exportüberschüsse teilweise sogar deutlich steigend. So nahm in dem Bereich Maschinenbau der Exportüberschuß gegenüber 1980 um 20,2 Mrd. DM auf 61,3 Mrd. DM zu. Im Straßenfahrzeugbau stieg der Außenhandelsüberschuß von 36,8 Mrd. DM im Jahr 1980 auf 68 Mrd. DM im Jahr 1988. Geringer war die Zunahme dieser Überschüsse demgegenüber im Bereich Elektrotechnik (1980: 13,4 Mrd. DM; 1988: 21,5 Mrd. DM). Damit waren auch im Investitionsgütergewerbe die Exportüberschüsse 1988 um 61,8 Mrd. DM höher als 1980.

### Die Konkurrenten auf dem Weltmarkt

Die bisherige Analyse machte deutlich, daß der erhöhte Konkurrenzdruck auf dem bundesdeutschen Binnenmarkt durch erhöhte Importe mit einer deutlichen Steigerung der Exporte einherging. Es wurde aber auch auf die zunehmende Bedeutung Japans und der Nicht-EG-Staaten als Lieferanten dieser Importgüter hingewiesen. In dem folgenden Abschnitt soll nun ergänzend dargestellt werden, wie sich die Exportsteigerungen im Zusammenhang mit

der Ausdehnung des gesamten Welthandels entwickelt haben. Hierzu werden die Anteile des Exports einzelner ausgewählter Branchen des Bundesgebiets, Baden-Württembergs und der wichtigsten Importkonkurrenten auf dem bundesdeutschen Binnenmarkt am entsprechenden Volumen des Weltexports untersucht und zwar für die aufgrund der Dollarentwicklung vergleichbaren Jahre 1977 und 1986 (Anhangtabelle 6). So belief sich der amtliche Dollarwert 1977 auf DM 2,32 und 1986 auf DM 2,17. Darüber hinaus wurden in der Anhangtabelle 6 auch die Werte für 1987 aufgenommen, die aber wegen des niedrigen Dollarwertes (1,80 DM) im Jahr 1987 mit 1977 nicht unmittelbar vergleichbar sind. Im einzelnen mußte hier auf zahlreiche Quellen zurückgegriffen und Umrechnungen durchgeführt werden. Insbesondere mußten die baden-württembergischen Exporte der einzelnen Branchen nach der internationalen Systematik SITC geordnet und ausgewiesen werden<sup>6</sup>.

In der Anhangstabelle 6 sind diejenigen Exportgüter (Investitionsgüter) aufgeführt, die für Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung sind. Im einzelnen handelt es sich um 33 Produktgruppen, die zu den Bereichen 7 und 8 nach der internationalen SITC-Systematik (Standard International Trade Classification) gehören, also um Waren, die zur Kategorie "Maschinenbau, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge" sowie zu den "Sonstigen bearbeiteten Waren" zählen. Da die Warengruppen nach der SITC-Klassifikation ausgewiesen werden, können abweichend von der obigen Darstellung nun auch Gütergruppen in einer stärkeren Differenzierung betrachtet werden.

---

6 Diese Berechnungen wurden erstmals durch W. Münzenmaier in dem Beitrag: Zur Stellung Baden-Württembergs auf nationalen und internationalen Märkten; a.a.O., dargestellt. Bei den Berechnungen wurde auf internationale Statistiken und insbesondere auf Angaben der UNO zurückgegriffen.

Im einzelnen geht aus der Anhangtabelle 6 hervor, daß die aufgeführten Länder bzw. Ländergruppen weit über 90 % des gesamten Weltexports abdecken, teilweise sogar nahezu den gesamten Weltexport. Der Anteil der Bundesrepublik am gesamten Weltexport lag 1986 bei 11,4 % (1977: 10,5 %). Demgegenüber entfielen auf die USA 10,3 % (1977: 10,7 %) und auf Japan 9,9 % (1977: 7,2 %). Die Hauptkonkurrenten der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt sind die USA, Japan sowie die anderen EG-Länder. Die Bundesrepublik war bei 19 der aufgeführten 33 Warenarten das wichtigste Exportland der Welt. Baden-Württemberg zieht im Durchschnitt beider Bereiche mit einem Land wie Kanada in etwa gleich. Im einzelnen konnte die Bundesrepublik in 11 Fällen ihre Stellung auf dem Weltmarkt ausbauen und in einem weiteren Fall halten. Im Vergleich dazu baute allerdings Japan mit Ausnahme von nur 4 Bereichen (darunter Fernsehempfangsgeräte, Optische Erzeugnisse) seine Stellung auf dem Weltmarkt durchgehend aus. Demgegenüber mußte die USA in 29 der 33 Warenarten deutliche Einbußen auf dem Weltmarkt hinnehmen. Die verstärkten Exportanstrengungen Japans gingen damit überwiegend auf Kosten der USA und der anderen EG-Länder. Zusammengefaßt betrachtet verlor das Bundesgebiet im Zuge dieser Entwicklungen in den Bereichen 7 und 8 zusammen fast zwei Prozentpunkte, während Baden-Württemberg im Durchschnitt über diese Bereiche seine Stellung nahezu behaupten konnte.

Betrachtet man Baden-Württemberg als eine eigenständige Volkswirtschaft, die hinsichtlich ihrer Ausfuhren in Konkurrenz zu den anderen Anbietern steht, so ergeben sich einige bemerkenswerte Relationen. So konnte Baden-Württemberg seine Marktanteile in deutlich mehr Fällen als im Bundesdurchschnitt ausbauen. Soweit Einbußen hinzunehmen waren, waren diese deutlich niedriger als im bundesdeutschen Durchschnitt. Vom gesamten Weltexport entfielen 1986 2,1 % auf Baden-Württemberg, wobei dieser Anteil gegenüber 1977 (1,8 %) noch gesteigert werden konnte. Außerdem fallen 1986 bei den Warengruppen Druckerei- und Buchbindemaschinen

(16,0 %), Werkzeugmaschinen (11,2 %), andere Maschinen, Apparate, Geräte, Werkzeuge (11 %), Straßenfahrzeuge (10,2 %) sowie Ackerschlepper (10,0 %) jeweils über ein Zehntel der Weltexporte auf Baden-Württemberg.

### Zusammenfassung

- Die vorgelegte Untersuchung bezieht sich auf mehrere Aspekte: Wie hat sich der steigende Importdruck auf dem bundesdeutschen Markt ausgewirkt und wie wurden im Gegenzug die Exporte intensiviert? Wie hat sich die baden-württembergische Produktpalette auf dem bundesdeutschen Markt angesichts der durch die Importe enger gewordenen Absatzmöglichkeiten behauptet und mit welcher Intensität hat sie an der starken Exportausweitung des Bundes teilgenommen und in welchem Ausmaß hat sie diese mitbestimmt? Ferner wurden Situation und Entwicklung auf dem Weltmarkt betrachtet.
- Die Inlandsversorgung des bundesdeutschen Marktes mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: Aus den jeweiligen Inlandsumsätzen und aus den Importen solcher Produkte.
- Das Gesamtangebot an Produkten des Verarbeitenden Gewerbes auf dem Binnenmarkt der Bundesrepublik hatte sich im Zeitraum 1970 bis 1989 von 499 Mrd. DM auf 1 414 Mrd. DM und damit um insgesamt 183 % erhöht. Die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate betrug in den 70er Jahren 7,4 %, im Zeitraum 1980/85 3,8 % und von 1985 bis 1988 dann 1,7 %. 1989 nahm der Inlandsverbrauch dann um 9,8 % zu.
- Der Raum für den Absatz von Erzeugnissen aus bundesdeutscher Produktion hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verengt, denn infolge einer überproportionalen Steigerung der Importe (359,4 %);

erhöhte sich der Anteil der Importe an der Inlandsversorgung von 16,3 % im Jahr 1970 auf 29 % im Jahr 1988. 1989 betrug die Importquote schließlich 30,7 %.

- Im Zuge der Intensivierung der internationalen Austauschbeziehungen sind die Exporte ebenfalls gestiegen und zwar absolut sehr viel stärker als die Importe. So erhöhte sich die Exportquote im Bundesdurchschnitt von 19,3 % im Jahr 1970 auf 31,9 % im Jahr 1988. Seit 1970 wurden damit Güter des Verarbeitenden Gewerbes in Höhe von 6 735 Mrd. DM exportiert und Waren im Wert von 4 588 Mrd. DM importiert. Damit ergab sich für das Bundesgebiet im Gesamtzeitraum ein kumulierter Außenhandelsüberschuß von rund 2 146 Mrd. DM (1970/80: 700 Mrd. DM; 1980/89 1 446 Mrd. DM).
- Im bedeutendsten Bereich, dem Investitionsgütergewerbe, hat sich der Importdruck in den 80er Jahren verstärkt. In diesem Bereich erhöhten sich die Einfuhren in den 70er Jahren um durchschnittlich jährlich 12,3 % auf 78 Mrd. DM und im Zeitraum 1980 bis 1988 um durchschnittlich jährlich 8,6 % und damit erheblich stärker als die gesamte Inlandsversorgung (5,3 %). Eine überdurchschnittliche Importzunahme von 20 % wurde auch 1989 erzielt, während die Inlandsversorgung um 11 % stieg. Trugen 1970 die Importe 14,5 % bzw. 1980 22,1 % zur Inlandsversorgung bei, war dies 1988 zu 28,4 % der Fall und 1989 zu 30,6 %. Gleichzeitig nahmen aber auch die Exporte deutlich zu, so daß im Gesamtzeitraum ein Exportüberschuß von 2 177 Mrd. DM erzielt wurde.
- Im Verbrauchsgütergewerbe ließ der Importdruck in den achtziger Jahren etwas nach. Während hier in den 70er Jahren die Importe noch überdurchschnittlich stiegen (13,6 % jährlich bzw. Verarbeitendes Gewerbe: 11,7 %), war in diesem Bereich im Zeitraum 1980 bis 1988 ein unterdurchschnittlicher Anstieg der Importe zu verzeichnen (4,5 %; Verarbeitendes Gewerbe 5,4 %). 1989

ergab sich ein Anstieg um 11,1 % gegenüber 16,5 % im Verarbeitenden Gewerbe. Entsprechend stieg der Importanteil an der Inlandsversorgung von 15,1 % im Jahr 1970 auf 32,5 % im Jahr 1989.

- Infolge des rapiden Verfalls des Dollarkurses seit 1986 hat sich in nur kurzer Zeit eine geänderte Wettbewerbslage ergeben. Die Importe haben sich erheblich verbilligt, während sich umgekehrt die Exporte verteuerten. Industrielle Importprodukte drängten verstärkt auf den bundesdeutschen Markt, ohne daß dies in den Werten zu jeweiligen Preisen zum Ausdruck kommt. Ergänzend werden daher auch die Ergebnisse zu konstanten Preisen ausgewiesen. Während hier im Verarbeitenden Gewerbe der Importanteil an der gesamten Inlandsversorgung 1989 in Betrachtung zu jeweiligen Preisen 30,7 % betrug, lag er in realer Darstellung bei 32,9 %. Im Investitionsgütergewerbe betrugen diese Quoten 30,6 % gegenüber 32,5 % und im Verbrauchsgütergewerbe 32,5 % gegenüber 34,2 %.
- Die Betrachtung nach Branchen zeigt, daß die Importquoten gegenüber 1970 ausnahmslos zugenommen haben. Damit haben alle Branchen in der Bundesrepublik Deutschland Marktanteile verloren. Gleichzeitig wurden aber auch die Exportquoten gesteigert. Insbesondere zeigt diese Betrachtung, daß in den für Baden-Württemberg bedeutenden Wirtschaftsbereichen (Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und elektrotechnische Erzeugnisse) zwar durchgehend beachtliche Steigerungen der Importe verzeichnet werden konnten, daß aber gleichzeitig auch die Exporte deutlich stiegen. Über alle Jahre hinweg wurden in diesen Bereichen Exportüberschüsse erzielt.
- Innerhalb der enger werdenden Absatzmöglichkeiten hat sich das Verarbeitende Gewerbe Baden-Württembergs überdurchschnittlich gut behauptet. Dies zeigt sich daran, daß der Anteil Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung im Verarbeitenden Gewerbe im Gesamtzeitraum

1970 bis 1988 nur um einen Prozentpunkt auf 13,2 % abgenommen hat, während der Rückgang bei den anderen Bundesländern 11,7 Prozentpunkte betrug. Im Teilabschnitt 1980/88 stehen einer Abnahme um 0,3 Prozentpunkte in Baden-Württemberg, 4,6 Prozentpunkte bei den anderen Bundesländern gegenüber. Gleichzeitig stiegen die Inlandsumsätze in Baden-Württemberg im Zeitraum 1980 bis 1988 um 24 % und in den anderen Bundesländern um 18 %.

- Während in den 70er Jahren im Investitionsgütergewerbe die Inlandsumsätze Baden-Württembergs deutlich stärker stiegen (+ 110 %) als in den anderen Bundesländern (+ 85 %), war dies im Zeitraum 1980 bis 1988 umgekehrt (37 % gegenüber 39 %). Ursächlich hierfür war u.a. der Straßenfahrzeugbau (1980/88: + 37 % im Land gegenüber 47 % in den anderen Bundesländern) und die Elektrotechnik (38 % gegenüber 48 %). Demgegenüber lag der Anstieg der Inlandsumsätze im Maschinenbau in Baden-Württemberg (+ 39 %) knapp über den Werten der anderen Bundesländer (38 %).
- Im Verbrauchsgütergewerbe nahmen die Inlandsumsätze im Zeitraum 1980 bis 1988, wie schon in den 70er Jahren, in den anderen Bundesländern stärker zu als in Baden-Württemberg. Demgegenüber war im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich in Baden-Württemberg ein Anstieg um 16 % zu verzeichnen, während die Inlandsumsätze der anderen Bundesländer sogar zurückgingen.
- Gleichzeitig begegnete Baden-Württemberg diesen Anteilsverlusten mit deutlicher Exportoffensive. So wurde in der überwiegenden Zahl der Bereiche die Exportquote wesentlich stärker gesteigert als im Bundesdurchschnitt. Weiterhin zeigt die Betrachtung nach Branchen, daß größtenteils auch die Auslandsumsätze in Baden-Württemberg stärker gestiegen sind als im Bundesdurchschnitt.

- Die genannten starken Einbußen bei einigen Branchen auf dem bundesdeutschen Inlandsmarkt resultieren u.a. aus hohen Importzunahmen aus Fernost und insbesondere Japan und den Nicht-EG-Staaten Europas. Das noch gute Abschneiden Baden-Württembergs beim Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und elektrotechnischen Erzeugnissen war vor allem auf den Umstand zurückzuführen, daß der außereuropäische Importdruck sich auch negativ auf Importe aus den anderen EG-Staaten und USA ausgewirkt hat.

- Trotz der stark steigenden Importe lagen die Außenhandelsüberschüsse 1988 in den meisten Bereichen deutlich über den Werten von 1980. So war im Investitionsgütergewerbe eine Zunahme des Exportüberschusses um 61,8 Mrd. DM auf 163,6 Mrd. DM zu verzeichnen. Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich lag der Exportüberschuß 1988 um 19,8 Mrd. DM über dem Wert von 1980. Im gleichen Zeitraum sank im Verbrauchsgütergewerbe der Importüberschuß um 6,2 Mrd. DM auf 5,6 Mrd. DM.

- Der Anteil Baden-Württembergs am Weltexportvolumen lag 1986 bei 2,1 %. Bei einigen Produkten des Maschinenbaus, Fahrzeugbaus und der elektrotechnischen Erzeugnisse lag er weit über dieser Durchschnittsquote. Hier fielen 1986 bei den Warengruppen Druckerei- und Buchbindermaschinen (16 %), Werkzeugmaschinen (11,2 %), Straßenfahrzeuge (10,2 %) sowie Acker-schlepper (10 %) jeweils über ein Zehntel der Weltexporte auf Baden-Württemberg. Erwähnenswert ist weithin, daß Baden-Württemberg bei wichtigen Exportgütern des Investitionsgütergewerbes im Zuge einer stark gestiegenen Weltnachfrage seine Anteile am Weltexport zwischen 1977 und 1986 entweder stärker ausbauen konnte als im Bundesdurchschnitt oder aber die Einbußen weit geringer waren. Die starken Exportsteigerungen Japans gingen außerdem größtenteils zu Lasten der anderen EG-Länder und der USA.

## 4. Umwelt

### Abfallwirtschaft in Baden-Württemberg

#### Abfallwirtschaft in Baden-Württemberg

Fragen zur Abfallwirtschaft sind in dem Maße in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt wie sich zeigte, daß die Probleme der Abfallbeseitigung nicht isoliert von anderen Bereichen zu lösen sind. Kapazitätsengpässe bei der Entsorgung von Hausmüll und Sonderabfällen und augenscheinlicher noch der sich ausweitende Mülltourismus signalisierten existentielle Mengenprobleme, die grundsätzliche Fragen nach der Funktionsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft aufwarfen.

Wenn somit auch die Lösung von Mengenproblemen vordringlich erscheint, so liegen doch auch Qualitätsfragen längst auf dem Tisch. Die Erfahrungen von gestern lehren, daß Abfälle von heute die Altlasten von morgen sein können. Die derzeitigen Lösungsansätze zielen in der Konsequenz darauf ab, Abfall- und Altstoffgemische möglichst nicht entstehen zu lassen und schadstoffhaltige Abfälle getrennt von Hausmüll und allgemeinen Betriebs- oder Produktionsabfällen einer umweltverträglichen Entsorgung zuzuführen. Bei der Lösung dieser abfallwirtschaftlichen Probleme geht es im Prinzip darum, künftig die Frage nach der Entsorgung schon bei der Produktplanung zu beantworten.

#### Zur Datenbasis.

Die Suche nach Lösungen verlangt nach Informationen und Entscheidungshilfen. Diesbezüglich gibt es im Abfallbereich Lücken und sicherlich auch weniger Präzision als in Nachbarbereichen. Anders als z.B. die Wasserwirtschaft kann sich der Umweltbereich Abfall erst seit Ende der 70er Jahre auf eine hinlänglich verlässliche Datenbasis stützen. Zu dieser Zeit hat das Statistische Landesamt nach Anlaufschwierigkeiten die Ergebnisse einer Abfallstatistik vorgelegt, die auf der Rechtsgrundlage des Umweltstatistikgesetzes vom 15.8.1974 erhoben worden war. Gegenstand der statisti-

schen Beobachtung ist seitdem zum einen die öffentliche Müllabfuhr und die verschiedenen Formen von Abfallentsorgungsanlagen sowie die Quantifizierung ihrer Aktivitäten. Des weiteren werden Betriebe der Wirtschaft anhand eines umfangreichen Katalogs von 300 Abfallarten nach Betriebsabfällen und Produktionsrückständen und deren Verbleib befragt.

Neben der amtlichen Statistik steht als Quelle flächendeckender und regelmäßiger Beobachtung für den Teilbereich Sonderabfall das Begleitscheinwesen zur Verfügung, das aufgrund anderer Zielsetzungen - im Vordergrund der Beobachtung steht die einzelne Transportbewegung - nicht auf eine Gesamtdarstellung angelegt ist<sup>1</sup>. In letzter Zeit

---

1 Der Nachweispflicht unterliegen alle Sonderabfalltransporte von Betrieben. Weil Angaben zur Abfallverwertung nicht erfaßt werden und Informationen über das Aufkommen an Sonderabfällen damit nicht zur Verfügung stehen, fehlt die Bezugsbasis zur Beurteilung der abfallwirtschaftlichen Relevanz der entsorgten Sonderabfallmengen. Ein Bezug auf die Zahlen der amtlichen Statistik ist wegen der unterschiedlichen Berichtskreise und auch der unterschiedlichen Abfallartenkataloge - mit Rücksicht auf die Praktikabilität faßt die amtliche Statistik häufig verwandte Abfallarten zu einer Position zusammen - nur sehr eingeschränkt möglich. Hinzu kommt, daß die Überprüfung der über die Begleitscheine erfaßten Mengenangaben unter Plausibilitäts Gesichtspunkten schwierig ist, weil die Nachweispflicht in den Stadt- und Landkreisen nicht für alle Abfallarten gleich geregelt ist und die Angaben der einzelnen Transportbewegungen zuvor auf Betriebsebene zu Jahresangaben zusammengeführt werden müssen.

fallen bei einer Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten und Gutachten auch sehr tiefgegliederte Informationen an, die zwar für die Ergründung von Spezialfragen des Abfallgeschehens unverzichtbar sind, sich aber nur selten wie - beispielsweise die bundesweite Hausmüllanalyse - in ein System periodischer oder gar laufender Beobachtung integrieren lassen.

#### Amtliche Abfallstatistik - Grenzen und Möglichkeiten

Zur Schaffung eines Gesamtüberblicks, zur umfassenden Durchleuchtung der Strukturen, Zusammenhänge und Veränderungen im Abfallbereich ist damit die amtliche Statistik die einzige Datenquelle. Von daher scheint es angezeigt auf die Grenzen und Möglichkeiten dieses Instrumentariums einzugehen.

Die abfallstatistischen Ergebnisse haben in verschiedener Hinsicht Grenzen. Dies liegt zunächst im Gegenstand der Beobachtung selbst: Kein Stoff ist Abfall an sich. Er wird es erst durch die (subjektive) Absicht seines Besitzers, sich seiner entledigen zu wollen. Insbesondere im Grenzbereich zwischen Abfall und Wirtschaftsgut treten somit Verständigungsprobleme auf<sup>2</sup>, die bisher aber nicht zu erkennbaren Verzerrungen im Datenmaterial geführt haben.

Bei der Würdigung der Ergebnisse sollte man wissen, daß eine lückenlose Beobachtung des Abfallgeschehens nur für den öffentlichen Bereich vorgesehen ist, während Handel und Dienstleistungen außer acht bleiben und auch das Produzierende Gewerbe nur zum Teil erfaßt wird. In der Regel werden nur Betriebe

von Unternehmen ab 20 Beschäftigten befragt. Dadurch wird gewährleistet, daß die gesetzlich festgelegte Höchstzahl von bundesweit 80 000 Berichtsbetrieben eingehalten wird. Die sich daraus ergebenden Informationsverluste sind begrenzt, spielen aber landesweit für bestimmte Fragestellungen im Sonderabfallbereich eine Rolle<sup>3</sup>.

Zu berücksichtigen sind auch die besonderen Schwierigkeiten bei der Datengewinnung. Viele Angaben der Berichtspflichtigen beruhen auf Schätzungen und besonders bei Bodenaushub und Bauschutt sind deshalb Einschränkungen angebracht. Die Angaben der Betriebe halten bezüglich Abfallmenge und Verbleib nicht immer einer genaueren Nachprüfung stand. Im öffentlichen Bereich kommt es wegen der fließenden Grenzen zwischen der öffentlichen Müllabfuhr und Mülltransporten im privaten Auftrag sowie durch unterschiedliche Abgrenzung von Gewerbeabfällen in den Stadt- und Landkreisen zu Einschränkungen im Regionalvergleich. Die abfallstatistischen Ergebnisse können damit nicht die gleiche Exaktheit erreichen wie es beispielsweise bei der traditionellen Bevölkerungsstatistik der Fall ist. Alles in allem reicht die Datenqualität für die meisten Untersuchungszwecke aber aus.

Die eigentlichen Grenzen der Abfallstatistik liegen in der Komplexität und Dynamik des Abfallgeschehens begründet. So werden Abfallexporte und -importe

---

2 Einzelne Wirtschaftsverbände befürchten - wegen des oft wenig differenzierten Umgangs mit statistischen Ergebnissen in der Öffentlichkeit - von einer größeren Gesamtmenge an Abfall- und Reststoffen Imageprobleme für die vertretenen Branchen und wenden sich gegen eine Aufnahme der Abfallverwertung in die Erhebung über die Abfallbeseitigung.

---

3 Aufgrund der Abschneidegrenze wird die Mehrzahl der Galvanikbetriebe, Tankstellen und Chemischen Reinigungen nicht erfaßt. Auch blieben die offenbar drängenden Entsorgungsprobleme im Handwerk und bei Kleinbetrieben des Produzierenden Gewerbes unerkannt. Bei Mengenabfällen führt die Begrenzung des Berichtskreises allenfalls auf Gemeindeebene und für einige Stadtkreise - und wiederum nur für einzelne Abfallarten - zu Verzerrungen. Grund für diese Einschätzung geben die Ergebnisse für 1977 als auch der tertiäre Sektor (Handel und Dienstleistungen) befragt wurde.

und deren Umfang für Gewerbeabfälle nur erfaßt, wenn sie über Umladestationen geleitet werden. Offen bleiben auch Fragen zur Abfallvermeidung. Sie können – wenn überhaupt – letztlich nur durch sehr differenzierte Datenanalysen beantwortet werden<sup>4</sup>. Der Erfassung des innerbetrieblichen Recycling stehen erhebungsmethodische Probleme entgegen.

Interpretationsprobleme ergeben sich aber meist aus den komplexen Strukturen wie sie einmal gegeben sind. Im öffentlichen Bereich sind es unterschiedliche Standortverhältnisse und Abfallsatzungen. Im produzierenden Gewerbe ist es die ausgeprägte Konzentration von Abfallmengen auf einzelne oder wenige Betriebe. Bevorzugt im Sonderabfallbereich und auch bei Produktionsschlämmen kommt es vor, daß Branchenergebnisse die Verhältnisse einzelner Großbetriebe repräsentieren und nicht so sehr die der Branche. Sprünge in der Entwicklung können damit ebenso gut aus einem solchen Sonderfall resultieren wie aus einer allgemeinen Verschiebung im Stoffeinsatz.

Die Kritik an der amtlichen Abfallstatistik zielt nicht zuletzt auf den Mangel an Aktualität. Nach dem Willen von Bundestag und Bundesrat sind die abfallstatistischen Erhebungen seit dem Statistikbereinigungsgesetz von 1984 im Abstand von drei Jahren durchzuführen, nachdem vorher ein Zwei-Jahres-Rhythmus angeordnet war. Dabei wurde bewußt einer Entlastung der auskunftspflichtigen Betriebe gegenüber einem möglichen Informationsverlust der Vorrang eingeräumt. Dies hat zur Folge, daß sich augenblicklich die aktuellsten Daten auf das Jahr 1987 beziehen – und

daß dies bis Ende 1991 so bleibt. Dann erst sind nach knapp einjähriger Erhebungs- und Aufbereitungsphase die Ergebnisse für das Jahr 1990 zu erwarten. Dies bedeutet nicht, daß die Ergebnisse des Jahres 1987 für die Beurteilung der abfallwirtschaftlichen Lage von heute wertlos wären. Die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung verläuft seit Mitte der 80er Jahre im Trend unverändert und es gibt keine Anzeichen dafür, daß sich die markanten Strukturen der Abfallwirtschaft seit 1987 wesentlich verschoben hätten. Detailergebnisse sind allerdings daraufhin zu prüfen, ob sie sich heute nicht anders darstellen.

Die Grenzen der amtlichen Abfallstatistik liegen damit weniger in der Datenqualität als in den zeitlichen und inhaltlichen Datenlücken. Der bereits vorliegende Entwurf zur Novellierung des Umweltstatistikgesetzes sieht vor, einige Lücken zu schließen. Danach sollen die Erhebungen im öffentlichen Bereich jährlich erfolgen und die Informationen gemäß § 14 der Abfall- und Reststoffverordnung in das System der amtlichen Statistik integriert werden. Von den Betrieben des Produzierenden Gewerbes sollen allerdings nur noch solche mit ortsfesten Entsorgungsanlagen befragt werden<sup>5</sup>. Die teilweise komplizierten Zusammenhänge werden sich aber auch dann erst im Wege einer eingehenden Datenanalyse erschließen lassen.

Die Leistung der amtlichen Statistik ist aber trotz der erwähnten Abstriche schon heute unverzichtbar. Ihre Stärke liegt vor allem darin, daß sie ein Gesamtbild liefert, das die vorhandenen

---

<sup>4</sup> Eine vermiedene Abfallmenge äußert sich im Einzelfall als Rückgang der Abfallmenge eines Betriebs und einer bestimmten Art – was durchaus auch andere Ursachen haben kann. Durch Behandlung eines Produktionsrückstands kann beispielsweise eine andere Abfallart entstehen. Ursache kann auch Stoffrecycling oder ein Datenfehler sein.

---

<sup>5</sup> Kritisch steht die Landesregierung indessen dem Vorhaben gegenüber, die Erhebung über die Abfallbeseitigung im Produzierenden Gewerbe nach 1990 zu streichen. Dadurch würde nicht nur die Tiefe der statistischen Information wesentlich eingeschränkt – es entfielen die Entstehungsseite der Abfallbilanz und damit die Grundlage für eine Beurteilung der zu entsorgenden Abfallmengen.



Strukturen verdeutlicht und die maßgebenden Trends erkennen läßt. Sie bedient sich dabei eines Systems verschiedener Informationsquellen, das für Verknüpfungen mit anderen Daten offen ist. Im wesentlichen stützt sie sich dabei auf die Erhebung über die öffentliche Abfallbeseitigung und die Erhebung über die Abfallbeseitigung im Produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern. Hinzu kommen abfallrelevante Informationen aus anderen Erhebungen wie z.B. Daten über kommunalen Klärschlamm aus der Erhebung über die öffentliche Abwasserbeseitigung. Alle Informationen werden in der Abfallbilanz zusammengefaßt, die in einer Gesamtbeurteilung die wesentlichen Gesichtspunkte der Abfallentsorgung auf der einen Seite mit denen der Abfallentsorgung und Abfallverwertung auf der anderen Seite verknüpft. Die Abfallbilanz stellt damit eine abfallwirtschaftliche Gesamtrechnung dar, welche die Summe aller verfügbaren abfallstatistischen Informationen beinhaltet. Sie ist beliebig detaillierbar und wird auch für die Ebene der Stadt- und Landkreise erstellt.

Im folgenden werden die Ergebnisse der amtlichen Abfallstatistik dargestellt. Ausgehend von der Abfallbilanz werden die verschiedenen Entsorgungswege (Hausmüllentsorgungsanlagen, Deponien für Bodenaushub und Bauschutt, Entsorgungsanlagen des Produzierenden Gewerbes, Sonderabfallentsorgungsanlagen) sowie die Zusammensetzung und Herkunft der entsorgten Abfälle beschrieben. Danach wird der Stand der Abfallverwertung im Produzierenden Gewerbe und der getrennten Sammlung von verwertbaren Bestandteilen im Hausmüll aufgezeigt. Abschließend wird auf die bisherige Entwicklung und die aktuellen Tendenzen der Abfallwirtschaft eingegangen.

#### Abfallbilanz - Abfallwirtschaft im Überblick

In Haushalten, Industrie und Gewerbe sowie in öffentlichen Einrichtungen, wie Krankenhäusern oder Kläranlagen, entsteht eine Vielzahl von Reststoffen und Abfällen, die ihrer stofflichen Eigenschaften wegen sehr verschiedene An-

forderungen an eine umweltgerechte Entsorgung stellen und ebenso unterschiedliche Voraussetzungen für ihre Verwertung mitbringen.

Ein Überblick über die Situation der Abfallwirtschaft nach dem Stand des Jahres 1987 ergibt sich aus der Abfallbilanz. Die Abfallbilanz ist verkürzt, weil zugunsten der Übersichtlichkeit bewußt auf eine weitere Untergliederung (nach Abfallart und Herkunft) verzichtet wird und weil auch regionale Verflechtungen nicht berücksichtigt sind. Durch die Bilanzierung ermöglicht sie andererseits aber Differenzierungen, die bei isolierter Sicht nach Erhebungen nicht darstellbar sind, z.B. eine Unterteilung der hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle nach ihrer Herkunft oder von Bodenaushub und Bauschutt nach Entsorgungswegen.

Das Aufkommen an Abfällen und Reststoffen betrug in Baden-Württemberg im Jahr 1987 rund 43 Mio Tonnen (Schaubild 1). Allein 28 Mio Tonnen entfallen auf Bauschutt und Bodenaushub, die aufgrund ihrer Menge vor allem in den Ballungsgebieten erhebliche Entsorgungsprobleme aufwerfen. Die übrigen 15 Millionen Tonnen beinhalten zu einem Drittel feste Siedlungsabfälle und kommunale Klärschlämme; mit knapp zwei Dritteln stammt der Hauptanteil dieser Stoffe indessen aus dem Produzierenden Gewerbe. Die wichtigsten Teilströme sind in der Abfallbilanz als Stoffrecycling und als Entsorgungswege abgebildet (Tabelle 1).

Nahezu 12 Mio Tonnen, d.h. ein Anteil von 28 % am Aufkommen an Reststoffen und Abfällen aller Wirtschaftssektoren zusammen, werden einer weiteren Nutzung zugeführt und nehmen die knappen Entsorgungskapazitäten nicht in Anspruch. Hierbei eingerechnet ist die statistische Differenz bei der Entsorgung von Bodenaushub, d.h. die Menge, die von Betrieben des Produzierenden Gewerbes abgefahren, auf Bodenaushubdeponien aber nicht registriert wird. Exaktere Angaben stehen über das STOFFRECYCLING im engeren Sinne, d.h. die Rückführung von Reststoffen in den Wirtschaftskreislauf, zur Verfügung. Rund 7 Mio Tonnen solcher Stoffe wurden im Jahr 1987 anderen Be-

trieben zur weiteren Verwertung zugeführt. Zum größeren Teil (zu 56 %) handelt es sich dabei um Produktionsrückstände, zu 20 % um Bauschutt oder Straßenaufbruch, zu weiteren 20 % um ausgebrachten Klärschlamm bzw. um Aschen und Schlacken aus Feuerungs- und Abfallverbrennungsanlagen.

Mit 16 Mio Tonnen wird die größte Fraktion auf DEPONIEEN FÜR BODENAUSHUB UND BAUSCHUTT entsorgt. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Bodenaushub (11,7 Mio Tonnen) und Bauschutt (4,3 Mio Tonnen)<sup>6</sup>, zu einem kleinen Teil um inerte Produktionsabfälle (0,2 Mio Tonnen).

Der nächstgrößte Teilstrom wird mit 10,3 Mio Tonnen auf HAUSMÜLLENTSORGUNGSANLAGEN innerhalb und außerhalb Baden-Württembergs entsorgt. Auch diese Abfallmengen rekrutieren sich größtenteils aus Bodenaushub und Bauschutt (3,9 Mio Tonnen), zu erheblichen Teilen auch aus Produktionsabfällen (0,8 Mio Tonnen) und haushälterischen Gewerbeabfällen (1,8 Mio Tonnen). Siedlungsabfälle (2,8 Mio Haus- und Sperrmüll sowie 0,7 Mio Tonnen an kommunalen Klärschlämmen) machen nur gut ein Drittel der dort angefahrenen Abfälle aus.

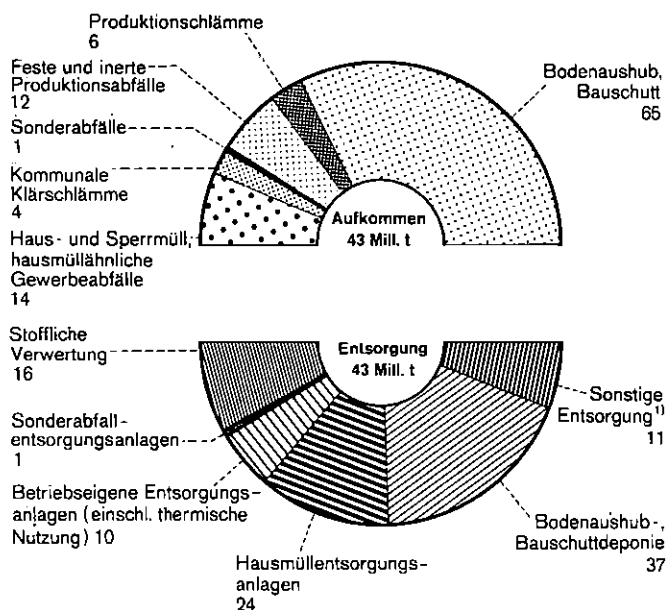
Mit 4,3 Mio Tonnen wird ein beachtlicher Teil an Rest- und Abfallstoffen auf ANLAGEN DES PRODUZIERENDEN GEWERBES entsorgt. Überwiegend handelt es sich dabei um Bauschutt und Bodenaushub (2,5 Mio Tonnen), aber auch um feste Produktionsabfälle und Produktionsschlämme, die in Feuerungsanlagen thermisch genutzt werden. Als Zwischenergebnis bleibt festzuhalten, daß

6 Die Angaben der Betreiber von Deponien für Bodenaushub und Bauschutt und der Betriebe des Produzierenden Gewerbes über die Entsorgung von Bauschutt und Bodenaushub unterscheiden sich erheblich. Der Unterschied kommt in der Abfallbilanz summarisch als statistische Differenz zum Ausdruck und wird als Menge interpretiert, die für Lärmschutzwälle, Geländeverfüllung usw. verwendet wird.

Schaubild 1

## Abfallbilanz Baden-Württemberg 1987

Anteile in %



1) Hauptsächlich Nutzung von Bodenaushub für Lärmschutzwälle, Deponiebau usw.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

30890

in Baden-Württemberg 1987 gut 22 Mio Tonnen an Erdaushub und Bauschutt auf öffentlichen und betriebseigenen Anlagen abgelagert wurden. Der Rest wurde einer stofflichen Verwertung zugeführt oder für landschaftsbauliche Maßnahmen verwendet.

ANDERE ENTSORGUNGSWEGE geht mit 0,5 Mio Tonnen nur ein kleiner Teil (1,2 %) des gesamten Abfallaufkommens, der fast ausschließlich aus dem Produzierenden Gewerbe stammt. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Sonderabfälle (70 %), und um Produktionsschlämme (25 %). Getrennt vom Hausmüll gesammelte Problemstoffe spielen mit jährlich 5000 Tonnen bei den genannten Größenordnungen nur eine untergeordnete Rolle.

### Haushälterische Entsorgungsanlagen zu mehr als zwei Dritteln durch Gewerbebetriebe beansprucht

Für die meisten privaten und gewerblichen Abfallerzeuger ist die Hausmüll-entsorgungsanlage der adäquate Ent-

Tabelle 1  
Abfallbilanz Baden-Württemberg 1987

Abfallkategorie	Auf- kommen an Abfall- und Rest- stoffen	Stoff- recycling	Entsorgung						Stati- stische Differenz (Sonstige Stoff- ströme)
			als Abfall entsorgte Mengen	davon in					
				Öffent- lichen Hausmüll- entsorgungs- anlagen	Boden- aushub-, Bauschutt- deponien	betriebseigenen <sup>2)</sup>		Sonder- abfall- u.a. Ent- sorgungs- anlagen	
						Deponien	Verbren- nungs-u. Feuerungs- anlagen		
1000 t									
Hausmüll, Sperrmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (soweit durch die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt)	2 755	-	2 755	2 755	-	-	-	-	-
Altstoffe aus den Altstoffsammlungen	550	500	50	50	-	-	-	-	-
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (soweit von Betrieben selbst abgefahren)	1 946	135	1 011	1 783	3	14	11	1	-
davon									
aus dem Produzieren- den Gewerbe	941	135	806	778	3	14	11	1	-
aus Handel, Dienst- leistungsbereich und Kleingewerbe	1 005	-	1 005	1 005	-	-	-	-	-
Kommunale Klär- schlämme	1 895	974	798	657	23	-	118	-	123
Produktionsabfälle aus dem Produzie- renden Gewerbe	6 789	3 960	2 829	796	360	362	1 188	123	-
Sonderabfälle	553	151	402	28	-	9	23	342	-
Bodenaushub, Bau- schutt u. Bau- stellenabfälle	27 994	1 382	22 064	3 863	15 660	2 536	-	5	4 548
Sonstige Abfälle <sup>1)</sup>	876	463	413	343	2	49	-	19	-
Insgesamt	43 358	7 565	31 122	10 275	16 048	2 970	1 340	490	4 671

1) U.a. Straßenkehricht, Reststoffe aus Kompostierung, Asche und Schlacke. - 2) Anlagen des Produzierenden Gewerbes.

Tabelle 2  
In Hausmüllentsorgungsanlagen entsorgte Abfälle  
in Baden-Württemberg 1987

Abfallart	Abfallmenge insgesamt	Darunter aus dem Produ- zierenden Gewerbe
	1000 t	
Hausmüll, Sperrmüll, haus- müllähnliche Gewerbeab- fälle (soweit durch die Müllabfuhr eingesammelt)	2 554	-
Kommunaler Klärschlamm	631	-
Hausmüllähnliche Gewerbe- abfälle (soweit direkt angeliefert)	1 640	670
Produktionsabfälle (ohne Bodenaushub, Bauschutt)	868	868
Bodenaushub	2 000	2 000
Bauschutt	1 833	1 833
Sonstige Abfälle 1)	370	-
Insgesamt	9 896	5 371

1) Straßenkehricht; Asche, Schlacken aus Abfallverbrennungsanlagen; Reststoffe aus Kompostierungs- und Sortieranlagen u.a.

sorgungsweg. Dabei ist noch wenig bekannt, daß die vorhandenen Kapazitäten nur zum kleineren Teil durch Hausmüll beansprucht werden.

Von den 9,9 Mio Tonnen Abfällen, die 1987 bei Hausmüllentsorgungsanlagen in Baden-Württemberg angefahren wurden, stammen nur 2,6 Mio. Tonnen von der kommunalen Müllabfuhr, die auf ihren Routen neben privaten Haushalten auch Gewerbebetriebe entsorgt. Mit 5,4 Mio Tonnen stammt indessen eine doppelt so große Menge aus dem Produzierenden Gewerbe (Tabelle 2). Der weitaus größte Teil (3,8 Mio t) davon bestand aus Bodenaushub und Bauschutt, knapp 0,7 Mio Tonnen aus hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen wie Verpackungsmaterial und Kartonagen, Küchen- und Kantinenabfälle, Büroabfälle, Abfälle aus Unterkünften und auch Baustellenabfäl-

le, der Rest (0,9 Mio t) aus einer Vielzahl verschiedenster Abfälle und Abfallgemengen, auf die näher eingegangen werden soll.

Unter den rund 210 000 Tonnen öffentlich entsorgten festen Produktionsabfällen sind feste mineralische Abfälle mit Beimengungen (16 200 t), Papier- und Pappeabfälle, auch verunreinigt (43 200 t), Kunststoffe (36 000 t), Natur- und Chemiefasern (23 700 t), sowie Abfisch-, Mäh- und Rechengut (14 400 t) besonders zu erwähnen. Die 290 000 Tonnen an inerten Abfällen bestehen größtenteils aus Gießereialt- und Strahlsanden (238 000 t) sowie mineralischen Abfällen (23 000 t). Aus den 290 000 Tonnen an Produktionsschlämmen sind es vor allem Schlämme aus der Zelluloseherstellung und -verarbeitung (70 000 t) sowie Schlämme aus der Wasseraufbereitung und Abwasserreinigung (zusammen 200 000 t).

An Sonderabfällen wurde eine Vielzahl verschiedenster Stoffe mit in der Regel kleinen Mengen entsorgt. Dabei handelte es sich durchweg um Abfälle, die der Nachweispflicht nicht unterliegen. Zusammen waren es rund 28 000 Tonnen. Die herausragenden Abfallarten waren Gerbereischlamm (2 600 t), Sudkesselrückstände (4 600 t), ölverunreinigte Böden (1 100 t), Filterstäube aus Abluftreinigungsanlagen (1 700 t), Altmedikamente (1 600 t) und verunreinigtes textiles Putz- und Verpackungsmaterial (2 600 t). Hinzu kamen desinfizierte Krankenhausabfälle (5 000 t).

Aus der gewerblichen Wirtschaft wird außer den 5,4 Mio Tonnen, die aus dem Produzierenden Gewerbe stammen, eine weitere Million Tonnen an hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen auf Hausmüllentsorgungsanlagen verbracht. Damit werden Hausmüllentsorgungsanlagen zu zwei Dritteln durch Gewerbebetriebe beansprucht.

Unter den Hausmüllentsorgungsanlagen ist die Deponie der klar dominierende Entsorgungspfad. 92 % der auf öffentlichen Anlagen entsorgten Hausmüll-, Gewerbe- und Produktionsabfälle werden so entsorgt (Tabelle 3). Die Kompostierungsanlage ist für unsortierten Hausmüll als Hauptentsorgungsweg nur be-

dingt geeignet. 1 % des "Hausmülls" werden in Kompostierungsanlagen, 7 % in Verbrennungsanlagen beseitigt.

### Zur Zusammensetzung der auf Hausmülldeponien entsorgten Abfälle

Für Hausmülldeponien ist in den nächsten Jahren mit einer Verschärfung der bestehenden Kapazitätsengpässe zu rechnen. Von daher ist es wichtig, die Herkunft der auf diesem Weg entsorgten Abfälle möglichst genau zu kennen. Weil ein erheblicher Teil dieser Abfallmengen mittelbar über öffentliche Entsorgungsbetriebe wie Müllabfuhr, kommunale Kläranlagen, Sortieranlagen oder Verbrennungsanlagen angeliefert wird, sind Angaben zur Herkunft nicht ohne weiteres möglich. Die Herkunft der abgelagerten Abfallmengen läßt sich aber der Größenordnung nach abschätzen: Für die rund 5,4 Mio Tonnen Abfälle aus dem Produzierenden Gewerbe liegen Angaben zur Herkunft vor. Für hausmüllähnliche Gewerbeabfälle läßt sich eine Zuordnung über Differenzbildung erzielen. Nachdem knapp 600 000 der insgesamt 1,5 Mio Tonnen aus dem Produzierenden Gewerbe stammen, verbleiben an hausmüllähnlichen Gewerbe-

Tabelle 3  
In Hausmüllentsorgungsanlagen entsorgte Abfälle in Baden-Württemberg 1987 nach Art der Entsorgungsanlage

Abfallart	Entsorgte Abfallmenge insgesamt	Davon		
		Hausmülldeponie	Müllverbrennungsanlage	Kompostierungsanlage
		1000 t		
Hausmüll, Sperrmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (soweit durch die Müllabfuhr eingesammelt)	2 554	2 056	383	115
Kommunaler Klärschlamm	631	599	26	6
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (soweit direkt angeliefert)	1 640	1 469	167	4
Produktionsabfälle (ohne Bodenaushub, Bauschutt)	868	802	66	-
Bodenaushub	2 000	2 000	-	-
Bauschutt	1 833	1 833	-	-
Sonstige Abfälle <sup>1)</sup>	370	334	37	-
Insgesamt	9 896	9 093	678	125

1) Straßenkehrriecht; Asche, Schlacken aus Abfallverbrennungsanlagen; Reststoffe aus Kompostierungs- und Sortieranlagen u.a.

Tabelle 4  
Zusammensetzung und Herkunft der in Hausmülldeponien entsorgten Abfallmengen in Baden-Württemberg 1987

Abfallkategorie	Angelieferte Abfallmenge insgesamt	Davon verursacht durch							
		Produzieren- des Gewerbe		Dienst- leistungen, Handel, Kleingewerbe		Öffentliche Einrichtungen		private Haushalten	
		1000 t	%	1000 t	%	1000 t	%	1000 t	%
Abfallmenge insgesamt	9 093	5 455	60	(1 412)	(16)	(210)	(2)	(2 016)	(22)
davon									
Hausmüll, Sperrmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (soweit durch die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt)	2 056	153	7	(337)	(16)	(41)	(2)	(1 525)	(74)
Straßenkehricht, Reststoffe aus Kompostierungs- und Sortieranlagen	162	0	0	-	-	-	-	162	100
Kommunale Klärschlämme	599	78	13	(156)	(26)	(60)	(10)	(305)	(51)
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (soweit von Betrieben selbst ab- gefahren)	1 465	561	38	904	62	0	0	-	-
Feste Produktionsabfälle	151	151	100	-	-	-	-	-	-
Produktionsschlämme	293	293	100	-	-	-	-	-	-
Sonderabfälle	24	24	100	-	-	-	-	-	-
Inerte Produktionsabfälle	290	290	100	-	-	-	-	-	-
Asche, Schlacken <sup>1)</sup>	99	60	61	(15)	(15)	0	0	(24)	(24)
Bodenaushub	2 000	2 000	100	-	-	-	-	-	-
Bauschutt	1 833	1 833	100	-	-	-	-	-	-
Sonstige Abfälle	121	(12)	(10)	0	0	109	90	-	-

1) Einschließlich Asche und Schlacke aus Abfallverbrennungsanlagen.

abfällen 900 000 Tonnen, die im wesentlichen dem Handel und Dienstleistungsbereich sowie dem Kleingewerbe zuzuordnen sind (Tabelle 4).

Die Aufgliederung der 2 Mio Tonnen Haus- und Sperrmüll sowie hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen, die von der Müllabfuhr eingesammelt wurden, erfordert eine eingehende Analyse, um ausreichende Indizien für deren Herkunft zu sammeln. Außer von privaten Haushalten können sie aus dem gewerblichen Bereich (Handel, Tankstellen, Fremdenverkehrsgewerbe, Restaurants, Arztpraxen, Büros usw.) oder aus öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Krankenhäusern, Verwaltung, militärischen Einrichtungen etc.) stammen <sup>7</sup>.

Eine Differenzierung der Abfallmengen nach der Herkunft zielt im wesentlichen darauf ab, Abfallarten wie Siedlungsabfälle oder kommunale Klärschlämme, bei denen der private Bereich zwar dominiert, die aber zu gewissen Teilen auch aus anderen Sektoren stammen, diesen Sektoren entsprechend der Ursächlich-

7 Die Abschätzung des Müllaufkommens wurde über die Zahl der Beschäftigten vorgenommen. Für Gewerbebetriebe außerhalb des Produzierenden Gewerbes - für diesen Bereich liegen statistische Angaben vor - wurden je Beschäftigten und Jahr 200 kg, für öffentliche Einrichtungen 100 kg angenommen. Das Müllaufkommen privater Haushalte ergibt sich als Differenz:  $M_H = M_T - M_P - M_G - M_O$ , wobei

$M_H$  = Müllaufkommen privater Haushalte

$M_T$  = Gesamte durch die öffentliche Müllabfuhr eingesammelte Müllmenge

$M_P$  = Durch die Müllabfuhr von Betrieben des Produzierenden Gewerbes eingesammelte Müllmenge.

$M_G$  = Durch die Müllabfuhr von anderen Gewerbebetrieben eingesammelte Müllmenge.

$M_O$  = Durch die Müllabfuhr von öffentlichen Einrichtungen eingesammelt.

keit zuzuordnen. Danach nehmen private Haushalte die vorhandenen Depo-  
niekapazitäten zu gut einem Fünftel in  
Anspruch, im wesentlichen durch Haus-  
und Sperrmüll, mit wachsenden Anteilen  
aber auch durch kommunale Klärschläm-  
me, Reststoffe aus Kompostierungs- und  
Sortieranlagen sowie Asche und  
Schlacken aus Müllverbrennungsanlagen  
(Tabelle 4).

Der größte Teil der in Hausmülldeponien  
entsorgten Abfallmengen stammt aus dem  
Produzierenden Gewerbe. Vor allem we-  
gen der enormen Mengen an Bodenaus-  
hub und an Bauschutt summiert sich  
der auf diesen Sektor entfallende Anteil  
auf 60 %. Die anderen Abfälle aus dem  
Produzierenden Gewerbe liegen zusam-  
men bei gut 1,6 Mio. Tonnen und damit  
etwa in der Größenordnung von Haus-  
und Sperrmüll. Rechnet man die Abfälle  
aus den Bereichen Handel und Dienst-  
leistungsgewerbe (im wesentlichen haus-  
müllähnliche Gewerbeabfälle) hinzu,  
dann entfallen auf den gewerblichen Be-  
reich 75 % aller auf Hausmülldeponien  
verbrachten Abfälle.

Faßt man die von der gewerblichen  
Wirtschaft selbst auf Hausmülldeponien  
verbrachten hausmüllähnlichen Gewerbe-  
abfälle mit denen zusammen, die über  
die öffentliche Müllabfuhr dorthin ge-  
langt sind, dann wurde 1987 eine Menge  
von 2 Mio. Tonnen entsorgt: Hausmüll-  
ähnliche Gewerbeabfälle sind damit ne-  
ben Bodenaushub auf Hausmülldeponien  
die mengenstärkste Abfallart.

#### Entsorgung in betriebseigenen Anlagen

In Anlagen des Produzierenden Gewer-  
bes wurden 1987 gut 4 Mio. Tonnen,  
d.h. jede neunte Tonne, entsorgt. Spe-  
ziell bei produktionsspezifischen Ab-  
fällen ist ihr Anteil noch größer. Von  
daher ist es angezeigt, diesen Teil der  
betrieblichen Abfallwirtschaft näher zu  
beleuchten.

Die Hälfte der in betriebseigenen An-  
lagen entsorgten Abfälle macht Erdaus-  
hub aus. Bei 800 000 weiteren Tonnen  
handelt es sich um Bauschutt, Straßen-  
aufbruch oder um inerte Abfälle wie  
Ofenausbruch, Gießereialsande oder  
Kalk- und Kalksteinabfälle. Solche Ab-  
fälle werden ausschließlich deponiert.

Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, feste  
Produktionsabfälle und Sonderabfälle  
finden sich nur selten und in kleineren  
Mengen auf betriebseigenen Anlagen. Zu  
nennen sind aber auch Schlämme aus  
der Beton-, Zement- und Kalkherstel-  
lung sowie aus der Abwasserreinigung,  
die sich zu einer Menge von 170 000  
Tonnen summieren. Drei Viertel der Ab-  
fall- und Reststoffe, die in betriebs-  
eigenen Anlagen verbleiben, werden  
demnach deponiert. Eine thermische  
Nutzung findet fast ausschließlich bei  
festen Produktionsabfällen wie Rinden,  
Äste, Schwarten, Spreißel, Sägespäne,  
Sägemehl und Verpackungsmaterial aus  
Holz (zusammen 400 000 Tonnen) sowie  
vor allem bei Produktionsschlämmen,  
hier speziell bei Ablaugen aus der Her-  
stellung von Zellstoff (700 000 Tonnen),  
statt. Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle  
und Sonderabfälle spielen mengenmäßig  
nur eine untergeordnete Rolle (Tabelle  
5).

#### Entsorgung von Sonderabfällen

Die Vermeidung und Verwertung von  
Sonderabfällen ist ein vorrangiges Ziel  
der Landesregierung. An die Entsor-  
gung müssen besonders strenge Anfor-  
derungen gestellt werden. Der Verbleib  
von Sonderabfällen wird durch die amt-  
liche Statistik grob erfaßt (Tabelle 6).  
Von den 550 000 Tonnen an Sonderab-  
fällen und stoffgleichen Reststoffen, die  
1987 in Betrieben des Produzierenden  
Gewerbes angefallen sind, wurden 27 %  
an andere, abfallverwertende Betriebe  
abgegeben, jeweils knapp 6 % zu Haus-  
müllentsorgungsanlagen abgefahren bzw.  
in betriebseigenen Anlagen abgelagert  
oder verbrannt, 61 % wurden zu Son-  
derabfallentsorgungsanlagen in anderen  
Bundesländern, der DDR oder im Aus-  
land verbracht. Der Menge nach fielen  
bei den entsorgten Mengen besonders  
öl- oder sonstige verunreinigte Böden  
(73 000 t), Farb- und Anstrichmittel,  
Farb- und Lackschlamm (37 600 t),  
Emulsionen und Gemische von Mineralöl-  
produkten (36 100 t), öl- und Benzin-  
abscheiderinhalte (30 600 t) und Gal-  
vanikschlämme (22 900 t) auf. Der Rest  
stammt mit rund 140 000 t von 50 ver-  
schiedenen Gruppen von Sonderabfällen,  
die meist in kleinen Mengen von 1 000  
Tonnen und darunter auftraten.

Tabelle 5  
Entsorgung von Abfällen in Anlagen des Produzierenden Gewerbes  
in Baden-Württemberg 1987

Abfallhauptgruppe - Abfallart	Aufkommen an Abfällen und Rest- stoffen	Darunter entsorgt in betriebseigenen	
		Deponien	Verbren- nungsan- lagen 1)
	1000 t		
<u>Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle</u>	1 097,8	14,1	10,7
<u>Allgemeine Produk- tionsabfälle</u>	28 626,2	2 584,8	-
darunter			
Aschen, Schlacken, Stäube	466,1	48,5	-
Bauschutt, Straßen- aufbruch	5 970,0	645,0	-
Bodenaushub	22 024,3	1 891,0	-
<u>Feste Produktionsab- fälle</u>	2 541,1	34,8	410,1
darunter			
Holzabfälle	1 317,5	12,7	332,6
Gipsabfälle	99,6	16,0	-
Altreifen	33,6	-	22,1
<u>Inerte Produktionsab- fälle</u>	1 821,0	149,4	-
darunter			
Ofenausbruch	31,7	19,5	-
Metallurgische Schlacken	186,3	9,4	-
Gießerei-Altsand	337,7	53,5	-
Kalk u. Kalksteinabfälle	53,0	49,8	-
<u>Produktionsschlämme</u>	2 444,9	177,6	778,1
darunter			
Melasse	24,7	-	12,6
Holzschlämme, Rückstände aus der Halbstoffaufbe- reitung	112,6	0,7	31,1
Beton-, Zement-, Kalk-, Gipsschlämme	234,4	125,4	-
Sulfitablaugen	837,2	-	673,1
Schlämme aus der Ab- wasserreinigung	460,6	43,8	53,5
<u>Sonderabfälle</u>	550,8	8,8	23,2
darunter			
Metalloxide, Hydroxid- schlämme	23,3	7,0	-
Öl- und Benzinabschei- derinhalte, Schlamm aus Öltrennanlagen u.a.	46,0	-	20,8
Insgesamt	37 081,8	2 969,5	1 222,1

1) Einschließlich Abfallverbrennungsanlagen.

Die für 1987 mit rund 340 000 Tonnen ausgewiesene Menge an Sonderabfällen, die in Sonderabfallentsorgungs- und anderen Anlagen gefahren wurden, stellt nur eine Bruttogröße für die letztendlich als Sonderabfall zu entsorgende

Abfallmenge dar. Zu einem Drittel (116 000 Tonnen) handelt es sich dabei um besonders überwachungsbedürftige Abfälle gem. § 2 Abs. 2 AbfG.

Die restlichen als Sonderabfall entsorgten Mengen können außer in Sonderabfallentsorgungsanlagen im eigentlichen Sinne (Sonderabfallverbrennung, Sonderabfalldeponie) unter bestimmten Voraussetzungen auch zu speziellen Behandlungsanlagen oder wie bei Spülwässern oder Konzentraten auch zu kommunalen Kläranlagen verbracht werden. Der Anteil der außerhalb der Sonderabfallentsorgung verbliebenen Abfallmenge wird statistisch nicht gesondert ausgewiesen. Es ist davon auszugehen, daß die zur Bemessung von Sonderabfallentsorgungsanlagen heranzuziehende Nettogröße deutlich unter der Bruttogröße liegt. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die amtlichen Statistik - wie bereits erwähnt - die Erzeuger von Sonderabfällen nur zum Teil befragt. Die statistische Untererfassung dürfte höchstens 10 % des Abfallaufkommens ausmachen.

#### Abfallrecycling mit unterschiedlich hohen Quoten

Für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist die Frage, in welchem Umfang es gelingt, Produktionsrückstände - soweit sie nicht unmittelbar am Ort des Anfalls wieder in den Produktionsprozeß zurückgeführt werden können - einer weiteren Nutzung zuzuleiten, z.B. auch einer thermischen Verwertung. Der erreichte Zwischenstand und auch die zu beobachtenden Trends sind bemerkenswert. So werden feste Produktionsabfälle zu 70 % stofflich und zu weiteren 15 % thermisch verwertet (Tabelle 6).

1980 lagen die entsprechenden Quoten bei 65 bzw. 14 %. Dabei liegt eine ganze Reihe von Abfallarten wie Malz und Hopfentreber, Schwarten und Spreißel, Sägemehl, Schnitt- und Stanzabfälle sowie auch Bitumenabfälle bei einer Verwertungsquote von 80 % und darüber (Tabelle 7). Sie machen mengenmäßig einen Anteil von 60 % an der Gesamtmenge der festen Produktionsabfällen aus.

Tabelle 6  
Aufkommen und Verbleib von Abfall- und Reststoffen des Produzierenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1987

Abfallhauptgruppe	Aufkommen an Abfall- und Rest- stoffen	Davon entsorgt in ....					Abgege- ben zur Verwertung
		Hausmüll- entsor- gungsan- lagen	Deponien für Bodenaushub u. Bauschutt u.a. Abla- gerungen	Sonder- abfall- u.a. Ent- sorgungs- Anlagen	betriebseigenen Anlagen		
					Depo- nien	Verbren- nungsan- lagen	
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle	1 097,8	934,5	2,9	1,2	14,1	10,7	134,5
Allgemeine Produk- tionsabfälle darunter Bodenaushub, Bauschutt	28 626,2	(3 963)	(20 209)	(69,3)	2 584,8	-	1 800,5
Inerte Produktions- abfälle	27 994,3	(3 863)	(20 208)	5,0	2 536,3	-	1 382,4
Feste Produktions- abfälle	1 821,0	291,3	239,7	3,1	149,4	-	1 137,5
Produktionsschlämme	2 541,1	230,0	76,3	41,0	34,8	410,1	1 749,0
Sonderabfälle	2 444,9	293,5	43,5	78,7	177,6	778,1	1 073,6
Insgesamt	550,8	30,6	0,1	337,3	8,8	23,2	150,9
	37 081,8	(5 743)	(20 572)	530,5	2 969,5	1 222,1	6 046,0

1) Feuerungs- und Abfallverbrennungsanlagen

Deutlich steigende Tendenz weist die Verwertung von Produktionsschlämmen auf. Die in dieser Abfallhauptgruppe zusammengefaßten Abfälle wurden 1987 zu 44 % stofflich und zu 32 % thermisch verwertet. Vollständig verwertet werden Rückstände aus der Stärkeherstellung, Molke sowie flüssige bzw. schlammige Abfälle aus der Nahrungs- und Genußmittelherstellung. Mineralische Schlämme, Holzschlämme und -stäube sowie Sulfitablaugen haben mit 63 % bis 100 % hohe Verwertungsquoten.

Während bei Produktionsschlämmen die thermische Nutzung von Reststoffen - zwar nicht der Häufigkeit, aber der Menge nach - fast gleichgewichtig neben der stofflichen Verwertung steht, geht es bei inerten Produktionsabfällen ausschließlich um die stoffliche Nutzung. Annähernd zwei Drittel dieser Abfälle werden auf diese Weise in den Produktionsprozeß zurückgeführt. Verwertet werden - bislang jedenfalls - fast ausschließlich Eisen- und Stahlabfälle sowie NE-Metallabfälle. Weil andere inerte Abfälle wie Ofenausbruch und Schlacken im Vergleich zu Metallabfällen in wesentlich geringeren Mengen auftreten,

liegt die Verwertungsquote im Durchschnitt aller inerten Produktionsabfälle mit 63 % vergleichsweise hoch.

Bei anderen Abfallhauptgruppen werden Reststoffe zu einem geringeren Anteil verwertet: Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle zu 12 %, allgemeine Betriebsabfälle, wie Bauschutt und Bodenaushub zu 6 % und Sonderabfälle durchschnittlich zu 27 %. Auf die Verwertung von Sonderabfällen wurde bereits oben ausführlich eingegangen.

Niedrige Verwertungsquoten sind insbesondere bei wenigen, eher massenhaft auftretenden Abfällen festzustellen, deren Aufkommen sich aber zu einer Menge von zusammen 6 Mio Tonnen summiert und - Bodenaushub nicht mitgerechnet - 43 % aller Abfall- und Reststoffe ausmacht. Hierzu zählen Bauschutt, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Gießereisand, metallurgische Schlacken, Bau- und Abbruchholz sowie Beton-, Zement- und Kalkschlämme. Verwertungsquoten von 12 % und meist deutlich darunter weisen darauf hin, daß bei diesen Abfällen die technologischen Voraussetzungen für eine Verwertung im Prinzip nicht gegeben oder erst zu schaffen sind.



Tabelle 7  
Abfallrecycling im Produzierenden Gewerbe Baden-Württembergs 1987

Abfallarten nach Verwertungskategorien	Abfallauf- kommen insgesamt	Darunter .... genutzt	
		stofflich	thermisch
	1000 t	%	
Abfallaufkommen insgesamt	37 081,8	16,3	3,3
davon			
Abfallarten mit einer Verwertungsquote über 75 %	4 954,9	75,6	21,3
darunter			
Flugaschen und Stäube aus Feuerungsanlagen	228,4	86,8	-
Malztreber, -keime, Staub, Hopfentreber	175,3	99,9	-
Holzabfälle	1 317,5	72,6	25,2
Eisen-, Stahlabfälle, NE-Metallabfälle	1 057,7	99,5	-
Carbonatationsschlamm, Rübenerde	406,6	100,0	-
Sulfitablaugen	837,2	19,6	80,4
Leichtmetallkrätzen, aluminiumhaltig	12,6	99,2	-
Feste Fettabfälle, Wachse	11,5	98,3	-
Zink-, Blei-, Metall- schleifschlämme	12,3	77,2	-
Abfallarten mit einer Verwertungsquote unter 25 %	28 181,9	3,3	0,1
darunter			
Hausmüllähnliche Ge- werbeabfälle	858,2	1,1	0,1
Bauschutt	2 613,1	5,2	-
Bodenaushub	21 449,1	3,1	-
Bau- und Abbruchholz	102,6	11,8	2,1
Metallurgische Schlacken und Sinterprodukte	183,3	4,2	-
Gießerei-, Altsand, Putzerei- u. Strahlsand	337,7	3,5	-
Schlämme aus Beton-, Zement-, Mörtel- u. Kalksandsteinherst.	107,3	11,8	-
Abfallarten mit einer Verwertungsquote von 25 bis 75 %	3 945,0	34,6	3,7

### Bei ungünstiger Abfallstruktur niedrige Verwertungsquoten

Schaubild 2 skizziert die abfallwirtschaftliche Lage im Produzierenden Gewerbe. Zugunsten des besseren Überblicks werden quantitativ weniger bedeutende Branchen weggelassen. Unberücksichtigt bleiben auch Bodenaushub und Bauschutt, weil die Entsorgungsprobleme dieser Abfallarten speziell sind und deren enorme Abfallmengen den Blick auf die Entsorgungsverhältnisse bei den anderen Betriebs- und Produktionsabfällen verstellen würde. Zur

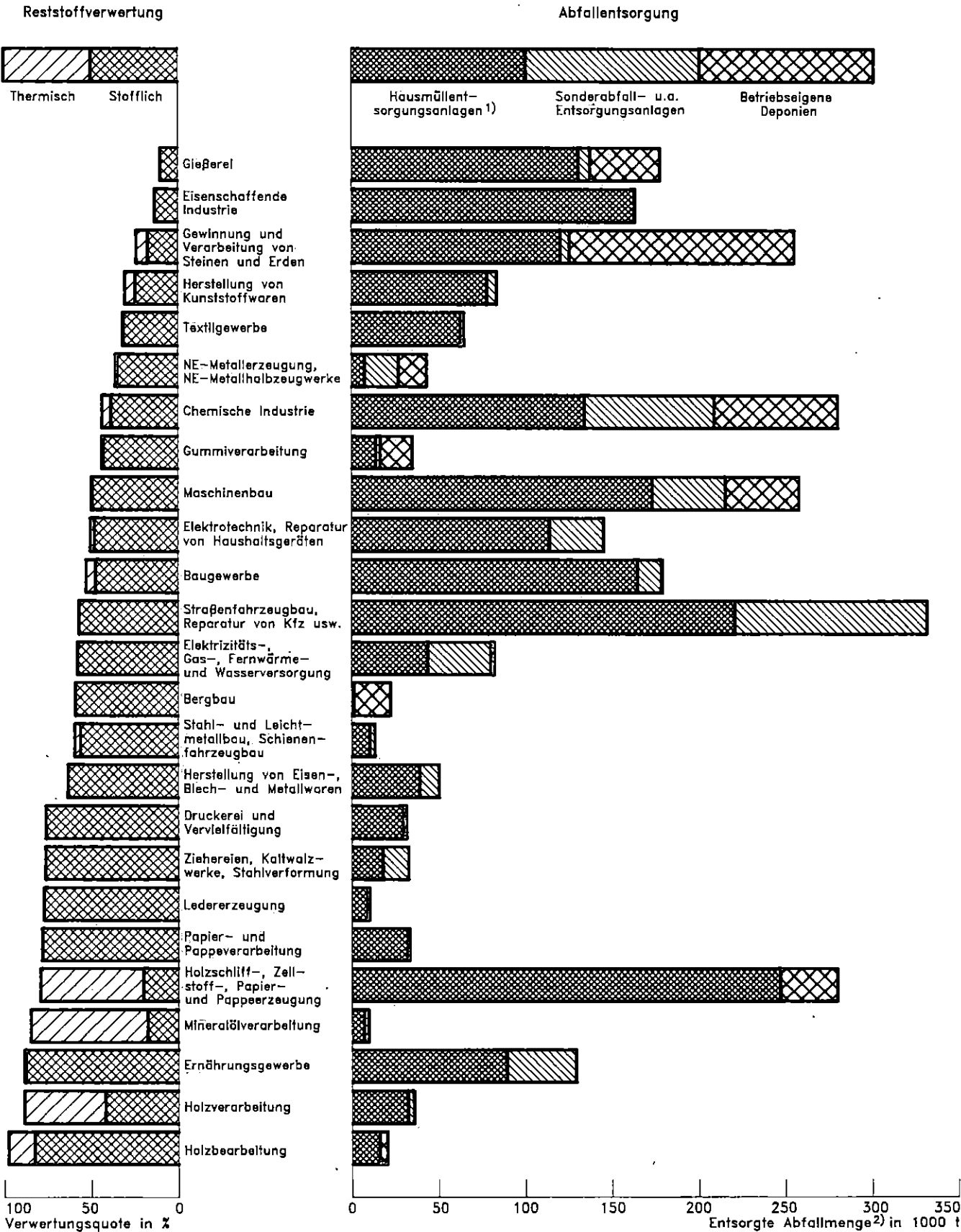
Verwertung wurde wiederum die thermische Nutzung in betriebseigenen Feuerungsanlagen gezählt.

Die Recyclingquote der einzelnen Branchen unterscheidet sich erheblich. Sie streut zwischen 10 und fast 100 %. Bei näherer Betrachtung wird folgendes ersichtlich: Recyclingquoten von bis zu einem Drittel kommen bei Branchen vor, deren Abfallstruktur von Abfallarten dominiert werden, für die bislang praktisch keine Verwertungsmöglichkeit besteht. Bei der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sind dies Beton-, Zement- und Kalkschlämme, Kalk- und Kalksteinabfälle sowie Keramik- und Steinabfälle, die zusammen rund zwei Drittel des Abfallaufkommens dieser Branche ausmachen; bei der Eisenschaffenden Industrie sind es mit einem Anteil von fast 90 % metallurgische Schlacken und Sinterprodukte, bei Gießereien zu zwei Drittel Altsande bei der Herstellung von Kunststoffwaren und der Textilindustrie sind es hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, die (ohne Kartonagen und Verpackungsabfälle) mit jeweils einem Drittel des Abfallaufkommens bei diesen Branchen auffallend stark vertreten sind. Die niedrige Durchschnittsquote bei der NE-Metallerzeugung geht vor allem auf Sonderabfälle wie Bohr- und Schleifölemulsionen, Metalloxide oder NE-Metallhaltige Stäube zurück, für die 1987 noch kaum Verwertungsmöglichkeiten bestanden.

Verwertungsquoten um 50 % weisen die abfallwirtschaftlich auffälligen Branchen auf wie die Chemische Industrie, der Maschinenbau, die Elektrotechnik und vor allem der Straßenfahrzeugbau. Ein Drittel der aus dem Produzierenden Gewerbe zu Hausmüllentsorgungsanlagen abgefahrenen Produktions- und Gewerbeabfälle und die Hälfte der Sonderabfälle stammen aus diesen Branchen. Insbesondere für den Maschinenbau und den Straßenfahrzeugbau ist die Abfallstruktur eher günstig. Obwohl dort die meisten Abfallarten nur zu einem geringen Prozentsatz verwertet werden, ergeben sich wegen des hohen Mengenteils von Eisen-, Stahl- und NE-Metallabfällen, die vollständig verwertet werden, im Durchschnitt über alle Abfallarten Verwertungsquoten von 50 und 57 %. Entsprechendes gilt für die Elek-

Schaubild 2

Reststoffverwertung und Abfallentsorgung im Produzierenden Gewerbe Baden-Württembergs 1987



1) Einschließlich Bauschuttdeponien. - 2) Ohne Bodenaushub, Bauschutt.

trotechnik und die Chemische Industrie. Die Verwertungsquoten von insgesamt 50 und 43 % stützen sich dort außer auf Eisen-, Stahl- und NE-Metallabfälle auch auf Verpackungsabfälle und Kartonagen, bei der Chemischen Industrie zusätzlich auf Gips-, Kalkschlämme und Schlämme aus der Abwasserreinigung. Die genannten Abfallarten weisen neben einem hohen Mengenanteil auch eine relativ hohe Recyclingquote von rund zwei Drittel auf.

Mit Verwertungsquoten von 60 % und deutlich darüber präsentieren sich Branchen mit meist niedriger Abfallmenge wie Lederfabriken, Papier- und Pappeverarbeiter oder große Teile der Metallindustrie. Trotz einer hohen Verwertungsquote fallen das Ernährungsgewerbe (in erster Linie mit hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen) und die Erzeuger von Zellstoff, Papier und Pappe (mit Schlämmen aus der Abwasserreinigung) durch große Abfallmengen auf. Besonders hohe Verwertungsquoten erklären sich meist durch Einbeziehung der thermischen Nutzung von Reststoffen in betrieblichen Feuerungsanlagen.

In der Gesamtbetrachtung fällt auf, daß Branchen mit einer niedrigen Recyclingquote eher große Abfallmengen zu entsorgen haben. Eine niedrige Verwertungsquote resultiert in der Regel aus einer ungünstigen Abfallstruktur. In den betreffenden Branchen treten bevorzugt Abfallarten auf, die auch in anderen Branchen nur zu einem geringen Teil verwertet werden. Eine niedrige Quote deutet darauf hin, daß die Voraussetzungen für ein stoffliches Recycling nur eingeschränkt gegeben sind. Neben technischen Gründen spielen hierbei auch wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle. Häufig scheitert eine Verwertung auch daran, daß die Rückstandsmenge nicht groß genug ist.

#### Sonderabfälle zu 27 % verwertet

Zur richtigen Einschätzung des derzeit erreichten Standes der Verwertung von Sonderabfällen sind Angaben über deren Herkunft, das heißt ihre Verknüpfung mit bestimmten Branchen und Produktionsverfahren ebenso wichtig wie eine hinreichende Differenzierung nach Abfallarten. Zum Zweck des hier beabsich-

tigten Überblicks werden nachfolgend Abfallarten entsprechend der hierarchischen Gliederung des Katalogs der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall zusammengefaßt und Aufkommen sowie Recyclingquoten auch für die wichtigsten Branchen dargestellt (Tabelle 8). Die mengenmäßig entscheidenden Abfallarten werden im Text erläutert.

#### - Abfälle von Mineralölprodukten -

Den größten Anteil am Sonderabfallaufkommen haben Abfall- und Reststoffe von Mineralöl- und Kohleveredelungsprodukten. Ihr Aufkommen beträgt derzeit 143 000 Tonnen, das sind gut ein Viertel der Sonderabfälle insgesamt. Etwa jeder zweite Industriebetrieb hat mit einem dieser Stoffe zu tun. Maßgebend dafür sind Altöle, die in fast allen Branchen anfallen. Ihre Menge summiert sich auf 32 000 Tonnen. Weniger verbreitet, dafür aber in größeren Mengen, fallen Bohr- und Schleifölemulsionen (38 000 t) sowie Inhalte von Öl- und Benzinabscheidern (46 000 t) an. Zusammen mit mineralöhlhaltigen Bohr- und Schleifschlämmen (10 000 t) machen diese vier Abfallarten 90 % der Abfälle und Reststoffe von Mineralölprodukten aus. Sie stammen zu einem großen Teil aus metallverarbeitenden Branchen wie Maschinenbau, Fahrzeugbau oder Elektrotechnik. Zusammen mit der Chemischen Industrie repräsentieren diese Branchen 60 % der Abfälle von Mineralölprodukten.

Die Verwertungsmöglichkeiten dieser Stoffe sind sehr unterschiedlich. Während Altöl zu drei Viertel, Bleicherde und Säureharz gar zu 90 bzw. 100 % verwertet werden, liegen die Recyclingquoten für die übrigen Abfallarten meist nur um 10 %. Die Abfälle von Mineralölprodukten stammen vorwiegend aus dem Maschinen- und dem Fahrzeugbau, der Elektrotechnik und der Chemischen Industrie. Die Recyclingmöglichkeiten werden in erster Linie durch die stofflichen Eigenschaften bestimmt.

#### - Lösemittel, Farb- und Lackschlämme -

Verbrauchte und lösemittelhaltige Abfall- und Reststoffe wie organische Lösemittel, Farb- und Lackschlämme, Klebstoffe usw. stammen bevorzugt aus

Tabelle 8

Aufkommen an Sonderabfällen in Baden-Württemberg 1987 nach Abfalloberguppen und Wirtschaftsgruppen

Ausgewählte Wirtschaftsgruppen	Sonderabfälle insgesamt	Davon						
		Abfälle aus der Produktion pflanzlicher u. tierischer Fettprodukte	Metallurg. Schlacken, Krätzen u. Stäube, NE-Metallabfälle, Metallschlämme	Galvanikschlämme, Metallhydroxidschlämme, Salze	Säuren, Laugen u. Konzentrate	Abfälle von Mineralöl u. Kohleveredlungsprodukten	Organische Lösemittel, Farb- u. Lackschlämme, Klebstoffe	Sonstige Sonderabfälle <sup>1</sup>
1000 t								
- Abfallmengen -								
Insgesamt	550,8	29,7	62,3	61,1	29,1	143,3	72,7	152,6
darunter								
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung	43,3	0,2	0	7,4	0	1,9	0,1	33,7
Mineralölverarbeitung	28,9	-	-	0,1	0,4	27,0	0	1,3
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	46,5	0,0	25,9	12,3	0,4	5,7	0,2	2,0
Gießereien	12,6	0,4	9,2	0,6	0,4	1,9	0,1	0,1
Ziehereien, Kaltwalzwerke	21,4	0,2	0,6	10,0	4,5	4,7	0,7	0,7
Maschinenbau	52,5	0,3	2,4	2,8	1,4	30,2	9,7	5,7
Fahrzeugbau	124,0	1,3	7,1	9,2	0,6	34,2	19,0	52,8
Elektrotechnik	34,9	1,1	6,0	4,9	2,9	11,8	6,1	2,1
Chemische Industrie	78,3	1,2	9,4	4,5	8,4	9,2	16,7	28,9
Ernährungsgewerbe	20,3	18,0	0,0	-	1,0	1,1	0,0	0,2
Ausgewählte Wirtschaftsgruppen zusammen	462,7	22,7	60,6	51,8	20,0	127,7	52,6	127,5
- Recyclingquote in % -								
Insgesamt	27,4	49,2	58,1	20,3	34,0	30,5	12,5	16,6
darunter								
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung	18,7	19,1	51,9	100,0	0	34,8	16,2	40,2
Mineralölverarbeitung	18,3	-	-	-	-	19,7	-	-
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	34,7	0,0	58,5	2,8	66,1	6,6	7,9	-
Gießereien	59,6	99,2	64,1	34,1	96,1	32,2	32,6	40,8
Ziehereien, Kaltwalzwerke	26,6	84,8	7,3	9,0	57,6	35,7	36,5	8,7
Maschinenbau	18,2	10,1	14,0	0,7	16,9	23,5	11,4	1,2
Fahrzeugbau	14,2	13,0	53,2	10,5	3,2	28,7	11,9	0,7
Elektrotechnik	14,9	7,6	11,1	3,2	38,3	16,4	20,1	1,5
Chemische Industrie	37,3	54,0	98,2	17,0	0,8	71,6	6,6	37,4
Ernährungsgewerbe	67,8	70,8	100,0	-	38,8	52,6	0	23,8
Ausgewählte Wirtschaftsgruppen zusammen	28,4	62,6	57,9	25,5	31,9	27,1	11,4	19,5

1) U.a. Flugasche u. Stäube aus MVA; Öl- oder sonstig verunreinigte Böden.

Lackierereien des Fahrzeug- und Maschinenbaus sowie aus der Chemischen Industrie. Sie haben damit die gleichen Branchenschwerpunkte, sind aber mit 53 000 Tonnen nur halb so stark vertreten wie mineralölhaltige Abfälle. Auch bei Lösemitteln und lösemittelhaltigen

Abfällen sind die Voraussetzungen für eine Verwertung recht unterschiedlich. Eine 70% - Quote für Weichmacher (einschließlich Kaltreiniger) oder 40 % für halogenfreie Lösemittel sind ebenso zu beobachten wie Quoten von fast 0 für Farb- und Anstrichmittel, Farb-

und Lackschlämme oder lösemittelhaltige Schlämme. Weil gerade Farb- und Lack-schlämme in großen Mengen anfallen, ergibt sich im Durchschnitt der gesamten Abfallgruppierung eine Recyclingquote von nur 12,5 %.

- Galvanikschlämme, Metalloxide, Salze -

Galvanikschlämme, Metallhydroxid-schlämme und Salze stammen bevorzugt aus der NE-Metallindustrie, von Ziehereien und dem Fahrzeugbau. Während Galvanikschlämme, Metalloxide und -hydroxide der Menge nach häufig auftreten, aber nur zu einem niedrigen Anteil von 10 % und darunter verwertet werden, ergeben sich für Salze aus der Düngemittel- und Waschmittelherstellung oder für Schwermetallchloride, Abfallarten also, die in weit kleineren Mengen auftreten, hohe Recyclingquoten von 80 %.

- Abfälle aus der Erzeugung und Verarbeitung von NE-Metallen -

Das Ziel eines möglichst weitgehenden Stoffrecycling ist bei NE-Metallabfällen mit einer Quote von 58 % am ehesten erreicht. Zwar kommen auch hier Abfallarten mit Null-Verwertung vor (Berylliumhaltiger Staub, Phosphatierschlamm, cyanidhaltiger Härtereischlamm usw.), für die quantitativ auffälligen Abfallarten (Leichtmetallkrätzen, Akkumulatoren und Batterien, Schlämme aus Metallschleifereien mit zusammen 33 000 t) ist aber die Verwertung bei 77 bis 99 % meist weit fortgeschritten. Ausgenommen hiervon sind Salzschlacken und eisenhaltige Schlämme, die bei Mengen von 21 000 bzw. 8 500 Tonnen ebenfalls häufig auftreten, aber nur eine Recyclingquote von knapp 40 % aufweisen.

- Säuren, Laugen, Konzentrate -

Säuren, Laugen und Konzentrate fallen jährlich in einer Menge von 30 000 Tonnen vor allem in der Chemischen Industrie, aber auch als Rückstände aus Verfahren der Oberflächenbehandlung und bei der Flaschenreinigung in der Getränkeindustrie an. Recyclingquoten von 95 % wie - für metallsalzhaltige Konzentrate - bei der Elektrotechnik sind eher die Ausnahme. Die quantitativ bedeutenden Abfallarten Säuren und

Säuregemische (7 500 t jährlich), Laugen und Laugengemische (4 000 t jährlich) und metallsalzhaltige Konzentrate (1 400 t jährlich) weisen Recyclingquoten zwischen 25 und 50 % auf, andere Konzentrate (7 600 t) liegen außer im Maschinenbau bei 0 %. Im Durchschnitt liegt die Recyclingquote bei einem Drittel.

- Abfälle pflanzlicher und tierischer Fettprodukte -

Abfälle und Reststoffe pflanzlicher und tierischer Fettprodukte weisen hinsichtlich ihrer Umweltrelevanz eine erhebliche Spannweite auf. Feste Fettabfälle aus der Herstellung von Nahrungsmitteln stehen neben Fettabscheiderinhalten, die einer besonderen Überwachung bedürfen. Feste Fettabfälle (12 000 t), die in den großen Fleischereien, Schlachthäusern und bei der Fleischwarenindustrie anfallen, werden fast vollständig in Fettschmelzereien verwertet. Dagegen sind die Inhalte von Fettabscheidern (13 000 t) nur zu knapp 20 % verwertbar. Entscheidend ist dabei offenbar weniger die Beschaffenheit der Einzelstoffe als die Zusammensetzung, in der die Rückstandsmengen anfallen. Bei Produktionsprozessen (z.B. in der Fleischereiindustrie) anfallende Fettabscheiderinhalte können zu etwa der Hälfte verwertet werden, während für Abscheiderinhalte aus Großküchen bisher kein Markt erschlossen werden konnte.

- Sonstige Sonderabfälle -

Das jährliche Aufkommen wird vervollständigt durch mehr als 20 völlig verschiedene Abfallarten, die 1987 in einer Gesamtmenge von 153 000 t angefallen sind. Mengenmäßig dominieren öl- oder sonstig verunreinigte Böden, die knapp die Hälfte des gesamten Aufkommens ausmachen und vollständig beseitigt werden mußten. Das gleiche gilt für Flugaschen und Stäube aus Müllverbrennungsanlagen (20 000 t). Von den übrigen Abfall- und Reststoffen sind vor allem Sudkesselrückstände (14 000 t) zu nennen. Sie fallen nicht nur wegen der Menge, sondern auch wegen einer ansehnlichen Verwertungsquote (67 %) auf. Recyclingquoten um 20 % ergeben sich für pharmazeutische Abfäl-

le (6 000 t), Laborabfälle und Chemikalienreste (500 t) und verunreinigte Metallemballagen (1 400 t). Die übrigen Sonderabfälle dieser Restgruppe wurden der Entsorgung zugeführt. Sieht man von ölverschmutzten Böden ab, dann ergibt sich im Durchschnitt dieser Gruppe von Sonderabfällen eine Recyclingquote von knapp einem Drittel.

### Spezielle Vermeidungs- und Verwertungsstrategien

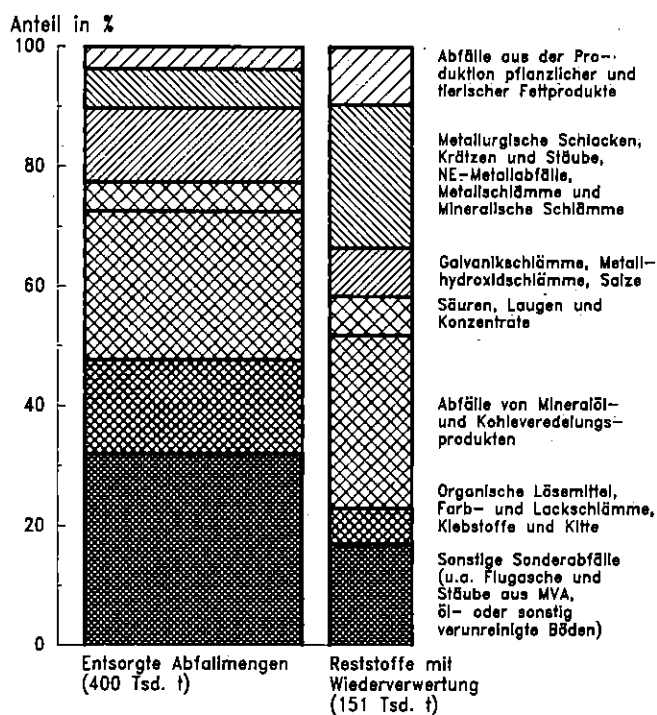
Die auf den ersten Blick niedrig erscheinende Verwertungsquote für Sonderabfälle von 27 % des Aufkommens erklärt sich aus einer in diesem Bereich der Abfallwirtschaft besonders ungünstigen Mengenstruktur. Niedrige Verwertungsquoten waren 1987 vor allem für solche Abfallarten festzustellen, die in großen Mengen anfallen (Schaubild 3). Dies gilt für Abfälle von Mineralölprodukten, organischen Lösemitteln, Farb- und Lackschlämmen und auch aus dem Bereich der oben genannten "Sonstigen Sonderabfälle". Fast drei Viertel der zu beseitigenden Sonderabfallmengen setzen sich aus solchen Abfällen zusammen. Bei kontaminiertem Erdmaterial von Altlasten und Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen sind Verwertungsmöglichkeiten derzeit nicht zu sehen und auch bei anderen Abfällen mit niedrigen Quoten ist wegen der erheblichen Unterschiede in der stofflichen Beschaffenheit eine Besserung jedoch nur durch Prüfung jedes Einzelfalles zu erreichen. Die Landesregierung hat mit der Erstellung entsprechender Vermeidungs- und Verwertungsstrategien begonnen.

### Getrennte Hausmüllsammlungen fast flächendeckend

Um das knappe Deponievolumen zu schonen, haben die Stadt- und Landkreise ihre Bemühungen intensiviert, verwertbare Bestandteile aus Hausmüll und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen getrennt zu erfassen und einer Verwertung zuzuführen. Im Jahr 1987 fand jeder Bürger mit Ausnahme einiger eher kleiner Gemeinden mindestens einmal in seinem Gemeinde- bzw. Stadtteil einen Depotcontainer, wenn nicht gar für jedes Haus grüne Tonnen bereitgestellt waren. Die grüne Tonne war mit

Schaubild 3

### Entsorgung und Verwertung von Sonderabfällen in Baden-Württemberg 1987



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

303 90

Schwerpunkt am mittleren und südlichen Oberrhein sowie im Nordschwarzwald für rund 2 Millionen Einwohner in 200 Gemeinden eingeführt. In 750 weiteren Gemeinden waren Altglascontainer, in 300 Gemeinden Container für Altpapier und in 250 Gemeinden Container für Altmetalle aufgestellt. Im Landesdurchschnitt stand für 1 000 Einwohner ein Altglascontainer, für 1 600 Einwohner ein Altpapiercontainer und für 3 000 Einwohner ein Altmetallcontainer zur Verfügung.

Die verschiedenen Systeme zur Erfassung verwertbarer Bestandteile des Hausmülls stehen untereinander in Konkurrenz. Dies gilt auch für die Sammlungen durch Vereine, caritative Verbände und Gewerbebetriebe deren Aktivitäten stark von der Existenz anderer Sammelfirmen, aber auch von einem Zuschuß der Stadt- und Landkreise abhängig ist. So gab es Altpapiersammlungen in 920 der 1 111 Gemeinden (83 %)

wobei ein flächendeckendes Angebot im Regierungsbezirk Stuttgart sowie in Südbaden und Südwürttemberg erreicht wurde, wo die grüne Tonne nicht oder nur selten anzutreffen war. Sammlungen von Altmetall und Altglas sind dagegen weit weniger verbreitet. Altglassammlungen wurden in 235 Gemeinden neben den Landkreisen Ludwigsburg und Rottweil flächendeckend nur in der Region Bodensee-Oberschwaben durchgeführt. Altmetallsammlungen wurden in Nordwürttemberg für jede zweite Gemeinde durchgeführt, in Südbaden etwas seltener, in Südwürttemberg etwas häufiger. In Nordbaden, dem Schwerpunkt der grünen Tonne, ist die Resonanz für Vereins-Sammlungen jedoch gering: dort würden nur in jeder fünften Gemeinde Altmetall auf diese Weise gesammelt.

Im Jahr 1987 hatte damit fast jeder Bürger Baden-Württembergs die Möglichkeit, sich in irgendeiner Form an der getrennten Sammlung von Altstoffen zu beteiligen. Zur Sammlung von Altglas wurden für drei Viertel der Bevölkerung Depotcontainer bereitgestellt, die Sammlung von Altpapier wurde eher über die verschiedenen Sammelformen verteilt, wenngleich dort vor allem Vereine und caritative Verbände aktiv waren. Für die Sammlung von Altmetall-

len, Kunststoffen, Textilien und anderen Wertstoffen weist das Angebot noch Lücken auf (siehe Tabelle 9).

### Grüne Tonne ergiebigste Sammelform

Die häufigste Art der Wertstofffassung ist nach wie vor die Abholaktion durch Vereine, caritative Verbände oder Altstoffhändler. Die Hälfte des Aufkommens an Altpapier und gar zwei Drittel des Aufkommens an Altmetall werden auf diesem Weg gesammelt. Insgesamt werden zwei Fünftel des Aufkommens von Altstoffen über Abholaktionen erfaßt. Auf Depotcontainer entfällt ein Drittel, auf die grüne Tonne ein Viertel der insgesamt getrennt gesammelten Menge, der Rest (knapp 5 %) wird bei zentralen Sammelstellen angeliefert. (Schaubild 4).

Die ergiebigste Sammelform ist indessen die grüne Tonne. Mit 55 Kilogramm je Einwohner und Jahr im gewogenen Durchschnitt für Mehrstoff- und Einstoffbehälter liegt ihr Sammelergebnis deutlich vor Depotcontainern und Abholaktionen (jeweils knapp 22 Kilogramm je Einwohner), wobei die Ergiebigkeit von Abholaktionen wesentlich von einem Zuschuß durch die Stadt- und Landkreise ab-

Tabelle 9  
Zu Wertstoffsammlungen einbezogene Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg 1987

Sammelsystem	Einbezogene Wohnbevölkerung	Und zwar für Sammlungen von ...				
		Altpapier	Altglas	Altmetall	Kunststoffen	sonstigen Wertstoffen <sup>1)</sup>
		% der Wohnbevölkerung				
Depotcontainer	77,6	37,3	77,6	26,5	1,7	0
Holsystem mit Einstoffbehälter	6,7	6,7	2,6	-	-	-
Holsystem mit Mehrstoffbehälter	16,7	16,7	16,7	16,0	14,5	-
Zentrale Sammelstellen	(32,0)	.	.	.	.	.
Vereinsammlungen mit Zuschuß	51,4	51,4	8,6	31,4	-	6,1
Vereinsammlungen ohne Zuschuß	(63,0)	(41,0)	(15,0)	(18,0)	0	(21,3)
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	91,9	16,2	(27,4)

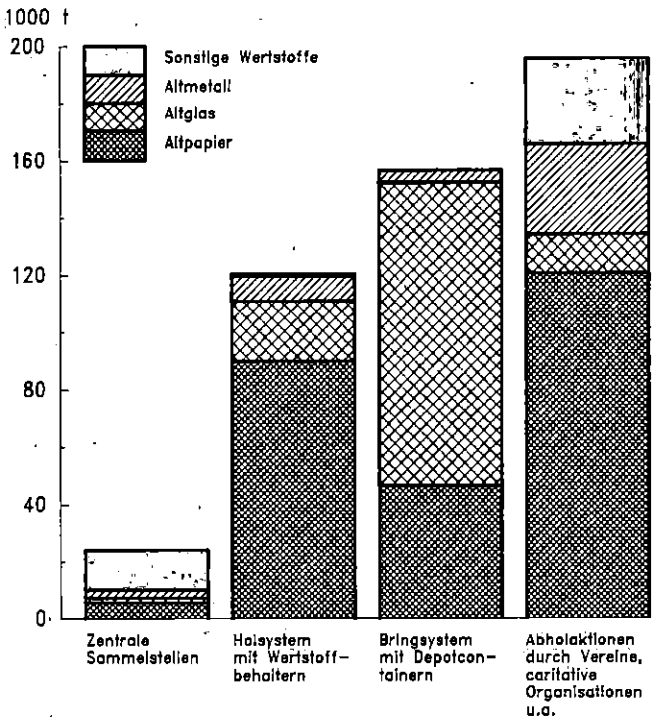
1) Altkleider, Grünabfälle, organische Stoffe.

hängt. Vereinssammlungen ergeben mit Zuschuß je Einwohner 24 kg im Jahr, ohne Zuschuß nur gut die Hälfte<sup>8</sup>. Der vergleichsweise geringe Pro-Kopf-Wert für Depotcontainer erklärt sich nur zum Teil aus ihrer einseitigen Ausrichtung auf die Erfassung von Altglas. Zwar ist die Erfassung über Container dem Holsystem bezüglich der Altglaserfassung ebenbürtig (jeweils 15 kg je Einwohner) hinsichtlich der Erfassung von Altpapier aber deutlich unterlegen (13 gegenüber 40 kg je Einwohner). Bei der Erfassung von Altmetall schließlich zeigt sich die systemlose Abholaktion mit 11 kg je Einwohner als die erfolgreichste Sammelform (Tabelle 10).

Diese Ergebnisse sind fast identisch mit denjenigen, die im Rahmen einer Befragung der Stadt- und Landkreise für das Jahr 1986 ermittelt wurden. Weil damals nicht für alle Kreise verwertbare Angaben vorlagen, sind allerdings die ermittelten absoluten Sammelmengen nur bedingt untereinander vergleichbar.

8 Die Stadt- und Landkreise sind über die Ergebnisse von Sammlungen, die sie nicht bezuschussen, naturgemäß weniger gut informiert. Die Genauigkeit der Zahlenangabe für Vereinssammlungen ohne Zuschuß ist daher eingeschränkt.

Schaubild 4  
Getrennt erfaßte Mengen an Wertstoffen  
in Baden-Württemberg 1987 nach Sammelssystemen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 301 90

Ein Maßstab für den Erfolg der getrennten Sammlung von Wertstoffen bilden die Mengen an potentiell verwertbaren Stoffen im Hausmüll. Nach der Hausmüllanalyse des Umweltbundesamtes

Tabelle 10  
Je Einwohner erfaßte Wertstoffmenge nach Sammelformen in Baden-Württemberg 1987

Sammelsystem	Erfaßte Wertstoffmenge je Einwohner	Und zwar für Sammlungen von ...				
		Altpapier	Altglas	Altmetall	Kunststoffen	sonstigen Wertstoffen <sup>1)</sup>
		kg/Ea				
Depotcontainer	22	13	15	2	3	0
Holsystem mit Einstoffbehälter	49	43	15	-	-	-
Holsystem mit Mehrstoffbehälter	59	40	11	6	2	-
Zentrale Sammelstellen	(8)	.	.	.	.	.
Vereinssammlungen mit Zuschuß	24	18	6	7	-	3
Vereinssammlungen ohne Zuschuß	(14)	(9)	(6)	(7)	0	(14)
Insgesamt	53	28	15	6	2	.

1) Altkleider, Grünabfälle, organische Abfälle.



im Jahr 1985 ergibt sich für Baden-Württemberg eine Erfassungsquote von jeweils zwei Fünfteln der Altglas- und Altpapiermengen und gut einem Drittel des Altmetalls. Die Erfassungsquoten für Grünabfälle, organische Reststoffe, Textilien und Kunststoffe waren 1987 noch gering.

### Anteil der Gewerbeabfälle auf Hausmüll- entsorgungsanlagen im Trend steigend

Die vorhandenen Kapazitäten der Hausmüllentsorgungsanlagen wurden im Zehnjahreszeitraum von 1977 bis 1987 in zunehmendem Maß in Anspruch genommen (Schaubild 5). Wurden 1977 noch 8,8 Mio Tonnen Abfälle abgelagert, verbrannt oder kompostiert so waren es 1987 bereits 9,9 Mio Tonnen. Seit 1984 hat sich der Anlieferungsdruck, hauptsächlich wegen anderweitiger Unterbringung von Bodenaushub und Bauschutt, nicht weiter verschärft. In jenem Jahr wurde eine Abfallmenge von 10,25 Mio Tonnen angeliefert. Ein leicht fallender

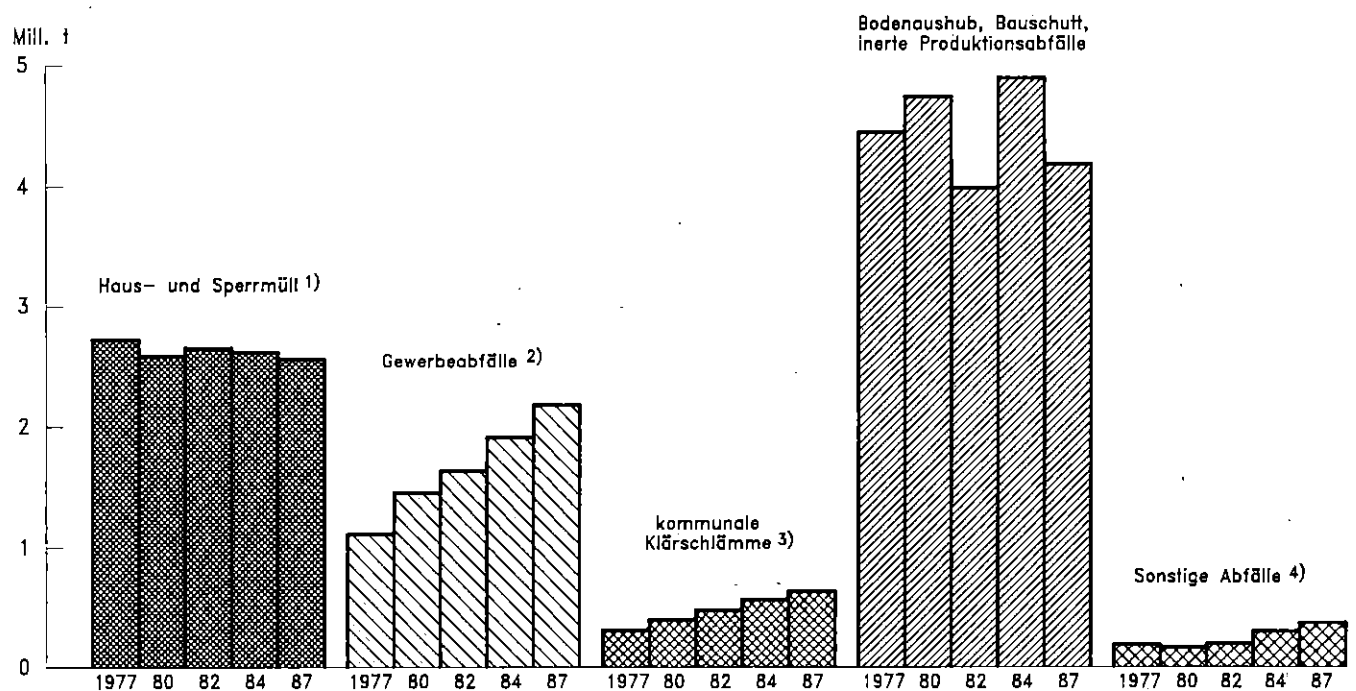
Trend ist auch bei den Müllmengen zu beobachten, die von der öffentlichen Müllabfuhr angefahren werden. 1987 waren es (statt 2,72 wie 1977) noch 2,55 Mio Tonnen. Die anderen Müllfraktionen wie Gewerbeabfälle, kommunale Klärschlämme, Asche und Schlacke oder ölverschmutztes Erdreich zeigen demgegenüber deutlich steigende Tendenzen. Sie haben sich seit 1977 allesamt verdoppelt und somit den Rückgang bei Erdaushub und Hausmüll wieder ausgeglichen. Den größten Anteil daran hatten hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, deren Anteil auf Hausmüllentsorgungsanlagen seit 1977 von 14 auf 22 % gestiegen ist. Es ist zu vermuten, daß auch in der von der Müllabfuhr eingesammelten Menge der Anteil an Gewerbeabfällen zunimmt und so die Erfolge bei der getrennten Sammlung von Wertstoffen aus dem Hausmüll teilweise überdeckt.

### Deutlicher Konjunktуреinfluß

In den Betrieben des Produzierenden Gewerbes ist im Zehnjahreszeitraum von 1977 bis 1987 eine immer größere Menge

Schaubild 5

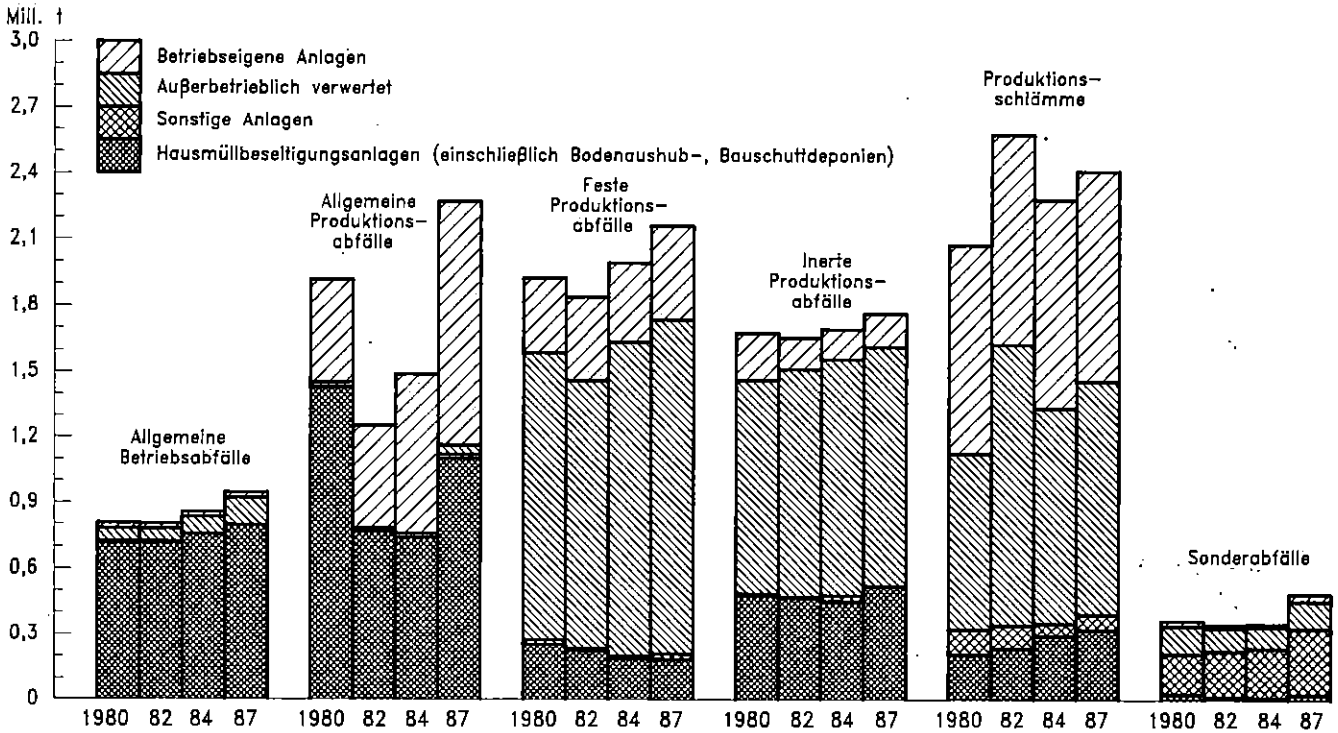
In Hausmüllentsorgungsanlagen beseitigte Abfallmengen in Baden-Württemberg 1977 bis 1987



1) Angeliefert durch die öffentliche Müllabfuhr, einschließlich hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle. - 2) Einschließlich feste Produktionsabfälle und Produktionsschlämme. - 3) Einschließlich Kanal- und Sinkkastenschlamm. - 4) Ölverschmutzte Böden und Aufsaugmassen, Asche und Schlacke aus den Abfallverbrennungsanlagen, Kompost, Straßenkehrschutt, Marktabfälle, Reststoffe aus Kompostierungsanlagen.

Schaubild 6

# Verbleib der Abfälle im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1980 bis 1987 nach Abfallhauptgruppen.



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

232 90

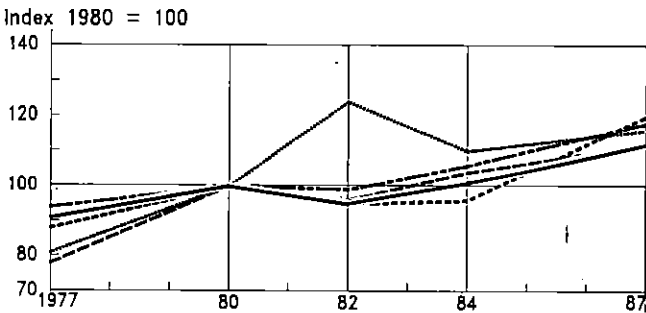
an Abfall- und Reststoffen angefallen (Schaubild 6) aber in den 80er Jahren. Die zahlenmäßige Zunahme beruht zum größten Teil auf einer Zunahme der Reststoffmengen und wohl auch auf einer verbesserten statistischen Erfassung des Stoffrecycling: Die Zunahme von Sonderabfällen zu einem Drittel, von hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen zur Hälfte, von Produktionsschlämmen überwiegend und von festen wie von inerten Produktionsabfällen nahezu vollständig. Der verstärkte Anfall von Abfall- und Reststoffen hat insofern nur zum kleineren Teil zu einer vermehrten Inanspruchnahme der vorhandenen Entsorgungskapazitäten geführt. So wurden in den 80er Jahren Hausmüllentsorgungsanlagen verstärkt zur Entsorgung von Produktionsschlämmen (+ 125 000 t) und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen (+ 70 000 t) angefahren. Mehr Entsorgungskapazität wurde auch durch Sonderabfälle beansprucht. Gegenüber 1980 wurden auf Sonderabfallentsorgungsanlagen etwa zusätzlich 140 000 Tonnen beseitigt.

Während der das Mengengerüst dominierende Erdaushub und Bauschutt eine sprunghafte Entwicklung aufweist, ist bei den anderen Abfällen ein eher stetiges Wachstum zu beobachten. Dabei fällt auf, daß die verschiedenen Abfallkategorien während des gesamten Untersuchungszeitraums einen gleichgerichteten Verlauf nehmen. Nach einer starken Zunahme Ende der 70er Jahre kam es zu Beginn der 80er Jahre zu einer leichten Verringerung der Abfallmengen, der dann in den Jahren 1983 und danach eine stärkere Zunahme folgte. Über den gesamten Zeitraum kam es zu einer Steigerung der jährlich entstehenden Abfall- und Reststoffmengen zwischen 25 % (für hausmüllähnliche Gewerbeabfälle) und 53 % (für Sonderabfälle). Wegen unvermeidlicher Umstellungen in Erhebungsmethode und Abfallartenkatalog sind die Ergebnisse für 1977 jedoch nur bedingt mit den Ergebnissen der nachfolgenden Erhebungen vergleichbar. Aus diesem Grund wurde als Basisjahr für die weitere Untersuchung das Jahr 1980 gewählt.

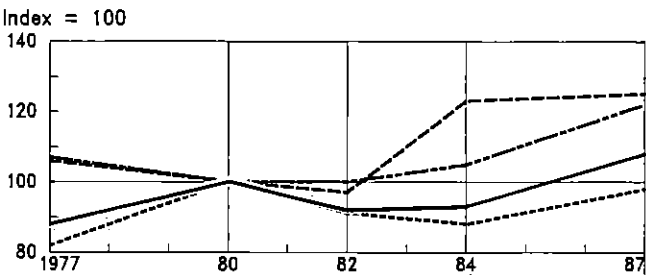
Zusammenhang zwischen Abfallaufkommen und Produktion Im Verarbeitenden Gewerbe 1977 bis 1987

- Nettoproduktionsindex
- Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle
- Feste Produktionsabfälle
- Sonderabfälle
- Produktionsschlämme

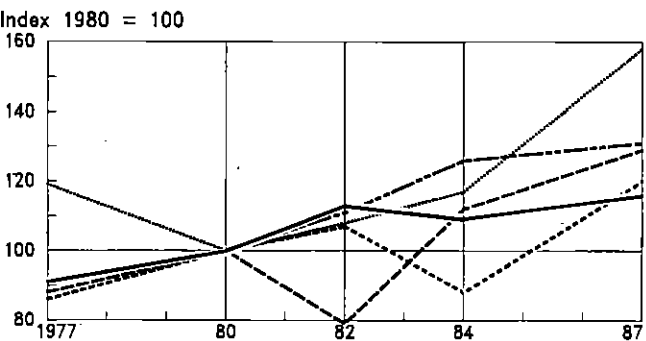
Verarbeitendes Gewerbe



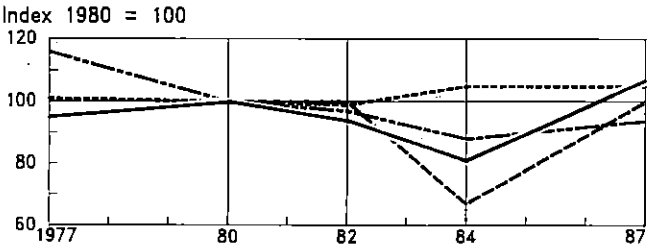
Maschinenbau



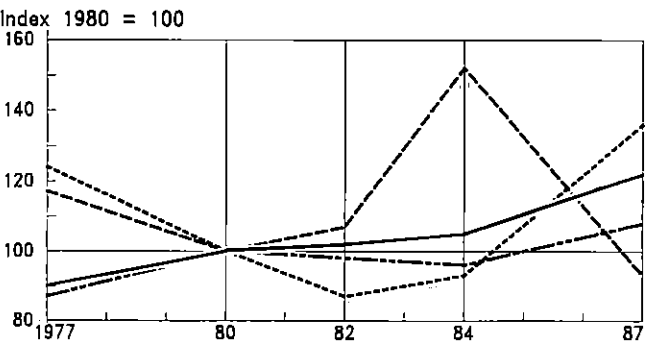
Chemische Industrie



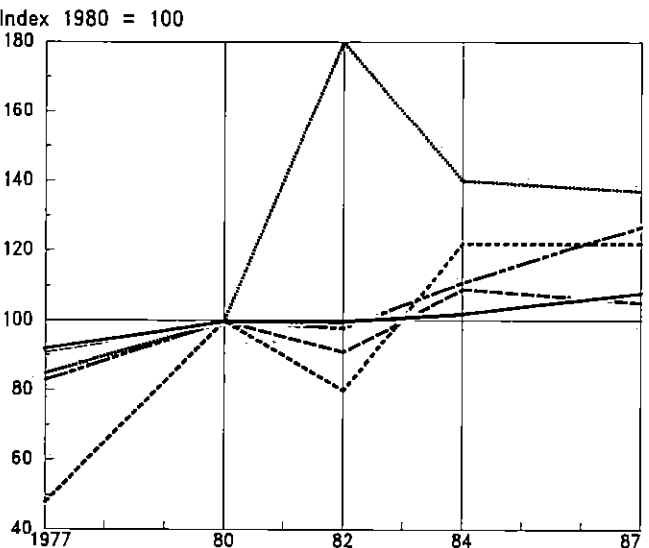
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung



Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.



Ernährungsgewerbe



Die Entwicklung der Abfallmengen zeigt für die verschiedenen Kategorien nicht nur bezüglich der Richtung, sondern auch hinsichtlich der Intensität, mit der sich diese Entwicklungen vollziehen, eine nicht zu übersehende Ähnlichkeit mit der Konjunkturentwicklung. Dies gilt im Prinzip auch für Produktionsschlämme und Sonderabfälle, die aufgrund von Sondereinflüssen zeitweilig einen anderen Verlauf nehmen. Daraus kann geschlossen werden, daß die technologisch teilweise sehr unterschiedlichen Voraussetzungen der Abfallentstehung überlagert und weitgehend dominiert werden von Einflüssen, denen alle Abfälle gemeinsam unterliegen.

Schaubild 7 zeigt den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Konjunktur und der Entstehung von hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen, festen Produktionsabfällen, Schlämmen und Sonderabfällen. Bei allgemeinen Produktionsabfällen wie Bodenaushub und Bauschutt ist der Zusammenhang naturgemäß schwächer, bei inerten Abfällen wegen der niedrigen Fallzahl zufälligen Schwankungen ausgesetzt. Auf ihre nähere Untersuchung wird deshalb verzichtet. Bei hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen und festen Produktionsabfällen zeigt sich eine Konjunkturabhängigkeit deutlich, während bei Produktionsschlämmen und Sonderabfällen wegen der schon erwähnten Konzentration der Abfallmengen auf wenige Betriebe größere Ausschläge den an sich gegebenen Zusammenhang optisch stören.

Wie die Abbildungen für das Ernährungsgewerbe, die Chemische Industrie, den Fahrzeugbau, Maschinenbau, das Ernährungsgewerbe und für Ziehereien anschaulich machen, ist ein konjunktureller Einfluß auch für die meisten Branchen gegeben, obwohl sich dort auch Sonderentwicklungen leichter in Schwankungen um den Trend bemerkbar machen (können). Produktionsschlämme spielen bei den ausgewählten Branchen nur bei der Chemie und dem Ernährungsgewerbe eine grössere Rolle. Ihre Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung ist deutlich schwächer ausgeprägt als bei anderen Abfällen.

## Aktuelle Tendenzen

Die oben dargestellten abfallwirtschaftlichen Größen stehen vielfach untereinander in Beziehung, werden durch externe Einflüsse wie die Bevölkerungs- oder Wirtschaftsentwicklung beeinflusst oder beides. Aus der Zusammenschau solcher Tendenzen können Szenarien für die künftige Entwicklung der abfallwirtschaftlichen Komponenten Baden-Württembergs aufgebaut werden.

### - Siedlungsabfälle -

Ein Beziehungsgeflecht von z.T. gegenläufigen Einflußgrößen ist für die Entwicklung von Siedlungsabfällen verantwortlich, die insgesamt seit Jahren einen leicht fallenden Trend aufweist. Neben dem erreichten Wohlstandsniveau ist die Bevölkerungszahl die wichtigste Basisgröße für die weitere Entwicklung. Vor allem aufgrund von deutlichen Wanderungsgewinnen wächst sie seit 1987 um jährlich ein Prozent. Nicht zu unterschätzende Impulse für das Müllwachstum gehen auch von der Einführung größerer Mülltonnen aus. Zwecks Senkung der Betriebskosten stellen vielerorts die für die Müllabfuhr zuständigen Gemeinden auf größere Müllbehälter um. Das bereitgestellte Behältervolumen ist von daher in den 80er Jahren um jährlich 1,5 % gestiegen. Je Einwohner sind große Müllmengen vor allem in den Gemeinden mit großen Mülltonnen zu entsorgen<sup>9</sup>.

---

<sup>9</sup> Der Zusammenhang zwischen Behältergröße und Abfallmenge ist in Baden-Württemberg eng. Die Müllmenge je Einwohner ist in Gemeinden mit großzügig bereitgestelltem Behältervolumen signifikant höher als in anderen Gemeinden: bei einem Behältervolumen von 2,6 bis 3,0 m<sup>3</sup> liegt beispielsweise der Mittelwert für die insgesamt von der Müllabfuhr abgeholte Menge - also einschließlich Sperrmüll - je Einwohner mit jährlich 337 kg um die Hälfte höher als in Gemeinden mit einem Volumen von 1,1 bis 1,5. Die Korrelationsziffer beträgt 0,56 und ist damit vergleichsweise hoch.

Mengensteigernde Impulse auf die Müllabfuhr dürften per Saldo auch von Gewerbebetrieben ausgehen. Zwar gehen die Betriebe des Produzierenden Gewerbes - wohl als kostengünstigere Alternative - zunehmend dazu über, ihre Abfälle selbst zur Hausmülldeponie zu fahren. Sie entlasteten die kommunale Müllabfuhr seit 1980 um insgesamt 100 000 Tonnen. Die Tendenzen für Handels- und Dienstleistungsbetriebe dürften aber in Folge von Wirtschaftswachstum und zunehmender Verpackungsintensität entgegengesetzt verlaufen und die vom Produzierenden Gewerbe ausgehende Entlastung überkompensieren.

Während die verstärkte Selbstanlieferung durch das Produzierende Gewerbe lediglich eine Verlagerung bei gegebenem Müllaufkommen darstellt, geht von den immer intensiver durchgeführten Wertstoffsammlungen ein wirksamer Entlastungseffekt aus. Methodisch abgesicherte Vergleichszahlen hierzu stehen erst mit den Ergebnissen für 1990 zur Verfügung. Von 1986 bis 1987 dürfte aber landesweit eine Entlastung um etwa 90 000 Tonnen erreicht worden sein. Nachdem bereits etwa 40 % an Altglas und Altpapier erfaßt sind - ist ein weiteres Wertstoffpotential, vor allem in Grünabfällen zu sehen.

Eine zusätzliche Entlastung wird auch von der Verpflichtung des Handels zur Rücknahme von Verpackungsmüll ausgehen, die vom Bundesumweltminister auf Veranlassung Baden-Württembergs geplant ist. 20 bis 30 % des Hausmülls sind davon betroffen. Tendenzen zur Verringerung der Hausmüllmengen sind desweiteren von der Umstellung der Gebührenrentarife zu erwarten. Eine Größenordnung hierfür läßt sich kaum angeben. Insgesamt ist davon auszugehen, daß die im Rahmen der Müllabfuhr eingesammelten Mengen an Haus- und Gewerbemüll auch künftig leicht abnehmen werden.

#### - Kommunale Klärschlämme -

Die weitere Entwicklung für kommunale Klärschlämme ist vorgezeichnet. Bevölkerungswachstum, Kläranlagenausbau und auch eine weitere Steigerung der Reinigungsleistung bewirken immer

größere Klärschlammengen. Wegen der Schwermetallgehalte im Klärschlamm gibt es künftig keine Alternative zur Entsorgung. Im Entwurf zur Klärschlammnovelle sind auch Vorsorgewerte für organische Schadstoffe vorgesehen. Dies bedeutet eine weitere Erschwerung für die Verwertung. Bezogen auf Trockenmasse gehen 65 % der kommunalen Klärschlämme auf Deponien, 16 % werden verbrannt; nur noch knapp 20 % wurden 1987 in der Landwirtschaft verwertet.

#### - Betriebs- und Produktionsabfälle -

Abfallmengen aus dem Produzierenden Gewerbe und ebenso hausmüllähnliche Gewerbeabfälle aus Handels- und Dienstleistungsbetrieben reagieren stark auf Konjunkturschwankungen. Das für 1990 und auch die kommenden Jahre prognostizierte Wirtschaftswachstum wird insofern dazu beitragen, daß Abfall- und Reststoffmengen weiter zunehmen, wenn es nicht gelingt, die Entstehung von Abfällen von der Wirtschaftsentwicklung abzukoppeln. Ein mengenwirksamer Einstieg in die Abfallvermeidung war 1987 noch nicht zu beobachten. Eine Eingrenzung des Müllwachstums ist damit am ehesten durch spezielle Behandlungs- und Verwertungsmaßnahmen zu erreichen, wie dies beispielsweise für die thermische Behandlung von Gießereialtsanden in Aussicht steht.

Die geplante Verpflichtung des Handels zur Rücknahme von Verpackungen zielt im Kern auf die Verringerung von Hausmüll, kann aber bei geeigneter Abfassung der noch ausstehenden Verordnung auch zu einer erheblichen Reduzierung der hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle beitragen.

Konsequenzen hat auch die Erweiterung des Katalogs an Sonderabfällen. 225 000 Tonnen an festen Produktionsabfällen oder -schlämmen, die bisher auf öffentlichen Hausmüllentsorgungsanlagen deponiert wurden, sind dann daraufhin zu untersuchen, ob sie als Sonderabfall entsorgt werden müssen. Man darf davon ausgehen, daß die Verteuerung der Entsorgungskosten dazu beiträgt, die Sonderabfallmengen einzudämmen. Das Beispiel der industriellen Wasserwirtschaft - trotz Wirtschaftswachstum sinkt

Tabelle 11

Sonderabfall- und Reststoffmengen in Baden-Württemberg 1987

- Auswirkung der Abfallbestimmungs- und der Reststoffbestimmungsverordnung vom 3. April 1990 -

Abfallart	1987 entsorgte Mengen	Davon				stoffliche Verwertung
		Hausmüll- entsorgungs- anlagen	Sonder- abfall- u.a. Ent- sorgungs- anlagen	in betriebseigenen Anlagen		
				beseitigt	thermisch genutzt	
1000 t						
1. Sonderabfälle und stoffgleiche Reststoffe nach dem Katalog der amtlichen Statistik	550,8	30,6	337,3	8,8	23,2	150,9
davon im Katalog der AbfBestV und der RestbestV						
1.1 nicht enthalten	51,8	12,3	14,9	0,1	0,1	24,0
1.2 enthalten	499,0	18,3	322,4	8,7	23,1	126,9
darunter						
2212 Salzschlacken	21,2	-	12,9	-	-	8,3
2561 Flugschlacken und Stäube aus MVA	20,3	0	6,7	-	-	(13,5)
5591 Bohr- und Schleiföl- emulsion	38,2	-	33,4	-	0,4	4,4
6690 Lack- und Farbschlamm	31,0	0,2	30,0	-	0	0,7
4140 Galvanikschlämme	25,4	-	22,9	0,2	-	2,4
4190						
5230 Altöl	31,8	-	7,0	-	1,0	23,7
5660 Öl- und Benzinabscheider- inhalte, Schlamm aus Öl- trennanlagen, ...	46,0	-	22,7	-	20,8	2,5
3060 Öl- oder sonstig verunrei- nigte Böden	74,7	1,0	72,2	1,3	-	0,1
2. Sonderabfälle und stoffgleiche Reststoffe, die gemäß AbfBestV und RestbestV neu in den Katalog der Sonderabfälle aufzunehmen sind	1 557,3	206,4	60,3	(117,5)	726,7	446,3
darunter						
0233 Spül- und Waschwasser	13,3	-	13,3	-	-	-
1910 Ofenausbruch aus metall- lurgischen Prozessen	6,7	1,2	-	5,5	-	-
2110 Schlacken aus NE-Metall- schmelzen	12,2	6,4	-	4,4	-	1,3
2913 Glas- und Keramikabfälle, ... mit prod.spez. Bei- mengungen	9,4	4,4	0,2	-	-	4,9
3343 Gipsschlamm, Kalkschlamm, verunreinigt	104,6	0,8	4,3	(63,4)	-	36,0
3610 NE-Metallabfälle	92,7	0,1	-	-	-	92,6
4930 Sulfitablauge, Hypochlo- rit-Ablauge	837,2	-	-	-	673,1	164,1
9361 Schlämme aus industrieller Abwasserreinigung	460,6	185,6	30,8	43,8	53,5	147,0
x Shredderrückstände	.	.	.	.	.	.
x Industriekehricht	.	.	.	.	.	.
x Deponiesickerwasser	.	.	.	.	.	.
x Flüssige Abfälle aus der thermischen Abfallbehandlung	.	.	.	.	.	.
3. Sonderabfälle und stoffgleiche Reststoffe gemäß AbfBestV und RestbestV, soweit 1987 in der amtlichen Statistik erfaßt (= 1.2 + 2)	2 056,3	224,7	382,7	(126,2)	749,8	573,2

der Wasserbedarf seit Jahren - zeigt, daß durch eine wirksame Kombination zwischen Auflagen, Abgaben und Erhöhung der Entsorgungskosten die Abfallentstehung von der Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt und Umweltbeeinträchtigungen so auf ein vertretbares Maß zurückgeführt werden können.

#### - Sonderabfälle -

Das Mengengerüst wird sich nach Inkrafttreten der Abfallbestimmungs- und der Reststoffbestimmungsverordnung zum 1.10. 1990 deutlich verschieben. Durch Zuordnung von 25 weiteren Abfallarten wird die Gruppe der Sonderabfälle nach der Systematik der amtlichen Statistik auf dann 144 Sonderabfallarten steigen (Tabelle 11). Darunter befinden sich auch Abfallarten (wie z.B. Shredderabfälle), für die bislang keine Angaben vorliegen, bei denen aber mit großen Mengen zu rechnen ist. Insbesondere wegen der auffallend hohen Mengen an Sulfitablaugen und Schlämmen aus der industriellen Abwasserreinigung summieren sich die neuen Sonderabfälle und stoffgleichen Reststoffe zu einem Aufkommen von 1,6 Mio Tonnen. Obwohl diese Menge weit überwiegend (1987 zu 75 %) stofflich oder thermisch genutzt wird, kann dies bedeuten, daß nach Inkrafttreten der genannten Verordnungen die Menge der besonders überwachungsbedürftigen Abfälle erheblich steigen wird, wenn diese Entwicklung nicht durch Vermeidungseffekte kompensiert wird. Nach den Ergebnissen von 1987 zu schließen, wird auf Sonderabfallentsorgungsanlagen zusätzlich eine Menge von etwa 50 000 Tonnen zukommen.

Während bislang nach Angaben der Betriebe aus dem Produzierenden Gewerbe 141 000 Tonnen als Sonderabfälle gem. § 2 Abs. 2 AbfG (Sonderabfälle im engeren Sinne) über Begleitscheine zu erfassen waren, steigt diese Menge nach Inkrafttreten der Verordnung möglicherweise um ein mehrfaches an.

#### Zusammenfassung

- Die Abfallwirtschaftspolitik muß mit statistischen Daten arbeiten, die für einige zentrale Fragen keine Entscheidungshilfen anbieten können. Dies liegt weniger an der Datenqualität als an den Rechtsgrundlagen, welche gewisse zeitliche und inhaltliche Lücken vorschreiben. Wegen der Komplexität des Abfallgeschehens erfordern auch die statistischen Ergebnisse eine intensive Interpretation.
- Die Abfallbilanz Baden-Württembergs weist sehr unterschiedliche Quantitäten aus. Neben den jährlich entstehenden Massen an Bodenaushub und Bauschutt - 1987 waren es 28 Mio. Tonnen - nimmt sich das Aufkommen an Hausmüll, Sperrmüll und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen mit knapp 5 Mio. Tonnen vergleichsweise gering aus. Produktionsabfälle verschiedener Art summieren sich zu immerhin 10 Mio. Tonnen.
- Die verschiedenen Entsorgungswege werden mehr oder weniger stark durch Bodenaushub und Bauschutt dominiert: Erddeponien fast vollständig, betriebseigene Deponien weit überwiegend, Hausmülldeponien zu 40 %. Auch Maßnahmen für den Landschaftsbau beziehen das Material aus Bodenaushub und Bauschutt.
- Nicht nur wegen der erheblichen Mengen an Bodenaushub und Bauschutt werden die einzelnen Entsorgungswege unterschiedlich stark beansprucht. Im Regelfall wird die Hausmüllentsorgungsanlage angefahren (mit jährlich 9,9 Mio. Tonnen), speziell für Bodenaushub und Bauschutt stehen entsprechend ausgestattete Deponien bereit (16 Mio. Tonnen) und in ausdrücklich genehmigten Fällen werden Abfälle in Anlagen des Produzierenden Gewerbes entsorgt (4 Mio. Tonnen). Die verschiedenen Wege der Sonderabfallentsorgung gehen 0,5 Mio. Tonnen.
- Die Kapazität von Hausmüllentsorgungsanlagen wird weit überwiegend

durch Gewerbebetriebe in Anspruch genommen. Knapp zwei Drittel der rund 10 Mio Tonnen, die jährlich in Hausmüllentsorgungsanlagen entsorgt werden, stammen aus dem Produzierenden Gewerbe. Hinzu kommen haumüllähnliche Gewerbeabfälle, die von Gewerbebetrieben außerhalb des Produzierenden Gewerbes entweder selbst (ca. 1 Mio Tonnen) oder durch die Müllabfuhr abgefahren werden. Über die öffentliche Müllabfuhr entsorgte Abfälle beanspruchen mit 2,6 Mio Tonnen Hausmüllentsorgungsanlagen nur zum kleineren Teil.

- Hausmüllentsorgungsanlagen werden zu 40 % durch Bodenaushub und Bauschutt in Anspruch genommen. Durch Betriebe selbst angelieferte haumüllähnliche Gewerbeabfälle und Produktionsabfälle sowie durch die öffentliche Müllabfuhr angelieferte Mengen halten sich mit jeweils einem Viertel die Waage. Der Rest entfällt auf kommunalen Klärschlamm und andere Abfälle. Die Hausmülldeponie ist mit 92 % der entsorgten Abfälle der dominierende Entsorgungsweg.
- Das Interesse an der Entsorgung in betriebseigenen Anlagen konzentriert sich derzeit auf die thermische Nutzung von Reststoffen. Bei den 1,2 Mio. Tonnen Abfällen, die 1987 in Feuerungsanlagen des Produzierenden Gewerbes verbrannt wurden, handelt es sich im wesentlichen um Holzabfälle und Sulfita-blaugen.
- Bei einer Recyclingquote von durchschnittlich 50 % über alle Abfallarten (außer Erdaushub) haben gerade Massenabfälle wie Bauschutt, haumüllähnliche Gewerbeabfälle, Gießereialsande oder metallurgische Schlacken mit Quoten meist unter 10 % sehr ungünstige Voraussetzungen für eine Wiederverwertung. Diese Abfälle machen knapp die Hälfte der Produktions- und Gewerbeabfälle aus.
- Die Verwertungsquoten streuen zwischen 10 % (bei Gießereien) und fast 100 % (in der Holzbearbeitung) aufgrund der jeweiligen Abfallstruktur erheblich.

- Im Jahr 1987 hatte fast jeder Bürger die Möglichkeit, sich an der getrennten Sammlung von Wertstoffen zu beteiligen. Dies gilt in erster Linie für Altpapier und Altglas, mit Einschränkung auch für Altmetall. Das Angebot zur Sammlung von Grünabfällen weist noch erhebliche Lücken auf. Sammelsysteme für Textilien und Kunststoffe werden in Pilotprojekten erprobt.
- Die ergiebigste Sammelform ist die Grüne Tonne. Mit 55 Kilogramm je Einwohner und Jahr ist ihr Sammelergebnis gut doppelt so hoch wie das von Depot-Containern und Abholaktionen.
- Mit der getrennten Wertstoff-Sammlung wurden 1987 jeweils 40 % der ansonsten im Hausmüll auftretenden Altpapier und Altglasmengen, Altglas zu gut einem Drittel erfaßt. Mit einer Erhöhung der Containerdichte, Ausdehnung des Angebots an Grünen Tonnen und intensivierten Sammlung auch von Grünabfällen können die Sammelergebnisse deutlich gesteigert werden.
- Die Zunahme der Abfall- und Reststoffmengen im Verlauf der 80er Jahre erweist sich im Kern als Folge des Wirtschaftswachstums. Eine vermehrte Inanspruchnahme der knappen Entsorgungskapazitäten konnte durch Intensivierung des Stoffrecycling zum Teil vermieden werden.
- Während die Steigerungstendenzen für Gewerbeabfälle, kommunale Klärschlämme, Asche und Schlacken und verunreinigtes Erdreich weiter anhalten, hat sich der Anlieferungsdruck auf die vorhandenen Kapazitäten der Hausmüllentsorgungsanlagen wegen anderweitiger Unterbringung von Erdaushub und Bauschutt seit 1984 landesweit gesehen nicht weiter verschärft. Nach der Intensivierung der getrennten Sammlungen verwertbarer Bestandteile gehen die angelieferten Mengen an Haus- und Sperrmüll leicht zurück.
- Sonderabfälle sollen künftig möglichst vermieden oder doch weitgehend einer stofflichen bzw. ther-



mischen Verwertung zugeführt werden. Die Recyclingquote lag 1987 bei 27 %. Ansatzpunkte für eine Steigerung des Verwertungsanteils bieten Abfallarten mit hohem Aufkommen und niedriger Recyclingquote wie Bohr- und Schleifölemulsionen, Farb- und Lackschlämme, Galvanikschlämme oder Salzschlacken.

- Eine Steigerung der Verwertungsquote ist allein schon erforderlich, um einen weiteren Anstieg der Sonderabfallmenge zu verhindern. Nach der Abfallbestimmungsverordnung wird der Katalog der Sonderabfallarten erheblich erweitert. In diesem Zuge kann die als Sonderfälle zu entsorgende Abfallmenge um bis zu einem Drittel zunehmen.

# Anhang



Seitens des Statistischen Landesamtes waren an der Erstellung des Berichts folgende wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligt:

Dipl.Volkswirt Roland Brecht

Dipl.Volkswirt Reinhard Burkard

Dr. Ingrid Fügel-Waverijn

Dr. Manfred Hilzenbecher

Dipl.-Ökon.'in Ulrike März

Dr. Ilse Anette Walter



Tabelle 1

**Arbeitsstätten und Beschäftigte in unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen und ausgewählten Wirtschaftsbereichen im Bundesgebiet 1970 und 1987\*).**

Wirtschafts- gliederung	Nr. der Systematik <sup>1)</sup>	Arbeitsstätten					Beschäftigte				
		1987 insgesamt	Veränderung 1987 gegen 1970		Anteile		1987 insgesamt	Veränderung 1987 gegen 1970		Anteile	
					1987	1970				1987	1970
		Anzahl		%			Anzahl		%		
Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung	781	80 809	+ 39 613	+ 96,2	32,6	38,5	401 398	+ 199 429	+ 98,7	28,8	38,3
Technische Beratung und Planung	784	68 754	+ 30 756	+ 80,9	27,8	35,5	311 743	+ 127 105	+ 68,8	22,4	35,0
Werbung	787	29 221	+ 16 381	+ 127,6	11,8	12,0	105 493	+ 57 561	+ 120,1	7,6	9,1
Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	789	57 397	+ 49 008	+ 584,2	23,2	7,8	531 852	+ 460 938	+ 650,0	38,2	13,4
Vermietung beweglicher Sachen	791	11 366	+ 4 816	+ 73,5	4,6	6,1	42 934	+ 20 753	+ 93,6	3,1	4,2
<b>zusammen</b>	<b>781-791</b>	<b>247 547</b>	<b>+ 140 574</b>	<b>+ 131,4</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>1 393 420</b>	<b>+ 865 786</b>	<b>+ 164,1</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Produzierendes Gewerbe	1-3	553 133	- 63 902	- 10,4	21,4	26,1	10 592 350	- 2 271 753	- 17,7	39,3	52,7
Dienstleistungen darunter: Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	4-9 7	1 999 108	+ 349 784	+ 21,2	77,4	72,2	16 229 439	+ 4 782 696	+ 41,8	60,2	46,9
<b>Insgesamt</b>	<b>0-9</b>	<b>2 581 203</b>	<b>+ 295 856</b>	<b>+ 13,0</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>26 959 015</b>	<b>+ 2 561 413</b>	<b>+ 10,6</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

\*.) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987. – 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

Tabelle 2

**Arbeitsstätten in unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen im Bundesgebiet 1987\*)  
nach Beschäftigtengrößenklassen**

Wirtschafts- gliederung	Nr. der Syste- matik <sup>1)</sup>	Arbeitsstätten							
		insgesamt	Be- schäf- tigte je Arbeits- stätte	davon mit ... bis ... Beschäftigten					
				1	2 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 und mehr
				Anzahl		%			
Rechts-, Steuerberatung, Wirt- schaftsprüfung und -beratung	781	80 809	5	26,5	38,4	22,8	10,0	2,0	0,3
– Rechtsberatung	781 1	27 411	5	17,9	41,5	27,3	11,2	2,0	0,1
– Steuerberatung	781 4	29 385	6	17,1	35,8	30,8	14,1	2,2	0,1
– Wirtschaftsprüfung, wirtschaft- liche Unternehmens- und son- stige Wirtschaftsberatung	781 7, 781 9	24 013	4	47,9	38,0	7,9	3,8	1,8	0,7
Technische Beratung und Planung	784	68 754	5	35,5	44,3	13,6	4,4	1,6	0,6
– Architekturbüros	784 1	27 108	3	34,1	48,3	13,9	3,0	0,7	0,1
– Büros beratender Ingenieure	784 3	39 977	5	37,2	41,9	12,9	4,9	2,1	0,9
– Vermessungsbüros, chemische, chemotechnische und physi- kalische Laboratorien	784 5, 784 7	1 669	9	18,3	34,8	23,4	14,8	7,4	1,3
Werbung	787	29 221	4	51,6	35,4	8,2	2,9	1,4	0,6
Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	789	57 397	9	50,8	31,3	7,7	4,0	3,3	2,9
– Datenverarbeitung	789 2	20 279	5	47,6	35,4	9,1	4,1	2,5	1,3
– Auskunfts-, Schreib- und Überset- zungsbüros, Stellenvermittlung	789 7	12 138	6	67,0	20,8	3,2	2,4	3,7	2,8
– Vermögensverwaltung, sonstige Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	789 3, 789 9	15 660	17	42,0	35,5	9,3	4,9	3,8	4,5
– Markt- und Meinungsforschung, Organisationsberatung, Korre- spondenzbüros u.ä., selbst. Journa- listen, Ausstellungs-, Messe-u.ä. Einrichtungen, Grundst., Gebäude- und Fahrzeugbewachung, Abfüll- und Verpackungsgewerbe	789 1, 789 4 bis 789 6, 789 8	9 320	10	51,2	28,9	7,8	4,3	3,8	4,0
Vermietung beweglicher Sachen	791	11 366	4	41,3	42,7	10,2	3,6	1,6	0,6
– Vermietung von land- und bauwirt- schaftlichen Maschinen und Geräten, sonstigen Fahrzeugen, Containern	791 1, 791 2, 791 6	3 315	4	43,2	41,8	8,5	3,7	2,2	0,6
– Vermietung von Kfz. an Selbstfahrer	791 5	3 849	3	39,2	44,7	11,6	3,5	0,7	0,3
– Übrige Vermietung beweglicher Sachen	791 3, 791 7-9	4 202	4	41,7	41,5	10,2	3,6	2,1	0,9
zusammen	781-791	247 547	6	38,3	38,2	14,4	5,9	2,1	1,0
Dienstleistungen, soweit von Unter- nehmen und freien Berufen erbracht	7	858 667	6	28,6	44,7	19,1	5,1	1,6	0,9
Insgesamt	0-9	2 581 203	10	25,2	40,2	19,2	8,2	4,4	2,8

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. – 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

Tabelle 3

**Beschäftigte in unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen im Bundesgebiet 1987\*)**  
**nach der Stellung im Betrieb**

Wirtschafts- gliederung	Nr. der Syste- matik <sup>1)</sup>	Beschäftigte			Von den Beschäftigten sind						
		insgesamt	und zwar		Tätige Inhaber		Arbeitnehmer		Von den Arbeit- nehmern sind		
			Frauen	Teil- zeitbe- schäf- tigte	zusammen	dar- unter Frauen	zusammen	dar- unter Frauen	Ange- stellte	Ar- beiter	Auszu- bil- dende
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%						
Rechts-, Steuerberatung, Wirt- schaftsprüfung und -beratung	781	401 398	57,9	24,1	86 890	16,4	307 856	69,2	78,0	7,1	14,9
– Rechtsberatung	781 1	141 422	61,7	23,0	38 408	10,0	100 748	81,0	70,8	6,8	22,4
– Steuerberatung	781 4	166 295	64,4	27,5	29 450	20,7	134 872	73,7	78,5	6,4	15,1
– Wirtschaftsprüfung, wirtschaft- liche Unternehmens- und son- stige Wirtschaftsberatung	781 7, 781 9	93 681	40,6	19,6	19 032	22,9	72 236	44,4	86,9	9,0	4,0
Technische Beratung und Planung	784	311 743	31,0	15,6	66 670	7,9	233 389	35,1	82,7	11,7	5,6
– Architekturbüros	784 1	84 409	36,3	19,3	29 355	6,6	50 013	48,9	81,2	8,4	10,4
– Büros beratender Ingenieure	784 3	212 758	28,9	14,1	35 807	8,8	170 565	31,3	83,8	12,2	4,1
– Vermessungsbüros, chemische, chemotechnische und physi- kalische Laboratorien	784 5, 784 7	14 576	29,7	15,3	1 508	9,0	12 811	31,3	74,1	18,6	7,2
Werbung	787	105 493	45,0	30,0	26 257	29,8	75 793	49,4	55,9	38,3	5,9
Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	789	531 852	36,3	15,1	41 432	37,2	485 099	35,9	65,4	31,2	3,3
– Datenverarbeitung	789 2	100 590	33,0	15,4	15 563	27,0	82 783	33,6	89,7	6,7	3,6
– Auskunfts-, Schreib- und Überset- zungsbüros, Stellenvermittlung	789 7	68 725	37,2	9,8	11 033	65,2	56 652	31,5	33,0	65,8	1,2
– Vermögensverwaltung, sonstige Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	789 3, 789 9	269 567	40,8	12,0	7 418	25,1	261 118	41,1	76,9	18,8	4,3
– Markt- und Meinungsforschung, Organisationsberatung, Korre- spondenzbüros u.ä., selbst. Journa- listen, Ausstellungs-, Messe-u.ä. Einrichtungen, Grundst., Gebäude- und Fahrzeugbewachung, Abfüll- und Verpackungsgewerbe	789 1, 789 4 789 6, 789 8	92 970	26,0	27,5	7 418	29,3	84 546	25,2	28,0	70,6	1,4
Vermietung beweglicher Sachen	791	42 934	36,1	15,4	9 619	31,3	30 924	36,4	54,5	43,4	2,1
– Vermietung von land- und bauwirt- schaftlichen Maschinen und Geräten, sonstigen Fahrzeugen, Containern	791 1, 791 2, 791 6	11 994	25,5	11,7	2 899	30,6	8 318	21,1	44,7	53,4	1,9
– Vermietung von Kfz. an Selbstfahrer	791 5	12 702	39,5	16,4	3 045	37,3	8 909	39,2	74,7	22,7	2,6
– Übrige Vermietung beweglicher Sachen	791 3, 791 7-9	18 238	40,6	17,2	3 675	26,7	13 697	43,9	47,4	50,7	1,8
zusammen	781-791	1 393 420	42,0	18,9	230 868	19,8	1 133 061	45,7	71,5	21,5	7,1
Dienstleistungen, soweit von Unter- nehmen und freien Berufen erbracht	7	4 784 898	56,9	30,2	823 493	33,9	3 761 165	61,5	49,4	42,2	8,5
Insgesamt		26 969 015	40,0	16,3	2 035 232	28,8	24 448 240	40,4	49,4	43,6	7,1

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. – 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.



Tabelle 4

**Frauen- und Teilzeitbeschäftigung in unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen im Bundesgebiet 1970 und 1987\*)**

Wirtschafts- gliederung	Nr. der Systematik <sup>1)</sup>	Beschäftigte									
		1987			1970			Veränderung 1987 gegen 1970			
		insgesamt	und zwar		insgesamt	und zwar		Frauen		Teilzeit- beschäftigte	
			Frauen	Teilzeit- beschäftigte		Frauen	Teilzeit- beschäftigte				
		1000	%		1000	%		1000	%	1000	%
Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung	781	401 398	57,9	24,1	201 969	53,6	14,4	+ 124 002	+ 114,4	+ 67 655	+ 232,9
Technische Beratung und Planung	784	311 743	31,0	16,6	184 638	28,2	8,5	+ 44 530	+ 85,6	+ 32 796	+ 209,1
Werbung	787	105 493	45,0	30,0	47 932	41,8	12,2	+ 27 403	+ 136,6	+ 25 774	+ 442,5
Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	789	531 852	36,3	15,1	70 914	38,0	14,3	+ 165 864	+ 615,5	+ 69 926	+ 687,6
Vermietung beweglicher Sachen	791	42 934	36,1	15,4	22 181	30,5	8,2	+ 8 716	+ 128,7	+ 4 807	+ 263,5
zusammen	781-791	1 393 420	42,0	18,9	527 634	40,6	11,9	+ 370 515	+ 173,0	+ 200 958	+ 321,3
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	7	4 784 898	56,9	30,2	2 446 008	56,8	14,8	+ 1 332 319	+ 95,9	+ 1 082 741	+ 298,6
<b>Insgesamt</b>	<b>0-9</b>	<b>26 959 015</b>	<b>40,0</b>	<b>16,3</b>	<b>24 397 602</b>	<b>34,8</b>	<b>7,8</b>	<b>+ 2 289 953</b>	<b>+ 27,0</b>	<b>+ 2 495 411</b>	<b>+ 130,8</b>

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987. – 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

## Methodische Erläuterungen

### Zur statistischen Abgrenzung

Die wirtschaftliche Bedeutung des Kunst- und Kulturbereichs in Baden-Württemberg wurde in erster Linie anhand der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 aufgezeigt. Ergänzend hierzu wurden die Umsätze im Kulturbereich herangezogen (Umsatzsteuerstatistik). Entsprechend der verfügbaren Datenbasis beider Statistiken - in der Untergliederung nach Wirtschaftszweigen - konnten drei Gebiete, die eigentlich dem kulturellen Kernbereich zuzurechnen sind, nicht berücksichtigt werden. Zum einen handelt es sich um den Denkmalschutz und um die sonstige Kunst- und Kulturpflege/Kulturverwaltung, da diesbezügliche Daten in Sammelpositionen der Unterabteilung "Gebietskörperschaften" enthalten sind und nicht herausgefiltert werden konnten. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedeutung - gemessen am Merkmal Beschäftigte - haben jedoch diese Verwaltungsbereiche nur ein minimales Gewicht. Im Gutachten des Ifo-Instituts wurde der Anteil beider Positionen an den Beschäftigten im kulturellen Kernbereich in der Bundesrepublik insgesamt auf 2,6 % beziffert<sup>1</sup>. Der vorliegende Beitrag enthält jedoch sowohl den Denkmalschutz als auch die sonstige Kunst- und Kulturpflege/Kulturverwaltung in der Darstellung der öffentlichen Kulturausgaben und der Kulturbeschäftigten im öffentlichen Dienst (öffentliche Finanzstatistik). Zum anderen handelt es sich um das Vereinswesen (z.B. Kunst-, Gesang-, Sport- und Heimatvereine) und um Verbände und Gesellschaften im künstlerisch-kulturellen sowie im sportlichen Sektor. Auch hierbei gilt, daß diesbezügliche Daten aus den heterogenen Sammelpositionen der "Organisationen ohne Erwerbszweck" nicht herausgefiltert werden konnten. Wenngleich die vielseitigen Aktivitäten der Vereine und Verbände im Rahmen eines reichhaltigen und breitgefächerten Kulturlebens von außerordentlicher Bedeu-

tung sind, so fallen sie jedoch hinsichtlich der erwerbswirtschaftlichen Merkmale Beschäftigte und Umsatz kaum ins Gewicht. Die wirtschaftliche Bewertung dieses Bereichs müßte an der ehrenamtlichen Tätigkeit ansetzen und wäre ein Thema für eine eigenständige Untersuchung.

Einige Wirtschaftszweige, die mit dem kulturellen Kernbereich besonders eng verbunden sind, wurden als vor- und nachgelagerte Bereiche in die Untersuchung einbezogen. Die getroffene Branchenauswahl, die sich an der Datenverfügbarkeit orientieren mußte, umfaßt einige Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, des Groß- und Einzelhandels sowie die allgemeinbildenden und unterhaltenden Büchereien (ohne wissenschaftliche Bibliotheken und Archive). Nicht aufgenommen wurde dagegen der Bereich der Handelsvermittlung, da diesbezügliche Daten nicht in der erforderlichen Untergliederung vorliegen. Die Beschäftigtenzahlen sowie die Lohn- und Gehaltssummen der Schallplattenindustrie (einschließlich bespielte Tonbänder) sind in der Position "Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten" enthalten; die Umsätze dieser wichtigen Kulturbranche konnten dagegen gesondert ausgewiesen werden. Die Daten der Druckereien wurden zu 48 % den vor- und nachgelagerten Bereichen zugerechnet. Dies entspricht der anteiligen Lieferverflechtung zwischen Druckereien und dem Bereich Wissenschaft, Kultur und Verlage sowohl in Baden-Württemberg als auch im Bundesgebiet (Input-Output-Tabellen). Die allgemeinbildenden und unterhaltenden Büchereien enthalten neben den Einrichtungen, die den Gebietskörperschaften oder den Organisationen ohne Erwerbszweck zugeordnet werden, auch solche, die als Unternehmen betrieben werden (einschließlich Videotheken).

<sup>1</sup> Vgl. Hummel, M./Berger, M., a.a.O., S. 115.

## Übersicht

**Statistische Abgrenzung des Kernbereichs der Untersuchung**

Wirtschaftszweige – Bezeichnung in der Tabellendarstellung –	Erläuterungen zu den einzelnen Wirtschaftszweigen	Nr. der Wirtschaftszweige <sup>1)</sup>
Theater und Orchester	Theater, Opernhäuser, Orchester, Kapellen, Chöre und Ballette soweit als Unternehmen betrieben und soweit den Gebietskörperschaften oder den Organisationen ohne Erwerbszweck zugeordnet; ferner sind enthalten: Varietés und Kleinkunstabühnen.	75541, 75542, 75543, 8..81, 8..82, 90. 81, 90. 82
Selbständige Künstler und Schriftsteller	Bildende Künstler, Komponisten und Musikbearbeiter, Bühnen-, Film- und Rundfunkkünstler, Schriftsteller, Artisten.	755 44 bis 755 48
Filmtheater	Ohne kommunale Filmtheater (WZ-Nr.: 90.81).	7551
Filmherstellung	Herstellung von Spiel-, Dokumentar-, Fernseh-, Werbe- und anderen Vorführfilmen von der Aufnahme bis zur Vollendung der Mischung (Angleichung von Ton und Bild).	7552
Filmverleih und -vertrieb	Filmverleih an gewerbliche Spielstellen (Filmtheater); Filmvertrieb: Erwerb und Verkauf von Auswertungsrechten (vor allem Video- und Fernsehrechte); insbesondere Export und Import von Auswertungsrechten. Die Videotheken werden statistisch den allgemeinbildenden und unterhaltenden Büchereien zugeordnet (WZ-Nr. 7557) und sind folglich bei den vor- und nachgelagerten Bereichen enthalten.	7553
Museen, Kunstaussstellungen, zoologische u.ä. Gärten	Museen, Galerien, Tierparks, botanische Gärten und Grünanlagen soweit als Unternehmen betrieben und soweit den Gebietskörperschaften oder den Organisationen ohne Erwerbszweck zugeordnet.	7556, 8..83, 8..88, 90. 83, 90. 88
Hörfunk und Fernsehen	Öffentlich- rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie private Rundfunk- und Fernsehanbieter. Ohne Werbefunk und -fernsehen.	7555
Buchverlage	Einschließlich Adreßbuchverlage und Verlage von wissenschaftlichen und Fachbroschüren.	7601
Zeitschriftenverlage	Illustrierte, Magazine, Programm-, Mode- und Sportzeitschriften usw. Außerdem: Bilderbücher, Amtsblätter, Anzeigenblätter und Kundenzeitschriften.	7605
Zeitungsverlage	Tages-, Wochen- und Sonntagszeitungen	7607
Übriges Verlagsgewerbe	Musikverlage (darunter: Noten, Schallplatten u.a. bespielte Tonträger) und sonstiges Verlagsgewerbe (darunter: Bilder, Postkarten, Atlanten, Land- und Seekarten, Fahrpläne).	7603, 7609
Korrespondenz- und Nachrichtenbüros; selbst. Journalisten	Darunter: Pressedienste, Bildarchive, Zeitungsausschnittdienste und selbständige Pressefotografen.	7894
Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten	Darunter: Volkshochschulen, Sprachen-, Schauspiel-, Musik-, Näh-, Handarbeits- u.ä. Schulen soweit als Unternehmen betrieben (einschließlich selbständige Lehrer) und soweit den Gebietskörperschaften oder den Organisationen ohne Erwerbszweck zugeordnet, Tanzlehrer und -schulen. Nicht enthalten sind Hochschulen und Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung ("reguläres" Bildungssystem).	75191, 75195, 75199, 75598, 8..79, 8..84, 90. 79
Sport	Selbständige Sportler und Sportlehrer, Sportschulen- z.B. Reit-, Gymnastik- und Skischulen- (ohne Hochschulen und Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung) und Sporteinrichtungen- z.B. Sporthallen, Tennisplätze, Schwimmbäder, Kegelbahnen, Eishallen- soweit als Unternehmen betrieben und soweit den Gebietskörperschaften oder den Organisationen ohne Erwerbszweck zugeordnet. Sportvereine und -verbände konnten aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit nicht berücksichtigt werden.	7558, 8..86, 8..87, 90. 86, 90. 87

1) Systematik der Wirtschaftszweige, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Ausgabe 1979

## Zu den statistischen Merkmalen

### Arbeitsstättenzählung

**Beschäftigte:** Sämtliche tätige Personen (auch tätige Inhaber und unbezahlt mithelfende Familienangehörige) der Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit, also auch sämtliche Teilzeitbeschäftigte ohne Untergrenze (Stundenzahl). Erwerbstätige mit mehr als einer Tätigkeit wurden auch mehrfach erfaßt.

**Löhne und Gehälter:** Die Summe der Löhne und Gehälter bezieht sich auf das Kalenderjahr 1986. Einbezogen sind alle tariflichen oder frei vereinbarten Zulagen (Urlaubsgeld, Fahrkartenzuschüsse, Essengeld usw.), Naturalvergütungen sowie Gewinnbeteiligungen und Erfolgsprämien. Nicht enthalten sind die Pflichtbeiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung.

### Umsatzsteuerstatistik

In der Umsatzsteuerstatistik werden alle Unternehmen erfaßt, die für das betreffende Jahr eine Umsatzsteuer-Voranmeldung abzugeben hatten und einen steuerbaren Umsatz von 20 000 DM und mehr aufweisen. Insbesondere bei selbständigen Künstlern und Schriftstellern sowie bei selbständigen (z.T. nebenberuflichen) Kunst-, Musik- und Sportlehrern (in den Positionen: "Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten" und "Sport") dürfte die gültige Erfassungsgrenze von 20 000 DM Jahresumsatz mit einer erheblichen Untererfassung verbunden sein. Das Ifo-Gutachten stellt hierzu fest: "Ein Vergleich der Anzahl der Steuerpflichtigen mit den entsprechend abgegrenzten Versicherten bei der Künstlersozialkasse zeigt, daß mehr als 50 % der Versicherten Umsätze unter 20 000 DM erzielen bzw. versteuern"<sup>2</sup>.

Die Tabellen über die Umsätze und die Anzahl der Steuerpflichtigen im Kunst- und Kulturbereich enthalten jene Kul-

tureinrichtungen nicht, die den Gebietskörperschaften oder den Organisationen ohne Erwerbszweck zugeordnet werden. Im kulturellen Kernbereich wurden somit ausschließlich diejenigen Kultureinrichtungen berücksichtigt, die als "wirtschaftliche Unternehmen" betrieben und demzufolge in der Wirtschaftsabteilung 7 (Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht) ausgewiesen werden<sup>3</sup>. Bei der überwiegenden Mehrzahl der öffentlichen Kulturinstitutionen und -einrichtungen handelt es sich nicht um "wirtschaftliche Unternehmen" im Sinne des statistischen Zuordnungskriteriums. Folglich ist nur ein geringer Teil der kulturellen Aktivitäten des Landes und der Kommunen in der Darstellung enthalten.

**Steuerbarer Umsatz:** Alle Lieferungen und sonstige Leistungen sowie der Eigenverbrauch und die eigenverbrauchsähnlichen Vorgänge, die der Unternehmer erbringt, unabhängig davon, ob diese Umsätze steuerpflichtig oder steuerfrei sind. Die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer ist nicht enthalten.

**Anzahl der Steuerpflichtigen:** Unterhält ein Unternehmer mehrere Betriebe oder örtliche Einheiten (Filialen, Zweigbetriebe, bei Organgesellschaften: Tochterunternehmen), so wird der gesamte Jahresumsatz grundsätzlich dort erfaßt, wo das Unternehmen betrieben wird. Filialen, Zweigbetriebe und Tochterunternehmen, die finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in ein Unternehmen eingegliedert sind, sind in diesem Sinne folglich keine Steuerpflichtigen.

<sup>2</sup> Vgl. Hummel, M./Berger, M., a.a.O., S. 74.

<sup>3</sup> "Wirtschaftliche Unternehmen" sind Institutionen, die mit dem Zweck der Gewinnerzielung oder doch mindestens der Kostendeckung betrieben werden, mit ihren Produkten auf dem Markt als Anbieter auftreten und einen kaufmännischen Geschäftsbetrieb unterhalten. Das Prinzip der Gewinnerzielung bzw. Kostendeckung schließt nicht aus, daß solche Unternehmen auch mit Verlust oder mit einer durch Subventionen erzielten Kostendeckung arbeiten.

Tabelle 1

**Beschäftigte, Löhne und Gehälter in den vor- und nachgelagerten Bereichen in Baden-Württemberg und dem Bundesgebiet 1987\*)**

Wirtschaftszweig	Baden-Württemberg		Bundesgebiet	Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet
	Be-schäftigte	Löhne und Gehälter	Beschäftigte	
	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	%
Vor- und nachgelagerte Bereiche zusammen	81 147	2 370,7	449 611	18,0
Verarbeitendes Gewerbe				
Herstellung von				
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten <sup>1)</sup>	15 841	596,0	75 345	21,0
– Musikinstrumenten	3 035	101,1	9 783	31,0
– Turn- und Sportgeräten	632	20,0	5 974	10,6
Buchbindereien	3 147	89,6	12 359	25,5
Druckereien <sup>2)</sup>	21 325	815,5	111 008	19,2
Großhandel mit				
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten <sup>1)</sup>	2 056	83,3	16 645	12,4
– Musikinstrumenten	134	3,3	1 102	12,2
– Sport- und Campingartikeln <sup>3)</sup>	812	24,0	4 893	16,6
– Büchern, Zeitungen, Musikalien	3 229	105,2	20 313	15,9
Einzelhandel mit				
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten <sup>1)</sup>	8 520	195,7	55 655	15,3
– Musikinstrumenten, Musikalien	1 446	19,7	7 563	19,1
– Sport- und Campingartikeln <sup>3)</sup>	5 111	73,2	29 000	17,6
– Antiquitäten und Kunstgegenständen	2 237	13,4	15 369	14,6
– kunstgewerblichen Erzeugnissen	1 161	8,0	7 821	14,8
– Büchern und Zeitungen	8 179	156,7	46 222	17,7
Allgemeinbildende und unterhaltende Büchereien	4 282	66,0	30 559	14,0
Kernbereich zusammen	69 515	1 774,7	406 544	17,1
Kunst- und Kulturbereich insgesamt	150 662	4 145,4	856 155	17,6

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25.5.1987. Löhne und Gehälter: Baden-Württemberg 1986. – 1) Einschließlich Schallplatten und bespielte Tonbänder. – 2) Die Werte der Druckereien wurden zu 48% den vor- und nachgelagerten Bereichen zugerechnet. Dies entspricht näherungsweise der anteiligen Lieferverflechtung zwischen Druckereien und dem Bereich Wissenschaft, Kultur und Verlage (Input-Output-Tabellen Baden-Württemberg 1984). – 3) Ohne Campingmöbel.

Tabelle 2

**Beschäftigte im KuK-Bereich der Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs 1987\*)**

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Beschäftigte			Nachrichtlich		
	im Kernbereich	in vor- und nachgelagerten Bereichen	im KuK-Bereich insgesamt	Anteil des Kernbereichs am KuK-Bereich insgesamt	Anteil des KuK-Bereichs	Anteil des Kernbereichs
					an den Beschäftigten insgesamt	
					Anzahl	
Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt	13 310	7 834	21 144	62,9	4,8	3,0
Landkreise						
Böblingen	1 772	3 008	4 780	37,1	2,7	1,0
Esslingen	2 975	7 167	10 142	29,3	4,5	1,3
Göppingen	1 315	1 089	2 404	54,7	2,3	1,3
Ludwigsburg	2 343	3 014	5 357	43,7	2,9	1,2
Röms-Murr-Kreis	2 716	2 952	5 668	47,9	3,7	1,8
Region Mittlerer Neckar	24 431	25 064	49 495	49,4	3,8	1,9
Stadtkreis Heilbronn	593	4 023	4 616	12,8	6,3	0,8
Landkreise						
Heilbronn	807	1 416	2 223	36,3	2,3	0,8
Hohenlohekreis	610	572	1 182	51,6	3,3	1,7
Schwäbisch Hall	713	804	1 517	47,0	2,3	1,1
Main-Tauber-Kreis	455	917	1 372	33,2	2,8	0,9
Region Franken	3 178	7 732	10 910	29,1	3,4	1,0
Landkreise						
Heidenheim	637	533	1 170	54,4	2,0	1,1
Ostalbkreis	1 123	1 276	2 399	46,8	2,0	0,9
Region Ostwürttemberg	1 760	1 809	3 569	49,3	2,0	1,0
Regierungsbezirk Stuttgart	29 369	34 805	63 974	46,9	3,6	1,6
Stadtkreise						
Baden-Baden	2 382	450	2 832	84,1	9,6	8,1
Karlsruhe	2 513	2 563	5 076	49,5	2,8	1,4
Landkreise						
Karlsruhe	1 322	2 821	4 143	31,9	3,0	1,0
Restatt	575	1 360	1 935	29,7	2,3	0,7
Region Mittlerer Oberrhein						
Stadtkreise						
Heidelberg	6 792	7 194	13 986	48,6	3,2	1,6
Mannheim	2 006	1 786	3 772	53,2	4,3	2,3
Landkreise						
Neckar-Odenwald-Kreis	2 379	2 410	4 789	49,7	2,3	1,1
Rhein-Neckar-Kreis	233	766	999	23,3	2,0	0,5
Region Unterer Neckar	2 140	3 260	5 400	39,6	3,3	1,3
Stadtkreis	6 758	8 202	14 960	45,2	2,9	1,3
Pforzheim	810	1 195	2 005	40,4	2,9	1,2
Landkreise						
Calw	495	733	1 228	40,3	2,5	1,0
Enzkreis	681	1 041	1 722	39,5	2,9	1,1
Freudenstadt	363	671	1 034	35,1	2,3	0,8
Region Nordschwarzwald	2 349	3 640	5 989	39,2	2,7	1,1
Regierungsbezirk Karlsruhe	15 899	19 036	34 935	45,5	3,0	1,4
Stadtkreis						
Freiburg im Breisgau	3 023	1 935	4 958	61,0	4,5	2,7
Landkreise						
Breisgau-Hochschwarzwald	1 018	1 791	2 809	36,2	3,9	1,4
Emmendingen	562	777	1 339	42,0	2,9	1,2
Ortenaukreis	2 482	3 582	6 074	40,9	3,7	1,5
Region Südlicher Oberrhein	7 085	8 095	15 180	46,7	3,8	1,8
Landkreise						
Rottweil	1 048	665	1 713	61,2	3,0	1,8
Schwarzwald-Baar-Kreis	1 279	2 762	4 041	31,7	4,3	1,4
Tuttlingen	472	1 599	2 071	22,8	3,8	0,9
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	2 799	5 026	7 825	35,8	3,8	1,4
Landkreise						
Konstanz	2 090	1 737	3 827	54,6	3,7	2,0
Lörrach	922	924	1 846	49,9	2,3	1,1
Waldshut	959	788	1 747	54,9	2,8	1,6
Region Hochrhein-Bodensee	3 971	3 449	7 420	53,5	3,0	1,6
Regierungsbezirk Freiburg	13 855	16 570	30 425	45,5	3,8	1,6
Landkreise						
Reutlingen	998	1 993	2 991	33,4	2,7	0,9
Tübingen	1 144	1 048	2 192	52,2	3,3	1,7
Zollernalbkreis	570	995	1 565	36,4	1,9	0,7
Region Neckar-Alb	2 712	4 036	6 748	40,2	2,6	1,0
Stadtkreis Ulm	2 684	2 756	5 440	49,3	6,4	3,2
Landkreise						
Alb-Donau-Kreis	509	572	1 081	47,1	2,2	1,0
Biberach	1 099	664	1 763	62,3	2,7	1,7
Region Donau-Iller <sup>1)</sup>	4 292	3 992	8 284	51,8	4,1	2,1
Landkreise						
Bodenseekreis	1 332	795	2 127	62,6	2,7	1,7
Ravensburg	1 264	1 659	2 923	43,2	2,9	1,2
Sigmaringen	792	454	1 246	63,6	2,6	1,7
Region Bodensee-Oberschwaben	3 388	2 908	6 296	53,8	2,8	1,5
Regierungsbezirk Tübingen	10 392	10 936	21 328	48,7	3,1	1,5
Baden-Württemberg	69 515	81 147	150 662	46,1	3,4	1,5
Nachrichtlich Bundesgebiet:	406 554	449 712	856 256	47,5	3,2	1,5

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25.5.1987. – 1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 3

**Beschäftigte im KuK-Bereich der Bundesländer 1987\*)**

Wirtschaftszweig	Beschäftigte in ...										
	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarlant	Schleswig-Holstein	Berlin	Bremen	Hamburg
Kernbereich zusammen	69 515	72 101	36 887	37 529	98 476	16 765	5 753	12 875	22 840	6 116	27 687
Theater, Orchester, selbständige Künstler und Schriftsteller <sup>1)</sup>	9 781	14 335	5 634	3 900	10 648	2 538	849	1 979	5 332	518	3 565
Filmwirtschaft	2 750	7 196	2 131	1 694	4 144	786	370	640	1 961	310	2 418
– Filmtheater	1 908	2 422	1 130	1 368	2 626	645	237	474	516	152	434
– Filmherstellung	707	3 565	777	296	1 236	91	102	156	1 344	17	1 518
– Filmverleih und -vertrieb	135	1 209	224	30	282	50	31	10	101	141	466
Museen, Kunstaustellungen, zoolog. u.ä. Gärten	3 710	5 295	1 871	1 830	7 668	825	502	864	3 261	336	1 474
Hörfunk und Fernsehen	3 795	5 399	2 617	733	6 707	3 921	880	402	2 320	439	3 317
Verlags- und Pressewesen	29 970	21 486	15 583	16 285	33 778	3 901	1 069	5 117	5 937	3 506	12 823
– Buchverlage	6 381	6 175	3 570	2 131	4 236	499	84	443	2 236	111	1 276
– Zeitschriftenverlage	5 299	5 606	2 251	1 800	5 854	741	39	829	504	969	5 718
– Zeitungsverlage	15 885	6 116	7 249	11 553	20 446	2 121	757	3 492	2 176	2 290	3 985
– übriges Verlagsgewerbe	1 479	1 900	1 423	466	1 356	332	96	152	385	77	937
– Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, selbständige Journalisten	926	1 689	1 090	335	1 886	208	93	201	636	59	907
Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten <sup>2)</sup>	9 271	8 359	3 142	6 429	17 306	1 854	1 088	1 190	1 145	449	1 803
Sport <sup>3)</sup>	10 238	10 031	5 909	6 658	18 225	2 940	995	2 683	2 884	558	2 287
Vor- und nachgelagerte Bereiche zusammen	81 147	99 039	41 965	48 832	100 310	17 984	5 016	16 672	19 735	5 184	13 727
Verarbeitendes Gewerbe											
Herstellung von											
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten <sup>4)</sup>	15 841	21 072	3 459	14 708	11 208	1 636	152	952	4 589	1 043	685
– Musikinstrumenten	3 035	2 626	949	1 218	678	325	90	139	205	28	490
– Turn- und Sportgeräten	632	2 825	299	339	1 444	219	14	65	106	16	15
Buchbindereien	3 147	2 775	1 436	817	2 350	336	22	364	748	68	296
Druckereien <sup>5)</sup>	21 325	26 602	12 082	6 977	23 719	4 856	1 341	5 956	4 064	1 183	2 903
Großhandel mit											
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten <sup>4)</sup>	2 056	2 313	2 054	1 606	5 529	312	181	617	490	83	1 404
– Musikinstrumenten	134	312	128	20	204	7	4	219	7	1	66
– Sport- und Campingartikeln <sup>6)</sup>	812	1 834	569	236	822	79	45	155	37	64	240
– Büchern, Zeitungen, Musikalien	3 229	4 445	2 229	1 649	5 419	750	221	629	523	311	908
Einzelhandel mit											
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten <sup>4)</sup>	8 520	8 373	4 908	8 110	15 586	2 530	1 047	1 707	2 279	1 003	1 592
– Musikinstrumenten, Musikalien	1 446	1 574	691	661	1 678	547	117	225	269	115	240
– Sport- und Campingartikeln <sup>6)</sup>	5 111	7 392	2 528	2 292	6 641	1 528	511	1 043	988	284	682
– Antiquitäten und Kunstgegenständen	2 237	3 531	1 525	1 152	3 711	782	214	578	811	169	659
– kunstgewerblichen Erzeugnissen	1 161	2 161	512	976	2 037	226	41	374	156	57	120
– Büchern und Zeitungen	8 179	7 003	5 902	5 136	10 141	2 131	548	1 902	2 694	500	2 086
Allgemeinbildende und unterhaltende Buchereien	4 282	4 201	2 694	2 935	9 143	1 720	468	1 747	1 769	259	1 341
Kunst- und Kulturbereich insgesamt	150 662	171 140	78 852	86 361	198 786	34 749	10 769	29 547	42 575	11 300	41 414

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25.5.1987. – 1) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette. – 2) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung. – 3) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer. – 4) Einschließlich Schallplatten und bespielte Tonbänder. – 5) Die Werte der Druckereien wurden zu 48% den vor- und nachgelagerten Bereichen zugerechnet. Dies entspricht näherungsweise der anteiligen Lieferverflechtung zwischen Druckereien und dem Bereich Wissenschaft, Kultur und Verlage (Input-Output-Tabellen Baden-Württemberg 1984). – 6) Ohne Campingmöbel.

Tabelle 4

## Beschäftigtenstruktur im kulturellen Kernbereich der Bundesländer 1987

Wirtschaftszweig	Beschäftigte in ...										
	Baden- Würt- temberg	Bayern	Hessen	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Rhein- land- Pfalz	Saar- land	Schles- wig- Holstein	Berlin	Bremen	Hamb- burg
	%										
Theater, Orchester, selbständige Künstler und Schriftsteller <sup>1)</sup>	14,1	19,9	15,3	10,4	10,8	15,1	14,8	15,4	23,3	8,5	12,9
Filmwirtschaft	4,0	10,0	5,8	4,5	4,2	4,7	6,4	5,0	8,6	5,1	8,7
– Filmtheater	2,7	3,4	3,1	3,6	2,7	3,8	4,1	3,7	2,3	2,5	1,6
– Filmherstellung	1,0	4,9	2,1	0,8	1,3	0,5	1,8	1,2	5,9	0,3	5,5
– Filmverleih und -vertrieb	0,2	1,7	0,6	0,1	0,3	0,3	0,5	0,1	0,4	2,3	1,7
Museen, Kunstausstellungen, zoolog. u.ä. Gärten	5,3	7,3	5,1	4,9	7,8	4,9	8,7	6,7	14,3	5,5	5,3
Hörfunk und Fernsehen	5,5	7,5	7,1	2,0	6,8	23,4	15,3	3,1	10,2	7,2	12,0
Verlags- und Pressewesen	43,1	29,8	42,2	43,4	34,3	23,3	18,6	39,7	26,0	57,3	46,3
– Buchverlage	9,2	8,6	9,7	5,7	4,3	3,0	1,5	3,4	9,8	1,8	4,6
– Zeitschriftenverlage	7,6	7,8	6,1	4,8	5,9	4,4	0,7	6,4	2,2	15,8	20,7
– Zeitungsverlage	22,9	8,5	19,7	30,8	20,8	12,7	13,2	27,1	9,5	37,4	14,4
– übriges Verlagsgewerbe	2,1	2,6	3,9	1,2	1,4	2,0	1,7	1,2	1,7	1,3	3,4
– Korrespondenz- und Nach- richtenbüros, selbständige Journalisten	1,3	2,3	3,0	0,9	1,9	1,2	1,6	1,6	2,8	1,0	3,3
Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten <sup>2)</sup>	13,3	11,6	8,5	17,1	17,6	11,1	18,9	9,2	5,0	7,3	6,5
Sport <sup>3)</sup>	14,7	13,9	16,0	17,7	18,5	17,5	17,3	20,8	12,6	9,1	8,3
Kernbereich insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette. – 2) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung. –

3) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer.



Tabelle 5

**Beschäftigte im KuK-Bereich ausgewählter Stadtkreise des Bundesgebiets 1987\*)**

Wirtschaftszweig	Beschäftigte im Stadtkreis ...						
	Stuttgart	München	Frankfurt	Köln	Düsseldorf	Bremen	Hamburg
<b>Kernbereich zusammen</b>	<b>13 310</b>	<b>27 092</b>	<b>12 156</b>	<b>14 061</b>	<b>9 377</b>	<b>5 062</b>	<b>27 687</b>
Theater, Orchester, selbständige Künstler und Schriftsteller <sup>1)</sup>	2 171	5 429	1 755	906	1 243	230	3 565
Filmwirtschaft	391	2 758	652	526	385	214	2 418
– Filmtheater	214	392	288	213	108	98	434
– Filmherstellung	161	1 965	169	313	191	17	1 518
– Filmverleih und -vertrieb	16	401	195	–	86	99	466
Museen, Kunstausstellungen, zoolog. u.ä. Gärten	1 234	2 096	649	694	398	180	1 474
Hörfunk und Fernsehen	1 954	3 880	2 311	5 552	155	439	3 317
Verlags- und Pressewesen	6 155	9 413	5 024	4 818	3 373	3 303	12 823
– Buchverlage	2 752	3 510	1 251	1 337	496	50	1 276
– Zeitschriftenverlage	1 302	2 339	897	927	842	843	5 718
– Zeitungsverlage	1 638	1 741	1 932	2 142	1 550	2 290	3 985
– übriges Verlagsgewerbe	179	866	447	263	201	73	937
– Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, selbständige Journalisten	284	957	497	149	284	47	907
Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten <sup>2)</sup>	854	2 018	670	755	3 033	315	1 803
Sport <sup>3)</sup>	551	1 498	1 095	810	790	381	2 287
<b>Vor- und nachgelagerte Bereiche zusammen</b>	<b>7 834</b>	<b>18 402</b>	<b>7 877</b>	<b>9 442</b>	<b>5 198</b>	<b>4 167</b>	<b>13 727</b>
Verarbeitendes Gewerbe							
Herstellung von							
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten <sup>4)</sup>	218	601	403	975	60	1 024	685
– Musikinstrumenten	385	101	29	32	8	25	490
– Turn- und Sportgeräten	3	29	13	35	16	16	15
Buchbindereien	368	463	61	187	148	65	296
Druckereien <sup>5)</sup>	1 761	5 066	2 237	2 343	1 324	715	2 903
Großhandel mit							
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten <sup>4)</sup>	284	987	303	1 249	725	83	1 404
– Musikinstrumenten	2	24	15	27	18	1	66
– Sport- und Campingartikeln <sup>6)</sup>	34	295	68	136	25	60	240
– Büchern, Zeitungen, Musikalien	1 004	3 079	875	962	303	192	908
Einzelhandel mit							
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten <sup>4)</sup>	1 246	1 543	1 010	1 083	630	844	1 592
– Musikinstrumenten, Musikalien	91	261	109	156	80	101	240
– Sport- und Campingartikeln <sup>6)</sup>	352	1 681	355	487	287	239	682
– Antiquitäten und Kunstgegenständen	304	1 127	354	419	416	152	659
– kunstgewerblichen Erzeugnissen	78	243	58	111	112	50	120
– Büchern und Zeitungen	1 341	1 934	1 526	747	667	399	2 086
Allgemeinbildende und unterhaltende Buchereien	363	968	461	493	379	201	1 341
<b>Kunst- und Kulturbereich insgesamt</b>	<b>21 144</b>	<b>45 494</b>	<b>20 033</b>	<b>23 503</b>	<b>14 575</b>	<b>9 229</b>	<b>41 414</b>

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25.5.1987. – 1) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette. – 2) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung. – 3) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer. – 4) Einschließlich Schallplatten und bespielte Tonbänder. – 5) Die Werte der Druckereien wurden zu 48% den vor- und nachgelagerten Bereichen zugerechnet. Dies entspricht näherungsweise der anteiligen Lieferverflechtung zwischen Druckereien und dem Bereich Wissenschaft, Kultur und Verlage (Input-Output-Tabellen Baden-Württemberg 1984). – 6) Ohne Campingmöbel.

Tabelle 6

**Beschäftigtenstruktur im kulturellen Kernbereich ausgewählter Stadtkreise des Bundesgebiets 1987**

Wirtschaftszweig	Stuttgart	München	Frankfurt	Köln	Düsseldorf	Bremen	Hamburg
	%						
Theater, Orchester, selbständige Künstler und Schriftsteller <sup>1)</sup>	16,3	20,0	14,4	6,4	13,3	4,5	12,9
Filmwirtschaft	2,9	10,2	5,4	3,7	4,1	4,2	8,7
– Filmtheater	1,6	1,4	2,4	1,5	1,2	1,9	1,6
– Filmherstellung	1,2	7,3	1,4	2,2	2,0	0,3	5,5
– Filmverleih und -vertrieb	0,1	1,5	1,6	–	0,9	2,0	1,7
Museen, Kunstausstellungen, zoolog. u.ä. Gärten	9,3	7,7	5,3	4,9	4,2	3,6	5,3
Hörfunk und Fernsehen	14,7	14,3	19,0	39,5	1,7	8,7	12,0
Verlags- und Pressewesen	46,2	34,7	41,3	34,3	36,0	65,3	46,3
– Buchverlage	20,7	13,0	10,3	9,5	5,3	1,0	4,6
– Zeitschriftenverlage	9,8	8,6	7,4	6,6	9,0	16,7	20,7
– Zeitungsverlage	12,3	6,4	15,9	15,2	16,5	45,2	14,4
– übriges Verlagsgewerbe	1,3	3,2	3,7	1,9	2,1	1,4	3,4
– Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, selbständige Journalisten	2,1	3,5	4,1	1,1	3,0	0,9	3,3
Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten <sup>2)</sup>	6,4	7,4	5,5	5,4	32,3	6,2	6,5
Sport <sup>3)</sup>	4,1	5,5	9,0	5,8	8,4	7,5	8,3
Kernbereich insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

1) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette. – 2) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung. – 3) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer.

Tabelle 7

**Beschäftigte\*) im KuK-Bereich ausgewählter Stadtkreise des Bundesgebiets 1987**

Wirtschaftszweig	Stuttgart	München	Frankfurt	Köln	Düsseldorf
	%				
Kernbereich zusammen	19,1	37,6	33,0	14,3	9,5
Theater, Orchester, selbständige Künstler und Schriftsteller <sup>1)</sup>	22,2	37,9	31,2	8,5	11,7
Filmwirtschaft	14,2	38,3	30,6	12,7	9,3
– Filmtheater	11,2	16,2	25,5	8,1	4,1
– Filmherstellung	22,8	55,1	21,8	25,3	15,5
– Filmverleih und -vertrieb	11,9	33,2	87,1	–	30,5
Museen, Kunstaussstellungen, zoolog. u.ä. Gärten	33,3	39,6	34,7	9,1	5,2
Hörfunk und Fernsehen	51,5	71,9	88,3	82,8	2,3
Verlags- und Pressewesen	20,5	43,8	32,2	14,3	10,0
– Buchverlage	43,1	56,8	35,0	31,6	11,7
– Zeitschriftenverlage	24,6	41,7	39,8	15,8	14,4
– Zeitungsverlage	10,3	28,5	26,7	10,5	7,6
– übriges Verlagsgewerbe	12,1	45,6	31,4	19,4	14,8
– Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, selbständige Journalisten	30,7	56,7	45,6	7,9	15,1
Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten <sup>2)</sup>	9,2	24,1	21,3	4,4	17,5
Sport <sup>3)</sup>	5,4	14,9	18,5	4,4	4,3
Vor- und nachgelagerte Bereiche zusammen	9,7	18,6	18,8	9,4	5,2
Kunst- und Kulturbereich insgesamt	14,0	26,6	25,4	11,8	7,3

\*) Anteile an den entsprechenden KuK-Beschäftigten des jeweiligen Bundeslandes. – 1) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette. – 2) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung. – 3) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer.

Tabelle 8

**Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz im KuK-Bereich des Bundesgebiets 1980 und 1988**

Wirtschaftszweig	Steuerpflichtige		Ver- änderung 1988 gegen 1980	Steuerbarer Umsatz		Ver- änderung 1988 gegen 1980
	1980	1988		1980	1988	
	Anzahl		%	Mill. DM		%
Theater und Orchester <sup>1)</sup>	984	1 671	+ 69,8	410,8	826,4	+ 101,2
Selbständige Künstler und Schriftsteller	7 440	11 749	+ 57,9	1 085,0	1 758,3	+ 62,1
Filmwirtschaft	2 898	4 131	+ 42,5	2 781,6	5 776,1	+ 107,7
– Filmtheater	1 517	1 152	– 24,1	1 038,1	957,3	– 7,8
– Filmherstellung	975	1 995	+ 104,6	1 135,2	3 733,6	+ 228,9
– Filmverleih und -vertrieb	406	984 <sup>2)</sup>	+ 142,4	608,3	1 085,2 <sup>2)</sup>	+ 78,4
Museen, Kunstaussstellungen, zoologische u.ä. Gärten	281	377	+ 34,2	213,3	361,2	+ 69,3
Hörfunk und Fernsehen	9	151	+ 1 577,8	801,6	2 352,4	+ 193,5
Verlags- und Pressewesen	6 880	11 128	+ 61,7	22 286,7	33 098,7	+ 48,5
– Buchverlage	1 650	1 840	+ 11,5	5 778,3	8 358,8	+ 44,7
– Zeitschriftenverlage	1 176	1 794	+ 52,6	7 196,0	13 383,9	+ 86,0
– Zeitungsverlage	354	400	+ 13,0	6 965,0	5 961,9	– 14,4
– übriges Verlagsgewerbe	1 462	2 813	+ 92,4	1 845,3	4 267,3	+ 131,3
– Korrespondenz- und Nach- richtenbüros, selbständige Journalisten	2 238	4 281	+ 91,3	502,0	1 126,8	+ 124,5
Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten <sup>3)</sup>	2 289	4 982	+ 117,6	461,5	868,6	+ 2
Sport <sup>4)</sup>	3 360	8 379	+ 149,4	996,4	2 484,7	+ 149,4
Kernbereich insgesamt	24 141	42 568	+ 76,3	29 036,8	47 526,4	+ 63,7
Verarbeitendes Gewerbe						
Herstellung von						
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten	428	608	+ 42,1	4 278,0	13 538,5	+ 216,5
– Schallplatten und bespielten Tonbändern	138	558	+ 304,3	314,8	1 389,5	+ 341,4
– Musikinstrumenten	667	836	+ 25,3	920,5	990,1	+ 7,6
– Turn- und Sportgeräten	282	349	+ 23,8	831,0	1 253,3	+ 50,8
Buchbindereien	1 012	962	– 4,9	717,8	885,1	+ 23,3
Druckereien <sup>5)</sup>	10 408	11 635	+ 11,8	10 385,7	16 508,4	+ 59,0
Kopieranstalten für Kinofilme	86	110	+ 27,9	149,7	177,6	+ 18,6
Großhandel mit						
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten	1 085	1 026	– 5,4	7 444,0	11 736,1	+ 57,7
– Musikinstrumenten	151	174	+ 15,2	302,0	713,6	+ 136,3
– Sport- und Campingartikeln <sup>6)</sup>	457	685	+ 49,9	992,7	1 741,8	+ 75,5
– Büchern, Zeitungen, Musikalien	618	634	+ 2,6	5 797,6	9 393,5	+ 62,0
Einzelhandel mit						
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten	10 217	10 694	+ 4,7	7 899,3	10 563,5	+ 33,7
– Musikinstrumenten, Musikalien	1 600	2 139	+ 33,7	1 089,2	1 498,6	+ 37,6
– Sport- und Campingartikeln <sup>6)</sup>	4 081	6 132	+ 50,3	2 573,3	4 243,9	+ 64,9
– Antiquitäten und Kunst- gegenständen	4 774	6 497	+ 36,1	1 727,2	2 289,3	+ 32,5
– kunstgewerblichen Erzeugnissen	2 616	3 421	+ 30,8	626,2	1 017,1	+ 62,4
– Büchern und Zeitungen	6 718	7 618	+ 13,4	4 682,6	6 756,2	+ 44,3
Allgemeinbildende und unter- haltende Buchereien	569	3 254 <sup>2)</sup>	+ 471,9	186,0	1 047,7 <sup>2)</sup>	+ 463,3

1) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette. – 2) Geschätzt. – 3) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung. – 4) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer. – 5) Der steuerbare Umsatz der Druckereien wurde zu 48% den vor- und nachgelagerten Bereichen zugerechnet. Dies entspricht näherungsweise der anteiligen Lieferverflechtung zwischen Druckereien und dem Bereich Wissenschaft, Kultur und Verlage (Input-Output-Tabellen Baden-Württemberg 1984). – 6) Ohne Campingmöbel.

Tabelle 9

**Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz in den vor- und nachgelagerten Bereichen  
1980 und 1988**

– Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet in % –

Wirtschaftszweig	Steuerpflichtige		Steuerbarer Umsatz	
	1980	1988	1980	1988
Verarbeitendes Gewerbe				
Herstellung von				
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten	16,8	17,4	33,1	30,8
– Schallplatten und bespielten Tonbändern	16,7	12,5	4,5	2,6
– Musikinstrumenten	18,7	21,1	27,3	29,8
– Turn- und Sportgeräten	16,3	15,2	17,6	13,8
Buchbindereien	22,8	23,0	21,5	30,4
Druckereien	17,5	17,3	21,3	17,1
Kopieranstalten für Kinofilme	14,0	22,7	10,9	11,7
Großhandel mit				
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten	11,3	13,3	18,8	12,7
– Musikinstrumenten	11,3	13,2	14,4	7,4
– Sport- und Campingartikeln <sup>1)</sup>	10,3	10,9	23,6	25,2
– Büchern, Zeitungen, Musikalien	10,5	13,6	12,3	14,7
Einzelhandel mit				
– Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten	13,2	14,5	14,0	15,7
– Musikinstrumenten, Musikalien	14,3	14,7	17,6	16,0
– Sport- und Campingartikeln <sup>1)</sup>	16,8	17,2	17,5	20,4
– Antiquitäten und Kunstgegenständen	13,1	13,8	11,1	10,8
– kunstgewerblichen Erzeugnissen	10,8	11,2	10,6	9,8
– Büchern und Zeitungen	13,8	16,9	21,4	24,1
Allgemeinbildende und unterhaltende Büchereien	5,6	12,1	5,1	7,8

1) Ohne Campingmöbel.

Tabelle 10

**Steuerbarer Umsatz im kulturellen Kernbereich\*) Baden-Württembergs 1988 nach Umsatzgrößenklassen**

Wirtschaftszweig	Steuerbarer Umsatz nach Umsatzgrößenklassen von ... bis unter ... DM									
	20 000	50 000	100 000	250 000	500 000	1 Mill.	2 Mill.	5 Mill.	10 Mill.	25 Mill. und mehr
	50 000	100 000	250 000	500 000	1 Mill.	2 Mill.	5 Mill.	10 Mill.	25 Mill.	
	Mill.DM									
Theater und Orchester <sup>1)</sup>	3,4	7,8	12,7	9,9	10,1	10,9	.	.	.	—
Selbständige Künstler und Schriftsteller	19,6	41,4	65,1	47,5	46,0	33,6	.	.	—	—
Filmwirtschaft										
— Filmtheater	0,5	1,7	7,0	11,1	25,9	25,2	25,1	.	.	—
— Filmherstellung	1,1	1,8	4,5	6,4	10,0	11,2	13,6	.	.	—
— Filmverleih und -vertrieb	0,4	1,1	3,9	3,8	.	.	—	—	—	—
Museen, Kunstausstellungen, zoologische u.ä. Gärten	0,8	0,8	4,7	4,6	8,9	.	.	—	—	.
Hörfunk und Fernsehen	.	.	.	1,7	.	.	.	—	—	.
Verlags- und Pressewesen										
— Buchverlage	1,0	3,5	10,9	19,7	37,5	48,0	160,0	175,3	435,3	1 706,5
— Zeitschriftenverlage	1,1	2,0	5,8	15,5	19,9	44,5	109,5	76,8	173,3	1 847,0
— Zeitungsverlage	0,2	0,3	1,0	.	5,1	.	17,3	.	81,0	1 206,5
— übriges Verlagsgewerbe	1,8	4,2	9,4	16,5	29,3	40,9	74,7	.	.	753,9
— Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, selbständige Journalisten	5,5	11,1	16,3	.	11,7	.	.	.	—	—
Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten <sup>2)</sup>	3,5	6,4	13,0	18,4	18,5	9,7	.	—	—	—
Sport <sup>3)</sup>	12,4	21,9	83,1	85,1	54,9	21,8	36,2	.	.	—
Kernbereich insgesamt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

\*) Ohne Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbszweck, vorläufige Ergebnisse. — 1) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette.

2) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung: — 3) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer.

Tabelle 11

Steuerpflichtige im kulturellen Kernbereich\*) Baden-Württembergs 1988 nach Umsatzgrößenklassen

Wirtschaftszweig	Steuerpflichtige nach Umsatzgrößenklassen von ... bis unter ... DM									
	20 000	50 000	100 000	250 000	500 000	1 Mill.	2 Mill.	5 Mill.	10 Mill.	25 Mill. und mehr
	50 000	100 000	250 000	500 000	1 Mill.	2 Mill.	5 Mill.	10 Mill.	25 Mill.	
Anzahl										
Theater und Orchester <sup>1)</sup>	101	112	86	28	14	8	.	.	.	—
Selbständige Künstler und Schriftsteller	554	576	424	139	66	26	.	.	—	—
Filmwirtschaft										
— Filmtheater	15	25	42	31	37	17	9	.	.	—
— Filmherstellung	32	25	29	17	13	8	5	.	.	—
— Filmverleih und -vertrieb	13	15	22	10	.	.	—	—	—	—
Museen, Kunstaussstellungen, zoologische u.ä. Gärten	24	11	30	13	12	.	.	—	—	.
Hörfunk und Fernsehen	.	.	.	5	.	.	.	—	—	.
Verlags- und Pressewesen										
— Buchverlage	30	48	64	55	52	33	50	24	27	20
— Zeitschriftenverlage	32	28	34	41	28	30	34	11	11	10
— Zeitungsverlage	7	5	7	.	6	.	6	.	.	14
— übriges Verlagsgewerbe	51	59	59	45	40	30	24	.	.	6
— Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, selbständige Journalisten	166	154	107	.	19	.	.	.	—	—
Unterricht für unterhaltende und künstlerische Tätigkeiten <sup>2)</sup>	105	90	84	53	28	8	.	—	—	—
Sport <sup>3)</sup>	362	300	513	247	82	18	13	.	.	—
Kernbereich insgesamt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

\*) Ohne Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbszweck, vorläufige Ergebnisse. – 1) Einschließlich Opernhäuser, Chöre und Ballette.  
2) Ohne Hochschulen sowie Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung. – 3) Sportschulen, Sporteinrichtungen, selbständige Sportler und Sportlehrer.

Tabelle 1

**Struktur der Inlandsversorgung des Bundesgebiets mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes 1970, 1980, 1985, 1987 und 1988 nach Herkunftsgebieten in jeweiligen und in konstanten Preisen\*)**

Jahr	Jeweilige Preise					Konstante Preise				
	Inlandsversorgung des Bundesgebietes	davon durch Produkte aus dem ...				Inlandsversorgung des Bundesgebietes	davon durch Produkte aus dem ...			
		Bundesgebiet	davon		Ausland		Bundesgebiet	davon		Ausland
			Baden-Württemberg	andere Bundesländer				Baden-Württemberg	andere Bundesländer	
	Mill. DM	%				Mill. DM	%			
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt										
1970	498 794,0	83,7	14,2	69,5	16,3	946 186,5	83,8	14,2	69,5	16,2
1980	1 015 684,4	75,9	13,5	62,4	24,1	1 200 967,9	75,9	13,5	62,4	24,1
1985	1 223 858,4	71,3	12,8	58,5	28,7	1 223 858,4	71,3	12,8	58,5	28,7
1987	1 212 077,5	72,0	13,6	58,4	28,0	1 288 432,8	69,6	13,1	56,5	30,4
1988	1 287 494,9	71,0	13,2	57,8	29,0	1 344 215,6	68,9	12,8	56,0	31,1
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes										
1970	156 649,7	79,0	9,3	69,8	21,0	332 570,2	77,6	9,1	68,5	22,4
1980	327 285,2	71,4	8,2	63,2	28,6	395 027,6	71,8	8,2	63,6	28,2
1985	386 090,3	65,4	8,1	57,3	34,6	386 090,3	65,4	8,1	57,3	34,6
1987	323 699,0	67,1	9,1	58,0	32,9	393 276,1	64,0	8,7	55,4	36,0
1988	347 251,6	65,8	8,9	56,9	34,2	410 279,7	63,3	8,6	54,8	36,7
Spalt- und Brutstoffe										
1970	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1980	1 556,0	17,6	—	17,7	82,3	1 858,6	17,9	—	17,9	82,1
1985	3 204,0	8,9	—	8,9	91,1	3 204,0	8,9	—	8,9	91,1
1987	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1988	2 550,5	15,6	—	15,6	84,4	3 177,4	14,3	—	14,3	85,7
Steine und Erden										
1970	16 350,3	90,7	14,1	76,6	9,3	31 732,9	89,9	14,0	75,9	10,1
1980	29 725,5	87,5	13,6	73,9	12,5	35 747,7	87,2	13,5	73,6	12,8
1985	28 135,1	85,2	13,4	71,8	14,8	28 135,0	85,2	13,4	71,8	14,8
1987	28 556,1	85,9	14,5	71,4	14,1	28 200,2	85,1	14,4	70,7	14,9
1988	30 279,6	85,9	14,4	71,5	14,1	29 656,6	85,1	14,2	70,9	14,9
Eisen und Stahl										
1970	27 324,2	78,1	0,8	77,3	21,9	44 370,4	77,5	0,8	76,7	22,5
1980	39 090,8	71,5	1,0	70,5	28,5	46 613,7	72,0	1,0	71,0	28,0
1985	43 154,5	66,4	1,1	65,2	33,6	43 154,4	66,4	1,1	65,2	33,6
1987	35 629,0	66,6	—	—	33,4	39 980,0	64,7	—	—	35,3
1988	42 266,4	64,6	—	—	35,4	45 060,7	64,2	—	—	35,8
Eisen-, Stahl- und Temperguß										
1970	5 168,6	96,6	11,3	85,3	3,4	8 328,6	96,6	11,3	85,3	3,4
1980	6 768,8	93,8	10,7	83,1	6,2	8 101,6	94,1	10,7	83,4	5,9
1985	6 932,1	91,9	10,1	81,8	8,1	6 932,1	91,9	10,1	81,8	8,1
1987	6 511,3	92,1	10,0	82,2	7,9	7 063,0	92,5	10,0	82,5	7,5
1988	6 667,5	92,1	10,3	81,8	7,9	7 021,0	92,8	10,4	82,4	7,2
Zieherei- und Kaltwalzwerkerzeugnisse										
1970	6 654,3	92,1	8,8	83,3	7,9	11 968,1	92,3	8,9	83,4	7,7
1980	8 631,5	84,8	10,4	74,4	15,2	10 202,8	84,2	10,3	73,8	15,8
1985	9 670,4	80,8	8,9	71,8	19,2	9 670,4	80,8	8,9	71,8	19,2
1987	9 039,9	80,8	8,2	72,6	19,2	9 300,3	78,6	8,0	70,6	21,4
1988	9 890,5	81,1	8,2	72,9	18,9	10 007,5	79,5	8,0	71,5	20,5
NE-Metalle und NE-Metallhalbezeug										
1970	16 487,3	49,8	7,0	42,7	50,2	24 916,8	44,3	6,2	38,1	55,7
1980	32 339,5	50,0	7,5	42,4	50,0	34 190,5	52,1	7,9	44,2	47,9
1985	34 037,7	47,6	6,0	41,6	52,4	34 037,7	47,6	6,0	41,6	52,4
1987	26 267,7	49,3	6,6	42,6	50,7	33 610,9	47,8	6,5	41,4	52,2
1988	33 821,4	46,1	6,1	40,0	53,9	33 783,1	45,0	6,0	39,0	55,0

\*) In Preisen von 1985.



**Struktur der Inlandsversorgung des Bundesgebiets mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes 1970, 1980, 1985, 1987 und 1988 nach Herkunftsgebieten in jeweiligen und in konstanten Preisen\*)**

Jahr	Jeweilige Preise					Konstante Preise				
	Inlandsversorgung des Bundesgebietes	davon durch Produkte aus dem ...				Inlandsversorgung des Bundesgebietes	davon durch Produkte aus dem ...			
		Bundesgebiet	davon		Ausland		Bundesgebiet	davon		Ausland
			Baden-Württemberg	andere Bundesländer				Baden-Württemberg	andere Bundesländer	
	Mill. DM	%				Mill. DM	%			
NE-Metallguß										
1970	1 704,0	99,1	28,8	70,3	0,9	2 297,5	99,0	28,8	70,2	1,0
1980	2 857,4	96,7	30,1	66,6	3,3	3 150,9	96,6	30,1	66,5	3,4
1985	3 526,6	96,6	31,5	65,0	3,4	3 526,5	96,6	31,5	65,0	3,4
1987	3 469,3	96,4	32,6	63,8	3,6	4 283,4	97,0	32,8	64,2	3,0
1988	3 932,4	96,5	32,1	64,4	3,5	3 828,0	96,5	32,1	64,4	3,5
Mineralölzeugnisse										
1970	20 700,4	87,2	11,2	76,0	12,8	88 914,8	77,8	10,0	67,8	22,2
1980	76 122,6	75,4	6,7	68,7	24,6	98 763,8	75,4	6,7	68,7	24,6
1985	88 281,1	65,8	9,3	56,6	34,2	88 281,1	65,8	9,3	56,6	34,2
1987	48 652,9	71,4	.	.	28,6	89 419,0	62,2	.	.	37,8
1988	42 273,2	75,0	.	.	25,0	84 814,5	64,0	.	.	36,0
Chemische Erzeugnisse										
1970	42 521,0	81,0	9,6	71,5	19,0	79 024,4	80,3	9,4	70,9	19,7
1980	93 040,8	71,3	8,5	62,9	28,7	112 659,6	71,4	8,5	63,0	28,6
1985	126 470,1	65,4	7,6	57,7	34,6	126 470,0	65,4	7,6	57,7	34,6
1987	119 097,2	66,2	8,6	57,6	33,8	133 733,5	64,8	8,4	56,4	35,2
1988	128 576,1	64,5	8,3	56,3	35,5	141 403,9	63,4	8,1	55,3	36,6
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz										
1970	5 784,6	72,7	14,6	58,2	27,3	9 827,7	68,3	13,7	54,6	31,7
1980	12 198,8	67,2	13,1	54,1	32,8	12 061,6	63,9	12,4	51,5	36,1
1985	9 918,6	67,7	13,1	54,6	32,3	9 918,6	67,7	13,1	54,6	32,3
1987	10 461,2	66,6	12,7	53,9	33,4	10 807,5	64,2	12,3	52,0	35,8
1988	10 988,0	68,0	13,2	54,8	32,0	11 298,2	66,1	12,8	53,3	33,9
Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe										
1970	7 260,9	58,6	15,3	43,3	41,4	13 750,6	57,3	15,0	42,3	42,7
1980	14 350,3	51,1	13,3	37,7	48,9	17 584,3	50,4	13,2	37,2	49,6
1985	19 428,8	47,4	11,4	36,0	52,6	19 428,8	47,4	11,4	36,0	52,6
1987	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1988	21 415,7	43,9	10,5	33,3	56,1	22 112,2	44,9	10,8	34,1	55,1
Gummiwaren										
1970	6 669,3	84,4	12,2	72,2	15,6	13 988,2	88,3	12,8	75,5	11,7
1980	10 603,3	71,3	9,0	62,3	28,7	12 773,4	72,7	9,2	63,5	27,3
1985	13 331,3	69,1	8,4	60,6	30,9	13 331,3	69,1	8,4	60,6	30,9
1987	14 045,1	67,9	8,4	59,5	32,1	13 984,2	67,9	8,4	59,5	32,1
1988	14 590,3	65,9	8,2	57,7	34,1	14 493,5	66,0	8,3	57,7	34,0
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes										
1970	169 630,2	85,5	18,9	66,7	14,5	308 909,9	87,6	19,3	68,3	12,4
1980	354 873,4	77,9	18,9	59,1	22,1	421 756,7	77,6	18,8	58,8	22,4
1985	459 356,5	72,6	17,3	55,3	27,4	459 356,4	72,6	17,3	55,3	27,4
1987	498 712,6	72,7	17,7	55,0	27,3	491 104,1	71,1	17,3	53,8	28,9
1988	534 647,1	71,6	17,1	54,5	28,4	520 012,2	69,8	16,7	53,1	30,2
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge										
1970	9 935,4	95,8	11,0	84,7	4,2	20 391,3	96,0	11,0	85,0	4,0
1980	18 164,7	93,5	10,9	82,5	6,5	21 977,4	93,5	11,0	82,6	6,5
1985	19 015,2	93,6	11,1	82,5	6,4	19 015,2	93,6	11,1	82,5	6,4
1987	21 744,9	93,1	12,5	80,6	6,9	20 696,6	92,9	12,5	80,4	7,1
1988	23 021,5	92,9	12,3	80,6	7,1	21 480,1	92,6	12,3	80,3	7,4

\*) In Preisen von 1985.

Noch: Tabelle 1

**Struktur der Inlandsversorgung des Bundesgebiets mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes 1970, 1980, 1985, 1987 und 1988 nach Herkunftsgebieten in jeweiligen und in konstanten Preisen\*)**

Jahr	Jeweilige Preise					Konstante Preise				
	Inlandsver- sorgung des Bundesge- bietes	davon durch Produkte aus dem ...				Inlandsver- sorgung des Bundesge- bietes	davon durch Produkte aus dem ...			
		Bundes- gebiet	davon		Ausland		Bundes- gebiet	davon		Aus- land
			Baden- Württem- berg	andere Bundes- länder				Baden- Württem- berg	andere Bundes- länder	
	Mill. DM		%			Mill. DM		%		
Maschinenbauerzeugnisse										
1970	42 811,4	84,6	20,4	64,2	15,4	91 738,7	86,1	20,8	65,3	13,9
1980	79 774,1	79,4	21,5	57,9	20,6	98 219,6	78,8	21,3	57,4	21,2
1985	99 934,1	77,9	19,7	58,2	22,1	99 934,1	77,9	19,7	58,2	22,1
1987	105 883,0	77,6	21,5	56,0	22,4	101 062,0	76,4	21,2	55,2	23,6
1988	113 006,3	77,5	21,1	56,4	22,5	105 625,6	76,0	20,7	55,3	24,0
Straßenfahrzeuge										
1970	30 540,6	84,1	20,1	63,9	15,9	60 110,9	86,5	20,7	65,8	13,5
1980	81 231,2	80,3	21,0	59,3	19,7	97 682,3	81,0	21,2	59,9	19,0
1985	102 848,6	76,1	20,1	55,9	23,9	102 848,6	76,1	20,1	55,9	23,9
1987	122 821,5	74,0	18,5	55,5	26,0	116 718,0	73,4	18,3	55,1	26,6
1988	129 154,0	72,7	18,0	54,7	27,3	120 183,8	72,0	17,9	54,1	28,0
Wasser-, Luft- und Raumfahrzeuge										
1970	5 369,1	64,6	2,2	62,5	35,4	9 649,8	67,1	2,3	64,8	32,9
1980	14 237,1	53,8	2,9	50,9	46,2	16 677,4	54,3	2,9	51,4	45,7
1985	20 399,9	36,0	.	.	64,0	20 399,9	36,0	.	.	64,0
1987	17 084,4	40,9	.	.	59,1	16 525,0	40,7	.	.	59,3
1988	18 089,9	34,2	.	.	65,8	17 222,2	34,0	.	.	66,0
Elektrotechnische Erzeugnisse										
1970	44 410,8	86,9	20,9	66,1	13,1	65 189,3	88,5	21,3	67,3	11,5
1980	91 802,7	77,2	19,9	57,3	22,8	104 301,0	76,7	19,8	56,9	23,3
1985	125 600,3	72,5	17,9	54,5	27,5	125 600,3	72,5	17,9	54,5	27,5
1987	133 680,9	72,0	18,3	53,7	28,0	135 920,5	69,8	17,7	52,1	30,2
1988	145 399,1	70,9	17,3	53,6	29,1	147 165,9	68,5	16,7	51,8	31,5
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren										
1970	4 832,6	77,0	33,9	43,1	23,0	8 298,0	81,0	35,6	45,3	19,0
1980	13 469,3	65,1	23,1	42,1	34,9	15 437,4	65,6	23,2	42,3	34,4
1985	16 108,3	58,3	20,1	38,3	41,7	16 108,3	58,3	20,1	38,3	41,7
1987	17 298,4	58,9	19,5	39,4	41,1	17 392,0	56,4	18,6	37,7	43,6
1988	18 996,5	58,4	19,4	38,9	41,6	18 799,9	55,9	18,6	37,3	44,1
Erzeugnisse der Stahlverformung										
1970	7 797,1	95,6	16,9	78,7	4,4	14 441,9	96,3	17,0	79,3	3,7
1980	13 331,6	90,2	19,4	70,8	9,8	15 806,8	90,0	19,4	70,7	10,0
1985	15 015,6	88,6	20,5	68,1	11,4	15 015,6	88,6	20,5	68,1	11,4
1987	15 680,7	88,4	20,8	67,6	11,6	15 248,4	87,6	20,6	67,0	12,4
1988	17 224,1	87,2	20,4	66,8	12,8	16 518,5	86,2	20,1	66,1	13,8
Eisen-, Blech- und Metallwaren										
1970	19 345,1	91,9	17,0	74,8	8,1	37 988,5	93,0	17,2	75,8	7,0
1980	32 044,7	83,7	17,5	66,2	16,3	38 292,2	83,4	17,4	66,0	16,6
1985	36 276,5	81,5	17,4	64,1	18,5	36 276,6	81,5	17,4	64,1	18,5
1987	39 412,2	81,7	17,7	64,1	18,3	39 051,9	81,2	17,6	63,6	18,8
1988	42 450,7	81,0	17,0	63,9	19,0	41 394,1	80,3	16,9	63,4	19,7
Büromaschinen, ADV										
1970	4 588,1	56,9	7,8	49,1	43,1	3 920,9	57,5	7,9	49,6	42,5
1980	10 674,2	45,8	7,9	37,9	54,2	12 713,0	39,7	6,9	32,8	60,3
1985	24 085,6	38,1	5,7	32,4	61,9	24 085,5	38,1	5,7	32,4	61,9
1987	25 017,2	39,8	5,8	34,0	60,2	27 495,9	38,9	5,6	33,3	61,1
1988	27 212,4	38,6	5,2	33,4	61,4	30 599,5	38,5	5,2	33,3	61,5

\*) In Preisen von 1985.

**Struktur der Inlandsversorgung des Bundesgebiets mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes 1970, 1980, 1985, 1987 und 1988 nach Herkunftsgebieten in jeweiligen und in konstanten Preisen\*)**

Jahr	Jeweilige Preise					Konstante Preise				
	Inlandsversorgung des Bundesgebietes	davon durch Produkte aus dem ...				Inlandsversorgung des Bundesgebietes	davon durch Produkte aus dem ...			
		Bundesgebiet	davon		Ausland		Bundesgebiet	davon		Ausland
			Baden-Württemberg	andere Bundesländer				Baden-Württemberg	andere Bundesländer	
	Mill. DM	%				Mill. DM	%			
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes										
1970	97 929,8	84,9	17,7	67,2	15,1	184 115,0	85,1	17,8	67,3	14,9
1980	194 136,7	73,0	15,1	57,8	27,0	227 004,2	73,2	15,2	58,1	26,8
1985	211 416,2	69,8	14,5	55,3	30,2	211 416,1	69,8	14,5	55,3	30,2
1987	227 223,1	68,5	14,0	54,5	31,5	227 305,6	67,2	13,7	53,5	32,8
1988	238 443,3	68,6	13,8	54,8	31,4	235 088,6	67,0	13,5	53,6	33,0
Feinkeramik										
1970	2 097,8	83,5	5,7	77,8	16,5	4 227,6	85,6	5,8	79,8	14,4
1980	4 189,1	62,7	4,7	57,9	37,3	4 963,3	63,6	4,8	58,8	36,4
1985	4 026,8	63,6	5,1	58,5	36,4	4 026,8	63,6	5,1	58,5	36,4
1987	4 203,7	62,9	.	.	37,1	4 043,0	62,9	.	.	37,1
1988	4 453,3	61,9	.	.	38,1	4 176,4	62,2	.	.	37,8
Glas und Glaswaren										
1970	4 295,2	85,6	9,6	76,0	14,4	7 361,4	86,1	9,6	76,5	13,9
1980	8 438,9	79,8	9,8	70,0	20,2	9 334,1	79,5	9,7	69,7	20,5
1985	8 851,8	73,2	9,3	63,9	26,8	8 851,8	73,2	9,3	63,9	26,8
1987	9 650,8	73,1	8,3	64,7	26,9	9 587,4	73,2	8,4	64,8	26,8
1988	10 202,3	72,2	8,0	64,2	27,8	10 126,5	72,4	8,1	64,3	27,6
Holzwaren										
1970	11 618,2	94,5	20,2	74,4	5,5	23 567,3	94,3	20,1	74,2	5,7
1980	28 576,7	87,5	17,8	69,7	12,5	34 084,9	88,3	17,9	70,3	11,7
1985	25 689,1	84,9	16,9	68,0	15,1	25 689,1	84,9	16,9	68,0	15,1
1987	28 045,3	84,1	16,3	67,9	15,9	26 781,1	83,4	16,1	67,3	16,6
1988	30 205,7	83,2	15,6	67,6	16,8	28 190,7	82,2	15,4	66,8	17,8
Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck usw.										
1970	2 626,5	63,8	27,8	36,0	36,2	7 149,1	60,0	26,2	33,8	40,0
1980	10 172,5	42,2	15,5	26,7	57,8	11 649,9	42,5	15,6	26,9	57,5
1985	8 172,1	51,7	19,0	32,7	48,3	8 172,1	51,7	19,0	32,7	48,3
1987	9 277,7	50,6	18,7	32,0	49,4	9 641,6	47,4	17,5	29,9	52,6
1988	10 136,2	49,4	18,6	30,8	50,6	10 389,7	46,6	17,6	29,0	53,4
Papier- und Pappwaren										
1970	7 362,5	95,2	17,7	77,4	4,8	14 801,2	95,8	17,8	78,0	4,2
1980	14 373,7	91,5	17,1	74,4	8,5	17 295,1	91,6	17,1	74,5	8,4
1985	17 580,7	89,2	17,3	71,9	10,8	17 580,7	89,2	17,3	71,9	10,8
1987	18 457,9	88,6	16,9	71,7	11,4	18 630,4	87,9	16,8	71,1	12,1
1988	19 634,5	87,8	17,0	70,7	12,2	19 627,4	86,8	16,8	69,9	13,2
Druckereierzeugnisse, Lichtpausen										
1970	9 579,3	96,7	17,3	79,4	3,3	19 848,2	97,2	17,3	79,9	2,8
1980	19 403,1	94,7	18,1	76,6	5,3	22 798,4	94,6	18,0	76,5	5,4
1985	22 656,7	93,8	18,4	75,5	6,2	22 656,7	93,8	18,4	75,5	6,2
1987	24 943,6	93,7	18,1	75,6	6,3	24 100,8	93,4	18,0	75,4	6,6
1988	26 344,6	93,4	17,9	75,4	6,6	24 881,5	93,0	17,9	75,1	7,0
Kunststofferzeugnisse										
1970	10 325,6	90,4	17,8	72,6	9,6	17 259,5	91,2	18,0	73,2	8,8
1980	26 559,1	84,9	15,6	69,3	15,1	29 456,6	84,8	15,6	69,2	15,2
1985	32 967,9	81,7	15,4	66,4	18,3	32 967,9	81,7	15,4	66,4	18,3
1987	36 758,3	81,2	15,4	65,8	18,8	36 898,6	80,4	15,3	65,2	19,6
1988	40 455,1	81,4	15,3	66,1	18,6	39 592,3	80,3	15,1	65,2	19,7

\*) In Preisen von 1985.

Noch: Tabelle 1

**Struktur der Inlandsversorgung des Bundesgebiets mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes 1970, 1980, 1985, 1987 und 1988 nach Herkunftsgebieten in jeweiligen und in konstanten Preisen\*)**

Jahr	Jeweilige Preise					Konstante Preise				
	Inlandsversorgung des Bundesgebietes	davon durch Produkte aus dem ...				Inlandsversorgung des Bundesgebietes	davon durch Produkte aus dem ...			
		Bundesgebiet	davon		Ausland		Bundesgebiet	davon		Ausland
			Baden-Württemberg	andere Bundesländer				Baden-Württemberg	andere Bundesländer	
	Mill. DM	%				Mill. DM	%			
Leder										
1970	1 117,7	63,8	30,7	33,0	36,2	2 704,0	59,0	28,4	30,5	41,0
1980	1 810,8	46,9	18,3	28,6	53,1	2 435,1	44,7	17,5	27,3	55,3
1985	2 833,2	41,7	18,7	23,0	58,3	2 833,2	41,7	18,7	23,0	58,3
1987	2 630,2	42,6	19,2	23,4	57,4	2 796,8	41,1	18,5	22,6	58,9
1988	2 531,6	42,4	19,5	22,8	57,6	2 656,9	40,7	18,8	21,9	59,3
Lederwaren										
1970	1 529,8	85,5	13,4	72,2	14,5	3 358,6	86,4	13,5	72,9	13,6
1980	2 743,6	58,7	7,3	51,4	41,3	3 268,7	57,8	7,2	50,6	42,2
1985	2 608,0	51,0	5,7	45,2	49,0	2 608,1	51,0	5,7	45,2	49,0
1987	2 882,2	49,1	5,6	43,4	50,9	2 856,8	47,8	5,5	42,3	52,2
1988	2 827,4	48,0	5,7	42,3	52,0	2 768,2	46,8	5,5	41,2	53,2
Schuhe										
1970	3 874,0	78,9	14,7	64,2	21,1	8 466,4	80,1	14,9	65,1	19,9
1980	7 281,8	51,0	9,3	41,7	49,0	8 699,6	50,1	9,2	40,9	49,9
1985	8 225,3	42,3	6,4	35,9	57,7	8 225,3	42,3	6,4	35,9	57,7
1987	8 647,2	39,2	6,1	33,2	60,8	8 612,5	38,1	5,9	32,2	61,9
1988	8 349,1	39,7	6,4	33,3	60,3	8 207,3	38,6	6,2	32,4	61,4
Textilien										
1970	27 610,1	75,8	21,6	54,2	24,2	46 813,6	75,2	21,4	53,7	24,8
1980	41 673,9	58,5	18,6	39,8	41,5	49 250,2	58,9	18,8	40,1	41,1
1985	46 338,5	53,3	16,2	37,1	46,7	46 338,5	53,3	16,2	37,1	46,7
1987	47 002,6	50,8	14,9	35,9	49,2	48 909,5	49,2	14,4	34,8	50,8
1988	47 709,9	50,5	14,3	36,2	49,5	49 341,3	49,0	13,9	35,1	51,0
Bekleidung										
1970	15 893,1	84,8	11,9	72,9	15,2	28 569,1	84,8	11,9	72,9	15,2
1980	28 879,9	63,5	9,0	54,6	36,5	33 597,5	64,8	9,1	55,7	35,2
1985	31 412,6	56,9	8,8	48,1	43,1	31 412,7	56,9	8,8	48,1	43,1
1987	34 656,2	52,6	8,5	44,1	47,4	34 324,7	51,4	8,3	43,1	48,6
1988	35 517,3	52,5	8,1	44,4	47,5	34 972,0	50,9	7,8	43,1	49,1
Reparatur von Gebrauchsgütern ohne elektrische Geräte										
1970	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1980	33,6	100	77,7	22,3	—	39,4	100	77,7	22,3	—
1985	53,3	100	62,5	37,5	—	53,3	100	62,5	37,5	—
1987	67,5	100	.	.	—	66,2	100	.	.	—
1988	76,1	100	.	.	—	73,3	100	.	.	—
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes										
1970	74 584,2	87,9	9,6	78,2	12,1	122 440,4	88,3	9,7	78,6	11,7
1980	139 389,1	85,2	10,1	75,1	14,8	158 677,6	85,3	10,2	75,1	14,7
1985	166 995,6	82,9	9,1	73,9	17,1	166 995,6	82,9	9,1	73,9	17,1
1987	162 442,8	84,1	9,3	74,8	15,9	171 338,5	82,4	9,2	73,2	17,6
1988	167 152,9	83,5	9,0	74,5	16,5	173 171,0	82,2	8,9	73,4	17,8

\*) In Preisen von 1985.

Tabelle 2

**Importe ausgewählter Produkte des Verarbeitenden Gewerbes in das Bundesgebiet 1980, 1985, 1988, für ausgewählte Gruppen 1970**  
– in jeweiligen Preisen –

Jahr	Importe insgesamt	Darunter aus													
		EG-Ländern <sup>1)</sup>		darunter aus						EFTA-Ländern		darunter aus			
				Frankreich		Italien		Großbritannien				Schweiz		Österreich	
Mill. DM		%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt															
1970	81 017,0	48 093,9	59,4	11 989,4	14,8	9 393,4	11,6	3 841,6	4,7	10 053,1	12,4	3 007,8	3,7	2 129,6	2,6
1980	245 005,3	138 812,3	56,7	33 011,9	13,5	24 563,0	10,0	14 799,9	6,0	31 805,7	13,0	10 938,0	4,5	8 963,2	3,7
1985	351 514,8	194 881,7	55,4	43 825,0	12,5	33 827,8	9,6	24 460,9	7,0	47 641,7	13,6	15 503,1	4,4	14 133,4	4,0
1988	372 842,9	199 907,2	53,6	47 232,7	12,7	37 312,9	10,0	25 248,7	6,8	54 006,3	14,5	17 921,7	4,8	17 692,4	4,7
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes															
1970	32 793,2	17 064,7	52,0	4 052,8	12,4	1 819,2	5,5	1 327,0	4,0	5 497,9	16,8	1 035,6	3,2	1 002,8	3,1
1980	93 463,2	52 832,0	56,5	11 612,0	12,4	4 541,9	4,9	5 390,7	5,8	14 847,2	15,9	3 822,1	4,1	2 997,6	3,2
1985	133 464,0	77 633,5	58,2	15 680,9	11,7	6 750,1	5,1	10 298,5	7,7	21 909,6	16,4	4 951,4	3,7	4 549,9	3,4
1988	118 804,4	67 501,6	56,8	15 917,7	13,4	7 469,0	6,3	9 361,0	7,9	22 367,5	18,8	5 323,2	4,5	5 038,2	4,2
Spalt- und Brutstoffe															
1980	1 281,3	99,7	7,8	69,6	5,4	3,4	0,3	18,3	1,4	17,7	1,4	4,1	0,3	0,1	0,0
1985	2 917,3	1 495,0	51,2	960,7	32,9	2,9	0,1	152,2	5,2	28,0	1,0	6,5	0,2	0,2	0,0
1988	2 151,8	1 370,9	63,7	827,6	38,5	5,7	0,3	291,9	13,6	151,3	7,0	5,6	0,3	59,9	2,8
Steine und Erden, Asbestwaren															
1980	3 718,5	2 383,6	64,1	487,1	13,1	603,0	16,2	240,2	6,5	463,7	12,5	59,0	1,6	250,1	6,7
1985	4 166,1	2 631,5	63,2	602,3	14,5	588,4	14,1	257,9	6,2	547,0	13,1	63,5	1,5	289,7	7,0
1988	4 263,8	2 824,9	66,3	619,0	14,5	719,1	16,9	277,8	6,5	555,8	13,0	69,7	1,6	306,2	7,2
Eisen und Stahl															
1980	11 143,6	7 314,8	65,6	1 827,8	16,4	968,4	8,7	447,1	4,0	2 053,8	18,4	257,5	2,3	655,0	5,9
1985	14 506,5	9 176,3	63,3	2 034,5	14,0	1 346,9	9,3	990,6	6,8	3 207,2	22,1	409,4	2,8	872,9	6,0
1988	14 983,3	9 703,2	64,8	2 197,5	14,7	1 391,8	9,3	1 166,9	7,8	2 965,8	19,8	394,9	2,6	959,6	6,4
Eisen-, Stahl- und Temperguß															
1980	420,5	276,7	65,8	99,7	23,7	17,7	4,2	49,5	11,8	86,1	20,5	33,1	7,9	38,2	9,1
1985	558,8	354,6	63,5	111,8	20,0	20,9	3,7	67,5	12,1	118,9	21,3	49,9	8,9	51,7	9,3
1988	525,2	337,2	64,2	119,2	22,7	22,8	4,3	41,6	7,9	116,5	22,2	35,2	6,7	55,4	10,5
Zieherei- und Kaltwalzwerkezeugnisse															
1980	1 322,6	938,3	70,9	335,8	25,4	111,3	8,4	28,7	2,2	227,0	17,2	46,6	3,5	66,6	5,0
1985	1 860,0	1 320,6	71,0	414,2	22,3	257,6	13,8	66,1	3,6	365,8	19,7	73,3	3,9	138,3	7,4
1988	1 871,8	1 313,4	70,2	425,7	22,7	280,1	15,0	73,7	3,9	369,6	19,7	60,7	3,2	131,2	7,0
NE-Metalle und Metallhalbzeug															
1980	16 178,0	5 864,5	36,2	1 248,8	7,7	289,7	1,8	1 386,8	8,6	3 491,3	21,6	1 538,0	9,5	306,0	1,9
1985	17 838,7	7 147,5	40,1	1 741,4	9,8	436,1	2,4	1 791,1	10,0	3 626,4	20,3	1 028,0	5,8	540,0	3,0
1988	18 219,6	7 129,9	39,1	1 729,2	9,5	558,1	3,1	1 503,0	8,2	3 519,7	19,3	930,0	5,1	622,1	3,4
NE-Metallguß															
1980	65,9	42,1	63,9	15,5	23,5	11,7	17,8	5,5	8,3	15,4	23,4	5,1	7,7	1,8	2,7
1985	121,5	73,0	60,1	17,8	14,7	28,4	23,4	4,0	3,3	38,2	31,4	16,3	13,4	13,5	11,1
1988	138,8	72,6	52,3	16,8	12,1	32,1	23,1	4,7	3,4	52,0	37,5	25,6	18,4	16,3	11,7
Mineralölzeugnisse															
1980	18 711,0	12 447,0	66,5	1 239,1	6,6	283,2	1,5	656,7	3,5	417,7	2,2	3,0	0,0	12,1	0,1
1985	30 165,6	19 569,5	64,9	1 103,9	3,7	458,3	1,5	2 152,9	7,1	2 009,1	6,7	117,6	0,4	227,4	0,8
1988	10 552,2	7 251,4	68,7	650,8	6,2	101,3	1,0	752,0	7,1	726,7	6,9	27,5	0,3	38,4	0,4

1) Neuester Gebietsstand. – 2) Taiwan, Singapur, Südkorea, Hongkong.

Darunter aus														Jahr
USA/Kanada		Japan		Südostasiatischen Ländern 2)		Staatshandels- ländern		darunter europäische Staatshandels- länder		darunter aus				
										Ungarn		UDSSR		
Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt														
9 681,1	11,9	1 990,7	2,5	950,2	1,2	3 207,8	4,0	2 980,4	3,7	371,4	0,5	823,9	1,0	1970
22 475,1	9,2	10 255,0	4,2	8 124,4	3,3	12 173,9	5,0	10 754,1	4,4	1 594,5	0,7	3 710,5	1,5	1980
29 640,2	8,4	20 481,0	5,8	10 261,6	2,9	16 653,7	4,7	14 325,8	4,1	1 968,1	0,6	6 100,9	1,7	1985
27 699,7	7,4	28 082,1	7,5	15 592,7	4,2	15 436,5	4,1	11 311,4	3,0	2 017,6	0,5	3 388,6	0,9	1988
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes														
4 518,6	13,8	485,6	1,5	30,7	0,1	1 742,6	5,3	1 659,6	5,1	139,5	0,4	644,7	2,0	1970
7 772,0	8,3	1 359,9	1,5	674,7	0,7	7 337,8	7,9	6 769,6	7,2	489,4	0,5	3 334,0	3,6	1980
9 758,9	7,3	2 217,1	1,7	514,5	0,4	9 850,0	7,4	9 225,8	6,9	634,4	0,5	5 716,5	4,3	1985
8 747,3	7,4	2 812,8	2,4	774,1	0,7	6 631,1	5,6	5 989,9	5,0	546,0	0,5	2 926,5	2,5	1988
Spalt- und Brutstoffe														
689,2	53,8	6,7	0,5	—	0,0	209,7	16,4	209,7	16,4	0,0	0,0	209,6	16,4	1980
849,9	29,1	3,5	0,1	0,0	0,0	269,0	9,2	269,0	9,2	0,0	0,0	269,0	9,2	1985
288,1	13,4	2,0	0,1	0,3	0,0	292,3	13,6	272,9	12,7	0,0	0,0	272,9	12,7	1988
Steine und Erden, Asbestwaren														
449,9	12,1	17,2	0,5	6,8	0,2	168,0	4,5	140,2	3,8	3,9	0,1	22,9	0,6	1980
390,9	9,4	62,4	1,5	20,1	0,5	170,9	4,1	128,7	3,1	3,9	0,1	10,8	0,3	1985
288,2	6,8	61,0	1,4	21,5	0,5	160,3	3,8	119,4	2,8	13,2	0,3	3,7	0,1	1988
Eisen und Stahl														
101,0	0,9	246,4	2,2	36,2	0,3	705,3	6,3	704,4	6,3	121,8	1,1	81,6	0,7	1980
158,8	1,1	121,0	0,8	20,9	0,1	683,2	4,7	676,5	4,7	91,2	0,6	76,3	0,5	1985
100,1	0,7	117,8	0,8	112,0	0,7	246,9	1,6	732,9	4,9	112,6	0,8	107,3	0,7	1988
Eisen-, Stahl- und Temperguß														
7,5	1,8	11,9	2,8	6,7	1,6	23,2	5,5	20,0	4,8	3,9	0,9	0,4	0,1	1980
16,1	2,9	18,8	3,4	9,4	1,7	21,0	3,8	20,1	3,6	4,7	0,8	0,8	0,1	1985
7,3	1,4	6,3	1,2	14,0	2,7	24,5	4,7	20,4	3,9	4,5	0,9	0,8	0,2	1988
Zieherei- und Kaltwalzwerkerzeugnisse														
18,8	1,4	32,3	2,4	7,4	0,6	91,0	6,9	90,9	6,9	14,4	1,1	0,0	0,0	1980
17,6	0,9	32,2	1,7	26,6	1,4	75,7	4,1	73,8	4,0	6,4	0,3	1,0	0,1	1985
19,9	1,1	34,0	1,8	23,9	1,3	71,4	3,8	61,8	3,3	10,0	0,5	0,3	0,0	1988
NE-Metalle und Metallhalbzeug														
1 712,4	10,6	126,3	0,8	316,3	2,0	1 390,1	8,6	1 051,5	6,5	57,4	0,4	437,2	2,7	1980
1 523,9	8,5	93,4	0,5	41,4	0,2	1 291,6	7,2	1 118,7	6,3	92,5	0,5	548,7	3,1	1985
1 294,4	7,1	81,3	0,4	117,4	0,6	1 784,2	9,8	1 625,5	8,9	101,1	0,6	897,7	4,9	1988
NE-Metallguß														
5,4	8,2	0,8	1,2	0,0	0,0	0,8	1,2	0,8	1,2	0,7	1,1	0,0	0,0	1980
6,0	4,9	0,8	0,7	0,2	0,2	2,7	2,2	2,6	2,1	2,4	2,0	—	0,0	1985
3,5	2,5	0,7	0,5	0,9	0,6	5,6	4,0	5,6	4,0	4,9	3,5	0,0	0,0	1988
Mineralerzeugnisse														
297,3	1,6	1,1	0,0	27,2	0,1	2 906,8	15,5	2 889,5	15,4	99,1	0,5	1 850,9	9,9	1980
247,6	0,8	6,5	0,0	3,7	0,0	5 060,3	16,8	5 059,7	16,8	142,9	0,5	4 240,6	14,1	1985
232,9	2,2	6,3	0,1	0,8	0,0	1 509,5	14,3	1 503,2	14,2	90,1	0,9	1 135,1	10,8	1988

**Importe ausgewählter Produkte des Verarbeitenden Gewerbes in das Bundesgebiet 1980, 1985, 1988, für ausgewählte Gruppen 1970**  
 – in jeweiligen Preisen –

Jahr	Importe insgesamt	Darunter aus													
		EG-Ländern <sup>1)</sup>	darunter aus						EFTA-Ländern	darunter aus					
			Frankreich		Italien		Großbritannien			Schweiz		Österreich			
Mill. DM		%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%			
Chemische Erzeugnisse															
1970	8 169,6	5 061,8	62,0	1 279,9	15,7	537,1	6,6	390,1	4,8	768,3	9,4	563,1	6,9	62,2	0,8
1980	26 547,8	18 440,6	69,5	4 487,3	16,9	1 455,0	5,5	2 170,0	8,2	2 976,0	11,2	1 610,8	6,1	727,3	2,7
1985	43 772,6	29 277,8	66,9	6 478,6	14,8	2 404,6	5,5	4 267,9	9,8	5 221,9	11,9	2 791,2	6,4	1 204,5	2,8
1988	45 586,9	29 792,3	65,4	6 877,1	15,1	2 987,5	6,6	4 537,0	10,0	6 090,3	13,4	3 312,1	7,3	1 283,9	2,8
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz															
1980	4 006,0	773,9	19,3	328,0	8,2	98,8	2,5	7,5	0,2	1 417,4	35,4	72,4	1,8	382,8	9,6
1985	3 202,2	665,9	20,8	272,9	8,5	119,5	3,7	10,0	0,3	1 233,1	38,5	90,9	2,8	315,3	9,8
1988	3 519,7	716,9	20,4	257,7	7,3	175,7	5,0	6,2	0,2	1 423,5	40,4	106,7	3,0	391,1	11,1
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe															
1980	7 023,5	2 023,9	28,8	630,6	9,0	336,4	4,8	120,1	1,7	3 310,2	47,1	135,6	1,9	362,9	5,2
1985	10 228,5	2 680,3	26,2	899,3	8,8	540,0	5,3	179,8	1,8	5 077,8	49,6	228,5	2,2	628,7	6,1
1988	12 020,5	3 534,1	29,4	1 003,0	8,3	629,8	5,2	228,6	1,9	5 020,1	41,8	265,2	2,2	849,4	7,1
Gummiwaren															
1980	3 044,5	227,0	7,5	842,6	27,7	363,2	11,9	260,3	8,5	324,4	10,7	56,9	1,9	194,6	6,4
1985	4 126,0	3 007,5	72,9	1 043,4	25,3	546,5	13,2	358,7	8,7	435,7	10,6	76,2	1,8	267,5	6,5
1988	4 970,8	3 554,8	71,5	1 194,2	24,0	565,0	11,4	477,7	9,6	526,6	10,6	94,1	1,9	324,8	6,5
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes															
1970	24 651,3	15 577,9	63,2	4 708,4	19,1	3 632,3	14,7	1 936,6	7,9	3 310,7	13,4	1 503,5	6,1	638,0	2,6
1980	78 312,0	43 836,4	56,0	14 133,3	18,0	7 674,3	9,8	6 782,1	8,7	11 279,3	14,4	5 133,4	6,6	3 544,7	4,5
1985	125 680,6	64 807,8	51,6	19 761,7	15,7	11 197,6	8,9	11 374,3	9,1	17 842,4	14,2	7 784,3	6,2	6 063,9	4,8
1988	151 583,5	75 701,0	49,9	22 154,8	14,6	13 254,5	8,7	12 641,3	8,3	22 657,1	14,9	9 518,6	6,3	8 475,6	5,6
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge															
1980	1 187,1	804,6	67,8	288,4	24,3	100,7	8,5	49,6	4,2	307,6	25,9	129,9	10,9	128,2	10,8
1985	1 212,5	715,0	59,0	168,8	13,9	89,4	7,4	53,1	4,4	351,7	29,0	150,4	12,4	145,2	12,0
1988	1 632,1	1 053,8	64,6	263,0	16,1	111,2	6,8	76,4	4,7	420,8	25,8	160,6	9,8	200,0	12,3
Maschinenbauerzeugnisse															
1970	6 549,7	3 784,5	57,8	1 122,9	17,1	895,7	13,7	648,5	9,9	1 341,8	20,5	724,9	11,1	247,9	3,8
1980	16 419,2	8 876,1	54,1	2 437,5	14,8	2 045,7	12,5	1 436,0	8,7	4 108,5	25,0	2 133,5	13,0	990,0	6,0
1985	22 062,1	11 015,2	49,9	2 649,3	12,0	2 853,3	12,9	1 765,2	8,0	5 739,2	26,0	3 152,5	14,3	1 333,8	6,0
1988	25 456,8	12 586,4	49,4	2 869,6	11,3	3 366,8	13,2	1 911,1	7,5	7 131,4	28,0	3 822,1	15,0	1 827,7	7,2
Straßenfahrzeuge															
1970	4 896,9	4 508,4	92,1	1 607,0	32,8	980,6	20,0	308,5	6,3	133,5	2,7	27,5	0,6	41,8	0,9
1980	15 993,9	11 791,6	73,7	3 599,2	22,5	1 776,7	11,1	1 180,5	7,4	969,8	6,1	169,4	1,1	554,0	3,5
1985	24 629,0	15 959,8	64,8	4 185,7	17,0	2 289,3	9,3	1 891,3	7,7	2 794,1	11,3	489,1	2,0	1 894,8	6,9
1988	35 275,6	21 659,1	61,4	5 359,2	15,2	3 311,5	9,4	2 707,3	7,7	3 830,7	10,9	624,1	1,8	2 499,6	7,1
Wasser-, Luft und Raumfahrzeuge															
1980	6 581,7	4 842,8	73,6	3 239,0	49,2	129,0	2,0	1 193,4	18,1	108,7	1,7	24,7	0,4	14,2	0,2
1985	13 063,9	9 250,9	70,8	6 479,1	49,6	268,1	2,1	2 054,1	15,7	170,3	1,3	36,3	0,3	13,6	0,1
1988	11 905,1	8 701,3	73,1	6 581,3	55,3	234,7	2,0	1 360,6	11,4	198,4	1,7	33,4	0,3	17,0	0,1

1) Neuester Gebietsstand. – 2) Taiwan, Singapur, Südkorea, Hongkong.

Darunter aus														Jahr
USA/Kanada		Japan		Südostasiatischen Ländern <sup>2)</sup>		Staathandels- ländern		darunter europäische Staathandels- länder		darunter aus				
										Ungarn		UDSSR		
Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Chemische Erzeugnisse														
1 627,9	19,9	241,6	3,0	9,8	0,1	249,0	3,0	226,3	2,8	27,4	0,3	52,4	0,6	1970
2 474,3	9,3	763,2	2,9	71,4	0,3	1 185,8	4,5	1 006,7	3,8	160,3	0,6	407,5	1,5	1980
4 101,4	9,4	1 641,3	3,7	241,6	0,6	1 632,9	3,7	1 250,0	2,9	264,6	0,6	324,3	0,7	1985
3 864,4	8,5	2 125,8	4,7	241,6	0,5	1 314,8	2,9	962,9	2,1	173,6	0,4	195,0	0,4	1988
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz														
554,1	13,8	5,4	0,1	109,3	2,7	434,2	10,8	433,8	10,8	11,9	0,3	238,4	6,0	1980
380,1	11,9	1,1	0,0	69,5	2,2	348,1	10,9	348,0	10,9	6,6	0,2	172,9	5,4	1985
421,3	12,0	1,1	0,0	71,0	2,0	398,1	11,3	397,2	11,3	5,5	0,2	211,4	6,0	1988
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe														
1 338,6	19,1	15,3	0,2	0,2	0,0	162,3	2,3	162,3	2,3	1,8	0,0	84,1	1,2	1980
1 219,1	11,9	15,4	0,2	0,3	0,0	221,5	2,2	221,5	2,2	3,8	0,0	70,1	0,7	1985
2 041,7	17,0	38,1	0,3	0,2	0,0	222,7	1,9	222,4	1,9	8,0	0,1	101,4	0,8	1988
Gummiwaren														
122,3	4,0	133,3	4,4	93,4	3,1	60,7	2,0	59,9	2,0	14,2	0,5	1,5	0,0	1980
167,6	4,1	220,7	5,3	80,9	2,0	73,0	1,8	57,3	1,4	15,3	0,4	2,0	0,0	1985
185,8	3,7	338,5	6,8	134,9	2,7	100,7	2,0	64,9	1,7	22,5	0,5	1,0	0,0	1988
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes														
4 086,1	16,6	958,7	3,9	76,2	0,3	355,7	1,4	355,0	1,4	63,2	0,3	68,0	0,3	1970
10 170,3	13,0	7 829,5	10,0	2 355,6	3,0	951,2	1,2	914,4	1,2	273,4	0,3	72,8	0,1	1980
17 144,8	13,6	17 024,2	13,5	3 807,1	3,0	1 219,3	1,0	1 051,2	0,8	311,9	0,2	124,4	0,1	1985
16 250,8	10,7	23 815,5	15,7	7 262,9	4,8	1 781,2	1,2	1 225,5	0,8	428,7	0,3	180,4	0,1	1988
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge														
30,6	2,6	3,2	0,3	5,1	0,4	23,0	1,9	23,0	1,9	5,7	0,5	0,0	0,0	1980
65,5	5,4	1,9	0,2	35,6	2,9	26,6	2,2	26,6	2,2	5,3	0,4	0,1	0,0	1985
36,7	2,2	9,0	0,6	5,5	0,3	73,9	4,5	73,6	4,5	15,6	1,0	5,1	0,3	1988
Maschinenbauerzeugnisse														
1 031,6	15,8	172,6	2,6	4,7	0,1	145,1	2,2	145,1	2,2	16,2	0,2	20,5	0,3	1970
1 936,0	11,8	838,7	5,1	85,0	0,5	336,2	2,0	329,8	2,0	100,6	0,6	22,8	0,1	1980
1 621,8	11,9	1 662,4	7,5	191,8	0,9	384,1	1,7	359,7	1,6	135,2	0,6	38,2	0,2	1985
2 323,5	9,1	2 180,1	8,6	354,8	1,4	453,3	1,8	397,5	1,6	156,5	0,6	46,3	0,2	1988
Straßenfahrzeuge														
143,1	2,9	14,4	0,3	0,0	0,0	32,3	0,7	32,3	0,7	5,3	0,1	0,3	0,0	1970
385,0	2,4	2 266,7	14,3	12,8	0,1	143,2	0,9	143,1	0,9	15,6	0,1	32,6	0,2	1980
489,9	2,0	4 354,1	17,7	21,5	0,1	102,6	0,4	101,3	0,4	7,7	0,0	48,8	0,2	1985
780,0	2,2	7 698,0	21,8	96,7	0,3	149,4	0,4	146,5	0,4	19,4	0,1	76,3	0,2	1988
Wasser-, Luft und Raumfahrzeuge														
1 456,9	22,1	34,3	0,5	43,7	0,7	11,0	0,2	10,8	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	1980
2 779,1	21,3	33,7	0,3	181,2	1,4	168,0	1,3	127,3	1,0	0,2	0,0	14,1	0,1	1985
2 650,2	22,3	32,9	0,3	20,3	0,2	24,0	0,2	20,8	0,2	0,8	0,0	15,5	0,1	1988



**Importe ausgewählter Produkte des Verarbeitenden Gewerbes in das Bundesgebiet 1980, 1985, 1988, für ausgewählte Gruppen 1970**  
 – in jeweiligen Preisen –

Jahr	Importe insgesamt	Darunter aus													
		EG-Ländern <sup>1)</sup>		darunter aus						EFTA-Ländern		darunter aus			
				Frankreich		Italien		Großbritannien				Schweiz		Österreich	
		Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Elektrotechnische Erzeugnisse															
1970	5 761,4	3 525,7	61,2	703,9	12,2	958,4	16,6	341,3	5,9	651,5	11,3	319,0	5,5	193,5	3,4
1980	20 778,8	9 390,4	45,2	2 545,4	12,2	1 788,5	8,6	1 379,9	6,6	3 093,4	14,9	1 337,8	6,4	1 235,9	5,9
1985	34 596,3	14 354,4	41,5	3 425,7	9,9	2 658,7	7,7	2 716,9	7,9	4 719,6	13,6	2 028,3	5,9	1 943,3	5,6
1988	42 327,1	16 967,6	40,1	4 047,5	9,6	3 154,3	7,5	3 277,4	7,7	6 357,8	15,0	2 536,2	6,0	2 826,3	6,7
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren															
1970	1 146,7	532,7	46,5	143,4	12,5	77,2	6,7	130,8	11,4	264,1	23,0	210,3	18,3	27,8	2,4
1980	4 858,7	1 681,8	34,6	481,0	9,9	226,1	4,7	386,9	8,0	867,4	17,9	654,6	13,5	113,9	2,3
1985	6 713,2	1 923,4	28,7	572,8	8,5	325,9	4,9	377,0	5,6	1 171,4	17,4	870,4	13,0	167,9	2,5
1988	7 910,0	2 410,6	30,5	635,1	8,0	377,5	4,8	428,9	5,4	1 319,0	16,7	1 006,5	12,7	185,2	2,1
Erzeugnisse der Stahlverformung															
1980	1 134,9	671,7	59,2	130,2	11,5	283,5	25,0	73,8	6,5	230,8	20,3	114,3	10,1	64,2	5,7
1985	1 715,1	958,7	55,9	160,6	9,4	401,1	23,4	114,0	6,6	402,2	23,5	204,0	11,9	110,7	6,5
1988	2 202,1	1 245,1	56,5	224,8	10,2	520,4	23,6	129,9	5,9	515,3	23,4	284,7	12,0	130,5	5,9
Eisen-, Blech- und Metallwaren															
1970	1 734,1	1 155,4	66,6	236,8	13,7	305,3	17,6	104,2	6,0	286,1	16,5	99,4	5,7	73,5	4,2
1980	5 428,8	3 128,6	57,6	668,6	12,3	855,3	15,8	298,8	5,5	1 172,1	21,6	482,8	8,9	383,3	7,1
1985	6 699,1	3 749,5	56,0	708,7	10,6	1 140,4	17,0	361,2	5,4	1 398,1	20,9	710,0	10,6	540,9	8,1
1988	8 085,3	4 279,7	52,9	791,2	9,8	1 308,0	16,2	362,3	4,5	2 059,6	25,5	907,6	11,2	716,9	8,9
Büromaschinen, ADV															
1970	1 981,2	999,5	50,4	421,6	21,3	273,3	13,8	166,0	8,4	127,3	6,4	35,7	1,8	4,8	0,2
1980	5 784,9	2 663,7	46,0	739,2	12,8	464,7	8,0	778,6	13,5	363,7	6,3	84,8	1,5	42,7	0,7
1985	14 917,0	6 883,4	46,1	1 409,8	9,5	1 168,0	7,8	2 040,9	13,7	817,8	5,5	143,2	1,0	110,9	0,7
1988	16 696,6	6 736,6	40,3	1 380,8	8,3	867,7	5,2	2 386,3	14,3	778,9	4,7	162,0	1,0	82,1	0,5
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes															
1970	14 457,6	10 126,7	70,0	2 031,9	14,1	3 493,3	24,2	472,9	3,3	1 002,1	6,9	389,0	2,7	457,4	3,2
1980	52 471,1	28 675,3	54,6	4 569,1	8,7	11 200,4	21,3	1 935,6	3,7	5 072,8	9,7	1 737,1	3,3	2 325,6	4,4
1985	63 827,5	34 079,9	53,4	4 772,1	7,5	14 118,8	22,1	1 998,4	3,1	6 905,9	10,8	2 380,7	3,7	3 262,1	5,1
1988	74 846,6	37 508,2	50,1	5 055,2	6,8	14 679,2	19,6	2 428,8	3,2	8 041,9	10,7	2 707,7	3,6	3 903,3	5,2
Feinkeramik															
1980	1 551,1	1 211,2	78,1	121,9	7,9	775,6	50,0	94,2	6,1	72,2	4,7	27,1	1,7	32,4	2,1
1985	1 465,4	1 112,4	75,9	143,0	9,8	621,5	42,4	100,4	6,9	88,3	6,0	36,0	2,5	40,1	2,7
1988	1 697,2	1 293,1	76,2	155,2	9,1	757,7	44,6	96,9	5,7	81,6	4,8	34,1	2,0	37,0	2,2
Glas- und Glaswaren															
1980	1 705,0	1 165,2	68,3	321,8	18,9	224,3	13,2	92,2	5,4	211,8	12,4	36,9	2,2	83,5	4,9
1985	2 372,6	1 538,8	64,9	450,2	19,0	341,3	14,4	100,1	4,2	302,3	12,7	59,2	2,5	144,7	6,1
1988	2 832,3	1 884,1	66,5	484,1	17,1	409,3	14,5	113,8	4,0	367,9	13,0	60,2	2,1	152,6	5,4
Holzwaren															
1980	3 577,9	2 152,3	60,2	168,9	4,7	943,2	26,4	129,9	3,6	598,3	16,7	73,5	2,1	217,9	6,1
1985	3 877,2	2 129,6	54,9	155,4	4,0	823,1	21,2	78,1	2,0	752,7	19,4	79,1	2,0	317,6	8,2
1988	5 060,7	2 841,7	56,2	203,4	4,0	1 054,5	20,8	102,1	2,0	902,6	17,8	112,7	2,2	389,3	7,7

1) Neuester Gebieterstand. – 2) Taiwan, Singapur, Südkorea, Hongkong.

Darunter aus														Jahr
USA/Kanada		Japan		Südostasiatischen Ländern <sup>2)</sup>		Staatshandels- ländern		darunter europäische Staatshandels- länder		darunter aus				
										Ungarn		UDSSR		
Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Elektrotechnische Erzeugnisse														
1 105,9	19,2	376,7	6,5	57,6	1,0	60,1	1,0	60,1	1,0	32,7	0,6	3,9	0,1	1970
3 075,1	14,8	2 802,7	13,5	1 506,1	7,2	211,5	1,0	208,2	1,0	78,9	0,4	10,7	0,1	1980
5 225,0	15,1	6 668,8	19,3	1 995,4	5,8	234,9	0,7	221,5	0,6	96,2	0,3	13,0	0,0	1985
4 603,2	10,9	8 463,0	20,0	3 749,3	8,9	631,7	1,5	336,0	0,8	149,6	0,4	27,4	0,1	1988
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren														
176,1	15,4	148,3	12,9	7,1	0,6	9,4	0,8	9,2	0,8	1,1	0,1	2,8	0,2	1970
647,5	13,3	1 140,9	23,5	364,9	7,5	36,4	0,7	35,1	0,7	9,0	0,2	3,4	0,1	1980
1 153,7	17,2	1 882,2	28,0	344,8	5,1	48,7	0,7	43,9	0,7	13,8	0,2	4,3	0,1	1985
1 002,7	12,7	2 315,4	29,3	547,0	6,9	80,3	1,0	30,4	0,4	12,7	0,2	4,5	0,1	1988
Erzeugnisse der Stahlverformung														
84,2	7,4	50,2	4,4	35,9	3,2	32,8	2,9	26,3	2,3	4,3	0,4	0,1	0,0	1980
134,8	7,9	52,9	3,1	43,6	2,5	88,6	5,2	55,9	3,3	11,8	0,7	0,9	0,1	1985
119,0	5,4	69,3	3,1	88,4	4,0	103,7	4,7	72,2	3,3	17,6	0,8	0,7	0,0	1988
Eisen-, Blech- und Metallwaren														
136,7	7,9	93,9	5,4	6,3	0,4	41,3	2,4	41,0	2,4	12,5	0,7	1,7	0,1	1970
310,7	5,7	305,1	5,6	221,1	4,1	136,4	2,5	117,4	2,2	43,6	0,8	2,2	0,0	1980
325,4	4,9	329,7	4,9	306,0	4,6	155,5	2,3	113,8	1,7	36,9	0,6	4,6	0,1	1985
364,6	4,5	363,4	4,5	503,0	6,2	234,1	2,9	134,7	1,7	50,2	0,6	4,5	0,1	1988
Büromaschinen, ADV														
715,0	36,1	118,2	6,0	0,2	0,0	4,1	0,2	4,1	0,2	0,0	0,0	—	0,0	1970
2 243,8	38,8	367,8	6,4	80,5	1,4	19,1	0,3	19,1	0,3	15,0	0,3	0,8	0,0	1980
4 349,3	29,2	2 038,1	13,7	687,3	4,6	8,8	0,1	8,6	0,1	4,4	0,0	0,5	0,0	1985
4 389,9	26,3	2 684,3	16,1	1 898,0	11,4	26,8	0,2	9,9	0,1	4,1	0,0	0,1	0,0	1988
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes														
409,6	2,8	444,4	3,1	643,1	4,4	469,3	3,2	413,8	2,9	66,0	0,5	22,2	0,2	1970
2 787,7	5,3	997,8	1,9	4 852,2	9,2	2 870,8	5,5	2 263,2	4,3	585,3	1,1	241,4	0,5	1980
1 644,1	2,6	1 130,8	1,8	5 762,6	9,0	4 148,4	6,5	2 930,1	4,6	624,4	1,0	192,1	0,3	1985
1 767,9	2,4	1 381,5	1,8	7 479,8	10,0	5 687,6	7,6	3 129,8	4,2	7 158,0	9,6	213,6	0,3	1988
Feinkeramik														
21,3	1,4	123,4	8,0	76,2	4,9	18,5	1,2	13,5	0,9	6,1	0,4	1,4	0,1	1980
55,8	3,8	59,5	4,1	73,3	5,0	30,8	2,1	23,8	1,6	9,8	0,7	3,1	0,2	1985
31,0	1,8	61,8	3,6	96,6	5,7	70,9	4,2	44,8	2,6	11,1	0,7	6,2	0,4	1988
Glas- und Glaswaren														
117,0	6,9	20,5	1,2	32,9	1,9	112,5	6,6	111,2	6,5	26,5	1,6	4,7	0,3	1980
182,3	7,7	38,4	1,6	39,6	1,7	151,2	6,4	147,9	6,2	26,3	1,1	5,5	0,2	1985
151,4	5,3	38,6	1,4	59,4	2,1	209,0	7,4	199,3	7,0	25,2	0,9	5,4	0,2	1988
Holzwaren														
28,0	0,8	15,6	0,4	122,2	3,4	460,2	12,9	377,3	10,5	70,0	2,0	8,6	0,2	1980
18,6	0,5	12,8	0,3	88,0	2,3	843,6	18,6	556,7	14,4	63,1	1,6	18,4	0,5	1985
31,1	0,6	31,9	0,6	130,9	2,6	790,1	15,6	685,3	13,5	92,8	1,8	30,1	0,6	1988

**Importe ausgewählter Produkte des Verarbeitenden Gewerbes in das Bundesgebiet 1980, 1985, 1988, für ausgewählte Gruppen 1970**  
 — in jeweiligen Preisen —

Jahr	Importe insgesamt	Darunter aus													
		EG-Ländern <sup>1)</sup>		darunter aus						EFTA-Ländern		darunter aus			
				Frankreich		Italien		Großbritannien				Schweiz		Österreich	
				Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Musikinstrumente, Spielwaren usw.															
1980	5 866,8	1 631,1	27,8	173,5	3,0	551,5	9,4	215,7	3,7	487,1	8,3	185,0	3,2	249,4	4,3
1985	3 947,9	1 373,7	34,8	190,8	4,8	473,7	12,0	200,4	5,1	488,4	12,4	183,8	4,7	249,6	6,3
1988	5 125,5	1 783,3	34,8	263,2	5,1	660,4	12,9	212,8	4,2	578,1	11,3	235,3	4,6	286,7	5,6
Papier- und Pappwaren															
1980	1 231,8	828,7	67,3	188,9	15,3	63,5	5,2	75,9	6,2	237,0	19,2	44,7	3,6	125,3	10,2
1985	1 891,8	1 187,1	62,7	275,3	14,6	153,2	8,1	82,6	4,4	531,2	28,1	87,4	4,6	254,6	13,5
1988	2 398,3	1 330,0	55,5	346,3	14,4	240,8	10,0	132,5	5,5	712,9	29,7	115,5	4,8	338,4	14,1
Druckereierzeugnisse, Lichtpausen															
1980	1 039,8	556,2	53,5	99,9	9,6	141,6	13,6	104,7	10,1	347,7	33,4	174,5	16,8	149,4	14,4
1985	1 403,0	699,1	49,8	138,0	9,8	129,8	9,3	123,7	0,0	442,2	31,5	223,2	15,9	189,2	13,5
1988	1 745,0	926,9	53,1	156,9	9,0	187,8	10,8	174,3	10,0	516,7	29,6	246,5	14,1	241,3	13,8
Kunststofferzeugnisse															
1980	3 984,6	2 886,3	72,4	590,1	14,8	806,8	20,2	225,5	5,7	472,5	11,9	233,5	5,9	222,3	5,6
1985	6 020,3	3 997,3	66,4	738,7	12,3	953,0	15,8	349,0	5,8	959,3	15,9	402,6	6,7	380,1	6,3
1988	7 530,9	4 879,9	64,8	902,6	12,0	1 085,2	14,4	461,9	6,1	1 251,1	16,6	532,1	7,1	506,8	6,7
Leder															
1980	961,0	616,9	64,2	101,4	10,6	356,1	37,1	32,4	3,4	23,9	2,5	12,6	1,3	31,4	3,3
1985	1 652,9	1 162,0	70,3	104,3	6,3	861,9	52,1	47,7	2,9	140,2	8,5	22,9	1,4	77,2	4,7
1988	1 459,3	903,6	61,9	72,3	5,0	688,2	47,2	29,7	2,0	135,2	9,3	27,1	1,9	135,9	9,3
Lederwaren															
1980	1 133,0	480,8	42,4	41,9	3,7	330,6	29,2	3,1	0,3	24,9	2,2	7,6	0,7	14,2	1,3
1985	1 279,2	474,8	37,1	34,6	2,7	305,4	23,9	16,0	1,3	34,1	2,7	9,9	0,8	20,4	1,6
1988	1 471,1	482,8	32,8	50,7	3,4	294,4	20,0	20,0	1,4	26,0	1,8	9,7	0,7	14,3	1,0
Schuhe															
1980	3 569,3	2 621,4	73,4	255,4	7,2	1 830,6	51,3	0,8	0,0	304,4	8,5	57,0	1,6	232,3	6,5
1985	4 745,9	3 228,4	68,0	243,7	5,1	2 188,4	46,1	33,9	0,7	374,1	7,9	84,1	1,8	275,7	5,8
1988	5 033,2	3 172,4	63,0	185,4	3,7	1 940,8	38,6	48,6	1,0	377,8	7,5	69,0	1,4	299,1	5,9
Textilien															
1970	6 546,8	4 801,1	73,3	1 038,7	15,9	1 671,6	25,5	186,2	2,8	344,7	5,3	153,6	2,3	164,5	2,5
1980	17 309,5	10 242,2	59,2	1 861,8	10,8	3 789,4	21,9	73,0	0,4	1 526,8	8,8	738,5	4,3	647,1	3,7
1985	21 647,9	12 455,4	57,5	1 780,5	8,2	5 418,8	25,0	614,4	2,8	2 092,3	9,7	1 042,2	4,8	883,1	4,1
1988	23 623,3	12 859,1	54,4	1 707,2	7,2	5 502,9	23,3	721,6	3,1	2 247,1	9,5	1 092,9	4,6	1 001,7	4,2
Bekleidung															
1980	10 540,4	4 282,4	40,6	643,6	6,1	1 386,9	13,2	20,5	0,2	697,3	6,6	146,1	1,4	320,6	3,0
1985	13 523,4	4 721,2	34,9	517,6	3,8	1 848,7	13,7	252,2	1,9	700,9	5,2	150,2	1,1	429,7	3,2
1988	16 869,7	5 151,2	30,5	527,9	3,1	1 857,9	11,0	314,6	1,9	784,9	4,7	172,7	1,0	500,2	3,0
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes															
1970	9 115,0	5 324,6	58,4	1 196,2	13,1	448,5	4,9	105,1	1,2	242,4	2,7	79,7	0,9	31,4	0,3
1980	20 758,9	13 370,8	64,4	2 697,5	13,0	1 146,3	5,5	691,4	3,3	606,3	2,9	245,5	1,2	245,5	1,2
1985	28 542,7	18 360,5	64,3	3 610,3	12,6	1 761,4	6,2	789,6	2,8	983,9	3,4	386,7	1,4	257,5	0,9
1988	27 608,5	19 196,5	69,5	4 105,0	14,9	1 910,2	6,9	817,6	3,0	372,2	1,3	372,2	1,3	275,2	1,0

1) Neuester Gebietsstand. — 2) Taiwan, Singapur, Südkorea, Hongkong.

Darunter aus														Jahr
USA/Kanada		Japan		Südostasiatischen. Ländern <sup>2)</sup>		Staatshandels- ländern		darunter europäische Staatshandels- länder		darunter aus				
										Ungarn		UDSSR		
Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Musikinstrumente, Spielwaren usw.														
1 717,0	29,3	303,5	5,2	516,4	8,8	227,3	3,9	203,0	3,5	14,1	0,2	152,7	2,6	1980
287,9	7,3	361,0	9,1	614,0	15,6	201,5	5,1	141,8	3,6	8,6	0,2	99,5	2,5	1985
406,8	7,9	387,5	7,6	839,5	16,4	541,7	10,6	156,1	3,0	13,3	0,3	100,6	2,0	1988
Papier- und Pappwaren														
71,2	5,8	20,6	1,7	56,8	4,6	7,9	0,6	3,3	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	1980
46,0	2,4	27,6	1,5	47,3	2,5	18,4	1,0	8,5	0,4	0,7	0,0	0,5	0,0	1985
52,7	2,2	63,6	2,7	66,6	2,8	96,0	4,0	11,3	0,5	1,3	0,1	0,3	0,0	1988
Druckereierzeugnisse, Lichtpausen														
68,4	6,6	18,9	1,8	13,1	1,3	15,5	1,6	16,1	1,5	6,4	0,6	1,0	0,1	1980
138,1	9,8	54,6	3,9	17,7	1,3	23,2	1,7	22,4	1,6	6,7	0,5	1,0	0,1	1985
136,5	7,8	61,5	3,5	30,2	1,7	29,8	1,7	26,8	1,5	8,8	0,5	1,4	0,1	1988
Kunststoffzeugnisse														
236,3	5,9	81,9	2,1	124,1	3,1	27,1	0,7	26,0	0,7	5,1	0,1	1,2	0,0	1980
514,1	8,5	175,4	2,9	239,5	4,0	50,1	0,8	40,0	0,7	6,4	0,1	1,1	0,0	1985
433,8	5,8	274,7	3,6	426,2	5,7	127,8	1,7	60,0	0,8	14,4	0,2	0,5	0,0	1988
Leder														
34,0	3,5	19,6	2,0	3,9	0,4	6,6	0,7	6,4	0,7	3,5	0,4	0,6	0,1	1980
32,2	1,9	21,2	1,3	3,3	0,2	7,7	0,5	7,3	0,4	5,7	0,3	0,3	0,0	1985
77,6	5,3	18,8	1,3	6,6	0,5	8,1	0,6	8,0	0,5	3,3	0,2	2,1	0,1	1988
Lederwaren														
11,4	1,0	17,8	1,6	325,6	28,7	120,4	10,6	40,5	3,6	20,1	1,8	0,0	0,0	1980
7,2	0,6	12,3	1,0	338,1	26,4	192,4	15,0	57,0	4,5	20,8	1,6	0,0	0,0	1985
10,9	0,7	10,6	0,7	401,0	27,3	298,9	20,3	54,8	3,7	23,5	1,6	0,0	0,0	1988
Schuhe														
13,2	0,4	5,5	0,2	234,3	6,6	140,7	3,9	128,2	3,6	25,6	0,7	1,1	0,0	1980
10,4	0,2	4,8	0,1	278,1	5,9	297,5	6,3	261,3	5,5	90,1	1,9	2,8	0,1	1985
23,0	0,5	3,6	0,1	442,0	8,8	299,4	5,9	226,8	4,5	98,1	1,9	5,7	0,1	1988
Textilien														
72,8	1,1	138,0	2,1	230,9	3,5	165,7	2,5	140,0	2,1	17,2	0,3	13,1	0,2	1970
330,2	1,9	279,7	1,6	1 062,8	6,1	749,1	4,3	555,7	3,2	141,7	0,8	60,4	0,3	1980
315,1	1,5	283,8	1,3	1 420,5	6,6	963,6	4,5	568,0	2,6	95,6	0,4	55,5	0,3	1985
371,2	1,6	316,2	1,3	1 713,9	7,3	982,1	4,2	479,8	2,0	117,5	0,5	53,5	0,2	1988
Bekleidung														
139,9	1,3	90,7	0,9	2 283,9	21,7	983,9	9,3	782,0	7,4	266,1	2,5	9,9	0,1	1980
36,5	0,3	79,4	0,6	2 603,1	19,2	1 568,3	11,6	1 095,5	8,1	290,6	2,1	4,5	0,0	1985
41,8	0,2	112,7	0,7	3 266,8	19,4	2 233,7	13,2	1 176,8	7,0	306,4	1,8	7,8	0,0	1988
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes														
666,8	7,3	102,1	1,1	200,2	2,2	640,3	7,0	552,0	6,1	102,6	1,1	89,1	1,0	1970
1 744,8	8,4	67,8	0,3	242,9	1,2	1 014,0	4,9	806,9	3,9	246,4	1,2	62,5	0,3	1980
1 092,5	3,8	108,9	0,4	127,4	0,4	1 436,1	5,0	1 118,7	3,9	397,3	1,4	67,9	0,2	1985
933,7	3,4	72,3	0,3	76,0	0,3	1 336,6	4,8	966,2	3,5	327,1	1,2	68,2	0,2	1988

Tabelle 3

**Umsätze insgesamt sowie Inlandsumsätze und Auslandsumsätze des Verarbeitenden Gewerbes für das Bundesgebiet und Baden-Württemberg 1970, 1980, 1985, 1988 und 1989 nach Branchen in jeweiligen Preisen**

Jahr	Umsätze insgesamt		Davon			
			Inlandsumsätze		Auslandsumsätze	
	Baden- Württemberg	Bundesgebiet	Baden- Württemberg	Bundesgebiet	Baden- Württemberg	Bundesgebiet
	Mill. DM					
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt						
1970	89 001,1	517 333,5	71 052,0	417 636,5	17 949,1	99 697,0
1980	186 771,5	1 034 967,8	137 273,6	770 709,3	49 497,9	264 258,5
1985	232 304,6	1 271 274,4	156 828,3	872 343,6	75 476,4	398 930,8
1988	253 841,7	1 343 829,1	170 337,7	914 651,9	83 504,1	429 177,3
1989	272 622,1	1 453 383,2	180 793,2	979 809,3	91 828,8	473 573,9
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes						
1970	16 365,6	153 049,1	14 493,4	123 825,9	1 872,2	29 223,1
1980	32 206,8	311 516,7	26 756,8	233 699,2	5 450,0	77 817,4
1985	40 755,0	366 880,6	31 453,0	252 626,2	9 302,0	114 254,3
1988	41 390,2	343 341,5	30 934,4	228 447,2	10 455,8	114 894,3
1989	43 929,8	374 026,9	32 581,8	248 729,4	11 348,0	125 297,5
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes						
1970	45 582,2	203 648,9	31 983,0	145 073,8	13 599,2	58 575,1
1980	104 467,2	428 162,5	67 009,6	276 589,2	37 457,6	151 573,3
1985	135 795,0	564 075,1	79 525,2	333 675,9	56 269,8	230 399,2
1988	154 069,9	639 382,0	91 497,3	383 063,6	62 572,6	256 318,4
1989	167 151,9	696 293,4	98 464,0	412 474,6	68 688,0	283 818,8
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes						
1970	19 718,2	93 206,2	17 379,4	83 186,3	2 338,8	10 019,8
1980	34 916,9	166 898,0	29 365,7	141 644,7	5 551,2	25 253,3
1985	38 958,0	186 569,9	30 725,1	147 588,6	8 232,9	38 981,3
1988	41 695,8	206 750,6	32 853,4	163 596,7	8 842,3	43 153,9
1989	44 260,9	220 864,6	34 356,9	172 679,1	9 904,1	48 185,5
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes						
1970	7 335,2	67 429,4	7 196,2	65 550,4	139,0	1 879,0
1980	15 180,6	128 390,7	14 141,5	118 776,2	1 039,1	9 614,4
1985	16 796,7	153 748,8	15 125,0	138 452,9	1 671,7	15 296,0
1988	16 685,9	154 355,1	15 052,5	139 544,4	1 633,4	14 810,7
1989	17 279,3	162 198,3	15 390,6	145 926,2	1 888,7	16 272,0

Tabelle 4

**Anteil der Exporte Baden-Württembergs am Bundesgebiet sowie Anteil der Bereiche an den Exporten des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt für Baden-Württemberg und das Bundesgebiet**

Produktionsgruppe	Kumulierte Anteile Baden-Württembergs am Bundesgebiet		Anteil am Verarbeitenden Gewerbe insgesamt					
			Baden-Württemberg			Bundesgebiet		
	1975-80	1980-88	1975-80	1980-88	1988	1975-80	1980-88	1988
	%							
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>17,2</b>	<b>17,8</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	7,7	8,6	12,5	13,0	12,9	27,9	26,9	25,5
Spalt- und Brutstoffe	0,1	0,8	0,0	0,0	0,0	0,2	0,3	0,1
Steine und Erden, Asbestwaren	6,3	8,2	0,4	0,4	0,5	1,1	1,0	0,9
Eisen und Stahl	2,2	2,2	0,8	0,6	0,6	6,1	4,6	4,0
Eisen-, Stahl- und Temperguß	12,0	13,3	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Zieherei- und Kaltwalzwerkezeugnisse	5,6	5,6	0,3	0,2	0,2	0,8	0,6	0,5
NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug	10,1	9,9	1,4	1,3	1,3	2,3	2,4	2,2
NE-Metallguß	20,7	20,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mineralölerzeugnisse	9,0	13,8	0,6	0,9	0,6	1,2	1,1	0,5
Chemische Erzeugnisse	8,3	8,7	6,5	7,0	6,9	13,6	14,2	14,3
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	21,0	20,8	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe	20,5	21,2	1,0	1,4	1,5	0,8	1,1	1,3
Gummiwaren	14,2	11,2	0,9	0,6	0,7	1,0	1,0	1,0
<b>Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes</b>	<b>22,3</b>	<b>22,9</b>	<b>72,4</b>	<b>72,5</b>	<b>73,1</b>	<b>56,0</b>	<b>56,2</b>	<b>57,3</b>
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	9,8	13,2	0,7	0,7	0,8	1,3	1,0	0,8
Maschinenbauerzeugnisse	24,2	25,6	26,0	23,1	23,3	18,5	16,0	15,8
Straßenfahrzeuge	23,9	25,4	22,0	25,7	24,2	15,9	18,0	18,8
Wasser-, Luft- und Raumfahrzeuge	1,0	1,4	0,1	0,2	0,3	0,0	0,0	2,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	22,6	23,2	13,8	14,0	16,1	10,5	10,8	11,6
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	36,0	25,5	4,4	2,8	3,1	2,1	2,0	2,0
Erzeugnisse der Stahlverformung	17,1	16,5	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9
Eisen-, Blech- und Metallwaren	18,4	18,2	3,2	3,0	3,0	3,0	2,9	2,9
Büromaschinen, ADV	13,5	10,0	1,2	1,2	1,5	1,6	2,2	2,3
<b>Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes</b>	<b>18,6</b>	<b>17,9</b>	<b>12,7</b>	<b>12,2</b>	<b>11,8</b>	<b>11,8</b>	<b>12,2</b>	<b>12,6</b>
Feinkeramik	5,9	5,3	0,2	0,1	0,1	0,5	0,4	0,3
Glas und Glaswaren	12,7	13,5	0,4	0,5	0,5	0,6	0,7	0,7
Holzwaren	18,3	18,3	1,1	1,0	1,1	1,0	1,0	1,0
Musikinstrumente, Spielwaren usw.	29,2	28,7	1,8	1,6	1,2	1,0	1,0	0,8
Papier- und Pappwaren	18,5	20,0	0,6	0,8	0,9	0,5	0,7	0,8
Druckereierzeugnisse, Lichtpausen	20,2	20,3	0,9	0,9	1,0	0,8	0,8	0,9
Kunststoffzeugnisse	17,9	15,5	1,8	1,8	2,0	1,7	2,1	2,5
Leder	32,3	28,8	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Lederwaren	13,1	10,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schuhe	18,7	17,7	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2
Textilien	20,7	20,8	4,6	4,2	3,8	3,8	3,6	3,6
Bekleidung	10,5	8,7	0,8	0,7	0,6	1,3	1,4	1,4
<b>Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes</b>	<b>9,6</b>	<b>8,7</b>	<b>2,4</b>	<b>2,3</b>	<b>2,2</b>	<b>4,4</b>	<b>4,7</b>	<b>4,6</b>

Tabelle 5

**Zielländer der Exporte des Bundesgebiets für die Jahre 1970, 1980 und 1988 sowie Baden-Württembergs für das Jahr 1988**

Jahr	Insgesamt	Davon in															
		EG-Länder	darunter			Übrige europäische Länder	und zwar			USA/Kanada	Übrige Industrieländer	darunter	Entwicklungsländer	Staats-handels-länder	und zwar		
			Frankreich	Großbritannien	Italien		EFTA-Länder	Schweiz	Österreich						europäische	UDSSR	Ungarn
	Mill. DM	%															
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt																	
Bundesgebiet																	
1970	118 614,4	48,8	12,0	3,6	8,8	19,9	17,4	6,2	4,5	10,4	4,2	1,6	12,3	4,3	3,7	1,3	0,4
1980	331 585,4	50,2	12,8	6,6	8,5	18,5	16,4	5,7	5,6	6,9	3,2	1,2	15,1	5,7	5,0	2,4	0,6
1988	549 749,3	54,2	12,6	9,4	9,1	18,6	16,6	6,0	5,6	9,0	4,1	2,3	9,6	4,4	3,5	1,6	0,5
Baden-Württemberg																	
1988	99 175,8	46,4	13,1	7,6	9,6	22,1	20,1	8,6	6,2	12,8	5,2	2,8	9,9	3,6	2,9	1,5	0,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe																	
Bundesgebiet																	
1970	33 777,7	50,4	12,6	3,6	10,2	19,6	17,0	5,6	4,5	6,8	3,6	1,9	13,2	6,4	4,8	1,3	0,6
1980	95 189,8	51,6	12,8	6,6	9,0	18,3	16,2	6,0	4,8	4,5	2,6	1,3	12,9	8,6	7,7	3,8	0,8
1988	140 192,5	54,3	11,8	8,1	9,6	17,7	15,9	6,2	5,0	6,5	4,2	2,7	10,6	6,1	5,1	2,8	0,6
Baden-Württemberg																	
1988	12 739,3	53,9	15,5	7,2	10,4	26,1	24,4	14,1	5,7	5,8	4,1	2,5	7,3	2,8	2,6	1,0	0,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe																	
Bundesgebiet																	
1970	68 534,1	46,0	11,5	3,8	7,8	19,5	17,0	5,3	4,1	12,8	4,9	1,6	13,2	3,6	3,4	1,4	0,3
1980	180 081,1	46,5	12,9	7,0	7,7	17,5	15,4	4,7	5,1	9,2	4,0	1,1	18,2	4,6	3,9	1,8	0,5
1988	315 143,0	52,2	12,9	10,2	8,4	17,7	16,0	5,2	5,1	11,3	4,7	2,5	10,2	3,9	2,9	1,4	0,4
Baden-Württemberg																	
1988	72 532,6	43,5	12,2	7,7	9,3	19,8	18,1	6,7	5,6	15,5	5,9	3,2	11,3	3,8	3,0	1,6	0,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe																	
Bundesgebiet																	
1970	13 220,0	55,7	12,8	3,2	7,2	24,4	21,8	9,8	6,6	8,4	3,3	0,9	5,7	2,5	2,4	0,7	0,3
1980	40 396,5	57,2	12,7	5,9	5,8	27,2	24,8	10,9	9,8	3,3	2,1	1,0	7,0	3,2	3,1	0,8	1,0
1988	69 200,1	56,9	12,3	9,0	7,1	27,7	24,2	10,1	9,7	4,8	2,1	1,2	5,2	3,2	3,0	0,8	0,8
Baden-Württemberg																	
1988	11 743,0	50,1	14,7	7,6	7,3	33,7	30,3	15,2	10,4	5,4	2,4	1,4	5,1	3,4	3,2	1,3	1,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe																	
Bundesgebiet																	
1970	3 082,6	64,2	14,6	2,8	21,4	13,7	12,8	4,9	5,4	5,1	2,0	1,3	9,1	5,9	5,7	0,1	2,0
1980	15 918,0	65,0	12,7	4,5	22,3	10,0	8,7	2,4	4,2	2,7	1,3	0,9	14,4	6,8	6,7	4,1	0,3
1988	25 213,7	72,1	12,7	7,0	20,4	9,6	8,6	2,4	4,2	4,1	2,3	1,8	8,4	3,3	3,2	0,8	0,3
Baden-Württemberg																	
1988	2 160,9	78,8	21,9	4,7	28,5	11,2	10,3	3,6	5,9	2,2	1,5	0,9	4,6	1,7	1,6	0,5	0,1

Tabelle 6

**Anteil am Weltexport ausgewählter Länder für die Jahre 1977, 1986 und 1987 für ausgewählte Bereiche der SITC-Systematik**

Jahr	Bundes- gebiet	darunter	EG	darunter			EFTA	USA	Kanada	Asien	darunter	ausgew. Länder zu- sammen <sup>1)</sup>
		Baden- Württem- berg		Frank- reich	Italien	Groß- britannien					Japan	
%												
Insgesamt												
1977	10,5	1,8	35,0	5,6	4,0	5,1	5,6	10,7	3,7	14,5	7,2	69,5
1986	11,4	2,1	37,0	5,6	4,6	5,1	6,3	10,3	4,1	20,8	9,9	78,5
1987	11,8	2,2	38,1	5,8	4,7	5,3	6,5	10,2	3,8	21,2	9,2	79,8
7+8 Maschinenbau und elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge; Sonstige bearbeitete Waren												
1977	18,3	4,0	49,3	8,0	6,6	7,4	7,8	16,2	3,9	20,8	14,4	98,0
1986	16,5	3,9	44,0	6,2	6,7	5,8	7,1	13,8	4,5	28,2	19,3	97,6
1987	16,6	3,8	44,7	6,3	6,6	6,1	6,9	13,2	3,8	27,9	17,5	96,5
7 Maschinenbau und elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge												
1977	19,8	4,2	49,2	8,3	5,3	7,5	7,4	18,1	4,7	19,6	16,3	99,0
1986	17,5	4,2	42,6	6,3	5,0	5,7	6,7	15,2	5,4	28,0	22,4	97,9
1987	17,9	4,2	43,8	6,4	5,2	6,0	6,7	14,7	4,6	27,3	20,5	97,1
713 Kolbenverbrennungsmotoren												
1977	18,1	5,8	45,6	7,4	3,9	11,3	5,4	23,6	9,8	12,1	10,5	96,5
1986	17,0	4,6	36,7	6,4	3,6	5,2	7,8	19,4	6,8	19,7	18,2	90,4
1987	17,2	4,8	37,2	6,5	3,8	5,0	8,0	17,4	6,3	21,3	19,5	90,2
721 Landwirtschaftliche Maschinen (ohne Ackerschlepper)												
1977	18,5	2,9	55,0	7,4	5,1	7,3	7,1	20,9	12,0	1,5	1,2	96,5
1986	21,1	2,5	59,9	7,4	8,8	5,0	8,9	15,9	5,5	7,1	6,3	97,3
1987	19,4	2,6	58,5	7,0	8,9	5,4	8,6	15,6	6,3	7,8	6,7	96,8
722 Ackerschlepper												
1977	14,6	8,0	55,1	5,3	9,4	18,7	3,1	26,3	2,1	10,9	10,8	97,5
1986	19,6	10,0	55,5	5,7	13,2	14,5	3,9	15,1	2,4	19,5	19,3	96,4
1987	18,2	10,2	56,2	5,9	12,6	16,5	3,8	13,2	2,2	19,0	18,2	94,4
724 Maschinen, Apparate, Geräte für die Textil- und Lederindustrie												
1977	29,7	7,4	59,2	5,4	9,1	7,6	16,0	7,1	0,7	15,8	14,1	98,8
1986	29,6	7,7	56,7	4,0	12,3	3,8	15,8	5,0	0,7	20,8	17,5	99,0
1987	28,0	7,3	54,7	3,9	12,6	3,4	14,5	4,5	0,6	24,0	17,6	98,3
725 Maschinen, Apparate für die Papier- und Papierhalbstoffherstellung												
1977	33,5	10,3	53,4	4,7	6,0	5,4	26,1	12,4	3,2	3,7	3,4	98,8
1986	29,4	8,6	53,3	5,1	9,4	5,1	24,8	8,5	3,0	7,9	6,9	97,5
1987	28,4	6,9	52,3	5,3	8,6	5,5	28,2	8,0	2,3	8,0	6,9	98,8
726 Druckerei- und Buchbindereimaschinen, -apparate, -geräte												
1977	39,5	16,2	63,2	3,8	5,2	10,0	12,3	19,2	1,0	3,6	3,1	99,3
1986	39,9	16,0	65,1	4,2	5,3	10,3	11,4	9,7	0,8	12,5	11,4	99,5
1987	41,8	17,0	67,0	4,0	4,5	10,2	11,5	9,9	0,8	10,4	9,2	99,6
728 Andere Maschinen, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für besondere Zwecke												
1977	33,7	5,4	67,2	7,5	9,8	8,3	9,7	14,9	1,0	5,7	4,9	98,5
1986	25,7	5,7	56,4	4,6	13,1	6,4	10,8	14,0	1,8	15,7	13,1	98,7
1987	24,9	5,9	56,0	4,3	13,6	5,9	11,3	12,8	2,1	16,4	13,6	98,6

1) EG, EFTA, USA, Kanada und Asien.



**Anteil am Weltexport ausgewählter Länder für die Jahre 1977, 1986 und 1987 für ausgewählte Bereiche der SITC-Systematik**

Jahr	Bundes- gebiet	darunter	EG	darunter			EFTA	USA	Kanada	Asien	darunter	ausgew. Länder zu- sammen <sup>1)</sup>
		Baden- Württem- berg		Frank- reich	Italien	Groß- britannien					Japan	
		%										
736 Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Metallen und Halbmatalen												
1977	34,4	12,3	60,4	5,4	7,8	6,8	13,7	11,2	1,2	11,5	10,7	98,0
1986	26,1	11,2	47,9	3,3	8,5	4,3	15,1	7,9	1,6	25,8	24,3	98,3
1987	26,7	11,1	49,1	3,0	8,8	4,7	15,2	8,0	1,0	22,9	21,4	96,2
737 Metallbearbeitungsmaschinen (andere als Werkzeugmaschinen)												
1977	32,3	2,4	59,1	6,8	5,9	7,8	9,4	20,4	1,1	8,5	7,8	98,5
1986	20,4	2,3	49,0	5,1	9,5	7,1	12,6	12,5	0,8	23,7	21,8	98,6
1987	21,1	2,4	52,8	4,5	11,4	9,0	13,2	10,9	0,9	20,2	18,2	98,0
741 Einrichtung zum Heizen und Kühlen												
1977	16,3	3,6	51,2	10,5	10,1	5,4	9,6	21,3	0,7	15,5	14,8	98,3
1986	17,8	4,2	52,1	7,9	11,9	4,4	9,2	14,6	1,2	20,8	17,1	97,9
1987	17,3	4,1	53,0	7,9	12,9	4,7	9,1	14,1	1,2	20,3	15,9	97,7
742 Flüssigkeitspumpen												
1977	25,0	6,3	60,4	9,8	6,9	9,3	9,1	19,2	1,1	8,3	7,6	98,1
1986	27,8	9,2	61,1	7,4	8,7	7,8	8,9	14,8	1,0	11,7	9,6	97,5
1987	29,1	10,2	61,8	7,1	9,4	6,4	9,3	13,5	0,9	11,0	8,8	96,5
743 Pumpen (andere als Flüssigkeitspumpen) und Kompressoren												
1977	21,5	4,2	55,9	9,6	7,5	8,2	10,3	22,0	0,8	9,8	8,9	98,8
1986	22,8	5,4	58,2	8,3	8,7	9,0	9,8	12,3	0,4	17,3	14,1	98,0
1987	22,2	5,1	57,5	7,9	9,2	8,7	9,6	12,4	0,3	16,9	13,2	96,7
744 Maschinen, Apparate, Geräte zum Heben oder Fördern												
1977	19,9	3,4	50,4	9,2	4,8	8,5	12,1	22,3	2,6	11,0	10,2	98,4
1986	20,4	3,7	49,3	7,1	5,7	8,0	15,3	10,2	3,3	20,3	17,8	98,4
1987	20,7	3,6	49,8	6,6	6,3	7,5	15,8	9,9	3,5	18,6	15,6	97,6
745 Andere Maschinen, Apparate, Geräte, Werkzeuge und -maschinen, nicht elektrisch												
1977	32,6	8,7	58,8	5,0	6,7	6,8	13,4	18,4	2,0	5,8	5,3	98,4
1986	31,2	11,0	61,6	3,8	13,1	5,4	13,4	11,5	1,9	10,1	8,7	98,5
1987	30,7	10,6	61,6	3,9	13,3	5,3	14,0	11,5	1,6	9,5	7,8	98,2
749 Teile und Zubehör (nicht elektrisch) für Maschinen, Apparate, Geräte												
1977	26,1	4,9	60,7	9,3	8,5	8,1	9,1	12,3	1,8	13,5	11,4	97,4
1986	25,4	4,9	59,1	8,5	10,0	6,6	9,8	8,1	2,0	18,0	14,1	97,0
1987	25,2	4,9	58,0	7,9	10,3	6,3	9,7	7,8	1,8	18,3	13,7	95,6
761 Fernsehempfangsgeräte												
1977	18,2	2,5	39,3	1,2	2,4	3,8	9,7	5,5	0,4	44,4	37,2	99,3
1986	15,3	2,0	32,9	1,6	3,4	3,6	7,1	4,3	0,7	54,1	30,1	99,1
1987	11,8	1,4	33,3	2,6	3,9	4,5	7,2	3,9	0,4	50,9	20,2	95,7
772 Elektrische Geräte zum Schließen, Öffnen usw.												
1977	24,9	5,4	56,4	11,6	4,5	6,7	11,6	12,3	0,8	16,9	11,8	98,0
1986	22,1	6,6	47,8	9,6	3,8	5,5	9,7	13,2	0,9	26,5	17,0	98,1
1987	22,7	6,9	47,6	9,2	3,9	5,5	10,0	13,1	0,8	23,9	17,1	95,4

1) EG, EFTA, USA, Kanada und Asien.

Noch: Tabelle 6

**Anteil am Weltexport ausgewählter Länder für die Jahre 1977, 1986 und 1987 für ausgewählte Bereiche der SITC-Systematik**

Jahr	Bundes- gebiet	darunter		EG	darunter			EFTA	USA	Kanada	Asien	darunter		ausgew. Länder zu- sammen <sup>1)</sup>
		Baden- Württem- berg	Frank- reich		Italien	Groß- britannien	Japan							
%														
774 Elektromedizinische und radiologische Apparate und Geräte														
1977	23,9	2,2	62,8	7,5	2,6	11,5	6,8	22,6	1,4	5,2	4,5	98,8		
1986	21,8	2,4	47,3	5,6	2,1	4,0	6,2	26,8	0,4	18,7	15,9	99,4		
1987	22,8	2,3	47,7	4,9	2,2	4,4	6,0	27,4	0,5	17,4	15,3	99,0		
775 Elektrische und nichtelektrische Haushaltsgeräte														
1977	20,1	7,8	60,9	7,5	17,6	5,4	8,9	10,0	0,6	16,5	12,2	96,9		
1986	19,8	5,3	54,1	6,7	15,6	2,5	7,6	4,9	1,0	30,1	16,0	97,7		
1987	19,5	5,1	54,0	6,2	15,4	3,1	7,1	5,4	0,9	28,0	11,6	95,4		
778 Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte														
1977	24,9	4,8	54,4	7,7	4,3	6,7	7,4	15,6	0,7	19,3	13,3	97,4		
1986	18,4	5,4	48,4	6,9	4,3	7,4	7,3	13,5	0,8	27,8	22,2	97,8		
1987	18,2	5,7	48,6	6,5	4,5	8,0	7,1	13,0	0,7	27,4	21,4	96,8		
781 Personenkraftwagen, einschließlich Kombinationskraftwagen														
1977	25,0	5,9	56,0	11,9	5,1	3,5	2,0	9,6	10,5	21,3	20,9	99,4		
1986	24,8	7,4	45,9	6,5	2,6	1,9	3,1	6,1	11,9	32,0	30,6	99,0		
1987	26,2	7,2	49,7	6,7	2,9	2,6	3,1	5,8	8,5	30,5	28,1	97,6		
782 Lastkraftwagen und Kraftwagen zu besonderen Zwecken														
1977	16,3	3,5	38,5	6,0	3,4	7,1	6,1	16,6	14,5	22,4	21,6	98,1		
1986	13,2	2,4	30,4	4,5	3,9	1,9	7,1	8,8	15,9	37,0	36,4	99,2		
1987	14,8	2,9	33,2	4,2	4,3	2,3	8,0	9,6	17,3	30,9	30,3	99,0		
783 Straßenkraftfahrzeuge, a.n.g.														
1977	35,0	8,7	72,9	4,4	9,2	3,8	2,2	4,4	1,5	14,2	10,2	95,2		
1986	28,3	10,2	68,5	7,2	6,6	1,6	3,9	7,0	3,2	13,7	11,3	96,3		
1987	26,6	8,6	66,3	5,5	5,1	1,5	3,5	10,9	3,2	12,9	10,9	96,8		
786 Anhänger u.a. Fahrzeuge ohne mechanischen Antrieb														
1977	25,8	4,6	65,8	10,7	5,3	11,1	5,8	10,1	0,7	14,2	12,5	96,6		
1986	30,2	5,2	65,1	10,7	5,1	4,4	9,3	4,1	0,8	18,0	6,8	97,3		
1987	29,9	4,4	61,9	9,2	3,8	5,1	9,0	4,3	0,8	18,6	3,8	94,6		
8 Sonstige bearbeitete Waren														
1977	13,3	3,4	49,5	6,8	11,3	6,7	9,1	9,5	0,8	25,1	7,8	94,0		
1986	12,9	2,9	48,5	5,9	12,0	6,3	8,3	9,0	1,5	28,9	9,0	96,2		
1987	12,6	2,8	47,6	5,9	11,3	6,4	7,8	8,4	1,4	29,7	7,8	94,9		
872 Medizinische Instrumente, Apparate und Geräte														
1977	19,9	7,9	48,7	4,6	3,0	8,9	8,8	29,4	0,7	10,9	9,0	98,5		
1986	22,7	7,3	54,3	5,7	3,9	8,7	8,9	18,2	1,2	15,8	11,8	98,4		
1987	20,6	7,4	54,0	6,6	4,3	8,4	9,4	17,9	1,1	15,6	11,1	98,0		

1) EG, EFTA, USA, Kanada und Asien.

**Anteil am Weltexport ausgewählter Länder für die Jahre 1977, 1986 und 1987 für ausgewählte Bereiche der SITC-Systematike**

Jahr	Bundes- gebiet	darunter	EG	darunter			EFTA	USA	Kanada	Asien	darunter	ausgew. Länder zu- sammen <sup>1)</sup>
		Baden- Württem- berg		Frank- reich	Italien	Groß- britannien					Japan	
	%											
874 Instrumente, Apparate und Geräte zum Messen, Prüfen, Analysieren und Kontrollieren												
1977	18,6	6,1	49,6	8,5	3,3	10,4	10,2	28,4	2,1	8,6	6,3	98,9
1986	18,7	5,6	48,1	6,3	3,5	12,0	10,7	24,9	2,4	12,7	10,1	98,8
1987	19,6	5,8	49,1	6,9	3,6	11,6	10,9	23,2	2,2	13,2	9,6	98,6
884 Optische Erzeugnisse, a.n.g.												
1977	20,7	10,9	48,1	14,9	7,3	1,8	4,7	7,7	1,0	36,3	31,6	97,8
1986	16,3	5,9	43,5	10,6	9,2	2,3	6,7	8,9	0,8	38,0	28,9	97,9
1987	16,2	5,7	43,0	10,4	9,6	2,4	6,4	9,4	0,9	37,5	26,6	97,2
885 Uhrmacherwaren												
1977	8,9	6,7	19,9	5,6	2,1	2,2	34,4	4,8	0,3	40,1	23,0	99,5
1986	7,5	4,9	15,6	4,1	1,6	1,2	29,7	1,6	0,2	52,2	24,1	99,3
1987	7,3	4,5	15,5	4,2	1,4	1,3	30,9	1,5	0,1	51,1	20,7	99,1
892 Druckereierzeugnisse												
1977	16,6	3,3	61,6	10,2	6,4	12,5	7,9	14,0	2,0	7,8	2,6	93,3
1986	19,6	3,9	61,6	8,7	5,7	11,5	8,2	13,4	4,5	8,9	4,0	96,6
1987	20,0	4,1	62,9	8,5	5,7	12,0	8,1	12,9	3,9	8,6	3,5	96,4
894 Kinderwagen, Spielzeug, Spiele, Sportgeräte												
1977	11,2	2,0	40,1	6,1	8,0	7,7	7,5	11,8	1,4	36,5	13,0	97,3
1986	8,5	1,5	32,5	5,1	6,5	5,0	8,2	7,2	1,7	48,7	10,6	98,3
1987	7,9	1,4	31,4	4,6	5,9	5,5	7,5	7,6	1,4	49,9	8,6	97,8
895 Bürobedarf, a.n.g.												
1977	22,5	3,4	54,2	11,6	6,2	8,9	7,7	17,1	0,2	18,4	15,1	97,6
1986	20,6	2,7	51,6	8,6	7,8	8,2	10,2	6,8	0,2	29,7	23,0	98,5
1987	20,6	2,5	52,0	9,0	7,7	8,2	9,2	6,6	0,2	29,9	20,9	97,9
897 Schmuckwaren, Gold- und Silberschmiedewaren												
1977	12,7	8,5	62,5	6,5	35,8	3,1	15,3	6,4	0,4	14,2	3,4	98,8
1986	7,2	4,6	56,4	5,1	33,4	6,3	12,4	4,3	0,3	23,8	4,3	97,2
1987	7,1	4,5	55,7	4,9	31,4	8,0	9,5	4,8	0,4	26,3	3,4	96,7
898 Musikinstrumente, Teile und Zubehör davon												
1977	16,0	5,7	47,3	5,8	7,3	8,6	4,1	19,1	0,3	27,9	22,3	98,7
1986	13,8	3,8	38,2	4,6	2,2	6,5	3,1	12,8	0,3	44,8	32,8	99,2
1987	13,7	3,6	40,7	5,3	2,3	7,2	2,9	14,2	0,3	41,0	29,6	99,1

1) EG, EFTA, USA, Kanada und Asien.

### **Zeichenerklärung:**

- 0    weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- x    Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- /    keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug



### Teil II, Ziffer 1

#### Studenten an Fachhochschulen

Die Fachhochschulen haben sich als ein anerkannter Bestandteil des gesamten Hochschulsystems etabliert. Dies gilt insbesondere für Baden-Württemberg mit seinen 22 staatlichen und 9 privaten Fachhochschulen (die Verwaltungsfachhochschulen wurden dabei wegen ihrer Sonderstellung nicht berücksichtigt). Die von der Landesregierung verfolgte dezentrale Standortkonzeption macht sie darüber hinaus zu technologischen Zentren für die Wirtschaft außerhalb der Ballungsräume.

Im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags steht eine Analyse der strukturellen Entwicklung der Studentenzahlen in den letzten zehn Jahren. Dafür bietet es sich an, jeweils die Anzahl der Studienanfänger heranzuziehen, die aktuelle Strömungen besser abbildet als die Gesamtzahl der bereits Immatrikulierten.

Eine solche Analyse macht zunächst auf erhebliche fächer- und geschlechtsspezifische Besonderheiten bei den Studienanfängerzahlen, die im abgelaufenen Studienjahr einen neuen Höchststand erreicht haben, aufmerksam. Der mit Abstand stärkste Zulauf ist nach wie vor bei den klassischen Fächern der ehemaligen Ingenieurschulen, aus denen viele Fachhochschulen entstanden sind, zu registrieren. Hier ist der Anteil der weiblichen Erstimmatrikulierten zwar immer noch gering, er ist jedoch im Zeitverlauf durchgängig gestiegen. Bei einer Betrachtung der Vorbildungsstruktur fällt auf, daß die meisten Studienanfänger, die weiblichen noch mehr als die männlichen, die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife besitzen. Darin kommt eine ausgeprägte Berufsorientierung der Abiturienten zum Ausdruck, denn Fachhochschulabsolventen finden meist sehr gute Beschäftigungsmöglichkeiten vor.

Bei einer Abschätzung der künftigen Entwicklung ist zu bedenken, daß an den Fachhochschulen Baden-Württembergs ein nahezu vollständiger Numerus clausus besteht. Wegen der teilweise extrem hohen Bewerberüberhänge wird sich selbst der, als Folge der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren zu erwartende, allmähliche Rückgang bei den Studienberechtigtenzahlen noch nicht in einer wesentlichen Entspannung bei der Knappheit der Studienplätze niederschlagen. Veränderungen der Studentenzahlen werden daher auf absehbare Zeit in erster Linie durch administrative Entscheidungen über den weiteren Ausbau des Studienangebots bestimmt sein.

Moderne Dienstleistungen

- Neue Märkte und Beschäftigungsformen -

Der Dienstleistungssektor rückt immer stärker in den Mittelpunkt des volkswirtschaftlichen Interesses. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die Analyse derjenigen Dienstleistungsbereiche, die das Wachstum des tertiären Sektors in den letzten Jahren entscheidend prägten. Da bisher keine umfassende Dienstleistungsstatistik existiert, wird in erster Linie auf das Datenmaterial der Arbeitsstättenzählungen von 1970 und 1987 zurückgegriffen.

Zuerst wird der intersektorale Strukturwandel in Baden-Württemberg mit der Entwicklung auf Bundesebene verglichen. Der dabei für Baden-Württemberg vordergründig konstatierte Rückstand bei den Dienstleistungen wird vor dem Hintergrund der fortgeschrittenen Tertiarisierung des sekundären Sektors relativiert. Innerhalb des Dienstleistungssektors gehen die stärksten Wachstumsimpulse von den modernen, überwiegend unternehmensorientierten Dienstleistungen (z.B. wirtschaftliche oder technische Beratung, Werbung etc.) aus, die anhand ausgewählter Indikatoren differenziert untersucht werden. Im Vordergrund der Analyse stehen vor allem beschäftigungsspezifische Sachverhalte (z.B. Frauen- und Teilzeitbeschäftigung, Stellung der tätigen Personen im Betrieb, Arbeitsplatzangebot etc.). Darüber hinaus wird der Aspekt der Versorgung der Wirtschaft mit Unternehmensdiensten betrachtet.

Als Fazit der Untersuchung ergibt sich, daß insbesondere modernste unternehmensorientierte Dienstleistungen (z.B. Datenverarbeitung, Software etc.) weiter an Bedeutung gewinnen und erheblich die Wettbewerbsfähigkeit bestimmen werden.

Der Kunst- und Kulturbereich in Baden-Württemberg

- Zur wirtschaftlichen Bedeutung -

Wohl noch nie zuvor gab es eine derart umfangreiche und vielfältige Nachfrage nach künstlerisch-kulturellen Dienstleistungen und Erzeugnissen wie in jüngster Zeit. Darin spiegelt sich nicht zuletzt der grundlegende technische und damit auch gesellschaftliche Wandel, der sich mit dem Übergang von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft vollzieht. Die zunehmende Durchdringung des gesellschaftlichen Lebens mit künstlerisch-kulturellen Betätigungen auf allen Professionalitätsstufen äußert sich wiederum in wachsenden Einnahmen und Ausgaben in diesem Bereich. Somit gerät der Kunst- und Kultursektor auch vermehrt in das Blickfeld ökonomischer Betrachtungen, die sich mit der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von Kunst und Kultur befassen.

Der vorliegende Beitrag betrachtet den Kunst- und Kulturbereich als Quelle von Einkommen und Beschäftigung in Baden-Württemberg. Zur Abschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung werden die Beschäftigtenzahlen und die Lohn- und Gehaltssummen aus der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 herangezogen. Die Darstellung der Entwicklung der Umsätze und der Anzahl der Steuerpflichtigen soll darüber hinaus Aufschluß geben über die wirtschaftliche Dynamik in den einzelnen - hier: vorwiegend privatwirtschaftlichen - Kunst- und Kultursparten. Zur Beleuchtung der öffentlichen Aktivitäten zur Förderung von Kunst und Kultur in Baden-Württemberg wird die Entwicklung der Kulturausgaben des Landes und der Kommunen und die Anzahl der "Kulturbeschäftigten" im öffentlichen Dienst betrachtet.

Die Darstellung der Umsätze und der Anzahl der Steuerpflichtigen enthält einen Vergleich zwischen Baden-Württemberg und dem Bundesgebiet; bei der wirtschaftlichen Kenngröße "Beschäftigte" wird neben dem Land-Bund-Vergleich ein Bundesländervergleich sowie ein Vergleich ausgewählter bundesdeut-

scher Großstädte durchgeführt. Des weiteren werden die Beschäftigten des Kunst- und Kulturbereichs in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs aufgeführt. Der Beitrag enthält darüber hinaus weitere statistische Informationen - wie etwa die Anzahl bestimmter kultureller Einrichtungen, diverse Besucherzahlen u.ä. - über den Kunst- und Kulturbereich in Baden-Württemberg.



Importkonkurrenz auf dem Binnenmarkt  
- Die Position Baden-Württembergs -

Derzeit ist die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland durch hohe Außenhandelsüberschüsse gekennzeichnet. Trotzdem bleibt die Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft nicht zuletzt durch eine starke Verbilligung der Importe im Zuge des Verfalls des Dollarkurses in den vergangenen Jahren einerseits und dem Vordringen technologisch führender Nationen wie z.B. Japan mit einer steigenden Zahl von Niederlassungen in Europa andererseits von bleibendem Interesse. Vor diesem Hintergrund wird in dieser Untersuchung gezeigt, wie sich im Zeitraum 1970 bis 1989 bzw. 1988 (für detaillierte Bereiche) die Konkurrenzsituation auf dem Binnenmarkt der Bundesrepublik Deutschland entwickelt hat, wobei sich die Analyse auf das Verarbeitende Gewerbe bzw. seine Produktgruppen bezieht, die im wesentlichen die Sympo-Zweisteller der Statistik im Verarbeitenden Gewerbe umfassen.

Im Rahmen dieser Untersuchung wird auf mehrere Aspekte eingegangen: Wie hat sich der steigende Importdruck auf dem bundesdeutschen Markt ausgewirkt, und wie werden im Gegenzug die Exporte intensiviert? Wie hat sich die baden-württembergische Produktpalette auf dem bundesdeutschen Markt angesichts der durch die Importe enger gewordenen Absatzmöglichkeiten behauptet, und mit welcher Intensität hat sie an der starken Exportausweitung des Bundes teilgenommen und in welchem Ausmaß hat sie diese mitbestimmt? Ferner werden Situation und Entwicklung auf dem Weltmarkt betrachtet.

In der Untersuchung wird entsprechend zuerst die Frage beantwortet, wie sich die Produktpalette des Bundesgebiets in der Konkurrenzbeziehung zu den Importen auf dem bundesdeutschen Markt behaupten konnte. Hier gibt die Darstellung für die großen Wirtschaftsbe-  
reiche einen ersten Überblick über die relevanten Strukturen und Entwicklungstendenzen und bildet damit den Hintergrund für die weitere detailliertere Analyse. So folgt darauf aufbauend

auch die Betrachtung nach Gütergruppen, wobei die branchenmäßigen Differenzierungen einige bemerkenswerte Entwicklungen aufzeigt. In diesem Abschnitt wird auch die Herkunft der Importe nach ausgewählten Ländern betrachtet.

Die steigenden Importe sind aber nicht zuletzt auch Ausdruck der sich generell intensivierenden internationalen Austauschbeziehungen, die sich im kontinuierlich zunehmenden Welthandel niederschlagen. Der Betrachtung der Importentwicklung wird deshalb die Analyse der Exportentwicklung gegenübergestellt, um auf diese Weise ein ökonomisch sinnvolles Bild über die Lage der Gesamtwirtschaft und ihrer Branchen zu erzielen.

Da die Erzeugerpreisentwicklung der inländischen Waren von den Importpreiserhöhungen zumindest in einem Teil der Branchen vor allem nach 1985 beachtlich abweicht, werden, um die Wettbewerbssituation auf dem bundesdeutschen Markt auch weiterhin der Tendenz nach zutreffend auszuweisen, zusätzlich im Rahmen einer Modellrechnung die wichtigsten Ergebnisse auch in realen Werten (in Preisen von 1985) dargestellt.

Daran anschließend wird die baden-württembergische Produktionspalette in Konkurrenz einmal zu den Importen und zum anderen zu den Produkten aus den anderen Bundesländern betrachtet. Durch den hohen Industrialisierungsgrad und die hohe Außenhandelsabhängigkeit sind diese Sachverhalte besonders auch für Baden-Württemberg von Bedeutung. Die entsprechenden Ergebnisse werden daher auch herausgeschält für Baden-Württemberg dargestellt, die anderen Bundesländer werden zusammengefaßt im Vergleich behandelt. Anschließend an die Landesentwicklung wird die Importentwicklung der Exportentwicklung des Bundesgebiets gegenübergestellt, um auch die Entwicklung der Außenhandelsüberschüsse darzustellen.

Die Untersuchung wird dann um die Darstellung der Stellung der Bundesrepublik und insbesondere Baden-Württembergs im Vergleich zu weiteren Handelspartnern auf dem Weltmarkt vervollständigt.

## Abfallwirtschaft in Baden-Württemberg

Fragen zur Abfallwirtschaft sind in letzter Zeit immer mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt, seitdem bei der Entsorgung von Hausmüll und Gewerbeabfällen vermehrt Kapazitätsengpässe auftreten und durch den zunehmenden Anteil von Sonderabfällen ernste Entsorgungsprobleme qualitativer Art entstanden sind.

Die für die anstehenden abfallwirtschaftlichen Entscheidungen im Land notwendigen statistischen Grundinformationen stellt die amtliche Statistik seit Ende der 70er Jahre mit hinlänglicher Verlässlichkeit im Rahmen ihres abfallstatistischen Berichtssystems bereit, das auf verschiedenen Abfallerhebungen nach dem Umweltstatistikgesetz beruht. Dieses System erlaubt eine vielschichtige und differenzierte Analyse der Abfallwirtschaft in Baden-Württemberg, wie sie mit dem vorliegenden Beitrag vorgestellt wird. Ausgehend von der Abfallbilanz werden die verschiedenen Entsorgungswege sowie die Zusammensetzung und Herkunft der entsorgten Abfälle beschrieben. Danach wird der Stand der Abfallverwertung dargestellt. Schließlich werden auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung die aktuellen Tendenzen der Abfallwirtschaft aufgezeigt.

Die Abfallbilanz ermöglicht zunächst einen Überblick über die abfallwirtschaftliche Gesamtsituation in differenzierter Form, wie er bei nur erhebungsbezogener Sicht nicht möglich wäre, so z.B. durch Unterteilung der hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle nach ihrer Herkunft oder von Bodenaushub und Bauschutt nach Entsorgungswegen. Immerhin entfallen rund zwei Drittel des Gesamtabfallaufkommens auf Bodenaushub und Bauschutt, wovon allerdings fast sechs Zehntel in speziellen Depo- nien für Bodenaushub und Bauschutt entsorgt werden. Der nächstgrößere Teilstrom wird auf Hausmüllentsorgungsanlagen gebracht, ein weiterer gewichtiger Teilstrom über Anlagen des produzierenden Gewerbes entsorgt.

Es ist bemerkenswert, daß die Hausmüllentsorgungsanlagen zu mehr als zwei Dritteln für die Ablage von Gewerbeabfällen (6,3 Mio. t) beansprucht werden, während über die öffentliche Müllabfuhr nur 2,6 Mio. t angeliefert werden. Da für die Hausmülldeponien in den nächsten Jahren mit einer Verschärfung der bestehenden Kapazitätsengpässe zu rechnen ist, ist eine Analyse der Herkünfte der auf diesem Weg entsorgten Abfälle bedeutsam. Die Herkunft der Abfallmengen wird daher im einzelnen für die Zusammensetzung der auf Hausmülldeponien entsorgten Abfälle abgeschätzt, wobei für jede Abfallkategorie die Anteile der verschiedenen Abfallerzeugergruppen (Produzierendes Gewerbe, Dienstleistung, Handel, Öffentliche Einrichtungen und Haushalte) aufgezeigt werden.

Über der hohen Beanspruchung der Hausmüllentsorgungsanlagen durch Gewerbebetriebe wird oft übersehen, daß die Betriebe des produzierenden Gewerbes vielfach auch noch über betriebs-eigene Anlagen bzw. Abfalldeponien verfügen, die immerhin jede neunte Tonne Abfall aufnehmen. Hierzu werden die Entsorgungsstrukturen ebenso aufgezeigt wie für die besonders umweltgefährdenden Sonderabfälle, die einer besonderen Nachweispflicht unterliegen. Wichtigster Entsorgungsweg ist für die nachweispflichtigen Sonderabfälle die Entsorgung in außerbetrieblichen Sonderabfallentsorgungsanlagen (61 %), doch wurden immerhin 27 % der Sonderabfälle als Reststoffe an abfallverwertende Betriebe weitergegeben.

Mit der Frage des Abfallrecycling wird ein für Wirtschaft und Gesellschaft entscheidender Zukunftskomplex angesprochen. In dem Beitrag wird die Wiederverwendung von Abfällen als Reststoffe durch die Betriebe des Produzierenden Gewerbes eingehend untersucht. Es werden Verwertungsquoten für die verschiedenen Abfallkategorien ermittelt, die effektive Verwertung der Sonderabfälle eingehend analysiert und auf die Gründe für die relativ geringe durchschnittliche Gesamtverwertung (27 %) eingegangen. Verwertungsquoten und zu entsorgende Abfallmengen werden schließlich für die einzelnen Wirtschaftsgruppen dargestellt.

In weiteren Abschnitten wird anschließend auf die immer bedeutsamer werdenden Aspekte der kommunalen Wertstoffsammlungen eingegangen, die Erfahrung mit den verschiedenen Sammelsystemen und der dabei erreichte Stand dargestellt.

Im Rahmen einer eingehenden statistischen Analyse wird schließlich dem Zusammenhang zwischen der Entwicklung der gewerblichen Abfallmengen und der Produktionsentwicklung in der Industrie nachgegangen. Dabei zeigt sich ein erstaunlich enger Zusammenhang zwischen dem Anfall von Abfallmengen der verschiedenen Abfallkategorien und der Konjunkturentwicklung, die ihrerseits wiederum mit der Bevölkerungsentwicklung und anderen Einflußgrößen in vielfältiger wechselseitiger Beziehung steht. Aus der Zusammenschau solcher Tendenzen werden Szenarien für die künftige Entwicklung der einzelnen abfallwirtschaftlichen Komponenten in Baden-Württemberg abgeleitet:

Die Entwicklung der Siedlungsabfälle ist eingebettet in ein Beziehungsgeflecht von zum Teil gegenläufigen Einflußgrößen, wie Wohnbevölkerung, Müllbehältergröße, Müllgebühren, Wertstoffsammlungen, Anteil der Gewerbeabfälle u.a., aus deren Zusammenwirken Rückschlüsse auf die künftige Abfallentwicklung gezogen werden. Nachdem die Abfallmenge in diesem Bereich seit Jahren einen leicht fallenden Trend zeigt, wird erwartet, daß auch künftig die im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr eingesammelten Mengen an Haus- und Gewerbemüll etwas zurückgehen werden.

Andererseits kommt die Studie zum Ergebnis, daß bei kommunalen Kläranlagen mit weiter steigendem Klärschlammanfall zu rechnen ist. Da die landwirtschaftliche Verwertung wegen der Rückstandsbelastung der Schlämme weiter an Bedeutung verlieren wird, kommt der Entsorgung auf Deponien, u.U. auch in speziellen Verbrennungsanlagen, wachsende Bedeutung zu.

Besonderes Augenmerk wird der Entwicklung der Gewerbe- und Produktionsabfälle gewidmet; bei weiter anhaltender wirtschaftlicher Prosperität wird hier mit entsprechend zunehmen-

den Mengen an Gewerbeabfällen gerechnet. Bisher ist es der Industrie jedenfalls nicht gelungen, die Entstehung von Abfällen von der Wirtschaftsentwicklung abzukoppeln. Dabei spielen die Sonderabfälle aufgrund ihrer hohen Umweltrelevanz eine vorrangige Rolle. Schon in der Vergangenheit hat sich das Mengengerüst der Gewerbeabfälle überdurchschnittlich stark in Richtung der Sonderabfälle verschoben. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß die Gesamtmenge an überwachungsbedürftigen Abfällen wegen des engen Zusammenhangs mit der Konjunkturentwicklung einerseits und der durch die neue Abfall- bzw. Reststoffbestimmungsverordnung induzierten Erweiterung des Sonderabfallartenkatalogs auch künftig merklich zunehmen wird: Während bisher jährlich 141 000 t als Sonderabfälle in den Betrieben des produzierenden Gewerbes zu entsorgen waren, wird künftig für weitere 225 000 t an festen Produktionsabfällen oder -schlämmen, die bisher auf öffentlichen Hausmüllentsorgungsanlagen entsorgt wurden, zu prüfen sein, ob sie ebenfalls als Sonderabfälle einer speziellen Entsorgung zugeführt werden müssen.